From the Library of

Henry Tresawna Gerrans

Fellow of Worcester College, Oxford

1882–1921

Given to University of Toronto Library.

By his Wife

S3326d

Deutschland und die große Politik anno 1906.

Von

Dr. Th. Schiemann
Professor an der Universität Berlin.

175-413
14/11/22

Berlin
Druck und Verlag von Georg Reimer
1907.

WORCESTER COLLEGE,
OXFORD.

Vorwort.

Die jeden Mittwoch in der Kreuzzeitung erscheinenden Wochenübersichten über die auswärtige Politik, die für das Jahr 1906 als sechster Band von „Deutschland und die große Politik" veröffentlicht werden, sind im Verlauf ihres Erscheinens fast noch leidenschaftlicher angegriffen worden als in den vorausgegangenen fünf Jahren. Weil stets der deutsche Interessenstandpunkt vertreten wurde, haben die Gegner unserer Politik im Auslande, was an ihnen lag, getan, um Motive und Ursprung dieser Betrachtungen zu verdächtigen. Daß auch in Deutschland selbst ähnliche Feindseligkeiten aufkommen konnten, liegt an der traurigen Zerklüftung unseres Parteiwesens. Es ist wohl nicht notwendig, dagegen mit einer Verteidigung aufzutreten. Der Verfasser ist bemüht gewesen, neben Wahrung des deutschen Standpunktes, kein Symptom ohne Förderung zu lassen, das auf eine Minderung der bestehenden Reibungsflächen hinwies, und jeder gesunden Entwicklung im Leben der anderen Mächte das Wort zu reden. Aber er hat mit gleichem Nachdruck auch die Versuche bloßgelegt, die Gegensätze zu steigern und fremde Sünden auf deutsche Schultern abzuwälzen. Die Eintracht der führenden Nationen ist auch uns ein hohes Ziel, zurzeit aber haben wir damit zu rechnen, daß es mehr in der Theorie als in der Praxis des politischen Lebens angestrebt wird. Wir sehen daher unsere wesentliche Aufgabe darin, alles zu fördern, was Deutschland stark macht, denn nur der genießt Achtung und Sicherheit, der beides zu behaupten und zu verteidigen vermag. Irren wir nicht, so stehen wir an einem Wendepunkt, der zum Besseren führt; aber gewinnen läßt sich diese bessere Zukunft nur, wenn die Pflichten, die der Augenblick setzt, kraftvoll und gewissenhaft erfüllt werden. Die Voraussetzung ist, daß die Gegenwart bewußt miterlebt werde, und dazu mit behilflich zu sein, will auch der neue Band unserer Publikation versuchen.

Berlin, im Februar 1907.

Theodor Schiemann.

26. Dezember 1905. Publizierung des russischen Wahlgesetzes.
28. Dezember. Eröffnung des japanischen Parlaments.
29.—31. Dezember. Unterdrückung des Moskauer Aufstandes.
1. Januar 1906. Ernennung des Generalleutnant von Moltke zum Chef des Generalstabes der Armee.

---

3. Januar 1906.

Das Deutsche Reich hat allen Grund, mit Dankbarkeit auf den Verlauf der langen Reihe ernster Krisen zurückzublicken, die das Jahr 1905 gebracht hat. Sie haben, so bedrohlich die Verwicklungen waren, die sich an sie knüpften, Stellung und Ansehen Deutschlands nicht zu erschüttern vermocht, und wir können gehobenen Hauptes der Zukunft entgegenschreiten.

Der russisch-japanische Krieg ist vorübergezogen, ohne unsere Stellung in Ostasien zu erschüttern, der russischen Revolution gegenüber hat Deutschland dafür gesorgt, daß ein Hinüberschlagen der sozialistisch-anarchischen Flammen auf deutschen Boden unmöglich wurde; es hat den deutschen Stammesgenossen, die flüchtig ihr Adoptivvaterland verlassen mußten, in großartiger Weise Gastfreundschaft geboten; es hat mit einer peinlichen Gewissenhaftigkeit, wie dies im politischen Leben nicht die Regel ist, unterlassen, durch Benutzung der Verlegenheiten des Nachbarn dessen ohnehin schwierige Lage noch weiter zu erschweren. In der überaus ernsten Komplikation, welche die marokkanische Frage hervorrief, haben wir mit Festigkeit und Mäßigung zu dem Programm gehalten, das Kaiser Wilhelm am 31. März in Tanger ankündigte: Integrität des Territoriums, Souveränität des Sultans, offene Tür. Unsere Beziehungen zu England haben nach einem Kriege, der zum Glück nur mit Tinte und Worten geführt wurde, sich merklich gebessert, und der anmaßende Anspruch gewisser politischer Franktireurs, daß Deutschland sein Flottenprogramm nach ihrem Gebot gestalten solle, wird jetzt von allen besonnenen Männern in England verleugnet. Unsere Beziehungen zu unseren Freunden vom Dreibunde stehen unter dem Zeichen der fortwirkenden Kraft des auf zwölf weitere Jahre unverändert erneuerten

Bundesvertrages und haben an den wohlgepflegten persönlichen Beziehungen der drei Monarchen noch eine besondere Stütze. Die Vereinigten Staaten von Nordamerika sind uns durch die gemeinsame Arbeit an der Aufrechterhaltung des Weltfriedens und wiederum durch die persönliche Sympathie, die Kaiser Wilhelm und den Präsident Roosevelt verbindet, näher getreten als seit langen Jahren; im Orient haben wir die Schärfen einer in die inneren Zustände der Türkei allzutief eingreifenden Politik zu mildern vermocht und dabei doch ein notwendiges Reformprogramm unterstützt. Aber an der gegen die Pforte gerichteten Flottendemonstration haben wir nicht teilgenommen. Wir haben den blutigen Aufstand in Südwestafrika im wesentlichen niedergeworfen, in Ostafrika die drohende Erhebung der Gesamtheit der Schwarzen rechtzeitig einzudämmen verstanden. Die Neuorganisation unserer Kolonialverwaltung ist durch die Ernennung des Fürsten Hohenlohe-Langenburg in die Wege geleitet worden, die eine energischere Politik in Aussicht stellen, als sie bisher möglich war. Endlich, am 1. April, ist die Kanalvorlage definitiv angenommen worden, und damit ist ein großartiges Unternehmen, von dem wir uns für Handel, Industrie und Landwirtschaft gleichen Aufschwung versprechen, der Ausführung nahegebracht. Das sind so ziemlich die Stichworte der ungeheueren Arbeit, die im Laufe des letzten Jahres geleistet wurde. Kaiser Wilhelm hat am 6. Juni den Reichskanzler in Anerkennung seiner Verdienste an diesen Dingen in den Fürstenstand erhoben. Es ist damit auch der Tatsache Ausdruck gegeben, wie sehr er sich mit den Errungenschaften dieser Politik identifiziert.

Aber wie sollten wir verkennen, daß im Laufe dieses Jahres die Welt um uns her eine andere geworden ist. Die wesentlichen Elemente der Wandlung, die sich vollzogen hat, liegen in dem Zusammenbruch der russischen Machtstellung infolge der japanischen Siege, sowie infolge der den Staat in seinen Grundfesten erschütternden sozialistisch-kommunistischen Revolution. Im Zusammenhang damit stand die jetzt definitiv gescheiterte Delcasséesche Politik, die einen russisch-französisch-englischen Dreibund mit gegen Deutschland gerichteter Spitze konstruieren wollte, endlich das englisch-japanische Bündnis vom 12. August 1905. Die russische Revolution hat vor allem England und, was noch nicht deutlich zutage tritt, die hohe

Pforte entlastet, die eben erst durch die Niederwerfung des höchst gefährlichen arabischen Aufstandes gezeigt hat, daß sie noch ihre Vormachtstellung in der islamitischen Welt zu behaupten vermag. Aber neben Österreich-Ungarn, das noch auf dem Boden des Abkommens von 1897 steht, sind in der mazedonischen Reformfrage drängend auch England und Frankreich getreten, wie es denn scheint, daß Frankreich zu jener Politik zurückzukehren beabsichtigt, die es im Orient infolge seines russischen Bündnisses ruhen zu lassen genötigt war. Durch das englisch-japanische Bündnis ist die Politik Großbritanniens, noch mehr als es bereits seit einigen Jahren der Fall war, eine vornehmlich asiatische geworden. Man konnte sogar vermuten, daß sie sich von den spezifisch europäischen Interessen, soweit sie nur europäisch bleiben, abzuwenden gedenkt, um in den asiatischen und afrikanischen Problemen ihren Schwerpunkt zu finden. Dort liegt ja auch der Quell des englischen Reichtums. Seit der neue englische Flottenplan durchgeführt ist, die Konzentrierung der englischen Schlachtgeschwader jederzeit in größter Schnelligkeit vollzogen werden kann und England auf seiner Insel niemandes angebliche Angriffsgedanken zu fürchten braucht, steht der Ausführung solcher Absichten nichts im Wege. Sie können nur in ostasiatischen und afrikanischen Widerständen ihre Schranken finden. Mit den ersteren aber rechnet man in England um so mehr fertig zu werden, als man dort den japanischen Bundesgenossen zur Seite hat, während in Afrika die Eingeborenen wohl Verlegenheiten, aber nicht ernste Schwierigkeiten bereiten können, so lange sie nicht bei einer anderen afrikanischen Großmacht Unterstützung finden.

Wie weit durch das Aufsteigen Japans zur Großmacht sich die Verhältnisse in der Südsee und in Ostafrika neu gestalten werden, läßt sich noch nicht deutlich erkennen. An die Möglichkeit einer aktiven Politik Japans mit neuen Zielen glauben wir bis auf weiteres nicht. Der Staat hat auf lange hinaus zu tun, um sich die die neue Stellung zu eigen zu machen, in welche er durch den Frieden von Portsmouth (5. September 1905) getreten ist. Schon allein die Kolonisierung von Liaotung, Süd-Sachalin und namentlich Korea werden nicht nur Zeit, sondern auch große Opfer kosten; die Großmachtstellung zur See, wenn sie — wie geplant wird — nicht nur behauptet, sondern wesentlich verstärkt werden soll, noch größere Opfer,

zumal, im Gegensatz zu England, Japan zugleich eine Landmacht aufrecht erhalten will, die derjenigen europäischer Kontinentalmächte ebenbürtig sein soll. Japan befindet sich aber in der Lage eines Mannes, der seine Kräfte überanstrengt hat. Physisch und finanziell hat es alle seine Mittel darangesetzt, um ein heiß erstrebtes Ziel zu erreichen. Wir halten es nicht für denkbar, daß die Reaktion der Erschlaffung ausbleibt, auch für wahrscheinlich, daß Japan, nachdem es die technischen Errungenschaften europäischer Kultur mit erstaunlicher Schnelligkeit aufgenommen hat, nunmehr auch den politischen Krankheiten nicht entgehen wird, die sich auf europäischem Boden ausgebildet haben. Der Nachahmer hat die Neigung zu übertreiben und zu karikieren. Wie sich der Sozialismus in Japan auswachsen wird, ist schwer vorherzusagen; daß Japan ihm entgeht, kaum denkbar. Schon heute treten uns die Symptone dafür entgegen, daß er auf der Insel Wurzel gefaßt hat, und die Hungersnot, die jetzt ausgebrochen ist, wird ihm die Stätte weiter bereiten. Wie läßt sich erwarten, daß unter solchen Verhältnissen die von vielen gefürchtete Mobilisierung Chinas zum Panmongolismus unter japanischer Führung in absehbarer Zeit durchgeführt wird? Wir zweifeln überhaupt daran, daß diese Kombination je zur Wirklichkeit wird. Zwischen China und Japan liegen politische Erlebnisse, die sich nicht vergessen lassen, und die beiden Rassenbrüder stoßen einander mehr ab, als sie sich anziehen.

Dazu kommt aber, daß in der Südsee in nicht ferner Zukunft, sobald der Panamakanal vollendet ist, an dessen Ausbau Präsident Roosevelt seine ganze Energie setzt, die Vereinigten Staaten als konkurrierende Macht auftreten müssen, und daß schon ihre Stellung in Hawai und auf den Philippinen sie von vornherein in eine wenn nicht überlegene, so doch Respekt fordernde Position bringt. Der Präsident Roosevelt hat aber noch in seiner letzten Botschaft, am 2. Dezember vorigen Jahres, mit allem Nachdruck darauf hingewiesen, daß er für eine starke Seemacht Sorge tragen werde. So sehen wir keine Übermachts-, sondern Gleichgewichtsverhältnisse entstehen, und da alle Teile, die einen schmollend, die anderen im wohlverstandenen eigenen Vorteil, sich zum deutschen Prinzip der offenen Tür bekannt haben, sehen wir dieser Entwicklung ohne jede Sorge entgegen.

Von den Wandlungen, die sich im inneren Leben der Mächte vollzogen haben, hat die Trennung Norwegens von Schweden seit der Königswahl eine versöhnende Wendung genommen. König Hakon VII. wird ein Freund König Oskars sein, und wenn beide so nahe verwandte Nationen fortan ihre besonderen Wege gehen, läßt sich doch mit Sicherheit darauf rechnen, daß sie sich nicht gegeneinander wenden werden. Uns sind sie beide Nachbarn und Freunde.

In Frankreich brachte der 17. Januar den Sturz des Ministeriums Combes. Wir haben ihm keine Träne nachzuweinen. Combes war ein Fanatiker des Antiklerikalismus, der in Frankreich ganz direkt eine antichristliche Färbung annahm. Seinem Nachfolger Herrn Rouvier blieb nichts übrig, als die Vorlage, die ihm Combes hinterlassen, durch Kammer und Senat zur Annahme durchzuzwingen: Kirche und Staat sind heute in Frankreich getrennt, und die große Zukunftsfrage ist, ob das katholische Volk des Landes sich diese Entrechtung seiner Kirche auf die Dauer wird gefallen lassen. Die Art, wie das Gesetz schließlich erzwungen wurde, hat die Vorstellung, daß ein sozialistischer Staat auch ein freier und toleranter Staat sein müsse, gründlich ad absurdum geführt. Gewalt, Enteignung wohl erworbener Rechte, Unterdrückung freier Meinungsäußerung, Tyrannei der Männer vom Grand Orient (man denke an die Denunziationen in der Armee und an die erbärmliche Rolle, die General André spielte), das war die Signatur dieser „Reform".

Der Lärm der Delcassé-Affäre und der aufgebauschte Revanchepatriotismus, der danach folgte, allerlei Skandale, die nebenher gingen, zuletzt der beschämende Prozeß gegen die „Antipatrioten", haben darüber hinweggeholfen. Jetzt aber denkt alles an die Wahlen. Am 26. Januar wird Frankreich einen neuen Präsidenten haben. Vielleicht Herrn Doumer, vielleicht irgendeinen Mann mit unbekanntem Namen, irgendeinen Senator oder ehemaligen Minister, von dem wir früher nie gehört haben aller Wahrscheinlichkeit nach nicht einen Mann, der ein neues System und ein neues Programm repräsentiert und ganz gewiß keinen Soldaten. Denn den duldet der Sozialismus sogar im Kriegsministerium nur ungern. Weit bedeutsamer ist die Wandlung, welche durch den Rücktritt Balfours und des Unionisten-Ministeriums am 4. Dezember eingetreten ist. Die mit Campbell Bannerman nunmehr an die Spitze Englands getretenen

Liberalen bedeuten allerdings, in der äußeren wie in der inneren Politik des Reiches, ein neues Prinzip. Im Innern Reform, nach außen Frieden; eine Ruhepause des Verdauens, um den ungeheuren Zuwachs, den die letzten zehn Jahre dem britischen Reich an Areal und an Menschen gebracht haben, mehr als äußerlich dem Reich zu assimilieren. In dem arg verstimmten englischen Südafrika will man versöhnen, in den Beziehungen zu anderen Staaten am Prinzip des Freihandels festhalten; keineswegs preisgeben, was errungen ist. Earl Grey hat sich ausdrücklich zu der Politik bekannt, die sein Vorgänger Lord Lansdowne in Verträgen und durch Vereinbarungen festgelegt hat, aber wir glauben nicht, daß er die eingeschlagene Richtung bis zu den Konsequenzen führen wird, die die Sicherheit anderer Staaten bedrohen. Die Schwierigkeit des Kabinetts wird im Homerule liegen. Wir wünschen im Interesse Englands, daß dabei das rechte Maß eingehalten wird. Schließlich wird alles davon abhängen, wie groß die Majorität im Parlament sein wird, über welche die Wahlen dem neuen Ministerium die Verfügung geben werden. Fallen sie günstig aus, so läßt sich wohl auf sieben Jahre liberalen Regiments rechnen.

Für Österreich-Ungarn ist das Jahr 1905 ein recht unerquickliches gewesen. Es ist dem Kaiser Franz Josef zu danken, daß der Zusammenhang der beiden Reichshälften und die gemeinsame Kommandosprache erhalten blieb. Aber Ungarn wird ein Staat des allgemeinen Stimmrechts, und man kann zweifeln, wie weit es imstande ist, das zu ertragen. Auch fragt sich, ob nicht als Konsequenz auch Österreich genötigt sein wird, dieselben Wege zu gehen. Das allgemeine Stimmrecht bringt das große Übel, daß der Radikalismus in all seinen Schattierungen weit mehr zur Geltung kommt, als seiner tatsächlichen Verbreitung entspricht. Er agitiert mit allen Mitteln, während es als ein Freiheitssatz gilt, daß der Staat, d. h. die Regierung, als solche kein Recht habe, ihren Einfluß bei Wahlen geltend zu machen. Und doch wäre es das einzige Korrektiv gegen den Wahlterrorismus, den z. B. die despotisch organisierte Sozialdemokratie überall ausübt. Doch darüber wäre viel zu sagen, und wir wissen vorher, daß wir diesem politischen Freiheitsdogma gegenüber in den Wind reden. Nirgends aber hat die Sozialdemokratie ihre zerstörende Kraft und ihre kulturfeindliche Tendenz

deutlicher gezeigt als in der von ihr großgezogenen und noch heute von ihr pekuniär erhaltenen russischen Revolution. Wir wissen, um ein Beispiel anzuführen, daß hier in Berlin der sozialdemokratische Abgeordnete A. T. mit einer Subskriptionsliste für die russische Revolution sammelt. Gewiß eine politische Schamlosigkeit, die ihresgleichen sucht! Was aber tut diese russische Revolution? Sie untergräbt alle Grundlagen bürgerlicher und sozialer Ordnung, sie predigt dem Soldaten und Beamten Eidbruch, sie betrügt wissentlich den Bauer mit gefälschten Manifesten, sie mordet kaltblütig aus dem Hinterhalt, sie brandstiftet und raubt, sie zerstört alle Kulturwerke, sie zerreißt den Zusammenhang der Familien, sie predigt freie Liebe, schließt die Kirchen — und das alles im Namen der ewigen sozialistischen Wahrheiten, die der Volksvergifter Marx und seine weniger scharfsinnigen aber praktischer angelegten Nachtreter dem betörten Volke einzuimpfen verstanden haben.

Denn unzweifelhaft trägt die deutsche Sozialdemokratie eine Hauptschuld an der blutigen russischen Revolution. Der Herr Reichstagabgeordnete A. T. ist wohl noch einer der harmloseren. Herr Parvus ist bereits selbst nach Rußland gegangen. Wir finden seinen Namen unter dem „Aufruf der russischen und polnischen, sowie europäischen Sozialdemokratie", der in Warschau, Lodz, Sosnowice in ungezählten Exemplaren verbreitet wird. Auch August Bebel, Karl Kautsky, Paul Singer, Klara Zetkin haben mitunterzeichnet, und zum Überfluß hat Frau Rosa Luxemburg ja erklärt, daß die Leiter der russischen Revolution mit der Leitung der deutschen Sozialdemokratie in steter Fühlung stehen und handeln. Herr Parvus, dessen eigentlicher Name bekanntlich Gelphand ist, ist aber jetzt tätiges Mitglied eines russischen Revolutionskomitees. Was das bedeutet, haben die Moskauer Tage bewiesen und haben die Bomben und vergifteten Piken gezeigt, die man bei Haussuchungen gefunden hat.

Wie die Mordbrenner und Räuber in den baltischen Provinzen hausen, weiß die Welt; diese Räuber und Mörder sind aber korrekte Sozialdemokraten deutscher Schule, unter der Leitung erfahrener jüdischer Genossen. Sie halten sogar strenge Disziplin untereinander und prügeln diejenigen unbarmherzig, die nicht Ordre parieren, und sie kennen ihren sozialdemokratischen Katechismus, daß Herrn Singer das Herz im Leibe lachen müßte. Aber, so fragen wir, gibt es denn

keine Gesetze in Deutschland, welche die Begünstigung von Aufruhr, Mord und Raub bestrafen, und können Männer, die, wie ihre eigenen Erklärungen beweisen, die intellektuellen Urheber und die tatsächlichen Mithelfer solcher Frevel sind, als Leiter einer politischen Partei geduldet und unter den Vertretern der deutschen Nation im Reichstage neben ehrenwerten Leuten zugelassen werden? Den Hehler würde man mit Entrüstung ausweisen, weshalb erträgt man den „Genossen" von Räubern, Mordbrennern und Mördern?

Die Sünden der russischen Bureaukratie, ihre Willkür, Habsucht und Verderbtheit hat niemand schärfer verurteilt, als an dieser Stelle geschehen ist. Aber was bedeuten ihre Frevel im Vergleich zu all dem Unheil, das die russischen, lettischen, polnischen und jüdischen „Genossen" im russischen Reich angerichtet haben. Wenn nicht bald energisch eingeschritten wird und die Rädelsführer nicht den verdienten Lohn am Galgen finden, droht das ganze Reich darüber zugrunde zu gehen. Es ist die höchste Zeit, daß Ernst gemacht wird, und die Frage ist nur die, ob die Kräfte der Regierung, die allzulange gezögert hat, noch hinreichen, das Feuer zu ersticken.

In der „Nowoje Wremja" wirft Herr Menschikow die Frage auf, und er beantwortet sie mit „nein". In Petersburg seien nur noch 16000 Mann, kaum hinreichend, die Hauptgebäude der Stadt und die kaiserlichen Schlösser zu schützen. Was also solle geschehen? Er schlägt vor, einen Landsturm gegen die Revolution aufzurufen. Aber das hieße den Teufel mit Beelzebub austreiben. Allerdings würde dieses Aufgebot wahrscheinlich alles umbringen, was ihm als staatsfeindlich bezeichnet wurde, aber das Mittel wäre so schrecklich, daß auch daran der Staat zugrunde gehen würde. Nein, wenn Petersburg keine Truppen mehr hat, bleiben immer noch die Truppen in Polen. Es kann nicht schwer sein, einige 40000 Mann von ihnen zur Bändigung erst der litauischen und lettischen Sozialrepublikaner zu entsenden und, nachdem diese niedergeworfen sind, mit ihrer Hilfe die anderen Revolutionsherde zu ersticken. Denn im Grunde sehnt sich die ganze Nation nach dem Retter. Aber wird er gerufen werden, und wo ist der Mann, der selbstlos und kraftvoll die Führung übernimmt? Noch sehen wir ihn nicht. Ist er überhaupt nicht da, so gibt es auch keine Rettung, und dann allerdings stehen wir vor einem neuen schrecklichsten Stadium der russischen Revolution.

3. Januar. Zusammenbruch des russischen Generalstreiks.
3. Januar. Annahme einer serbisch-bulgarischen Zollunion durch die Sobranije in Sophia.
5. Januar. Erklärungen Sir Eduard Grey's über die auswärtige Politik Englands.
8. Januar. Auflösung des englischen Parlaments.
9. Januar. Doumer wird zum Präsidenten der französischen Kammer gewählt.

---

10. Januar 1906.

In Frankreich läuft die Diskussion noch immer über das Gelbbuch und, wie zu geschehen pflegt, sorgt die Presse dafür, daß sich das Gefühl der Nation zu der Überzeugung steigert, die französische Politik sei bei der Führung ihrer marokkanischen Kampagne in jeder Hinsicht tadellos gewesen: loyal, maßvoll und entgegenkommend versöhnlich. Das Gelbbuch rechtfertige vor allem glänzend die Politik Delcassés, die glücklicherweise von Herrn Rouvier fortgesetzt werde! (Le Livre Jaune renferme avant tout une éclatante justification de la politique de M. Delcassé, heureusement continuée aujourd'hui par M. Rouvier.) Wir entnehmen diese Erklärung den „Annales Coloniales", und zwar einem Aufsatze von Herrn Camille Fidel, der nicht mit Unrecht als einer der hervorragendsten Kenner der französischen Kolonialpolitik gilt. Als wir vor einigen Wochen an dieser Stelle behaupteten, daß die Marokkopolitik Herrn Delcassés fortgesetzt werde, erfolgten in Frankreich entrüstete Abweisungen; wenn man es heute nicht mehr für nötig hält, die Tatsache abzustreiten, sie vielmehr mit Nachdruck hervorhebt, muß entweder die französische Politik seither eine Schwenkung vollzogen haben, oder aber die politische Lage hat sich seither in der Vorstellung der Franzosen so sehr geändert, daß der Augenblick gekommen scheint, die gestürzten Götter wieder zur Anbetung aufzustellen. Tertium non datur. Aber wir verzichten darauf, uns für eine der beiden Alternativen zu entscheiden. Nur können wir Herrn Camille Fidel und seinen Gesinnungsgenossen die Frage nicht ersparen, weshalb denn das französische Ministerium an jenem 6. Juni 1905 so erbarmungslos Herrn Delcassé zum Rücktritt genötigt hat? Doch nicht, weil er eine loyale, maßvolle

und versöhnliche Politik verfolgte? Oder hat Herr Rouvier, der jetzt die Politik Delcassés wieder aufnimmt, wie Herr Camille Fidel behauptet, damals eine ungeheuerliche Ungerechtigkeit oder mindestens eine Unbesonnenheit begangen? Wir finden uns in diesen Widersprüchen nicht zurecht und wären sehr dankbar für gefällige Aufklärung. Sie würde vielleicht auch dazu beitragen, die kriegerische Aufregung zu dämpfen, die heute durch die französische Presse geht und von unseren bekannten Gegnern in der englischen Presse nach Kräften gefördert wird. Das ist unter allen Umständen ein bedenkliches Spiel, da Leidenschaften leichter zu erregen als zu stillen sind. Auch lassen sich in Frankreich selbst Stimmen hören, die diesem Neo-Delcassismus nicht ohne Besorgnis gegenüberstehen. Wir denken dabei nicht an Herrn Jaurès, der wird als Schwurzeuge in Fragen auswärtiger Politik in Frankreich nicht akzeptiert, sondern an eine interessante Ausführung der „Europe Coloniale" vom 3. Januar. Unter der Spitzmarke: „Die Überraschungen der entente cordiale" schreibt nämlich der bekannte Kolonialpolitiker Georges Valençay wie folgt:

„In dem Augenblick, da die Konferenz von Algeciras eröffnet werden soll, scheint die französische politische Welt, ermutigt durch die einigermaßen trügerischen Versprechungen Englands, sich darauf vorzubereiten, ihren friedlichen Siegen den Sieg anzureihen, den sie auf der iberischen Halbinsel zu erringen gedenkt.

„Offenbar gründet sich diese Zuversicht in Frankreich auf die entente cordiale, auf diese sichere und formidabele Unterstützung der englischen Flotten, für den Fall, daß ernste Meinungsverschiedenheiten über die marokkanische Frage zwischen den französischen und den deutschen Diplomaten entstehen sollten.

„Und doch liegt die Gefahr in dieser Unterstützung; diese Tag für Tag durch mächtige Einheiten vermehrten Flotten bedeuten für Frankreich in einer nahen Zukunft, für Deutschland schon jetzt eine furchtbare Drohung, in ihnen liegt die nächste Wahrscheinlichkeit eines Kriegsbrandes und eines erbarmungslosen Kampfes, der mit der gänzlichen Zerstörung erst der deutschen, dann der französischen Flotte enden muß, wenn nicht etwa Großbritannien in dem blutigen Abenteuer sein magnifikes Prestige scheitern sieht und es in einem Desastre verspielt, das fast ohnegleichen in der Geschichte der Seeherrschaft wäre. Um diese Hegemonie zu gewinnen und um die herrschende Macht zu

bleiben, hat England im 17. Jahrhundert Holland bekämpft und vom Ende des 17. bis zum Anfang des 19., d. h. von der Thronbesteigung Wilhelms von Oranien bis Waterloo, Frankreich; es hat uns in Nordamerika und Indien die Grenzpfähle geraubt, die wir in herrlichen Kolonien errichtet hatten. In Abukir und Trafalgar bewies es die Überlegenheit seiner Schiffe. Als es uns dann überholt hatte, begnügte es sich, unsere Fortschritte zu beobachten, und unsere Kriegsmarine sank von der zweiten Stelle auf die dritte; heute haben die Vereinigten Staaten und Deutschland mehr Panzer als wir, wir haben aufgehört, eine direkte Gefahr für England zu sein, und sind nicht mehr Konkurrenten, über die man zu wachen hat.

„Da die Vereinigten Staaten fern und als Angelsachsen schließlich Alliierte in Beherrschung der See werden können, hat die englische Marine ihre Augen und die Mündung ihrer Kanonen Deutschland zugekehrt. Auch stehen England und Deutschland nicht nur diplomatisch, sondern auch ökonomisch gegeneinander, da sich herausgestellt hat, daß sie Rivalen sind.

„England will um keinen Preis dulden, daß eine Großmacht die Mündungen von Rhein und Schelde besetze, da von dorther die Themse bedroht werden könne. Die erste Republik ist ohne Stillstand bekämpft worden, damit sie diese Küsten der Nordsee räume. Heute ist Deutschland eine Drohung für Amsterdam, Rotterdam und Antwerpen.

„Sir Charles Dilke, dieser hervorragende englische Staatsmann, hat soeben Erklärungen über die möglichen Ergebnisse der Konferenz von Algeciras gegeben, die wenigstens in betreff gewisser Punkte höchst optimistisch erscheinen können.

„Wenn, so sagt er, bei Deutschland die geringste Neigung bestände, mit Frankreich Krieg zu führen, werde sicher nicht Marokko der Kriegsgrund sein. Denn in dieser Frage ist England, das sich die französische Auffassung zu eigen gemacht hat, an Frankreich gebunden. Es ist aber möglich, daß man jenseits der Vogesen hofft, die französische Politik von der englischen zu trennen. Ich meinerseits wünsche, fügt er hinzu, daß wir verbunden bleiben und daß die so gut eingeführte entente cordiale in Zukunft zu vielen glücklichen Ergebnissen zu führen vermag. Schon jetzt bedeutet sie für euch wie für uns eine wundersame Sicherheitsbürgschaft, die jetzt ans Ruder

gelangte liberale Partei ist Frankreich immer hold gewesen. Ich glaube versichern zu können, daß sie es heute mehr als je ist.

„Diese wundersame Sicherheitsbürgschaft, von der Sir Charles Dilke redet, besteht gewiß für den gegenwärtigen Augenblick, im Hinblick auf die Möglichkeiten der Stunde. Aber diese wundersame Sicherheitsbürgschaft wird mit dem Augenblick nicht mehr bestehen, da England sein Ziel erreicht und einen Zusammenstoß der englischen und der deutschen Flotte herbeigeführt haben wird, namentlich wenn es siegreich aus ihm hervorgeht. . .“ Herr Valençay erinnert in diesem Zusammenhange daran, wie in Anlaß der Faschoda-Affäre Kitchener den Obersten Marchand darauf hingewiesen habe, daß es für England absolut notwendig sei, die französische Flotte zu zerstören: „Nous sommes tous persuadés en Angleterre. que cette opération faite. nous n'en serons que plus camarades aprés.“ Das sei zwar 1898 gesagt worden, und heute habe man die entente cordiale. aber man könne sicher sein, daß, wenn England für Frankreich und gegen Deutschland interveniere, es nicht um Frankreichs willen geschehen werde, sondern um die deutsche Flotte zu vernichten, bevor sie allzu stark geworden sei. Auch Sir Charles Dilke habe es für nötig gefunden, auf Schwierigkeiten hinzuweisen, die trotz der Entente vorhanden seien: die Frage der neuen Hebriden und Siam zumal seien noch nicht gelöst.

Der Artikel schließt mit einem Hinweis darauf, daß, wie das letzte Blaubuch zeige, die englische Flotte auf Kriegsfuß stehe, und daß die englischen Flottenmanöver bei Lagos Gelegenheit bieten würden, sich davon durch den Augenschein zu überzeugen.

Wir haben diesen Artikel so ausführlich wiedergegeben, weil die hier niedergelegten Anschauungen in der französischen Presse nur selten zum Ausdruck kommen, uns aber aus bester Quelle bekannt ist, daß sie von sehr beachtenswerten Kreisen in Paris geteilt werden. Nun sind wir freilich keineswegs geneigt, all diese Ausführungen uns zu eigen zu machen. Sie entsprechen einem im wesentlichen überwundenen Stadium der deutsch-englischen Beziehungen, und wie sich hoffen läßt, auch einem Stadium der Marokkofrage, das bald überwunden sein wird. Die heute (Montag) abend in recht eingehenden Auszügen veröffentlichen Depeschen unseres Weißbuches werden Gedankengänge und Stimmungen, wie wir sie an der Hand der „An-

nales Coloniales" zeichneten, ad absurdum führen. Denn darüber wird wohl kein Zweifel mehr aufkommen dürfen, daß St. René-Taillandier sich in der Tat dem Sultan von Marokko gegenüber als der Mandatar Europas geriert hat, und ebensowenig darüber, daß das Delcasséſche Programm in der Tat die Tunisizierung Marokkos in brutalſter Weiſe in Angriff nahm und dabei rückſichtslos ſich über die völkerrechtlich geſicherte Stellung der anderen Konferenzmächte von 1880 hinwegſetzte. Wenn nun, wie die „Annales Coloniales" behaupten, Herr Rouvier die Politik Delcaſſés fortſetzt, bleibt uns nichts übrig, als auf den Runderlaß des Reichskanzlers vom 5. Juni 1905 zurückzutreten. Denn daran iſt nicht zu denken, daß wir das Programm vom 31. März: „Souveränität des Sultans, Integrität des marokkaniſchen Territoriums und Prinzip der offenen Tür" aufgeben. Das geplante Reformwerk kann, wie der Erlaß vom 5. Juni ausdrücklich und ſehr beſtimmt ſagt, „nur mit Zuſtimmung aller Signatärmächte zuſtande kommen", und es würde „der Widerſpruch einer einzigen Signatärmacht genügen, um der Einräumung irgendwelcher Sonderrechte, die mit dem Meiſtbegünſtigungsrechte der anderen Mächte unvereinbar ſind, den Rechtsboden zu entziehen". Ein Generalmandat für Frankreich bleibt alſo ausgeſchloſſen. Auch der Sultan hat das Reformwerk von dem einſtimmigen Beſchluſſe der Signatarmächte abhängig gemacht. Daß es möglich iſt, einen ſolchen Beſchluß zu erreichen, haben die Ratſchläge gezeigt, die auf Grund der Vereinbarungen vom 28. September von Frankreich und Deutſchland dem Sultan hinſichtlich des Konferenzprogramms erteilt wurden. Wenn jetzt neue Schwierigkeiten auftauchen, kann es nur geſchehen, wenn von einer dieſer Mächte über jenes Programm vom 28. September 1905 hinausgegangen wird. Das aber iſt von deutſcher Seite nicht geſchehen. Es wäre Rückkehr zur Delcaſſéſchen Politik, wenn Frankreich es tun ſollte, und dann allerdings könnte die Lage wiederum die werden, die vor dem 6. Juni beſtand.

Es iſt übrigens nicht zu verkennen, daß unſere Regierung mit ihren Publikationen ſehr zurückhaltend geweſen iſt, und das läßt ſich nur billigen. Sie wären ohne das vorausgegangene franzöſiſche Gelbbuch wahrſcheinlich überhaupt nicht erfolgt; ſchon Fürſt Bismarck hat darauf hingewieſen, daß ſolche Veröffentlichungen ſtets Symptome einer Kriſis ſind, die durch einen Appell an das geſunde Urteil der

Nation überwunden werden soll. Daß aber die deutsche Nation zu unserer Haltung in der Marokkofrage steht, davon wird man sich auch in Frankreich überzeugt haben.

Was die Presse der anderen Staaten in letzter Zeit an Stimmungen und Meinungsäußerungen hinzugetragen hat, sollte nicht überschätzt werden. Die Verhandlungen auf der Konferenz müssen die Entscheidung geben. Wir werden sie versöhnlich, aber fest führen, und wir wünschen in unserem Interesse wie in dem Marokkos und Frankreichs einen friedlichen und freundlichen Ausgang.

In England verschlingt das Interesse an den Wahlen zunächst jede andere Frage, und nur soweit es sich um Wahlerfolge handelt, interessieren dort im Augenblick auch die Probleme der auswärtigen Politik. Danach wollen auch die Reden und anderen Kundgebungen beurteilt werden. Man läuft sonst Gefahr, sich über ihre Tragweite zu täuschen. Das gefallene Kabinett hat sich die äußerste Mühe gegeben, die Wahlkampagne auf die Fragen der imperialistischen Politik zuzuspitzen. Lord Greigh hat diese Taktik durch seine Erklärungen gebrochen, und auch die Sistierung der Einfuhr chinesischer Kulis in Südafrika, welche von den konservativen Ministern so heftig angegriffen wird, kann ihm gewiß nicht schaden. Wir wissen durch Briefe aus Transvaal, daß vielmehr nur auf diesem Wege eine Versöhnung mit den Buren zu erreichen war, und die muß jeder Engländer, der weiter in die Zukunft blickt, wünschen. Auch an dem (zahmen) Homeruleprogramm Campbell Bannermans wird das liberale Kabinett nicht scheitern. Es handelt sich nicht um eine Rückkehr zu den Gladstoneschen Utopien, sondern mehr um prinzipielle Beruhigungserklärungen und um Zugeständnisse im kleinen. Nein, der Kampf geht um das fiskalische Programm Chamberlains, das scheitern muß, weil es den natürlichen Verhältnissen widerspricht, in denen die großen Kolonien zum Mutterlande stehen. Es ist das in musterhafter Weise auf dem internationalen Kongreß zu Mons (Congrès international d'expansion économique et douanière) von Professor Mr. George Fisk, Universität Illinois, ausgeführt worden. Mr. Fisk war früher Botschaftsrat in Berlin und ist vielleicht erster Kenner der anglo-amerikanischen Handelsbeziehungen. Er geht davon aus, daß in der Periode feudalen Regimentes das politische und ökonomische System einen lokalen Charakter trug. Man habe seine geringen Bedürfnisse

leicht befriedigen können, und die lokalen Zentren hätten sich selbst erhalten. Seither bis zur Gegenwart sei der allgemeine Zug im politischen wie im ökonomischen Leben ein zentralistischer geworden. Ökonomisch finde das im Entstehen der Trusts, politisch im Wachstum nationaler oder imperialistischer Föderationen seinen Ausdruck. Damit die letzteren sich erfolgreich entwickeln, seien gewisse Voraussetzungen unerläßlich; als deren wichtigste bezeichnet er territoriale Nachbarschaft, Freihandel von Staat zu Staat oder im eigenen Gebiet, Rassenverwandtschaft, wie sie in Sprache, Gesetzgebung, Geistesrichtung sich geltend mache, ökonomische Abhängigkeit eines Teiles vom anderen, die Fähigkeit der föderierten Gebiete, im wesentlichen die eigenen Bedürfnisse zu befriedigen, endlich den Volkscharakter, der in starker Abhängigkeit von klimatischen Verhältnissen stehe, wobei Nationen gemäßigter Zone die arktischen und tropischen beherrschten. Prüfe man, von diesen Voraussetzungen ausgehend, die Föderation, von der die britischen Imperialisten träumen, so finde man zwar einige dieser Vorbedingungen in dem Verbande Englands und seiner großen Kolonien, andere aber fehlten teilweise oder völlig. Schon Professor C. F. Bastable habe (im „Economic Journal" Dez. 1902) darauf hingewiesen, daß die Vereinigten Staaten alle Voraussetzungen für eine Zollunion hätten, im britischen Reiche aber sei sie undurchführbar (no union of this kind is possible for the British Empire).

Mr. Fisk findet den Boden für Verwirklichung des föderativen Ideals in Nordamerika zwischen dem 35. und 50. Grad nördl. Br., in Südamerika zwischen dem 20. und 40. Grad südl. Br., in Südafrika, in Eurasien in dem Gebiet, das im Osten Rußland, im Westen Deutschland einnimmt und das durch die Inselreiche Großbritannien und Japan flankiert wird, von denen das erstere keinerlei Möglichkeit zusammenhängender Ausbreitung biete, während sich letzterem unbegrenzte Aussichten insularer Ausdehnung und politischer Verschmelzung mit gelben Rassen böten, wobei freilich ein Zusammenstoß mit Australien nicht ausgeschlossen sei, dessen natürliche Ausbreitungssphäre nach Norden gehe.

Professor Fisk geht nun an die Prüfung der spezifisch amerikanischen Seite des Problems. Die Vereinigten Staaten seien bald nach ihrer Trennung von England zum Freihandel untereinander übergegangen. Auf dieser Basis seien sie weitergegangen, und heute

stellten sie das größte Freihandelsgebiet der Welt dar. Diese Entwicklung habe erst von Ost nach West, dann von Nord nach Süd geführt. Eisenbahnbau, Kapitalanlagen, Siedelungen drängten vorwärts nach Mexiko wie nach Britisch-Nordamerika. Im Jahre 1903 seien in Westkanada von 122000 Ansiedlern nicht weniger als 47000 aus den Vereinigten Staaten gekommen. Und das sei, obgleich es in Kanada politisch erregt habe, nur natürlich, da es jenen Voraussetzungen entspreche, die die Durchführung eines föderativen Systems bedingen. Wenn nun überhaupt die britische imperialistische Föderation zu verwirklichen war, hätte man annehmen müssen, daß sie Kanada zu England führen müsse, aber trotz hoher Tarife, die Kanada und die Vereinigten Staaten trennen, wachse die wirtschaftliche Abhängigkeit Kanadas von der großen Republik. Noch 1854 seien 51 p. c. des kanadischen auswärtigen Handels nach England gegangen, 1903 seien es nur noch 39 p. c. gewesen, während gleichzeitig der Handel mit den Vereinigten Staaten von 34 auf 44 p. c. stieg.

Vergleicht man den auswärtigen Handel Kanadas für die Jahre 1896 bis 1903, so stieg der Handel mit England um 104 p. c., der mit den Vereinigten Staaten aber um 112 p. c.: der Import vom Mutterlande um 78 p. c., vom amerikanischen Nachbar um 140 p. c.!

Der Schluß, zu dem Mr. Fisk gelangt, ist, daß die britische imperialistische Föderation ein schönes Ideal sei, daß er aber an die Möglichkeit einer Verwirklichung nicht glauben könne; wenigstens nicht unter britischer Leitung. Eine angelsächsische Föderation könne in Nordamerika, in Südafrika, Australien verwirklicht werden, und dort sei es wohl denkbar, daß politische, ökonomische und soziale Bande einmal die englischredenden Völker verbinden, aber alle Wahrscheinlichkeit spreche dafür, daß Britisch-Nordamerika sich politisch und ökonomisch den Vereinigten Staaten amalgamieren werde.

Das ist sehr bestimmt und sehr richtig gedacht, und deshalb glauben wir nicht, daß Balfour und Chamberlain Aussicht haben, mit ihrem Programm durchzudringen. Chamberlain hat sogar neulich in einer großen Wahlversammlung die Tribüne verlassen müssen, ohne zu Wort zu kommen, und fast hätte Mr. Balfour das gleiche erlebt.

So scheint uns der Ausgang der Wahlkampagne in England nicht zweifelhaft. Es gibt einen großen Sieg der Liberalen, und

wenn dann, auf Grund der Neuwahlen, ihr erstes Parlament zusammentritt, werden wir auch über die zu erwartende auswärtige Politik Englands mit größerer Sicherheit reden können.

In Rußland beharrt die Regierung bei der entschlossenen Niederwerfung des Aufstandes. Noch ist sie aber nicht stark genug. Es fehlt an Truppen, und man ist genötigt, vorläufig noch Dinge zu dulden, die an sich unerträglich sind. Im wesentlichen wird im eigentlichen Rußland die Herstellung staatlicher Ordnung in den großen Städten durchgesetzt, während es auf dem flachen Lande noch drunter und drüber geht.

Das gilt sowohl vom russischen Rußland wie von den Ostseeprovinzen, in denen jetzt die Zerstörung sich auf Estland ausgedehnt hat, wo gegen 100 weitere Güter teils demoliert, teils niedergebrannt sind. Dabei ist die Erbitterung der Soldaten so groß, daß sie jetzt ihrerseits die Bauernhöfe niederbrennen, aus denen sie beschossen werden, und so die Verwüstung des Landes immer ärger wird. Wie viele Jahre wird es brauchen, ehe wieder neues Leben aus diesen Ruinen und Trümmern ersteht! Es scheint, daß jetzt allerdings Teile der mandschurischen Armee anrücken, und nach zuverlässigen Nachrichten soll das Gros der Truppen treu geblieben sein. Nur die Reservisten machen Sorge. Es läßt sich aber hoffen, daß ihre Scharen sich bald zerstreuen werden. Was die Leute treibt, ist zum Teil unerträgliches Heimweh. Eine weitere Gefahr liegt in der steigenden materiellen Not. Es fehlt an Geld und wird sehr bald an allem fehlen, wenn es der Regierung nicht gelingt, den Eisenbahnverkehr voll wieder herzustellen. Die Berichte über die Hungersnot auf dem Lande und unter den Arbeitern der Fabrikstädte werden immer häufiger in den Zeitungen. Wir fürchten, daß der Ruf nach Brot schließlich jeden anderen übertönen wird. In den Städten stockt der Handel, besonders dort, wo er, wie in Kiew, fast ganz in jüdischen Händen lag. Fast alle Firmen — mit Ausnahme einiger größerer — haben ihre Zahlungen eingestellt. Sämtliche Operationen an den dortigen Banken sind eingeschränkt, massenhaft Geld ins Ausland gerettet worden. Aufs ärgste geschädigt ist die Zuckerindustrie des Südens, und ähnliche Klagen werden allerorten laut. In Riga, Reval, Libau, wo die Städte so gut wie intakt konserviert sind, und die Not vornehmlich auf die zusammengedrängten Flüchtigen vom Lande

her konzentriert ist, wird dringend Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen zum Auslande gewünscht. Die übertriebenen Gerüchte von Beschießung dieser Städte, von großen Feuerschäden usw. haben offenbar schädigend gewirkt. Zumal jetzt, wo größere Truppenmassen Schutz gewähren, hat der fremde Handel dort nichts zu riskieren. Die energische Wiederaufnahme desselben wäre zugleich die beste Hilfe, die man jetzt leisten könnte.

Über die Wahlen zur Reichsduma steht nichts mit Sicherheit fest. Die „Nowoje Wremja" meint, sie seien auf den März, vielleicht auf den April verschoben. Die unbelehrbare russische „Intelligenz" ist auch mit der letzten Erweiterung des Wahlrechts nicht zufrieden und verlangt das allgemeine, gleiche usw. Wahlrecht. Den Leuten ist eben nicht zu helfen. Es ist übrigens schwer, sich vorzustellen, wie überhaupt in der allgemeinen Verwirrung, die jetzt besteht, gewählt werden soll. In der Hälfte des Reiches ist der Kriegszustand erklärt, und unmöglich kann doch den Rebellen, Räubern und Mördern politisches Bürgerrecht gewährt werden. Wir glauben aber nicht zu viel zu sagen, wenn wir annehmen, daß 50 p. c. der Bevölkerung sich Dinge haben zuschulden kommen lassen, die in jedem Staat der Welt Verlust der bürgerlichen Rechte wenigstens zeitweilig nach sich gezogen hätten.

Charakteristisch an der Stimmung ist der Feldzug des größten Teiles der Presse gegen den Grafen Witte und zugleich die in einem opportunistischen Blatte, wie die „Nowoje Wremja", oder in einem sozialradikalen, wie die „Molwa" (es ist die „Ruß" von früher), zutage tretende Feindseligkeit gegen Deutschland. Gewinnt die künftige Reichsduma Einfluß auf die auswärtige Politik, so werden wir mit Rußland als mit einem Gegner zu rechnen haben.

11. Januar. Fallières wird zum Präsidenten des französischen Senats gewählt.
12. Januar. Beginn der Wahlen in England. Beendigung des Aufstandes in San Domingo.
14. Januar. Turnowo wird vom Zaren zum Minister des Innern ernannt.
16. Januar. Erste Sitzung der Marokkokonferenz in Algeciras.

---

17. Januar 1906.

Eine Reihe großer Entscheidungen steht unmittelbar bevor. Am Mittwoch um 1 Uhr mittags wird von Senat und Kammer der Präsident der französischen Republik gewählt. In Frankreich ist das natürlich eine Frage vom allergrößten Interesse, denn so verblaßt auch die politische Bedeutung der Stellung des Präsidenten der Republik seit den Tagen Grévys ist, die Stellung bleibt die erste im Lande, und es ist doch eine stolze Position, als der Vertreter Frankreichs mit den Oberhäuptern der übrigen Staaten sieben Jahre lang auf gleicher Staffel zu stehen. Hat der Präsident der französischen Republik auch nicht die Machtfülle des Präsidenten der Vereinigten Staaten, so ist er dafür von mehr Glanz umgeben, und der fällt auf die Korona der wirklichen Machthaber zurück. Auch rücken mit dem neuen Präsidenten neue Männer in den Vordergrund; es treten kleine Verschiebungen ein, nicht große Wandlungen. Im allgemeinen wird sich die Wahl auf die Männer beschränken, die in Senat oder Kammer eine bedeutende Stellung errungen haben, das heißt, die herrschende Demokratie setzt einen der Ihrigen an die Spitze des Staates. Aber es ist das Charakteristikum dieser Demokratie, daß sie ihre republikanischen Mitbürger aristokratischer Herkunft tatsächlich von der Teilnahme am Regiment ausschließt. Wir fanden noch bis in den Anfang der achtziger Jahre einige alte Namen in Heer und Diplomatie, seither sind sie fast ganz geschwunden, wenigstens aus den leitenden Stellungen, und dabei scheint es bleiben zu wollen. Die nicht französische Welt wendet daher der Präsidentenwahl weit geringere Aufmerksamkeit zu, als den Wahlen in England, bei denen es sich tatsächlich um eine Wandlung handelt, die weitere Kreise in Mitleidenschaft zieht. So wie die Dinge bis zum Augenblicke liegen, scheint uns der Sieg

der Liberalen, und zwar ein großer Sieg, gesichert. Es fällt in dem mit großer Leidenschaft und zum Teil mit großer Rücksichtslosigkeit geführten Wahlkampfe angenehm auf, daß von keiner Seite mehr die Fabel von den angeblichen Angriffsplänen Deutschlands und überhaupt von der sogenannten deutschen Gefahr vorgebracht worden ist. Wir glauben daran zu erkennen, daß die Überzeugung von der Wesenlosigkeit dieser Phantome endlich allgemein geworden ist, und das ist sehr erfreulich. Gewiß hat der Widerhall, den die Initiative Lord Aveburys gefunden hat, wesentlich dazu beigetragen, so daß wir wohl hoffen dürfen, daß die Stimmen nicht wirkungslos verhallen, die hüben und drüben auf diejenigen Momente hinwiesen, die nicht trennen, sondern zusammenführen. Im übrigen wissen wir sehr wohl, daß große Nationen nicht nur ein Recht, sondern die Pflicht haben, ihren eigenen Interessen nachzugehen. Es ändern sich die Methoden, nicht das Ziel, das verfolgt wird, und das wird hier wie dort die Aufrechterhaltung der Macht und Ehrenstellung des Staates bleiben.

Die ebenfalls in diesen Tagen bevorstehende Eröffnung der Konferenz von Algeciras wird, wie sich aus guten Gründen hoffen läßt, gleichfalls zu einer Lösung führen, in welcher dem guten Recht und dem Ansehen keines der teilnehmenden Staaten zu nahe getreten wird. Wir halten es für absolut sicher, daß die drei wesentlichsten Punkte unseres Programms: Integrität Marokkos, Souveränität des Sultans und Prinzip der offenen Tür, widerspruchslose Anerkennung finden werden. Was sonst noch in Betracht kommt, ist die Herstellung klarer Verhältnisse und sicherer Grenzen, politischer wie geographischer, und auch dafür, so läßt sich hoffen, wird die einigende Formel zu finden sein. Die Ruhe, mit der die öffentliche Meinung bei uns dem Ausgange entgegensieht, kann dabei als Gradmesser dienen. Gefahren, wenn sie wirklich drohen, werden ebenso sicher vorausgefühlt wie eine starke elektrische Spannung der Luft, die ein kommendes Gewitter anzeigt, und von einer solchen Spannung ist bei uns nichts zu merken. Sie ist eben nicht vorhanden. Auch glauben wir nicht, daß sie in Frankreich wirklich vorhanden ist. Man hat, wenn man die erregten Stimmen französischer Blätter verfolgt, den Eindruck journalistischer Mache. Die französischen Staatsmänner, in deren Händen die Verantwortung ruht, denken gewiß ruhiger, und ebenso kann als unbedingt sicher gelten, daß der gesamte Umstand, wir meinen die Vertreter

der übrigen mitinteressierten Mächte, etwaige Gegensätze auszugleichen, nicht zuzuspitzen, bemüht sein wird. Denn an der Erhaltung normaler Beziehungen in der europäischen Staatenwelt ist schließlich jeder Teil in gleicher Weise interessiert.

Wie sehr dieser Satz auch von den Beziehungen der Mächte zu den Balkanstaaten gilt, hat die Entwicklung gezeigt, welche die orientalische Frage seit 1897 genommen hat, und ist durch die Ereignisse der letzten Wochen wiederum bestätigt worden. Wir haben der finanziellen Fragen bereits gedacht, welche im Hinblick auf die mazedonischen Wirren durch die letzte Flottendemonstration ein Programm zur Annahme brachten, von dem sich mit Recht erwarten läßt, daß es wohltätig wirken wird. Aber trotz allem dauert das Bandenunwesen in Mazedonien fort, und man kann zweifelhaft sein, wem dabei die größere Schuld zufällt, den bulgarischen oder den griechischen Freischärlern, die unter der Fahne des Patriotismus und des rechten Glaubens dem unglücklichen Lande Gewalt antun. Kürzlich ist es nun den türkischen Autoritäten gelungen, sich einiger bulgarischer Agenten zu bemächtigen. Als sie durchsucht wurden, fand man eine Reihe wichtiger Aktenstücke, aus denen sich ergab, daß die Komitees beschlossen hatten, den griechischen und den englischen Konsul in Seres umzubringen, dazu den Metropoliten und eine Reihe angesehener Persönlichkeiten, deren Abneigung gegen die bulgarische Propaganda bekannt war. Es scheint, daß diese Dokumente auch eine Art Feldzugsplan für die Fortführung des Bandenkrieges enthalten, jedenfalls glaubt die Pforte einen guten Fang getan zu haben, und es ist nicht unmöglich, daß wir durch die Veröffentlichung einiger dieser Beweisstücke über den Zusammenhang der Aktion der Banden nächstens genauer orientiert werden. In diesem Zusammenhange gewinnt aber die geplante und von der bulgarischen Volksvertretung bereits im Prinzip angenommene Zollunion zwischen Bulgarien und Serbien, die jetzt in sich zusammenbrechen will, außerordentlich an Interesse. Diese serbisch-bulgarische Zollunion war nämlich erfolgt, während Serbien mit der österreichisch-ungarischen Regierung über den Abschluß eines Handelsvertrages in Unterhandlung stand. Graf Goluchowski brach, sobald er von der Union erfuhr, die Verhandlungen ab und erreichte durch einen offenbar sehr kräftigen Druck auf Serbien, daß es seine den Bulgaren gegebenen Zusagen widerrief. In der Tat

hätte eine solche Union den Bestimmungen des Berliner Kongresses widersprochen, die, wenn auch an manchen Stellen durchbrochen, soweit die serbisch-bulgarischen Beziehungen in Frage kommen, noch völkerrechtlich bindende Kraft haben. Die serbisch-bulgarische Zollunion aber widerspricht der den Mächten gewährten Meistbegünstigung und enthält zudem noch einen Artikel, welcher diese Union auch auf diejenigen Gebiete ausdehnt, um welche einer der beiden Kontrahenten sich in Zukunft vergrößern könnte. Das aber geht, wie nicht zweifelhaft sein kann, auf Mazedonien und diskontiert so eine Zukunft, die, wenn es nach dem Willen Europas geht, nicht eintreten soll, weil man von ihr nicht mit Unrecht das Aufflammen des gesamten orientalischen Problems fürchtet. Daher auch die Sorge, mit der die nicht zu erdrückende Tätigkeit der bulgarischen und griechischen Komitees verfolgt wird. Über die Verhandlungen, welche dieser gescheiterten Unionspolitik vorhergegangen sind, geben die Aktenstücke, welche in dem letzten französischen Gelbbuche über die mazedonischen Angelegenheiten veröffentlicht sind, lehrreiche Aufschlüsse.

Auch ein englisches Weißbuch über die Heranziehung von Chinesen nach Transvaal ist neuerdings veröffentlicht worden und, was interessanter ist, ein päpstliches Weißbuch über die Trennung von Kirche und Staat in Frankreich. Wir kennen es nur aus der Wiedergabe französischer Blätter, die den Text der Vorrede dieses Weißbuches wiedergeben und den Inhalt der ganzen umfangreichen Publikation analysieren. Die Vorrede lautet:

„Das Gesetz von der Trennung des Staates von der Kirche in Frankreich, durch welches das Konkordat von 1801 gebrochen wird, ist im „Journal Officiel" der französischen Republik am 11. Dezember 1905 veröffentlicht worden.

Die Politiker, die den Bruch um jeden Preis herbeiführen wollten, haben in ihren Schriften und in ihren Reden im Parlament und außerhalb stets wiederholt, daß dieses Gesetz durch die Haltung des hl. Stuhles unvermeidlich geworden sei. Daß es ihr Interesse ist, diese Auffassung zu verbreiten, liegt auf der Hand. Denn Frankreich wollte die Trennung nicht; die Trennung, namentlich wenn sie bei der praktischen Durchführung den Charakter einer Verfolgung annimmt, wird für Frankreich nicht weniger ernste Folgen haben wie für die Kirche. Daher erschien es opportun vor der öffentlichen

Meinung, die Verantwortung dem hl. Stuhl zuzuweisen. Aber im Licht der Dokumente und der Tatsachen wird es nicht schwer sein, nachzuweisen, wem die Verantwortlichkeit zufällt. Das ist das Thema dieser Arbeit.

Die drei ersten Kapitel werden in großen Zügen die antireligiöse Politik darlegen, welche die letzten französischen Kabinette verfolgt haben; die folgenden werden die Anschuldigungen prüfen, die gegen den hl. Stuhl erhoben werden: ein Anhang betrifft das katholische Protektorat Frankreichs im Orient und im fernen Osten.

Diese Veröffentlichung verfolgt nicht das Ziel, auf persönliche Beschimpfungen zu antworten, noch will sie jemanden beleidigen, am wenigsten die französische Nation, welche der hl. Stuhl noch immer als die älteste Tochter der Kirche betrachtet. Sie will ausschließlich die öffentliche Meinung aufklären, speziell in Frankreich, und verhindern, daß über ein Ereignis von so großer Wichtigkeit die historische Wahrheit verletzt bleibe." Der Schwerpunkt der Darlegungen des päpstlichen Weißbuches scheint nun in den Nachweis zu fallen, daß in Ausführung des von Waldeck-Rousseau eingeführten und zur Annahme gebrachten Gesetzes von 1901, das Ministerium Combes illoyal verfahren sei. Es wird das namentlich an der Bestimmung dargelegt, die im Widerspruch zu den Erklärungen Waldeck-Rousseaus den Geistlichen überhaupt allen Unterricht untersagt, nur weil sie Geistliche sind. Es wird auch der Wortlaut des Briefes mitgeteilt, den Papst Pius X. am 23. Dezember 1903 an den Präsidenten Loubet richtete und der mit folgenden Worten schließt: „Durch diese lange Reihe von immer kirchenfeindlicheren Maßregeln hat man, wie es scheint und wie manche glauben, Herr Präsident, unmerklich den Boden vorbereiten wollen, um nicht nur zu einer völligen Trennung des Staates von der Kirche zu gelangen, sondern um Frankreich, wenn es möglich sein sollte, den christlichen Glauben zu rauben, der in früheren Jahrhunderten sein Ruhm war."

In betreff der Frage des katholischen Protektorats im Orient ist ein Schreiben Bienvenu Martins interessant, welches behauptet, daß dieses Protektorat von internationalen Verträgen abhänge, die den hl. Stuhl nichts angingen, und daß es nach wie vor, unabhängig vom hl. Stuhl, geübt werden würde. Die Antwort des Weißbuches ist, daß internationale Verträge wohl ein Recht geben konnten, zu

schützen, daß aber die Ausführung nur möglich werde, wenn der hl. Stuhl zustimme und den in Frage kommenden Missionaren und Gläubigen entsprechende Instruktionen gebe. Das wird dann durch den Text der betr. Verträge und Dekrete, speziell durch das kaiserlich chinesische Dekret vom 15. Dezember 1899, begründet.

Das alles ist sehr interessant, wird aber zunächst ohne praktische Wirkung in Frankreich selbst bleiben. Wie die Katholiken des Orients darauf reagieren werden, kann nicht zweifelhaft sein. Sie haben sich zum Teil schon weit früher an die Kirche ihres Vaterlandes gewandt, wenn es galt, ihre Interessen zu wahren. Wir brauchen nur an die Tätigkeit des Bischofs Anzer zu erinnern, um unsere Stellung klarzulegen. Wichtiger scheint uns die Frage nach der Wirkung, die dieses Weißbuch nach Frankreich hinein in einer vielleicht nicht allzu fernen Zukunft haben wird. Die französische Nation mag das radikal-sozialistische Regiment, unter dem sie steht, noch manches Jahr tragen, daß sie es ewig tragen wird, glauben wir nicht, denn die Nation ist nun einmal in ihrer ungeheueren Majorität konservativ und katholisch, und die französischen Frauen sind nach wie vor kirchlich geblieben. Dazu kommt, daß die sozialistische Doktrin nicht auf dem immerhin noch erträglichen Boden stehen bleiben kann, den sie heute einnimmt: es liegt in ihrem Wesen, zum Extrem fortzuschreiten, und sozialistische Extreme führen wohl noch rascher als andere Extreme zum Absurden und Unerträglichen.

Diese Beweise dafür liegen nicht weit. In Neuseeland wird die tolle sozialistische Wirtschaft über kurz oder lang zu einer wirtschaftlichen Krisis führen, auf welche der Zusammenbruch des Systems folgen muß, in Rußland hat der praktische Sozialismus in einem Jahre abgewirtschaftet. Er liegt schon am Boden. Aber allerdings, was er in diesem einen Jahre zerstört hat, wird einer ganzen Generation reichliche Arbeit zum Wiederaufbauen geben.

Im Augenblick liegen die Verhältnisse so, daß der Glauben an den endlichen Sieg der staatlichen Autorität wieder an Boden gewinnt. Man wagt bereits offen gegen die sozialdemokratischen Revolutionäre aufzutreten. Es hat sich neben der Partei des 17. Oktober, die ganz auf dem Standpunkt des kaiserlichen Manifestes steht, auch eine Partei der Rechtsordnung gebildet, die weiter nach rechts hin gehört. Auch läßt sich nicht verkennen, daß eine reaktionäre Partei

im Hintergrunde auf Zeiten wartet, die zum russischen ancien régime zurückführen. Aber wir wollen hoffen, daß diese Elemente nicht ans Ruder gelangen. Das wäre ein Unglück. Wir wünschen, daß Rußland als ein Rechtsstaat aus der gegenwärtigen Krisis hervorgehe, und glauben, daß dieses auch, wenngleich nicht ohne gefährliche Rückschläge nach links wie nach rechts, der schließliche Ausgang sein wird. Die Aufgaben, welche die Regierung vorher zu lösen hat, sind: die endgültige Niederwerfung der Revolution, die Berufung der Reichsduma, der wirtschaftliche Wiederaufbau Rußlands und, was das allerschwierigste ist, die Sorge für Hebung des sittlichen und intellektuellen Niveaus.

Daß die erste dieser Aufgaben in absehbarer Zeit gelöst werden wird, kann als sicher gelten, zumal jetzt allmählich auch die Truppen aus der Mandschurei einzutreffen beginnen. Wo Kriegsrecht herrscht, trifft die Räuber und Mordbrenner auch die verdiente Strafe, wo sie der russischen Staatsanwaltschaft übergeben werden, läßt man sie dagegen in der Regel laufen, denn diese Beamten, die sogenannten Prokureure, sind zum großen Teile selbst Sozialisten und heimliche Revolutionäre. Es läßt sich daher erwarten, daß zahlreiche gefährliche Elemente auch nach offizieller Herstellung der staatlichen Ordnung ihr Handwerk weiter treiben werden, aber schließlich müssen sie doch der Gerechtigkeit in die Hände fallen. Schwieriger wird es sein, die Reichsduma zusammenzubringen und zu wirklicher Arbeit zu führen. Das Wahlgesetz vom Weihnachtstage dehnt zwar das Wahlrecht sehr weit aus, aber man sieht nicht recht, wie es durchgeführt werden soll. Es scheint doch undenkbar, denjenigen, die eben erst mit den Waffen in der Hand der Regierung gegenüber gestanden haben, die Ausübung der vollen Bürgerrechte zu gewähren. Wenigstens können wir uns nicht vorstellen, daß in einem beliebigen europäischen Staate so verfahren würde. Aber nehmen wir an, daß, wie geplant wird, die Reichsduma wirklich Ende April zusammentritt, wie läßt sich darauf rechnen, daß eben die Männer, die in den Versammlungen der Semstwos und der Städte, auf den Bauernkongressen und auf den Meetings der Arbeiter das allerunsinnigste politische Programm vertraten, nun plötzlich an besonnene, sachkundige Arbeit gehen. Man muß an politische Wunder glauben, um das anzunehmen! Die Wahrscheinlichkeit spricht dafür, daß der Radikalismus aufs neue

wieder durchbrechen und daß man weit mehr daran denken wird, den alten Sünden der Administration und den neuen Sünden der militärischen Machthaber nachzugehen, welche die Revolution rücksichtslos und gelegentlich wohl auch brutal niedergeworfen haben, als in reifer Beratung festzustellen, wie Rußland materiell und moralisch geholfen werden kann. Auch wird die Regierung eine Reihe von Maßnahmen, die nach dem Manifest vom 17./30 Oktober vor die Duma kompetieren, schon vorher ergreifen müssen, weil sie nicht warten kann. Ohne die Duma wird sie beträchtliche Anleihen aufnehmen müssen, und ohne sie auch die ersten Schritte tun müssen, um die schreienden Bedürfnisse des flachen Landes zu befriedigen und die Agrarfrage einer erträglichen Lösung näher zu führen. Die wirtschaftlichen Verhältnisse beurteilen wir weniger pessimistisch, als meist geschieht. Einmal sind die Milliarden, die der Krieg gekostet hat, doch meist in russische Taschen zurückgeflossen. Kaufleute, Fabrikanten, Lieferanten, Handwerker, Bankiers haben zum Teil ungeheuere Geschäfte gemacht, die größer sind als die Verluste, die der Generalstreik mit seinen Folgeerscheinungen gebracht hat. Gelitten haben vornehmlich die Bauern und die Gutsbesitzer, deren Güter zerstört worden sind. Gelitten hat außerdem der Staat, dessen Reserven arg zusammengeschmolzen sind und dem die Revolution zeitweilig fast alle Einnahmequellen entzogen hat. Aber sein Kredit ist trotz allem geblieben, und ganz gewiß wird das ausländische Kapital und ausländischer Unternehmungsgeist das Beste tun, um in Rußland wieder aufzubauen, was verbrannt, zerstört und zugrunde gerichtet ist. Wie es heißt, soll ein englisches Kapitalistenkonsortium bereits ungeheuere Summen bereit haben, um dieses Werk der Rekonstruktion aufzunehmen, und gewiß werden andere folgen.

Am schwierigsten bleibt freilich die Aufgabe, aus dem verwilderten Rußland von heute ein Rußland zu machen, das sich sittlich und intellektuell erneuert. Seit einem Menschenalter war das Schulwesen im ganzen Reiche im Niedergang, vielleicht mit alleiniger Ausnahme Finnlands. Auf den Universitäten hatten die politischen Fragen alles Arbeiten in den Hintergrund gedrängt, im Laufe des letzten Jahres ist überhaupt an keiner einzigen Universität gearbeitet worden. Den revolutionären Taumel hat die gesamte Schuljugend bis in die unteren Klassen hinab, Knaben wie Mädchen, mitgemacht.

Zeitweilig haben fast alle Beamte gegen Eid und Pflicht gehandelt, und wie groß wird die Arbeit sein, die zu einer Herstellung der Disziplin in der Marine und in zahlreichen Truppenteilen führen kann. Dazu kommt die Judenfrage, die trotz der prinzipiellen rechtlichen Gleichstellung der Juden durch die Revolution noch schwieriger geworden ist, weil sie einen tiefen Haß entfacht hat. Wo die Revolution die Überhand hatte, sind die Juden ihr überall in Rußland zugefallen und ihre Führer geworden. In den kleinen kurländischen Städten waren sie — um ein Beispiel anzuführen — die frechsten und blutdürstigsten, und zwar bis zu den kleinen Judenbengeln und Judenmädchen hinab. Wie soll das gesühnt, ausgeglichen und — vergessen werden.

Endlich, und damit berühren wir einen der wundesten Punkte, wie läßt sich erwarten, daß die sozialistische und anarchistische und kommunistische Propaganda keine Spuren und Nachwirkungen hinterläßt?

Es sind ungeheuere Aufgaben, deren Lösung einen großen Mann verlangt. Die russische Revolution aber hat keinen einzigen wirklich bedeutenden Mann in den Vordergrund gerückt. Weder in den Reihen der Opposition, noch in den Kreisen der Regierung, noch endlich unter den Revolutionären. Die ersteren haben nur geredet und desorganisiert, die zweite Gruppe hat sich mit „wohlwollendem Nichtstun" begnügt und erst in letzter Stunde Energie entfaltet, die Revolutionäre aber haben nur verstanden, zu zerstören.

Immerhin scheinen Durnowo und Witte noch die besten zu sein, aber gerade sie werden fast von der gesamten Presse angefeindet. Die Duma wird dem Beispiel der Presse folgen und dem Ministerpräsidenten das Leben schwer genug machen. Wir wünschen ihm, daß er Herr der Lage wird und bleibt und den Mut findet, beim Programm vom 30. Oktober zu beharren. An diesem Programm hängt das Wort des Zaren und das muß eingelöst werden.

18. Januar. Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen Frankreich und San Domingo.
19. Januar. Wiederbesetzung Goldingens durch russische Truppen.
21. Januar. Freiherr von Tschirschky und Bögendorff wird zum Staatssekretär des Auswärtigen ernannt.
22. Januar. Der Schah von Persien beschließt ein „Haus der Gerechtigkeit" zu berufen. Abbruch der serbisch-österreichischen Handelsvertragsverhandlungen.
23. Januar. Sperrung der ungarischen Grenzen gegen Vieheinfuhr aus Serbien.

---

24. Januar 1906.

Die russische Revolution kann in ihrer ersten Erscheinungsform, der anarchistisch-sozialistischen, im wesentlichen als gebrochen gelten. Dauert der Aufruhr auch in einzelnen Gebieten, die kommunistische Agrarbewegung noch in ziemlich ausgedehnten Strichen fort, so wird der Sieg doch der Regierung gehören, nachdem sie endlich an die Ausführung der beiden notwendigsten Maßregeln geschritten ist, von denen allein die Rettung zu erwarten war: an die Gewährung derjenigen Reformen, die aus Rußland einen konstitutionellen Rechtsstaat machen sollen, und an die rücksichtslose Unterdrückung des bewaffneten Aufstandes wie der schleichenden, aus dem Hintergrunde wirkenden Verschwörung.

Die Ausführung der Reformen auf der Grundlage des Manifestes vom 30. Oktober ist noch kürzlich vom Zaren ausdrücklich und in bestimmter, bindender Form als sein unerschütterlicher Wille verheißen worden; nur eine neue Revolution könnte diese Zusage beiseite schieben oder die Ausführung aufschieben, aber beides gehört, soweit sich kommende Dinge vorhersehen lassen, jetzt zu den Unwahrscheinlichkeiten. Die Unterdrückung von Revolution und Verschwörung wird aber noch Zeit kosten. Die Regierung verfügt über eine zu geringfügige Truppenzahl und kann den Entschluß nicht finden, die in Polen stehenden Regimenter heranzuziehen, weil sie in solchem Falle eine autonomistische Bewegung im Königreich Polen fürchtet. Die mandschurische Armee aber kann man nur langsam zurückführen, wie sofort jedem verständlich wird, der sich erinnert, wie viel Zeit erforderlich war, um diese Armee in den fernen Osten zu werfen.

Damals aber fungierten noch die Eisenbahnen und waren die Regierungsorgane noch der Zentralleitung gefügige Werkzeuge. Das alles ist seither weit schwieriger geworden, und dazu ist dann noch das leidenschaftliche Heimweh der durch revolutionäre Proklamationen bearbeiteten Reservisten gekommen, die jetzt ohne alle Ordnung zurückdrängen und, alle Fahrpläne durchbrechend, jeder Disziplin spottend, nur dem einen Gedanken nachgehen, wieder ins Heimatsdorf zu Frau und Kindern zurückzukehren. Es läßt sich aber damit rechnen, daß von diesen Elementen keine Gefahr droht. Sobald sie die Grenzen Sibiriens überschritten haben, lösen sich ihre Verbände auf, und vereinzelt wird man sie an allen Ecken und Enden Rußlands wieder auftauchen sehen. Die eigentliche Armee wird, nachdem die Eisenbahnen die Unordnungen dieses ersten Ansturms überwunden haben, in guter Haltung zurückgeführt werden können, und ist sie erst auf europäischem Boden, so wird es auch nicht mehr schwierig sein, der fortlebenden Revolution — und sollte es gleich ein aufrührerisches Polen sein — endgültig Herr zu werden.

Dagegen rückt immer ernster eine andere Frage in den Vordergrund: wird Rußland Kraft und Kredit finden, um die finanziellen Folgen des Krieges und der Revolution zu überwinden? Die Frage ist außerordentlich kompliziert, und wir maßen uns nicht an, sie vom finanztechnischen Standpunkte aus zu beantworten. Aber wir meinen, daß dem gesunden politischen Verstande die Wege offen stehen, um auch diesem Problem gegenüber zu einem vernünftigen Urteil zu gelangen. Daß es den Männern der Semstwokongresse und den Politikern der jetzt in das slawophile Lager immer deutlicher zurücklenkenden russischen Zeitungen gefallen wird, glauben wir freilich nicht. Aber es gründet sich auf die Tatsachen der russischen Geschichte und auf das Bild der russischen Gegenwart, so wie wir beides verstehen, und wir sind gern bereit, uns eines Besseren belehren zu lassen. Es sei dabei vorausgeschickt, daß wir den Propheten des bevorstehenden russischen Staatsbankrotts stets unter der Voraussetzung widersprochen haben, daß die Monarchie sich in Rußland behauptet. Auch die nachfolgenden Erwägungen ruhen auf dieser Voraussetzung: was eine siegende Revolution aus Rußland macht, ist überhaupt unberechenbar: die Nation in ihren radikalen Elementen hat den Trieb, zu zerstören, nicht den, aufzubauen. Wenn wir aber daran festhalten, daß aus

den bösen Jahren 1904 und 1905, wenn auch nicht ohne weitere Erschütterungen, Rußland als ein monarchischer Rechtsstaat hervorgeht, so ist mit der Tatsache zu rechnen, daß das alte, jetzt untergehende Rußland durch eine verkehrte Finanzwirtschaft, einen unglücklichen Krieg und eine verheerende Revolution allerdings die russische Zukunft so schwer belastet hat, daß nicht abzusehen ist, wie Rußland aus eigener Kraft sich wirtschaftlich verjüngen sollte. Der russische Bauer kann nicht mehr tragen, als ihm die Fiskalpolitik der Regierung auferlegt hat, der russische Zolltarif unmöglich weiter erhöht werden, man wird ihn vielmehr bedeutend herabsetzen müssen, um dem sehr berechtigten Notschrei der russischen Landwirtschaft Rechnung zu tragen. Endlich hat die Erfahrung bewiesen, daß die genuin russische Bevölkerung aus den unermeßlichen Schätzen, die der russische Boden birgt, nur in seltenen Ausnahmefällen etwas zu machen versteht. Das alte Rußland hat auf eigenen Füßen nur so lange gestanden, als es mit einer Naturalwirtschaft auskam, die sich im wesentlichen selbst genügte. Wenn es diese Bahnen verließ, haben Fremde ihm nicht nur die Wege weisen, sondern auch jede Arbeit, die über das Hergebrachte hinausging, machen müssen. Das gilt sowohl vom gesamten Seehandel — der Landhandel blieb bis heute in den schwerfälligen Bahnen orientalischer Praxis — wie vom Fabrikwesen und dem gesamten Hüttenbetriebe, sobald er über das Rudimentärste hinausging. Daß es nicht in weit höherem Grade geschehen ist, lag an der nationalen Eifersucht und Eitelkeit, die die eigenen Schwächen sich nicht eingestehen und vor allem sie nicht der übrigen Welt bekennen wollte. So hat Rußland wie der Drache des Märchens über seinen Schätzen gelegen und sich an einem Reichtum gefreut, den es nicht zu nützen verstand. Noch weit mehr als vom europäischen Rußland gilt das von Russisch-Asien mit seinen unermeßlichen Mineralschätzen. Die Ausbeute im Verhältnis zu dem, was vorhanden ist, läßt sich nur als lächerlich gering bezeichnen. Es kann nun gar nicht bezweifelt werden, daß ein rüstiges Angreifen der natürlichen Reichtümer Rußlands alle Mittel bieten würde, das Reich finanziell wieder aufzurichten und nicht nur die vorhandenen Schäden gut zu machen, sondern auch einer besseren Zukunft das Feld zu öffnen. Aber allerdings ist nicht daran zu denken, daß die Russen von heute diese Aufgabe lösen. Sie haben weder das Wissen, noch

die Energie und Nachhaltigkeit, noch endlich die Gewissenhaftigkeit, welche die notwendigen Voraussetzungen des Erfolges sind. So wird man zum Schluß gedrängt, daß der Wiederaufbau Rußlands ohne die Hilfe nicht nur des ausländischen Kapitals, sondern namentlich und vorzüglich der ausländischen Energie und Gewissenhaftigkeit nicht wohl denkbar ist Es wird darauf ankommen, ob die russische Regierung einsichtig genug ist, diesen durch alle historische Erfahrung erhärteten Satz anzuerkennen und weiter, ob sie stark genug ist, ihn zu praktischer Anwendung zu führen. Denn ohne Zweifel wird die gesamte öffentliche Meinung Rußlands sich mit Erbitterung gegen eine Politik wenden, die diese Ziele energisch verfolgt. Allen voran die künftige Reichsduma, obgleich es in ihr gewiß nicht an Männern fehlen wird, die eine wirkliche Einsicht mitbringen. Aber es sind verschiedene Dinge, eine Wahrheit erkennen und sich vor der Öffentlichkeit zu einer Wahrheit bekennen. Zu letzterem gehört Mut und eine Selbständigkeit des Charakters, die stark genug ist, sich der Suggestion zu entziehen, die von dem großen Haufen der tonangebenden Rhetoren ausgeht. Leider läßt sich nicht verkennen, daß auch die russischen Staatsmänner dieser Suggestion nicht unzugänglich sind. Die bedeutendste Kapazität im Ministerium Witte ist ohne Zweifel der frühere Departementsdirektor im Finanzministerium und jetzige Landwirtschaftsminister Kutler, oder wie der neue Titel lautet: der Dirigierende der Hauptverwaltung für Landwirtschaft. Es ist nur ein Urteil darüber, daß er die finanziellen und agraren Fragen souverän beherrscht, und wir glauben nicht zu irren, wenn wir ihm noch eine glänzende Zukunft vorhersagen. Aber was soll man davon denken, wenn dieser Mann, wie jetzt aus guter Quelle versichert wird, einen Gesetzentwurf ausgearbeitet und fertiggestellt hat, dessen Grundgedanken durchaus auf sozialistischer Basis beruhen. Herr Kutler will nämlich, um dem Landbedürfnis der Bauern zu genügen, nicht nur die Domänengüter zu Bauernstellen parzellieren, sondern auch den privaten Grundbesitz auf einen Maximalumfang festsetzen und den Überschuß zum Besten der Bauern expropriieren! Nun läßt sich solch ein Eingriff in die Sicherheit des Eigentums im eigentlichen Rußland zur Not noch entschuldigen. Dort liegen die Verhältnisse vielfach so, daß man von einer Landflucht des Adels reden kann. Seit über einem Jahrzehnt gehen die Güter des Adels in den Besitz der reich

gewordenen Dorfwucherer, der sogenannten Kulaki, oder in die Hände der Kaufleute über, die sich den Luxus eines Landsitzes erlauben können. Es läßt sich also denken, daß, wenn die russische Regierung den Bauern den Kaufzins vorschießt, ein großer Teil der enteigneten Grundbesitzer froh sein wird, auf diesem Wege zu Bargeld zu kommen. Mit diesem Gelde aber wird es gehen wie mit den 1861 gleichfalls vorgeschossenen Loskaufsgeldern. Die Edelleute verjubeln den Gewinn, und die Bauern zahlen die Schuld nicht, bis ein Gnadenmanifest ihnen die Schuld schließlich ganz erläßt. Also wenn Herr Kutler mit diesen Tatsachen rechnet, mag man es entschuldigen, wenn ihm die Frage des sicheren Eigentums eine so bedeutsame Prinzipienfrage nicht ist, daß davor die Opportunitäten des Augenblicks zurückstehen müssen. Aber Herr Kutler will ein für das ganze Reich geltendes Gesetz schaffen, und das würde geradezu demoralisierend überall dort wirken, wo weder ein landflüchtiger Adel noch ein ungenügend dotierter Bauernstand zu finden ist. Das gilt aber von dem gesamten Westen: Finland, die drei baltischen Provinzen und große Teile Litauens und Polens mit eingeschlossen. Es wäre zugleich ein Eingriff in das Eigentumsrecht, der das Zutrauen des Auslandes zur Stetigkeit der russischen Regierung erschüttern und unter allen Umständen die Kreditfähigkeit des Reiches erheblich herabsetzen würde! So können wir vor der Durchführung dieser Pläne nur auf das nachdrücklichste warnen. Die Grenzlinie, die den werdenden russischen Rechtsstaat von dem Staat sozialistischer Utopien scheidet, kann nicht ungestraft überschritten werden, und ebenso darf dieser werdende Rechtsstaat nicht in den Hauptfehler des sinkenden bureaukratischen Regiments zurückfallen und als gleichartig und gleichwertig behandeln, was grundverschieden und anderwertig ist. Die Sucht, den Schein einer Uniformität zu erwecken, hat vielleicht am meisten dazu beigetragen, den inneren Zusammenhang des russischen Reiches zu lockern. Glücklicherweise verlautet neuerdings, daß der Ministerrat der Expropriation von Privatländereien nicht sympathisch gegenübersteht, und so läßt sich hoffen, daß diese sozialistischen Anwandlungen schließlich überwunden werden.

Es ist das um so notwendiger, als sich in Rußland die Grenzen zwischen Sozialdemokraten und Anarchisten nicht mehr ziehen lassen. Beide Parteien stellen Bombenwerfer, Meuchelmörder, Räuber und

Diebe. Dafür liegen zahllose unwiderlegliche Beweise vor. Die estnischen Sozialdemokraten haben zudem an ihren Opfern die unmenschlichsten Martern vorgenommen (Fall Kotzebue), sinnlos zerstört (z. B. allen Pferden eines großen Gestüts die Kehlen durchschnitten), und wie die lettischen und jüdischen Sozialdemokraten in Tuckum gewütet haben, ist noch in aller Erinnerung. In der Vernichtung von Kulturwerten, wie z. B. der Manuskripte des ehrwürdigen Propstes Dr. Bielenstein, der mehr als alle Letten zusammengenommen getan hat, um die Sprache des Volkes und seine Kultur zu heben, oder der kostbaren Bibliotheken und Archive, wo immer sie diesem barbarischen Gesindel in die Augen fielen, haben gerade die organisierten Genossen durch alle drei baltischen Provinzen systematisch gewetteifert. Und für diese Mörder und Diebe organisiert unsere Sozialdemokratie Kundgebungen, und der von der polnischen Jüdin Rosa Luxemburg gekutschte „Vorwärts" singt ihnen Hymnen. Er nennt diese Leute Freiheitskämpfer und betört den ehrlichen deutschen Arbeiter zu Resolutionen, die ihnen die Schamröte in die Wangen treiben würden, wenn sie die Leute kennten, für die sie sich begeistern.

Wie wir hören, sind übrigens zahlreiche lettische und jüdische Revolutionäre nach Deutschland und, wie es heißt, speziell nach Berlin geflüchtet. Es läßt sich annehmen, daß sie mit falschen Pässen auftreten, und die Vermutung liegt nahe, daß sie auch einen Teil ihres Raubes mit herüber gebracht haben, so daß gewiß die sorgfältigste Kontrolle dieser verdächtigen Elemente geboten ist.

Die polnische Revolution wird von Krakau her ausgebreitet und lebendig erhalten; sie ist jedoch, wie jetzt deutlich hervortritt, aus wirtschaftlichen Gründen, um von dem reichen russischen Hinterlande nicht durch Zölle getrennt zu werden, nicht separatistisch, sondern autonomistisch und sucht mit den russischen Radikalen Fühlung auf dem Boden slawophiler und antideutscher Tendenzen. In Polen selbst aber sind sie entschlossen antirussisch. Dabei ist es nicht uninteressant, daß sich polnische Großgrundbesitzer jetzt durch jüdische Händler darum bemühen, die zerstörten baltischen Güter billig aufzukaufen, um so auf dem Wege einer pénétration pacifique sich ein neues Kolonisationsgebiet zu erobern. Das wird ihnen, wie sich hoffen läßt, nicht gelingen, da, soweit sich bisher erkennen läßt, das zähe baltische

Deutschtum keinerlei Neigung hat, das Feld zu räumen. Es hat schon bösere Tage zu überwinden verstanden.

In der großen Politik der abendländischen Welt scheint die Entwicklung zu freundschaftlicher Lösung der vorhandenen Schwierigkeiten rüstig fortzuschreiten. In Frankreich hat der Senatspräsident Fallières den Sieg errungen und, abgesehen von Herrn Doumer, dem Gegenkandidaten, und dessen Anhängern, scheint alle Welt in Frankreich mit dem Ausgange einverstanden zu sein. Daß die Unterlegenen noch eine Zeitlang schelten, ist zu natürlich, als daß man sich darüber wundern dürfte. Für Frankreichs Stellung nach außen hin ist, wie wir schon neulich hervorhoben, die Person des Ministerpräsidenten, zumal wenn er zugleich Minister des Auswärtigen ist, bedeutend wichtiger als die des Präsidenten der Republik. Das zeigt die französische Geschichte seit 1879.

So dürfen wir wohl auch erwarten, daß die Konferenz von Algeciras ohne große Stürme die marokkanischen Angelegenheiten in den Friedenshafen führt. Wir haben die Einmütigkeit, mit der die dauernd offene Tür und die beiden anderen Grundforderungen Kaiser Wilhelms zur Annahme gelangten, mit großer Genugtuung begrüßt. Die jetzt vorliegende Frage der Kontrolle des Waffenschmuggels muß, sobald man in voller Ehrlichkeit darüber eines Sinnes ist, daß dieser Schmuggel wirklich verhindert werden soll, ebenfalls in eine Verständigung ausmünden. Die Kontrolle muß in den Händen derjenigen liegen, die sie effektiv ausüben können, und wir verstehen nicht, welches Interesse der eine Teil haben könnte, sich in die Position des anderen zu drängen, wenn es ihm nur auf die Sache ankommt. Und die sollte doch schließlich den Ausschlag geben. Überhaupt glauben wir darin nicht zu irren, wenn wir annehmen, daß die 13 an der Konferenz teilnehmenden Mächte keinerlei Neigung haben, nach irgendwelcher Richtung hin ein Generalmandat zu erteilen. In solchen Stellungen liegt, wir wollen nicht sagen, eine Versuchung, aber eine elementare Kraft, die nur allzu leicht unliebsame Notwendigkeiten schafft.

Die Wahlen in England führen doch zu einer größeren Niederlage der Unionisten, als selbst die meist optimistischen Liberalen zu hoffen wagten. Man kann schon jetzt sagen, daß die Herrschaft der liberalen Partei auf eine längere Reihe von Jahren als gesichert

betrachtet werden kann. Daß man zu dieser Wendung bei uns ein freundliches Gesicht macht, ist nur natürlich nach den vielen Mißverständnissen, politischen und journalistischen Plänkeleien, zu denen die letzten Jahre der Waltung des konservativen Kabinetts den unliebsamen Anlaß gaben. Wir hoffen, daß das jetzt überwunden werden wird, und glauben um so mehr auf eine Aera gesunder, gegenseitiger Beziehungen rechnen zu können, als sich auf beiden Seiten, in England wie bei uns, die öffentliche Meinung in nicht mißverständlicher Weise dahin ausgesprochen hat. „Das Gedeihen einer Nation ist eine Hoffnung für die andere", wenn dieses Wort des Präsidenten Roosevelt als eine selbstverständliche Wahrheit gelten wird, werden wir keine Delegierten auf Haager Friedenskongresse zu senden brauchen.

In dem jetzt zwischen Frankreich und Venezuela schwebenden Streite, der, wie unsere Leser wissen, zu einem Abbruch der diplomatischen Beziehungen in brutalster Form geführt hat, stehen die Sympathien aller rechtlich denkenden Menschen auf französischer Seite. Auch dürfte die Rechnung de Castros auf den schützenden big stick der Vereinigten Staaten eine falsche Rechnung sein. Er wird eine in jeder Hinsicht befriedigende Satisfaktion geben oder die Folgen seiner willkürlichen und aller Rechtsbegriffe wie aller internationalen Bräuche spottenden politischen Haltung auf sich nehmen müssen.

In der serbisch-österreichisch-ungarischen Differenz gibt es eine andere Lösung nicht als das schließliche Nachgeben Serbiens. Das mag sich noch einige Zeit hinziehen, aber es muß kommen.

25. Januar. Protest der Pforte gegen die serbisch-bulgarische Zollunion. Weitere Ausdehnung der Revolution im Kaukasus, Agrarunruhen im Chersonschen. Meuterei in Wladiwostok.
28. Januar. Aufstand in Gomel.
29. Januar. Tod König Christian IX. von Dänemark.
30. Januar. Ermordung des Generals Grjäsnow in Tiflis. Gewaltsame Befreiung von Revolutionären in Riga.

---

31. Januar 1906.

Wenn man die lange Reihe der Stimmungsberichte, zumal ausländischer Korrespondenten, durchgeht, die jetzt Tag für Tag aus Algeciras eintreffen, gewinnt man den sehr bestimmten Eindruck, daß, nachdem einmal die Konferenz sich zu dem deutschen Programm: Souveränität, Integrität, dauernd offene Tür bekannt hat, alles weitere zwar noch Verhandlungen, Zeit und Arbeit kosten wird, daß aber ein anderer als ein befriedigender und friedlicher Ausgang absolut ausgeschlossen ist. Was in diesen Tagen an Kriegsgerüchten in die Welt gesetzt wurde, war entweder bösartige Mache oder urteilsloses Hinundherreden und entbehrte jedes tatsächlichen Untergrundes. Auch sehen wir nicht, daß von unseren Preßorganen irgendein namhaftes Blatt darauf „hereingefallen" sei. Was in Süddeutschland an Gerüchten umlief, war ausländischer Import und fand nur in Kreisen Glauben, die dem politischen Leben ganz fern stehen. Wir freuen uns vielmehr, feststellen zu können, daß auch im Auslande, wo, gleichsam nachwirkend, die pessimistische Note noch eine Zeitlang durchklang, jetzt ziemlich allgemein die Leitartikel einen ruhigen Ton angeschlagen haben. Besondere Beachtung verdient in dieser Hinsicht eine Betrachtung von J. L. de Lanessan im „Siècle" vom 24. Januar. Lanessan, der, wie vielleicht noch erinnerlich ist, unter Waldeck-Rousseau Marineminister war und seither sich dem Studium der französischen Kolonialpolitik zuwandte, die er souverän beherrscht, hat über die Konferenz von Algeciras und die marokkanische Polizei einen längeren Artikel veröffentlicht, den wir als Ausdruck gesunder, klarer und nüchterner Erwägung unseren Lesern nicht vorenthalten wollen. Wir übergehen dabei die einleitenden Ausführungen,

um bei der Frage zu verweilen, die ihn meist interessiert und in der ihm der Schwerpunkt des Problems, nachdem einmal die prinzipielle Seite erledigt ist, zu liegen scheint. „Einige unserer Landsleute, wie z. B. unsere Diplomaten — so schreibt de Lanessan —, hatten sich mit der Hoffnung gewiegt, daß kraft unserer Stellung als Nachbarn und des Polizeirechts, das wir natürlich an der algerisch-marokkanischen Grenze ausüben, Europa uns die Mühewaltung anvertrauen werde, auch in dem ganzen übrigen Gebiete des Reiches die Ordnung aufrecht zu erhalten. Heute wissen sie, wie groß ihre Illusionen waren und auf welch unüberwindliche Hindernisse wir stoßen würden, wenn wir so naiv wären, ein derartiges Mandat zu beanspruchen.

Es ist übrigens gut, daß die Dinge so liegen, denn die Ordnung in Marokko herzustellen und aufrecht zu erhalten wäre eine Aufgabe, die viel Geld und viele Menschen kosten würde und doch nur schwer durchzuführen wäre. Wir wollen uns also damit begnügen, für die Polizei an unseren Grenzen Sorge zu tragen, und nicht darauf ausgehen, unsere Aktion auf das marokkanische Territorium auszudehnen. Wünschen dürften wir es nur, wenn wir durch Sicherung der Ordnung in Marokko auch die absoluten Herren des Landes würden. Das aber ist ganz unmöglich. Haben wir uns doch selbst verpflichtet, die Unabhängigkeit des Sultans aufrecht und dem Handel und der Industrie aller Nationen die Türen Marokkos offen zu erhalten. Wir hätten also, selbst wenn man uns das Protektorat überließe, kein Interesse, es anzunehmen. Denn was sollen wir mit einem Gut anfangen, das jedermann gehört? Und wäre es nicht lächerlich, unsere Leute und unser Geld daranzusetzen, nur damit jedermann sich in gleicher Weise wie wir an diesen Gütern erfreuen könne? Aber wenn wir keinen Anlaß haben, die Polizei Marokkos auf uns zu nehmen, vielmehr allen Grund, eine solche Mission abzulehnen, so können wir doch nicht darauf eingehen, daß eine andere Nation sie übernimmt. Wir haben keinen europäischen Nachbar in unseren nordafrikanischen Kolonien, und wir müssen wünschen, keinen zu haben. Auch spricht die geographische Lage Marokkos dafür, daß im Hinblick auf rivalisierende Interessen die in Algeciras vertretenen Mächte nicht darauf eingehen können, einer Macht ausschließlich die Polizei zu übertragen.

Werden daher diese Möglichkeiten beseitigt, so bleiben nur noch zwei: entweder man überträgt die Polizei Marokkos einem internationalen Korps, oder man läßt sie in Händen des Sultans unter Voraussetzungen, die noch festzustellen wären.

Was nun die erste dieser Lösungen betrifft, so ist sie voller Unzuträglichkeiten. Denn einmal müssen operierende Truppen unter einheitlichem Oberbefehl stehen, wenn sie nicht mehr schaden als nützen sollen. Wer aber sollte in Marokko dieser Oberbefehlshaber sein? Welcher Nationalität sollte er angehören? Wählt man ihn aus dem Kreise der Mächte zweiten Ranges, so würde er bald in Abhängigkeit von einer der Großmächte geraten; soll es aber der Angehörige einer Großmacht sein, so fragt es sich, welche von ihnen man darum angehen soll. Aber auch angenommen, daß man sich darüber verständigt, es bleibt die Schwierigkeit bei Wahl der Persönlichkeit, da jede Nation nicht mit Unrecht fürchten würde, daß der erwählte Oberbefehlshaber im Interesse seiner Nationalität wirken werde.

Zweitens müßte man auch an die Konflikte denken, die zwischen dem Oberbefehlshaber und seinen Untergebenen und ebenso zwischen den verschiedenen Nationalitäten, die in dieser kleinen Armee vertreten wären, unvermeidlich entstehen müßten. Ich müßte sehr irren, wenn nicht die Einrichtung einer internationalen Polizei dem unglücklichen Lande nur neue Elemente der Unordnung zutragen würde. Und ebenso irre ich wohl nicht mit der Annahme, daß aus einer derartigen Institution Konflikte entstehen können, die das Gefühl der Unsicherheit, unter dem Europa bereits leidet, noch steigern könnten.

Endlich, wäre es nicht einigermaßen unlogisch, wenn man Marokko einer fremden und christlichen Polizei gerade in dem Augenblick unterstellt, da die Konferenz von Algeciras durch einen Fundamentalartikel bestimmt, daß sie die Unabhängigkeit des Sultans aufrecht erhält. Welcher Marokkaner wäre dumm genug, um an diesen Artikel zu glauben, wenn er deutsche, englische, französische und spanische Soldaten im Lande ihr Wesen treiben sieht, Leute, die weder seine Sprache, noch seine Sitten, noch endlich seine Religion kennen, und das Volk behandeln, als wären sie in erobertem Lande. Denn das darf man doch nicht vergessen, wo die Europäer in Waffen erscheinen, da machen sie, als ob sie die Herren und Gebieter wären.

Aus all diesen Gründen scheint es mir nicht möglich, daß die Konferenz von Algeciras den Gedanken aufnimmt, durch eine internationale Polizei die Ordnung in Marokko herzustellen und aufrecht zu erhalten.

So bleibt nur eine mögliche Lösung: man muß den Sultan mit der Organisation der Polizei seines Landes betrauen, die Mittel feststellen, die zu diesem Zwecke verwendet werden sollen, und international sowohl die Organisation wie die Verwendung der Mittel kontrollieren. Auch das bedeutet zwar einen Eingriff in seine persönliche Unabhängigkeit, aber in den Augen seines Volkes bliebe seine Autorität als Souverän ungemindert.

Frankreich würde sich selbst ehren und die Sympathien des marokkanischen Volkes gewinnen, wenn es in Algeciras die Initiative ergriffe, um diese Lösung herbeizuführen. Die Marokkaner und ihr Gebieter würden zudem erkennen, daß Frankreich auch in seiner Kolonialpolitik und in seiner auswärtigen Politik den Prinzipien treu bleibt, auf welche die Institutionen im Innern Frankreichs gegründet sind. Bei dieser Gelegenheit würden auch die Berechnungen sich als falsch erweisen, welche die deutsche Diplomatie anstellte, als sie mit einem Ehrgeiz rechnete, den das französische Volk niemals mit seinen Diplomaten gemein hatte (elle déjouerait les calculs que la diplomatie allemande a pu établir. en prenant pour base des ambitions que le peuple de France n'a jamais partagées avec ses diplomates). Das wesentliche Prinzip unserer Kolonialpolitik muß Achtung der Völkerschaften sein, mit denen wir in Berührung treten, es wäre eine Verletzung dieses Prinzips, wenn wir in Algeciras die Organisation der Polizei von Marokko für uns selbst in Anspruch nehmen oder darauf eingehen wollten, daß sie einer anderen Macht oder einer internationalen Armee übertragen wird.

Da wir, was sehr weise war, uns entschlossen haben, die Unabhängigkeit Marokkos, die Integrität seines Territoriums, die Freiheit seines Handels und seiner Industrie zu respektieren, ist es ganz undenkbar, daß wir nicht die Initiative ergreifen, um der marokkanischen Regierung die Fürsorge für Aufrechterhaltung der Ordnung, das heißt für Ausübung des wesentlichsten Souveränitätsrechts, zu sichern."

Damit schließt de Lanessan diesen merkwürdigen und höchst beachtungswerten Artikel. Wären seine Gedanken die der französischen

Regierung in den letzten Jahren gewesen, so hätte es — das liegt auf der Hand — weder eine marokkanische Frage, noch eine Konferenz von Algeciras gegeben. Dem deutschen Interesse entspricht die Annahme des Lanessanschen Programms durchaus, aber allerdings war es nicht nur unseren Diplomaten, sondern für jedermann in Deutschland unmöglich, zu erkennen, „que le peuple de France n'a jamais partagé les ambitions de ses diplomates". Zu uns sprach das französische Volk durch seine Diplomaten und durch seine Presse, sie alle standen bis zum 31. März 1905, mit alleiniger Ausnahme der vortrefflichen „Europe Coloniale" von Henri Moreau, auf dem Boden von Herrn Delcassé. Was Wunder, daß wir ganz Frankreich hinter ihm vermuteten und unsere Politik darauf einrichteten. Doch nichts liegt uns ferner, als eine Politik unfruchtbarer Rekriminationen. Wir rechnen mit den Tatsachen, die sich als schließliches Fazit politischer Entwicklungen ergeben, und finden die Schlüsse, die Lanessan zieht, durchaus annehmbar. Nur würden, da eine Reorganisation der marokkanischen Polizei doch nur durch Europäer oder europäisch erzogene und militärisch gebildete Eingeborene — wenn solche vorhanden sein sollten — durchgeführt werden kann, derartige Instruktoren in den Dienst des Sultans treten müssen. Auch gewisse internationale Garantien für den Schutz ihrer Persönlichkeit wären wohl auszubedingen, wenn sie eine durchgreifende Autorität genießen sollen. Doch das sind Fragen des Details, für die gewiß Rat geschafft wird, wenn der Grundgedanke Lanessans Anerkennung findet, und gewiß werden wir die letzten sein, den Franzosen den Ruhm einer Initiative auch nach dieser Richtung hin zu mißgönnen. Notabene, wenn sie sich dazu verstehen — denn zunächst sehen wir doch nicht, wie weit le peuple de France und seine Diplomaten eines Sinnes sind. Es ist neuerdings von einem amerikanischen Korrespondenten der „Deutschen Tageszeitung" vom 26. Januar mit großer Bestimmtheit behauptet worden, daß die beiden amerikanischen Delegierten zur Marokkokonferenz nur die Instruktion erhalten hätten: 1. „Für die offene Tür in Marokko einzutreten, und zweitens ihr möglichstes zu tun, die auf der Konferenz zutage tretenden Gegensätze, namentlich die zwischen Deutschland und Frankreich, zu mildern und auszugleichen." Aller Wahrscheinlichkeit nach wird das richtig sein, und auch die übrigen Mächte mögen sich

dem Einflusse nicht entzogen haben, den eine solche Haltung Amerikas notwendig ausüben mußte. Sie entspricht durchaus der Politik, die der Präsident Roosevelt so konsequent in allen großen Fragen internationaler Politik eingenommen hat: bemüht, Konflikte abzustumpfen, und allezeit bedacht, den großen, gemeinsamen Interessen der Kultur Rechnung zu tragen. Dabei ist gut Hand in Hand gehen.

Der Ausgang der Wahlen in England hat jetzt bereits eine absolute Majorität der Liberalen von mehr als 100 Stimmen über die Summe der Stimmen aller übrigen Parteien zusammengenommen gebracht. Sie sind also durchaus in der Lage, eigene Wege zu gehen, und haben das in einer großen Frage bereits bewiesen. Unsere Leser erinnern sich, daß gleich nach Konstituierung des Ministeriums Campbell-Bannerman die weitere Zufuhr chinesischer Kulis sistiert wurde. Jetzt stellt sich heraus, daß damit nur ein erster Schritt getan wurde, um die gärende Unzufriedenheit in Transvaal zu beseitigen. Es kann heute bereits als sicher gelten, daß Transvaal eine verantwortliche Regierung erhält, d. h. den übrigen großen Kolonien rechtlich gleichgestellt wird, und daß es dann nach eigenem Ermessen und auch auf eigene Verantwortung die Arbeiterfrage am Rand regeln wird. Gewiß ist das eine kluge und versöhnende Maßregel. Wir versprechen uns davon auch eine bessere Regelung der Eingeborenenfrage. Gerade nach dieser Richtung hin hat die englische Kolonialverwaltung sich arge Mißgriffe zuschulden kommen lassen. Man kann diese Schwarzen und Braunen nicht den Weißen gleichstellen, ohne die letzteren empfindlich zu schädigen, und namentlich ist es eine durch die Tatsachen ad absurdum geführte Politik gewesen, die diesen verdorbenen Naturkindern das höchst gefährliche Recht einräumte, sich nach europäischem Muster zu bewaffnen. Wir haben die Rückschläge in unseren afrikanischen Kolonien zu spüren gehabt.

Die Verleihung einer freien und verantwortlichen Regierung wird aber überhaupt versöhnend zwischen Engländern und Buren wirken und aller Wahrscheinlichkeit nach dem Lande Tausende von tüchtigen Ackerbauern und Viehzüchtern retten, die sonst das Heil in der Fremde gesucht hätten. Diese Auswanderung hatte bereits begonnen und drohte in stets steigendem Umfange weiter zu gehen. Endlich läßt sich erwarten, daß die Bitterkeit schwinden wird, welche

die englische Schulpolitik erregte, wenn die Sprachenfrage aus dem Stadium des Zwanges in das der freien Entscheidung gerückt wird. An eine völlige Anglisierung der Buren ist in Transvaal ebensowenig zu denken, wie unter den Afrikandern der Kapkolonie. Sie werden zweisprachig werden, und die Sprache der höheren Bildung muß dabei das Englische bleiben. Das mag man bedauern vom Standpunkte der Buren aus, aber es ist eine natürliche Entwicklung, welche sich auf die Dauer nicht wird hemmen lassen.

Auf eine merkwürdige Tatsache möchten wir im Zusammenhang dieser Betrachtungen über die Wandlungen der englischen Politik hinweisen. Vielleicht erinnern sich unsere Leser noch, daß im Herbst 1904 ein Mr. Pearson den „Standard" aufkaufte, nachdem er schon vorher die „St. James Gazette", die Birminghamer „Evening Despatch", den „Midland Expreß Birmingham" und den „North Mail" in Newcastle aufgekauft hatte. Das alles sollte der Chamberlainschen Fiskalpolitik zu Dienst gestellt werden und hat ihr in der Tat gedient. Vielleicht ist die Wiederwahl John Chamberlains in Birmingham vornehmlich darauf zurückzuführen. Der Partei als solcher hat dieses nebenher einigermaßen kostspielige Geschäft, für den „Standard" allein wurden 14 Millionen Mark gezahlt, keinen Nutzen gebracht. Gesinnung kaufen ist immer ein schimpfliches Geschäft, und zwar nicht nur für den Erkauften, sondern auch für den Käufer. Wir meinen aber, jetzt nach der großen Wandlung im Parteileben Emglands dürfte es auch ein schlechtes Geschäft werden. Da fragt es sich denn, ob der „Standard" nicht wieder in die alten Hände und damit in die alten Bahnen zurückfallen kann. An sich wird Mr. Pearson wohl seinen Ehrgeiz nicht darein setzen, möglichst viel große Zeitungen in seiner Hand zu haben. Seine Rechnung war falsch — weshalb sollte er das Spiel fortsetzen? Für die politische Welt aber wäre es ohne Zweifel ein Gewinn, den alten, vornehmen „Standard" wieder erstehen zu sehen. Wir hatten ihn durch lange Jahre als immer ehrenfest schätzen gelernt, auch da, wo er uns als Gegner gegenüberstand. In den Pearsonschen „Standard" aber haben wir uns nicht einleben können. Auf dem guten, alten Instrument wurde unrein gespielt.

Das Hauptorgan der Liberalen wird jetzt die „Westminster Gazette", und an sie vornehmlich wird man sich halten müssen, wo

es darauf ankommt, die Politik des liberalen Kabinetts richtig vertreten zu sehen.

Der Venezuela-Konflikt wird durch das hochfahrende und vollständig rechtswidrige Verfahren de Castros immer schärfer. Wie sehr die Meinung gegen ihn geht, zeigt der Protest, durch den 25 Mitglieder des diplomatischen Korps in Caracas für den französischen chargé d'affaires, Taigny, Partei ergriffen haben, aber der selbstherrliche Präsident scheint sich dadurch in seiner Auffassung nicht erschüttern zu lassen. Er hat den Herren geantwortet, daß jede andere Regierung in dieselbe Lage kommen könne wie er, und daß er an seinem Standpunkt festhalten müsse. So wird für Frankreich wohl nichts übrig bleiben, als sich eine Satisfaktion zu holen, die ihm verweigert wird. Im Augenblick sind zwei französische Kreuzer in den venezolanischen Gewässern: „Dessuix" und „Jurien de la Gravière", und es kann kaum bezweifelt werden, daß Schlachtschiffe ihnen folgen werden. Zurzeit aber scheinen noch Verhandlungen zwischen Paris und Washington zu schweben, und deren Ausgang wird abzuwarten sein, ehe Frankreich seine letzten Entschlüsse faßt. Weniger tragisch fassen wir den serbisch-österreichischen Konflikt auf. Da Serbien materiell in Abhängigkeit von der habsburgischen Monarchie steht, wird ihm nichts übrig bleiben, als nachzugeben, früher oder später, und es kann zufrieden sein, wenn ein Kompromiß die schwebenden Differenzen leidlich löst, denn einen anderen Markt als Ersatz für den österreichischen wird es schwerlich finden. Dazu kommt noch, daß die Pforte mit großer Entschiedenheit Bulgarien gegenüber den österreichischen Standpunkt vertritt.

Auf seiten beider, der Serben wie der Bulgaren, steht die russische Presse. Aber was will das unter den gegenwärtigen Verhältnissen sagen. Sie macht ihre auswärtige Politik ins Blaue hinein und wechselt alle Tage ihre Richtung. Namentlich die „Nowoje Wremja" glänzt durch die Abenteuerlichkeit ihrer Gesinnungspermutationen, so daß wir es ganz aufgegeben haben, mit ihr zu rechnen. Was konstant bleibt, ist ein recht hämischer Deutschenhaß, und darin steht sie leider nicht allein, wie denn überhaupt die Presse, wie wir schon einmal hervorhoben, immer deutlicher in das slawophile Lager zurückfällt. Ein geistreicher Mann sagte uns neulich, es scheine ihm nicht unmöglich, daß es mit der russischen

Revolution gehen werde wie mit der Handlung in den russischen Romanen, d. h. sie werde wie jene in nichts verpuffen. In einer Hinsicht ist das gewiß richtig. Eine neue Generation geläuterter Menschen geht aus dieser ideenarmen und rohen Bewegung gewiß nicht hervor. Noch ist in all den Wirren keine bedeutende Persönlichkeit in den Vordergrund getreten. Was wir zu erkennen glauben, ist einerseits die Suggestion, welche oberflächlich aufgefaßte abendländische Schlagworte ausüben, andererseits der brutale Instinkt der Massen. Was am meisten Bedenken erregt, ist aber das Verhalten der russischen Jugend, die ohne jeden sittlichen Widerstand allen noch so plumpen Versuchungen erlegen ist, die an sie herantreten. Die Folgen davon werden noch sehr lange und sehr schmerzlich zu spüren sein.

Inzwischen läßt sich zwar erkennen, daß die Arbeit der Rekonstruktion fortschreitet, aber bisher geschieht es nur durch gewaltsame Repression. Dafür, daß eine tatsächliche innerliche Wandlung in den Gesinnungen der Nation sich vollzogen hätte, haben wir kein Symptom gefunden. Auch von einer festen Parteibildung kann kaum die Rede sein. Die Gruppen, die sich zusammengefunden hatten, beginnen bereits wieder auseinanderzufallen, und wenn wir richtig sehen, wird trotz allem der feste Pol das Tschinowniktum alter Schule bleiben. Mit am erstaunlichsten ist es, wie falsch das russische Judentum spekuliert hat. Es hat bei der Organisation der Revolution die Führer gestellt, weil es hoffte, in der chimärischen russischen Republik zu voller bürgerlicher Gleichberechtigung zu gelangen. Jetzt ist es zwischen zwei Feuer geraten: die Regierung, die in den Juden ihre schlimmsten Feinde zu erkennen glaubt, auf der einen Seite, und der tief in der Volksseele wurzelnde Antisemitismus auf der anderen, wenden sich gegen sie. In Gomel, das der Hauptherd der jüdischen Revolutionäre war, ist es zu grauenhaften Exzessen gekommen, die Stadt steht in Flammen, und es ist keineswegs unwahrscheinlich, daß sie zum Feuerzeichen werden, an dem sich neue Judenverfolgungen entzünden. Wer die Verhältnisse kennt, wird sich sagen, daß in Rußland gerade die Judenemanzipation eine Gefahr für die Juden bedeutet. Die Nation verträgt es nicht und korrigiert die Gesetze auf ihre Weise.

In den baltischen Provinzen ist die Ordnung noch lange nicht hergestellt. Auf dem flachen Lande unterwerfen sich die Bauern,

wo das Militär ihnen auf den Fersen ist, wo nicht, währen die alten Greuel und die lächerliche Verblendung des lettischen und estnischen Größenwahnes fort. Selbst in Riga ist es in den Straßen noch im höchsten Grade unsicher, fast alle Tage bringen uns Nachrichten von neuen Morden, obgleich sich nicht verkennen läßt, daß die Truppen jetzt energisch vorgehen. Aber ihre Zahl ist noch durchaus unzureichend. Durch die deutschen Hilfskomitees ist viel Gutes getan und manchem Elend gesteuert worden. Aber wie viel bleibt noch zu tun übrig? Das Wesentlichste wäre eine Hilfe, um das zerstörte Wirtschaftsmaterial wieder herzustellen. Aber es scheint, daß Deutschland den Boden für eine Anleihe nicht bietet. Man überträgt das Mißtrauen, mit dem man der russischen Zukunft gegenübersteht, auf die doch ganz anders gearteten Provinzen, die gewohnt sind, übernommenen Verpflichtungen gewissenhaft nachzukommen, und die zudem alle Voraussetzungen bieten, die als Bürgschaft für die Zukunft dienen können. Vielleicht versteht sich die russische Regierung dazu, die Entschädigungen zu gewähren, die den dringendsten Bedürfnissen abhelfen. Aber sie müßte bald geben, was sie geben kann, sonst treten wirtschaftliche Katastrophen ein, die nicht mehr gut zu machen sind. Es heißt, daß Kaiser Nikolaus versprochen habe, den Ritterschaften der drei Provinzen jene Entschädigungen zu gewähren. Aber von dem guten Willen zur Tat ist leider ein weiter Weg, und bis zur Stunde ist nach dieser Richtung jedenfalls noch gar nichts geschehen. Was aber von der wahrscheinlich Mitte Mai (so ist der Termin jetzt gesetzt) zusammentretenden Duma zu erwarten ist, weiß niemand. Auch sie wird leichter Verheißungen als tatkräftige Hilfe geben können.

Mit dem Tode König Christians IX. ist der Senior der europäischen Monarchen aus der Zeitlichkeit geschieden. Sein an Wechselfällen reiches Leben hat einen sanften, versöhnenden Abschluß gefunden. Auch in Deutschland blickte man mit Verehrung und mit Vertrauen auf den greisen Herrscher, der in gewissenhafter Arbeit sein Leben dem Glück seines Volkes und dem Frieden zu Dienst gestellt hat.

1. Februar. Ausschreitungen bei der Inventarisierung französischer Kirchen.
2. Februar. Das Ministerium Fortis reicht dem König von Italien sein Gesuch um Entlassung ein.
3. Februar. Scheitern der Verhandlungen Andrassys mit Kaiser Franz Joseph.
5. Februar. Englischer Freundschaftsbesuch in Paris.

---

7. Februar 1906.

Jetzt, da die Niederlage des Kabinetts Balfour durch den Ausfall der Wahlen gleichsam besiegelt ist, beginnen die Ratten das konservative Schiff zu verlassen. Die ungeheuere Majorität, die den Liberalen zugefallen ist, 356 Stimmen, sichert ihnen ein vieljähriges Regiment, während die geschlagene Partei Gefahr läuft, mit ihrem Restbestande sich nicht einmal als politische Einheit behaupten zu können. Wenn Chamberlain und Balfour sich nicht verständigen — und wir sehen noch nicht, wie das geschehen könnte, wenn der gestürzte Primeminister sich nicht unbedingt dem stärkeren Temperament des ehemaligen Staatssekretärs für die Kolonien unterordnet —, so gibt es einen Bruch, der auf das gesamte politische Leben Englands von einschneidendster Wirkung wäre. Die Chamberlainschen Organe fordern daher mit allem Nachdrucke, daß die konservative Partei sich um sein Banner, d. h. um das Programm der Tarifreform, schare. So schreibt der „Standard" in einem Leitartikel „Die Krisis", daß weder Chamberlain noch seine Anhänger in der Lage seien, in Zukunft sich einem Führer unterzuordnen, der nicht mit Leib und Seele für die Tarifreform eintrete. „Diese Politik muß angenommen werden, oder die Stellung Mr. Balfours als leader einer einheitlichen Partei ist für immer verloren. Andererseits kann auch Mr. Chamberlain nicht die Führung einer Partei auf sich nehmen, die mit sich selbst im Kriege liegt. Es würde zu einer neuen Differenzierung der Parteien im Unterhause kommen. Die Anhänger Chamberlains würden eine besondere, von der alten Organisation zu unterscheidende Sektion bilden, so daß es dann mindestens sechs Parteien im Unterhause geben müßte: die Liberalen, mit einer starken Majorität über alle übrigen zusammengenommen, die Tarifreformer, die Nationalisten,

die Arbeitersektion, die Balfourieten und schließlich die unionistischen Freihändler." Als Ausweg aus dieser für die Konservativen betrüblichen Lage schlägt der „Standard" vor, von beiden, Chamberlain wie Balfour, abzusehen und die Leitung der Partei einem dritten, etwa Mr. Walter Long, zu übertragen, der dann die schwierige Aufgabe hätte, ad hoc die auseinanderstrebenden Reihen der großen historischen Partei wieder zusammenzuführen. „Was die Umstände für Mr. Balfour und Mr. Chamberlain unmöglich machen, könnte immer noch durch einen Staatsmann erreicht werden, der durch vorausgegangene Bundesgenossenschaft nicht gefesselt ist."

Gewiß, das ist denkbar, aber es würde nicht ausreichen, den Schaden wettzumachen, den für das Verfassungsleben Großbritanniens das Ausscheiden einer der beiden großen Parteien bedeuten würde. Nur meinen wir, daß der Konflikt nicht so tragisch zu nehmen ist. Sind im Augenblick die Gegensätze innerhalb der konservativen Partei scheinbar nicht zu überbrücken, so läßt sich mit Sicherheit erwarten, daß die Zeit und die Notwendigkeiten des praktischen politischen Lebens sie wieder zusammenschweißen werden. Außerhalb Englands überwiegt wohl die Auffassung, daß die Schuld am Riß in der konservativen Partei Chamberlain, nicht Balfour zufällt. In England selbst scheint dagegen die Meinung vorzuherrschen, daß das Heil der Partei im Anschluß an Chamberlain liege. In diesem Sinne sprechen sich sowohl „Morning Post" wie „Daily Mail" aus, und Chamberlain selbst scheint jedenfalls voller Zuversicht an seinem Programm festzuhalten und zu keinen Zugeständnissen geneigt zu sein. Es hat uns unter diesen Umständen überrascht, daß der „Temps" so außerordentlich scharf mit ihm ins Gericht geht, zumal seine Hiebe das gesamte konservative Kabinett treffen. „Herr Chamberlain — schreibt der „Temps" (wohl durch die Feder des Directeur politique Adrien Hebrard) — hat ein merkwürdiges Schicksal, und man kann, wenn man die Lage des Augenblicks betrachtet, nicht umhin, der vorausgegangenen Krisen zu gedenken, deren verantwortlicher Urheber er ebenfalls war. Im Jahre 1866 hatte die liberale Partei, die Irländer mit eingeschlossen, eine Majorität von 166 Stimmen, die Gladstone widerspruchslos leitete. Das Ausscheiden von Hartingdon und Chamberlain zerstörte diese Majorität, führte zur Ablehnung der Homerule, brachte Gladstone zu Fall und Salisbury ans Regiment. Den

Konservativen wurde Chamberlain ein notwendiger, aber bald auch ein hemmender Bundesgenosse. Und als er 1887 die Vereinigung seiner „radikal-unionistischen" Gruppe mit den Torys vollzog, konnte er Bedingungen stellen, die namentlich, soweit es sich um administrative Maßregeln handelte, das alte konservative Programm verfälschten. Die Folgen blieben nicht aus, und 1892 fiel die Macht wieder den Liberalen zu; allerdings nicht auf lange, und dank der Heftigkeit, mit der Chamberlain seine ehemaligen Freunde angriff, konnte nach drei Jahren ein Kabinett Salisbury wieder die Regierung übernehmen. In diesem unionistischen Kabinett, das sich auf eine Majorität von 152 Stimmen stützte, war Chamberlain der Mann der Tat und das eigentliche Haupt. In nicht vollen zehn Jahren machte er aus dieser starken und disziplinierten Partei eine anämische Assoziation, indem er erst den Krieg mit Transvaal provozierte und danach bemüht war, durch seinen Feldzug gegen den free trade die wirtschaftlichen Folgen dieses Krieges zu vertuschen. Sein Rücktritt ruinierte die Partei völlig. Wie er 1886 die liberale Partei zerstört hatte, so hat er jetzt die Unionisten zugrunde gerichtet. Wäre das in Italien geschehen, so würde man sagen, er sei ein politischer jettatore.

Es ist ja natürlich, daß die Unionisten in instinktivem Reflex ihre Unzufriedenheit gegen das Haupt des gefallenen Kabinetts richten und Balfour für das désastre verantwortlich machen, das sie betroffen hat. Aber diese üble Laune wäre auf falscher Spur, wenn sie ihn auch fernerhin träfe. Die Schwächen in Balfours Charakter, so groß sie sein mögen, erklären und rechtfertigen den Mißerfolg nicht. Der einzige Schuldige ist Chamberlain, der durch sein unersättliches Bedürfnis nach Aktion und Herrschaft, durch sein stetes und kühnes Herausfordern (Bluff) die Einheit seiner Partei gebrochen hat. Wir sagten oben, die Kampagne gegen den Freihandel habe nur den Zweck gehabt, vom wirtschaftlichen Unbehagen abzulenken, das der afrikanische Krieg hervorgerufen hatte. Wer die Zeitungen jener Tage verfolgt, wird sich leicht davon überzeugen können. England hatte sechs Milliarden an Kriegskosten zu tragen. Man bemühte sich, dem Lande einzureden, daß diese Schuld — und es ist die Schuld Mr. Chamberlains — sich ohne jede Anstrengung hätte tilgen lassen, wenn England Schutzzölle gehabt hätte. Gewiß konnte Balfour

diesem Manöver Widerstand leisten, dann aber wäre er sofort gefallen. Er hoffte so lavieren zu können, daß er dem für ihn nicht annehmbaren Teil der Chamberlainschen Pläne entging, der unionistischen Koalition die Macht erhielt, und wenn die Umstände günstig sein sollten, auch die wirkliche Führung der Partei zurückgewann. Aber diese Rechnung war, wie der Ausgang gezeigt hat, falsch. Wollen jedoch die Unionisten, bevor sie sich reorganisieren, die Verantwortlichkeiten feststellen, so ist es ihre Pflicht, anzuerkennen, daß die Verantwortung Balfour nur in zweiter Reihe trifft, und daß Chamberlain allein den Zerfall verschuldet hat, weil er einen großen Teil des gemeinsamen Programms über Bord warf. Der Schluß dieses fulminanten Angriffes betont noch einmal den ökonomischen Untergrund der Krisis. Man habe gegen das „teuere Brot" gestimmt, und das „teuere Brot" sei geschlagen worden. Wenn die Unionisten das nicht einsähen und sich Chamberlains Führung noch weiter überließen, würden sie es den glücklichen Siegern möglich machen, ihren Erfolg noch weiter auszubeuten.

Über die Richtigkeit dieser Betrachtungen läßt sich diskutieren. Zunächst wird es schwer möglich sein, Lord Salisbury von einer Mitschuld an der Dekomposition der konservativen Partei freizusprechen. Als er sein Bündnis mit Chamberlain schloß, gab er damit einen Teil der konservativen Prinzipien preis, und er tat es — das ist seine Sünde an der Partei —, ohne daß die Notwendigkeit dazu vorlag. Die Wahlen von 1895 hatten neben 340 Konservativen 259 Liberale (die Iren eingeschlossen) und 71 liberale Unionisten ins Parlament geschickt, d. h. die Konservativen hatten für sich allein eine Majorität gegen jede denkbare Koalition der übrigen. Es lag also ein Bedürfnis nach einem Kompromiß gar nicht vor, und wenn Salisbury sich trotzdem mit der Chamberlain-Hartingdonschen Gruppe alliierte und ihr auf Kosten der grundsätzlichen Anschauungen der Partei Zugeständnisse machte, so war das nicht nur ein Fehler, sondern genau dasselbe Manöver, durch das 1867 Disraeli den ersten Schritt zur Demokratisierung der Torys getan hat. Damals war der spätere Lord Salisbury aus Ekel vor dem Manöver Disraelis aus dem Kabinett ausgetreten — jetzt war er 28 Jahre älter und offenbar weniger empfindlich geworden. Sein Gedanke war, mit Hilfe jener 71 Unionisten sich auf eine lange Reihe von Jahren

am Regiment zu behaupten, und das lockte seine Herrschsucht. Die Verantwortung trifft also ihn, nicht Chamberlain. Salisbury mußte wissen, daß diese Koalition ohne Opfer nicht zu erlangen war, und auch wissen, daß noch allezeit, wo eine konservative Gruppe sich einer links stehenden alliierte, nicht diese, sondern jene die Gebende zu sein pflegt. Die extremere Richtung gewinnt, weil sie die Widerstandskraft der anderen schwächt. Das aber ist die Geschichte der englischen Torys gewesen seit 1867 und noch mehr seit 1895. Es ist auch die Geschichte der französischen Republik gewesen seit den Tagen, da Thiers feierlich erklärte, „la République sera conservatrice ou elle ne sera pas", bis zur heutigen Stunde, da durch eine stete Folge von Allianzen mit der Linken der radikal-sozialistischen Republik das Regiment in die Hände gespielt worden ist. Ebenso scheint uns, daß es unmöglich ist, die Verantwortlichkeit für den Burenkrieg allein Chamberlain zuzuweisen. Lord Salisbury trägt sie mindestens in gleichem Verhältnis mit ihm. Aber es ist uns interessant gewesen, daß der „Temps" gerade dieses südafrikanische Unternehmen den Konservativen so nachdrücklich in ihrem Schuldbuch ankreidet. Es war bisher üblich, die Last der Unpopularität, die diesen Krieg auf dem Kontinent traf, auf Deutschland abzuwälzen. Dagegen unterschreiben wir ohne Vorbehalt die Ausführungen des „Temps über die Genesis der Chamberlainschen Kampagne gegen den Freihandel, nur wäre es uns erfreulich gewesen, wenn wir seine Bundesgenossenschaft früher gefunden hätten. Was dabei die Apostrophe am Schluß des „Temps"-Artikels betrifft, so fürchten wir, daß sie wirkungslos verhallen wird: Chamberlain ist der Stärkere und nicht gewohnt, vor dem schwächeren Gegner zurückzuweichen. Die Wahrscheinlichkeit spricht demnach dafür, daß die gefürchtete Spaltung der Konservativen tatsächlich eintritt, und daß sie sich behauptet, so lange Chamberlain lebt. Er ist jetzt knapp 70 Jahre alt, aber von außerordentlicher Rüstigkeit und, wie es scheint, kampflustiger als je.

Da die wichtigeren Fragen der großen Politik heute teils ruhen, teils in einem Stadium des Umbildens begriffen sind — wir denken an die italienischen, österreichisch-ungarischen, russischen Verhältnisse —, benutzen wir die Muße, um etwas eingehender zwei minder wichtige, aber nicht uninteressante Fragen zu behandeln, die wir bisher nur streifen konnten: den Konflikt Frankreichs mit Venezuela und die

Verlegenheiten, welche die Wirren in San Domingo den Vereinigten Staaten bereiten.

In Venezuela hat Frankreich es mit einem höchst unbequemen Gegner zu tun, dem schwer zu fassenden Präsidenten Castro, der sich wegen angeblicher Unterstützung des Prätendenten General Matos durch französische Untertanen an der Republik rächen will und sich offenbar einem Konflikt gewachsen glaubt.

Der Streit begann damit, daß Castro der französischen Kabelgesellschaft in La Guayra einen Zivilprozeß auf Schadenersatz anhängte, weil Matos durch sie zum Schaden Venezuelas Vorteile erlangt haben sollte. Um einen Druck auszuüben, inhibierte er die Ausbeutung des gesamten französischen Küstenkabels. Dann verwies er den Direktor der Gesellschaft des Landes, und endlich sicherte er sich die Kontrolle aller ein- und ausgehenden Telegramme durch Einsetzung zweier venezolanischer Fiskalbeamten in das Bureau der La Guayra-Kabelgesellschaft. Doch das war nur der Anfang. Weitere Schikanen führten schließlich zum Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen Frankreich und Venezuela, und da das französische Kabel in Castros Händen war, sah die französische Regierung sich genötigt, ihrem Geschäftsträger Taigny seine Instruktionen durch einen Postdampfer, den „Martinique", zu senden. Als nun Taigny an Bord ging, um sich diese Instruktionen zu holen und mit ihnen ans Land zurückkehren wollte, verwehrte man ihm die Rückkehr. Er habe versäumt, sich von der venezolanischen Sanitätsbehörde den erforderlichen Erlaubnisschein (permis) zu holen. Dabei aber blieb es, obgleich die Gesandten der anderen in Venezuela vertretenen Mächte, unter ihnen auch der deutsche, auf das entschiedenste gegen das Verhalten des Präsidenten protestierten. Auch die von den Vereinigten Staaten versuchte Vermittlung ist bisher ohne jeden Effekt geblieben, und es scheint allerdings, daß die französische Regierung nicht anders können wird, als zu der ultima ratio zu greifen und ihre Kriegsschiffe reden zu lassen.

Die Frage ist nun, ob auf diesem Wege Frankreich wirklich zu seinem guten Recht kommen kann? Es liegen nämlich zwei sehr wesentliche Schwierigkeiten vor. Einmal wird Castro durch den hoch gespannten Chauvinismus der Venezolaner geschützt, die auch durch eine Beschießung ihrer Küstenplätze sich schwerlich zum Nachgeben

werden bewegen lassen, weil sie eine Invasion ihres Gebietes nicht fürchten. Dagegen meinen sie nicht nur durch die Monroe-Doktrin, sondern auch durch die Schwierigkeit des Unternehmens, die Ausdehnung ihres Gebietes und durch das Klima ihres Landes geschützt zu sein. Es bliebe also Frankreich nur das bereits bewährte Mittel, die venezolanischen Zollstätten zu besetzen und dadurch einen Druck auszuüben, dem die Regierung auf die Dauer schwer widerstehen kann.

Da aber macht sich ein zweites Hindernis geltend. In der Botschaft, welche Präsident Roosevelt am 5. Dezember vorigen Jahres veröffentlicht hat, sowie in einer Rede, die er in Chatauqua am 11. August hielt, findet sich der Satz, daß die Vereinigten Staaten nicht wünschen, daß Zollhäuser einer anderen amerikanischen Republik von europäischen Mächten okkupiert werden. Erweise eine Okkupation sich als unerläßlich, so solle sie durch die Vereinigten Staaten geschehen.

So liegen die Dinge, und man kann auf den Ausgang gespannt sein.

Aber es ist nicht unmöglich, daß im Zusammenhang mit den Dingen, die sich gegenwärtig in San Domingo abspielen, noch eine neue, für Frankreich günstigere Wendung eintritt. Die Republik San Domingo, bekanntlich der östliche Teil der Insel Haiti, befindet sich seit den sechziger Jahren in einem Zustande steter Revolutionen und Rebellionen gegen die kurzlebigen Präsidenten eigener Wahl, die einander ablösen. Auch ist sie dadurch so in Schulden geraten und wirtschaftlich so sehr niedergegangen, daß im vorigen Jahre der Präsident Moralles sich an die Regierung der Vereinigten Staaten mit der Bitte wandte, Ordnung in die Verwaltung des Landes zu bringen. Präsident Roosevelt hielt es im Interesse Amerikas für möglich, auf diese Bitte einzugehen. Er erließ zunächst am 17. Oktober eine Proklamation, welche die Einfuhr von Waffen und Munition aus den Vereinigten Staaten nach San Domingo untersagte, und schloß mit Moralles ein Zollabkommen, dem zufolge die Verwaltung der Zölle in amerikanische Hände überging. 55 p. c. der Zolleinnahmen sollten zur Tilgung der Schulden San Domingos verwendet werden, die übrig bleibenden 45 p. c. Moralles zur Befriedigung der Landesbedürfnisse zufallen. Das Geschäft war beiderseits ein gutes, da auch Moralles mit jenen 45 p. c. der Zolleinahmen mehr

erhielt, als früher, vor der amerikanischen Verwaltung, der Gesamtertrag der Zollstätten ergeben hatte.

Aber dieses Abkommen Roosevelts stieß im Senat zu Washington auf eine lebhafte Opposition, die, vom Senator Tillman geführt, die Ratifikation des Abkommens verweigerte. Während nun die Verhandlungen in Washington noch hin und her gingen, brach in San Domingo eine neue Revolution aus. Moralles mußte fliehen und dankte bald danach förmlich ab; im Augenblick aber läßt sich nicht absehen, wie diese Angelegenheit weiter verlaufen wird, wenngleich die Zölle noch tatsächlich unter amerikanischer Verwaltung stehen. In Washington ist nämlich die San Domingo-Affäre zu einem Vorstoß gegen die weitere Ausbildung der Monroedoktrin, so wie sie unter dem Präsidenten Roosevelt sich entwickelt hat, von seiten der Demokraten benutzt worden. Der Redner, der den Angriff führte, ist der Senator Rayner. Er lehnt nun, vom demokratischen Standpunkte aus, jedes Protektorat über andere amerikanische Staaten ab und will den fremden Mächten, welche gegen amerikanische Republiken einzuschreiten genötigt sind, nur die dauernde Besitzergreifung nicht gestattet wissen. Dagegen erklärt er ausdrücklich, daß die Besetzung von Zollhäusern geduldet werden müsse.

Nun hat eine derartige Erklärung natürlich keinerlei andere Bedeutung als die einer Meinungsäußerung, und wir halten es für höchst wahrscheinlich, daß im Kampf um die Ratifikation des Abkommens Roosevelt-Moralles der Präsident die Oberhand behalten und den Sieg erringen wird. Ganz ohne praktische Wirksamkeit kann aber diese Opposition gegen allzu hastigen Ausbau der Monroedoktrin nicht sein, da der Präsident mit den Strömungen der öffentlichen Meinung zu rechnen genötigt ist. Das aber könnte im vorliegenden Fall dem guten Recht Frankreichs helfen, sich geltend zu machen, und wir stehen nicht an, uns zu der Überzeugung zu bekennen, daß im Hinblick auf die oft unerträgliche Rechtsunsicherheit in den süd- und mittelamerikanischen Republiken uns eine solche Wendung als sehr erfreulich erscheinen würde. Denn wenn Castro die Beleidigung des französischen Geschäftsträgers und die Vergewaltigung der französischen Kabelgesellschaft ungestraft hingehen sollte, ist zu befürchten, daß sein Übermut überhaupt allen handelspolitischen Verkehr mit Venezuela zur Unmöglichkeit machen wird.

8. Februar. Konstituierung des Ministeriums Sonnino in Italien.
10. Februar. Attentat auf Admiral Tschuchnin in Sewastopol.
12. Februar. Erhebung der Hottentotten in Natal. Nachricht von Erfolgen in Transvaal.

---

14. Februar 1906.

Es ist außerordentlich schwer zu erkennen, wann man in Frankreich die wirkliche Stimme des Landes hört und wann man einer künstlich gemachten öffentlichen Meinung gegenübersteht. Zunächst ist es die von altersher überwiegende Stimme der Pariser Blätter, die allein über die französischen Grenzpfähle hinausklingt. Was die Provinz sagt, hat eigentlich niemals einen Ausdruck gefunden, der mehr als ein lokal beschränktes Echo fand, und wenn man von der constituante von 1789 das Entstehen der politischen Presse Frankreichs datiert, wird man auch auf dieses Jahr die Vorherrschaft des Pariser Journalismus über den Rest von Frankreich zurückführen müssen. Die Stimme der Provinz spricht nur aus den zu Parisern umgebildeten Provinzialen. So war es während der großen Revolution, so unter all den wechselnden Staatsformen, die Frankreich seither durchlebt hat, und so zumal ist es unter der dritten Republik gewesen. Bei uns war es immer anders. Die großen Provinzialblätter haben sich das Recht und die Kraft ihrer eigenen Überzeugungen zu wahren verstanden. Das liegt an dem einzigartigen Bau des Deutschen Reiches, dessen Einheit weder dynastische noch politische Uniformität verlangt und im Gefühl ruhiger Zuversicht sowohl die Souveränität seiner Fürsten, als die Selbständigkeit der Gedanken respektieren kann, die auf dem Boden eines Partikularismus erwachsen, dem die gemeinsamen nationalen Interessen selbstgewollte Schranken setzen. Es ist daher bei uns auch nicht denkbar, daß eine Politik, die der Empfindung und der Einsicht der Nation widerspricht, unangefochten hingenommen wird. Gelegentlich, wo der politische Instinkt der Nation irreging, haben wir das sehr unbequem empfunden. Man denke nur an den Gegensatz, in welchem die öffentliche Meinung zu der Politik unserer Regierung während des Buren-

krieges stand. Aber so bestimmt es gut war, daß trotz allem die Regierung bei der Richtung beharrte, die sie als richtig erkannt hatte, ohne sich durch den consensus omnium irre machen zu lassen, ebenso sicher war es gut, daß die Stimme der Dissentierenden zum Ausdruck kam. Und ganz ebenso war es 1888 in der bulgarischen Frage. Heute zweifelt kein Einsichtiger daran, daß es ein Unglück gewesen wäre, statt deutscher battenbergische Politik zu treiben, und solcher Fälle ließen sich noch viele anführen. Die Gegenaktion der Presse kann im Moment politisch unbequem werden, wie z. B. jetzt die törichten Korrespondenzen, die Herr Wolf aus Paris dem „Berliner Tageblatt" zuschickt, offenbar unter dem Eindruck der Suggestion, welcher heute der gesamte französische Journalismus in Paris folgt, aber das hat wenig zu bedeuten gegenüber der allgemeinen Zustimmung, die aus allen Ecken und Enden des Reiches die Haltung unserer Regierung zu der marokkanischen Frage gefunden hat. Um es in zwei Worten zu sagen, die gesamte öffentliche Meinung Deutschlands ist darin einig, daß in der heute auf der Konferenz von Algeciras brennend gewordenen Frage von den Alternativen, Übertragung eines Generalmandats an Frankreich, oder resultatloses Auseinandergehen der Konferenz, nur die letztere für uns in Betracht kommen kann. Denn, wenn man sich nach den Äußerungen der Pariser Presse sein Urteil bilden wollte, müßte ein dritter Ausweg, die ruhige Verständigung, welche die Interessen aller Teile gleichmäßig in Rechnung stellt, als ausgeschlossen gelten.

Das aber führt uns auf den Gedanken zurück, von dem wir ausgingen. Kommt denn wirklich die öffentliche Meinung Frankreichs in den Artikeln zum Ausdruck, die uns jetzt Tag für Tag ihr non possumus in allen Tönen des höchsten patriotischen Pathos vorführen? Wir möchten es bezweifeln und glauben, dafür gute Gründe vorführen zu können.

Es soll dabei kein allzugroßer Nachdruck darauf gelegt werden, daß man es für nötig gefunden hat, den Preßleiter des Auswärtigen Amtes M. Billy mit seinem Stabe nach Algeciras mitzunehmen. Das ist eine Ungeschicklichkeit, die nur die bekannte Tatsache augenfällig macht, daß die freie Presse der dritten Republik nicht ohne Inspirationen leben kann. Auch die andere Tatsache, daß nach dem Sturz des Herrn Delcassé der gesamte Personalbestand seiner commis

sich am Quay d'Orsay behauptet hat, und daß von dorther ebenfalls eine sehr wirksame Beeinflussung ausgeht, würde an sich wenig bedeuten, wenn man diese Beeinflussung nicht suchte. Wir ziehen daraus nur den Schluß, daß wir die auf eigenen Füßen stehende öffentliche Meinung Frankreichs nicht in den Pariser Blättern zu suchen haben. Wagt sie sich gelegentlich mit ihrem Widerspruch hervor, wie es jüngst Herr Lanessan tat, so wird sie einmütig verleugnet, und man fällt über diejenigen ausländischen Zeitungen her, welche so indiskret gewesen sind, derartige abseits vom großen Chor stehende Stimmen zu beachten. Das alles hat seine komische, aber auch seine ernste Seite für den Beobachter, der von außen her diese Strömungen zu verfolgen bemüht ist. Denn was zumeist auffällt, ist die Leichtigkeit, mit der unliebsame Tatsachen gleichsam wegeskamotiert werden. So wird jetzt in der französischen Presse beliebt, die Sachlage so darzustellen, als werde Frankreich in unerhörter Weise von der deutschen Presse herausgefordert, während wir doch von Anfang an in der Defensive gewesen sind und nur unbestreitbare, vertragsmäßig verbürgte Rechte verteidigt haben. So werden die Enthüllungen, die Delcassé im „Gil Blas", im „Gaulois", im „Matin" hat veröffentlichen lassen, gleichsam als nichtexistent betrachtet, während sie doch eine erstaunlich dreiste Herausforderung Deutschlands bedeuteten; so scheint man übereingekommen zu sein, sich einzureden, daß die Delcasséische pénétration pacifique von den Marokkanern widerstandslos werde hingenommen werden, wenn Frankreich nur jenes heißersehnte Generalmandat bekäme, von dessen Handhabung die Tunifizierung Marokkos erwartet wird, endlich wird mit Algier als mit einem Faktor agiert, der mehr französisch als moslemisch ist, während doch keinem Zweifel unterliegt, daß die französische Herrschaft in Nordafrika auf Bajonetten ruht und bei einer Zurückziehung der französischen Truppen sofort zusammenbrechen würde. Darüber sind gerade von englischen Kennern der Verhältnisse die unzweideutigsten Mitteilungen gemacht worden. Nebenher aber gibt es in Algier noch einen Lokalpatriotismus, der weit mehr afrikanisch als algerisch ist und im Juli 1901 den Abgeordneten d'Estournelles zu dem Antrag führte, die Vertretung Algiers in der französischen Kammer zu beseitigen, weil Frankreich und Algier zu allen inneren Fragen verschiedene und zum Teil divergierende Interessen hätten. Es gibt aber sehr zahlreiche Politiker

in Frankreich, welche von einer Ausdehnung der französischen Herrschaft auf Marokko eine Schwächung der algerischen Position Frankreichs fürchten. Wir denken an Jean de Hesse, der schon im Juli 1901 schrieb: Man will ganz Marokko: das ist ebenso dumm wie schlecht. Dumm ist es aber, weil, wenn Europa . . . uns erlaubt, Marokko zu nehmen, sich andere Leute finden werden, die es uns nicht erlauben. Das werden die Marokkaner sein. Algier hat uns sechs Milliarden und gegen 200000 Mann gekostet, und doch muß ein Blatt wie der „Temps" gestehen, „daß nach einem halben Jahrhundert die Treue des Landes ausschließlich von der Stärke des Okkupationsheeres abhängt". Nun könnte uns das ja gleichgültig sein, wenn wir nicht wüßten, daß die sogenannte pénétration pacifique. die ja jetzt als französisches Generalmandat zur Organisation der marokkanischen Polizei (NB. der einzigen regulären Truppen) definiert wird, unfehlbar zu einer Erhebung des islamischen Fanatismus führen müßte. „Das stete Gerede von pénétration pacifique", schrieb im Januar vorigen Jahres ein Korrespondent des „Standard" aus Marokko, „hat keinen Sinn. Ebensogut könnte ein Bär durch pénétration pacifique in einen Bienenstock gelangen." Der Scherif von Marakesch erklärte im Frühjahr 1905 einem anderen Korrespondenten des „Standard", daß, wenn die Franzosen Marokko gewinnen wollten, er nur zu rufen brauche, damit der ganze Süden sich erhebe. „Und wenn unser Herr von den Ungläubigen getäuscht wird, werde ich das Volk laut anrufen. Ich werde sie gegen Frankreich führen. Und die Stämme im Norden werden sich auch erheben, ja, der ganze Islam jenseit der Grenzen, wo man die Franzosen mit demütigen Worten grüßt und heißen Herzens auf den Tag der Freiheit wartet." Als in der französischen Kammer am 19. April die große Debatte stattfand, welche das englisch-französische Abkommen Delcassés nach heftigen Angriffen schließlich genehmigte, ist auf diese höchst gefährliche Seite der Frage mit Nachdruck hingewiesen worden, wie denn überhaupt vieles gesagt worden ist, was nachträglich nicht gern wiederholt wurde. So ist damals ausdrücklich und von mehreren Seiten (Boni de Castellane und Jaurès) erklärt worden, daß der Rapporteur Lucien Hubert am 8. November 1904 in seinem Bericht gesagt habe, der Sultan, wisse „que l'Europe entière a reconnu à la France une influence prépondérante", und ebenso rief damals Tournade Herrn

Delcassé zu „je suis convaincu que vous avez pensé escamoter la question vis-à-vis de l'Allemagne. et que vous avez espéré que, le fait accompli, l'Allemagne n'oserait plus rien dire . . .“ M. Vaillant aber sagte klipp und klar, „die gesamte öffentliche Meinung will um keinen Preis, daß die Schwierigkeit wachse, sie soll vielmehr verschwinden“. („L'opinion publique toute entière ne veut à aucun prix que la difficulté grandisse; elle veut au contraire qu'elle disparaisse.“) Das blieb damals ohne Widerspruch, aber inzwischen hat man eine andere opinion publique toute entière konstruiert, und die arbeitet allerdings darauf hin, die Schwierigkeiten zu steigern.

Es ist unter diesen Umständen sehr lehrreich, die französische politische Literatur zu studieren, die unmittelbar vor und gleich nach dem Sturz Delcassés erschien. Was vor dem 6. Juni 1905 das Licht der Öffentlichkeit erblickte, ist seines Ruhmes voll, was später folgte, höchst kritisch und streng, aber hier wie dort finden wir sehr wertvolle Bekenntnisse. Uns liegen drei solcher Schriften vor: André Tardieu (secrétaire d'Ambassade honoraire) Questions diplomatiques 1904. René Moulin: Une année de politique extérieure. Mit einer Vorrede des Senators Godin, und endlich von Denis Guibert und Henry Ferrette: Le conflit franco-allemand en 1905. Mit dem Nebentitel la Guerre en perspective. . . .

In dem erstgenannten Buch besteht das Kapitel über Marokko in der Wiedergabe einer Reihe von ad hoc angestellten Interviews. So berichtet der Generalkonsul Regnault über die französische Anleihe und die Zollfrage, der Marquis de Segonzac über den Plan seiner Marokko-Expedition, die speziell bestimmt war, der pénétration pacifique die Wege zu bahnen, El Menebi (der Kriegsminister) über das englisch-französische Abkommen, endlich Herr Etienne über den französisch-spanischen Vertrag. Bei ihnen allen herrscht ein glücklicher Optimismus vor. Nur rät Segonzac zur Vorsicht. Man solle nicht zu rasch operieren. Vor allem komme es darauf an, die Polizei zu organisieren, und zwar nicht nur in Tanger, sondern im ganzen Maghzen-Gebiet. Etienne interpretiert den Vertrag mit Spanien so, daß Spanien nur an der ökonomischen Seite der pénétration pacifique teilhaben werde, und daß die privilegierte Stellung Frankreichs endgültig gesichert sei, „il est évident que notre privilège

politique subsiste tout entier". Hieran schließt sich ein gleiches Interview von St. René Taillandier. Der Herr Gesandte stellt sich dem Gedanken der pénétration pacifique zweifelnd gegenüber („pourquoi le celer? La pénétration pacifique, laisse incrédules beaucoup de bons esprits"). Man müsse vielmehr schnell und entschieden vorgehen und dem Maghzen zeigen, wie gefährlich die Feindschaft und wie nützlich die Freundschaft Frankreichs sei. Ein Widerspruch fremder Mächte sei nicht zu besorgen. Wir stehen dem Maghzen allein gegenüber, und damit er das begreift, können wir nicht nur, sondern müssen wir alle Argumente, über die wir gebieten, auch in Anwendung bringen, vor allem natürlich das algerische Argument. Dann müsse man die Polizeitruppen organisieren, wodurch Frankreich einen großen Einfluß auf die Milizen gewinne, was — si pacifiste soit-on — doch sehr nützlich werden könne. Es folgen Ausführungen des neuen Gouverneurs von Algier, Jonnart, über die glückliche Politik Frankreichs an der marokkanisch-algerischen Grenze und ein melancholisches Nachwort über die durch das Eingreifen Deutschlands veränderte Situation. Man habe eben versäumt, so schnell vorzugehen, daß ein fait accompli vorlag, und eine schriftliche Verpflichtung Deutschlands auch nicht erhalten. So sei der erste Teil des französischen Marokko-Programms gescheitert.

Das Buch von Moulin ist erschienen, bevor jene Enttäuschung erfolgt war, und gibt seinen Lesern die beruhigende Versicherung, daß Deutschland in der marokkanischen Frage nur eine untergeordnete Rolle spielen werde. Wir erfahren aber, daß vor 1904 die Absicht bestand, militärisch in Marokko einzuschreiten, und daß erst danach das Programm der pénétration pacifique aufkam. Mit Hilfe der „Times" und der „National Review" habe M. Harris diesen Gedanken in England populär gemacht. Das englisch-französische Abkommen habe dann die Wege geebnet, Italien sei schon vorher durch Zugeständnisse in betreff seiner tripolitanischen Pläne gewonnen worden, Deutschland wolle nur Handelsfreiheit, und mit Spanien sei ein Vertrag geschlossen worden. Hieran knüpft sich eine Wiedergabe der schon erwähnten Debatte über das englisch-französische Abkommen, aus der noch ein Passus aus der Rede des Deputierten für Paris, Archdeakon, hervorgehoben sei: „Wollen wir doch nicht mit Worten spielen und das Land nicht belügen: wollt ihr aus eurem

Abkommen Nutzen ziehen und wirklich die Suprematie Frankreichs in Marokko begründen, so wird es nur möglich sein durch ein Eingreifen unserer Truppen: es bedeutet also Krieg, und zwar nicht einen kleinen Krieg." Das Ganze schließt sehr zuversichtlich. Herr Moulin sieht die Zeit, „où la République aura doté la France d'un immense domaine qui ne couvrira pas moins de 5000 kl de long". von Algier zum Kongo und vom Senegal nach Darfur! Natürlich trotz M. Archdeakon nur auf dem Wege der pénétration pacifique. Weit bedeutender als diese etwas naiven politischen Jahresberichte ist das Buch der Herren Guibert und Ferrette. Es geht mit Herrn Delcassé und dem englisch-französischen Abkommen unbarmherzig ins Gericht. Wie Herr Freycinet beklagt es, daß für das marokkanische Wespennest Ägypten und die Stellung in New-Foundland weggeworfen seien. Die Erfahrung von Jahrhunderten habe aber gelehrt, daß die Interessen Englands und Frankreichs unvereinbar seien (fondamentalement incompatibles). Frankreich kämpfe seit Jahrhunderten um die Herrschaft im Mittelmeer und werde darin von England und Italien behindert, es sei mehr als naiv, daß Herr Delcassé gerade mit ihnen Geschäfte abschließe. Eine Verständigung hätte man vielmehr mit Deutschland suchen müssen (qui ne demandait pas mieux!) und mit Deutschland eine Mediation den Russen vorschlagen sollen, statt dessen aber habe man durch die Presse des Parlamentes und der Regierung offenkundig die russische Revolution unterstützt. Alle Welt wisse, welche Rolle Herr Pelletan, der Marineminister, in dieser Hinsicht gespielt habe. Delcassé aber habe alles Entgegenkommen Deutschlands abgewiesen und in Gesellschaft wie in der Kammer sich schon im Mai 1904 gerühmt: Je viens de rouler Radolin, il ne me reste plus qu'à rouler l'empereur d'Allemagne. Das habe man in Berlin gewußt, und Kaiser Wilhelm, der die Geschichte Frankreichs vortrefflich kenne, habe dem, der ihm diese unerhörte Boutade des französischen Ministers erzählte, geantwortet: „Der Marschall Soult hatte Thiers, der durch seinen Wuchs, aber nur durch diesen, Herrn Delcassé glich, den Spitznamen Foutriquet gegeben und pflegte zu sagen: Foutriquet wird nur an einem Fußtritt sterben. Ich sage dasselbe von Herrn Delcassé, und Sie können überzeugt sein, daß er nach einem Jahre seinen Fußtritt erhalten haben wird." Si non è vero, è ben trovato. Weniger gut erfunden ist die deutsche

Kriegspartei, welche die Herren Autoren nunmehr in Bewegung setzen, und gleich abenteuerlich die Behauptung, daß die geheimen Abmachungen des französisch-spanischen Vertrages den Spaniern das ganze nördliche Marokko bis zum Atlantischen Ozean, Tanger eingeschlossen, zugesichert hätten. Dagegen ist es wohl denkbar, daß Taillandier in der Tat vor seiner Abreise nach Fez von einem ihm befreundeten Mitgliede der deutschen Gesandtschaft in Tanger gewarnt worden sei: er könne durch Übernahme dieser Mission seine ganze diplomatische Laufbahn aufs Spiel setzen. Taillandier habe den Inhalt dieses Gesprächs nach Paris telegraphiert, aber nur die Antwort erhalten, er solle seine Reise nach Möglichkeit beschleunigen.

Der Schluß des Buches, der trotz der vorausgegangenen Preisgebung Delcassés und der danach folgenden Verhöhnung Rouviers bemüht ist, die Schuld der fortdauernden Spannung Deutschland zuzuweisen, fällt merklich ab. Man hat den Eindruck, als ob der Verfasser nicht mehr derselbe sei wie in der ersten Hälfte. Einige Abschnitte, namentlich die, welche die Grundlage der künftigen Politik Frankreichs entwerfen wollen, werden wohl in Frankreich nicht überall Bewunderer finden. Aber es lohnt doch, sie in nuce wiederzugeben: „Wir wollen", so heißt es, „uns weiter keinen Illusionen hingeben und auch keine Extratouren mehr tanzen. Aber im Hinblick auf kommende Tage unsere Lösung (der Probleme) im Plane bereit halten: militärische Lösung, wenn Italien in seiner gegenwärtigen Form fortbesteht und Pius X. es zu retten vermag, sonst diplomatische Lösung. Ein französischer Minister des Äußern, der nicht stets in den Geheimfächern seines Tisches einen praktischen, wohldurchdachten, in allen Einzelheiten fertiggestellten Plan hat, um Italien republikanisch zu organisieren, ist ein Verbrecher oder ein Narr." In betreff Englands wird loyale Zurückhaltung empfohlen. Verträge müsse man halten. „Aber es gibt keinen vernünftigen Franzosen, der Lust hätte, sich tiefer in Kombinationen und Intrigen einzulassen, die nicht mehr Nutzen bringen werden als die herrlichen Machinationen Herrn Delcassés." Wenn England Söldner brauche, um Deutschland zu bekämpfen, möge es weiter suchen; Courtoisie, nicht Intimität, das müssedie Regel sein.

Deutschland wolle man vergeben, aber nicht vergessen. Möglichst wenig Berührung, das sei das Beste. Rußland müsse man sich wieder enger anschließen, es aufrichten und trösten. Freunde seien

in Madrid und Wien zu suchen. Die Stunde für Frankreich aber werde schlagen, wenn der Tod Franz Josefs und mit ihm die Balkankrisis eintrete. Dann würden die Mächte, die bisher Alliierte waren, als Feinde gegeneinander schlagen. Frankreich aber werde wählen und die ihm gebührende Stelle in der Welt wieder einnehmen, treu seinem historischen Genius und dem Plane seiner ewigen Geschicke entsprechend.

Dieser Schluß ist am 15. Juli geschrieben. Seither ist mancherlei geschehen. Die verhöhnte Idee der pénétration pacifique mit allen daran geknüpften Ideen ist wieder lebendig geworden, als sei Herr Delcassé aus seiner Versenkung wieder hervorgetreten. Daß die öffentliche Meinung Frankreichs hinter dieser Politik steht, aber glauben wir nicht. Was Frankreich denkt, sagen uns „Temps" und „Débats" gewiß nicht, aus ihnen redet Paris, nicht Frankreich.

Was aber die öffentliche Meinung bei uns denkt, kann nicht zweifelhaft sein: sie will nicht auf Umwegen das Programm Delcassés wieder erstehen sehen und hält daran fest, daß die Kaiserworte vom 31. März in Kraft und Geltung bleiben. Nicht mehr, aber auch nicht weniger, und das, so meinen wir, wird auch der Ausgang sein.

15. Februar. Auflösung der griechischen Deputiertenkammer. Balfour wird zum Führer der Unionisten wiedergewählt.

18. Februar. Amtsübernahme des Präsidenten Fallières. Beisetzung König Christian IX. von Dänemark.

19. Februar. Gewaltsame Auflösung des ungarischen Abgeordnetenhauses. Eröffnung des britischen Parlaments. Thronrede König Eduards VII.

---

21. Februar 1906.

In der Weiterentwicklung der russischen Krisis erkennen wir mehr den Schein einer Besserung, als einen Wendepunkt, von dem aus sich neue, bessere Zeiten datieren ließen. Niedergeschlagen ist die anarchistisch-sozialistische Arbeiterbewegung und die Reihe der Pöbelemeuten in den großen Städten. Dafür daß eine Wandlung im politischen Denken der Nation sich vollzogen hätte, haben wir bisher keine Anzeichen gefunden. Die Masse der Gebildeten steht dem Staatsgedanken, ohne den es nun einmal kein gesundes politisches Leben geben kann, teils feindselig, teils gleichgültig gegenüber. Nachdem sie die sozialistische und anarchistische Revolution gefördert hatten, um ihre parlamentarischen Ideale der Regierung aufzunötigen, fanden sie, als das Ziel im wesentlichen erreicht war, nicht den Mut die Revolution abzuschütteln und auf die Bahn legaler Weiterentwicklung zurückzutreten. Es hat eine Zeit gegeben, da die Regierung bereit gewesen wäre, alle Helfer mit offenen Liebesarmen zu empfangen. Diese Zeit verstand der russische Liberalismus nicht zu nutzen, und so kam es dann zu der unerläßlich gewordenen Politik der rücksichtslosen Repression. Natürlich wurde die mitschuldige Intelligenz von ihr auf das schwerste betroffen: die Beamten der Post, der Eisenbahnen und der Telegraphenbureaus, gewissenlose Richter, Lehrer, die ihre Stellung mißbraucht hatten, Studenten, Ärzte, Popen, Polizeibeamte, ja Staatsanwälte und Gouverneure, der zahlreichen kompromittierten Offiziere nicht zu gedenken, erwiesen sich so schwer belastet, daß es unmöglich war, ihre Sünden zu verdecken. Die Gefängnisse in Rußland sind überfüllt, und die Straßenkämpfe in den

Städten haben nicht gezählte Opfer gekostet, ganz wie man es aufgegeben hat, die Opfer zu zählen, die den anarchistischen Attentaten gefallen sind. Aber während sich die volle Erbitterung der öffentlichen Meinung — soweit sie in der russischen Presse zum Ausdrucke kommt — gegen die militärischen Exekutionen richtet, werden die Morde der Anarchisten gleichsam als notwendige Akte der Volksrache hingenommen. Man hört kein lautes Wort der Sympathie für die Ermordeten, aber alles eifert für Aufhebung der Todesstrafe! Da denkt man doch an das alte Wort: „que messieurs les assassins commencent". Das sittliche Urteil geht fast durchweg auf Irrwegen und ebenso der kritische Verstand bei Beurteilung der Tatsachen. Jede Verleumdung hat die größte Aussicht Glauben zu finden, jede sachliche Zurechtstellung erscheint verdächtig. So wird, wo es sich um die baltischen Provinzen handelt, alles geglaubt, was die lettischen und estnischen Revolutionäre einschicken, die Widerlegungen der „Barone" aber werden als lächerlich und unwahrscheinlich beiseite geschoben. Vollends jetzt, wo der General Orlow wirklich Ernst macht, ist das Mitleid lebendig geworden, das stumm war, so lange die Deutschen ermordet und ihre Wohnstätten eingeäschert wurden. Denn im Grunde versagt man, trotz ihrer Selbständigkeitsgelüste, den Letten und Esten doch nicht die Anerkennung, daß sie den republikanischen Gedanken am kräftigsten und nachhaltigsten durchzuführen versucht haben. Den Deutschen aber verzeiht man nicht, daß sie im ganzen weiten Reich als einzige den Boden der Loyalität keinen Augenblick verlassen haben. Auch kann kaum zweifelhaft sein, daß man bemüht sein wird, es ihnen nachträglich in Rechnung zu stellen. Denn bei der erstaunlichen Gedankenarmut dieser russischen Revolution ist man jetzt bereits zurückgekehrt zu dem einzigen original russischen politischen Gedanken, den das 19. Jahrhundert produziert hat, dem slawophilen, dessen letztes Weisheitswort bekanntlich Russifizierung alles Fremdländischen ist. Auch die kirchliche Intoleranz beginnt wieder ihr Haupt zu heben; wenn das geplante russische Konzil zusammentritt, werden wir wohl Gelegenheit finden, darauf zurückzukommen. Für den Augenblick zeigt sie die Tendenz in dem Schutz, der den Angehörigen der russischen Kirche unter den lettischen Revolutionären gewährt wird, obgleich gerade in diesen Kreisen die sittliche Verwilderung am größten war.

Die slawophilen Angriffe aber richten sich, abgesehen von den baltischen Provinzen, vornehmlich gegen Finland, dem man die Rückerwerbung seiner alten Verfassungsrechte nicht gönnt und das kürzlich in der „Nowoje Wremja“ direkt bezichtigt wurde, einen Eroberungskrieg nach Rußland hinein zu planen! Kann man etwas Wahnsinnigeres aushecken? Weit nachsichtiger stellt sich die gesamte Presse allen polnischen Bestrebungen gegenüber, und es kann nicht zweifelhaft sein, daß sie in der Reichsduma auf großes Entgegenkommen rechnen können, sofern nur die Polen mit dem Gedanken einer völligen Trennung vom russischen Reiche zurückhalten. Je mehr wir jedoch diese russisch-polnische Frage studieren, um so sicherer scheint uns, daß die Wünsche der Polen nicht über eine Autonomie innerhalb des russischen Reichskörpers hinausgehen werden. Die Vorteile, die sie aus der offenen russischen Grenze ziehen, sind zu groß, als daß sie freiwillig selbst um des unsicheren Phantoms einer politischen Selbständigkeitsstellung willen darauf verzichten könnten. Um so fester aber scheinen sie entschlossen, das größtmögliche Maß an Autonomie zu erkämpfen, wobei die Charte Alexanders I. ihnen im wesentlichen als Richtschnur vorschweben dürfte. Und das könnte der Punkt werden, über welchen die Gesichtspunkte der russischen Regierung, der slawophilen Elemente und der buntfarbigen Gruppen und Parteien, die links stehen, am weitesten auseinandergehen.

Auf seiten der Regierung, und zwar einer im Prinzip unumschränkten Regierung, steht heute der „allrussische Bund“ (wsenarodny russki ssojus), zu dem folgende Gruppen und Parteien gehören: „der Bund russischer Männer“, die „russisch-monarchische Partei“, der „Bund der Landwirte“, der „Bund russischer Patrioten“ und noch einige Verbände. Gegner der Ssamodershawije, der selbstherrlichen Herrschergewalt, sind nach einer Darlegung der „Moskowskija Wjedomosti“, die es wohl wissen können, nicht nur die revolutionären und konstitutionellen Parteien, die sich offen Sozialrevolutionäre, Sozialdemokraten und konstitutionelle Demokraten nennen, sondern auch die „Partei der Rechtsordnung“, der „Bund des 17. Oktober“, die Partei der Kaufleute und Industriellen und die gemäßigt fortschrittliche Partei. Höchst wahrscheinlich aber wird ein großer Teil dieser Parteien in der Reichsduma verschwinden und die schließliche Gruppierung zu einer größeren reaktionär-monarchischen Partei

führen, der eine starke konstitutionelle Opposition gegenüberstehen wird. Beide Parteien aber werden mit den völlig inkommensurabelen bäuerlichen Elementen zu rechnen haben, die neben ihren agrar-kommunistischen Tendenzen auch sehr ausgesprochene monarchische Ideen mitbringen werden. Der slawophile Gedanke aber kann nach allen Seiten hin eine überraschende werbende Kraft zeigen, so sehr die Wünsche und Überzeugungen sonst auseinandergehen mögen. Gefährlich aber wird er mit dem Moment, wo sich auch die Regierung zu ihm bekennt. Aber man sollte meinen, daß dem heutigen Rußland so viele ernste positive Aufgaben gesetzt sind, daß es sich den Luxus einer destruktiven Politik, wie sie der Natur des Slawophilentums entspricht, nicht erlauben kann. Zerstören ist leicht und Aufbauen schwer, noch aber ist die zerstörende Kraft des Agrarkommunismus der Bauern am Werk, die Westgrenze nur kümmerlich vor den ärgsten Ausschreitungen der Revolution gesichert, endlich die schwierige Aufgabe der finanziellen Sanierung des Reiches zu lösen. Die Hetzereien der slawophilen Heißsporne, deren Spuren sich in den meisten größeren russischen Blättern verfolgen lassen, sind im Hinblick auf diese Dinge besonders frivol. Selbst ein Slawophile pur sang, wofern er nur zugleich russischer Patriot ist, müßte in solchen Zeiten zu schweigen verstehen.

Die Haltung der Presse in den Fragen auswärtiger Politik ist charakterlos und haltlos. So brachte die „Nowoje Wremja" zu Kaisers Geburtstag einen Artikel, wie man ihn besser von unserem Standpunkt aus nicht wünschen konnte, gleichzeitig aber hetzt ihr bekannter Londoner Korrespondent in perfidester Weise gegen uns, und auch sonst wird keine Gelegenheit übersehen, uns was anzuhängen. Mag es nun ein neues Buch unseres Freundes Chéradame sein, oder eine Schilderung österreichischer Zustände, oder endlich die Konferenz von Algeciras, stets findet sich ein günstiger Anlaß, auf uns loszuschlagen. Wenn die russische Revolution in ihren Nachwirkungen die Folge hätte, eine anständige Petersburger und Moskauer Presse aufkommen zu lassen, könnte man ihr viele ihrer Sünden verzeihen, denn nächst dem korrumpierten Beamtentum hat wohl die Presse am meisten an Rußland verschuldet. Wenn einmal eine wissenschaftlich-politische Geschichte dieser Presse geschrieben werden sollte, wird sie ohne Zweifel diese Wahrheit erhärten. Aber freilich: intra muros

peccatur et extra, und die Residenzpresse aller Kulturstaaten der Welt zeigt Auswüchse, die der eigentlichen Aufgabe des Journalisten, ein gewissenhafter Diener der Wahrheit zu sein, ins Gesicht schlagen.

Die letzte Woche hat zwei bedeutsame Ereignisse gebracht. Die Eröffnung des ersten Parlaments der neuen liberalen Ära Englands und den Amtsantritt des neuen Präsidenten der französischen Republik, Herrn Fallières.

Das neue englische Parlament hat der regierenden Partei die Waffe einer Majorität zur Verfügung gestellt, wie sie in der gesamten Geschichte des englischen Parlamentarismus ohne gleichen ist. In der Tat übertrifft die Zahl der liberalen Mitglieder des Hauses die aller übrigen Parteien um 130. Es stehen den 400 Liberalen nur 158 Unionisten gegenüber, die Trümmer der alten Torypartei, die ihre historische Stellung aufgab, als Salisbury mit Chamberlain und Hartingdon seinen Pakt abschloß. Und im Grunde kann es für die Partei noch als ein unerwartetes Glück gelten, daß sie überhaupt als ein Ganzes zusammengehört. Vor acht Tagen sprach alle Wahrscheinlichkeit dafür, daß sie in zwei gesonderte Gruppen zerfallen werde. Aber Chamberlain und Balfour haben ein Schauri abgehalten, die Friedenspfeife geraucht und danach Briefe ausgetauscht, die der Welt verkündeten, daß Balfour auch in betreff der Fiskalpolitik derselben Meinung sei wie „my dear Chamberlain", worauf dann Chamberlain ihn in aller Form als den Führer der Partei anerkannte. Das heißt ja wohl, Balfour sitzt in der Kutsche, aber Chamberlain lenkt die Rosse. So war es im Grunde schon lange, nur hatte sich Balfour nicht zu der vollzogenen Tatsache bekennen wollen. Der drohende Zerfall der Partei hat ihn zum Nachgeben bewogen, und das kann ihm nur zur Ehre gereichen. Daß aber Chamberlain nicht nachgeben konnte, lag einerseits in der Natur des Mannes, andererseits daran, daß nur er ein Kampfprogramm von agitatorischer Kraft hatte. Für Balfour hatte dieses Übergehen in das Lager Chamberlains die eine unangenehme Folge, daß die City, die ihm einen unbestrittenen Sitz im Parlament sichern wollte, ihm nun einen Gegenkandidaten gestellt hat. Denn wie könnte die Metropole des englischen Welthandels den Gedanken des Freihandels verleugnen, durch den sie groß und reich geworden ist. Von den übrigen Parteien haben die Arbeiter 29, die Nationalisten 83 Sitze. Das gibt

670, die Vollzahl des Unterhauses, wobei daran erinnert werden mag, daß nur wenig über die Hälfte der Abgeordneten im Sitzungssaal auch wirklich einen Sitz findet. Was darüber zusammenkommt, ist genötigt, in den Galerien einen Platz zu suchen, oder in den zahlreichen Nebenräumen, aus denen der Parteiwhip sie zu den Abstimmungen herbeiholt.

Das liberale Kabinett ist also in der Lage, ganz unabhängig von allen denkbaren Allianzkombinationen eigene Politik zu treiben, soweit es nicht durch die vom Kabinett Balfour im Namen Englands abgeschlossenen Vereinbarungen und Verträge gebunden ist. Also in der auswärtigen Politik ist das liberale Kabinett in seiner Bewegung wesentlich und in weltbekannter Richtung beschränkt. Wir sind aber nicht der Meinung, daß es geneigt sein wird, mehr Verpflichtungen auf sich zu nehmen, als aus dem Buchstaben der Verträge folgt. Dagegen läßt sich wohl mit Sicherheit auf eine Aera der Reformen und auf ein weites Entgegenkommen den Kolonien gegenüber rechnen. Das zeigt namentlich das Entgegenkommen Transvaal gegenüber. An sehr weitgehende Konzessionen den Iren gegenüber ist schwer zu glauben, da das volle Gladstonesche Homerule-Programm in den Reihen der Liberalen wohl nur wenige überzeugte Freunde zählt. Es war seinerzeit ein Kampfmittel, das einen großen parlamentarischen Erfolg zu versprechen schien. Aber es versagte, und man hat in all den Jahren, die seither hingegangen sind, doch viel gelernt. Viel wahrscheinlicher dürfte im Bunde mit der von Keir Hardy geführten Arbeiterpartei ein gut Stück Weges Hand in Hand gegangen werden und auf diesem Wege England zu einer Sozialreform gelangen. Aber gewiß liegt zwischen beiden Parteien ein Grenzpunkt, an dem sie auseinandergehen werden, und das dürfte — wenn es erlaubt ist, so weit in die Zukunft vorauszublicken — der Punkt sein, an dem einmal die gestürzte konservative Partei einsetzt, um dem Rivalen das Wasser abzugraben.

Von weit geringerer Tragweite ist der Präsidentschaftswechsel in Frankreich. Herr Fallières ist um eine Schattierung sozialistischer als Herr Loubet es war, in der fortdauernden Kirchenfrage ganz gleicher Gesinnung wie jener. Da das Ministerium Rouvier im Amte bleibt, mindestens bis zum Schluß der Konferenz von Algeciras und wahrscheinlich auch darüber hinaus, haben wir also im wesent-

lichen mit den alten bekannten politischen Faktoren zu rechnen. Die Schwierigkeit des Augenblicks bleibt immer die Lösung der marokkanischen Frage, in welcher Frankreich trotz des großen Zugeständnisses, das ihm Deutschland durch Anerkennung einer bevorzugten Stellung im algerisch-marokkanischen Grenzgebiete gemacht hat, auf Umwegen die Grundlage der Gleichberechtigung, auf welcher wir immer bestanden haben, zu durchbrechen sucht. Denn das liegt doch auf der Hand, daß, wenn Frankreich (eventuell Frankreich mit dem verbündeten Spanien) die volle Polizeigewalt gewinnt oder aber sich die volle Finanzgewalt übertragen läßt, von einer Gleichberechtigung der übrigen keine Rede sein kann.

Dazu kommt, daß die Unterstützung des Prätendenten durch französische Staatsangehörige, die sich doch unter sehr sonderbaren Nebenumständen vollzogen hat, den Verdacht erweckt, daß neben der französischen Regierung von ihr unabhängige Elemente stehen, die direkt darauf drängen, eine Verwicklung herbeizuführen. Wie unbedenklich und wie exklusiv die französische Kolonialpolitik gelegentlich sein kann, erzählt die Geschichte der Annektierung von Madagaskar, die, wie alle Welt weiß, ihre sehr anfechtbaren und moralisch bedenklichen Seiten gehabt hat. Seither aber ist neben dem französischen Handel der der übrigen Mächte dort fast ohne jeden Belang.

Übrigens bringt der letzte „Standard" unter der Überschrift „Eine kuriose Anzeige" das folgende dem Annoncenteil einer (von ihm nicht genannten) französischen Zeitung entnommene Angebot: „Marokko! Armee des Prätendenten; gute Stellung für ehemaligen Unteroffizier der Artillerie, der gut mit Kanonen Bescheid weiß. Gleich, telegraphisch, Bourmance, Port Say, Algeria." Man darf wohl annehmen, daß mehr als eine Meldung eingelaufen sein wird.

Dem neuen Ministerium Sonnino-Guicciardini wird man bei uns das Allerbeste wünschen. So viel sich erkennen läßt, ist es der Unterstützung von Rudini und Giolitti sicher — lauter gute Freunde und zuverlässige Anhänger des Dreibundes. Es bleibt nur zu wünschen, daß es sich nicht von den beiden radikalen Mitgliedern des Kabinetts zu viel nach links ziehen läßt.

In den verwirrten österreichisch-ungarischen Anlegenheiten glauben wir endlich einer Klärung im guten Sinne entgegensehen zu können.

Die empörenden Ausfälle des tschechischen Grafen Sternberg gegen den Kaiser Franz Josef müssen notwendig in Österreich zu einem Rückschlag führen, dann aber zeigt sich, daß die Begeisterung für das allgemeine Wahlrecht doch sehr in der Abnahme begriffen ist. Die Christlich-Sozialen waren bereit gewesen, für das allgemeine Wahlrecht einzutreten, wenn man die Ausübung desselben an eine 3jährige Seßhaftigkeit am Orte knüpfte. Ihre Rechnung war, daß sie auf diese Weise die sozialdemokratischen Stimmen der fluktuierenden Arbeiterbevölkerung beseitigen und dadurch in Wien und Niederösterreich den Sozialdemokraten ihre Mandate nehmen würden. Statistische Berechnungen haben nun ergeben, daß der Prozentsatz der fluktuierenden Arbeiterbevölkerung in Wien weit geringer ist, als man annahm. Das hat nun wesentlich abgekühlt, und dadurch sind die Aussichten der Annahme des allgemeinen Wahlrechtes gesunken. Ob es damit für immer den Österreichern erspart bleibt, ist freilich eine andere Frage.

Weit bedeutsamer scheint uns dagegen trotz des ungeheueren Apparates und des Lärms der Proteste, welche die Auflösung des Pester Reichstages hervorrief, die für Ungarn bevorstehende Wendung.

Die Tatsache, daß die Krone den Mut fand, ihren Willen bis zu den letzten Konsequenzen gegenüber dem Parlament zu behaupten, und die nicht ungegründete Überzeugung, daß der alte Kaiser wohl noch weiter gehen könnte, wenn ihm tatsächlicher Widerstand entgegentritt, und daß dann die „Koalition", die jetzt die öffentliche Meinung Ungarns tyrannisiert, ihre Machtstellung einbüßen könnte, hat entschieden ernüchternd gewirkt. Auch sind die Geldmittel knapp geworden, und endlich, die ungarischen Juden gehen in das Lager der Regierung über, was bei der scharfen politischen Witterung dieser Elemente wohl nicht mit Unrecht von der Koalition als ein böses Omen aufgefaßt wird.

Es ließe sich noch mancherlei für unsere Auffassung der Lage anführen, vor allem wird die schließlich durchdringende Überzeugung, daß Kaiser Franz Josef von der deutschen Kommandosprache nicht lassen wird, ihre Wirkung nicht verfehlen, und weiter, daß Graf Tisza (in einer der unaussprechlichen ungarischen Zeitungen) erklärt hat, daß er das Land „vor dem grausamen und dummen Überlizi-

tieren der Desperados" habe retten wollen, und daß er sich in keinem Falle auf die Seite der Koalition stellen werde. Er kämpfe für die Verfassung, nicht für die Koalition.

Alles in allem, die Aussichten liegen schlecht für die Herren von der Koalition, und da könnte es wohl geschehen, daß, da der Berg nicht zu Mohammed kommt, Mohammed zum Berge geht, d. h. ein Friede mit der Krone geschlossen wird, so wie sie ihn will. Und wenn dann auch Herr Kossuth von der Partie ist, wird das „der Humor der Geschichte" sein.

22. Februar. König Oskar von Schweden in Berlin. Nachricht von der Erstürmung Sokotos durch aufständische Neger.
23. Februar. Nachricht von Unruhen und Meutereien in Sibirien.
24. Februar. Ermordung des Eisenbahndirektors Iwanow in Warschau.
26. Februar. Die Duma wird auf den 10. Mai einberufen.
27. Februar. Silberne Hochzeit des deutschen Kaiserpaares. Nachricht von Unruhen im südlichen China.

---

28. Februar 1906.

Die Festtage, welche uns durch die Glocken Berlins eingeläutet werden und in deren Schmuck die Stadt prangt, haben gewiß auch ihre Bedeutung über das Deutsche Reich hinaus. In einer Zeit, deren auflösende Kräfte gegen die Monarchie arbeiten, wendet der Blick der Gesamtheit sich mehr als je denjenigen zu, die auf der Menschheit Höhen stehen. Wird jede ihrer Schwächen zu einem Argument gegen die Monarchie, so richtet sich andererseits das monarchische Bewußtsein an ihren großen Eigenschaften auf. Überall aber, auch im Lager der Feinde, erzwingt das rein Menschliche sich Achtung und Verehrung. Das eheliche Glück unseres Herrscherpaares, das nunmehr durch den 25. Jahrestag einer Verbindung gekrönt wird, die wie bei gewöhnlichen Sterblichen — und wie häufig unter diesen nicht — aus Liebe geschlossen wurde, ist allerdings vorbildlich für die deutsche Auffassung des Familienlebens, wie für die Stellung des Herrscherhauses in der großen Familiengemeinschaft der Nation. Hier hat kein lästernder Mund sich heranwagen dürfen. Der Kaiser als das Haupt, die Kaiserin an seiner Seite, in der Tat eine Landesmutter, deren helfende Hand überall zu entdecken ist, wo Frauenhand helfen kann, sechs blühende Söhne, die für den Dienst am Vaterlande zu Arbeit und Pflichterfüllung erzogen werden, endlich der Sonnenschein des Hauses, unsere Prinzessin, das gibt ein Gesamtbild, wie es schöner und harmonischer sich kaum wiederholen kann. Die werbende Kraft dieser kaiserlichen Häuslichkeit muß auch der Neid gelten lassen; sie hat sich wie etwas Schirmendes, eben weil sie Realität und nicht Fiktion ist, der Tendenz entgegengeworfen, die in der Herrschaft der

Erkorenen eines meist konstruierten Volkswillens das Ideal zu erkennen glaubt oder zu erkennen vorgibt und diese Ordnung dort erzwingen möchte, wo sie nicht rechtens ist. Wir denken dabei natürlich an Europa. In Amerika gibt es keine monarchische Tradition, aber wir sind überzeugt, daß z. B. in Norwegen die republikanische Partei unterlegen ist, weil der monarchische Pflichtgedanke und Familiensinn in den germanischen Nationen so leuchtende Vorbilder gestellt hat.

So ist es denn auch verständlich, daß in diesen Tagen die Probleme der großen Politik weit zurückstehen müssen. Man spricht überhaupt bei uns wenig von ihnen und sieht den Dingen, die da kommen könnten, mit, ich möchte sagen, phlegmatischer Zuversicht entgegen. Daß Deutschland keinen Krieg provozieren wird, weiß jedermann, es ist fast eine Trivialität, es zu wiederholen: daß es sich nicht zu Zugeständnissen bequemen wird, die seiner Würde Abbruch tun könnten, steht ebenso sicher fest. Was also könnte geschehen? Ein resultatloses Auseinandergehen der Konferenz — wir werden es mit Fassung ertragen und uns auf den Standpunkt der Madrider Konferenz von 1880 zurückziehen, was wir um so mehr tun können, als inzwischen die Grundgedanken dieser Konferenz, die in die Schlagworte: Souveränität, Integrität und offene Tür zusammengefaßt werden, erneute prinzipielle Anerkennung gefunden haben. Dieser Gewinn von der Konferenz bleibt unter allen Umständen. Wenn man uns aber damit schreckt, daß eine Spannung zwischen Deutschland und Frankreich die Folge sein werde, so erinnern wir uns, daß mit geringen Unterbrechungen diese Spannung seit dem Frankfurter Frieden gedauert hat, und daß alle paar Jahre — namentlich aber, sobald von einer freundschaftlichen Annäherung die Rede war — eine stürmische Revanchepropaganda organisiert worden ist. Kurz, wir sehen nicht den geringsten Grund, uns über diese marokkanische Angelegenheit aufzuregen, werden aber alle Zeit bereit sein, eine Lösung zu billigen, die mehr ist als ein Kulissenbau, hinter welchem Delcasséesche Politik gemacht werden soll.

Es hat uns interessiert, in der New Yorker „Sun", der man doch gewiß nicht vorwerfen kann, daß sie deutsche Politik mache, eine Beurteilung der Marokkofrage zu finden, die für eine der möglichen Lösungen eintritt. Das Blatt (vom 12. Februar) geht davon aus, daß Deutschland ein erhebliches Zugeständnis gemacht habe, indem es die besondere Stellung Frankreichs im Grenzgebiete anerkannte.

Dann fährt die „Sun" wörtlich fort: „Es liegt auf der Hand, daß das schließliche Ergebnis des erwähnten Zugeständnisses sein muß, daß der Teil Marokkos, über den Frankreich die Polizeikontrolle ausübt, Algier inkorporiert wird. Gibt man das zu, so verstehen wir sofort, weshalb Deutschland es ablehnt, daß Frankreich eine ähnliche Polizeikontrolle über den Rest von Marokko ausübt." Es schließt sich daran der Hinweis, daß Frankreich mit Hilfe der moslemischen Algerier durchaus in der Lage sei, des Landes Herr zu werden und eine plötzlich ausbrechende Erhebung niederzuschlagen. Deutschland sehe sehr wohl, daß unter solchen Voraussetzungen die Absorbierung Marokkos unzweifelhaft eintreten werde. Dann heißt es weiter: „Es ist andererseits darauf hingewiesen worden, daß die Erhaltung der Ordnung im Innern Marokkos einer internationalen Polizeimacht übertragen werden könnte, wie sie zeitweilig in Peking und in der Provinz Tschili nach Unterdrückung des Boxeraufstandes unterhalten wurde. Wollte man diese internationale Macht aus Christen bilden, so werden die Zustände bald unvergleichlich schlimmer sein als jetzt. Aber man könnte die Frage aufwerfen, weshalb das Hindernis, das im marokkanischen Fanatismus liegt, nicht durch eine Polizeimacht (constabulary) überwunden werden sollte, zu welcher Rußland, Frankreich und Großbritannien moslemische Kontingente stellen? Solch einer Abmachung würde Deutschland natürlich seine Zustimmung versagen, weil die drei genannten Mächte aneinander teils durch formelle Allianz, teils durch entente cordiale gebunden sind.

„Die einzig praktikable Lösung des Problems würde, wie es scheint, sein, nachzuahmen, was in der chinesischen Provinz Tschili geschah, nämlich eine Polizeimacht zu organisieren, die aus in Marokko geborenen Mohammedanern besteht und von christlichen Offizieren kommandiert wird, die von kleineren europäischen Mächten gestellt werden, von denen sich nicht erwarten läßt, daß sie beabsichtigen könnten, sich territorial in Nordwestafrika festzusetzen. Man hat Portugal, Holland, Belgien genannt, aber jede dieser drei Mächte besitzt oder besaß früher wichtige Territorien in Afrika. Dies ist zweifellos der Grund, weshalb Deutschland auf die Schweiz hingewiesen hat (was wir nicht wissen!), die als Binnenland keine kolonialen Vergrößerungen anstreben kann. Auch ist es keine neue Sache, daß Schweizer in der Fremde Polizeidienste verrichten.

Sie haben durch Generationen den Königen von Frankreich die Leibgarde gestellt (und — fügen wir hinzu — dem Papste). Eine Polizeimannschaft, rekrutiert aus den mohammedanischen Untertanen des Sultans und kommandiert durch Schweizer Offiziere, würde die Gefahr, daß ein Religionskrieg heraufbeschworen wird, auf ein Minimum herabsetzen. Aber Frankreich wird schwerlich solch einer Neuordnung zustimmen, es sei denn, daß es für jetzt auf die Hoffnung verzichtet, gradatim Marokko mit Algier zu vereinigen (of annexing gradually Marocco to Algier)."

Damit schließt dieser interessante Artikel, den wir fast in vollem Umfang wiedergegeben haben, um zu zeigen, daß die Idee von der geplanten „Algierisierung" Marokkos nicht ein deutsches Hirngespinst ist, sondern von den nüchternen Köpfen jenseits des Wassers als eine Tatsache hingestellt wird, über deren Realität sich überhaupt nicht mehr streiten läßt.

Wir haben lange keine Gelegenheit gehabt (abgesehen von der San Domingo-Affäre), der amerikanischen Angelegenheiten zu gedenken. Sie verdienen aber alle Aufmerksamkeit, da sich langsam aber sicher tiefgreifende Wandlungen vorzubereiten scheinen. Präsident Roosevelt ist trotz seines starken Temperaments ein Mann, der zu warten und sich seinen Zielen langsam aber sicher zu nähern versteht. Unsere Leser werden sich erinnern, daß gleich als ihm die Leitung der Vereinigten Staaten zufiel, er die Absicht kund tat, der Tyrannei entgegenzutreten, die von den großen Kapitalisten und Unternehmertrusts ausging und die in der Tat eine wirtschaftliche und soziale Gefahr bedeutete. Es stellte sich aber bald heraus, daß diese Organisationen ganz außerordentlich stark waren, daß sie zudem im engsten Zusammenhange mit den besonderen Interessen der beiden großen Parteien standen, die in der Herrschaft alternieren, endlich, daß sie ihre stärkste Stütze im Senate fanden. Wollte der Präsident diese Ringe zerbrechen, so mußte er einerseits ihre Vertreter aus den hohen staatlichen Stellungen hinausmanövrieren, die von ihnen behauptet wurden, und die Möglichkeit haben, diese Posten mit unabhängigen Männern zu besetzen, die nicht der Partei, sondern dem Lande ihre Dienste zu leisten willig und fähig waren. Oder mit anderen Worten: er müßte seine Partei haben, die nicht demokratisch und nicht republikanisch quand même, sondern vor allem sachlich in dem Sinne war, wie es der Präsident

ist. Es scheint nun, daß dieses Ziel im wesentlichen bereits erreicht ist. In letzter Zeit sind eine ganze Reihe begabter und patriotischer, verhältnismäßig junger Leute aus den geachtetsten Familien in das politische Leben eingetreten. Die oft gehörte Behauptung, daß Amerika reich genug sei, sich auch eine schlechte Regierung gefallen zu lassen, d. h. eine Regierung, deren Mitglieder nicht völlig unbescholten waren, scheint endgültig aufgegeben zu sein, und der Präsident beabsichtigt offenbar, mit dieser neuen politischen Leibgarde — wenn ich so sagen darf — seine Schlachten gegen das Großunternehmertum zu schlagen. Im Augenblick ist der Senat das Schlachtfeld und das Kampfesobjekt die Beschränkung des Ausbeutertums, das heute das Eisenbahnwesen beherrscht. Wir zweifeln nicht daran, daß der Sieg dabei der guten Sache, d. h. in diesem Fall dem Präsidenten gehören wird, zumal die ungeheure Mehrheit der Bevölkerung hinter ihm steht. Aber gewiß wird es noch harte Kämpfe geben.

Es läßt sich aber nicht verkennen, daß der Präsident zäh und „durchsätzig" ist. Er gibt den einmal gefaßten Plan nicht auf und zieht eben dadurch die Massen hinter sich her. Das hat sich sowohl in seiner Arbeit zur Verstärkung der amerikanischen Seemacht wie an den 50000 Reservisten gezeigt, um die er die Armee der Vereinigten Staaten gestärkt hat. Und gewiß ist beides ebenso klug wie patriotisch im Hinblick auf vielleicht nicht allzuferne Möglichkeiten der Zukunft. Wir denken dabei an Venezuela und an China. In Venezuela steigt der Größenwahn dem Präsidenten de Castro immer mehr zu Kopf. Er scheint sich darauf einzurichten, so ziemlich die ganze Welt herauszufordern, und richtet seine Pfeile u. a. auch recht absichtlich gegen die Vereinigten Staaten. Man darf aber nicht vergessen, daß man es auf diesem Boden mit Mischlingen zu tun hat, die neben der Kampfeslust ihrer rothäutigen Vorväter auch deren großsprecherisches Wesen geerbt haben. Endlich bleibt immer der Rückzug in die schwer zugänglichen Berge und Wälder des Innern, so daß es wohl begreiflich ist, daß man hüben und drüben mehr als einmal überlegt, ehe man in dieses Dornennest eingreift. Aber schließlich findet jede Geduld ihr Ende, wenn staatliche Ehrenpflichten in Frage kommen, und es scheint uns nicht wahrscheinlich, daß solch ein entscheidender Augenblick sehr fern liegt. Am besten freilich wäre ein de Castro durch einen Gegen-de Castro zu bekämpfen. Vorübergehend konnte man glauben, er sei schon da.

Was aber China betrifft, so ist die fremdenfeindliche Bewegung, von der immer wieder neue Nachrichten einlaufen, trotz aller chinesischen Dementis offenbar kein Phantom. Es bereitet sich etwas vor, was an die Boxerbewegung erinnert, die ja, wie erinnerlich ist, ursprünglich einen antidynastischen Charakter trug und erst gegen die Fremden abgeleitet wurde. Gewisse Anzeichen deuten auf eine ähnliche Entwicklung, so daß wohl alle mitinteressierten Mächte gut tun, auf ihrer Hut zu sein. In Amerika aber scheint man diesen Dingen besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden.

In England hat König Eduard das Parlament mit einer außerordentlich vorsichtig gehaltenen Thronrede eröffnet. Offenbar findet das neue Kabinett es nicht ratsam, seine Karten allzu früh aufzudecken. Gewisse Sätze, die gerade die wichtigsten Fragen berühren, sind absolut farblos. Im allgemeinen gewinnt man den Eindruck, daß die Probleme der großen Politik vor den spezifisch englischen, also namentlich vor der Kolonialfrage, zurücktreten. Mit am eingehendsten verweilt die Thronrede bei den südafrikanischen Angelegenheiten. Transvaal und Oranjekolonie werden den übrigen großen Kolonien gleichgestellt werden, aber nicht, wie ursprünglich beabsichtigt war, schon im Juni, sondern um einige Monate später. Seither haben sich in Südafrika die Verhältnisse dadurch verschlimmert, daß ein Aufstand der Zulukaffern in Natal ausgebrochen ist. Die Tatsache war bereits aus den englischen Blättern bekannt, welche die Sache sehr leicht zu nehmen schienen. Jetzt aber bringt die stets vortrefflich unterrichtete „Europe Coloniale" aus portugiesischen Blättern Angaben, welche es verständlich machen, daß in der vorigen Woche auf die Nachrichten aus Natal an der Londoner Börse eine Panik ausbrach.

Der Aufstand ist nämlich, wie die Portugiesen schreiben, entstanden, weil die Regierung von Natal die Kopfsteuer der Eingeborenen von $^1/_2$ Lstr. auf 1 Lstr. erhöhte. Da gleichzeitig Milizreserven organisiert wurden, stieg die Unruhe der Schwarzen. Sie verließen ihre Kraals und zogen in den Busch. Gleichzeitig soll der verbannte letzte König von Zululand, Dinizulu, dem die Engländer auf Fürbitte der Missionare die Rückkehr gestattet hatten, bemüht sein, die einzelnen Zulustämme zu versöhnen, und das bedeute eine ernste Gefahr, da nur die Zwietracht dieser Stämme einen allgemeinen Aufstand nach dem Burenkriege verhindert habe. Daß man in England die Gefahr

erkannt hat, zeigt die Überführung von 5000 Mann königlicher Truppen von Harrismith nach Pieter-Maritzburg.

Dieser Dinge gedenkt nun die Thronrede nicht. Dagegen erklärt sie, daß die Chinesenfrage (am Rand) durch das künftige Parlament von Transvaal entschieden werden solle. Über diese Chinesenfrage hat denn auch die erste große Debatte im Unterhause stattgefunden. Die Opposition brachte es dabei auf nur 91 Stimmen, und Chamberlain zog sich durch einige unbewiesene Verdächtigungen, die er trotz aller Versuche, sich frei zu reden, schließlich zurücknehmen mußte, eine recht empfindliche persönliche Niederlage zu. Pessimistisch, wenn auch immer noch zurückhaltend, war die Thronrede in bezug auf die mazedonischen Verhältnisse, „sie geben immer noch Anlaß zur Besorgnis". Offenbar liegt die Absicht vor, hier den englischen Einfluß stärker als bisher einzusetzen.

Von den inneren Angelegenheiten wurde mit besonderem Nachdruck die Agrarfrage hervorgehoben. Das Kabinett will die englische Landwirtschaft wieder lebendig machen und dem Lande seine bäuerliche Bevölkerung wiedergeben. Das ist ein großes Ziel, gewiß der ernstlichsten Arbeit wert, aber unendlich schwer zu erreichen, wenn man bedenkt, daß die gesamte Entwicklung Englands in den letzten Menschenaltern genau die entgegengesetzte Richtung genommen hat. Aber es wäre eine konservative Leistung im besten Sinne des Wortes, wenn das liberale Kabinett die Rückkehr zu den Äckern wirklich anbahnen könnte.

Der Aufstand im englischen Nigergebiet scheint nicht ungefährlich, aber man glaubt auf die Treue der Emirs von Sokoto und Kano rechnen zu können.

Was sich in Rußland abspielt, ist nach wie vor wenig erfreulich. Das Ministerium Witte zerbröckelt und zersetzt sich, ohne daß sich die neuen Männer zeigen, die es besser machen können. Die agrare Bewegung nimmt nicht ab, und statt zu der allein vernünftigen Maßregel zu greifen und durch einen kaiserlichen Ukas den Gesamtbesitz der Bauergemeinden aufzuheben und ihn in Privateigentum der jetzigen Besitzer umzuwandeln, trägt man sich immer noch mit kommunistischen Utopien. Die Zahl der Parteien und mit ihnen die Uneinigkeit wächst; jetzt sollen es 25 besondere Parteien im eigentlichen Rußland, Polen und die Grenzprovinzen nicht eingeschlossen,

sein. In den großen Parteiversammlungen, wie z. B. jüngst in der Versammlung der „Partei vom 17. Oktober", hält man begeisterte Reden und faßt kritisierende Resolutionen, aber man bringt nichts an positiver Arbeit zustande. Die Beteiligung an den Wahlen ist lau, die Stimmung unsicher und unzufrieden. Die Zeitungen behandeln Doktorfragen und setzen ihre Verleumdungskampagne gegen die baltischen Deutschen fort. Immer mächtiger greift das Slawophilentum, von dem man im vorigen Jahre noch glauben durfte, es sei für immer begraben, um sich. Die Russifikationspolitik scheint wieder zur Parole werden zu wollen. In Estland hat in den letzten Wochen die griechische Kirche nicht weniger als 1300 Proselyten gewonnen, im Fellinschen 700. Die Revolutionäre, die zur griechischen Kirche übertreten, werden unter dem schützenden Mantel der Kirche ihrer Strafe entzogen — wie sollten sie die Rettung verschmähen? Und inzwischen dauert das Räuberunwesen, der Überfall von Staatskassen, der Straßenmord bis in die Städte, bis nach Riga und Libau hinein, fort. Die Alarmnachrichten aus Ostsibirien wollen wir nicht wiederholen, sie sind hoffentlich erlogen. Aber das Gesamtbild ist ein klägliches. Nun richtet sich alle Hoffnung auf die Duma, die Anfang Mai zusammentreten soll. Aber es gibt viele Leute, die nicht daran glauben wollen, und wie läßt sich darauf rechnen, daß dort plötzlich die Arbeitskräfte und die besonnenen und ruhigen Köpfe sich zusammenfinden werden, nach denen man bisher in ganz Rußland vergeblich gesucht hat? Die Finanznot ist im Steigen, der Ertrag der Ernte ist zweifelhaft, der Glaube an die Zukunft gering. Aber schließlich unmöglich ist es ja nicht, daß in dieser Not sich der Retter findet, der den Willen und die Gedanken bringt, die das russische Chaos zu staatlicher Ordnung zurückführen. Im Grunde sehnt sich alles nach ihm, und die Nation wäre am glücklichsten, wenn sie wieder wüßte, daß und wem sie zu gehorchen hat.

1. März. Die neuen Handelsverträge Deutschlands treten in Kraft.
2. März. König Eduard VII. in Paris. Verhaftung von Militär in Irkutsk.
4. März. Unterwerfung des Führers der Bethanierleute Cornelius.
5. März. Die Konferenz in Algeciras beginnt die Polizeifrage zu beraten.
7. März. Schwierigkeiten bei der Aufnahme des Kircheninventars in Frankreich.

---

7. März 1906.

Es ist stets eine bedenkliche Erscheinung, wenn politische Probleme einen chronischen Charakter anzunehmen beginnen. Verlieren sie dadurch an beunruhigender Aktualität, so spricht die Wahrscheinlichkeit dafür, daß nach einer Periode schleichenden Umsichgreifens allgemeiner Infektion die akute Krisis mit verdoppelter Stärke auftritt und dabei auf eine sehr geminderte Widerstandskraft stößt. Die geschichtliche Betrachtung bestätigt den Satz hundertfältig, und wir halten es deshalb für müßig, Beispiele herzusetzen; sie sind in der Geschichte aller Nationen zu finden, und auch die politische Gegenwart kann dafür merkwürdige Belege liefern. Aber wir denken dabei heute vornehmlich an Rußland, das sich in dem circulus vitiosus der Reichsduma bewegt, deren Aufgabe es sein soll, dem Reiche die Ruhe zu geben, deren es bedarf, um sich von den Wunden der Revolution zu erholen, während sich doch mit Sicherheit vorhersehen läßt, daß die in jener Duma zusammentretenden Reichsboten im wesentlichen eben die Elemente darstellen werden, durch welche die Revolution in Gang gebracht worden ist. Denn das sollte man doch nicht vergessen: die sogenannten Konstitutionellen von heute waren die Führer der Opposition im Jahre 1904, und ihr Paktieren mit den Radikalen aller Schattierungen, von den Sozialdemokraten bis zu den Sozialrevolutionären und Anarchisten, hat erst die russische Revolution möglich gemacht. Die politische Laufbahn von Herrn Peter Struve ist in dieser Hinsicht als typisch zu bezeichnen. Zu den Parteien, mit denen er im Herbst 1904 seinen Pakt schloß, gehörten sowohl die Sozialrevolutionäre wie die lettischen und polnischen Sozialdemokraten und

die kaukasischen sozialföderalistischen Revolutionäre. Was diese Parteien getan haben, und daß unter ihnen die Extremsten die Führung gewannen, hat die Geschichte des hinter uns liegenden Jahres gezeigt. Herr Struve ist längst überholt, aber gewiß trifft ihn, der heute zu den gemäßigteren Reformern gehört, ein großer Teil der Verantwortung für all das Unheil, das über Rußland gekommen ist. Ihn und seine Gesinnungsgenossen, wobei wir keinem von ihnen den lauteren patriotischen Idealismus und eine ehrliche Entrüstung über das von ihnen bekämpfte Regiment der Willkür, Unfähigkeit und Depravation abstreiten wollen. Aber ihr Fehler war, daß sie der Aufgabe, die sie sich setzten, nicht gewachsen waren. Sie meinten zu führen und waren doch nur Werkzeuge: scheinbar stark, so lange sie die Kritiker und Richter des Absolutismus waren, hilflos schwach, als sie den entfesselten Geistern gegenüberstanden, die sie heraufbeschworen hatten. In all den zahllosen Versammlungen, in denen die politische Beredtsamkeit der Russen sich in Allgemeinheiten erging, ist kein rettender Gedanke laut geworden: gesunde politische Anschauungen hat man niedergeschrieen, und wo es schließlich zu Resolutionen gekommen ist, haben auch sie einen negierenden, keinen positiven Charakter getragen. Wer aber könnte unter der ungeheueren Zahl von Männern, die an die große Öffentlichkeit getreten sind, auch nur einen Namen nennen, der zu mehr als ephemerer Bedeutung gelangt wäre? Sie sind alle schon heute verbraucht. Gehandelt haben die Sozialdemokraten, indem sie erst die Arbeiterstreiks, dann den Generalstreik und schließlich die Agrarrevolution organisierten, die in einen Räuberkrieg gegen Leben und Eigentum aller Besitzenden ausmündete, und zu der Reaktion der Regierungsorgane, die, um den Staat als solchen zu erhalten, drakonisch streng eingreifen mußten, wie zu der Reaktion des Pöbels führten, der in Judenmassakers, in Angriffen auf die „Intelligenz“ und Plünderungen seinen bestialischen Instinkten freien Lauf gab. Die Soldaten- und Marinerevolten tragen zum Teil einen anderen Charakter, der sich durch die empörenden Mißstände namentlich in der wirtschaftlichen Verwaltung der russischen Armee und Flotte erklärt: aber auch hier trifft eine nicht geringe Schuld die „Intelligenz“, denn sie ist es gewesen, welche die Leute erzog, die überall versagten, wo es galt, für die Pflicht dem Staat gegenüber einzutreten.

Nun aber erwartet man, daß eben diese Elemente, zur Duma vereinigt, Einsicht zeigen, pflichttreu arbeiten und den Staat retten sollen, den gerade sie in entscheidender Stunde im Stich gelassen haben? Das glaube, wer es glauben kann. Oder darf man etwa erwarten, daß aus jener verwilderten Jugend, die in den letzten 20 Jahren durch Schule und Universität gegangen ist, ohne etwas Haltbares gelernt zu haben, die politischen Charaktere und die staatsmännischen Ingenien erstehen werden, deren Rußland bedarf, wenn es durch jene Reichsduma aus dem Chaos von heute zu gesundem politischem Leben gerettet werden soll? Das wäre das größte aller Wunder, und wir meinen, auch die noch nüchtern denkenden Köpfe in Rußland werden auf dieses Wunder nicht rechnen.

Es wird, wie in allen früheren Krisen, schließlich der Tschinownik, in dessen Verurteilung ganz Rußland eines Sinnes zu sein scheint, arbeiten müssen, während die anderen ihre Reden halten, und da die Tat noch immer stärker gewesen ist als das Wort, werden sie schließlich recht behalten. Beati possidentes! Wenn wir uns heute in Rußland umschauen, sitzen sie bereits alle wieder am Ruder. Sie und die Generale, die Orlow, Dubassow, Besobrasow, Skalon reißen den Staat heraus aus der Not des Augenblicks — ob sie ihn auch erhalten und zu gesundem Leben zurückführen können, ist freilich eine andere Frage, die wir keineswegs ohne Vorbehalt beantworten wollen. Denn solche Aufgaben vermag nur ein Staatsmann zu lösen, der mehr zu bieten hat als Verfassungsschablonen und der vor allem selbst ein imponierender Charakter sein muß, den die Nation verehren kann, um sich an ihm aufzurichten.

Versuchen wir uns die Schwierigkeiten gegenständlich zu machen, die heute dem Wiederaufbau des Staates — denn darum handelt es sich doch — die größten Hindernisse entgegenstemmen. An erster Stelle kommt da natürlich die Finanzfrage in Betracht. Laut Bericht des Reichskontrolleurs (vergl. „Nowoje Wremja" vom 27. Februar) betrug die Schuldenlast Rußlands zum 1. Januar 1906 nicht weniger als 8113246618 Rubel. Die letzte realisierte Anleihe hat, die Emissionskosten mit eingerechnet, 481 Millionen Rubel betragen, und das bedeutet für die Jahre 1904 bis 1906 ein Anwachsen der Staatsschuld um die kolossale Ziffer von 2 Milliarden Rubel, oder anders formuliert, die Verschuldung Rußlands ist seit 1904 um 30 p. c.

gewachsen. Da nun eine neue Anleihe absolut nicht zu umgehen ist, soll das Finanzministerium einen Bericht für die Duma vorbereiten, die diese Anleihe gutzuheißen hat, und darin ausführlich die Bedürfnisse spezialisieren, die auf diesem Wege befriedigt werden sollen. Wie die „Nowoje Wremja" mitteilt, sollen alle auf diese Anleihe gegründeten Ausgaben auf das Ende dieses und den Anfang des nächsten Jahres gesetzt werden. Da die „Nowoje Wremja" sich jedes Kommentars enthält, hat es uns um so mehr interessiert, in der „Ruß", dem Organ von Ssuworin jr., einen Artikel zu finden, der die Frage eingehend behandelt (3. März). „Die Regierung des Grafen Witte", so beginnt die „Ruß", „bemüht sich fortgesetzt um eine Anleihe. Inzwischen steht die Rente von 77 — unsere erste Prämienanleihe — auf 345, d. h. niedriger als nach der Schlacht bei Laojan. Die zweite Anleihe ist auf 290 Rubel, die dritte auf 227 gefallen. Das ist die Rückwirkung der Politik unbarmherziger „Beruhigung" auf die Staatswirtschaft wie auf das Vermögen aller Sparer. „Rußkoje Gossudarstwo" (das neue offizielle Organ der jetzigen Regierung) dementiert das Gerücht, daß die Regierung beabsichtige, eine 6prozentige Anleihe zum Emissionskurs von 92 aufzunehmen. Aber dieses Gerücht behauptet sich hartnäckig, und ich habe es von einer durchaus kompetenten glaubwürdigen Persönlichkeit bestätigen hören.

Auf Grund des Vertrages, der mit dem Berliner Bankier Mendelssohn, der unsere letzte Anleihe realisierte, abgeschlossen wurde, haben wir, oder vielmehr hat die Regierung uns verpflichtet, vor Ende April keine neue Anleihe abzuschließen. Und das ist die größte Schwierigkeit für eine neue Anleihe, so daß es schwer sein wird, diese von Mendelssohn so kunstvoll errichtete Barrière zu nehmen.

Wir müssen daher nicht nur verhandeln, um überhaupt Geld zu bekommen, sondern auch um es *gleich*, d. h. mindestens einen Monat vor dem Zusammentreten der Duma, zu erhalten. Um dieses letztere Ziel zu erreichen, ist die Regierung bereit, bei einem Kurs von 92 Rubeln 6 p. c. zu zahlen, $2^1/_2$ p. c. Bankiers-Provision nicht mit eingerechnet. Die Regierung gibt sich also zufrieden, für jeden 100-Rubelschein $89^1/_2$ Rubel zu erhalten

Die französischen Bankiers, mit denen die Verhandlungen geführt wurden, waren nicht abgeneigt, uns unter obigen Bedingungen Geld zu leihen, aber — Herr Mendelssohn verdirbt das ganze Geschäft.

Der mit ihm abgeschlossene Vertrag ist jedermann bekannt. Er muß also irgendwie umgangen werden. Wie aber soll das geschehen? Es gibt zwar einen Weg, aber zu dem wollen die Franzosen sich nicht verstehen. Graf Witte will nämlich, daß die Bankiers, welche die Anleihe realisieren, ihm schon jetzt 400 Millionen vorschießen, offiziell aber die Anleihe erst am 1. Mai emittieren. Aber, wir wiederholen es, bisher wenigstens haben die Franzosen sich dazu nicht bereit gefunden.

Nun ist selbst für jeden Nichtfinanzmann klar, daß wenn jene Anleihe perfekt wird, beide 5prozentige japanische Anleihen und die Staatsrente entsprechend fallen werden. Wenn der Hundertrubelschein der französischen Anleihe den Besitzern 6 p. c. jährlich trägt, so kann ein Papier, das nur 5 p. c. bringt, nicht mehr als $83^{2}/_{3}$ Rubel kosten, die 4 prozentige Rente aber nur $66^{2}/_{3}$ Rubel.

So ist die Lage der Regierung außerordentlich schwierig. Eine innere Prämienanleihe zu 50 Rubel Wert ist unmöglich aufzunehmen, denn auf das bloße Gerücht von einer derartigen Operation würden die älteren Prämienanleihen um 60 Rubel und mehr fallen. Entschließt sich aber die Regierung endgültig für diesen Typus, so ergibt eine einfache Rechnung, daß die früheren Prämienscheine fallen werden: 1. Emission auf 275, 2. auf 225 und die 3. auf 175.

Wird andererseits eine 6prozentige auswärtige Anleihe abgeschlossen, so fallen Rente und japanische Anleihen. Es bleibt immer dasselbe, der erste Ausweg ist schlecht — und der andere nicht besser.

Übrigens gibt es für die Regierung des Grafen Witte noch einen Weg, um zu Geld zu kommen. Und gerade diesem Projekt scheint man große Bedeutung beizumessen.

Der Rat der Landesverteidigung hat, wie wir hören, auf Anregung des Grafen Witte die Frage erwogen, eine Eisenbahn von Taschkent nach Tschita zu bauen. So sollen unsere transkaspischen Besitzungen mit Sibirien verbunden und unsere Grenzen nach Indien hin gesichert werden. Nun sollte man meinen, daß zwischen diesen rein militärischen Aufgaben und den Bemühungen der Regierung, um jeden Preis zu Geld zu kommen, keinerlei Zusammenhang bestehen könne. Dem Premierminister ist es trotzdem gelungen, aus beiden Projekten ein Ganzes zu machen. Die Sache liegt nämlich so, daß zu den zahlreichen Unternehmern, welche sich um eine Konzession

zum Bau der Taschkenter Bahn bewerben (mit obligatorischer Staatsgarantie), auch eine amerikanische Kompanie mit Rockefeller an der Spitze gehört, die sehr beachtungswerte Anerbietungen macht. Sie verlangt keinerlei Garantie. Ja, noch mehr: sie zahlt sofort 400 Millionen Rubel, die zum Bau der Linie notwendig sind. Mit dieser Summe soll die Regierung alle Rechnungen bezahlen, die während der Ausführung der Arbeiten einlaufen. Die Amerikaner stellen nur die Bedingung, daß zu beiden Seiten der Eisenbahn eine bestimmte Strecke des Landes expropriiert werde, nicht zu ewigem Besitz, sondern für die Dauer der ihr zustehenden Exploitierungsperiode. Die Regierung verpflichtet sich nur, die Linie nicht vor Ablauf von 20 Jahren zurückzukaufen.

Wenn also die Regierung den Amerikanern die Konzession gewährt, kann sie sofort 400 Millionen erhalten. Was könnte schöner sein?

Das sind die drei verschiedenen Anleiheprojekte. Bei welchem die Regierung stehen bleibt, ist nicht bekannt. Wir meinen, jedenfalls nicht bei der Prämienanleihe. Es gibt übrigens noch eine vierte Aussicht, Geld zu bekommen. Aber das ist ein noch gar nicht durchgearbeitetes Projekt, und die Bedingungen der Anleihe sind nicht formuliert."

Damit schließt dieser, wie wir annehmen, gut orientierte Artikel. Der Verfasser zeichnet S. A—tsch. und wir haben keinen Anhalt, danach auf den Namen zu schließen. Daß das amerikanische Kapital sich bemüht, in Rußland Fuß zu fassen, war uns bekannt: bei unserer Beurteilung russischer Verhältnisse glaubten wir darin eine hoffnungsvolle Note durchklingen zu hören. Aber selbst wenn wir annehmen, daß das Geschäft abgeschlossen wird und Rußland dadurch die Möglichkeit gewinnt, den dringendsten Kulturbedürfnissen zu genügen, die an den Staat gebieterisch herantreten, es bleibt auch dann die weitere ungeheure Schwierigkeit, von der verarmten Nation die Zinsen der so übermäßig angewachsenen Staatsschuld zahlen zu lassen. Möglich wird das nur, wenn, wie wir schon einmal ausführten, die brach liegenden „natürlichen Reichtümer Rußlands in Europa und Asien tatsächlich ausgebeutet werden, und da die Erfahrung gelehrt hat, daß die Russen selbst diese Reichtümer ungenutzt liegen lassen, bleibt nur übrig, sie anderen zur Ausbeutung zugänglich zu machen. Nicht

nur Rockefeller u. Cie. würden sich dazu bereit finden, auch englische, deutsche, französische Kapitalien werden nicht zurückbleiben, vorausgesetzt, daß sie für ihre Arbeit leidlich gesicherte staatliche Ordnungen vorfinden. Und damit sind wir wieder an jenen circulus vitiosus der Duma gelangt, die als ein unberechenbarer Faktor der Zukunft vor uns steht. So wie die Verhältnisse sich heute beurteilen lassen, spricht die Wahrscheinlichkeit dafür, daß neben extrem nationalistischen Elementen panslavistischer Färbung, extrem radikale und extrem reaktionäre zusammen tagen werden. Die panslavistische bez. slavophile Tendenz gewinnt in allen Kreisen, den Reichsrat mit eingeschlossen, stetig an Boden. Ihr Einfluß bedeutet Rückkehr zum System der Russifikation und religiösen Intoleranz, die dem Reich all seine Grenzprovinzen entfremdet hat; die radikalen Elemente, mit denen auch der kommunistische Teil der Bauernvertretung ein Stück Weges Hand in Hand gehen dürfte, können als der Feind jeder staatlichen Ordnung betrachtet werden, die extrem reaktionären aber haben einen Teil des Pöbels hinter sich und bedeuten unter einer schwachen Regierung zweifellos ebenso eine Gefahr, wie die kommunistischen und sozialistischen Gruppen.

Wie weit sich die politischen Gedanken seit Ausbruch der Revolution verschoben haben, zeigt vielleicht am besten die Resolution, die vor etwa acht Tagen von dem in Moskau tagenden Kongreß des Bundes der Landwirte gefaßt worden ist. Sie lautet wörtlich: „In Anbetracht der Feindseligkeit, welche das Judentum in seiner Gesamtheit den Gesetzen des Reiches, in dem es lebt, sowie allen denjenigen gezeigt hat, welche nicht Juden sind, trägt der Kongreß des allrussischen Bundes der Landwirte darauf an, daß, da die Gleichberechtigung der Juden zur Teilnahme an den Dumawahlen eine Gefahr bedeutet, die Rechte der Juden in bezug auf die Teilnahme an den Dumawahlen beschränkt werden." Und an anderer Stelle: „In Anbetracht des schädlichen Einflusses, den die jüdische Jugend auf die übrigen Schüler ausübt, . . . hält der Kongreß es für wünschenswert, Juden überhaupt nicht in russische Schulen zuzulassen und ihnen anheimzustellen, sich jüdische Schulen und Universitäten zu begründen."

In ähnlichen Übertreibungen bewegt sich die sogenannte russische monarchische Partei, die fast gleichzeitig mit jenem Kongreß der Land-

wirte tagte und an deren Spitze der Fürst A. G. Schtscherbatow und der bekannte Redakteur der russischen „Moskauer Zeitung" Gringmut stehen. Auch diese Partei ist antisemitisch, ihr wesentliches Ziel aber die Aufrechterhaltung der unbeschränkten Machtstellung des Zaren. Sie hat in ihren Verhandlungen erklärt, daß sie ihren eigentlichen Gegner in der „Partei vom 17. Oktober", also in denjenigen sehe, die auf dem Boden des zarischen Verfassungsmanifestes stehen. Sozialdemokraten und Sozialrevolutionäre seien weniger gefährlich, da sie wenigstens sagten, was sie denken.

Es ist unter diesen Umständen begreiflich, daß der Haß unter den Parteien schon jetzt, ehe sie überhaupt ans Werk gegangen sind, so groß ist, daß an einen Zusammenschluß kaum gedacht werden kann. Die einen jubeln über die Zwangsmaßregeln, die jetzt ergriffen werden, um die äußere Anerkennung der Obrigkeit zu erzwingen, die anderen klagen über Gewalt und Rechtlosigkeit und denken ihre Tätigkeit in der Duma mit Anklagen gegen die Männer zu beginnen, die jenen als die Retter erscheinen. Dazu kommen dann die steigenden nationalen Gegensätze: Groß- und Kleinrussen, Polen, Deutsche, Tataren und all die kleinen Nationalitäten! Wie kann da an geordnete Arbeit gedacht werden? Wir fürchten, daß das Experiment mit der Duma zu kläglichem Ausgange führen und entweder in eine schroffe Reaktion oder aber in eine neue Revolution der Intelligenz ausmünden wird. Unzweifelhaft aber wird unabhängig davon die agrare Revolte weiter gehen. Wenn nicht im ganzen Rußland, so doch in denjenigen Gouvernements, wo wirkliche Not herrscht. Der Bauer pflegt um diese Zeit aus der Lethargie zu erwachen, die ihn im Winter an seine Hütte fesselt. Bald wird dieser Winterschlaf vorüber sein. Wenn am 10. Mai die Duma zusammentritt, ist die kritische Zeit. Vor einigen Monaten zählte man 26 Gouvernements, die bald mehr, bald weniger vom Notstand ergriffen waren. Seither ist vieles schlimmer geworden. Auch die Rückkehr der entlassenen Reservisten hat die Lage verschärft. Die Verbindungen stocken, weil der Krieg das rollende Material der Eisenbahnen nicht nur nach Osten gezogen, sondern zum Teil auch verbraucht hat. Namentlich die Unordnungen bei der Rückkehr der Truppen haben erheblichen Schaden gebracht und speziell die Lokomotiven zerstört. Das alles wirkt jetzt lähmend auf die Verbindungen im Innern zurück.

In den Ostseeprovinzen ist offiziell der Aufstand niedergeschlagen. In Wirklichkeit sind trotz der zahlreichen Hinrichtungen nur Scheinerfolge erzielt. Nur wo das Militär am Platz ist, herrscht zeitweilig Ruhe, und auch dort nicht überall, wie die Nachrichten aus Riga und Libau und die ununterbrochenen Raubanfälle beweisen. Im Sissegalschen wird förmlich von den Revolutionären exerziert, um die Mannschaft für den nächsten Aufstand vorzubereiten. Alle Wälder stecken voller Räuber, die jetzt, da die Güter ausgeplündert sind, die reichen Bauern brandschatzen. Die Hauptschuld scheint den unfähigen Generalgouverneur Ssologub zu treffen, über den die schlimmsten Gerüchte umlaufen, während die Energie und Umsicht der Generale Besobrasow und Orlow sowie des Gouverneurs von Kurlund Knjäsew allgemein gerühmt werden. In Summa sieht es noch kläglich im Lande aus, und an eine Rückkehr der Gutsherren auf ihre Güter ist vorläufig noch nicht zu denken.

8. März. Rücktritt des Ministeriums Rouvier. Programmrede des italienischen Ministerpräsidenten Sonnino.
9. März. Sarrien mit Bildung des neuen französischen Ministeriums betraut.
10. März. Günstige Nachrichten über den Rückgang des Aufstandes in Ostafrika. Unruhen in den Philippinen.

---

14. März 1906.

Unsere französischen Nachbarn sind von einem schweren Unglück betroffen worden, das unser volles menschliches Mitgefühl in Anspruch nimmt. Katastrophen wie die von Courrières drängen alle äußeren Gegensätze zurück. Das Gefühl menschlicher Ohnmacht der unfühlsamen Natur gegenüber führt uns zusammen. Man fragt sich, ob und wie man helfen kann, und tröstet sich mit der Hoffnung, daß der Wetteifer der Wissenschaft, in welchem Frankreich und Deutschland eine gleich ehrenvolle Stellung einnehmen, uns die Wege weisen wird, die Natur so weit zu beherrschen, daß wir ähnlichem Unheil vorbeugen können. Auch läßt sich wohl darauf rechnen, daß die Opfer von Courrières den Anstoß dazu geben, daß Frankreichs Sozialpolitik sich neuen Bahnen zuwendet. Sie hat bis heute einen fast ausschließlich politischen Charakter getragen, nicht den einer großgedachten sozialen Fürsorge, wie sie seit der kaiserlichen Botschaft von 1881 die besondere Signatur der deutschen Sozialpolitik ist. Man kann es nicht oft genug wiederholen, daß Deutschland in dieser Hinsicht einzigartig dasteht, und daß unser soziales Königtum Aufgaben gelöst hat, denen weder der Parlamentarismus Englands, noch die republikanische „Freiheit“ Frankreichs oder Amerikas etwas Gleichwertiges an die Seite zu stellen haben. Und vielleicht ist es die größte sittliche Tat unserer Kaiser, daß sie sich durch die schnöde Undankbarkeit der sozialdemokratischen Führer nicht haben irre machen lassen, denn es gehört ein fester Glaube an den endlichen Sieg der guten Sache, um nicht ermüdet die Hände sinken zu lassen. Auch das ist Weltpolitik, d. h. eine Politik, die der gesamten Kulturwelt zugute kommt, weil sie ihr neue sittliche Pflichten und ein neues Ideal

gesetzt hat. Wenn Deutschland heute täglich 3½ Millionen Mark an Versicherungsgeldern auszahlt, die den Empfängern nicht als ein Almosen hingeworfen werden, sondern die sie als erworbenes Recht zu fordern befugt sind, so läßt sich mit voller Bestimmtheit sagen, daß die Welt nicht ruhen wird, ehe das hier gegebene Beispiel Nachfolge gefunden hat. Und vielleicht ist dem neuen französischen Ministerium — wenn anders es wirklich schon endgültig konstituiert ist — der Ruhm vorbehalten, nach dieser Richtung hin die ersten entscheidenden Schritte zu tun. Der Ruhm wäre größer als die, wie es scheint, jetzt erstrebte Genugtuung, in Algeciras „konsequent" zu bleiben und trotz des weiten Entgegenkommens, das Deutschland dem französischen Standpunkt gegenüber gezeigt hat, bei Ansprüchen zu beharren, die, so wie sie formuliert sind, nicht Wirklichkeit werden können.

Wir haben an dieser Stelle in den letzten vierzehn Tagen die Marokkofrage nicht weiter berührt. Sie war ersichtlich in ein kritisches Stadium getreten. Die Vereinbarungen vom 28. September 1905 schienen sich in betreff der Bankfrage und der Polizeireform nicht in Paragraphen fassen zu lassen, die beiden Teilen, Frankreich und Deutschland, genügten. Es ist dann von österreichischer Seite ein Vermittlungsvorschlag gemacht worden, dem Deutschland sich im wesentlichen anzuschließen bereit war, und der auch den Beifall der übrigen Konferenzmächte fand. Wir hatten damit einen Beweis irenischer Gesinnung gegeben, der keinen Zweifel darüber ließ, daß unser Ziel Verständigung, nicht Konflikt war. Denn in der Tat, es war ein großes Zugeständnis, wenn Deutschland der spanisch-französischen Gruppe in der Frage der Polizeireform den Vortritt überließ. Auch schien Frankreich den Vorschlag zuerst annehmen zu wollen. Da, im letzten Augenblick — vielleicht im Zusammenhange mit dem Fall des Ministeriums Rouvier, vielleicht unter dem Drucke mitspielender finanzieller Potenzen, die im Hintergrunde stehen — ist alles wieder in Frage gestellt worden. Die Lage wurde wieder ziemlich genau dieselbe, wie sie vorher war, nur mit dem Unterschiede, daß, wenn jetzt die Konferenz scheitert, die Verantwortung deutlicher, als es vorher erkannt wurde, den Franzosen, und nur ihnen zufallen würde. Wir hoffen, daß es nicht dazu kommt, und daß eine Verständigung sich noch finden läßt, aber wir sehen der endlichen Entscheidung mit

voller Ruhe entgegen. In dieser ganzen Marokkofrage kann die Haltung unserer Politik jede Prüfung vertragen. Wenn die französische Presse, die namentlich in letzter Zeit sehr ausfahrend und sehr persönlich gewesen ist, einen Widerspruch zwischen unserer Haltung im Jahre 1904 und im Jahre 1905 konstruiert, übersieht sie, daß erst 1905 die Dinge so weit gediehen waren, daß es möglich wurde, das Netz der Delcasséschen Intrigen aufzudecken und zu zerreißen. Wir haben aus französischem Munde die Zeugnisse beigebracht, die Delcassés Ziele bloßlegten; er selbst hat sie durch seine Enthüllungen im „Gaulois", „Matin" usw. ausdrücklich bestätigt: was wir wollten, und was wir unter allen Umständen, auch wenn die Konferenz scheitern sollte, erreicht haben, ist, die internationale Seite der Frage und die gemeinsamen Interessen der Gesamtheit an diesem Problem lebendig erhalten zu haben, während Herr Delcassé sie zu einer Frage französischer Kolonialpolitik mit allen sich daran knüpfenden Konsequenzen zu machen gedachte. Die „offene Tür" soll eine Wirklichkeit bleiben, und Bankfrage wie Polizeireform sollen so geregelt werden, daß sie sich mit der Souveränität des Sultans und der Integrität seines Gebietes, die nun einmal seit 1880 völkerrechtlich anerkannt sind, vereinbaren lassen. Über die Detailfragen dabei zu diskutieren, versagen wir uns, aber wir dürfen mit aller Bestimmtheit annehmen, daß, wenn der österreichische Vermittlungsvorschlag an einem eigensinnigen französischen „non possumus" scheitern sollte, die Verantwortung dafür vor aller Welt nur der französischen Politik zur Last fallen wird. So liegen die Dinge heute, aber es soll uns freuen, wenn wir nach acht Tagen berichten können, daß es bis auf weiteres eine marokkanische Frage zwischen Deutschland und Frankreich nicht mehr gibt.

Wir müssen noch mit einigen Worten auf den Sturz des Ministeriums Rouvier zurückkommen. Er erfolgte am 7. März, also nach etwas mehr als einjähriger Amtsdauer. Am 21. Januar 1905 hatte Rouvier die Last der Ministerpräsidentschaft und nach dem Fall Delcassés auch das Ministerium des Auswärtigen auf sich genommen. In Frankreich war er im Grunde populär und auch im Auslande wohl angesehen. Aber sein Ministerium krankte von vornherein an der Erbschaft, die er von Herrn Combes übernommen hatte. Es galt, das Separationsgesetz durchzuführen, und dabei tat

er der Rechten zu viel, der Linken zu wenig. Sozialisten, radikale Sozialisten, Klerikale, Monarchisten und Nationalisten konnten sich so in einer Gegnerschaft zusammenfinden, die auf sehr verschiedene Motive zurückging, und wahrscheinlich wäre Rouvier schon früher gefallen, wenn man ihm nicht zum Zwecke der Durchführung seines marokkanischen Programmes gleichsam eine Schonzeit hätte gewähren wollen. Schließlich fiel er dann einer Zufälligkeit zum Opfer; man schob ihm die Verantwortung für die Schüsse zu, die bei der Inventaraufnahme der Kirche von Boechâpe gefallen waren, und verweigerte ihm mit 267 gegen 234 Stimmen das erbetene Vertrauensvotum. Und damit war alles zu Ende, zumal sich auch nicht bestätigt hat, daß man ihm im neuen Kabinett das Ministerium des Auswärtigen sichern werde. Herr Sarrien hat diesen Platz bereits an Bourgeois, das Innere an Clemenceau, den Krieg an Etienne vergeben und sich selber die Justiz vorbehalten. Ist dieses Ministerium auch nicht formell bestätigt, so spricht alle Wahrscheinlichkeit dafür, daß es installiert sein wird, wenn diese Zeilen dem Leser zu Augen kommen. Die neue Kombination bedeutet aber eine weitere Schwenkung nach links, und sie findet deshalb in den katholischen wie in den gemäßigt republikanischen Blättern eine wenig freundliche Aufnahme. So schreibt das „Journal des Débats", daß, wenn im Kabinett Rouvier neben dem Ministerpräsidenten seine Kollegen nur die Bedeutung von Unterstaatssekretären gehabt hätten, Sarrien sich ein Ministerium bilde, in welchem ein Unterstaatssekretär an der Spitze von Ministern stehen werde. In der Tat sind es, mit Ausnahme des künftigen Ministerpräsidenten, fast lauter Persönlichkeiten mit scharf ausgeprägtem politischen Willen: zu den bereits genannten noch Poincaré, Leygues, Briand, von denen jeder bereits seine politische Geschichte hat. Am wichtigsten ist, daß Clemenceau das Ministerium des Innern erhält. In seinen starken Händen bedeutet das wohl die eigentliche Leitung, und zwar im Sinne des rücksichtslosen Radikalismus. Er ist, seit er sein Mandat einbüßte, als Journalist tätig gewesen; erst in der „Justice", dann in der „Aurore", und es wird unseren Lesern noch erinnerlich sein, wie nachdrücklich er in der Marokkoaffäre die intransigenteste Richtung vertrat. Aber sein eigentliches Feld waren stets die inneren Angelegenheiten, und da wird er jetzt die Bahn frei finden.

Es ist aber fraglich, ob diese Stärkung der antiklerikalen Richtung den heute herrschenden Parteien günstig ist. Sehen wir richtig, so bereitet sich eine Wandlung vor, die trotz der Trennung von Kirche und Staat den Klerikalen günstig ist, und die von Rom aus nachdrückliche Förderung zu erwarten hat.

Das neue Regiment in England hat offenbar noch alle Hände voll zu tun, um sich in den ungeheuren Stoff einzuarbeiten, den es aus den Händen des Ministeriums Balfour übernommen hat. Auch macht es, abgesehen von der entscheidenden Wendung in der südafrikanischen Politik und den damit zusammenhängenden Angriffen gegen Lord Milner, nur wenig von sich reden. Daß, wie aus den Erklärungen Holdanes zu ersehen war, keine Militärreform geplant wird, entspricht durchaus dem Wunsche der ungeheuren Mehrheit der Nation, im übrigen arbeitet die Staatsmaschine nach außen hin noch mit der Feuerung des gefallenen Kabinetts. So z. B. in der Angelegenheit der Neuen Hebriden, wo die Frankreich gewährten halben Zugeständnisse den höchsten Unwillen der Neuseeländer erregt haben. Mr. Seddon fürchtet, daß hier ein französisches Protektorat entstehen könnte, und rät sehr nachdrücklich dem Ministerium, den Franzosen ein beliebiges anderes Gebiet abzutreten, um ihren endgültigen Verzicht auf die Inselgruppe zu erlangen. Von größerem allgemeinen Interesse wird es sein, zu verfolgen, welche Haltung Sir Eduard Grey in den arabischen Angelegenheiten einnehmen wird. Es hat sich jetzt nämlich herausgestellt, daß die Nachricht von der Einnahme von Sana durch die Türken falsch war, daß vielmehr die Stadt wieder in Händen der Beduinen ist und die türkische Armee sich im Zustande völliger Auflösung befindet. Nun wird seit lange von russischer wie von ägyptischer Seite behauptet, daß der Aufstand der Beduinen auf englische Anstiftung zurückzuführen sei und in Zusammenhang mit dem Plane stehe, die heiligen Stätten des Islam in Abhängigkeit von England zu bringen. Wie weit das richtig ist, läßt sich natürlich nicht kontrollieren. Aber England hat nach Ausweis der eben veröffentlichten Volkszählung von 1901 94 Millionen mohammedanische Untertanen, und das erklärt wohl das Interesse, das diesen islamischen Fragen zugewandt wird. Es lohnt wohl, noch einige Angaben über diese (noch von Chamberlain veranstaltete) Zählung herzusetzen. Die Gesamtbevölkerung beträgt über 398 Millionen

Köpfe, von denen 41,2 Millionen auf europäische Engländer, die übrigen auf die Bevölkerung der Kolonien fallen, und zwar auf Asien 300,5 Millionen, auf Afrika etwa 43, auf Nordamerika 5,6, auf Australien 3,8 usw. Sehr beachtenswert ist das Sinken der Ziffer der Bevölkerungszunahme, die, auch abgesehen von Indien, wo infolge von Pest und Hunger die Verhältnisse besonders ungünstig lagen, für das Gesamtreich zwischen 1871 und 1881 auf 14,5 p. c. gestiegen war, bis 1891 auf 11,6 p. c. fiel und 1901 den niedrigsten Stand mit 8,6 p. c. erreichte. Dabei liegen die Verhältnisse am ungünstigsten in Australien, wo die Geburtsziffer stetig abnimmt, was sich zum Teil durch den ungeheuren Überschuß der männlichen über die weibliche Bevölkerung (in Westaustralien 61 Männer auf 39 Frauen) erklärt. Wenn umfassende Arbeiten über die Ergebnisse dieser Volkszählung vorliegen, wird sich wohl noch darauf zurückkommen lassen. Wir sind bei den lauten Klagen, die neuerdings in England über die Einwanderung von Fremden erhoben werden, überrascht gewesen, wie niedrig die Zahl der Einwanderer ist. Sie ist von 1891 bis 1901 von 194 Tausend auf 213 Tausend gestiegen, wobei freilich bemerkt wird, daß die Hälfte dieser Einwanderer aus Rußland komme. Es wäre falsch, dabei vornehmlich an russische Juden zu denken, da die Gesamtzahl der im britischen Reiche lebenden Juden nur 78 Tausend beträgt. Immerhin scheint auch diese Zahl den Engländern zu hoch zu sein, das Gros der russischen jüdischen Auswanderung aber wendet sich direkt oder indirekt den Vereinigten Staaten zu, und so mag, da ihr Weg sehr häufig über England führt, die Zahl höher scheinen, als sie ist.

In Rußland haben die Ukase, durch welche Bestand und Befugnisse von Reichsrat und Duma endgültig geregelt worden sind, wie zu erwarten war, nur wenig Dank eingebracht, obgleich, wie wir meinen, der Nation damit alle Möglichkeit zu segensreicher Arbeit am Aufbau des Staates geboten wird, wenn sie nur arbeiten will. Wir erkennen aber einen solchen Willen nicht, vielmehr weist alles darauf hin, daß nicht die wenig zahlreichen besonnenen Elemente, sondern die Extremen von links und rechts das Heft in Händen haben werden, und daß nach beiden Richtungen hin eine Politik der Rekriminationen und der Rückkehr zum roten oder weißen Terror verfolgt werden wird. Nur eine sehr starke Regierung wäre fähig,

diese Elemente zu zügeln, und diese Regierung vermögen wir noch nicht zu erkennen. Die Presse ist panslawistisch oder revolutionär und hier wie dort deutschfeindlich, im allgemeinen aber an auswärtigen Angelegenheiten nur wenig interessiert, da die inneren Wirren und Streitigkeiten alle Gedanken absorbieren. Im Augenblicke geht durch alle Blätter eine Agitation für jenen Leutnant Schmidt, der die Emeute des „Potemkin" leitete. Er wird als Held und Märtyrer und als der Typus eines wahren Patrioten gefeiert. Keine Zeitungsnummer, in welcher nicht Zuschriften veröffentlicht werden, die in diesem Sinne gehalten sind.

Die jetzt eingetretene Ruhe ist nur scheinbar und hat die gärende Aufregung der Bevölkerung nicht gemindert; halb fürchtend, halb hoffend, wird von einer bald bevorstehenden neuen Erhebung geredet. Die einen künden die kommunistische Agrarrevolution der Bauern, die mit dem Frühjahr beginnen soll, andere einen neuen Generalstreik der Eisenbahnen und Telegraphen, wieder andere Arbeiterausstände an, und das alles ist möglich, wenn auch bei einigermaßen entschlossener Haltung der Regierung nicht wahrscheinlich. Die Truppen sind, abgesehen von den älteren Jahrgängen der Reservisten, zuverlässig, aber unzweifelhaft sind sie in dem steten Bürgerkriege verwildert und verroht; die aus der Mandschurei heimkehrenden Regimenter sind aber zum Teil so völlig jeder Disziplin entwöhnt, daß man sie erst nach harter Schulung wieder wird brauchen können. Nun heißt es freilich, daß es die schlechtesten Regimenter sind, die zuerst ihre Heimkehr erzwangen, und daß, was jetzt eintrifft, zuverlässig und kampffähig sei – aber es wird in jedem einzelnen Fall auf die Probe ankommen, und darauf, ob die Soldaten Vertrauen zu ihren Führern haben. An letzterem aber scheint es vornehmlich zu fehlen. Daneben nimmt das Räuberwesen immer mehr überhand. Nicht nur in den baltischen Provinzen, die unter dieser Landplage noch immer furchtbar zu leiden haben, sondern auch namentlich in Polen, wo kein Tag ohne Raub und Mord hingeht. Von Polen aus hat die Agitation sich auf Kleinrußland ausgedehnt, Kiew mit eingeschlossen. Es haben sich, seit das Verbot aufgehoben ist, das den Polen die Ansiedlung in diesen Gebieten untersagte, und seit den russischen Beamten wieder erlaubt ist, Polinnen zu heiraten, zahlreiche Polen dort niedergelassen und die polnischen Parteien auf

kleinrussischen Boden übertragen. Sie alle erstreben die volle Autonomie Polens und sind bemüht, die Kleinrussen in die Bewegung hineinzuziehen. Auch eine Reihe polnischer Zeitungen ist in Kiew erstanden, wie der sozialdemokratische „Glos Kijowski“ (Kiewer Stimme), daneben demokratisch-jüdische, wie „Swoboda i Prawo“ (Freiheit und Recht), oder jüdisch-revolutionäre wie „Kiewskaja Shisn“ (Kiewer Leben) und „Otgoloski Shisni“ (Nachklänge des Lebens), wie denn die jüdisch-revolutionäre Bewegung zum Schrecken der älteren besitzenden Juden — und es gibt sehr reiche Leute unter ihnen — unter der Jugend immer noch lebendig ist. Die im ganzen Reiche immer aufs neue entdeckten Bombenniederlagen, die systematische Plünderung der Kassen der Branntweinmonopolläden, einzelne mit unerhörter Frechheit ausgeführte Attentate, das alles gibt in seiner Summe zu ernsten Befürchtungen Anlaß und läßt die Bevölkerung nicht zur Ruhe kommen. So zieht in der Tat ein Terror durch Rußland, der durch die Willkür der Administration, die oft blind zugreift, und durch die Unzuverlässigkeit der Gerichte noch gesteigert wird. Es heißt, daß in den russischen Gefängnissen 72000 Gefangene liegen, und daß 80 p. c. von ihnen bei Eröffnung der Duma die Begnadigung zu erwarten hätten. Gewiß wird mancher Unschuldige dadurch die Freiheit wieder erlangen, aber auch wie viele gefährliche, verbitterte und zu allem entschlossene Leute? Man kann daher an die Folgen nicht ohne Sorgen denken. Nebenher gehen merkwürdige religiöse Bewegungen. In Polen ist es die Sekte der Mariaviten, die von der russischen Regierung begünstigt wird, weil die Bekenner aller Teilnahme an der Politik entsagen. In den Gouvernements Lublin und Siedlec haben massenhafte Übertritte der Unierten zur katholischen Kirche stattgefunden, während im Süden und Südosten der Stundismus Proselyten um sich sammelt und auch der Islam und der Fetischismus neue Bekenner gewinnen. Welche Rolle die niedere russische Geistlichkeit spielen wird, wenn es zu einer Agrarrevolution kommen sollte, ist fraglich. In zahlreichen Fällen hat sie auf seiten der Bauern bei den früheren Erhebungen gestanden, und wir finden in den russischen Zeitungen Berichte über Versammlungen, in denen diese Elemente sich durch ihre Reden in nichts von dem allgemeinen Radikalismus unterscheiden. Die Seminaristen der geistlichen Schulen aber haben stets zu den gefährlichsten Revolutionären

gezählt. Kurz, man mag blicken, wohin man will, die Männer, an denen die Regierung zur Rettung des Staates in diesen schweren Tagen eine Stütze haben könnte, sind nicht zu finden. Man wartet auf das große Wunder, das geschehen soll, wenn die Volksvertreter im Palais des Tauriers Potemkin zusammentreten werden. Ehrlichkeit, Besonnenheit, Fleiß, Sachkenntnis, das alles soll der Geist, der über der Duma waltet, bringen, und wenn er es nicht bringen sollte, so werden nicht die Erkorenen des Volkes daran schuld sein, sondern die unvollkommenen Formen der neuen Freiheit! Es wäre zum Lachen, wenn es nicht so traurig wäre.

11. März. Annahme der zweijährigen Dienstpflicht in Japan. Vertrauensvotum für das Ministerium Sarrien.
17. März. Unterwerfung von 1200 Aufständischen in Ostafrika.
18. März. Beginn der Vorwahlen für die Duma.
20. März. Protest Bu Hamaras gegen die Beschlüsse von Algeciras.

---

21. März 1906.

Über die Marokkofrage, deren schließlicher Ausgang sich heute (Montag) ebensowenig vorhersehen läßt wie vor acht Tagen, ist am 14. d. Mts. im „Pester Lloyd" eine Pariser Korrespondenz erschienen, die aus sehr wohl orientierter Quelle zu stammen scheint. Sie läßt uns einen Blick hinter die Kulisse der großen Schlagworte tun, durch welche die französische Presse den Kern der marokkanischen Frage zu verdunkeln sucht. Nicht „historische Rechte, Kulturmission, algerische Grenze" usw. würden verteidigt, sondern „ein ganz gewöhnliches Finanzgeschäft". Eine Beutepolitik sei im Gange, und der französische Staat von den Beteiligten zur Vertretung dieser Politik „vorgespannt" worden. Der „Pester Lloyd" – dem wir natürlich die Verantwortung für seine Angaben überlassen müssen — nennt große Namen aus der Reihe der „Beteiligten": den Kriegsminister Etienne, den Senator Baravageon, Herrn St. Germain, Senator in Oran, Gerenté, Senator in Algier, M. Aynard, den Schwiegervater von Jonnart, den Generalgouverneur von Algier, sowie dessen Schwager, den jungen Aynard, der als conseiller d'ambassade Herrn Révoil in Algeciras attachiert ist, um dort „die Interessen der Compagnie Marocaine, d. h. also der väterlichen Aktien zu verteidigen". Herr Renaud, als Leiter der vom Staate subventionierten „Dépêche Marocaine", wiederum vertrete die Interessen Etiennes.

Zweck der „Compagnie Marocaine" sei, der „französischen Regierung alle diejenigen Arbeiten in Marokko abzunehmen, die auch eine den Finanzleuten so folgsame Politik, wie die seit Jahren in Frankreich betriebene, nicht gut mit dem offiziellen Mantel bekleiden kann." Es sei diesem Syndikat gelungen, von der französischen

Kammer einen Jahreszuschuß von 365000 Frcs. zu erhalten, usw. Wir wollen die weiteren kompromittierenden Details des Artikels nicht wiederholen. Es wäre aber im höchsten Grade wünschenswert, daß sich in der französischen Kammer ein Mann fände, der unabhängig genug denkt, um diese doch sehr gravierenden Behauptungen vor der Öffentlichkeit klarlegen zu lassen. Die Verquickung von Gründerpolitik und Staatspolitik beginnt immer mehr zu einer internationalen Kalamität zu werden, wie unseren Nachbarn jenseits der Vogesen wohl noch vom Panamaprozeß her in lebendiger Erinnerung stehen wird. Es sei in diesem Anlasse auf einen französischen Zeitroman von Maurice Barrès hingewiesen: „Leurs figures", was wohl am besten zu übersetzen ist: „Wie sie wirklich aussehen!" Nach den Akten des Panamaprozesses und den Stenogrammen der Kammerverhandlungen gearbeitet, gewinnt dieser Roman dadurch ganz besonders an Interesse, daß der Verfasser alle die geschilderten Persönlichkeiten persönlich gekannt hat und daher ein lebendiges Bild ihrer Individualität zu geben fähig ist. „Leurs figures" ist der dritte Band eines Zyklus, der den Titel führt: „Le roman de l'énergie nationale", aber der Band läßt sich auch als Ganzes für sich lesen, da die romanhafte Einkleidung das Nebensächliche, die historischen Tatsachen die Hauptsache darstellen. Das mag ein Fehler des Romans sein, es ist ein Vorzug, der dem konstatierten Inhalt zugute kommt. Auch ist es nicht ganz Vergangenheit: die handelnden Personen, soweit sie nicht in den zwölf Jahren, die seither hingegangen sind, abgerufen wurden, stehen heute wieder im Vordergrunde des politischen Interesses. Nun wissen wir wohl, daß Maurice Barrès Parteimann ist. Er war Boulangist und widmet sein Buch einem Manne von so ausgesprochener Färbung wie Edouard Drumont, er gehört einer besiegten Partei an, und es ist begreiflich, daß noch alter Groll in ihm weiterlebt – aber man hat ihn wegen seines Buches nicht zur Rechenschaft zu ziehen gewagt, und auch das bestärkt bei uns den Eindruck, daß in allen Hauptsachen das sittliche Recht auf seiner Seite ist. Gewiß ein merkwürdiges Buch, und wir wiederholen es, heute besonders lehrreich.

An der Haltung der französischen Presse in der Marokkoangelegenheit hat sich nichts geändert. Wir finden nur, daß sie immer mehr sich in der Auslage des zu allem entschlossenen Helden gefällt und sich darin durch zustimmende Artikel der englischen Oppo-

sitionspresse (die natürlich ebenfalls außerordentlich entschlossen tut), sowie durch russische Sympathiebezeugungen bestärken läßt. So läßt sich z. B. das „Journal des Débats" aus Petersburg, den 5. März, schreiben: „Ich erfahre aus sehr guter Quelle, daß Rußland nach Berlin eine freundliche „Warnung" hat abgehen lassen, ganz wie 1875. Und alle Wahrscheinlichkeit spricht dafür, daß die Aufgeregten damit rechnen werden. Sollte es nicht geschehen, so bleiben wir bestimmt nicht untätige Zuschauer des großen Dramas, das sich vorbereitet. Ich glaube versichern zu können, daß das Ministerium Rouvier in diesen Beziehungen formelle Versicherungen in Paris erhalten hat.*) Das weiß man in Berlin, und deshalb kann man behaupten, daß die Konferenz von Algeciras nicht in einen blutigen Bruch ausmünden wird. Anderenfalls könnte man nur mit Schaudern an die Zukunft Europas denken." Wenn man bedenkt, das der Artikel, der mit diesen Sätzen schließt, die russischen Zustände als völlig hoffnungslos in den düstersten Farben schildert, kann man sich kaum denken, daß die versprochene Hilfe, an deren Realität wir ebenso wenig glauben, wie an die angeblich uns zugegangene Warnung, oder an die Möglichkeit des blutigen Dramas, von dem der Korrespondent fiebert, auf den französischen Leser großen Eindruck machen dürfte. Aber es steckt ein anderer Gedanke des russischen Politikers dahinter. Er sagt in seiner Korrespondenz zweimal, daß Rußland vielleicht durch eine große auswärtige Krise gerettet werden könnte, und es kann deshalb gar nicht zweifelhaft sein, daß er sie wünscht. Nur gibt das einen sehr kurzsichtigen Patriotismus, der gewiß an keiner Stelle weniger Anklang finden dürfte als in Zarskoje Sselo.

Die „Europe coloniale", der wir das Zeugnis geben müssen, daß sie ihr unabhängiges Urteil und ihr Bestreben, auch uns gerecht zu werden, während der ganzen Krisis zu wahren bemüht war, antizipiert in ihrer Nummer vom 17. März die Verständigung über die noch schwebenden Differenzen. Es handelt sich nur noch um das Detail eines, wie es scheine, gesicherten Übereinkommens. Dann heißt es wörtlich: „Frankreich hat erreicht, daß Deutschland anerkennt, daß es (Frankreich) nicht zulassen kann, daß eine fremde Macht in Ma-

*) Gesperrt gedruckt im französischen Text.

rokko militärisch Fuß faßt. Deutschland hat jenes Prinzip der Internationalisierung der Reformen behauptet, das anfänglich mit den französischen Ansprüchen unvereinbar schien. Rußland einerseits und Österreich andererseits haben ihre Alliierten bewogen, den ersten Schritt zur Verständigung zu tun, und eben jetzt ist die Redaktionskommission beschäftigt, aus diesen beiden Vermittelungsprojekten eine Brücke zu schmieden, die es beiden Gegnern möglich machen wird, sich zu vereinigen und sich über die Kluft ihrer ursprünglichen Gegensätze hinweg die Hand zu drücken . . . Ist die Verständigung wirklich aufrichtig, so daß keiner von beiden etwas zu bedauern hat und daß ihre Interessen gleich gesichert dastehen, so dürfen wir hoffen, daß als Folge sich harmonische Beziehungen ergeben, die allen Verdacht wegwischen, der auf beiden Seiten bestanden hat."

Der Schluß des Artikels führt den Gedanken aus, daß unter diesen Voraussetzungen aus der Rivalität ein Zusammenarbeiten hervorwachsen könnte, und erklärt ausdrücklich, daß von einer Absicht des Kaisers oder des Kanzlers, den Franzosen eine Falle zu stellen, weiter nicht die Rede sein könne.

Dem allen könnten wir uns anschließen, wenn bereits der Text der Verständigungsformel vor uns läge. Vorläufig wird an jener Brücke noch gebaut, die das deutsche Lager mit dem französischen verbinden soll. Es liegt im beiderseitigen Interesse, daß die Festigkeit und Haltbarkeit dieses Baues recht sorgfältig geprüft werde.

Was wir mit Sorge verfolgen, sind die Symptome der islamitischen Bewegung in Marokko. Unzweifelhaft hat Frankreich durch seine nicht zu bestreitende Begünstigung des Prätendenten eine erhebliche Mitschuld dabei zu tragen, und da es selbst in Nordafrika eine mohammedanische Macht ist, scheint uns das eine sehr kurzsichtige Politik gewesen zu sein, deren böse Früchte nicht ausbleiben können. Aber es ist ja ein Charakteristikum des heutigen Frankreich, daß es überhaupt die Bedeutung der Religion unterschätzt. Die Aufstände in der Bretagne, Vendée und im Nordosten können dafür als Beleg dienen. Es ist im Grunde nicht die Inventarisierung der Kirchen, die den Widerstand hervorruft, sondern die Vorstellung, daß der Katholizismus — und der ist in diesen streng katholischen Gebieten mit dem Begriff der Religion identisch — als solcher von einer religionsfeindlichen Regierung bekämpft werde. Das Ministerium

Sarrien erntet die Früchte, die aus der Saat Waldeck-Rousseaus, Combes' und Rouviers gereift sind. Es wird sehr schwer fallen, auch nach der zweifellos bevorstehenden Durchführung der Aufnahme des Kircheninventars, diesen Glauben der Massen zu bekämpfen, und da die Kurie sich über das offizielle Frankreich hinweg auf das katholische Frankreich stützt, spricht die Wahrscheinlichkeit dafür, daß früher oder später eine Reaktion eintritt, die an die Stelle des heute in Kammer und Ministerium herrschenden Freimaurertums antireligiöser und intoleranter Tendenz — denn so charakterisiert sich das herrschende System — wieder einmal eine kirchlich-katholische Tendenz an die Spitze des Staates führt. Das mag heute noch sehr fern liegen — der Sprung zurück aber würde nicht größer sein als der, den Frankreich im 19. Jahrhundert mehr als einmal getan hat.

Wir gedachten oben des pessimistischen Ausblickes, den ein Petersburger Korrespondent des „Journal des Débats" in die russische Zukunft wirft. Wir teilen diese Anschauungen, soweit es sich um die nächst absehbare Zukunft handelt, die allerdings finster genug ausschaut, aber wir sind noch immer überzeugt, daß Rußland aus der furchtbaren Krisis, in der es steht, schließlich als ein Rechtsstaat hervorgehen wird. Man darf eben nicht vergessen, daß dieses seit mehr als hundert Jahren das Ziel aller Reformer wie aller Opposition in Rußland gewesen ist. Seit den 60er Jahren wurde der Rechtsstaat als Ziel das gemeinsame Programm fast aller Gebildeten, die nicht in dem engsten Bannkreise der herrschenden Kirche oder der reaktionären Bureaukratie standen. Es war ohne Zweifel ein Ideal, nach dem die Gesellschaft strebte. Aber, wie Goethe einmal sagt, „jedes Ideelle ist dienlich zu revolutionären Zwecken", und so ist auch die Idee des Rechtsstaates mißbraucht worden. Als die Regierung den ersten Schritt tat, um sich in ihrer Unumschränktheit Grenzen zu setzen und einen Teil ihrer Rechte der organisierten Gesellschaft zu übertragen, versagte die Geduld derjenigen, die mehr erwartet hatten, und der Fleiß derjenigen, die staatliche Aufgaben auf dem Wege der Selbstverwaltung zu lösen berufen wurden. Diese letztere Tatsache, die bei den russischen Darstellungen der 60er und des Anfangs der 70er Jahre meist übergangen wird, sollte aber von entscheidender Bedeutung werden. Man verlor in Petersburg den

Glauben an die Leistungsfähigkeit jener Selbstverwaltungsorgane. In den Städten wirtschafteten sie mit Defizit und Unterschleifen, in den Semstwos wälzten die gewählten Vertreter die Last der ihnen zugemuteten Arbeit auf besoldete Subalterne ab, die einen neuen Typus darstellten, den Semstwotschinownik, der in nichts vor dem staatlichen Subalternen hervorragte. So sah sich die Regierung genötigt, erst zu kontrollieren, dann den Kreis der Tätigkeit jener Selbstverwaltungen zu beschränken. Sie gerieten in immer größere Abhängigkeit von den ihnen vorgesetzten Gouverneuren, und erst im Gegensatz zu dieser oft höchst willkürlichen Bevormundung begann sich nun ein neues Interesse an den Semstwos und an den städtischen Dumas zu regen. Man besuchte die Versammlungen eifrig, aber nicht um zu arbeiten, sondern um „der Regierung" zu opponieren und sie zu ärgern. Man hielt sehr schöne Reden, entwarf Reformprogramme und erhitzte sich und die Stimmung ringsumher. Was man verlangte, war wieder der Rechtsstaat.

Parallel damit ging die Opposition an den Universitäten, die schon im Jahre 1860 beginnt und fast ohne Unterbrechung bis auf den heutigen Tag fortdauert. Aus ihr ist — von außen her genährt — der Nihilismus erst in seiner tatenlos negierenden, dann in seiner aktiv propagierenden, zuletzt in seiner terroristischen Form hervorgewachsen. Sein Höhepunkt fällt in das Ende der 70er und in die Mitte der 80er Jahre. Alexander III. schien ihn, ebenso wie jene andere Opposition getötet zu haben. Er hat sogar ein Jahrzehnt lang die russischen Studenten genötigt, zu arbeiten, und das ist vielleicht die erstaunlichste seiner Leistungen gewesen. Es gelang ihm, weil er die Phantasie der Nation durch das Trugbild gewaltiger Erfolge fesselte, die man von seiner auswärtigen Politik erwartete: die Allianz zum Revanchekriege mit Frankreich – denn so legte man sich die auf anderer Basis ruhende alliance franco-russe zurecht —, die gewaltige Aufrüstung an der deutschen und österreichischen Grenze, eine Armeereform, von der man glaubte, daß sie einen spezifisch nationalen Charakter trage und von der man Wunder erwartete, endlich den Bau der sibirischen Eisenbahn und die gewaltige Arbeit an der Vergrößerung der Flotte, wovon nicht geringere Wunder erwartet wurden. Auch der neue finanzpolitische Stern Wittes ist noch in den Tagen Alexanders III. aufgestiegen.

Wir erinnern uns sehr wohl der ungeheuren Überschätzung, in welcher die Nekrologe der besten journalistischen Federn der Welt sich allüberall beim Tode des Zaren ergingen. Heute ist alles darin einig, mehr ihn als seinen Nachfolger für die Zustände verantwortlich zu machen, in welchen Rußland sich unruhig hin und her wälzt. Es hat eben alles versagt: der Gedanke der Selbstherrschaft, die konservative Macht der Staatskirche, das Dogma von der zu erzwingenden nationalen und sprachlichen Uniformität. Als die Probe auf die kriegerische Kraft des Staates gemacht wurde, brachen das Heer, die Marine, die Finanzen zusammen und mit dem Glauben an die Kraft des Staates auch der Gehorsam seiner Werkzeuge, der Beamten. Es ist eine nicht zu bestreitende Tatsache, daß die Mehrzahl der unteren und ein sehr starker Prozentsatz der hohen Beamten, und zwar bis in ihre Spitzen hinauf, nihilistisch oder sozialistisch, jedenfalls aber oppositionell gesinnt war. Im entscheidenden Augenblick haben sie fast alle, sei es aus Indolenz, sei es in schadenfroher Absichtlichkeit, die Zügel am Boden schleifen lassen, so daß die Revolution sich in Rußland fast unbehindert entwickeln konnte. Die wenigen Männer, die sich ihr entgegenstemmten, hat man umgebracht. Wer heute rückschauend die Tätigkeit Plehwes mit der der Machthaber von heute vergleicht, wird sich dem Gedanken nicht entziehen können, daß Plehwes Ermordung ein nationales Unglück für Rußland gewesen ist. Aller Wahrscheinlichkeit nach hätte er den Ausbruch der Revolution verhindert und dem Reich den blutigen Bürgerkrieg und die noch blutigeren Repressionen erspart, durch die es heute so furchtbar leidet und die man, trotz allen Mitleides mit dem menschlichen Schicksal des einzelnen, doch als eine schreckliche Notwendigkeit bezeichnen muß. Über Plehwes letzte Absichten liegen authentische Nachrichten nicht vor. Erst wenn wir einmal Einblick in seinen Briefwechsel und in seine offizielle Korrespondenz, seine Denkschriften und vielleicht Tagebücher erhalten, wird sich mit Sicherheit urteilen lassen. Er selbst hat immer behauptet, er wolle das Reich zur Reform führen, nachdem er die Nester der Revolution ausgehoben habe. Daß er, um dahin zu gelangen, mit allen Machtmitteln administrativer Willkür vorging, wurde sein Verderben. Vielleicht hätte er gesagt, in Rußland sei es nicht möglich, anders zu handeln. Jedenfalls scheint die Regierung von heute dieser Meinung zu sein, denn sie bereitet die

Reichsvertretung, die sie dem Volke geschenkt hat, dadurch vor, daß sie die offenkundigen und halbversteckten Herde der Revolution noch hundertmal gewaltsamer niederreißt, als Plehwe es je getan hat. Es ist aber sehr fraglich, ob Plehwe, auch wenn er nur mit gesetzlichen Mitteln vorgegangen wäre, einem Attentate hätte entgehen können. Man haßte das Amt, das er innehatte, noch mehr als den Träger. Ist doch der Minister der Volksaufklärung, Bogolepow, vor ihm, im Jahre 1901, ermordet worden, nur weil er die ketzerische Ansicht vertrat, daß die Jugend auf der Universität studieren, nicht politisieren solle.

Der Schweizer Demokrat Dr. Widmann, Redakteur des „Bund", hat 1901 in der „Nation" eine biographische Würdigung des ihm befreundeten Ministers veröffentlicht, die wir in der Zeitschrift „Rußki Archiw" jetzt (Februar 1906) wiedergefunden haben. Diese Skizze läßt keinen Zweifel darüber, daß Bogolepow durch Reform der Volks- und Mittelschulen, dem Hauptübel Rußlands, der Unbildung an die Wurzel greifen wollte. Er war ein Gegner alles bureaukratischen Formalismus, ein warmer Freund der Studenten, er selbst ehemaliger Rektor der Universität Moskau, und doch mußte er fallen! Und wie viel schlimmer haben sich die Verhältnisse auf den russischen Universitäten und Schulen nach ihm gestaltet — seit bald zwei Jahren lassen sie sich als nichtexistent betrachten.

Wir erinnern an diese unter dem Drange immer neuer Schrecken halbvergessenen Ereignisse, weil sie uns erst den Charakter der russischen Revolution verständlich machen. Die Generation, welche die große Krisis im Jahre 1904 nutzen wollte, um Rußland auf den Weg des Rechtsstaates zu führen und die deshalb eine geschlossene Opposition organisierte, bestand aus reifen Männern, die den Kreisen der Bestgebildeten der Nation angehörten. Als die Regierung erst ihre Vorstellungen, dann ihre Forderungen abwies, organisierten sie die Opposition in den Landschaften und den Städten: unter dem rauschenden Beifall der öffentlichen Meinung hielten sie ihre Meetings ab und faßten sie ihre Resolutionen. Sie blieben dabei auf monarchischem Boden, in ihren Anschauungen durchaus auf der Höhe des modernsten Liberalismus, bereit, auch in religiöser und nationaler Hinsicht die größte Duldsamkeit zu üben. Aber — und damit traten sie auf die schiefe Ebene, die so viele von ihnen ins Verderben führte

— ihre Toleranz ging so weit, daß sie ihre Bündnisse mit Sozialisten, Revolutionären, Separatisten und Anarchisten schlossen (wie das Pariser Bündnis von 1904), sie alle wollten zum gleichen Ziele, zum Sturze des absoluten Regiments, zusammenwirken. So wurde den Elementen des Umsturzes und offenster Ruchlosigkeit — wie sie bei dem jüdischen Bunde ungescheut proklamiert wurde — die Bahn frei gemacht, während doch kaum fraglich sein kann, daß ein entschlossener rechtzeitiger Widerspruch in Wort und Schrift die verhängnisvolle Bewegung mindestens hätte erheblich schwächen können. Weil aber die Regierung keinerlei Stütze bei der Gesellschaft fand, mußte sie, um sich selbst zu erhalten, und das bedeutete in diesem Falle, um den Staat zu retten, so rücksichtslos und gewaltsam vorgehen, wie sie es getan hat. Sie steht noch heute völlig isoliert. Was zu ihr hält, ist im Grunde ein Teil von ihr, die Räder der großen Maschine, Staat geheißen, die Beamten, mit denen sie arbeitet, die Truppen, die ihr folgen — nicht die Gesellschaft, nicht die öffentliche Meinung, nicht das Vertrauen der Nation. Beim gemeinen Mann, dem Bauern, den Kaufleuten, die noch den Kaftan tragen, den Arbeitern, die noch nicht sozialistisch infiziert sind, gehört das Vertrauen der mystischen Person des Zaren, den man sich zugleich allmächtig und von seinen Dienern betrogen vorstellt. Alles übrige gehört der Opposition und wird in die Duma ziehen, um zu opponieren und zu kritisieren, nicht um zu reformieren. Schon jetzt werden Stössel, Kuropatkin, Linewitsch, Roshéstwenski und wie sie alle heißen die unglücklichen Führer von Heer und Flotte, beschimpft und angegriffen, sie sollen die Schuld büßen, daß Rußland von Japan gedemütigt wurde: weit größer aber noch ist der Haß gegen alle diejenigen, die geholfen haben, die Revolution niederzuwerfen, die Dubassow, Skalon, Orlow, Durnowo usw., alle Polizeimeister, Kriegsgouverneure und Stadthauptleute mit eingerechnet. Und gewiß ist der Grimm gegen den Grafen Witte nicht geringer. Gelingt es der Duma, ihren Willen durchzusetzen, so werden alle diese Männer ihren Platz räumen und vor Gericht Rede und Antwort stehen müssen, aber es würde sich dann auch zeigen, daß man niemanden hat, den man an die Stelle dieser doch wenigstens tatkräftigen Männer setzen könnte. Es ist daher sehr wohl möglich, daß, wie behauptet wird, die Regierung der Duma, wenn sie am 10. Mai zusammentritt, nur die Mitteilung macht, daß sie

konstituiert sei, und sie dann bis zum September entläßt, wohl in der Hoffnung, dann eine ruhigere Stimmung vorzufinden, und die Ordnung im Reiche etwas fester gesichert zu haben.

Denn noch gärt es allenthalben. Es ist undenkbar, die Truppen aus den baltischen Provinzen und aus Polen zurückzuziehen, und es ist unerläßlich, Maßnahmen zu treffen, um die immer bedrohlicher werdende Stimmung der hungernden Bauern niederzuhalten. Es wird offiziell bestätigt, daß in 25 Gouvernements wirkliche Not herrscht. Es fehlt an Vieh und an Pferden, der Verkehr stockt, und aus den 160000 festgefahrenen Waggons sind in den letzten 10 Tagen 200000 geworden. Zahllose Beamte des Eisenbahn-, Post- und Telegraphendienstes haben entlassen werden müssen, und obgleich in der Zeit vom 1. November vorigen Jahres bis zum 15. Februar nicht weniger als 42 Zeitschriften und Zeitungen verboten worden sind, führt die Presse eine unerhört provozierende Sprache. Namentlich die Proteste gegen die Hinrichtung des Leutnants Schmidt vom „Potemkin" schlagen einen beinahe drohenden Ton an. In der Reihe dieser Proteste aber finden wir einen, der von 26 Offizieren der Nikolai-Ingenieurakademie mit einem Stabskapitän an der Spitze unterzeichnet ist. Fast noch leidenschaftlicher sind die Proteste, welche die Angelegenheit der Spiridonow und Ismailowitsch hervorgerufen hat. Beide sind junge Mädchen, die eine fast noch ein Kind, beide haben versucht, höhere Beamte zu ermorden. Sie sollen nach ihrer Gefangennahme schamlos mißhandelt worden sein, und das scheint in dem Fall Spiridonow wirklich zuzutreffen. Der Brief, in welchem die junge „Dame" ihre Tat und ihre Erlebnisse erzählt, atmet in jedem Wort Wahrheit, und was ihr geschah, empört jedes menschliche Gefühl. Aber zugleich erschrickt man vor der moralischen Verblendung dieses Mädchenkopfes. Ihr kommt der Gedanke gar nicht, ihre Tat zu bedauern, nur eines tut ihr leid, daß ihr Opfer mit dem Leben davongekommen ist. Und doch hat sie den Mann zum ersten Male gesehen, als sie ihren Revolver gegen ihn richtete. Sie fühlt sich als Heldin und Märtyrerin, und so erscheint sie auch den Russen, ganz wie Schmidt ihnen zum Helden und Märtyrer geworden ist.

In Polen ist eine neue Sekte, die Mariaviten, aufgetreten, welche die Gläubigen auf die bevorstehende Ankunft des Antichrist vorbereiten will. Kann man sich darüber wundern? Einfältige Gemüter

mögen wohl glauben, daß alle die Zeichen erfüllt sind, von denen die Apokalypse redet.

Neben dem sozialen und religiösen Wahnsinn scheint aber auch der politische um sich zu greifen. Eine in Lemberg erscheinende polnische Zeitung „Slowo Polski" weiß zu berichten, daß Mendelssohn nach Petersburg gekommen sei, um für uns von Rußland Polen bis zur sogenannten Kneseckschen Grenze (Weichsel und Narew) zu kaufen. Die Nachricht stamme aus einer Pariser diplomatischen Quelle. Wir würden auf Herrn Chéradame raten, wenn wir nicht für wahrscheinlicher hielten, daß jener Pariser Diplomat in der Redaktion des „Slowo Polski" selbst seinen Sitz hat. Aber das galizische Orakel überschätzt unser Verlangen nach neuen polnischen Mitbürgern. Wir bescheiden uns mit dem, was wir haben, und werden es sogar mit Fassung ertragen, wenn wir die in ihre polnische Heimat zurückgekehrte Frau Rosa Luxemburg nicht mehr wiedersehen sollten.

23. März. Nachrichten aus Kilwa melden von weiteren Erfolgen gegen die Aufständischen in Ostafrika.

24. März. Empfang der chinesischen Studienkommission durch Kaiser Wilhelm in Berlin. Ermordung des Stadtpräfekten von Konstantinopel, Redwan Pascha.

26. März. Beratung der Polizeiorganisation in Algeciras. Die Schweiz stellt die Verherrlichung und die Aufforderung zu anarchistischen Verbrechen unter Strafe.

27. März. Unruhen bei der Inventaraufnahme der Kirchen in Frankreich.

---

28. März 1906.

An den Lärm, den die Veröffentlichung und Verunstaltung (um kein härteres Wort zu brauchen) der russischen Depeschen an den Grafen Cassini über die Algecirasfrage im „Temps" zur Folge hatte, haben sensationelle Nachrichten sich geschlossen, die, von verschiedenen Seiten ausgehend, wie es scheint, ein einheitliches Ganzes bilden. Der Pariser Korrespondent der „Morning Post" meldet, daß Herr Delcassé fast täglich auf dem Auswärtigen Amte am Quai d'Orsay erscheine, „wo seine Erfahrung in manchen Detailfragen unschätzbar" sei. Wir knüpfen hieran eine Originalkorrespondenz der Petersburger „Ruß" aus Paris vom 17. März, die in wörtlicher Übersetzung folgendermaßen lautet: „Aus zuverlässiger Quelle erfahre ich, daß während seines Aufenthaltes in Paris König Eduard den Wunsch ausgesprochen hat, daß eine Militärkonvention (wojennaja konwenzia. wörtlich: Kriegskonvention) zwischen England und Frankreich abgeschlossen werde. Es heißt, daß man hier seinen Wunsch sympathisch aufgenommen hat, und wahrscheinlich steht die Reise Etiennes nach London mit der Ausführung dieses Planes in Zusammenhang. Es geht das Gerücht, daß der König auch andere französische Minister nach London geladen habe, was eine bisher unerhörte Tatsache wäre. Die Wahl Clemenceaus ist dem liberalen englischen Kabinett genehm, sie wird die englisch-französische Annäherung noch weiter fördern. Seine englischen Sympathien sind ja bekannt. Die entente cordiale strahlt so immer heller. Das hat übrigens auch Sir Edward Grey jüngst seinen Kollegen erklärt." Die dritte Sensation bietet ein Artikel der „Revue" (die russische Zeitung, der wir die Nachricht

entnehmen, gibt nicht an, welche „Revue“), der lebhaft für den Abschluß eines französischen Bündnisses mit Japan eintritt.

Den einigenden Mittelpunkt all dieser Nachrichten bildet offenbar die Person Herrn Delcassés. Seit König Eduard ihm die Ehre angetan hat, ihn mit Herrn Loubet zu sich zum Frühstück zu laden, erschöpft sich die Wißbegierde der Publizisten in Kombinationen über die damals geführten Gespräche. Offenbar hat man, um das Rätsel zu lösen, auf das durch „Gaulois“, „Matin“ usw. bekannte Programm Delcassé zurückgegriffen, und so einen neuen Feldzugsplan konstruiert, der, wie man wohl erwarten darf, recht nachdrücklich desavouiert werden wird. Denn gegen wen sollte jene „Kriegskonvention“ ihre Spitze richten, wenn nicht gegen diejenigen, die Herr Delcassé, nach eigenem Bekenntnis, zu treffen dachte, als er seine Marokkoaktion begann? Und welchen Zweck sollte die aus Paris lanzierte Nachricht haben, wenn nicht den, den Bluff fortzusetzen, durch den man bemüht ist, uns in Algeciras zu imponieren? Dieses unwürdige Treiben täuscht niemanden mehr und wird gewiß nicht dazu beitragen, die Lösung der in Algeciras noch schwebenden Schwierigkeiten zu erleichtern. Auch ist bisher weder von einer Reise des Kriegsministers Etienne nach London, noch von einer Einladung König Eduards an französische Minister das mindeste bekannt geworden. Wenn wir trotzdem diesen Nachrichten größere Öffentlichkeit geben, geschieht es, weil man speziell in Paris, das doch die Quelle all dieser Gerüchte ist, sich gewöhnt hat, die Leitung der englischen Politik in der Person König Eduards zu verkörpern. Das ist aber doch nur innerhalb sehr bestimmter Schranken der Fall. Sidney Low, in seinem vortrefflichen Buch „The governance of England“ hat die Frage des Einflusses, der dem Könige auf die auswärtige Politik zusteht, untersucht und ist dabei zu dem Ergebnis gelangt, daß, da auswärtige Allianzen und Vereinbarungen nicht nur durch die Protokolle des Foreign Office bedingt werden, sondern ihre Kraft aus der öffentlichen Meinung schöpfen, der Einfluß des Königs darauf beruhe, daß er leichter als die Minister auf die öffentliche Meinung einwirken könne. Andererseits sei auch der König von der öffentlichen Meinung abhängig, und es wäre unklug von ihm, die alten Kontroversen aufleben zu lassen, welche über das Verhältnis beider Faktoren bestanden haben. Sidney Low drückt sich noch weit schärfer aus. Aber der Grundgedanke

entspricht genau unserer Formulierung. Es scheint uns aber eben deshalb undenkbar, daß der König die Initiative zu einer Politik ergriffen haben sollte, die notwendig in gefährliche Abenteuer ausmünden müßte, von denen das englische Volk gewiß nichts wissen will, und deren Verantwortung ein liberales Kabinett, wie das jetzt regierende, aller Wahrscheinlichkeit nach nicht auf sich nehmen würde. Wie in den Kreisen der heutigen liberalen Regierung Englands gedacht wird, zeigt ein sehr lehrreicher Artikel im Märzheft der „Empire Review" von Edward Dicey, C. B. Er kommt am Schlusse seiner Ausführungen auf die Konferenz von Algeciras zu sprechen und bemerkt dabei: „Als Freund beider Mächte wird es unsere Pflicht sein, darauf zu achten, daß gleiche Gerechtigkeit beiden zuteil werde, und speziell, daß unser Abkommen mit Frankreich keineswegs gebraucht werde, das Prestige von Deutschland herabzusetzen oder gar es der Rechte und Privilegien zu berauben, die es in Marokko besitzt. Wir, die wir stets für die offene Tür in jedem Teil der Welt gefochten haben, können nicht anders als Deutschland darin zu unterstützen, daß die offene Tür das leitende Prinzip der Konferenz bleibt. Die Vereinbarungen, die wir selbst mit Frankreich getroffen haben, und für welche wir ein quid pro quo erhielten, binden uns natürlich, aber sie binden nicht Deutschland oder irgend eine dritte Macht, und wenn Frankreich meint, daß wir es bei solchen Ansprüchen unterstützen sollten, beurteilt es die Tatsachen falsch. (France is under a misapprehension of fact.) Und am Schluß heißt es: „Der Gedanke eines Krieges zwischen Frankreich und Deutschland ist ein für allemal aufzugeben. Keine Nation wird wegen Marokko Krieg führen." Wenn sich aber Frankreich und Deutschland nicht verständigten, sehe er nicht, wie die Marokko betreffenden Vereinbarungen des englisch-französischen Abkommens verwirklicht werden könnten. Im Interesse des Welthandels sei es daher wünschenswert, daß Deutschland und Frankreich sich über ihre bez. Rechte in Marokko bald verständigten. Darüber werde man sich in England meist freuen, und Sir Edward wie das liberale Kabinett werden gern dabei behülflich sein. (Every help we can render to bring about this end will, I feel sure, be readely given by Sir Edward Grey and the liberal Government.) Das klingt doch anders als die Pariser Phantasie der „Ruß".

Was aber den Gedanken eines französisch-japanischen Bündnisses betrifft, das selbstverständlich sofort ein englisch-französisch-japanisches werden würde, so verstehen wir wohl, daß eine solche Kombination für Ostasien den Franzosen erwünscht sein muß. Sie würden damit gleichsam in eine Assekuranzgesellschaft eintreten. Aber ebenso begreiflich ist, daß die übrigen am Stillen Ozean interessierten Mächte, speziell die Vereinigten Staaten, Rußland und die Niederlande, einer derartigen Konvention nur mit größtem Mißtrauen entgegensehen könnten. Es würde damit für die Dauer der Kombination eine maritime Übermacht in der Südsee begründet werden, die naturgemäß sich dem stärksten Ehrgeiz unter den drei Zukunftsalliierten zu Dienst stellen müßte. Die Idee der Erhaltung des politischen status quo würde demgegenüber zusammenbrechen, das liegt in der Natur der Dinge. Wir wissen nicht, ob die Nachrichten zuverlässig sind, welche behaupten, daß in Wladiwostock und auf den Philippinen japanische Militärspione ergriffen worden seien. Sicher ist aber, daß in Rußland das Mißtrauen gegen Japan (und trotz allen Kokettierens auch gegen seinen Verbündeten) außerordentlich lebendig ist. In der „Nowoje Wremja" vom 24. März verbreitet Herr M. Menschikow den Gedanken, daß ein neuer japanischer Krieg gleichsam in der Luft liege. Es handele sich nur darum, mit wem Japan diesen Krieg führen werde. Vielleicht sei Rußland für Japan eine zu bescheidene Beute. „Halb Sibirien zu erobern wäre nicht übel, aber vielleicht ist es noch besser China zu erobern, den Franzosen Indien und den Holländern das ungeheuere wehrlose Reich der Sundainseln zu nehmen, oder die Philippinen zu erobern . . . Welches sind die Grenzen der Phantasie, eines siegreichen, in der Tat heroischen Volkes, dem wirklich die Ehre mehr gilt als das Leben. . . . Aber das sind nur Möglichkeiten, die Wahrscheinlichkeit spricht für einen Krieg mit uns und mit China, um durch neue Siege und neue Kontributionen die Mittel für grandiose weltumfassende Pläne zu gewinnen. Und weshalb sollten die Japaner sie nicht hegen? Nicht alle Völker ziehen die Nichtigkeit der Größe vor, nicht alle sind so verkommen und verdorben, daß sie einen Bissen Brot und ein Glas Wasser für die letzte Etappe ihrer Geschichte halten."

„Ist der Krieg unvermeidlich, so soll man ihm furchtlos entgegensehen. Was bleibt sonst übrig? Auch der letzte Krieg war

uns fast aufgedrängt — man kann uns zwingen, den nächsten auf uns zu nehmen. Statt elende Worte über die furchtbaren Lasten eines Krieges zu verschwenden, sollte man sich auf ihn vorbereiten ohne auch nur eine Stunde zu verlieren. Mit Verbeugungen und Erniedrigungen erweicht man den Starken nicht. Unterwerft ihr euch aber kampflos — so gibt es ein neues Mongolenjoch, und deshalb bereitet euch vor zum Kampf und bewaffnet euch vom Kopf bis zu den Zehen! Ich lasse den Gedanken nicht aufkommen, daß eine historische Nation, die große Zeiten erlebt hat, der äußersten Erniedrigung entgegengehen kann, ohne ihr Glück zu versuchen. Kommt der Krieg, so muß man ihn gewinnen, das ist alles. Es mag schwer sein, aber es ist möglich. Es ist durchaus nicht unmöglich, daran soll man sich aufrichten und die schimpfliche Hypnose der Kraftlosigkeit abstreifen. Es gibt keine talentvollen Oberkommandierenden ... aber wir haben doch eine ganze Reihe — gegen zehn — glänzender Generale: Rennenkampf, Mischtschenko, Sytschewski, Lösch, Danilow, Sarabajew, Artamonow usw., deren Zukunft vor ihnen liegt. Erklärt man uns jetzt den Krieg — jetzt, da wir den Semski Sobor haben, und eine innere Auferstehung des Volkes sich vorbereitet —, so glaube ich fest, daß wir die Japaner schlagen werden. Wie wir vor 100 Jahren die Franzosen abschüttelten, werden wir auch jetzt die Mongolen schlagen. Fühlen wir uns erst als Nation, so stehen wir unseren Mann. Schlagen wir aber die Japaner, so gewinnen wir nicht eine, sondern zwei Kampagnen. Alle Schrecken der Vergangenheit, alle Verluste, alle Verzagtheit, alle Verzweiflung werden dann schwinden. Der mit Ehren verlorene Stolz wird wiederkehren, der Glaube, der Berge versetzt, und mit dem Glauben die Kraft und das leidenschaftliche Verlangen, die Hindernisse zu bewältigen. Jetzt aber leben wir in steter Angst, welche die Seele vernichtet. Ich predige nicht den Krieg, aber er kommt, und wir müssen uns bewaffnen von Kopf bis zu Fuß."

Wir teilen die Befürchtung Menschikows nicht; unserer Meinung nach liegt ein russisch-japanischer Krieg zwar nicht außerhalb des Bereichs des Möglichen, aber doch jedenfalls in weiter Ferne. Wie die Zeitgenossen meist kommende Dinge perspektivisch falsch und daher in größerer Nähe sehen, als der Wirklichkeit entspricht, irrt auch er. Aber Herr Menschikow ist ein wackerer Mann. Wir haben

seine publizistische Tätigkeit in der „Nowoje Wremja" seit zwei Jahren verfolgt und stets gefunden, daß seine Empfindung und sein Urteil gesund sind, und die allgemeinen Gedanken, die er ausspricht, haben auch, abgesehen von den russischen Verhältnissen, ihre Geltung. Er glaubt an die sittliche und sittigenden Kraft des Patriotismus, und wir könnten den Russen nur wünschen, daß die Männer, die in der Duma zusammentreten werden, von ebenso lauterer Gesinnung beseelt sind wie er. Aber freilich, zunächst ist von einer kommenden Wandlung nichts zu merken. Der revolutionäre Taumel dauert fort, und ebenso die harte Willkür, die bei der unerläßlichen Niederwerfung der Revolution von seiten der Regierungsorgane entfaltet wird. Wir denken dabei natürlich nicht an die Erschießung des Meuterers Schmidt, über welche die russische Presse sich noch immer aufregt; die war unerläßlich und wäre unter analogen Verhältnissen in jedem Staat der Welt erfolgt, so lange der Staat sich nicht selbst aufgibt, wohl aber an die Mißhandlung gefangener Verbrecher durch Beamte und an die administrative Verschickung von Personen, deren politische Gesinnung für die Zeit der Wahlen unbequem ist, auch in Fällen, wo diese Männer keineswegs als Revolutionäre betrachtet werden können. Solche Fälle aber haben ohne allen Zweifel stattgefunden. Unbegreiflich ist freilich, daß ein so hochgebildeter Mann wie Professor Miljukow für Schmidt eintreten konnte. Die Argumente, die er vorbringt, zeugen von einer völligen Verwirrung des politischen und sittlichen Urteils. „Schmidt wollte — sagt Miljukow — auf den Trümmern der Staatsgewalt nur eine neue bessere Autorität begründen, um dem Chaos vorzubeugen. Ist es seine Schuld, daß die Zerstörung ohne ihn geschah, daß die Autorität der Lokalgewalten in Trümmern lag und daß in seinem Kopfe derselbe Gedanke sich festsetzte, für den die gesamte freiheitliche Bewegung in Rußland kämpfte und noch kämpft, nämlich eine neue bessere Staatsform zu schaffen?" Das ist die Rechtfertigung jeder Meuterei und schließlich auch jeden anarchistischen Verbrechens, die Kassendiebe mit eingeschlossen, die 870000 Rubel raubten, um Mittel zur Ausführung des Generalstreikes zu haben, der ebenfalls eine neue bessere Staatsordnung herbeizuführen bestimmt ist. Die politische Atmosphäre in Rußland muß durchaus vergiftet sein, wenn solche Verirrungen der geistigen Führer der Nation möglich geworden sind.

Es deuten aber alle Anzeichen darauf hin, daß in der Tat Rußland wieder vor dem Versuche einer allgemeinen revolutionären Erhebung steht. Die Nachrichten, die durch Reisende wie durch Privatbriefe aus dem Innern des Reiches einlaufen, stimmen fast sämtlich darin überein. Trotz strengster Beaufsichtigung der Grenzen dauert der Waffenschmuggel fort, so daß es kaum möglich ist, an die Nichtbeteiligung der Zoll- und Postbeamten zu glauben. Aus Petersburg kommt die Nachricht, daß einem der dort stehenden Garderegimenter 300 Soldatenflinten abhanden gekommen sind. Täglich werden Bombenniederlagen, Proklamationen, Geheimdruckereien entdeckt, vor kurzem sogar in der Druckerei des Ministeriums des Innern zu Petersburg. Die Stellung von Witte gilt für definitiv erschüttert, die Zeitung „Slowo" weiß sogar seinen Nachfolger, Kokowzew, zu nennen, während von anderer Seite Goremykin genannt wird. Ebenso gilt der Rücktritt noch zweier Minister und der des Grafen Lamsdorff für nahe bevorstehend. Die „Nowoje Wremja" führt schon seit Wochen gegen ihn einen erbitterten Feldzug, und da mit Sicherheit anzunehmen ist, daß die Reichsduma die Frage der Entstehung des japanischen Krieges vor ihr Forum ziehen wird, glaubt in Petersburg niemand, daß Graf Lamsdorff den Entschluß finden wird, seine Politik vor der Duma zu verteidigen. Immerhin könnte er dann noch bis zum Oktober bleiben, da, wie wir schon neulich ausführten, die Duma gleich nach ihrer Eröffnung — die in Zarskoje mit großem Pomp erfolgen wird — in die Ferien geschickt werden soll, um erst im Herbst mit ihren Arbeiten zu beginnen. Als Nachfolger Lamsdorffs werden der russische Botschafter in Rom Graf Murawiew und Herr Iswolski genannt, der zeitweilig als Kandidat für den Berliner Botschafterposten figurierte. So sicher meint man in der Petersburger Gesellschaft schon an die Verteilung der Rollen schreiten zu können. In Rußland und zum Teil auch in Europa erregt die Frage, ob Witte bleibt oder geht, bei weitem das größere Interesse, weil sich damit die Spekulationen über die Zukunft der russischen Finanzen verknüpfen.

„Herrn Wittes Tage", schreibt der „Standard", „sind — um es gerade heraus zu sagen, gewesen. Niemand braucht ihn, nur hat man im Augenblick noch niemanden an die Stelle zu setzen. Er ist selbstbewußter und diktatorischer geworden, je weiter die Zeit fortschritt,

und war doch in Wirklichkeit nicht mehr als ein mutiger Mann und ein geschickter Borger. Unter allen Umständen ist sein Urteil gesprochen. Denn wenn die Duma überhaupt arbeitet, wird sie Herrn Witte bald in eine subordinierte Stellung drängen, wenn sie aber nicht arbeitet, wird es eine reine Tafel geben, und Herr Witte wird gewiß nicht beauftragt werden, auf ihr zu schreiben." An anderer Stelle führt der „Standard" aus, daß der Ausbruch einer neuen Revolution den finanziellen Ruin Rußlands bedeuten werde, der Frankreich, Deutschland, Holland und Belgien in einen Desaster mit hineinziehen werde, wie er in der Geschichte Europas noch nicht dagewesen sei. Auch England würde betroffen werden, wenngleich weniger direkt. Im Augenblick stehe die Revolution zwar still, aber sie sei keineswegs tot. Es handele sich nur darum, ob es nicht möglich sei, sie auf friedlichem Wege durchzuführen. Ganz wie wir es getan haben, sieht der „Standard" das Hauptunglück Rußlands darin, daß die gemäßigten Liberalen vorzeitig von der politischen Schaubüne abtraten und das Feld den Extremen überließen. Aber das ist nun einmal Tatsache, und wir verstehen deshalb nicht recht, wie der „Standard" hoffen kann, daß die Duma eine Politik nützlicher Reformen verfolgen werde. Die Aussichten dafür sind um so geringer, als neben dem drohenden, wie wir hoffen wollen, nicht unabwendbaren Generalstreik, jetzt eine neue Gefahr auftaucht, die einer nationalpolnischen Revolution. Unsere Leser werden sich erinnern, daß wir darauf hinwiesen, daß Sozialisten und Nationalisten sich in Polen einigermaßen das Gleichgewicht halten. Das scheint nun in jüngster Zeit anders geworden zu sein. Man hat sich auf ein gemeinsames Vorgehen gegen Rußland verständigt, und die Absicht scheint zu bestehen, zunächst die russischen Beamten zu beseitigen, d. h. zu ermorden, und darnach eine allgemeine Erhebung zu veranstalten, für welche angeblich auch die von sozialistischen Emissären bearbeiteten Bauern gewonnen sein sollen. Sicher ist, daß ein Zirkular des Ministers des Innern Durnowo zu größter Vorsicht gemahnt hat, und daß überall von den staatlichen Autoritäten entsprechende Sicherheitsmaßregeln ergriffen werden. Neuerdings werden diese Nachrichten auch vom „Journal des Débats" bestätigt. „Wenn man den Gerüchten glauben darf — schreibt das Blatt —, die uns ein Warschauer Korrespondent übermittelt, so muß mit dem Beginn des Frühlings

eine allgemeine Erhebung in Polen erwartet werden. Die Bevölkerung habe sich mit den Revolutionären verständigt und der Ausblick in die Zukunft sei so finster, wie irgend denkbar." Nun trösten die „Débats" sich freilich damit, daß die Eröffnung der Duma die Geister beruhigen werde. Aber es fällt schwer, daran zu glauben. Wir hoffen vielmehr, daß, wenn die in Polen stehenden Truppen zuverlässig bleiben, wie sich mit gutem Recht erwarten läßt, der Aufstand entweder im Keime erstickt oder gewaltsam niedergeschlagen wird. Ganz dasselbe läßt sich von den immer aufs neue für das Frühjahr angekündigten Bauernaufständen sagen, zu deren Bewältigung die Regierung ebenfalls die umfassendsten Vorbereitungen getroffen hat. Es ist dabei ein für sie günstiges Moment, daß die warme Jahreszeit zu so sehr verschiedenen Zeiten in den weit auseinander liegenden russischen Gouvernements eintritt, so daß eine gleichzeitige Erhebung der gesamten Bauernschaft nicht wahrscheinlich ist. Aber die Erregung im Volke ist groß, und wie stets in solchen Zeiten, laufen jetzt die wunderbarsten Legenden und Wunderzeichen im Volke um. So heißt es jetzt, daß die Erde weine! Noch seien es gewöhnliche salzige Tränen, wenn aber diese Tränen blutig werden, dann komme das Ende! Wie ein Korrespondent der „Nowoje Wremja" erzählt, seien kürzlich auch solche blutige Tränen gesehen worden, ein Pilger, der aus Jerusalem heimkehrte, hat sie selbst gesehen, und die geängstigten Bauern glaubten ihm aufs Wort. Es ist eben eine andere Welt und das Unwahrscheinlichste wird am begierigsten aufgenommen.

Daß unter solchen Verhältnissen und Befürchtungen die russischen Bemühungen um eine neue Anleihe nur wenig Aussichten auf Erfolg haben, ist begreiflich. In Frankreich hat Rußland keinerlei Chancen, solange das Ministerium Sarrien am Ruder ist, in Deutschland ist die Finanzwelt gleichfalls sehr zurückhaltend, und die Stimmung ist durch die letzte russische Aktion in der Algecirasaffäre nicht besser geworden. Von England wäre Geld zu haben, aber doch nur gegen Sicherheiten auf russischem Boden, d. h. auf Grund rentabeler Konzessionen, und das gleiche gilt wohl von den Vereinigten Staaten von Nordamerika. Vielleicht bessern sich die Aussichten, wenn die kritischen Frühlingswochen glücklich hingegangen sind, die Duma arbeitet und an der Spitze Rußlands wieder Männer stehen,

denen das Vertrauen Rußlands und der nichtrussischen Welt sich zuwendet.

Aber es läßt sich nicht übersehen, daß die Ruchlosigkeit der russischen Sozialisten immer aufs neue die Hoffnung auf einen günstigen Ausgang erschüttert. So sind kürzlich in der Kindlerschen Spinnerei zu Pabionice, bei Lodz, 34 Mädchen, welche sich geweigert hatten, zu streiken, durch Ausstreuen von Giftpulver auf die Dielen von den „Genossen" vergiftet worden. Einige sind bereits gestorben, die anderen Arbeiterinnen liegen schwerkrank darnieder! Wir denken, es ist die höchste Zeit, daß unsere Sozialdemokratie sich von diesen Genossen lossagt. Unter allen Umständen aber scheint es uns angezeigt, die schärfste Aufsicht über die aus Rußland und Polen nach Deutschland fliehenden Sozialisten, namentlich so weit sie zum „Bund" gehören, auszuüben.

Darf man sich wundern, daß in Hinblick auf Ereignisse, wie sie jetzt fast überall in Rußland sich wiederholen, 69 Prozent des russischen Territoriums unter Ausnahmegesetzen stehen?

30. März. Vertagung des österreichischen Abgeordnetenhauses.
31. März. Verständigung zwischen Frankreich und Deutschland auf der Konferenz von Algeciras.
1. April. Nachricht von deutschen Verlusten in Südwestafrika.
2. April. Unterzeichnung des deutsch-englischen Abkommens über die Nordwestgrenze von Kamerun.
4. April. Demission des ungarischen Kriegsministers Lanyi.

---

4. April 1906.

Mit dem 31. März hat das Jahr der Marokkofrage — ein volles rundes Jahr — seinen Abschluß gefunden. Es stehen nur noch formale Arbeiten bevor, und mit Ausnahme der Herren, denen die Formalien übertragen worden sind, können die übrigen Mitglieder der Konferenz sich von den Mühen und Aufregungen ihrer gewiß nicht leichten Tätigkeit erholen. Sie wollen einen mehrtägigen Besuch in Tanger machen; wenn sie nach Algeciras zurückgekehrt sind, werden sie ihre Namen unter die Konferenzakte setzen, und damit werden dann auch die Formalien erledigt sein. Schon jetzt aber wird von der Presse aller an der Konferenz beteiligten Mächte das Fazit der Verhandlungen gezogen und erwogen, was sie gebracht hat. Es ist aber charakteristisch, daß die Betrachtungen sich vornehmlich auf ein Abwägen des Gewinnes oder Verlustes beschränken, die Deutschland und Frankreich zugefallen sind. An sich ist die Tatsache interessant, wenn man sich des Ausgangspunktes der marokkanischen Differenzen erinnert. Der Gedanke Herrn Delcassés war, daß es deutsche Interessen in Marokko nicht gebe, mit Übergehung Deutschlands hatte er sein marokkanisches Abkommen mit England, seinen spanischen Vertrag und seine italienische Verständigung zum Abschluß gebracht. Eine Gnadenfrist von dreißig Jahren war dem Welthandel in Marokko gesetzt worden. Was dann folgen sollte, wurde in ein absichtliches Dunkel gehüllt, aber wohl an keiner Stelle bestand ein Zweifel darüber, daß spätestens dann jene pénétration pacifique ihr Ziel erreicht haben sollte; wie Tunis, vielleicht sogar wie Algier, mußte Marokko dann in das Gebiet der französischen Kolonialpolitik gefallen sein. Das Einschreiten Deutschlands hat diese Lösung, die eine Verwicklung

bedeuten konnte, unmöglich gemacht. Aber unsere Aktion war zugleich eine Aktion, die der Gesamtheit der am Welthandel interessierten Mächte, die ganzen und halben Alliierten Frankreichs miteingeschlossen, zugute kam. Durch die Verwirklichung des Programms vom 31. März 1905 haben Souveränität des Sultans, Integrität seines Gebietes und das zeitlich unbeschränkte Prinzip der offenen Tür völkerrechtlich Anerkennung gefunden. Es ist nicht möglich, daß eine Macht sich einseitig darüber hinwegsetze, sie stände in solchem Falle nicht nur dem Sultan von Marokko, sondern allen Konferenzmächten gegenüber. Marokko bleibt als ein Besonderes bestehen, das weder mit Tunis, noch mit Algier in eine Gleichung gesetzt werden kann. Das steht heute unbedingt fest. Wenn, wie der im „Standard" seinerzeit veröffentlichte Text des französisch-spanischen Abkommens sagte, eine Teilung Marokkos zwischen Frankreich und Spanien das Ziel war, so ist dieser Vertrag obsolet geworden. Aber die Konferenz hat sich dazu verstanden, an der Durchführung der geplanten Reformen diesen beiden Mächten einen überwiegenden Anteil zu gewähren, die Ausbildung der marokkanischen Polizeitruppe ist ihnen in den acht Hafenstädten unter internationaler Kontrolle übertragen worden. Bekanntlich ist es gerade über diesen Punkt zu lebhaften Gegensätzen gekommen, wir wollten auch die Ausbildung der Polizei international gehandhabt wissen, die Franzosen (und Spanier) keine Kontrolle dulden. Dann spitzte sich der Streit um Casablanca zu, dem wir unter Preisgebung der übrigen Häfen an Spanien und Frankreich eine besondere Stellung zu geben wünschten. Auch hätte sich hier, wenn Rußland nicht seine althergebrachte Mittelmeerpolitik fallen gelassen und Visconti-Venosta sich der Zugehörigkeit Italiens zum Dreibunde erinnert hätte, unsere Forderung wohl durchsetzen lassen. Aber ein vitales Interesse bedeutete Casablanca für uns nicht, und im Zusammenhang mit Zugeständnissen, die uns auf dem gleichfalls hart umstrittenen Gebiete der Bankfrage gemacht wurden, gaben wir diese Position auf. Was wir beibehielten, und worin in keinem der zahlreichen Artikel des Vertrages ein Zugeständnis gemacht werden durfte, war das konsequent aufrechterhaltene Prinzip der Internationalisierung aller Neuordnungen und Reformen. In dieser Hinsicht ist namentlich ein Einblick in die fünfzehn Artikel, welche die Staatsdienstzweige und die öffentlichen Arbeiten betreffen, überaus lehrreich

und erfreulich. Die Bahn für einen ehrlichen Wettbewerb ist durchaus frei und das souveräne Recht des Sultans peinlich genau behauptet worden. Deutschland hat nach all diesen Richtungen hin keinerlei Sondervorteile gefordert und sich mit der rechtlichen Gleichstellung aller zufrieden gegeben. Dem Sultan sind die Garantien für Aufrechterhaltung seiner Selbständigkeit gegeben worden, die möglich waren, und da Frankreich und Spanien ihm sein Reich in den bestehenden Grenzen als integer anerkannt haben, von anderer Seite eine Gefährdung aber ausgeschlossen ist, läßt sich allerdings darauf rechnen, daß für Marokko bessere Tage sich vorbereiten. Man darf mit Bestimmtheit annehmen, daß eine Unterstützung des Prätendenten durch Geld und Waffen nicht mehr erfolgen wird, damit aber würde die wesentlichste Ursache der inneren Zerrüttung Marokkos beseitigt sein.

So haben wir die Verpflichtungen eingelöst, die das Kaiserwort vom 31. März uns auflegte. Unsere Position ist durchaus klar; dem Sultan wie Frankreich gegenüber ist sie durch den neuen Vertrag geregelt, und in diesem Sinne läßt sich wohl sagen, daß es für Deutschland keine marokkanische Frage mehr gibt, sondern nur eine Reihe international gesicherter Rechte deutscher Untertanen in Marokko, die das Reich ebenso zu behaupten hat, wie überall, wo Deutsche auf fremdem Boden ihrer Arbeit und ihrem Berufe nachgehen. Diese rechtlich unanfechtbare Gleichstellung der Deutschen mit den übrigen auf marokkanischem Boden lebenden oder Marokko zu Handelszwecken und in anderem Anlaß besuchenden Fremden, seien es nun Engländer, Franzosen, Spanier oder Amerikaner, ist unser Gewinn auf der Konferenz, soweit Marokko in Betracht kommt. In unseren Beziehungen zu Frankreich war Marokko nur ein zufälliges Streitobjekt. Herr Delcassé hätte ebensogut eine beliebige andere Frage so zuspitzen können, daß wir genötigt waren, unsere Würde zu verteidigen. Mit ihm und nach seinem Zusammenbruch mit seinem, wie es schien, fortlebenden System hat unsere Diplomatie und neben ihr unsere Presse zu ringen gehabt. In letzterer Hinsicht ist unsere Stellung ganz besonders ungünstig gewesen. Die französische, englische und italienische Presse arbeiteten wie nach einem Programm einander in die Hände, die englischen Preßstimmen fanden zugleich ihren Widerhall in den Vereinigten Staaten von Nordamerika, und während namentlich die englischen und französischen Artikel überall im Original gelesen wurden,

haben die deutschen Zeitungen eigentlich nur für Deutschland geschrieben, einige von ihnen aber durch ihre ausländischen Korrespondenten sogar direkt gegen das deutsche Interesse. In Paris, London, Rom und New York erfuhr man von der deutschen Presse nur in den Auszügen der von Reuter und der „Agence Havas" beherrschten Telegraphenagenturen, d. h. in verkürzten und gefärbten, gegen unsere Politik gerichteten Auszügen. Es wurden Schlagworte erfunden, wie das berüchtigte „la France ôtage", kurz, es geschah alles, um ein ungünstiges Licht auf unsere Absichten zu werfen. In England arbeitete auch unter dem neuen Kabinett das berüchtigte Preßkonsortium, das in der „National Review" seinen monatlichen und in der „Times" seinen täglichen Vergiftungsapparat hatte, mit den alten Mitteln weiter, in Frankreich hat zumal der „Temps" das Denkbarste getan, um die öffentliche Meinung Frankreichs in falsche Bahnen zu lenken. Nur so erklärt es sich, daß es möglich war, vorübergehend die Vorstellung zu erwecken, daß eine wirkliche Weltkrisis, die Frage von Krieg und Frieden drohte. Deutschland hat die ganze Zeit über in der Parade gestanden und wie ein guter Fechter dabei auch manchen Hieb geführt, der „gesessen" hat. Aber es war eine Mensur, kein Duell, und heute, da das Rapier weggestellt ist, sehen wir keinen Grund, nachträglich den Handschlag zu verweigern. Nur fällt es uns schwer, daran zu glauben, daß die künstlich gepflegte Aufregung sich so schnell legen wird, wie man wünschen möchte und wie die Optimisten hüben und drüben hoffen. Sollten sie recht behalten, so wird niemand mehr damit zufrieden sein als wir.

Eines aber erscheint uns unerläßlich, daß dafür gesorgt wird, daß in den Fremdländern Deutschland in der Presse auch zu Worte kommt. In einer anonymen Broschüre: „Die Presse als Weltmacht", die in Zürich erschienen ist und deren Verfasser zeichnet: ein „Ausland-Deutscher", werden höchst beachtenswerte Vorschläge nach dieser Richtung gemacht, die wir allen deutschen Politikern und Staatsmännern zu ernster Beachtung empfehlen. Die Organisation unseres Nachrichten- und Preßdienstes läßt alles zu wünschen übrig und steht himmelweit hinter der englischen und französischen zurück. Wenn ruhigere Zeiten eingetreten sind, wollen wir auf diese wichtige Frage noch näher eingehen.*)

*) Es gibt unseres Wissens heute nur ein einziges Blatt, das in fremder Sprache energisch deutsche Interessen vertritt, das in Yokohama erscheinende

Es ist übrigens ganz richtig, daß alle Welt aufatmet, seit die Konferenz von Algeciras ihre Arbeiten beendigt hat. Man ist eine Selbstsuggestion los geworden und kann sich wieder halb vernachlässigten realen Interessen zuwenden. In England sind es zurzeit die südafrikanischen Angelegenheiten, ein Aufstand der Schwarzen in Natal und die neue Verfassung für Transvaal und Oranjekolonie, dazu die schweren Probleme, welche Landwirtschaft und Arbeiterverhältnisse dem neuen Kabinett setzen; in Frankreich krankt das innere Leben noch immer an den Folgen der Kirchenpolitik von Combes und an der fortdauernden Parteiherrschaft des Grand Orient und der Sozialisten. Nebenher geht die Einführung der zweijährigen Dienstpflicht, die noch weit schärfer als bei uns zur Durchführung gelangt, aber aller Wahrscheinlichkeit nach auch die Sekte der Antimilitaristen noch weiter stärken wird. Auch der große Ausstand der Bergleute in Lens macht Sorgen, ganz abgesehen von den Nöten, welche dem herrschenden Parlament die Neuwahlen bereiten. Hat die jetzige Regierung den Apparat der Maires und Präfekten zur Verfügung, so stehen ihr doch auch mächtige Gegner gegenüber, und es kann daher keineswegs vorausgesehen werden, ob das Kabinett die Krisis der Wahlen überstehen wird.

Den Gerüchten, die von weitgehenden politischen Plänen Italiens wissen wollen, schenken wir keinen rechten Glauben, sofern sie mit der europäisch-orientalischen Frage in Zusammenhang stehen. Das wäre ein Abenteuer, und das Ministerium Sonnino hat die redliche Absicht, ein Ministerium innerer Reformen zu sein. Auch ist der Tod von Ras Makonnen ein für Italien unliebsames Ereignis, das es geraten erscheinen läßt, naheliegende Pflichten nicht durch entfernte Möglichkeiten zu gefährden. Aber allerdings, es ist keineswegs alles normal auf der Balkanhalbinsel. Die ewige mazedonische Frage hat sich trotz aller Reformen und trotz aller Kontrolle in nichts gebessert, weil die Rivalität der Kirchen und Nationalitäten nach wie vor fortdauert und von den Nachbarstaaten der unglücklichen Provinz geflissentlich genährt wird. Wollte man wirklich Frieden schaffen, so wären die Regierungen von Griechenland, Bulgarien und Serbien verantwortlich zu machen für die Mord- und Raubanfälle, die ihre

vortreffliche Wochenblatt „The Eastern World". Herausgeber, Eigentümer und Redakteur F. Schroeder.

„Comités" durch bewaffnete Banden ausüben lassen. Die von jeder Seite wiederholten Versicherungen, daß jene Einfälle ohne Wissen und wider Willen der Regierungen stattfanden, verdienen nicht den geringsten Glauben und würden, wären sie wahr, nur den Beweis liefern, daß die Regierungen der drei Staaten im eigenen Hause nicht Herren sind. Ist das aber richtig, so fragt man sich, welchen Anspruch sie erheben dürfen, noch weitere Territorien in ihr Willkürregiment hineinzuziehen. Unzweifelhaft hat Mazedonien sich weit glücklicher befunden, als es noch mit den Türken allein zu rechnen hatte.

Aber auch in der islamischen Welt machen seit geraumer Zeit sich die Spuren einer steigenden Erregung geltend. Sie sind sowohl durch die früheren Stadien der Marokkofrage wie durch die Ereignisse im Kaukasus und den Aufstand in Süd- und Westarabien lebendiger geworden, es könnte verhängnisvoll werden, wenn neue Herde der Beunruhigung entstehen.

Wir können bei diesem schnellen Überblick nicht an Ostasien vorübergehen. Die vor acht Tagen von uns gebrachte Apostrophe von Menschikow, in der die Möglichkeit eines neuen russisch-japanischen Krieges ins Auge gefaßt wurde, hat vielfach Befremden erregt, und in der Tat läßt sich schwer verstehen, wie Rußland jetzt einen neuen Krieg auf sich nehmen sollte. Es ist uns aber aus guter Quelle die Nachricht zugegangen, daß allerdings in Russisch-Ostasien eine tiefe Erbitterung darüber herrsche, daß Japan schon jetzt in Korea und in der Mandschurei über die Bestimmungen des Friedenstraktates hinaus um sich zu greifen beginnt, und daß es die Chinesen aufreize, die den Russen gegenüber von einer bisher unerhörten Anmaßung erfüllt seien. Das stehe mit der allgemeinen fremdenfeindlichen Bewegung in Zusammenhang. Andererseits könne nicht übersehen werden, daß China sich zurzeit wohl noch die Japaner als Lehrmeister gefallen lasse, sie aber abschütteln werde, sobald es sie nicht mehr nötig zu haben glaube, während dem Ehrgeiz der Japaner die Oberherrschaft über China als Ziel vorschwebe. Der „Eastern World" glaubt, daß, wenn es in der Mandschurei zu ernsten Gegensätzen zwischen China und Japan kommen sollte, ein zweiter chinesisch-japanischer Krieg keineswegs zu den Unmöglichkeiten gehöre. Das Organ des Marquis Ito (der jetzt als Generalgouverneur nach Söul gezogen ist), die „Japan Times" schreibt, wie wir ebenfalls dem „Eastern World"

entnehmen, am 14. Februar den Chinesen die folgende Warnung — oder soll man sagen Drohung? — ins Album: „Es fiel Japan zu, dem Holzfäller im Norden (Rußland) ein Halt zuzurufen, und darauf zu sehen, daß der alte Baum (China) nicht nur erhalten, sondern, wenn möglich, verjüngt werde: die Erfüllung dieser Pflicht war Japan sowohl sich selbst als der übrigen irregeleiteten Welt schuldig. Und es kann wieder das Los auf Japan fallen, diesmal China wieder zu Verstand zu bringen, und die Stunde, dies zu tun, scheint nicht im geringsten zu früh zu sein; denn es würde gefährlich für den Frieden des fernen Ostens sein, China zu gestatten, sich durch seine Verblendung zu weit irre führen zu lassen."

Das ist sehr selbstbewußt und dürfte nicht jedermann gefallen: ein chinesisch-japanischer Krieg berührt direkt die Interessen Europas und Amerikas und würde zugleich in Widerspruch zu dem Frieden von Portsmouth stehen, dessen Stipulationen die Integrität Chinas garantieren, so daß man schon deshalb und weil er notwendig die englisch-japanische Allianz auflösen müßte, nicht an den Ernst dieser Drohungen glauben mag. Aber offenbar denkt man in Ostasien darüber anders als bei uns, und in Amerika, das von den Philippinen aus den Verhältnissen des fernen Ostens näher steht, dürfte das gleiche der Fall sein. In Rußland beobachtet man die wirkliche oder vermeintliche Rivalität der Vereinigten Staaten und Japans nicht ohne Schadenfreude. Die „Nowoje Wremja" vom 31. März bringt eine Reihe von Karikaturen, welche nicht übel zeigen, wie Amerika das kleine Japan erst groß zieht und dann vor Schreck umfällt, als aus dem Kleinen ein Riese geworden ist, der das Dach des Hauses abheben muß, um sich in seiner vollen Größe aufzurichten!

Was endlich Rußland betrifft, das nach Abschluß der Konferenz endlich seine Anleihe von Frankreich zu erhalten alle Aussicht hat, so drohen dort zurzeit drei Gefahren: die Rache der Anarchisten, der Generalstreik und die Erhebung der Bauern. Des Generalstreiks, der für die Zeit unmittelbar vor Eröffnung der Duma geplant ist, um diese unmöglich zu machen, und der Agrarbewegung hofft die Regierung mit Hilfe des Militärs, das sich doch überall treu zeigt, Herr zu werden. Schwieriger ist es, den Terror der Anarchisten auszurotten. Alexander III. hat freilich die Nihilisten zeitweilig bewältigt, aber wie sich jetzt zeigt, doch nur äußerlich. Die Gesinnung

blieb, und die Partei der heutigen Terroristen ist gewiß nicht minder gefährlich. Zahllose sind verbannt, erschossen, erhängt worden, aber es scheint unmöglich, dieser Hydra alle Köpfe abzuschlagen. Täglich werden neue Bombenniederlagen entdeckt, und täglich hört man von neuen Attentaten und Morden. Die Zersetzung des Ministeriums, von der wir jüngst berichteten, setzt sich fort; aber wie es scheint, bleibt Witte, obgleich sein sehnlichster Wunsch sein soll, die Ministerpräsidentschaft gegen eine Botschaft einzutauschen. Der Zar aber will ihn nicht gehen lassen; nicht aus persönlicher Zuneigung, die soll nur gering sein, aber weil man ihn noch zu brauchen meint. Hinter Witte aber steht keine Partei, die ihn stützt, und es läßt sich vorhersehen, daß ihn in der Duma die leidenschaftlichsten Angriffe erwarten. Da ein großer Teil der Wahlmänner bereits gewählt ist, läßt sich die Zusammensetzung der Duma bereits erkennen. Sie wird aus Radikalen und Dunkelmännern bestehen, nur wenig gemäßigte Elemente aufzuweisen haben und wohl nicht sehr arbeitsfähig sein. Daß mehr als einzelne Sozialrevolutionäre hineinkommen, ist nicht wahrscheinlich, da die Regierung sehr rücksichtslos die sozialdemokratischen und zum Teil auch die „Kadetten"- (konstitutionelle Demokraten) Versammlungen auseinandergesprengt hat. Die Bauern haben viele Dorfgeistliche als Wahlmänner aufgestellt, müssen aber selbst durch mindestens 51 Bauern vertreten sein. Aber man muß darauf rechnen, daß ihre Zahl weit höher sein wird. Die Fabrikarbeiter haben meist gar nicht gewählt. Zu alledem wächst die Beunruhigung wegen Polens. Man befürchtet, daß für den Fall eines Generalstreiks dort eine Revolution mit dem alten Unabhängigkeitsprogramm ausbricht. Ein in Berlin in russischer Sprache erscheinendes hochkonservatives Blatt tritt allen Ernstes mit dem Gedanken hervor, Polen an Preußen abzutreten. Dann werde Rußland Ruhe haben und Preußen auf viele Jahre an seiner Ostgrenze durch die Polen in Atem gehalten werden. Man kann nicht liebenswürdiger sein. Aber es verlohnt vielleicht, daran zu erinnern, daß Kaiser Nikolaus I. im Jahre 1831 und Kaiser Alexander II. im Jahre 1863 sich mit demselben Gedanken getragen haben. Sie ließen ihn aber fallen, sobald die Waffen für sie entschieden hatten, und so denken wir, wird es auch diesmal sein.

5. April. Erkrankung des Fürsten Bülow im Reichstag. Vertagung des Reichstages. Ausbruch des Vesuvs.
6. April. Konstituierung eines ungarischen Kabinetts Wekerle-Kossuth.
7. April. Unterzeichnung des Schlußprotokolls der Marokkokonferenz.
8. April. Ermordung des Gouverneurs Slepzow in Twer.
10. April. Weitere Schädigungen durch den Ausbruch des Vesuvs.

---

11. April 1906.

Der Unfall, der den Reichskanzler auf dem parlamentarischen Schlachtfelde traf, und der nun im wesentlichen als glücklich überwunden betrachtet werden darf, hat die eine erfreuliche Folge gehabt, daß im Gegensatze zu den Angriffen, die im Laufe des letzten Jahres gegen Richtung und Führung der deutschen Politik erhoben wurden, heute von allen Seiten her anerkannt wird, daß Fürst Bülow mit Geschick und Festigkeit eine Politik vertreten hat, deren Ziel der Frieden und die Behauptung der Würde Deutschlands im Rat der Völker ist. Wir wollen hoffen, daß dieses Bekenntnis in der Erinnerung derjenigen haften wird, von denen es ausgegangen ist — eine wahre Flut ungerechter Verdächtigungen wäre dadurch auf das heilsamste eingedämmt. Dem verehrten Staatsmanne aber wünschen wir eine Zeit ruhiger Erholung von der ungeheuren Last, die ihm die inneren wie die auswärtigen Angelegenheiten auferlegt haben, damit er danach mit gestärkter Kraft aufs neue an seine verantwortungsschwere Arbeit gehen kann.

Die Rede, mit der Fürst Bülow die Etatsverhandlungen am Donnerstag einleitete, ist im Auslande an keiner Stelle auf Widerspruch gestoßen. Auch beschränkte sie sich darauf, in großen Zügen den Ursprung, den Verlauf und den erfreulichen Ausgang der Marokkokrisis darzulegen, ohne auf das Detail der Verhandlungen einzugehen. Er hat in der Tat seine Worte sehr sorgsam abgewägt, aber dabei doch nicht unterlassen, darauf hinzuweisen, daß das eigentliche Problem nicht Marokko war, daß es sich vielmehr auf die Frage

zuspitzte, ob das Deutsche Reich sich als quantité négligeable behandeln lasse, oder ob es seine Würde zu wahren wissen werde. Nur die Tatsache, daß diese Frage den Untergrund des marokkanischen Problems bildete, erklärt es, daß einige Wochen hindurch allen Ernstes hüben und drüben erwogen werden konnte, ob der Friede sich werde behaupten lassen. Ohne die Kombination von Mäßigung und Festigkeit, welche die deutsche Politik von Anfang bis zu Ende einhielt, wäre es schwerlich möglich gewesen, und das mag auch den Ernst erklären, mit dem wir auf die möglichen Konsequenzen einer Politik hinwiesen, die für uns in dem Namen Delcassé gipfelte. Das war absolut notwendig, wenn nicht gefährliche Täuschungen aufkommen sollten.

Die Rede des Frhrn. v. Hertling sagte uns nichts Neues, und in der Rede des Abgeordneten Bebel haben wir nur die alte Unbelehrbarkeit der sozialdemokratischen Führer wiedergefunden, dazu ein wahrhaft kindliches Agieren mit dem lückenhaften Material des Gelbbuches und des Weißbuches, über das Historiker und Politiker nur lächeln können. Um es ein für allemal zu sagen, derartige Publikationen sind appretierte Bruchstücke von Verhandlungen, die nach internationalem Usus nur mit Zustimmung der an den Verhandlungen beteiligten Kabinette veröffentlicht werden, und meist Zwecken der inneren, nicht der auswärtigen Politik dienen. Unser bescheidenes Weißbuch wäre wahrscheinlich nie veröffentlicht worden, wenn nicht die dickleibige, wegen ihres Umfanges von Herrn Bebel so sehr gerühmte französische Publikation vorausgegangen wäre. Auf keiner Seite aber hat die Absicht bestanden, ein vollständiges Bild der Ereignisse zu entwerfen. Dazu wäre unerläßlich gewesen, ein authentisches Protokoll jener Sitzung des französischen Ministeriums vom 6. Juni 1905 der Öffentlichkeit preiszugeben, in der Herr Delcassé die letzten Ziele seiner Politik enthüllte. Dieses Protokoll, wenn überhaupt es in annähernder Vollständigkeit geführt worden ist, wird aber aller Wahrscheinlichkeit nach in absehbaren Zeiträumen überhaupt nicht gedruckt werden, so daß wir mit unserer Wißbegierde uns werden bescheiden müssen, es sei denn, daß ein indiskreter Memoirenschreiber einmal die Wahrheit auf den Markt trägt.

Daß Fürst Bülow wegen seines Ohnmachtsanfalles nicht die, wie es heißt, geplante ausführlichere zweite Rede halten konnte, hat

dem Abgeordneten Bebel gewiß manchen scharfen Hieb erspart, denn er gab sich Blößen, die ein so geschulter Fechter wie Fürst Bülow nicht geschont hätte. Aber wer „Enthüllungen" erwartete, hätte sich gewiß enttäuscht gefühlt. Nach überwundener Krisis ist nicht die Zeit dazu. Aber allerdings hätte der Kanzler in seiner luziden Weise wahrscheinlich die Irrtümer und Irrlehren Bebels zurückgewiesen und das von ihm verschobene Bild der Weltlage wieder zurechtgerückt. Denn, wie neuerdings der Graf Berchem, unser ehemaliger Unterstaatssekretär, in den „M. N. N." sehr treffend ausführt, das Gerede von der Isolierung Deutschlands mutet doch den als sehr kleinmütig an, der sich erinnert, daß wir unsere besten Erfolge errungen haben aus eigener Kraft, alleinstehend, auf eigene Gefahr und zu eigenem Vorteil. So war es 1866 und 1870 und so während der rechtzeitig geschlossenen Krisis von 1867. In Marokko aber hat Österreich-Ungarn treu zu uns gestanden, und die Vereinigten Staaten standen gewiß nicht auf seiten unserer Gegner. Einer der wichtigsten Vermittelungsvorschläge ist von ihnen ausgegangen, er scheiterte am Widerspruch von England und Frankreich, während Deutschland ihm zustimmte. Wie im russisch-japanischen Kriege, hat Präsident Roosevelt auch in der marokkanischen Kontroverse die Sache des guten Rechts und der gesunden Vernunft vertreten, und das wird ihm unvergessen bleiben.

Eine große Einmütigkeit zeigte der Reichstag in seiner Abneigung gegen Aufnahme einer russischen Anleihe. Darin trafen alle Parteien zusammen, wenn auch aus sehr verschiedenen Gründen. Herr Bebel argumentierte mit dem Martinschen Buch und mit seinen Sympathien für die revolutionäre Bewegung in Rußland. Wenn auch mit geringerer Leidenschaft vorgetragen, trafen seine Gedanken doch mit denen zusammen, die Maxim Gorki kürzlich im „Berliner Tageblatt" niedergelegt hat: Dieser Regierung keinen Groschen. Auch die jetzt eingegangene Zeitung „Ruß" argumentierte ähnlich: wer der reaktionären Regierung Geld vorstrecke, sei ein Feind der Freiheit und verletze das Budgetrecht der russischen Reichsduma. Gorki aber ist jetzt auf dem Wege nach Amerika, um dort für die Erneuerung der russischen Revolution Bundesgenossen und Geld zu werben.

Natürlich sind all die oben angeführten Argumente hinfällig. Wir würden Herrn Martin mit seiner Ankündigung des russischen

Staatsbankerotts und des Zerfalls Rußlands in seine Parzellen recht geben, wenn Rußland sich in eine Republik verwandelte, aber wir glauben und hoffen, daß die Dynastie sich behaupten wird. Den politischen Wahnsinn der Revolutionspartei zu unterstützen, liegt uns, abgesehen von allen prinzipiellen Gegensätzen, schon deshalb fern, weil wir den Brand im Nachbarhause als eine Gefahr betrachten, über das Budgetrecht der Reichsduma zu wachen aber haben wir keinen Beruf, auch kann ja erst das Budget für 1907 der Duma vorgelegt werden. Die russische Regierung aber braucht nach den ungeheuren Verlusten, die Krieg und Revolution zur Folge gehabt haben, durchaus, und zwar gleich große Summen, um das Reich wieder aufzurichten. Von unserem Standpunkte aus ist es nur wünschenswert, daß dieses Geldbedürfnis auch wirklich befriedigt wird, und da England und Frankreich bereit sind, die ungeheuere Summe von $2^1/_4$ Milliarden Franks herzugeben, wird es auch befriedigt werden. Daß wir in dem Moment, da wir selbst eine große Anleihe aufnehmen, an jenem englisch-französischen Geschäft nicht teilnehmen, hat also seine guten wirtschaftlichen Gründe. Man mag es nebenher erklärlich finden, wenn wir bei der wenig freundlichen Haltung, welche das russische Ministerium des Auswärtigen, trotz der großen Dienste, die wir Rußland in schwerster Zeit geleistet haben, uns gegenüber behauptet hat, keine besondere Neigung zeigen, ein immerhin vorhandenes, nicht unbedeutendes Risiko auf uns zu nehmen. Ohne eine Kampagne gegen die russischen Werte zu führen, bleiben wir in der Anleihefrage neutral. In Frankreich, das allein an Zinsen von auswärtigen Anleihen gegen $1^1/_2$ Milliarden Franks zieht und das zudem Rußlands Bundesfreund ist, greifen materielle Erwägungen der kleinen Rentner, momentane Vorteile der großen Bankhäuser und politische Erwägungen ineinander, um das Geschäft populär zu machen, bei uns müßte eine russische Anleihe dem Publikum aufgeschwatzt werden, und dazu liegt keinerlei Notwendigkeit vor. Die Beteiligung Englands an der russischen Anleihe scheint ebenfalls vornehmlich in den Verhältnissen des Geldmarktes ihre Erklärung finden zu müssen, aber es ist nicht unwahrscheinlich, daß auch die Hoffnung auf eine politische Annäherung an Rußland mitspielt. Ob die Rechnung richtig ist, kann nur die Zukunft zeigen. Zunächst ziehen wir aus der Tatsache, daß die Anleihe überhaupt von England und Frankreich ge-

währt wird, Schlüsse, die sehr nachdrücklich gegen die Martinschen Zukunftsbilder sprechen.

Inzwischen sind in Rußland die Wahlen der Wahlmänner für die Reichsduma in den beiden Hauptstädten und in einer Reihe anderer größerer Städte vor sich gegangen. Sie haben fast überall zu einem Siege der konstitutionellen Demokraten geführt, aber es wäre verfrüht, daraus den Schluß zu ziehen, daß diese Partei eine entscheidende oder auch nur die führende Rolle in der Reichsduma spielen wird. Man darf eben nicht vergessen, daß die Städte in Rußland dünn gesät sind und daß sie in Summa nur über 28 Sitze zu verfügen haben. Die ungeheure Mehrzahl der übrigen Abgeordneten wird teils von den Bauern (51) allein, teils von den kleinen Städten, den kleinen bäuerlichen Grundbesitzern und den Großgrundbesitzern in den Kreis- und Gouvernementswahlversammlungen gewählt und überall wird das bäuerliche Element einen sehr großen Einfluß ausüben. Was aus diesen Wahlkreisen hervorgeht, kann aber nur in Ausnahmefällen den konstitutionellen Demokraten zufallen. Vielmehr wird hier die Partei des 17. Oktober ernten und mehr noch als sie die vielnamigen Parteien, welche den Gedanken der Aufrechterhaltung der zarischen Omnipotenz vertreten. Den Grundstock aber muß die kommunistisch gefärbte Bauernschaft bilden, während die Fabrikarbeiter, die sich zum größeren Teil der Wahl enthalten haben, kaum vertreten sein werden. Sozialdemokraten und Sozialrevolutionäre dürften daher nur ausnahmsweise durchdringen, zumal auch die Regierung rücksichtslos ihren Einfluß geltend macht. Wir werden also zum Schluß gedrängt, daß, wenn die Regierung die Bauern zu gewinnen versteht, der Sieg ihr gehört — vorausgesetzt, daß sie weiß, was sie will, woran nicht wenige der Bestorientierten zweifeln. Endlich ist noch ganz unklar, welchen Charakter die Wahlen in Polen, im Kaukasus, in Sibirien und in den baltischen Provinzen tragen werden. Was die letzteren betrifft, so scheinen die Deutschen sich endlich darauf zu besinnen, daß ein entschlossener Egoismus für sie Pflicht der Selbsterhaltung ist: zusammenhalten, und deutsche Kandidaten durchbringen. Jede andere Politik wäre ihr Verderben. Das ist neuerdings recht nachdrücklich in einer in Riga gedruckten anonymen Broschüre „Am Scheidewege" ausgeführt worden. In Polen scheinen die Wahlen sich unter der Fahne: „Autonomie" voll-

ziehen zu wollen, und die radikalen und panslavistischen Elemente unter den Russen begünstigen dieses Programm. So finden wir in der an Stelle von „Ruß“ und „Molwa“ getretenen Zeitung „Das zwanzigste Jahrhundert“ (dwadzaty wiek), die durchaus panslavistisch ist, den Gedanken, daß der Sieg der konstitutionellen Demokraten auch den Sieg des polnischen Gedankens bedeute. Der gegenwärtige Augenblick kann für die Slaven und vielleicht auch für die Geschicke Europas von ungeheuerer Bedeutung werden. „Die märchenhaften Erfolge der Kadetten (konstitutionellen Demokraten) erscheinen ohne Zweifel als ein Sieg der slavischen Idee. Denn wird erst der Weg beschritten, der den russisch-polnischen Streit hinwegräumt, so gewinnen alle übrigen slavischen Interessen sofort eine aktuelle Bedeutung, und eben deshalb werden sie zur Kotierung auf der politischen internationalen Börse zugelassen werden.“ In welche Formen die slavische Einheit gegossen werden soll, ob in die Form einer Föderation autonomer nationaler Einheiten, oder ob vorläufig in die praktischere und leichter zu verwirklichende Form eines Zollvereins von Rußland, den Balkanstaaten und Österreich-Ungarn, das seien Fragen, mit denen sich der „Slaven-Bund“ in Rußland in enger Gemeinschaft mit den entsprechenden Organisationen im Auslande zu beschäftigen haben werde. „Die wesentlichen Grundlagen für diese gemeinsame Arbeit sind nach Unterredungen mit hervorragenden slavischen oder den Slaven befreundeten Staatsmännern schon jetzt folgendermaßen festgestellt worden: 1. Glaubensduldung, 2. völlige Gleichheit und Berechtigung aller Slaven zu allseitiger freier Entwicklung. Das gleiche soll auch den nichtslavischen Nationalitäten gewährt werden, die mit dem slavischen Organismus durch gemeinsame Interessen geographisch oder sonst verbunden sind. 3. Die Notwendigkeit der demokratisch-konstitutionellen Verfassung Rußlands, das der natürliche Führer des durchaus demokratischen und freiheitdurstigen slavischen Stammes ist.“ Wir erfahren weiter, daß dieser „slavische Bund“ im November v. J. geplant wurde, und daß er der Verwirklichung nahe sei. Schon hätten eine Reihe hervorragender Persönlichkeiten aller slavischen Nationalitäten sich bereit erklärt, Stifter des Bundes zu werden. In dem befreundeten Frankreich werde zu Ostern „la Revue Slave“ erscheinen, um für den Gedanken Propaganda zu machen, in Rußland trete „das 20. Jahrhundert“ für ihn ein usw.

Das gibt also eine neue Partei zu den vielen bereits bestehenden, und das bedeutet ein Element der Zersetzung mehr. Aber ist es nicht merkwürdig, daß diese russische Revolution, nachdem sie mit den liberalen Ideen des Abendlandes ihr Spiel begann, um schnell in den extremsten Radikalismus und in soziale Utopien zu verfallen, schließlich in die scheinbar überwundenen Kinderkrankheiten der Slavophilen und der Panslavisten zurückverfällt, über die noch vor weniger als einem Jahre alle Führer der Bewegung so verächtlich und höhnisch urteilten? In dieser gedanken- und menschenarmsten aller Revolutionen führen die Wege rückwärts, nicht vorwärts, und wenn nicht wider Erwarten in der Duma oder unter den Männern am Staatsruder eine Persönlichkeit sich findet, die ihren Willen und ihre bessere Einsicht den Massen aufnötigt, ist eine Wendung zum Besseren nicht zu erhoffen.

Mittlerweile aber dauert das Räubertum, das ruchlose Bombenwerfen und Morden, das chronisch gewordene Bestehlen und Berauben der Banken, Läden und Monopolbuden fort. In Twer ist vor wenigen Tagen der Gouverneur Slepzow ermordet worden, in Petersburg hat man sich genötigt gesehen, die Schutzleute mit kugelsicheren Panzern auszurüsten, die Automobile fahren mit Eisenpanzern und auch die Eisenbahn beginnt man wie in Feindesland zu schützen. Von der fortdauernden Agrarbewegung und der drohenden Hungersnot schweigen die Zeitungen, als fürchteten sie sich, diesen wundesten Punkt zu berühren. Um so mehr redet man von dem immer noch gefürchteten Generalstreik. Der alte Sfuworin bemerkt dazu: „In dieser Hinsicht sind wir stark. Handelt es sich darum, nicht zu arbeiten, so sind alle mit größtem Vergnügen dazu bereit. Man braucht nur einen Anführer, und daran fehlt es nie, denn jeder versteht bei uns zu befehlen. Um einen Streik zu befehlen ist Verstand nicht nötig, haben wir doch erlebt, daß sogar Kinder es zustande brachten und willigen Gehorsam bei den Erwachsenen fanden. . . .“ Der alte Herr wirft darauf einen höchst pessimistischen Blick auf den Gang der russischen Geschichte und wirft schließlich die Frage auf, ob man die Russen überhaupt Europäer nennen könne? „Es wäre — so sagt er — schön, wenn man mit Ja darauf antworten könnte. Sicher ist aber das eine, daß wir als russische Anführer völlig vorbereitet sind, und wenn es sich darum handeln sollte, den sozialdemo-

kratischen Staat mit seinen kommunistischen Ausläufern einzuführen, würden sich die herrlichsten Anführer finden. Freilich würde ihr Kommando lauten: Halts Maul! Halts Maul in der Verwaltung, in der Revolution, halts Maul in den politischen Streiks" usw. Es ist ein wahrer Ingrimm, der aus diesem „Briefe" (Nr. 636) spricht, und wir nehmen Notiz von ihm, weil auch jener Slavenbund, für den „das 20. Jahrhundert" wirbt, ohne einen Führer, der sein „Halts Maul" (Derschimorda) kommandiert, schwerlich acht Tage zusammenhalten würde. Der Gedanke ist aber kindisch und an sich undurchführbar. Wer einen Blick auf die Verwirrung wirft, die heute in den Balkanstaaten herrscht, wo Serben, Bulgaren, Griechen, Albaner und Mazedonier in unlösbarem Konflikt einander gegenüber stehen, wird schwerlich erwarten, daß das heutige Rußland all diese disparaten Elemente unter einen Hut bringt, während doch das unerschütterte Rußland des vorigen Jahrhunderts jedesmal scheiterte, wenn es sich an der Lösung dieser Aufgabe versuchte. Vollends undenkbar ist ein Heranziehen der österreichischen Slaven, seit endlich die so lange ersehnte Verständigung zwischen den beiden Reichshälften stattgefunden hat. Wir haben die ersten Anzeichen dieser kommenden Einigung schon in der Wochenschau vom 21. Februar zu erkennen geglaubt und damals unsere Betrachtungen mit den Worten geschlossen: „Alles in allem, die Aussichten stehen schlecht für die Koalition, und da könnte es wohl geschehen, daß da der Berg nicht zu Mohammed kommt, Mohammed zum Berge geht, d. h. ein Friede mit der Krone geschlossen wird, so wie sie ihn will. Und wenn dann auch Herr Kossuth von der Partie ist, wird das „der Humor der Geschichte" sein."

Das ist nun wirklich geschehen. Kaiser Franz Josef hat dank seiner Festigkeit in der Tat seinen Willen durchgesetzt, und in dem Ministerium Wekerle figuriert Kossuth als Handelsminister! So verderblich eine Niederlage der Regierung gewesen wäre, so erfreulich ist es, daß die Koalition den Entschluß gefunden hat, sich zu bescheiden und damit den Zusammenhang der Monarchie, der doch sehr ernstlich gefährdet war, zu retten. Die Rückwirkung dieser Tatsache mußte nicht nur in Böhmen seltsam ernüchternd wirken, sondern auch nach außen hin fühlbar sein. Österreich-Ungarn steht bald wieder in voller Kraft da, wenn, wie wir wünschen und hoffen, durch

eine ehrliche Verständigung zwischen Ungarn und Deutschen in Ungarn selbst auch der innere Zusammenhang weiter gefestigt wird. Die Erweiterung des Wahlrechtes sollte den Magyaren die Erwägung nahe legen, daß sie zuverlässige Verbündete brauchen. Zu finden sind sie nur bei den Deutschen, und wir trauen diesen so viel politische Klugheit zu, daß sie ihrerseits die Hand zu einem solchen Bündnis bieten werden. Der Augenblick ist von entscheidender Bedeutung, ihn zu versäumen könnte für beide Teile verhängnisvoll werden.

Das englische Kabinett hat zurzeit trotz seiner gewaltigen Majorität mit nicht unwesentlichen Sorgen zu kämpfen. Was sich vor allem fühlbar macht, ist die schon einmal erwähnte Überlegenheit der Chamberlain-Balfourschen Presse. Der Unterstaatssekretär Churchill hat sich am 2. April darüber sehr nachdrücklich im Parlament ausgesprochen. „Die konservative Partei — sagte er — sei auch dadurch sehr mächtig, daß ihr Tag für Tag eine in aller Welt verbreitete Presse zu Dienst stehe, die sich als völlig skrupellos und boshaft charakterisieren lasse“ (a world-wide Press which was characterized by the most unscrupulous malignity). Nun, wir haben diese Presse an der Arbeit kennen gelernt und können daher auch ein anderes Urteil Mr. Churchills über die „Times“ und Genossen unterschreiben, daß sie sich die Kraft erhalten haben, zu vergiften (it still retained the power of poisoning). Er exemplifiziert an der Haltung, welche die konservative Presse in den Kolonien, speziell in Natal eingenommen, wo sie allerdings die Politik der Regierung durch ihre aufreizenden Artikel sehr erschwert. Aber man wird nicht übersehen dürfen, daß das liberale Kabinett durch seinen Widerspruch gegen die Hinrichtung der zwölf gefangenen aufständischen Zulus einen Fehler beging, der, wenn er nicht rückgängig gemacht worden wäre, die bedenklichsten Folgen nach sich ziehen konnte. Die Schwarzen sind nun einmal anders als durch eiserne Strenge nicht zu bändigen. Aber gewiß trifft die Hauptschuld an der gegenwärtigen Krisis noch Salisbury und Balfour, die während des Burenkrieges die Schwarzen bewaffnet und als erwünschte Bundesgenossen den Weißen gegenüber gebraucht haben.

Eine andere Verwicklung droht infolge der mazedonischen Wirren und der strittigen egyptisch-türkischen Grenze. Die „Tribune“ bringt

darüber folgende Nachricht: „Wir werden durch Kabelmeldung aus Konstantinopel davon unterrichtet, daß die Antwort der Pforte auf die britische Note ungünstig ist. Eine offizielle Bestätigung dieser Nachricht ist nicht zu erhalten, aber unsere auswärtigen Meldungen geben Grund zur Annahme, daß die Lage ernst ist."

Wir wollen hoffen, daß es sich um übertriebene Gerüchte handelt, können aber die Lage im „kleinen" Orient nicht allzu optimistisch beurteilen. Es gärt überall, und die politischen, religiösen und nationalen Gegensätze nehmen nicht ab, sondern steigern sich stetig.

11. April. Ausstand der Postbeamten in Paris.
12. April. Castro überträgt die Führung der Regierungsgeschäfte auf den Vizepräsidenten von Venezuela, Gomez.
14. April. Demission des Ministeriums Gruitsch in Serbien.
16. April. Russische Anleihe in Paris. Meuterei zweier portugiesischer Kriegsschiffe.
18. April. Exzellenz von Holstein nimmt seinen Abschied. Freiherr von Rechenberg wird zum Gouverneur von Ostafrika ernannt.

---

18. April 1906.

Man kann die Frage wohl aufwerfen, ob von einer Rückwirkung der russischen Revolution auf die übrigen europäischen Staaten die Rede sein darf. Mit ja oder nein läßt sich die Frage jedenfalls nicht beantworten, wenn man, wie wir heute tun wollen, von der Verschiebung der politischen Gleichgewichtsverhältnisse absieht und sich auf die Betrachtung der ideellen Wirkung dieser Revolution beschränkt. Auf diesem Gebiete aber zeigen sich Zusammenhänge, die ohne Zweifel alle Beachtung verdienen. Denn wenn auch neue Gedanken nicht zu den Exportartikeln Rußlands gehören, so läßt sich doch nicht verkennen, daß das russische Ingenium die aus dem Abendlande importierten Ideen in eigentümlicher Weise umbildet und sie dann als nationale Ware auf den Weltmarkt schickt. Das unverfälschte, genuin Russische hat an und für sich auf das Abendland niemals eine Wirkung ausgeübt. Weder das kirchliche Leben, noch der russische Staatsgedanke, noch endlich die russische Literatur, so lange sie in ihren Fundamenten russisch war, haben je eine werbende Kraft im Abendlande gehabt. Was bis zu Anfang des 19. Jahrhunderts in Rußland gedacht, geschrieben und gesagt worden ist, verhallte völlig wirkungslos und berührte unsere Ideenwelt in keiner Weise. Erst seit der Regierung Alexanders I. reagierte Rußland kräftiger auf die Anregungen, die von außen her kamen, und der natürliche Reichtum der russischen Sprache begünstigte eine literarische Entwicklung, die von vornherein in überraschender Formvollendung auftrat. Puschkin hat in seinen Versen bereits in dieser Hinsicht den Gipfel erreicht, er ist in den bald hundert Jahren, die

zwischen seinen literarischen Anfängen und der Gegenwart liegen, von keinem seiner Nachfolger erreicht worden. Aber russisch ist an ihm nur die Sprache, nicht der Gehalt seiner Bildung, die war durchaus französisch, wie die der gesamten Generation seiner literarischen Zeitgenossen. Außerordentlich tief steht das ethische Niveau seiner Dichtungen, wenn wir von der echten Entrüstung absehen, die aus seinen politischen Gedichten der ersten Periode spricht. Aber gerade diese politischen Impromptus sind auf dem Boden der Weltanschauung der Dekabristen erwachsen, und die war deutscher oder französischer Herkunft. Sein vielbewunderter poetischer Roman in Versen, Jewgeni Onegin, ist frivol und faul bis in die Wurzel hinein, und auch seine späteren Schöpfungen haben der Welt keinen einzigen Gedanken von unsterblichem Gehalt zugetragen. Worin die Russen exzellierten, das war die satirisch-parodistische Sittenschilderung, die seit den Tagen Gribojedows und Gogols bis in die Gegenwart hinein über Turgenjew und Tolstoi zu Gorki und Andrejew das eigentliche Feld ihrer literarischen Betätigung gewesen ist. Didaktisch, realistisch, immer tendenziös, wirklich schön im Grunde nur da, wo uns Naturschilderungen geboten werden, in ihrer Weltanschauung teils trostlos pessimistisch, teils in Utopien befangen, über die man lächeln müßte, wenn die Russen nicht allezeit bemüht gewesen wären, diese Utopien in das wirkliche praktische Leben einzuführen.

Die Erklärung dafür liegt vielleicht darin, daß, wie es niemals eine russische Theologie gegeben hat, auch niemals eine russische Philosophie erstanden ist. Die ungemein reich begabte Generation, die in den vierziger Jahren vom Jüngling zum Manne heranwuchs, befriedigte ihre philosophischen Bedürfnisse aus Hegel und Schelling und mißverstand beide so völlig, daß sie sich daraus die slawophilen Dogmen Katkows und den brutalen Anarchismus und Nihilismus Bakunins schmiedete. Auf den mißverstandenen Hegel und Schelling folgte der begierig, aber ganz kritiklos aufgenommene Marx und der übertrumpfte Nietzsche, und das alles summierte sich schließlich zu einer Weltanschauung von wahrhaft unerhörter Pietätlosigkeit. Was ihr ganz abging, war der Pflichtbegriff des kategorischen Imperativs und die Ehrfurcht vor dem Recht. Man schloß im Leben wie in der Literatur seine Kompromisse mit den Begriffen verboten und erlaubt, und überall, in den Kreisen der Regierung wie unter den

Regierten, herrschte die Willkür. Recht erwogen, erklärt sich daraus nicht nur die Möglichkeit, sondern die historische Notwendigkeit der russischen Revolution, und da nichts darauf hindeutet, daß in dem sittlichen Fundament des russischen Lebens Pflicht und Recht die Ecksteine zu werden bestimmt sind, sehen wir auch ein Ende der russischen Revolution nicht ab. Nach der ersten und zweiten russischen Revolution, die heute bereits hinter uns liegen, muß die dritte sich vorbereiten: und es ist sehr wohl möglich, daß sie bereits begonnen hat, und aller Wahrscheinlichkeit nach wird auch sie sich in mißverstandenen oder übertriebenen abendländischen Gedanken bewegen.

Doch wir kehren zum Problem zurück, von dem wir ausgingen, und konstatieren zunächst, daß alle heute in Rußland umlaufenden revolutionären Gedanken, mit alleiniger Ausnahme des besonders gefärbten bäuerlichen Agrarkommunismus, nicht russischen Ursprungs, wohl aber russischen Kolorits sind. Die literarische Verbreitung dieser so gefärbten propagandistischen Literatur ist, so weit sie rein politisch war, im Abendlande wenig beachtet worden. Um so aufmerksamer verfolgte man die „Anklageliteratur" in poetischem oder quasipoetischem Gewande. Die Romane von Dostojewski zumal haben nicht nur in Rußland aufregend gewirkt; sie verwirrten das sittliche Urteil, ganz wie die sophistischen Erzählungen und Sittenschilderungen in den Romanen einer so genialen Einseitigkeit, wie es Leo Tolstoi ist. In Europa vergaß man zwar nicht, wie in Rußland, über der schönen Form den Inhalt, aber man gewöhnte sich daran, an diese russische Welt einen anderen Maßstab zu legen, und nur wenige erkannten, daß hier die Symptome eines Zersetzungsprozesses ans Licht traten, der einen kommenden Zusammenbruch ankündigte. Noch deutlicher trat das in den Schriften von Gorki zutage, dessen schamloser Zynismus, weil er dem realistischen Roman des Abendlandes verwandt schien, in geradezu unerhörter Weise nicht nur verteidigt, sondern verherrlicht worden ist. Die Übersetzung dieser Schriften in fast alle europäischen Sprachen hat ohne Zweifel einen Giftstoff ausgebreitet, der in höchstem Grade gefährlich wäre, wenn wir nicht hoffen dürften, daß er in der gesunden staatlichen Atmosphäre, in der wir leben, schließlich die Kraft verliert zu wirken. Es wird aber eine der sonderbarsten Verirrungen unserer Zeit bleiben, daß sich in Deutschland mit Recht angesehene Männer gefunden haben,

die diesen Herold der niedrigsten Instinkte auf den Schild heben konnten.

Als dann die wirkliche russische Revolution kam, zeigte sich, daß die Sympathien der demokratischen und sozialdemokratischen Parteien des kontinentalen Europa von vornherein auf seiten derjenigen standen, welche die Bewegung leiteten. Das mag verständlich scheinen, so lange der Ruf der Führer noch „Reform" war, es wurde unverzeihlich, seit das offen proklamierte Ziel Umsturz und das Mittel Meuterei und Mord wurde. Je häufiger die Morde wurden, um so mehr stumpfte in Rußland und — es ist wirklich so gewesen — in den Kreisen unserer Sozialdemokratie das sittliche Urteil ab. Man hat nicht nur offenkundig für die Mordbanden in den baltischen Provinzen gesammelt, dem Generalstreik, der den ganzen Staat zu lähmen drohte und der ungezählte Werte vernichtete, zugejubelt, sondern alles Ernstes erwogen, diese Heldentat der russischen Revolutionäre auf deutschem Boden zu wiederholen. Man hat die Meuterer der Schwarzen Meerflotte, den Leutnant Schmidt mit inbegriffen, wie Helden gefeiert und jede Torheit und Ruchlosigkeit der „Opposition", wie man es beschönigend nannte, mit Beifallklatschen begleitet. Wer die Bombenwerfer des „jüdischen Bundes" Mörder nennt, gilt nicht nur dem „Vorwärts", sondern auch dem „Berliner Tageblatt" als rückständiger Antisemit, und vollends unerträglich scheint jede Rechtfertigung der Notwehr, in welcher die russische Regierung sich ohne Zweifel befindet. Wir haben allezeit den Standpunkt vertreten, daß die Willkür, mit der diese Repressionen durchgeführt werden, nicht nur ein Fehler, sondern an sich verwerflich ist, aber wir verkennen nicht, daß die Regierung nicht nur um ihre Existenz, sondern um die Aufrechterhaltung der notwendigsten Voraussetzungen gesellschaftlicher und staatlicher Ordnung kämpft. Das Programm, das sich aus den Schriften von Tolstoi und Gorki ergibt, bedeutet ein Chaos, in welchem die entfesselten Instinkte sich ungestraft ergehen können, und ebenso kann aus der heterogenen Koalition, die unter dem Namen Partei der Volksfreiheit (oder konstitutionelle Demokraten) in den russischen Städten den Sieg bei den Wahlen errungen hat, kein lebensfähiges Programm hervorgehen. Denn die russische Konstituante, die ihr als Ziel vorschwebt, ist ein Unding in sich, weil das allgemein unbeschränkte Stimmrecht in

Rußland, das diese konstituierende Versammlung aufbauen soll, eine zerstörende, keine schöpferische Kraft ergeben muß. Schon jetzt ist gerade aus den Kreisen dieser Partei dem Auslande zugerufen worden, es möge der Regierung keine Anleihe gewähren, da doch auf der Hand liegt, daß Rußland, wenn ihm der Kredit versagt wird, den schwersten wirtschaftlichen Katastrophen entgegengeht. Aber so kurzsichtig sind selbst die erleuchtetsten Köpfe der Partei. Zum Glück für Rußland haben Frankreich und England sich trotzdem bereit gefunden, die Zweimilliardenanleihe zu gewähren, aber gewiß hat der Protest der „Kadetten" dazu beigetragen, daß die Bedingungen noch ungünstiger ausgefallen sind, als ursprünglich angenommen wurde: 5 p. c. zu einem Kurs von 89! Und die Beteiligung von England an der Anleihe ist trotzdem eine sehr geringfügige, wie es heißt, nicht über 300 Millionen Franks.

In Frankreich wirkt nach wie vor der Gedanke der „alliance", aber dort macht sich nebenher die Nachwirkung der russischen Revolution sehr unangenehm geltend. Der Ausstand der Postbediensteten in Paris kann wohl mit Sicherheit als eine Nachahmung russischer Vorbilder betrachtet werden, und ebenso dürften die Dynamitanschläge in Drocourt und Lens auf die ansteckende Wirkung zurückzuführen sein, welche von den fast Tag für Tag in Rußland vorkommenden Dynamitattentaten ausgeht. Die Scheu und das Grauen, das diese hinterlistigste Form des Massenmordes hervorrufen muß, ist abgestumpft, man mordet gedankenlos, gleichsam, als gehöre auch das zu den Grundrechten.

Wir resümieren: die Rückwirkung der russischen Revolution auf das Abendland erkennen wir in einer Verwirrung und Schwächung des sittlichen Urteils, in einer Abstumpfung der Gewissen dem Verbrechen gegenüber, das auf den unsittlichen Grundsatz zurückgeht, daß das Motiv, nicht die Tat, das Wesentliche sei, in der Rechtfertigung des hochfahrenden Anspruches der Einzelpersönlichkeit, sich zum Richter aufzuwerfen, in der Unbedenklichkeit, die Rolle des Henkers auf sich zu nehmen, in dem Anspruch der Parteileitung, d. h. der wenig zahlreichen anonymen Führer, durch rücksichtslosen Terror ihren Willen den Widerstrebenden aufzuzwingen. Denn darüber kann doch kein Zweifel obwalten, daß der schlimmste Despotismus der der Revolution ist.

Es wäre zum Verzweifeln, wenn alte Kulturvölker, die ihre staatliche Ordnung erarbeitet und ihre sittlichen Ideale schwer erkämpft haben, sich durch die falschen Phrasen der rohen russischen Revolution irre machen ließen. Aber unzweifelhaft wird darauf hingearbeitet. Ist es bei uns nicht über Versuche und Worte hinausgegangen, so danken wir es den starken Grundlagen unseres Staatsgefüges, gewiß nicht der Mäßigung der Männer, die hinter unserer sozialdemokratischen Presse stehen, die man heute bereits eine sozialrevolutionäre nennen könnte. Es ist hohe Zeit, daß ihr die Zügel angelegt werden, deren Gebrauch Gesetz und Verfassung gestatten; sie sind keineswegs so straff angezogen, als möglich ist.

In der großen Politik finden die Reisen König Eduards besondere Beachtung. Daß er den früheren Botschafter Hardinge zum Begleiter genommen hat, deutet darauf hin, daß es sich um weit mehr als um bloße Vergnügungsreisen handeln muß, und es ist begreiflich, daß man die sich zuspitzenden Verhältnisse im kleinen Orient damit in Verbindung bringt. Die muselmännische Welt ist seit geraumer Zeit in lebhafter Erregung, welche die jetzt glücklich erledigte marokkanische Krisis zwar an einem Punkte gemindert, aber doch keineswegs beseitigt hat. Dazu kommen die Grenzstreitigkeiten zwischen Ägypten und der Türkei, zwischen der Türkei und Persien und die leidige mazedonische Frage mit all ihren Annexen in Serbien, Bulgarien, Rumänien und Griechenland, endlich das unsinnige Gerücht von angeblichen Absichten Deutschlands in Tripolis, das von unseren bekannten Freunden in der englischen Presse verbreitet wird. Amüsant ist, daß den Anlaß dazu die Reise unseres berühmten Landsmannes Schweinfurt gegeben hat, der, wie alljährlich, in Afrika seinen botanischen Studien nachgeht. Es wäre zum Lachen, wenn nicht so viel böser Wille dahinter steckte. Aber gewiß ist es gefährlich, mit dem leichtgläubigen Fanatismus des Islam so zu spielen. Gerüchte werden zu Glaubenssätzen und Wahnvorstellungen zu subjektiven Tatsachen. Aus solcher Grundlage sind schon mehr als einmal im Orient die schwersten Verwicklungen entstanden.

Im englischen Parlament macht die Bill Birrel, die gegen das Schulgesetz von 1902 gerichtet ist, das Lord Salisbury mit so viel Anstrengung durchbrachte, viel Lärm. Die Anhänger der Hochkirche und die Katholiken fühlen sich bedroht, weil es sich darum handelt,

in die Schulen einen nichtkonfessionellen Religionsunterricht einzuführen, der zwar nicht obligatorisch sein soll, der aber darum nicht minder suspekt erscheint. Die 200 Dissenters, die im Parlament sitzen und deren Wähler wesentlich zum Sieg der Liberalen beigetragen haben, bestehen aber auf ihrem Schein, und sie werden ihr Ziel wohl auch erreichen. Schon jetzt aber kann als sicher gelten, daß neben diesem nichtkonfessionellen Religionsunterricht auch ein fakultativer konfessioneller Unterricht für Hochkirchler und Katholiken hergehen wird, und damit wird, wenn auch nach heftigen Kämpfen, die Opposition sich zufrieden geben müssen. Jedenfalls ist dieser Konflikt von weit geringerer Bedeutung als die Krisis, die in Frankreich durch die Trennung von Kirche und Staat hervorgerufen wird. Wie jetzt sicher zu sein scheint, wird Papst Pius X. auf kein Kompromiß eingehen, und man darf wohl daraus den Schluß ziehen, daß er auf einen Sieg der „guten Sache" rechnet. Auch ist zweifelhaft, ob das Ministerium Sarrien die Wahlen überleben wird. Innerhalb des Kabinetts ist ein Bürgerkrieg ausgebrochen, weil der Ministerpräsident zu schwach und jeder einzelne Minister für sich allein zu stark ist. Es sind lauter Hektore und Achille und ihre Zweikämpfe noch unentschieden. Da wäre es eine seltsame Überraschung, wenn all diese starken Männer durch ein neues Parlament beseitigt werden sollten, um den unbekannten Größen Platz zu machen, die der unberechenbare Faktor des allgemeinen Wahlrechtes aus dem Dunkel zur Sonne der Macht emporheben wird. Was jetzt regiert, hat zudem, mit alleiniger Ausnahme des Ministerstürzers Clemenceau, so lange oder so oft am Ministertisch gesessen, daß es in Frankreich wohl verstanden wird, wenn andere sich nach dem Platz sehnen, den jene einnehmen.

In Österreich-Ungarn scheinen die Verhältnisse sich zu konsolidieren. Wird auch noch darüber gestritten, ob ein Frieden oder nur ein Waffenstillstand geschlossen ist, so sind doch alle Teile darin einig, daß vorläufig die Revolution — denn das war es doch — geschlossen ist. Hatte man auch nicht in offenem Aufstande einander gegenübergestanden, so war der Kampf nicht minder heftig und die Gefahr für den Staat nicht geringer gewesen. Jetzt ist auch in Ungarn, wie in Frankreich, der Ausgang der Wahlen abzuwarten, ehe sich ein endgültiges Urteil abgeben läßt. Wir hoffen das Beste und haben uns der anerkennenden Worte Kaiser Wilhelms an den Grafen

Goluchowski aufrichtig gefreut. Das Zusammenstehen der beiden Kaisermächte ist heute ebenso wichtig wie vor 27 Jahren, als das deutsch-österreichische Bündnis geschlossen wurde.

Zu besonderen Betrachtungen gibt die chinesische Studienkommission Anlaß, die bei uns so freundliches Entgegenkommen gefunden hat. Sie erinnert uns an die Tage, da die Japaner zum erstenmal zu gleichen Zwecken eintrafen, und wir glauben, daß dem Ereignis gleiche Bedeutung zuzumessen ist. China will sich auf eigene Füße stellen und sich von jeder Form der Vormundschaft emanzipieren. Es will wehrhaft werden und hat nach dieser Richtung bereits sehr beachtenswerte Anstrengungen gemacht. Aber es ist ein Irrtum, wenn man, wie häufig geschieht, annimmt, daß sich diese Bestrebungen vornehmlich gegen die europäischen Einflüsse richten. Die fremdenfeindliche Bewegung gilt noch weit mehr den Japanern, und Kenner des fernen Orients, wie der Redakteur des „Eastern World", glauben in nicht allzu ferner Zukunft einen neuen japanischen Angriffskrieg gegen China vorhersehen zu müssen. China arbeite so eifrig an seiner militärischen Ausbildung — schon jetzt zähle es 464000 Mann Infanterie und 1058 Geschütze —, daß Japan das Prävenire werde spielen müssen, wenn es nicht die in Portsmouth errungene Position früher oder später einbüßen wolle. Komme es aber zu einem Konflikt zwischen den beiden großen ostasiatischen Nationen, so werde England gewiß nicht auf japanischer Seite stehen, da sein Interesse ein weiteres Vordringen Japans in China oder eine erzwungene japanisch-chinesische Allianz ausschließe. Jetzt liegen 68 p. c. des auswärtigen Handels der Chinesen mit einem Umsatz von 200 Millionen Yen in englischen Händen, so daß das englische Interesse jede Minderung oder Zerstörung des chinesischen Wohlstandes als Schädigung empfinden müßte, ganz abgesehen davon, daß eine englische Aktion in China die Chinesen notwendig in eine Offensiv- und Defensivallianz mit Rußland treibe. Japan werde daher einen Krieg mit China auf eigene Gefahr und Rechnung führen müssen. Gegen diese Kombination spricht nun freilich das englisch-japanische Bündnis vom vorigen Jahre, das, wie wir wissen, für alle in Ost- und Südasien denkbaren Kombinationen gilt, und durch das England sich ohne Zweifel gebunden fühlen wird. So bleiben, wenn man an der Annahme festhält, daß Japan in der Tat auf einen chinesischen Krieg

ausgeht, nur zwei Möglichkeiten: entweder England ist geschickt genug, den Ausbruch des Krieges in den nächsten zwölf Jahren zu verhindern, und handelt nach Ablauf dieser Frist, wenn es zum Kriege kommen sollte, nach eigenem Interesse, oder aber es kooperiert mit Japan und setzt sich damit den Fährlichkeiten aus, die ein chinesisch-russisches Bündnis unter allen Umständen für England mit sich bringt.

Aber das alles liegt weit, und zurzeit braucht man sich darüber nicht zu beunruhigen. Wohl aber wird es eine Frage von allergrößtem Weltinteresse, ob China in der Tat auf dem Wege europäischer Kultur — und europäischer Militärorganisation mit Erfolg weiterschreiten wird.

Zum Schluß zwei amerikanische Notizen: Präsident Castro ist ins Privatleben zurückgetreten. Es war die höchste Zeit, und wir nehmen an, daß ihm goldene Brücken gebaut worden sind. Zweitens: die Haager Konferenz ist auf das Jahr 1907 verschoben worden, um einem panamerikanischen Kongresse volle Muße zu geben, das oft angegriffene Problem der panamerikanischen Gemeinschaft zum Abschlusse zu bringen. Ob es ein Abschluß wird, ist eine andere Frage. Jede Gemeinschaft verlangt gegenseitige Opfer, und wir sehen noch nicht, daß dazu die Bereitwilligkeit in Südamerika vorhanden ist. Wenigstens nicht in den Republiken, die stark genug sind, sich aus eigener Kraft zu behaupten.

19. April. San Francisco wird durch ein Erdbeben zerstört.
22. April. Kampf zwischen Mariariten und Katholiken in Leschno.
25. April. Bombenattentat in Tiflis.

---

25. April 1906.

„Die deutschen Zeitungen strotzen von affektierten Versicherungen herzlichen Mitgefühls an Amerika" (Les journeaux allemands prodiguent avec affectation leurs sincères condoléances aux Américains). So schreibt das einst so vornehm redigierte „Journal des Débats" vom 21. April, das noch kürzlich sich darüber entrüstete, daß Deutschland mit seinem Beileidstelegramm an Italien nicht so früh gekommen war, wie es den Erwartungen des „Journal des Débats" entsprochen hätte. Es fehlt jetzt wirklich nur noch ein Leitartikel über die heuchlerischen Hilfeleistungen der deutschen Bergleute in Courrières, um uns einen anschaulichen Beweis von der Ehrlichkeit der französischen Presse und von dem guten Ton, den sie pflegt, zu geben. Wundern würden wir uns auch darüber nicht, denn jeder Kenner der Preßverhältnisse in England wie in Frankreich weiß auch, wie groß die Abhängigkeit ist, in der sie von Konsortien steht, die bestimmte politische oder finanzielle, meist aber kombiniert finanzpolitische Zwecke verfolgen. Daß dabei Wahrhaftigkeit und Anstandsgefühl in den Hintergrund treten müssen, kann ja nicht weiter auffallen. Es ist kein Geheimnis, daß die Preßkampagne während der marokkanischen Krisis viel Geld in Umlauf gesetzt hat, und ebenso wenig, daß die letzte russische Anleihe nur durch ungeheure Zahlungen an englische und französische Blätter möglich geworden ist. Die Angabe, daß sechs bis sieben Millionen Frank diesem Zwecke und verwandten Notwendigkeiten gedient haben, ist durch die Presse gegangen, ohne auf Widerspruch zu stoßen; man hat eben aufgehört, sich über dergleichen aufzuhalten, und findet es höchst ungeschickt, wenn im Wettbewerbe um die Stimme der „Weltmacht Presse" das klingende Argument nicht zur Geltung gebracht wird. Daß aber die russische Anleihe den Aufwand so großer Mittel notwendig machte,

ist leicht zu verstehen. In England wie in Frankreich galten die Sympathien der russischen Opposition, nicht der Regierung: die Opposition aber hatte die Parole ausgegeben: keine Anleihe ohne die Duma! Noch am 13. dieses Monats schrieb, um ein Beispiel anzuführen, die „Tribune“: „Die englische Finanz darf nicht wünschen in die inneren russischen Angelegenheiten einzugreifen, um die Autokratie gegen das Volk zu unterstützen. . . . Wird dagegen die Zustimmung der Duma zur Bedingung der Gewährung der Anleihe gemacht, so glauben wir, den Interessen einer englisch-russischen Freundschaft zu dienen, wenn wir die Anleihe fördern. England ist, wie wir meinen, ebensosehr bemüht, dem russischen Volk seine Sympathien zu bestätigen, sobald dieses Herr im eigenen Hause ist, als abgeneigt, der heute regierenden Minorität zu helfen (England is, we believe, as anxious to affirm her sympathy with the Russian people, as soon as they are masters of their house, as she is reluctant to aid the minority which at present governs them). Das heißt doch, daß dem Parlament bzw. einer russischen Republik der Kredit gewährt werden sollte, den man dem Zaren und dem Grafen Witte zu verweigern entschlossen war.

Genau dieselbe Stellung aber nahm der größte Teil der französischen Presse ursprünglich ein, und diese Stimmung schien sich noch weiter zu verbreiten, als eine Deputation der konstitutionellen Demokraten halb drohend, halb bittend in Paris erschien, um gegen die Anleihe zu agitieren. Aber ein Menschenkenner wie der Graf Witte, ließ sich dadurch nicht irre machen. Er hat in England wie in Frankreich sein Ziel erreicht, und heute peroriert eben jene Presse über die Taktlosigkeit und Unklugheit der „Kadetten“, die durch ihre Opposition das „Geschäft“ erschwert und verteuert hätten.

Über den kindlich naiven Versuch der russischen „Kadetten“, auf die Gewährung der Anleihe mit Boykottierung französischer Waren zu antworten, aber läßt sich nur lachen. Nicht 14 Tage wird diese Form des Protestes anhalten, und wahrscheinlich ist schon der Entschluß, Frankreich zu boykottieren, mit französischem Champagner gefeiert worden. Die Hauptsache, die russische Anleihe, ist perfekt geworden, und die Bestimmung, die Rußland verpflichtet, in den nächsten zwei Jahren keine neue Anleihe aufzunehmen, ist gewiß nicht dazu angetan, der Duma die Pille zu versüßen. Sie soll am

10. Mai zusammentreten, doch werden auch der 9. und 11. als Tage der feierlichen Eröffnung genannt, aber schon jetzt hat die Regierung den künftigen Volksvertretern kundgetan, daß es ihnen nicht gestattet wird, sich zu einer Konstituante aufzuwerfen und daß der Zar keinen Eid auf die Verfassung leisten werde. Das letztere ist begreiflich, wenn man sich erinnert, daß der Zar ausdrücklich im Manifest vom 17. 30. Oktober die von ihm verliehene Verfassung als ein noch nicht abgeschlossenes Werk bezeichnet hat. Er behält sich vor, Änderungen, die sich als notwendig erweisen, vorzunehmen, eventuell Erweiterungen der Rechte der Duma zu gewähren, wenn die Versammlung sich fähig zeigt, sie zu ertragen. Daß, wenn sich das Gegenteil herausstellen sollte, auch an eine Minderung der verliehenen Rechte gedacht wird, ist wohl mit Sicherheit anzunehmen. Und das ist die eigentlich entscheidende Frage. Trotz aller bisher veröffentlichten Wahlstatistik ist es bis zur Stunde noch immer unmöglich, vorherzusagen, welchen Charakter diese Versammlung tragen wird. Daß die konstitutionellen Demokraten wirklich und dauernd die Majorität bilden, erscheint uns trotz ihrer glänzenden Wahlerfolge höchst unwahrscheinlich. Ihr Wahlprogramm war so sehr auf Stimmfang eingerichtet, daß die heterogensten Elemente der vieldeutigen und alles versprechenden Parole folgten, die sie ausgaben. Sobald es sich um praktische Interessenfragen handelt, muß die Koalition auseinanderfallen, die sich unter der Kadettenfahne gesammelt hat.

Weit wichtiger scheint uns die schon jetzt feststehende Tatsache, daß von den etwa 500 und einigen Abgeordneten gegen 200 Bauern sein werden, von denen die Bestgebildeten eine Elementarschule hinter sich haben und einige Analphabeten sind. Es hat aber noch niemals ein Parlament gegeben, in welchem den Bauern eine solche Rolle zugewiesen war. Überall hat die Praxis des politischen Lebens dahin geführt, daß ein ziemlich hochgegriffener Bildungszensus Voraussetzung nicht der Verfassung, wohl aber des gesunden Menschenverstandes der Wähler war. In Rußland ging, bei Ausklügelung des heute geltenden Systems, die Rechnung der Regierung offenbar dahin, sich in den zaristisch gesinnten Bauern ein Gegengewicht gegen die radikale und republikanische Intelligenz zu sichern. Aber es kann schon heute bezweifelt werden, ob diese Spekulation richtig war. In ihrer ungeheuren Mehrheit bewegt diese bäuerliche Welt sich in zwei poli-

tischen Gedanken: Verlangen nach mehr Land, und tiefes Mißtrauen gegen den Barin, d. h. den Herrn, mag er nun Gutsbesitzer, Vertreter der freien Berufe oder Beamter sein. Der Bauer wird daher vor allem auf Regelung der Agrarfrage dringen und aller Wahrscheinlichkeit nach darin sowohl bei der Regierung, wie bei den Parteien in der Duma sehr weites Entgegenkommen finden. Mehr Land werden die Bauern sicher erhalten, wahrscheinlich auch eine Art Schuldentilgung, d. h. den Erlaß noch restierender Loskaufsgelder und Steuerrückstände, vielleicht Erweiterung ihrer Selbstverwaltungsrechte — denn auch das ist einer ihrer Wünsche —, ob aber die Bauern für eine wirkliche Agrarreform zu haben sind, ist mehr als fraglich. Die übrigen Probleme aber dürften ihnen schwer verständlich sein, und wo von ihnen neue Leistungen erwartet werden, werden sie nein sagen. Es ist unmöglich, sich vorzustellen, in welchem Lichte dem Bauer die anderen Reformpläne erscheinen werden, die der Regierung oder der Opposition am Herzen liegen. Vielleicht werden sie ihm ganz gleichgültig sein, und sein Interesse erlahmt, sobald seine nächsten Wünsche befriedigt sind, vielleicht läßt er sich durch religiöse und nationale Instinkte beeinflussen oder gar hinreißen — er kann zum Werkzeug einer Reaktion und ebenso zum Werkzeug einer Revolution werden — das alles liegt im Schoße der Zukunft.

Wenig erfreulich ist auch, was wir von den siegreichen „Kadetten" hören. Eine Versammlung, die vorige Woche in Petersburg tagte, hat aufs neue gegen die Todesstrafe protestiert und es abgelehnt, die Regierung um Amnestierung der aus der Kandidatenliste der Wähler gestrichenen Herren Hessen, Chodski und Morgulies, anzugehen. Denn, so sagte Professor Miljukow, es sei nicht an der Zeit, von den Männern eine Amnestie zu erbitten, die nach Ansicht der Partei in Zukunft ihren Platz auf der Anklagebank einzunehmen hätten. Und ein anderer Abgeordneter, Herr Nabokow fügte hinzu: von der jetzigen Regierung eine Amnestie fordern, heißt ihr zu viel Ehre antun!

Es scheint demnach allerdings, wie wir von vornherein annahmen, die Absicht zu bestehen, die Mitglieder der Regierung und ihre energischsten Organe vor der Duma zur Verantwortung zu ziehen. Das würde, wie die Dinge liegen, den Beginn einer neuen Revolution bedeuten.

Noch eine ganze Reihe anderer beunruhigender Momente liegt vor: der Feldzug der offiziellen und nationalistischen Presse gegen alles, was nicht Großrusse ist, vor allem gegen Polen, Kaukasier, Finländer. Über die Deutschen scheint man einfach zur Tagesordnung übergehen zu wollen, und da sie numerisch in der Duma eine ganz verschwindende Minorität bilden werden, ist es wohl möglich, daß das wirklich geschieht. Dagegen werden die anderen Nationalitäten den Föderalisten als sehr erwünschte Verbündete erscheinen, und darin liegt zweifellos eine große Gefahr für den Staat. Fast ebenso bedenklich erscheint uns die Tatsache, daß das Beamtentum bei den Wahlen fast überall mit den konstitutionellen Demokraten gestimmt hat. Am deutlichsten trat das in Petersburg zutage, aber auch sonst ist die revolutionäre und regierungsfeindliche Gesinnung des Beamtentums offenkundig, so namentlich in den baltischen Provinzen, wo die Revolution von Regierungsorganen nicht nur geduldet, sondern begünstigt worden ist.

Fragt man nun, was die russische Regierung dem entgegenzusetzen hat, so finden sich drei Faktoren, mit denen sie rechnen kann: die Energie Durnowos und der Männer, mit denen er vornehmlich arbeitet: Skalon, Trepow, Dubassow und einige andere Gouverneure; die Finanzkunst Wittes, welche durch die glücklich gesicherte Zweimilliardenanleihe eine gewisse Bewegungsfreiheit ermöglicht hat, endlich die Armee, die jetzt in beschleunigtem Tempo aus der Mandschurei herangezogen und in ihre alten Garnisonen zurückgeführt wird. Sie kann im großen und ganzen als zuverlässiges Werkzeug betrachtet werden. Wenn trotz dieser Machtmittel der Regierung, schon jetzt von der „Nowoje Wremja" angekündigt wird, daß die erste Tagung der Duma wahrscheinlich von sehr kurzer Dauer sein werde, so kommt darin ein Gefühl von Unsicherheit zum Ausdruck, das nicht unbedenklich scheint. So wie die Verhältnisse liegen, bedeutet jedes Zurückweichen des einen Teils ein Vorrücken des anderen — das sollte nicht vergessen werden.

Im allgemeinen werden in nächster Zeit Agrarunruhen nicht zu erwarten sein: die Notstandskommitees haben offiziell angezeigt, daß sie ihre Aufgabe als gelöst betrachten, und daß die Not, welche die Mißernte des Jahres 1905 gebracht habe, als überwunden gelten könne. Wie weit das richtig ist, läßt sich nicht kontrollieren, aber

mit dem Frühling pflegt auch die Hoffnung einzuziehen, und zudem sind erneute Agrarunruhen nicht zu fürchten, solange von den Feldern der Gutsherrn nichts zu holen ist. Im vorigen Jahre brachen die Unruhen mit dem ersten Roggenschnitt aus, früher werden sich die Bauern wohl auch in diesem Jahre nicht regen wollen, und bis dahin hofft man in Petersburg wahrscheinlich durch militärische Maßnahmen jede Erhebung unmöglich zu machen, wenn nach den Zugeständnissen, die zweifellos den Bauern gewährt werden, sie sich dennoch regen sollten. Unheimlich ist nach wie vor die Tätigkeit der Terroristen, die, wie es scheint, durch professionelle Diebe und Räuber verstärkt werden, welche unter der Maske revolutionärer Agenten für eigene Rechnung rauben und morden. Namentlich in den baltischen Provinzen hausen in den Wäldern zahlreiche Räuberbanden, von denen jetzt die reichen Bauerwirte am meisten zu leiden haben. Aber auch in den Städten wiederholen sich die Überfälle.

Das gibt ein unerfreuliches Gesamtbild, gärende Leidenschaften, unfertige Programme, phantastische Zukunftspläne auf der einen Seite, ein Schwanken zwischen gewalttätiger Repression und kleinmütigen Zugeständnissen auf der anderen Seite. Wirklich normal sind die staatlichen und bürgerlichen Verhältnisse noch an keiner Stelle, aber wir glauben, die Symptome einer beginnenden Ermüdung zu erkennen. Die große Masse der Bevölkerung möchte Ruhe haben und würde am liebsten das große Schauspiel der Duma gleichsam isolieren, ohne genötigt zu sein, als Chor die Leidenschaften, die von der Bühne her zu ihnen hinabtönen, mit ihren Wehe- oder Beifallsrufen zu begleiten. Man ist bei uns geneigt, zu übersehen, daß, wenn der Krieg den russischen Staat arm gemacht hat, ungezählte Russen durch ihn reich geworden sind. Vor allem die Kaufleute, Lieferanten, Unternehmer, zahlreiche Beamte, die ihre Hände offen hielten, als die Ströme russischen Goldes vom europäischen Rußland in das asiatische geleitet wurden. Auch die Offiziere haben zum Teil glänzende Einnahmen, legale wie illegale, gehabt, endlich hat das völlige Stocken der Lodzer Industrie Moskau bereichert, das das Geschäft an sich zu reißen verstand. Alle diese Elemente möchten in Ruhe genießen. Eine neue Revolution wäre ihnen höchst fatal — sie möchten Ruhe haben. Aber gerade aus diesen Kreisen ist keinerlei Initiative zu erwarten, mit der die Regierung rechnen könnte, und so wird die

Entwicklung ihren Gang weiter nehmen, denn nicht die Duldenden, sondern die Handelnden machen die Geschichte.

Fürst Paul Dolgorukow, der Moskauer Adelsmarschall, der als Vertreter der Kadetten in Paris gegen die Gewährung der Anleihe agitierte, hat seine Ansicht der Lage dem Korrespondenten der Zeitung „Nascha Shisn" (Unser Leben) folgendermaßen formuliert: „Da wir keine revolutionäre Partei sind, werden wir ein konstitutionelles und parlamentarisches Regiment zu begründen und die demokratischen Reformen unseres Programmes durchzuführen suchen. Leisten Regierung und Ministerium keinen Widerstand und begehen sie nicht die Tollheit, das reaktionäre System aufrechtzuerhalten oder ein pseudo-parlamentarisches System zu begründen, so wird alles gut gehen: wenn aber die Regierung bei ihren reaktionären Methoden beharrt, ist ein Konflikt mit der Duma unvermeidlich. Und dann wäre eine friedliche Lösung der bestehenden Krisis unmöglich. In solchem Falle muß alles und jedes erwartet werden, auch eine heftige und blutige Revolution. Wir werden fest bleiben und eine deutliche Sprache reden, denn wir sind gewiß, daß die Nation unser Programm billigt und daß sie zu uns steht."

Das gibt eine böse Perspektive, wie immer man sich den Ausgang der Duma denken mag.

Wir haben vor acht Tagen von der von Rußland ausgehenden politischen Ansteckung gesprochen. Sie scheint doch noch stärker zu sein, als wir voraussagten. Die Streikbewegungen in dem französischen Kohlenrevier der Departements Nord und Pas-de-Calais haben einen ganz revolutionären Charakter angenommen, der zu rohen Gewaltsamkeiten gegen die Arbeitswilligen und offenen Angriffen gegen das Militär geführt hat, dem die sozialistische Regierung erst in letzter Stunde gestattete, von den Waffen Gebrauch zu machen. Der Minister des Innern, Clemenceau, hat dabei eine nichts weniger als glänzende Rolle gespielt und erfahren müssen, daß selbst die schönsten Reden einer aufrührerischen Menge gegenüber wirkungslos verhallen. Parallel damit geht der große Ausstand in Lorient, der zu einem Generalstreik auszubrechen droht, wenn nicht rechtzeitig eingegriffen wird. Die Methode der Aufständigen im Norden wie in Lorient war ganz die der russischen Revolutionäre, Gewalt und Einschüchterung, Schließung sämtlicher Läden usw. Wie in den baltischen Städten

hat man sogar die Dienstmädchen aus den Küchen getrieben und sie genötigt, sich der demonstrierenden Masse anzuschließen. Zum Glück haben die französischen Truppen sich vorzüglich bewährt, aber noch ist ein Ende nicht abzusehen, und weiteres Blutvergießen scheint unvermeidlich. In Portugal aber hat die Mannschaft eines Kriegsschiffes den Versuch gemacht, die Tragödie des „Potemkin" zu wiederholen — um eine größere Ration Wein für die täglichen Mahlzeiten zu ertrotzen, und es hat wenig gefehlt, daß Lissabon zu diesem Zweck bombardiert worden wäre. Jetzt sind diese Helden bereits in sicherem Gewahrsam, und man darf hoffen, daß sie keine Nachahmer finden.

In Serbien scheint endlich eine Lösung sich vorzubereiten, die den König von der ihn kompromittierenden Umgebung befreit, die nach der Ermordung Alexanders sich an ihn drängte. Es handelt sich dabei namentlich um den General Atanatzkowitsch und seine Mitverschworenen Mischitsch und Maschin. Bekanntlich hatte die englische Regierung alle Beziehungen mit Serbien abgebrochen und erklärt, sie nicht aufnehmen zu wollen, solange einer der an der Ermordung des Königs Beteiligten sich in Amt und Würden befinde. König Peter scheint sich nicht sicher genug in seiner Stellung gefühlt zu haben, um gegen die Verschwörer, denen er doch seine Krone zu danken hatte, vorzugehen. So zog sich die Entscheidung hin. Jetzt haben die Gegensätze, die seit dem geplanten serbisch-bulgarischen Zollbündnis zwischen Österreich und Serbien bestehen, den Wunsch nach einer Versöhnung mit England lebendig gemacht, und König und Ministerium sind bereit, die Verschworenen zu opfern, wenn ihnen dafür Österreich gegenüber ein Rückhalt geboten wird. Das aber scheint allerdings beabsichtigt zu werden. Das „Journal des Débats" drückt das folgendermaßen aus: „Serbien wünscht einmütig eine Annäherung an England, denn es hofft in den allgemeinen Sympathien Europas eine Stütze gegen die alldeutschen Einflüsse zu finden, die Serbien zu absorbieren suchen. Schon sind die Beziehungen zu Rußland, Frankreich und Italien vortrefflich. Kommt das Wohlwollen Englands hinzu, so wäre das eine kostbare Ermutigung." Das glauben wir auch, aber ob dadurch die wirtschaftlichen Einflüsse Österreich-Ungarns in Serbien beseitigt werden können, ist doch in höchstem Grade fraglich. Serbien ist nun einmal durch seine geographische Lage für Import und Export auf Österreich-Ungarn angewiesen, und

daran kann das Wohlwollen der vier Mächte nichts ändern. Immerhin haben die österreichischen Forderungen doch dahin geführt, daß das Ministerium, das sie nicht bewilligen will, aber nicht stark genug ist, sie zu verweigern, demissioniert hat. Man nimmt an, daß der serbische Gesandte in Konstantinopel, Simitsch, mit der Bildung des neuen Ministeriums betraut werden wird, und erwartet von ihm einen Zusammenschluß der sich befehdenden Parteien, der Radikalen und Gemäßigten, sowie den Frieden mit England. Das letztere soll uns freuen, denn es ist allerdings eine Forderung allgemeiner Moral, daß dem Skandal ein Ende bereitet wird, welchen der nicht nur geduldete, sondern belohnte Königsmord in Serbien bis zur Stunde darbot. Um so weniger erfreulich aber wäre das Hineintragen neuer politischer Gegensätze in das ohnehin aufs äußerste zugespitzte politische Leben der Balkanhalbinsel.

Mit großer Genugtuung nehmen wir von dem Entschluß der Siebenbürger Sachsen Notiz, daß sie mit den Ungarn Hand in Hand gehen wollen, wenn diese ihnen ihre nationalen Rechte verbürgen. Das ist staatsmännisch gedacht und gehandelt, und wir hoffen, daß die Ungarn den hohen Wert der ihnen gebotenen Bundesgenossenschaft zu würdigen wissen werden. Die Zeiten sind nicht danach angetan, den Luxus weiteren inneren Zwistes ungestraft zu gestatten.

Die englisch-türkischen Differenzen auf der Halbinsel Sinai (sie betreffen Grenzrichtung bei Akaba) werden offenbar friedlich beigelegt werden. Immerhin hat Lord Cromer für nützlich befunden, die englischen Truppen in Ägypten zu verstärken und die Kosten dafür Ägypten zuzuweisen. Bisher betrug die englische Garnison nur 3500 Mann.

Der Aufstand der Zulus in Natal ist noch immer im Wachsen. Aber die Kolonie hofft, mit eigenen Kräften der Bewegung Herr zu werden. Sie kann 10000 Mann Milizen aufbringen und hat zudem eine Schar von 250 Buren in Dienst genommen. Hoffentlich ist die Nachricht, daß der Äthiopismus an dem Aufstande Anteil hat, falsch. Sollte sie sich bestätigen, so wäre das in hohem Grade bedenklich, da dann große Geldmittel, die in Afrika niedergelegt sein sollen, und die aufregende Parole: „Afrika für die Afrikaner" mitspielen würden.

27. April. Entdeckung eines angeblichen Komplotts der Monarchisten in Frankreich.
29. April. Hinrichtung dreier Häuptlinge der Rebellen in Ostafrika. Beginn der Wahlen zum ungarischen Reichstag.
30. April. Prinz Konrad zu Hohenlohe zum österreichischen Ministerpräsidenten ernannt. Demission des Freiherrn von Gautsch.

---

2. Mai 1906.

„Ich hab sie so geliebt, Horatio!" Den russischen Hamlets, welche la belle France enttäuscht hat, werde ich zum Trost dasselbe sagen, womit man alle enttäuschten Liebhaber tröstet: „Sie verdiente keine Liebe! Sie war es nicht wert."

So leitet „homo novus" im „Dwadzaty wiek" eine Charakteristik der Franzosen ein, deren Bitterkeit nur die verzweifelte Ironie zur Seite gestellt werden kann, mit der die Russen des 20. Jahrhunderts ihre eigenen Schwächen zu zeichnen lieben.

„Das herrliche Frankreich ist ohne Zweifel schlechter als sein Ruf, ganz wie z. B. England und Deutschland höher stehen, als man glaubt. Daß es bei uns als unbedingt feststehend gilt, daß Paris das „Herz der Welt", die „Weltvernunft" und das „Weltgewissen" sei, erklärt sich nur als das Nachwirken einer alten Legende, die sich historisch überlebt hat. Die Stadt ist in der Tat, wie ich einmal sagte, „die lächelnde Betriebsamkeit". Dieses Wort fiel mir ein, als ich im „Journal" in einem der zahllosen Artikel, die der verstorbenen Artistin Wanda de Boutscha gewidmet waren, folgenden Satz las: „ihr Lächeln öffnete die Beutel ihrer zahlreichen Verehrer". Zur Erklärung muß man hinzufügen, daß sie 3000 Frank Gehalt bezog und eine halbe Million Schulden hinterließ. Sie war daher wohl eine Kokotte? Ich weiß es nicht. Aber die tiefbetrübten französischen Publizisten haben gerade so geschrieben. Die Theorie des ökonomischen Materialismus wird nirgend so glänzend bestätigt als im Leben von Frankreich, d. h. von Paris. Verfolgt man dieses Pariser Leben, so erstaunt man darüber, wie sehr selbst die Moral der Gesellschaft sich den Formen ökonomischer Produktion angepaßt

hat. Die Moral ist genau so, wie man sie braucht, so wie sie sich aus dem Pariser Geschäftsbetriebe ergibt. Ein Land, in welchem der Damenschneider Paquin den Orden der Ehrenlegion für seine nützliche Tätigkeit erhält, in welchem allein Paris für zwei Milliarden dessous und anderen Putz verkauft — da diktieren die Paquins und die dessous die gesellschaftliche und die politische Moral. Nach dem Evangelium müßte man von jener Wanda sagen: sie hat viel gesündigt, ihr wird viel verziehen werden, Pariserisch heißt es: sie hat viele „dessous" gekauft, und deshalb haben wir ihr viel gegeben... In allen bekannten Modemagazinen gibt es hübsche und wohlgebaute Frauen, die als mannequins zur Anprobe kostbarer Kleider dienen. Ich glaube mitunter, daß Frankreich alle seine Frauen mit einigermaßen interessantem Gesicht und guter Figur zu einer Nationalarmee von mannequins gemacht hat, welche den Produkten des nationalen Schaffens zur Reklame dient. Daher dieses Bemühen um die Frauen, dieses stete Hofmachen in der Literatur, der Kunst, dem Theater. Daher diese Huldigungen für die Frau, die sich am ausgesuchtesten zu kleiden versteht, selbst dann, wenn sie nur eine „Arbeiterin des Trottoirs" ist. Denn „damit schlagen wir die Schweden". Diese Frau, für welche die dessous gewissermaßen ein Handwerkszeug sind, sammelt die Milliarden Ersparnisse ein, die man gegen Zinsen dem Grafen Witte zur Bekämpfung der russischen Freiheit leiht. Wie viele französische Dichter haben die ganze Kraft und Schönheit ihrer Verse dem Dienst der „petites femmes" geweiht, welche das Verkaufsgeschäft des Louvre erhalten, ganz wie unserem Nekrasow sich Verse entrangen, die einem Stöhnen glichen, und dem Bauer galten, den die russische Erde tränkt und ernährt. Denn bei uns ist die Ernte der Herr, bei ihnen herrscht Madame-Dessous.

Frankreich ist durchaus das Land der Bourgeoisie, und zwar der völlig versteinerten. Von einer schönen Vergangenheit ist nur das theatralische und romantische Kostüm übrig geblieben. Gleich den „dessous" der Damen ist die Geschichte Frankreichs ein Objekt des Handels, des Imports, Exports, der Reklame geworden. Wer sie in ihrem privaten Alltagsleben, in der Familie kennt, ihre Tagesinteressen und Konflikte, ihr Gefühl, ihren Geschmack und ihre Impulse verfolgt, dem wird ohne Zweifel der sonderbare, fast unversöhnliche Gegensatz aufgefallen sein, der zwischen der beschränkten inneren An-

lage des einzelnen Franzosen und der glänzenden Feerie seines historischen, gesellschaftlichen und politischen Lebens besteht. Welche überraschende Einförmigkeit des Typus, welche geregelte, tötende Langeweile in dieser Einförmigkeit! Fortune machen, noch häufiger die Kunst, mit einer schon ererbten Rente zu leben, um der Mitgift willen heiraten, einigermaßen frühstücken und dinieren, nur das lesen und lernen, was der Profession dient, über sich selbst und über Fragen der Karriere nicht reflektieren, keinerlei riskierte Geschäfte aufnehmen, endlich — und das ist die Hauptsache — nur ja den „Reflexen" nicht gestatten, den klaren, geordneten, wie eine Chaussee geebneten Lebensweg zu stören. Ja, so leben alle Franzosen, sowohl Clemenceau, der Radikale, der uns jetzt Geld gibt, wie Ribot, der Opportunist, und Faure, der Nationalist, die es früher gegeben haben.

Handelt es sich aber darum, „den Vorhang aufzuziehen", so verstehen sie alle das politische Stück vortrefflich zu arrangieren und eine wirkliche „chose au théâtre" fertig zu stellen, ganz wie der Damenschneider mit dem Orden der Ehrenlegion die dessous so zur Geltung zu bringen weiß, daß Herrn Skalkowski (ein Pariser Korrespondent der „Nowoje Wremja") darüber der Atem stockt. . . .

Die Ausstellung von 1900 fiel in die erste Hitze der „Dreifusiade". Da fragten wohl viele: „Was meinen Sie, soll ich fortziehen? Die Atmosphäre ist so furchtbar gespannt!" Aber das war unnütze Sorge. Da die Ausstellung ein großes Handelsunternehmen war, ließen auf den Wink eines unsichtbaren Regisseurs alle Statisten der politischen Komödie plötzlich ihren Grimm fahren. Jeder von ihnen machte sich auf, um den für ihn abfallenden Sou aufzuheben. Man fegte in aller Eile das Amphitheater der Geschichte rein, die Dielen wurden gewachst, die Kioske aufgestellt und alles machte sich an das Handelsgeschäft." Je größer die Komödie war, um so größer der Gewinn!

Es folgt eine Reihe großer und kleiner Bosheiten, die wir nicht wiederholen wollen, dann aber heißt es weiter: „Schließlich hat auch die russische Anleihe ihre dessous. Man gab und gibt Geld und erhält als Pfand dagegen die wirtschaftliche Knechtung Rußlands, dazu Vorteile für die Industrie und die Rechte der meistbegünstigten Nation. Die Geschäftsleute des Louvre und „Au bonheur des dames" wissen ganz genau, daß der bei weitem größte Teil des geliehenen Geldes nach Frankreich zurückkehren muß, denn sobald es in die

Hände der Helden der Mandschurei, Taschkents, der Kassendiebe oder überhaupt der russischen Ritter (im römischen Sinne) gelangt, wird es unfehlbar für Röderer, veuve Cliquot, für Mimi und Foufou, für odeurs und Spitzen, für dessous aus Seide, Batist und Spitzen ausgegeben werden. Denn da man in Rußland nur Stoffe anfertigt, die für einen zarten Körper zu rauh sind, wird man den Batist auf Rechnung der Anleihe kaufen.

Du herrliches Frankreich! In dem hungrigen, verzweifelten Kampfe ums Leben, um Sein und Freiheit, den das russische Volk führt, ist durch all die langen Jahre die Rolle Frankreichs stets die gleiche geblieben: es hat die Regierungsform mit Geld versorgt, die das Land in Elend und Unwissenheit hielt und die ihr die Garantie bot, daß das Geld nicht zu produktiven Ausgaben verwandt wurde, sondern zu Creuzotgeschützen und zum Ankaufe der Fabrikate und Luxusartikel, die Frankreich liefert. Was bedarf es da noch weiterer Bürgschaft? Die Natur der gegenseitigen Beziehungen, alle Lebensgewohnheiten der russischen Herren, die Überlieferungen unserer „Ritter", so wie sie die Geschmacksrichtung der Herren Skalkowski und Genossen zeigt, das alles bürgt vollauf. Alles, was von Daljny und anderen Überflüssigkeiten nachgeblieben ist oder nachbleiben wird, von der versenkten Flotte, den gepanzerten Automobilen und ähnlichen Artikeln, die im „Innern" konsumiert werden, alles, was nicht Creuzot oder Krupp verfällt, das alles wird — ihr könnt mirs glauben — bis zum letzten Centime verbraucht werden für dessous und für jene „parisiennes gaies", welche durch Vermittlung der „Nowoje Wremja" angenehme und einträgliche Beschäftigung „auprès de grandes personnes" suchen. Und so kehrt alles in das herrliche Frankreich zurück. . . .

Wir haben in Frankreich unseren Traum geliebt . . . und in der Tat, er hat unser Leben verschönt. Was aber haben wir mit dem wahren, realen Frankreich zu schaffen? Was kümmern uns die Griechen von heute, die Schwämme verhandelnd durch die Welt ziehen, wenn nur der Geist der Aristides, Themistokles, Miltiades in uns lebendig bleibt. Unser Traum lebt fort, herrlich und erhaben, und die Pflanze, die auf steinigem Boden welkte, wird in dem Neuland Rußlands, in der Schwarzerde unserer unverbrauchten Kraft wieder erblühen.

Die Seele der Freiheit, die längst den Totenfeldern der französischen Bourgeoisie entflogen ist, sie ist jetzt — nach dem Gesetz der Metapsychose — in der blutigen russischen Wirklichkeit zu neuem Leben erstanden. Und der Tag wird kommen — ich glaube es fest —, da, gleich dem Liede der Lerche im ersten Frühling, die Seele der Freiheit auch in die toten Gräber des versteinerten Frankreich dringen wird, dann aber werden die alten Überlieferungen wieder lebendig werden!. . ." Wir bezweifeln, daß homo novus diese Zeit miterleben wird, möchten ihm aber zwei Einwendungen machen. Einmal ist sein Bild des heutigen Frankreich gewiß insofern falsch gezeichnet, als er der Franzosen nicht gedenkt, die an jenem durchaus richtig gezeichneten Tanz um das goldene Kalb nicht teilnehmen; dann aber glauben wir nicht, daß die politische Regeneration Frankreichs vom „Proletarier in der blauen Bluse" ausgehen kann, auf den homo novus seine Hoffnungen für die Zukunft baut. Das würde eine noch weitere Sozialisierung Frankreichs bedeuten; wohin das sozialistische Prinzip aber führt, hat die Geschichte der letzten Jahre gezeigt, und zwar an Frankreich, das ja von Sozialisten regiert wird, und gegen deren Regiment gerade heute andere Sozialisten revoltieren. Ebensowenig aber glauben wir an das „Neuland" der russischen Revolution und „an die Schwarzerde der unverbrauchten Kraft" Rußlands. Die Männer, welche homo novus als „Kassendiebe" und „Ritter" brandmarkt, stellen mindestens zwei Drittel des gebildeten Rußland dar, und von dem anderen Drittel, das die Revolution gemacht hat, haben wir bisher nur große Worte und größere Missetaten kennen gelernt.

Nur wenig über acht Tage trennen uns von der Eröffnung der Duma. Eben jetzt ist der Entwurf zu den Grundrechten — illegalerweise — veröffentlicht worden; es steht noch keineswegs fest, welches die endgültige Form dieser „Grundrechte" sein wird, und schon wird offen damit gedroht, daß die Eröffnung der Duma der Beginn einer neuen Revolution sein werde. Was erbittert, ist die Beschränkung der Gewissensfreiheit; daß nach dem Wortlaut der Grundrechte der Zar sich das Recht vorbehält, alle Amtspersonen ausnahmslos aus dem Staatsdienste zu entlassen, und daß er andererseits auch die Verhängung des Kriegszustandes und des Zustandes außerordentlichen Schutzes als Prärogativ der Krone behauptet. Über das letztere

läßt sich diskutieren, die Absetzbarkeit der Richter aber ist aller Wahrscheinlichkeit nach dekretiert worden, weil der Richterstand fast durchweg zu den Förderern der Revolution gehörte. In den baltischen Provinzen z. B. gehörten Staatsanwälte und Richter zu den Elementen, die systematisch die Revolutionäre geschützt haben. Es läßt sich bei gutem Willen auf beiden Seiten mit der neuen russischen Verfassung gewiß leben, und die Grundrechte bedeuten, wenn sie Wirklichkeit werden, einen ganz ungeheuren Fortschritt auf dem Wege bürgerlicher Freiheit. Die Gefahr liegt aber darin, daß Regierung und kommende Duma schon jetzt wie Feinde einander gegenüberstehen und beide auf einen Kampf um ihre Existenz gefaßt sind. Die Wahlkämpfe haben die Aufregung gesteigert, nicht gemindert, und trotz der gewaltigen Truppenmacht, welche die Regierung aufgeboten hat, ist nach wie vor an keiner Stelle die staatliche Ordnung voll hergestellt. Am schlimmsten steht es in den baltischen Provinzen und in Polen. Die ersteren werden von Räuberbanden terrorisiert, und da die Regierung beschlossen hat, die Truppenmacht des Generals Orlow abzurufen, steht noch weit schlimmeres zu erwarten. Schon jetzt werden Proklamationen verbreitet, in denen es heißt, die deutschen Gutsbesitzer habe man glücklich vertrieben, jetzt käme die Reihe an die Verwalter, Förster usw. Man steht vor einem neuen Ausbruch der Anarchie, und wenn das so weiter geht, werden zuletzt alle, die etwas besitzen, die Kleingrundbesitzer bäuerlichen Standes mit eingerechnet, genötigt sein, das Land zu räumen. In Polen aber ist es neben der steigenden sozialistischen und anarchistischen Agitation zu einer Art Bürgerkrieg zwischen Mariaviten und Katholiken gekommen, der ebenfalls erst in den Anfängen ist, und an welchem die Bauern leidenschaftlichen Anteil nehmen. Auch die jüdische Frage wird wieder akuter. Es ging jüngst die Nachricht durch die Zeitungen, daß im Weichselgebiet der jüdische Landbesitz von 1860 bis 1900 von 6000 Deßjätinen auf 344000 gestiegen sei, in den westlichen Gouvernements von 16000 auf 1265000! Solche Zahlen wirken gerade jetzt besonders aufregend, da die Juden in der Wahlkampagne ihren Einfluß rücksichtslos geltend gemacht haben und auch erreicht haben, daß die konstitutionellen Demokraten ihre volle bürgerliche Gleichberechtigung zu einem ihrer Programmpunkte gemacht haben. Auch werden die russischen Juden, deren Einfluß auf die Presse außer-

ordentlich groß ist, in der Duma stark vertreten sein. Nun mag man das von allgemein human-liberalem Standpunkte wohl berechtigt finden, ob es aber in Rußland, ohne eine furchtbare Gefahr für die Juden selbst, durchführbar ist, das ist eine ganz andere Frage. Im südlichen und westlichen Rußland werden neue Judenmassakers die unausbleibliche Folge sein, darüber ist unter Männern, welche die Verhältnisse kennen, nur ein Urteil. Die Revolution, obgleich sie unter jüdischer Führung ging, hat den Haß der Bauern, die hier allein in Frage kommen, nur gesteigert, und wenn sich ihre Masse in Bewegung setzt, kann es einen wirksamen Schutz in diesen Tagen allgemeiner Zerfahrenheit nicht geben. Doch wir brechen ab, obgleich noch vieles zu sagen wäre von groben Mißgriffen und Mißbräuchen der Regierung wie von Sünden der triumphierenden Revolution. Die nichtrussische Welt fängt allmählich an, diese Entwicklung mit mehr Neugier als Teilnahme anzusehen. Man kann Mitleid mit den Duldenden haben, aber es ist unmöglich, seine volle Sympathien dem einen oder dem anderen Teil zuzuwenden. Eine Ausnahme bilden die Finländer und die baltischen Deutschen. Beide haben ihren Schild reingehalten und charaktervoll ihre Stellung behauptet. Überall sonst sehen wir Willkür, Unduldsamkeit, Mißbrauch der Macht. Wir hören große Worte und sehen uns vergeblich nach großen Taten um. Eine elende Revolution und ein elendes Regiment!

In der großen Politik zeigt sich der liberale englische Imperialismus fast noch unternehmender, als es der konservative war. Der Streit mit dem Sultan um Akaba und Tana ist glücklich beigelegt, wenn auch nur praktisch, denn die prinzipielle Seite der Frage bleibt ungelöst. Jetzt scheint Sir Edward Grey in der ägyptischen Frage einen weiteren Schritt vorwärts tun zu wollen. Lord Cromer hat angekündigt, daß er das System der Kapitulationen, wenn möglich, beseitigen wolle. Es handelt sich dabei um die internationale Vereinbarung vom 1. Januar 1876, der zufolge drei gemischte Gerichte in Kairo, Alexandria und Zagazig eingesetzt wurden mit je vier europäischen und drei ägyptischen Richtern. Der Appellhof in Alexandria bestand aus 4 Indigenen und 7 Fremden, und zwar so, daß der Khedive die Richter auf Vorstellung der 14 interessierten Mächte (Deutschland, Österreich-Ungarn, Belgien, Dänemark, Spanien, Vereinigte Staaten, Frankreich, England, Griechenland, Italien, Nieder-

lande, Portugal, Rußland, Schweden-Norwegen) ernannte. Diese Gerichte durften nur auf Grund eines Kodex ihre Sprüche abgeben, der von allen beteiligten Mächten anerkannt war, so daß die Abänderung alter oder die Einführung neuer Rechtssätze jedesmal ihrer Zustimmung bedürftig war. So hatte man es auch bis jetzt gehalten. Aber gerade diesen internationalen Charakter der gemischten Gerichte wünscht nun Lord Cromer zu beseitigen, und das kann natürlich nur unter Zustimmung der 13 übrigen Mächte geschehen. Sehr interessant ist es nur, wie das „Journal des Débats" diese Frage anfaßt. Es geht von dem Abkommen vom 8. April 1904 und von der Gleichung Marokko-Ägypten aus, betont sehr scharf die Tatsache, daß Lord Cromers Wunsch der internationalen Vereinbarung von 1876 widerspreche, und daß Frankreich in Marokko nicht erreicht habe, was es erstrebte (des circonstances .... sont venues retarder pour nous la contre partie marocaine de nos sacrifices égyptiens), was, beiläufig bemerkt, ein lehrreiches Bekenntnis ist. Aber die „Débats" sind geneigt, Lord Cromer zu Willen zu sein, vorausgesetzt, daß England Kompensationen gewähre, sie weisen dabei auf Liberia, die Neuen Hebriden und Abessinien hin, wo es allerlei zu wünschen gebe, z. B. in betreff der Linie Djibuti—Addis Abeba! Wenn den Engländern noch zwölf ähnliche Rechnungen gestellt werden, dürften sie genötigt sein, ihren Beutel weit zu öffnen. Aber wir wissen nicht, ob das „Journal des Débats" mit seiner Bereitwilligkeit zu Verzichten überall in Frankreich ein geneigtes Ohr finden wird. Freycinet hat im vorigen Jahre in seiner sehr interessanten Studie über die ägyptische Frage den entgegengesetzten Standpunkt vertreten, und zwar mit großem Nachdruck. Für uns liegt das Problem anders als für Frankreich, es trägt mehr einen praktischen als einen prinzipiellen und theoretischen Charakter, und es wird wohl auch von uns in diesem Sinne angefaßt werden. Aber wir sind höchst gespannt, wie Frankreich Geschäft und Prinzipien verbinden wird. Das könnte ein neues Feuilleton für homo novus abgeben.

Merkwürdigerweise taucht jetzt wieder das Projekt des unterseeischen Tunnels zwischen Frankreich und England auf, und zwar von französischer Seite. Wir hätten dessen nicht gedacht, da wir die Idee für utopisch halten, wenn nicht die französischen Argumente für das Unternehmen so überaus lächerlich wären. Sie spekulieren nämlich

mit der englischen Sorge vor dem Phantom der deutschen Invasion und erbieten sich in solchem Falle, nicht nur dafür zu sorgen, daß England durch jenen Tunnel verproviantiert werde, sondern auch ihre Truppen auf diesem Wege dem Eindringling entgegenzuwerfen!

Einen großen Erfolg hat England damit erreicht, daß der tibetanische Vertrag vom 17. September 1905 nunmehr am 27. April die Genehmigung Chinas gefunden hat. Dem englischen Handel ist jetzt der Weg nach Lhassa endgültig gesichert, und wahrscheinlich werden große Straßenanlagen die nächste Wirkung des Vertrages sein. Man kann Sir Ernest Satow, der den Vertrag unterzeichnete, in der Tat nur Glück dazu wünschen. Was soll man aber dazu sagen, wenn die „Times" die Gelegenheit benutzt, die so gründlich widerlegte Verleumdung zu wiederholen, daß Deutschland gegen die Verständigung zwischen China und England intrigiert habe!

In Natal hat der Aufstand der Zulus doch so sehr an Ausdehnung gewonnen, daß die Regierung sich genötigt sieht, in sieben Distrikten das Aufgebot der 1. Reserve und in zwei Distrikten das Aufgebot der 2. Reserve anzuordnen, während gleichzeitig die gesamte aktive Miliz mobilisiert wird und die native volunteers unter Kapitän Moe ins Feld geführt werden.

Auch in Marokko und in Tunis gärt es und ebenso dauern die Unordnungen in Mazedonien fort. Es ist die Frühjahrskrisis, die wir so oft erlebt haben und die hoffentlich auch dieses Mal vorüberzieht, ohne gefährlichere Probleme wachzurufen.

Die Konstituierung eines Ministeriums Paschitsch in Serbien läßt sich als sehr erfreulich bezeichnen, da nunmehr darauf gerechnet werden kann, daß sowohl die Mißverständnisse mit Österreich, wie die unerträgliche Angelegenheit der Königsmörder endgültig erledigt wird. Aber ohne eine Auflösung der Kammer wird sich das Ziel nicht erreichen lassen.

Die „große Verschwörung" zum Sturz der französischen Republik, die jetzt die Gemüter in Paris erregt, wird wohl an keiner Stelle ernst genommen. Bei den scharfen Gegensätzen, die zwischen den Parteien der Republik bestehen, läßt sich immer darauf rechnen, daß Haussuchungen bei den Gegnern der zurzeit herrschenden Gruppe irgend ein brauchbares Material zutage fördern, daß sich zum Versuch einer Staatsumwälzung aufbauschen läßt. Vollends lächerlich

ist der Lärm, der von Gesinnungslisten gemacht wird, die sich ein Priester über die Armeeoffiziere hat aufstellen lassen. Der Mann hat eben wissen wollen, wo er seine Gesinnungsgenossen zu suchen hat, und gewiß kann sein Unternehmen nicht in Parallele mit den „fiches" des Grand Orient gestellt werden, die direkt einen denunziatorischen Charakter trugen und stets die Versetzung oder Entlassung der denunzierten Offiziere zur Folge hatten.

Realität ist das Treiben der streikenden Arbeiter, das Bombenwerfen der Anarchisten und die Unduldsamkeit des sozialistischen Regiments, allen denen gegenüber, die nicht an ihre Götter glauben. Jetzt hofft die Regierung durch große Aufwendung von Truppen dem drohenden Generalstreik und den stets mit derartigen Demonstrationen verbundenen Gewaltakten vorzubeugen. In Paris sind nicht weniger als 50000 Mann konzentriert worden. Wir denken, das wird genügen, um den 1. Mai unschädlich zu machen.

Die aufsteigende Laufbahn eines Mannes, der seit bald dreizehn Jahren in höchst einflußreicher Weise auf die Geschicke Rußlands eingewirkt hat, scheint, wenn auch nicht einen endgültigen, so doch ihren vorläufigen Abschluß gefunden zu haben. Das System, das Alexander III. inauguriert hatte, schien im Jahre 1893, als Witte zum Nachfolger Wyschnegradskis ernannt wurde, nach innen wie nach außen sich voll bewährt zu haben. Die Revolution, der Alexander II. zum Opfer gefallen war, durfte für erstickt gelten; nach außen hin war Rußland durch eine formidabele militärische Stellung gleichsam zum Sprunge bereit, an den Grenzen Deutschlands, Österreichs und der Türkei zu einem politischen Ansehen gelangt, wie etwa Nikolaus I. es genossen und genutzt hatte; der in Angriff genommene Bau der sibirischen Bahn schien weitere Pläne anzudeuten, die in England nicht wenig Sorge machten, das französische Bündnis stärkte diese Position und trug dazu bei, ihr einen beunruhigenden Charakter zu geben. Aber man wußte, daß die Entscheidung über Krieg und Frieden in Petersburg, nicht in Paris lag und kannte den Zaren als friedfertig. Aber er liebte es, weite Pläne anzulegen, wenngleich er ihre Durchführung der Zukunft überließ, und zu einem Werkzeug seiner Zukunftsgedanken hat er dann im September 1893 den bisherigen Minister der Wege in das Finanzministerium gerufen. Der Mann war kein Neuling, und es ist vielleicht interessant, daran zu

erinnern, daß er durch den Gang seiner Studien Mathematiker war. Aber nicht die theoretisch-wissenschaftliche, sondern die praktische Tätigkeit zog ihn an. Er wurde Eisenbahner, zeigte während des Türkenkrieges seine große organisatorische Begabung und die Energie seiner Arbeitskraft. Man fand es nützlich, ihn in das Eisenbahnministerium nach Petersburg zu berufen, machte ihn nach wenigen Jahren zum Direktor der Eisenbahnen des sogenannten südwestlichen Gebietes und schon 1892 zum Minister seines Departements. Als dann Wyschnegradski mit seiner Finanzpolitik an den Nöten der Hungerjahre 1891 und 1892 gescheitert war, setzte man ihm Witte zum Nachfolger. Es war nur eine Stimme darüber, daß eine mehr geeignete Persönlichkeit nicht zu finden war, und frischen Mutes ist er dann ans Werk gegangen. Das Programm seines Vorgängers hat er voll übernommen: Rußland sollte Industriestaat werden, und zwar mit Hilfe des ausländischen Kapitals, der schwankende Kurs des russischen Geldes sollte durch Einführung der Goldvaluta ein- für allemal beseitigt, die Eisenbahnpläne Alexanders III. ohne ein Defizit des Budgets weitergeführt werden. Nebenher ging dann die weitere militärische Verstärkung, namentlich an der Westgrenze, und der mit unerhörter Eile und ungeheuren Opfern betriebene Ausbau der russischen Flotte.

Witte hatte auch, nachdem Alexander III. 1894 die Augen geschlossen hatte, sich keiner dieser Aufgaben versagt, und noch weit rücksichtsloser als Wyschnegradski es gewagt hatte, aus den vier Quellen geschöpft, welche die Mittel zur Durchführung dieser Aufgaben liefern konnten: fast prohibitive Zölle zum Schutz der künstlich geschaffenen heimischen Industrie, ungeheure Anleiheoperationen im Auslande, speziell in Frankreich, rücksichtslose Ausbeutung der Steuerkraft des Landes (d. h. der Bauern), endlich Förderung des Getreideexports mit allen Mitteln, die dem Staate zur Verfügung standen. Bekanntlich hat er äußerlich auch all seine Ziele erreicht. Die Eisenbahn durch Transkaipien, Sibirien, die Mandschurei ist wirklich gebaut worden, die Flotte erstand, die Armee wuchs, die Fabriken beschäftigten hunderttausende von Arbeitern, Frankreich versagte sich keiner der wiederholten Forderungen um neue Anleihen, die Rußland stellte, der Export an Getreide wuchs in unerhörter Weise, 1899 endlich ist die Goldvaluta tatsächlich eingeführt worden. Dieses letzte Jahr des scheidenden Jahrhunderts zeigte Witte auf dem Höhepunkte seines

Ruhmes, und kaum je ist im Inlande wie im Auslande ein Finanzminister gefeiert worden wie er. Aber freilich nicht ohne Widerspruch. Schon damals erhoben sich Stimmen, die darauf hinwiesen, daß unter Witte der Fiskus zu einer Größe geworden war, die nicht mehr mit dem Volkswohlstande rechnete. Der fiskalische Druck war so stark, daß das Volk unter ihm zu ersticken drohte. Auch täuschte sich Witte selbst keineswegs darüber, daß jede ernste Erschütterung des Weltfriedens seinem Werk gefährlich werden könnte. Er erkannte den Notstand sehr wohl, den die übermäßige Anspannung der Steuerkraft des Landes zur Folge hatte, und ebenso erkannte er die Gefahren, die dem Reich aus der steigenden Unzufriedenheit im Innern erstehen konnten. In einer Denkschrift vom Jahre 1899 klagt er, daß die Ausgaben für Heer und Marine und die asiatische Politik das europäische Rußland ruinierten. Aber er glaubte, daß, solange der Frieden dauere und das absolutistische Regiment sich in Rußland behaupten lasse, auch sein Finanzwerk halten und sich allmählich zu einer produktiven Finanzpolitik werde umbilden lassen. Er ist deshalb einer der entschiedensten Gegner des Bruches mit Japan gewesen, und ebenso bis in die letzten Jahre hinein ein Gegner aller Maßregeln, deren Konsequenz eine Umwandlung des geltenden absolutistischen Systems in ein konstitutionelles bzw. parlamentarisch-demokratisches oder republikanisches sein konnte.

Nun wäre es aber falsch, daraus den Schluß zu ziehen, daß Witte an sich ein Gegner liberaler und konstitutioneller Staatsformen gewesen wäre. Er perhorreszierte sie nur qua russischer Staatsmann, weil er richtiger als andere vorhersah, daß jedes Zugeständnis an die Wünsche der Bevölkerung um Teilnahme am Regiment mit Notwendigkeit zu einer Revolution führen werde. Der rechte Zeitpunkt für Reformen war seiner Meinung nach unter Alexander II. verpaßt und unter Alexander III. ein Weg eingeschlagen worden, den man im Frieden nicht mehr zurückgehen konnte. Eine unter dem Titel: „Selbstherrschaft und Semstwo“ im Jahre 1903 veröffentlichte Broschüre hat uns eine konfidentielle Denkschrift Wittes aus dem Jahre 1899 gebracht, die keinen Zweifel darüber läßt, daß er sich über die wirkliche Lage Rußlands nicht täuschte. Es ist das beste, was bis heute über die Bestrebungen der russischen Liberalen von 1864 bis 1899 gesagt worden ist, und zeigt uns bereits im Keim das volle Programm

der konstitutionellen Demokraten, welche die Welle der Revolution heute an die Spitze Rußlands gehoben zu haben scheint. Aber es läßt sich auch nicht verkennen, daß Witte in dieser Denkschrift — deren Spitze gegen den damaligen Minister des Innern und heutigen Ministerpräsidenten Goremykin gerichtet ist — im Grunde mit seinen Sympathien auf seiten derjenigen steht, die ein reformiertes Rußland wünschen. Er will es nur nicht anbahnen, solange der Zar entschlossen ist, am Prinzip der Autokratie festzuhalten, denn beides — so geht seine Argumentation —, Heranziehung des Volkes zur Mitarbeit an der Regierung des Staates und Autokratie, schließt sich gegenseitig aus.

Dieser Widerspruch zwischen den inneren politischen Überzeugungen Wittes und seiner politischen Praxis verdarb ihm die Stellung sowohl der öffentlichen Meinung wie dem Hofe gegenüber. Am 29. August 1903 erhielt Witte seine Entlassung, und während ein Figurant zu seinem Nachfolger erhoben wurde, ging die Macht auf einen Mann über, der in Theorie und Praxis dem Absolutismus gehörte, auf den Minister des Innern, Plehwe. Witte aber wurde in die rein dekorative Stellung eines Präsidenten des Ministerkomitees gesetzt, die ihn tatsächlich von aller Einwirkung auf die Geschäfte und von der Person des Zaren fernhielt. Ein Jahr danach wurde Plehwe von einer Bombe in Stücke gerissen (28. Juli 1904), am 12. August der Zäsarewitsch-Thronfolger geboren, und Schreck wie Freude scheinen in gleicher Weise auf Kaiser Nikolaus II. dahin gewirkt zu haben, daß er den ersten Schritt zu einem Systemwechsel tat. Fürst Swjätopolk Mirski wurde zum Minister des Innern ernannt, im Grunde ohne ein anderes Programm als das, ein freundliches Gesicht zu machen. Er sprach das verhängnisvolle Wort von der Berufung eines Semski-Ssobor; es folgten der Arbeiteraufstand in Petersburg, Verfassungsforderungen, die er dem Zaren nicht vorzulegen wagte, und am 1. Februar 1905 hatte er die Genehmigung seines Abschiedes in Händen. Inzwischen aber war der Krieg mit Japan, an den der Zar nicht hatte glauben wollen und in dem Witte den Zusammenbruch seines Finanzbaues vorausschauend erkannte, gleich in seinen Anfängen mit unerhörter Heftigkeit, für Rußland höchst unglücklich zum Ausbruch gekommen. Es scheint, daß Witte die Machtlosigkeit seiner Stellung in diesen Tagen steigender Erregung schwer empfunden

hat. Er suchte vergeblich seine Scheinwürde abzuschütteln. Das Unglück im Kriege und die Not im Innern mußten noch größer werden, ehe man sich entschloß, zu ihm zurückzugreifen. Im Juli ernannte ihn der Zar zum Unterhändler in Portsmouth, nach seiner Rückkehr machte er ihn zum Grafen und Ministerpräsidenten. Aber es zeigte sich, daß auch ein starker Mann im Sturm der russischen Revolution nicht aufrecht bleiben konnte. Auch wußte er wohl, daß bei den schwankenden Entschlüssen des Hofes, dem Wechsel von Repression und Nachgiebigkeit der Staatswagen immer tiefer bergab rollen müsse. Eine Zeitlang mochte er hoffen, die Revolution nach dem Rezept Durnowo und Dubassow niederzuschlagen, schon als der Beschluß gefaßt wurde, die Reichsduma zu berufen, wird er schwerlich mehr daran geglaubt haben. Es ist sicher, daß er mehrfach um seine Entlassung gebeten hat. Aber man brauchte ihn noch, um die Zweimilliardenanleihe zu negotiieren, deren Rußland bedurfte, sollte dem politischen Zusammenbruche der wirtschaftliche nicht parallel gehen. Auch hat Witte sie wirklich erhalten, wie es heißt, nicht ohne starken Druck auf die französischen Gläubiger. Es ist die ungünstigste Anleihe, die er je abgeschlossen hat. Und nun kann er gehen. Sein Gegner von 1899, Goremykin, tritt an seine Stelle. Wenn nicht alles täuscht, mit der unerfüllbaren Aufgabe trotz allem das Unvereinbare zu verbinden: Autokratie und Volksvertretung. Es fällt schwer, ein Schlußwort allgemeiner Würdigung zu finden. Bei großen Anlagen ist Witte doch ein Staatsmann der völlig verbrauchten Schule Alexanders III. Einer der moralischen Urheber der Revolution, die er nicht wollte. Ein Finanzkünstler, kein großer aufbauender Finanzminister, wie noch Bunge es gewesen ist. Ein russifizierter Deutscher, der die Arbeitskraft der Rasse sich erhalten hat, nicht die Gewissenhaftigkeit im kleinen und großen, die einen anderen deutschen Finanzminister Rußlands, Cancrin, kennzeichnet.

Wittes Budgets sind immer Trugbilder gewesen, bestimmt, zu täuschen. Er war ein Meister der Zahlengruppierung. Als ihm einst das Trügerische seiner Aufstellungen vorgehalten wurde, soll er gesagt haben: Aber wozu existiert denn die Kunst der Buchführung. Gewiß, er war ein großer Künstler, aber kein großer Staatsmann und auch kein großer Mensch.

3. Mai. Demission Wittes. Goremykin vom Zaren zum Ministerpräsidenten ernannt.
4. Mai. Englisches Ultimatum an die Pforte wegen der Besetzung Tabahs.
6. Mai. Attentat auf den Generalgouverneur von Moskau, Tubassow. Neuwahlen in Frankreich.
7. Mai. Ermordung des Generalgouverneurs von Jekaterinoslaw Zeoltanowski.

---

9. Mai 1906.

Die Neuwahlen in Frankreich haben den Radikal-Sozialisten einen glänzenden Sieg eingetragen, größer vielleicht, als sie ihn erwartet haben, und doch nicht größer, als den tatsächlichen Verhältnissen, wir wollen sagen, den politischen Überzeugungen oder Stimmungen der Franzosen heute entspricht. Denn darüber kann man sich nicht täuschen, das Land ist demokratisiert und sozialistisch. Nicht nur in den Kreisen des großen und kleinen Bürgertums, sondern auch unter der bäuerlichen Bevölkerung und vielleicht auch bis tief in die aristokratische Gesellschaft hinein. Wer diese politische Strömung nicht mitgemacht hat, ist beiseite geschoben worden und spielt in dem öffentlichen Leben nicht mit. Der Einfluß der Kirche ist durch den des Grand Orient aufgesogen oder doch wenigstens so gemindert worden, daß er politisch nicht mehr als wesentlicher Faktor gelten kann. Auch in der Armee, das Offizierkorps nicht ausgenommen, tritt die gemäßigt republikanische Gesinnung vor der radikal-sozialistischen zurück, so daß im Ernst von einer Konkurrenz der anderen Parteien um die Machtstellung im Staate kaum noch die Rede sein kann. Sogar die Nationalisten haben als Partei ausgespielt, weil ihre populären Schlagworte im radikal-sozialistischen Programm Aufnahme gefunden haben. Man fragt unter diesen Umständen wohl, weshalb der Lärm, den Clemenceau über die monarchische Verschwörung organisierte, in Szene gesetzt wurde? Notwendig war er für den Sieg der Partei nicht, und ebensowenig lag eine Gefahr für die republikanische Staatsverfassung vor. Vielleicht haben diejenigen recht, welche behaupten, daß Clemenceau, nachdem er sich durch energische Machtentfaltung in den Streikgebieten kompromittiert

hatte, durch ein großes Verdienst um die Republik den ersten Eindruck verwischen wollte. Wir wollen darüber nicht entscheiden, das eine aber steht nicht nur uns, sondern der ganzen nichtfranzösischen Welt fest, daß jenes „Komplott" nicht ernst zu nehmen war. „Natürlich hat keine wirkliche Gefahr irgendwelcher antirepublikanischen Verschwörung bestanden. Die monarchischen Parteien sind zu schwach, um selbst mit Hilfe der Klerikalen zu gewinnen", so urteilt die „Tribune", und ähnlich ist das Urteil überall. Solche „Verschwörungen" hat es seit 1871 in Frankreich stets gegeben, nur mit dem Unterschiede, daß bis in die 90er Jahre hinein die Gesinnungsgenossen der Regenten von heute für staatsgefährlich galten. In einem Staat, der so viele politische Wandlungen durchgemacht hat wie Frankreich, antiquieren die herrschenden Schlagworte außerordentlich schnell, und eine Gesinnung, die gestern noch „korrekt" war, kann morgen für höchst inkorrekt und übermorgen für gefährlich gelten. Und deshalb ist eine politische Gesinnungsinquisition gerade auf französischem Boden besonders unerträglich, sie muß in ihren Konsequenzen zur Verfehmung jeder Gesinnung führen. Zu den wenn auch nicht feierlich proklamierten, aber ohne Zweifel geltenden Grundrechten der Franzosen hat seit der großen Revolution das Recht gehört, gegen die bestehende Regierung zu konspirieren. Thiers hätte unter dem Beifall der gesamten Nation alle Mitglieder des heutigen Kabinetts nach Cayenne schicken können, denn damals lag die Macht in den Händen der „Verschwörer" von heute. Doch dergleichen sind „Querelles françaises", und von weitem sehen sie sich recht interessant an. Wir denken an homo novus und können das Lachen schwer verbeißen.

Mit Genugtuung verfolgen wir die Haltung der französischen Presse in den englisch-türkischen Streitigkeiten. Das „Journal des Débats" z. B. bestreitet mit Entschiedenheit, daß die Pforte die Absicht hege, durch die sinaitische Grenzfrage die ägyptische Frage als solche aufzurollen, und stellt sich auf den Boden der Tatsachen, die seit der heute allseitig anerkannten Stellung Englands in Ägypten bestehen.

„Aber", fahren die „Débats" fort, „man versteht nicht recht, weshalb die Engländer, wenn sie nicht beabsichtigen, gegen die Ausdehnung der Hedjasbahn nach Akaba zu protestieren, von ihren Stellungen

aus die direkten Zugänge zu diesem kleinen türkischen Hafen beherrschen wollen. Auch glauben wir zu wissen, daß Lord Cromer nicht abgeneigt sein wird, den Türken Tabah zu lassen. Denn in der Tat, Ägypten kann doch nicht mehr wollen, als verhindern, daß die türkische Grenze allzusehr an den Suezkanal heranrückt. Die Pforte andererseits kann nur wünschen, daß der Hafen von Akaba genügend Luft gewinnt, um unbehindert als Ausläufer der Hedjasbahn zu dienen und ihren Truppen den Weg auf der Eisenbahn zum Roten Meere zu sichern, ohne genötigt zu sein, in Suez die Kanalgebühren zu entrichten. Diese Desiderata", schließt das Journal, „lassen sich durchaus vereinigen, und die Verständigung wäre sicher, sobald keine beider Parteien sich mit Hintergedanken trägt. . . ."

Auch wir wünschen die Verständigung und bedauern nur, daß es eines Ultimatums bedurft hat, um den englischen Standpunkt verständlich zu machen. Das Mittel ist schon so oft und stets mit so durchschlagendem Erfolge angewandt worden, daß sich ja auch heute an dem Erfolge nicht zweifeln läßt. Aber es markiert allzudeutlich, daß es sich im letzten Grunde um eine Machtfrage handelt, und gerade das wirkt aufregend. Wir verfolgen aber seit Jahren ein Anwachsen der panislamitischen Bewegung und halten es im Interesse aller Nationen nicht für wünschenswert, daß diese Bewegung gefördert wird! Religiöse Leidenschaften und Rassenfanatismus sind ihrer Natur nach explosiv. Man mag sich an die Rauchwolken gewöhnen, die über dem Krater des Vulkans schweben, aber man sollte nicht vergessen, daß die Gefahr eines unerwarteten Ausbruchs der in der Tiefe wirkenden Kräfte allezeit eintreten kann.

Was die rechtliche Seite der Frage betrifft, so ist sie tatsächlich nicht zu lösen, da es kein Dokument gibt, welches die Grenzen zwischen Ägypten und Syrien genau abgrenzt. Sowohl der Vertrag von 1841 wie das berühmte Telegramm an den Khedive Abbas Pascha (1892) geben keinerlei Anhalt, um darüber zu entscheiden, ob Tabah ägyptisch oder türkisch ist. Da nun beide, England und die Türkei, im Recht zu sein glauben, ist, wenn nicht Gewalt entscheiden soll, eine neue Grenzrichtung, wie England sie fordert, der einzige Ausweg. Und darauf, so meinen wir, wird man sich schließlich verständigen.

Zu den zahlreichen heute umschwirrenden Gerüchten gehört auch das von einer sich vorbereitenden französisch-englisch-russischen Allianz. Daß solche Wünsche bestehen, ist ja seit vielen Jahren bekannt, aber wir glauben nicht, daß sie ihrer Verwirklichung heute näher getreten sind. Rußland hat heute an andere Dinge zu denken, als an weitgehende Kombinationen auswärtiger Politik, und alle Wahrscheinlichkeit weist dahin, daß es noch lange damit gute Weile haben wird. Denn zurzeit beherrscht ein Gedanke alles: die am 10. Mai bevorstehende Eröffnung der Duma, und die bange Frage: was dann? Diese neue Vertretung des russischen Volkes hat sich von vornherein als eine Macht gezeigt. Vor ihrem vorausfallenden Schatten ist das Ministerium Witte-Durnowo zusammengebrochen. Das neue Ministerium: Goremykin, Stolypin, Golitzyn bedeutet zunächst nicht mehr als eine Reihe wenig populärer Namen. Kein Mensch kann vorhersagen, wie weit diese Männer ihrer Aufgabe gewachsen sein werden; jedermann ist darin einig, daß sie mit einem außerordentlich hartnäckigen und leidenschaftlichen Widerstand zu rechnen haben werden. Während die erwählten Vertreter der Nation sich in Petersburg zu sammeln beginnen, hören wir von zwei Attentaten. Der Generalgouverneur von Moskau, jener General Dubassow, der den Oktoberaufstand in der alten Residenz niederschlug, ist, wenngleich arg verwundet, dem einen entgangen, aber sein Adjutant ist durch den Bombenwurf in Stücke gerissen worden, und ermordet hat man den Gouverneur von Jekaterinoslaw. Denn in Rußland glaubt man — wie ein Korrespondent der „National Review" schreibt — heutzutage, daß Töten nicht Mord ist. Überhaupt hat jener Korrespondent sich als ein ungemein feiner Beobachter gezeigt. Er beginnt mit einer Charakteristik der Parteien in Rußland. Er hält die Sozialdemokraten für die stärkste, die Sozialrevolutionäre, deren Zahl bald anschwelle, bald abnehme, für die nächstwichtige, durch ihren rücksichtslosen Fanatismus besonders gefährliche. Dann kommt er auf die konstitutionellen Demokraten, die er ganz richtig als ein Amalgam verschiedenster Parteirichtungen schildert. Er selbst habe unter ihnen Sozialdemokraten, Sozialrevolutionäre, Extremradikale, Radikale, gemäßigte Liberale und Konservative gefunden, wobei das Moment der Einigung der Haß gegen Durnowo gewesen sei. Diese Partei wisse nicht einmal, ob sie monarchisch oder republikanisch sei, nur aus

taktischen Gründen habe sie sich schließlich zur Monarchie bekannt. Aber ebenso komme diese Partei über den Widerspruch hinweg, gegen jede Hinrichtung zu protestieren und für keinen Mord ein Wort des Tadels zu finden. Trotz allem sei sie die eigentlich populäre Partei, und ihr scheine die Zukunft zu gehören. Die Bauern aber würden mit jedem, und sei es der leibhaftige Satan, gehen, der ihnen Land verspreche, während es sehr wohl möglich sei, daß sie sich in anderen Fragen reaktionär erweisen. Vor allem sei jede Partei entschlossen, die anderen zu vernichten und das Feld für sich zu behalten, ja, die Extremen der verschiedenen Lager verfolgten einander wie die Kämpen eines heiligen Krieges, als ob Ehrlichkeit, Patriotismus und Selbstaufopferung nur auf einer und alle übelen Eigenschaften auf der anderen Seite lägen. „Denn sie hassen einander mit einer Glut, von der einige meinen, sie sei charakteristisch-revolutionär, andere, sie sei spezifisch russisch.“ Von den Liberalen heißt es kurzweg, es fehle ihnen aller politische common sense! Auch das ist richtig, wenn der Korrespondent darauf hinweist, daß in Wirklichkeit die Autokratie schon beseitigt sei, wenngleich sie selbst es nicht zu bemerken scheine. Es ist nach dieser Einführung nicht wunderbar, daß der Duma ein schlechtes Prognostikon gestellt wird. Sie werde chaotisch sein wie ihre Bestandteile und dieselben geistigen Krankheitserscheinungen zeigen wie die Bevölkerung, welche sie vertritt. Denn es sei keine Übertreibung, zu sagen, daß das russische Volk nicht mehr psychisch normal ist. Kein Mensch mit gesundem Verstande könne die Tagesblätter lesen, ohne zum Schluß zu gelangen, daß die russischen Spezialisten recht haben, welche die Krankheit des russischen Volkes als politische Neurasthenie bestimmen. Die Symptome seien: Verfolgungswahn, Halluzinationen, Illusionen, anormale Handlungen, Verbrechen gegen Leben und Eigentum mit eingeschlossen, und Selbstmord.

Was wir angeführt haben, sind nur die Stichworte einer wohl begründeten Darlegung, die alle Beachtung verdient. Auch den Schlußbetrachtungen des Verfassers können wir uns voll anschließen. „Es ist mir zweifelhaft,“ sagt er, „ob die erste Duma irgendwelche ernste gesetzgeberische Tätigkeit entwickeln wird. Auch wenn die Abgeordneten alle auserwählte Specimina des russischen Volkes wären, würde ihnen doch die politische Übung fehlen, und ihre Arbeiten

würden mehr spekulativ als praktisch sein. Wir können schöne Phrasen und eindrucksvolle humane Prinzipien, aber keine sachlichen (business like) Anträge erwarten. Denn der Russe ist mit mehr humanen Grundsätzen und mit weniger Bürgersinn begabt, als der Europäer. Ihm fehlen fast alle Eigenschaften des Politikers, viele Tugenden des Bürgers, aber wenige Fehler des Theoretikers. . . . Nehme ich den günstigsten Fall, so wird die Duma zusammentreten und auseinandergehen, ohne dem russischen Gesetzbuche viel Nützliches zugefügt oder materiell zur Beruhigung der Bevölkerung beigetragen zu haben. Das wäre dann eine Illustration zum Sprichwort: Der erste Pfannkuchen pflegt zu mißraten." Eine Illustration nicht zum Sprichwort, sondern zu der allgemeinen Prognose unseres englischen Gewährsmannes hat die Sitzung gegeben, die am 4. Mai in Petersburg von den konstitutionellen Demokraten unter ungeheurem Andrange abgehalten wurde. Zum Präsidenten war der in letzter Zeit vielgenannte Fürst Paul Dolgorukow erwählt worden, aus dessen kurzer Ansprache wir den folgenden Satz hervorheben: „Wir können überzeugt sein, daß die Duma überflüssige und der Sache schädliche Konflikte vermeiden, dafür aber fest und ohne Kompromisse den neuen Staatsbau aufrichten wird: die parlamentarische Monarchie und weite demokratische Reformen im Sinne des nationalen Programmes." Schon das war ein Kriegsruf, da die Regierung über den Gedanken der konstitutionellen Monarchie nicht hinausgehen will. Das Programm vom 17. Oktober wird damit, als wäre es nicht vorhanden, beiseite geschoben.

Der eigentliche Redner des Tages aber war Professor Miljukow. Er begann mit einem Hinweis darauf, daß die Partei einer Regierung gegenüberstehe, die nichts gelernt und nichts vergessen habe. Es frage sich, wie die Volksvertretung sich dazu stellen solle und was die Nation von ihr erwarte. Darüber gingen die Meinungen auseinander. Während die einen Beseitigung der „Wirren" und den Beginn ein schöpferischen Tätigkeit fordern, wünschten andere die Fortsetzung des Kampfes, bis die volle Freiheit erlangt sei. Welcher von beiden Wegen der richtige sei, darüber könne nur die Duma selbst entscheiden. Die Aufgabe des Parteikongresses sei, ein für die Partei möglichst vorteilhaftes und reiches Material vorzubereiten. Halte sie zusammen, so werde sie in der Duma eine starke, geschlossene

Gruppe bilden, während die Regierung keine Partei für sich habe. Wenn sie die Bauern zu gewinnen hoffe, so wisse jedermann, daß dazu keinerlei Aussicht sei. Dagegen könnten die K. D. auf die nationalen Gruppen rechnen, deren Programm volle Anerkennung bei ihnen gefunden habe. Er gehe nun zu den formalen Schwierigkeiten über, mit denen zu rechnen sei. Zunächst bleibe nichts übrig, als die Tätigkeit unter dem Zwange der geltenden Gesetze zu beginnen, auch werde sich trotz allem die Möglichkeit bieten, die vornehmsten Probleme anzugreifen: die konstituierende Tätigkeit und die Agrarfrage. Es gehöre durchaus zur Kompetenz der Duma, das allgemeine direkte Wahlrecht und die Grundrechte vorzubereiten. Einem Konflikt solle man nicht aus dem Wege gehen, aber ihn nicht hervorrufen. Er könne erst entstehen, wenn die Regierung es wage, den von der Duma eingebrachten Gesetzentwürfen entgegenzutreten, und es sei gut, ihn möglichst hinauszuschieben. Dagegen dränge sich die andere Frage auf, ob die Befugnisse der Duma weitgehend genug seien. Sie habe formell keinerlei Möglichkeit, auf die Verwaltung einzuwirken, es bestehe keine Verantwortlichkeit der Minister, so daß in jedem Falle, wo man einen Minister zur Rede stellen wolle, mit der höchsten Gewalt gerechnet werden müsse.

Nun habe die Regierung durch Beseitigung des Ministeriums und durch Verzicht auf die Durchführung der Grundgesetze gezeigt, daß sie einen Konflikt mit der Duma für gefährlich und unerwünscht halte, und damit sei der Weg für die rein gesetzgeberische Tätigkeit frei. Es bleibe der Regierung jetzt nichts übrig, als das allgemeine direkte Wahlrecht zu konzedieren. Auch in betreff der Grundgesetze suche die Regierung eine Verständigung, allerdings in der Hoffnung auf die mäßigende Rolle des Reichsrates. Da die konstitutionell-demokratische Partei aber prinzipiell den Reichsrat negiere, würden dessen Beschlüsse nicht in Betracht kommen. In betreff des neuen Ministeriums, das natürlich das Vertrauen des Volkes nicht verdiene, da ein Ministerium aus der Majorität der Duma hervorgehen müsse, empfehle es sich zunächst, die Erklärungen der Thronrede abzuwarten. Die Beratungen über die Antwortsadresse würden dann Gelegenheit bieten, das Programm der Majorität der Duma zu formulieren. Davon hänge außerordentlich viel ab, und alle Zufälligkeiten seien von dieser Verhandlung fern zu halten.

Der Parteikongreß müsse schon jetzt Stellung nehmen zur Frage der Abschaffung der Todesstrafe und der unverkürzten Amnestie. In beiden Punkten könne von Nachgiebigkeit keine Rede sein. Um die Gewaltakte des ancien régime vor Gericht zu stellen, müsse eine parlamentarische Untersuchungskommission eingesetzt werden.

Der Redner ging danach auf eine Reihe anderer Fragen ein, die wir füglich übergehen können, und schloß mit dem nachdrücklichen Hinweis darauf, daß die Duma etwas Schöpferisches, Wichtiges und für das Volk Nützliches getan haben müsse, ehe die Gegner riskieren, einen Konflikt hervorzurufen. Schon jetzt sei die Stimmung derartig, daß die Regierung nicht wagen werde, einen Streit vom Zaun zu brechen. Die Taktik der Partei müsse dahin gehen, daß, wenn es zu einem Konflikt komme, der Gegenstand desselben dem ganzen Volke verständlich sei: „Dann wird das Volk sagen, sie wollten uns helfen und hatten damit schon begonnen, man ließ es nicht zu. Nun wollen wir es zu Ende führen." Miljukow knüpfte daran drei Thesen, die zur Abstimmung gebracht werden sollten:

1) Aufgabe der Partei sei, folgende Programmpunkte in der Duma durchzusetzen: gesetzlichen Schutz für die Unantastbarkeit der Person, bürgerliche Rechtsgleichheit und Freiheit, Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten, geheimen Wahlrechts in der Volksvertretung wie in den Selbstverwaltungsorganen, gesetzliche Lösung der Agrarreform und Befriedigung der gerechten nationalen Forderungen.

2) Die Partei wird vor einem Bruch mit der Regierung nicht zurückschrecken, will aber dafür Sorge tragen, daß Schuld und Verantwortung des Bruches der Regierung zufällt.

3) Die in Punkt 1 aufgeführten Ziele sind durch Gesetzesanträge der Duma zu unterbreiten. Außerdem hält der Kongreß für unerläßlich einen Gesetzesantrag auf volle Amnestie, auf Aufhebung der Todesstrafe und die Einsetzung einer parlamentarischen Kommission zur Untersuchung derjenigen ungesetzlichen Handlungen der Vertreter der Administration, die nach dem 17. Oktober im Kampf gegen die öffentliche Meinung begangen worden sind.

Von den folgenden Rednern plädierte ein Herr Durnowo für eine konstituierende Versammlung, Struve für eine parlamentarische Kommission zu allseitiger Untersuchung der Arbeiterfrage, die letzte

Rede hielt unter ungeheurem Jubel der Vertreter von Twer, Rodit schew. Es sei, meinte er, töricht, wenn die Partei ihrer künftigen Tätigkeit Schranken setze. Die Reichsduma müsse wissen, daß ihre Kraft in ihrem Wagemut liege. Das Volk stehe zu ihr, und sie sei verpflichtet, die wirklichen Forderungen des Volkes zum Ausdruck zu bringen. Das Volk sei der Herr, die Abgeordneten seine Bevollmächtigten. „Euch schreckt ein Konflikt; ihn zu vermeiden, gibt es nur ein Mittel, – zu wissen, daß es keinen geben kann. Wer sich dem Volke entgegenwirft, den wird des Volkes Kraft in den Abgrund stoßen (langandauernder, zweimal wiederholter Beifall). Wir gehen in die Duma im Bewußtsein unserer Kraft, im Bewußtsein, daß Millionen Russen hinter uns stehen, und in diesem Bewußtsein können wir ganz ruhig sein. Wir gehen, um eine ungeheure Arbeit für das russische Volk zu verrichten, und fragen nicht danach, wo unsere Bundesgenossen und wo unsere Gegner sind. Wenn dort, wo bisher die Lüge herrschte, man sich von der Lüge freimacht und arbeiten will, wird es einen Konflikt nicht geben. Wenn sie aber, von der Lüge verblendet, mit der Duma zusammenstoßen, so hindern sie die Arbeit, zu deren Erfüllung uns das Volk geschickt hat. Ich schließe meine Rede mit dem Schwur, daß die Duma nicht auseinandergejagt werden kann, und daß sie ihr Werk vollenden wird."

Zu einer Abstimmung kam es nicht, die Verhandlungen wurden auf den nächsten Tag verschoben.

Am 5. fand die zweite Sitzung statt. Sie war noch reicher an Schlagworten und noch ärmer an politischer Einsicht als die erste. Der erste Redner erkennt die Aufgabe der Duma darin, dem „Zorne des Volkes" Ausdruck zu geben, und erklärte jede gemeinsame Arbeit mit der Regierung für unmöglich. Der zweite will sofort das parlamentarische Regime einführen und den Reichsrat aufheben, ein dritter weist auf die Notwendigkeit hin, die Gerichte zu reformieren, und verlangt, daß auch alle agrarischen Verbrechen und alle Vergehen gegen die Disziplin, wie z. B. die Sebastopoler Ereignisse, in die Amnestie einbegriffen werden, ein vierter, de Roberti, dessen Gedankenkreis durch Erinnerungen an die Girondisten und an Danton bestimmt wurde, „Deklaration der Rechte der Arbeiter", weniger taktische Sorgen und mehr Kühnheit, Kühnheit, Kühnheit! Nur einer der Herren hat es für nötig gehalten, auch ein Wort der Besinnung in

die Versammlung zu rufen. Herr Teslenko aus Moskau erinnerte daran, daß die Partei auch den nationalen und sozialen Frieden erstrebe! Aber was erstrebt diese Partei nicht alles? Ein Frl. Tyrtowa plädierte für die politische Gleichberechtigung der Frau. Der Gesamteindruck war, daß diese Versammlung mit tyrannischer Härte ihre Ideale dem übrigen Rußland aufzudrängen entschlossen ist. Wer schärfer zusieht, wird hinter all dem Gerede von Humanität, Freiheit und Recht eine furchtbare Unduldsamkeit erkennen —, aber weiter führt uns unser Gewährsmann nicht. Vielleicht hat die Abendsitzung etwas Ordnung in dieses Chaos und etwas kaltes Blut in die erhitzte Versammlung gebracht.

Gewiß sind diese törichten Verhandlungen ein übles Vorzeichen. Sie scheinen die Prognose zu bestätigen, die der Duma von allen gestellt wird, die die erregte Psyche der Nation kennen. Es wird schlimmer sein als ein polnischer Reichstag.

10. Mai. Eröffnung der Duma.
11. Mai. Eröffnung des Reichsrats in Petersburg.
14. Mai. Ermordung des Vizeadmirals Kusmitsch in Petersburg. Die Türken ziehen ihre Posten aus Tabah zurück.
16. Mai. Hayashi zum japanischen Minister des Auswärtigen ernannt.

---

16. Mai 1906.

Das bedeutsamste Ereignis der hinter uns liegenden Woche ist ohne Zweifel die Ankündigung des bevorstehenden Besuches Kaiser Wilhelms in Wien. Nicht etwa weil dadurch in die allgemeine Politik etwas Neues hineingetragen würde, das ist gewiß nicht beabsichtigt und auch nicht notwendig, wohl aber, weil der Welt bestimmte Tatsachen wieder in das Gedächtnis zurückgeführt werden, die es nützlich ist, nicht zu vergessen. Die auswärtige Presse — und wir wissen ja, welche Rolle sie heute in der großen Politik spielt — hat seit Jahr und Tag von dem Zerfall Österreichs wie von der Isolierung Deutschlands fabuliert, in Leitartikeln, Interviews, Entrefilets, über und unter dem Strich, und sich so schließlich eine Gemeinde von Gläubigen geworben, die jene Phantasien als pure Wirklichkeit hinnahm. Hatte man doch bereits, ohne des inneren Widerspruches dabei zu achten, eine neue Koalition Kaunitz konstruiert: Rußland, Österreich-Ungarn, Frankreich, England plus jenem Italien, das erst durch die Jahre 1866 und 1870 seine nationale Einheit gewonnen hat. Demjenigen, der die Zusammenhänge der Politik überschaut, mußte das schon deshalb lächerlich erscheinen, weil heterogene Elemente zu einem Ziel vereinigt wurden, dessen Erreichung für mehr als einen dieser vermeintlichen Geschäftsteilnehmer eine nicht geringe Gefahr bedeutet hätte. So läßt sich denn mit voller Sicherheit sagen, daß die Möglichkeit einer solchen Koalition nicht existiert hat und nicht existiert; aber die außerordentlich geschickte Mache des internationalen Preßkonsortiums, das während der Konferenz von Algeciras tätig war, konnte den Schein der Wirklichkeit um so mehr erwecken, als einige der Konferenzmächte durch innere Verlegenheiten oder äußere Zwangs-

lage gebunden, sich als Quasialliierte einer Kombination gerierten, die mit ihrem tatsächlichen Interesse an der schwebenden Frage nichts zu tun hatte. Gerade nach der Konferenz wurde das Gerede, dessen wir gedachten, aufs neue lebendig, und speziell die Mittelmeerfahrt König Eduards in diesem Sinne ausgenutzt. Nun hat schon die bloße Nachricht von der bevorstehenden Zweikaiserzusammenkunft außerordentlich ernüchternd gewirkt. Die Tatsache, daß die zwei stärksten Militärmächte der Welt nach wie vor fest zueinander stehen, müßte auch den leichtsinnigen Projekteschmieden zu denken geben. Sie bedeutet in der Tat sehr viel, und, so fern der Kombination aggressive Gedanken liegen, daß sie jeder heute möglichen kontinentalen Gegenkombination mehr als gewachsen ist, das wird wohl in keinem Lager bestritten werden und vielleicht auch in dem Hauptquartier unserer Gegner von der Presse, wenn auch nur widerwillig und nicht vor der Öffentlichkeit, anerkannt werden.

Aber wir möchten in diesem Zusammenhange auch nicht die Stimmen übergehen, die im Gegensatze zu dem hetzenden Chor, dessen wir gedachten, mit sittlichem Ernst den Gedanken internationaler Eintracht vertreten. Uns liegt ein Artikel der „Europe coloniale et diplomatique" vom 12. Mai vor. Sie tritt, wir fürchten ein wenig optimistisch — denn es läßt sich voraussehen, daß eine ganze Reihe französischer Blätter protestieren wird —, sie tritt für den Gedanken ein, daß die Verständigung zwischen Frankreich und Deutschland die Doktrin der europäischen Politik der Zukunft sein werde („l'entente de la France et de l'Allemagne la véritable doctrine européenne de demain"). Mit großer Schärfe geht Henri Moreau, der Chefredakteur, der den Artikel zeichnet, gegen diejenigen vor, welche während der Konferenz von Algeciras absichtlich die öffentliche Meinung Frankreichs erhitzten und die jetzt, nach der Konferenz, die „Krisis des Dreibundes" erfunden hätten. Seiner Meinung nach müsse vielmehr Italien das Zwischenglied werden, welches Deutschland und Frankreich aneinander schließe. Herr Moreau wagt es auszusprechen, daß eine Verständigung dieser beiden Nationen „serait, en même temps que l'honneur du XX. siècle, le plus grand des bienfaits pour le vieux monde". Das könne noch weit liegen, aber die Zeit werde das ihrige tun, und im Leben der Völker zähle man nicht nach Jahren. Er erinnert an die russisch-französische Freund-

schaft, die dem Krimkriege folgte, und schließt mit einem Appell „an die Männer des Fortschritts, die heute die Geschicke Europas regeln", sie möchten zugleich „hommes de conciliation" sein, damit ein europäisches Programm Anerkennung finde, das endlich rationelleren Hoffnungen, einer auf Versöhnung gerichteten Initiative und humaneren Bestrebungen Raum schaffe.

Wir verstehen nicht recht, wem die Apostrophe gilt. Von deutscher Seite ist, was Herr Moreau wünscht, seit Jahr und Tag in der Praxis seiner Politik verfolgt worden. Man hat es ihm gelegentlich als Schwäche gedeutet, und wir glauben, daß Herr Moreau seinen Landsleuten den größten Dienst leisten würde, wenn er ihnen, und wohl auch anderen, diesen Aberglauben ausreden könnte.

Wie wir erwartet hatten, ist der Sonntag, an dem das englische Ultimatum an die Türkei in Kraft treten sollte, auch der Tag der Verständigung geworden. Die Pforte zieht ihre Truppen aus Tabah zurück, und über die geringeren Differenzen wird eine freundschaftliche Verhandlung angebahnt. Wir wünschen beiden Teilen dazu Glück, denn so sicher England die Mittel hatte, seinem Willen Geltung zu schaffen, so sicher wäre doch auch die Anwendung dieser Mittel für England mit einer nicht ungefährlichen Erschütterung seiner Stellung in der islamischen Welt verbunden gewesen. Die Pforte aber riskierte ihre gesamte Weltstellung um eines Objektes willen, das einen realen Wert nicht darstellte. Le jeu n'en vaut pas la chandelle sagen die Franzosen in solchen Fällen — aber wie oft wird trotzdem das Spiel gespielt!

Der Tod des Bey von Tunis, dem nun sein Neffe folgt, ist fast unbemerkt vorübergegangen, und das kann als Beweis dafür gelten, daß Frankreich dort gute Arbeit getan hat. Der neue Bey heißt Mohammed el Nasr, und seine Thronbesteigung hat sich in Formen vollzogen, die von französischer Seite an Courtoisie nichts zu wünschen ließen, ganz wie die Antwort Mohammeds sich in den höflichsten Versicherungen seiner Zuneigung (attachement) für Frankreich bewegte. Nichts wies darauf hin, daß ein Vasall hier in Gnaden in seiner Stellung bestätigt wurde. Es ist genau dieselbe Methode, die England seinen indischen Vasallenfürsten gegenüber einhielt, und offenbar ist sie die allerpraktischste. Der Krieg Natals mit den Zulus dauert noch immer fort und kann, wie neuerdings alle Erhebungen der

Schwarzen, langwierig werden und große Opfer kosten. Machen wir doch die gleiche Erfahrung in Südwestafrika. Die Grenzüberschreitung, zu der sich neulich unsere Truppen bei der Verfolgung Morengas genötigt gesehen haben, wenn sie sich von den Rebellen nicht wollten narren lassen, war eine notwendige Inkorrektheit, von der wir hoffen, daß sie zu internationaler Verständigung führen wird. In der Tat verlangt das Völkerrecht, daß flüchtende Truppen, welche in fremde Grenzen einrücken, entwaffnet werden. Wo das nicht geschieht — der Landesherr also nicht in der Lage ist, den Krieg von seinem Territorium fern zu halten, müßte völkerrechtlich auch das Recht der verfolgenden Macht, sich selbst zu helfen, anerkannt werden. Was jüngst bei der Verfolgung Morengas geschehen ist, kann alle Tage in Rhodesia oder sonst an den englisch-portugiesischen Grenzen mit den Zulus sich wiederholen und ähnlich überall, wo die Machtsphären europäischer Kolonien in Afrika aneinander stoßen. Denn darüber sollte man sich doch klar sein, daß die Frage der Kolonisierung Afrikas auf die Dauer nicht lösbar ist, wenn die europäischen Nationen sich den Aufständen der Indigenen gegenüber nicht solidarisch fühlen. Hier liegt eine notwendige Aufgabe vor, und eine Verständigung ist ganz unerläßlich. Man mag wohl sentimentale Einwendungen dagegen erheben, und wir bezweifeln nicht, daß die „Humanität" unserer sozialdemokratischen Führer dagegen protestieren würde. Aber hier gilt das Wort des großen Nationalökonomen Friedrich Liszt, an das Alexander v. Peez jüngst erinnert hat: Sentimentalität ist Krätze!

Auch bei Betrachtung der Zustände, wie sie sich jetzt in Rußland entwickeln, wird man an dieses Wort gemahnt. Seit bald acht Tagen ist die Duma eröffnet. Schon vorher strömten die Abgeordneten und die Mitglieder des Reichsrates zusammen. Die ersteren von der stürmischen Gunst der öffentlichen Meinung, speziell von der gesamten Presse empfangen, die letzteren mit absoluter Gleichgültigkeit, zum Teil sogar mit ausgesprochener Feindseligkeit. Am frühesten waren die K. T. beisammen und wir haben ihrer ersten Sitzungen gedacht. Dann kamen die Bauern, und die „Kadetten" waren sofort bemüht, sie für sich einzuschwören. Aber es zeigte sich von vornherein ein merkwürdiger Gegensatz. Zunächst war das erste, was die Bauern taten, daß sie die großen Petersburger Kirchen, eine nach der anderen, aufsuchten, um dort ihre Andacht zu verrichten. Dann stellte sich

heraus, daß sie entschieden monarchisch dachten; für die republikanischen Ideale der K. D. werden diese Leute nicht zu haben sein, und es ist uns deshalb sogar zweifelhaft geworden, ob die anderen wagen werden, vor der Duma mit ihnen hervorzutreten. Dagegen stellen die Bauerndelegierten nach einer anderen Richtung hin den äußersten linken Flügel dar. Sie fühlen sich durch die Instruktion gebunden, die ihre Wähler ihnen auf den Weg gegeben haben, und diese Instruktion lautet bei ihnen allen gleichmäßig: Land und Freiheit (semljä i woljä!). Darunter aber verstehen sie völlige Nationalisierung des Grund und Bodens, den sie danach unter diejenigen verteilen wollen, die ihn selbst bearbeiten, während der Begriff, den sie mit dem Wort „Freiheit" verbinden, minder klar ist. So viel sich bisher erkennen läßt, verstehen sie darunter Beseitigung jeder Regierungskontrolle in Gemeindeangelegenheiten. Vor allem Abschaffung des verhaßten Instituts der Landschaftshauptleute (semskije natschalniki); aber auch allen Einfluß der Herren wollen sie beseitigen. Daran knüpft sich eine lange Reihe wirtschaftlicher Desiderien, die je nach den Nöten des vertretenen Wahlbezirkes verschieden lauten und wohl noch manche Überraschung bringen werden. Da nun von vornherein zutage trat, daß den Bauern die agraren Forderungen die Hauptsache sind, setzten die konstitutionellen Demokraten, um die Bauern an ihre Partei zu fesseln, schon vor Zusammentritt der Duma eine Agrarkommission von 20 ihrer hervorragendsten Parteigenossen ein und zogen eine gleiche Zahl von Bauerndelegierten hinzu, um ein Agrarprogramm vorzubereiten, das dann von beiden Teilen vertreten werden soll.

Dieses Programm ist nun am Tage der Dumaeröffnung der Öffentlichkeit übergeben worden. Es hält als Ziel an der Nationalisierung des gesamten Grund und Bodens fest, aber die Kommission hat es praktisch gefunden, für den Augenblick nur mit ihren Minimalforderungen hervorzutreten. Diese sind dann in Form eines Gesetzentwurfes in großen Zügen folgendermaßen formuliert worden:

1. Ohne Entschädigung sind zu expropriieren: die Staatsländereien, die der Apanagen, der Klöster, des Kabinetts, der Kirchen.

2. Ohne Entschädigung zu expropriieren sind die Ländereien der Städte und Wohltätigkeitsanstalten, wenn erwiesen wird, daß es nicht rationell ist, sie zu landwirtschaftlichen Zwecken zu verwenden.

3. Gegen Entschädigung zu expropriieren ist aller Privatgrundbesitz.

4. Aus dem expropriierten Lande wird ein Reichslandfonds gebildet, der bestimmt ist, auf langfristige Pacht vergeben zu werden.

5. Das Gesetz bestimmt das Maximum an Land, das Private oder juristische Personen haben dürfen.

6. Alle nicht zusammenhängenden Streifenländereien werden, ganz abgesehen von ihrer Zahl, expropriiert.

7. Für den bäuerlichen Grundbesitz ist die Norm eines Minimums festzusetzen.

Nun liegt auf der Hand, daß der Versuch, dieses wahnsinnige Projekt durchzuführen, mit Notwendigkeit zu einem Konflikte mit der Regierung führen muß, da der Zar sich mehr als einmal auf das allerbestimmteste dahin erklärt hat, daß er den Privatbesitz nicht werde antasten lassen. Man muß daher hoffen, daß ein Kompromiß gefunden wird, da, wie feststeht, die Regierung bereit ist, der Landnot der Bauern große Opfer zu bringen. Auch kann man darauf rechnen, daß ein großer Teil der arg verschuldeten Grundbesitzer froh sein wird, wenn sich die Möglichkeit bietet, zu guten Preisen die verschuldeten Güter zu verkaufen, zumal sie häufig überhaupt nicht auf dem Lande, sondern in der nächsten Stadt oder im Auslande leben. Nur fragt sich, woher das Geld zu solchen Operationen genommen werden soll, und unter allen Umständen müssen sie viel Zeit kosten. Aber es wird schwer fallen, die Ungeduld der Bauern und ihr Mißtrauen zu zügeln. Zunächst ist wohl Aufgabe der Regierung, die Agrarfrage zwar anzugreifen, aber sie nicht vor das Plenum gelangen zu lassen, ehe sie eine Partei im Hause hat oder wenigstens übersehen kann, wie die verschiedenen Parteirichtungen sich gruppieren.

Das kurz vor der Eröffnung der Duma durch die Ernennung von Iswolski zum Minister des Auswärtigen vollzählig gewordene Kabinett hat eine sehr schlechte Aufnahme gefunden. Namentlich richtet sich das allgemeine Übelwollen gegen den Ministerpräsidenten Goremykin, dessen Name als böses Omen gilt, er bedeutet Leidträger, und man erinnert an ein Couplet, das schon 1895 umlief, als Goremykin seine große Karriere begann, und das heute wieder aktuell geworden ist. Es läßt sich etwa folgendermaßen übersetzen:

Als Graf Tolstoi einst stieg ins Grab,
Nahm Durnowo sein Amt ihm ab,
Doch weil er dumm (durno) gewesen ist,
Schickt man ihn fort nach kurzer Frist.
Doch laßt Euch drum nur nicht verleiten
Zu Hoffnungen auf bessere Zeiten:
Wir trugen Leid (Gore mykali) in frühern Tagen
Und müssen Leid (Gore mykat) noch ferner tragen.

Dagegen ist man durch die Ernennung Iswolskis auch in Rußland befriedigt. Man weiß, daß er als Gesandter in Tokio nachdrücklich vor dem Kriege gewarnt hat, und das hat ihm eine gewisse Popularität gesichert. Aber auch ihn möchte man um des Prinzips willen ebenso beseitigen wie die übrigen Minister, da es zu den Glaubenssätzen der K. D. gehört, daß das Ministerium aus der Majorität der Kammer hervorgehen muß. Endlich will man in diesen Kreisen trotz aller Schwärmerei für den englischen Parlamentarismus nichts vom Oberhause, dem Reichsrat, wissen. Auch den Bauern hat man eingeredet, daß der Reichsrat eine Scheidewand zwischen Zar und Volk sei. So hat man denn eine Einladung der Stadt Petersburg zu einem großen Rout abgelehnt, weil auch den Mitgliedern des Reichsrats Einladungen zugegangen waren. Das schlimmste Zeichen der allgemeinen Verwirrung des Urteils aber war wohl der stürmische Beifall mit dem in einer Sitzung der K. D. die (falsche) Nachricht von der Ermordung Dubassows begrüßt wurde!

Es kann unter diesen Umständen nur wundernehmen, daß es bei der Eröffnung der Duma, in den beiden ersten Sitzungen, über welche Berichte vorliegen, verhältnismäßig gnädig abgelaufen ist. Die Thronrede, die der Zar im Winterpalais verlas, ist mit Anstand angehört worden. Es ging dabei sehr feierlich her. Der Hof und die Kaiserliche Familie (nur die Großfürstin Elisabeth, die Witwe des Großfürsten Sergej, hatte es sehr begreiflicherweise abgelehnt zu erscheinen), die hohe Geistlichkeit, alle Minister waren zugegen; draußen eine ungeheure Volksmasse, welche dann die zurückkehrenden Abgeordneten jubelnd begrüßte. Dann kam die Wahl des Präsidenten (Muromzew), der Vizepräsidenten und der Schriftführer. Man dachte mit einem Protest gegen die oktroyierten Grundgesetze zu beginnen, das ist nicht geschehen. Auch die Forderung einer Amnestie (die K. D. hatten noch am Tage vorher erklärt, sie würden nimmermehr davon abstehen)

wurde auf eine eindrucksvolle Rede des Grafen Heyden hin fallen gelassen. Die Versammlung erkannte an, daß sie nur darum bitten könne, und beschloß diese Bitte bei Formulierung der Antwortsadresse auf die Thronrede anzubringen. Dann hat man eine Kommission gewählt, um die Adresse auszuarbeiten. Wenn die Beratung des fertiggestellten Entwurfes vor das Plenum kommt, werden wir den ersten großen Sturm erleben.

Auch bringen die russischen Zeitungen bereits den in betreff der Amnestie vorgeschlagenen Inhalt der Antwortsadresse:

„Ohne der Antwort auf die Thronrede vorzugreifen, soll der Kommission die bestimmte Pflicht auferlegt werden, um volle Amnestie der religiösen, agraren und politischen Vergehen zu ersuchen, und darunter alle Vergehen begreifen, die auf politische Motive zurückgehen." Dieser von Rodischtschew gestellte Antrag ist von der Duma einstimmig angenommen worden. Die Vertretung der russischen Nation hat sich damit zu dem Grundsatz bekannt, daß der Zweck die Mittel heiligt, und den politischen Mord unter ihre schützenden Flügel genommen!

Inzwischen aber, während Petersburg in einer Art Freudenrausch ist, zieht durch das Land die mordende Aktion der Anarchisten und beginnt, früher als wir erwarteten, die Reihe der Agrarunruhen von neuem. In den baltischen Provinzen haben Räuber und Revolutionäre ihre Arbeit mit unerhörter Frechheit wieder aufgenommen. In Polen arbeiten Sozialdemokraten und jüdische Anarchisten auf einen Generalstreik hin. Wenn, wie zu erwarten ist, die Gefängnisse ihre politischen Gefangenen ohne Unterschied entlassen, muß das alles noch schlimmer werden.

Die Zeitungen des In- und Auslandes haben die Eröffnung der Duma emphatisch und mit heißen Wünschen für die Zukunft Rußlands begrüßt. Und in der Tat, sobald man über den Jammer des Augenblickes hinausschaut, ist es möglich, sich die Zeit vorzustellen, da aus Rußland ein Rechtsstaat geworden sein wird. Aber wir können weder die Verblendung noch die Heuchelei mitmachen, welche übersieht, daß zwischen dieser lichten Zukunft und der Gegenwart ein weiter Zeitraum liegen muß, dessen unbekannte Schrecken fast noch drohender erscheinen, als die bösen Tage, die Rußland bereits hinter sich hat.

17. Mai. Eine Adresse der Duma an den Zaren fordert allgemeine Amnestie und Aufhebung der Todesstrafe. Demission des Ministeriums Sonnino. Demission des portugiesischen Ministeriums.

18. Mai. Empfang der deutschen Bürgermeister durch König Eduard VII.

21. Mai. Der Zar lehnt eine Audienz zur Annahme der Duma-Adresse ab. 40jähriges Regierungsjubiläum König Karols von Rumänien.

---

23. Mai 1906.

Man könnte versucht sein, ein bekanntes Sprichwort dahin zu variieren, daß jedes Volk die Volksvertretung hat, die es verdient. Das würde, auf Frankreich übertragen, darauf hinweisen, daß die Nation für die Herrschaft des Sozialismus ausgereift ist. Denn in der Tat, noch niemals ist Frankreich so völlig sozialistisch vertreten gewesen wie heute. Die Opposition: Liberale, Monarchisten, Klerikale, Nationalisten, hat nur ganz kraftlose Minoritäten aufzubringen vermocht, während der Sozialismus und seine „Schrittmacher" aus dem radikalen Lager alles durchgesetzt haben, was ihnen irgend an Kapazitäten zur Verfügung steht. Natürlich sind die Organe der Unterlegenen nicht eben erbaut von diesem Ergebnis. „Figaro" und „Gaulois" sind außerordentlich bitter. Im Grunde sei der Beweis erbracht, daß das allgemeine Wahlrecht nichts tauge: das eigentliche Frankreich denke ganz anders. Wer möchte mit voller Sicherheit darauf mit einem Nein! antworten? Das Frankreich von heute würde aller Wahrscheinlichkeit nach entsetzt sein, wenn nun in der Praxis des politischen und bürgerlichen Lebens die sozialistische Doktrin bis in ihre letzten kommunistischen Konsequenzen durchgeführt würde: denn der Eigentumsbegriff ist diesem alten Kulturvolk doch noch etwas Unantastbares, und vielleicht nirgends ist der Erwerbssinn und die für die Zukunft sorgende Sparsamkeit so allgemein wie in Frankreich: nur bei wenigen Nationen die durchschnittliche Wohlhabenheit so verbreitet und das große Vermögen so häufig zu finden. Wenn trotzdem die Wahlen, und neuerdings auch die Stichwahlen so durchaus radikalsozialistisch ausgefallen sind, so erklärt sich diese

Erscheinung wohl aus der Überzeugung der Wähler, daß jene letzten Konsequenzen sich nie werden ziehen lassen, daß die Theorie respektvoll vor der bequemen und angenehmen Wirklichkeit Halt machen werde, und daß es sich mehr um einen Kulissenbau, als um ein Monumentum aere perennius handelt. Dazu kam dann die außerordentlich geschickte Wahlmache: Der Lärm über die monarchistische Verschwörung, die schließliche Bändigung des drohenden Generalstreikes, endlich die außerordentlich wirksame Reklame, welche die angekündigte endgültige Revision des Dreyfusprozesses bedeutete. Das ganze so überaus einflußreiche französische Judentum wurde dadurch gewonnen, und der Erfolg hatte gezeigt, daß es nicht undankbar gewesen ist. Auch wird man nicht bestreiten können, daß schwerlich eine andere, als die sozialistische, auf eine sozialistische Majorität in der Kammer gestützte Regierung den Entschluß zu jener Revision hätte fassen können. Sie wird, das kann kaum bezweifelt werden, den Nationalisten und ihren Verbündeten einen tödlichen Streich beibringen, und auch die letzten, bisher so sorgsam verdeckten Sünden der Männer, die 1893 bis 1897 die öffentliche Meinung beherrschten und das Regiment in Händen hatten, an das Licht ziehen. Von einem allgemeineren Gesichtspunkte aus kann man sich darüber nur freuen. Das fiat justitia ist unerläßlich, um das nationale Gewissen zu beruhigen, und wir glauben nicht, daß die Gefahr eines pereat mundus die Folge der enthüllten Wahrheit sein wird. Für die nicht französische Welt aber kann die Niederlage der Nationalisten nur erfreulich sein. Sie haben Unruhe genug in die Welt getragen, und wenn trotzdem kein Völkerbrand ausgebrochen, so ist es gewiß nicht ihr Verdienst gewesen. Jetzt läßt sich darauf rechnen, daß auf geraume Zeit die in sozialistischen Händen sich neu gestaltenden Probleme der inneren Politik das Interesse der Franzosen vorzüglich in Anspruch nehmen werden.

Vielleicht entspricht das einer allgemeinen Strömung, die heute durch die Welt zieht. Man ist der Aufregungen müde, welche erst die Verwicklung im fernen Osten, dann die drohende Schwierigkeit in Marokko zur Folge hatte. Und ebenso beunruhigten die Gerüchte von angeblichen oder wirklichen Vorbereitungen zu weiteren Verwicklungen. Aber das alles ist in nichts zergangen. Auch die Schwierigkeiten, die sich in Akaba aufzubauen schienen, sind glücklich beseitigt

worden. Im Augenblick, das läßt sich mit voller Sicherheit sagen, liegt kein einziges Problem auswärtiger Politik vor, das ernstliche Beunruhigung hervorrufen könnte. Man hat vorübergehend einen Artikel des „Standard", der von einem perfekt gewordenen englisch-russischen Abkommen wissen wollte, zu einem politischen Ereignisse aufgebauscht. Es sei, so wurde ausgeführt, das letzte Glied einer Kette, die bestimmt sei, Deutschland politisch zu isolieren. Eine besonders lebhafte Phantasie sah bereits die englische Flotte in der Ostsee – natürlich nicht in der Absicht, uns durch eine Parade zu erfreuen. Aber auch abgesehen davon, daß jener „Standard"-Artikel dementiert worden ist, und wir guten Grund haben, das Dementi ernst zu nehmen, liegt an sich in einer Verständigung Englands und Rußlands über *ihre* strittigen Interessen in Asien absolut gar nichts, was uns beunruhigen könnte. Wo durch eine derartige Vereinbarung, *wenn sie erfolgen sollte*, deutsche Interessen berührt werden könnten, ist es selbstverständlich, daß beide Teile nichts ohne Zuziehung Deutschlands vereinbaren können, und auch ausgeschlossen, daß auch nur der Versuch dazu gemacht werden sollte. Daran ist nicht zu denken. Dagegen freuen wir uns, feststellen zu können, daß der Besuch der deutschen Bürgermeister in England einen ungemein günstigen Verlauf genommen hat. Er hat den leitenden Staatsmännern Englands, dem Prime-Minister Campbell-Bannermann, dem Kriegsminister und dem Marineminister sowie zahlreichen Politikern in minder offizieller Stellung Gelegenheit gegeben, sich über die *deutsch-englischen Beziehungen* so auszusprechen, daß wir fortan der Politik des liberalen Kabinetts mit gutem Vertrauen entgegensehen können. Der eine wesentliche Punkt, auf den alles ankam, daß nämlich der englischen Politik durchaus fernliege, uns in Fragen unserer Maßnahmen zum Ausbau unserer Marine dreinzureden, kam in fast allen englischen Kundgebungen zu nicht mißverständlichem Ausdruck und hat auch in der englischen Presse sein Echo gefunden. Der ganze, in den letzten Jahren so künstlich aufgebauschte deutsch-englische Gegensatz, geht aber im wesentlichen auf diesen einen Punkt zurück. Der Lärm, der über Handelskonkurrenz, Kolonialpolitik usw. erhoben wurde, ist schon vorher durch die Erfahrung widerlegt worden, die England, trotz der deutschen Konkurrenz, an der stetigen Zunahme seines ohnehin grandiosen Handels und an der unbehinderten

Weiterentwicklung seiner Kolonien gemacht hat. Wir unsererseits sind im Verhältnis der von uns zu schützenden kolonialen und handelspolitischen Interessen zur See gewiß noch nicht genügend gerüstet, aber ebenso gewiß liegt es in der Natur der Verhältnisse, daß wir nicht darauf ausgehen können, als Seemacht mit England zu konkurrieren. England ist eben vor allem *Seemacht*, wie wir vor allem *Landmacht* sind, England ein Insel- und Kolonialreich, wir eine Kontinentalmacht, und die geographische Lage Deutschlands wie seine Geschichte weisen dahin, daß *hier* unser Schwerpunkt bleiben muß, wie der ihrige zur See. Ist einmal darüber auf beiden Seiten Klarheit erreicht, so führen Interesse, Blutsverwandtschaft, Richtung der Kulturarbeit und ethische Grundanschauungen *zusammen*, nicht auseinander. Aber wir täuschen uns nicht darüber, daß wir soweit noch nicht sind. Man ärgert sich nicht ungestraft ein halbes Menschenalter über einander, und es braucht Zeit, um ein, wenn auch unbegründetes, aber von gewissen Seiten gepflegtes und großgezogenes Mißtrauen zu beseitigen. Mit dem Sichgegenseitigkennenlernen ist ein guter Schritt vorwärts getan: wir können wohl darauf rechnen, daß es nicht der letzte sein wird.

Der Zusammenbruch des Ministeriums Sonnino hat wieder einmal die Unsicherheit der *parlamentarischen Verhältnisse* in einem der *romanischen Staaten* illustriert. Denn es liegt tatsächlich so, daß in den romanischen Staaten, ohne jede Ausnahme, das Ringen der Parteien um die Herrschaft und der Ehrgeiz einzelner Staatsmänner ein Element der Unruhe in das politische Leben bringt, das glücklicherweise in den germanischen Staaten nur in weit geringerem Maße vorhanden ist. An dem parlamentarischen Regime als solchem kann es nicht liegen, das widerlegt die Geschichte Englands, wohl aber scheint der romanische Parlamentarismus den Versuchungen, die das System bietet, nicht widerstehen zu können. In Italien spielt dabei die politische Korruption, namentlich im Süden, eine verhängnisvolle Rolle. Man braucht nur an die Affäre Nasi zu erinnern, um zu verstehen, wie völlig anders dort die politische Moral aufgefaßt wird. Man ist — sehr vorurteilslos, mehr als unsere politischen Nerven vertragen. Im Augenblick liegen die Aussichten für *Giolitti* am günstigsten, aber es sind sehr schwere und sehr unpopuläre wirtschaftliche Fragen (Rückkauf der Südbahnen usw.)

zu lösen, und es ist noch nicht ganz sicher, ob Giolitti das Odium solcher Maßregeln auf sich nehmen wird.

Allmählich beginnen die österreichisch-ungarischen Beziehungen in ein richtiges Fahrwasser zu gelangen. Wekerle und Fürst Hohenlohe haben den ersten fruchtbaren Kompromiß geschlossen, und es läßt sich erwarten, daß auf dieser Bahn weitergeschritten wird. Deutschland ist an gesunden Verhältnissen in Österreich-Ungarn so sehr interessiert, daß jeder Fortschritt, der die beiden zusammengehörenden Reichshälften der habsburgischen Monarchie einander in Eintracht nähert, als freudiges Ereignis von uns begrüßt wird. Die Angriffe, die jüngst von ungarischer Seite gegen uns gemacht sind, haben keinerlei Eindruck gemacht. Man kannte die Quelle und erkannte, daß es Eintagsfliegen waren.

Vor einem außerordentlich düsteren Hintergrunde spielen sich die Verhandlungen der russischen Duma ab. Die vereinigten Organisationen der Petersburger Gesellschaften zur Hilfeleistung für die Hungernden haben den folgenden Aufruf erlassen: „Zu all dem Unglück, das unser Vaterland durchlebt hat, ist ein neues getreten: eine Mißernte, von der über 138 Kreise in 23 Gouvernements mit einer Bevölkerung von gegen 25 Millionen Köpfen auf einer Fläche von 600000 Quadratwerst gelitten haben. Durch die Sommerhitze war Getreide und Gras in dem zentralen Gebiet der schwarzen Erde verbrannt, während in weiten Gebieten des Nordens übermäßige Regengüsse die Felder ersäuften. In den zwölf Gouvernements, die meist gelitten haben, ist über eine halbe Milliarde Pud Getreide zu wenig eingebracht worden. Auch mit Hilfe der Regierung und der Semstwos kann die Bevölkerung dieser Gebiete sich nicht ernähren. In einzelnen Gebieten ist das Volk an die Grenze gelangt, bei der das Hungerleben aufhört und der Hungertod anfängt. Es gibt weder Nahrung, noch Futter fürs Vieh, noch Stroh zum Heizen. . . ." Dieser aus dem Herbst vorigen Jahres stammende Aufruf wird im Maiheft des „Westnik Jewropy" wieder abgedruckt, und daß es not tut, den Aufruf zu wiederholen, daß es nicht besser, sondern schlechter geworden ist, zeigt ein Aufruf, den wir einer der letzten Nummern der „Nowoje Wremja" entnehmen: „Der Krieg und die Mißernte 1905 haben die bäuerliche Bevölkerung unseres Vaterlandes in eine schwere, verzweifelte Lage gebracht. Die Not umfaßt jetzt mehr als 28 Gouver-

nements mit einer Bevölkerung von etwa 55 Millionen Seelen. In vielen von der Mißernte betroffenen Gegenden haben die gewöhnlichen Begleiter des Hungers sich eingestellt — Typhus, Skorbut und andere epidemische Krankheiten. Die völlig untergrabene ökonomische Lage unseres Landes läßt mit Entsetzen daran denken, was aus unserem Bauerndorf werden soll, das weder Getreide, noch Heizungsmaterial, noch Vieh hat, denn alles ist dem Futtermangel zum Opfer gefallen usw." Ein Hilferuf bildet den Schluß. Aber wo keine Hilfe kommt, da suchen die Bauern sich selbst zu helfen, und so fangen aufs neue agrare Unruhen an, im Poltawaschen, Ssamaraschen usw., aus Hunger und Verzweiflung, aber blutig und wild. Nebenher aber gehen nach wie vor die politischen Morde weiter: Am 26. April wird in Cholm ein Gendarmerieoberst ermordet, am 27. der Polizeimeister von Warschau durch eine Bombe verwundet, und in Odessa ein Pristav tödlich angeschossen, ein anderer durch eine Bombe verletzt. Am 28. in Tschenstochau ein Stadtpolizist ermordet, in Brest-Litowsk zwei andere verwundet. In Pensa, Bialystok, Odessa, Sabludow werden Bombenattentate, zum Glück ohne größere Verletzungen, gemacht. Am 6. Mai wird Generalgouverneur Sholtonowski von Jekaterinoslaw erschossen, am 4. der Hauptmann Ssaweljew in Wjätka erdolcht, am 5. in Warschau eine Bombe gegen den Eisenbahndirektor Proskurjakow geworfen, wobei sein Kutscher getötet und drei Personen verwundet werden. Attentate ohne Erfolg fanden statt in Welikije-Luki und Warschau. Morde bei Riga, in Domorow, Warschau, Bialystok. Bombenattentate in Trostna, in Bialystok drei, in Siedletz zwei, in Wilna; in Tschista bei Warschau wird eine Bombenfabrik gefunden, in Praga zwei Bomben, Waffen- und Dynamitniederlagen in Moskau, Libau, Riga, Nachitschewan! Alle diese Angaben aus einer Zeit, die vierzehn Tage umfaßt. Die „Nowoje Wremja" meldet aus Mitau, daß in Kurland rot gedruckte sozialdemokratische Aufrufe verbreitet werden: „Arbeiter, tretet in Reih und Glied, der große Kampf beginnt." An eben dem 18. Mai, von dem obige Nachricht datiert, fand ein Überfall des Postamtes Niederbartau statt, nachdem kurz vorher der Posthalter in Schlok (Kurland) ermordet worden war. „So traurig es ist — schreibt der Korrespondent der „Nowoje Wremja" , es muß doch konstatiert werden, daß, sobald hier die Strafexpeditionen aufhörten, die Tätigkeit der Aufrührer wieder

lebendig wurde." Das ist der Hintergrund der Dumaverhandlungen. Aber für solche Kleinigkeiten hat man im Palais Potemkin keine Zeit. Man debattiert über die Antwortsadresse auf die Thronrede, und zwar buchstäblich durch Tag und Nacht. Um elf Uhr morgens beginnen die Verhandlungen, sie sind an einem der letzten Tage bis drei Uhr morgens fortgesetzt worden. In den ersten Tagen ging alles überaus würdig her. Gespannte Aufmerksamkeit folgte den Rednern, allezeit fand der Präsident Muromzew mit seinen Bemerkungen Gehör und Gehorsam, mißliebige Redner wurden mit Schweigen, nur selten mit Zischen gestraft. Und wie floß der Strom der Reden, wie tönten die Stimmen, welchen Beifallssturm rief jede packende Phrase hervor! Nur zeigte sich bald, daß der Strom der Reden nicht versiegen wollte, man sah sich zuletzt genötigt, die Redefreiheit auf fünf Minuten zu beschränken, und auch da war kein Ende zu finden, und als man endlich abschloß, da zeigte sich, daß die Adresse in einem Wortlaut angenommen wurde, der noch über den Radikalismus der vorausgegangenen Resolution der konstitutionell-demokratischen Partei hinausging. Das Wesentliche war, daß die Duma kühn über das Privateigentum hinwegschritt und dabei blieb daß nicht die Taten, sondern die Motive der Tat das Entscheidende seien, und daß daher alle Verbrechen an Eigentum und Leben in die Amnestie einzuschließen seien, sobald die Motive politische waren. Hat doch sogar einer der Redner vorgeschlagen, daß auch für die Zukunft politische Verbrechen für straflos erklärt werden müßten!

Man weiß in der Tat nicht, was noch von dem urteilslosen Radikalismus dieser Versammlung zu erwarten ist. Wenn man bedenkt, daß der stets aufs neue, und mit Recht, dem Kaiser Nikolaus I. gemachte Vorwurf der war, daß er die Dekabristen nicht wegen ausgeführter Verbrechen, sondern wegen ihrer Gedankensünden und ihrer Gesinnung verfolgt und bestraft habe, hätte man es doch für unmöglich halten sollen, daß die erste Vertretung der russischen Nation genau in denselben Grundirrtum verfallen werde. Der Unterschied liegt nur darin, daß sie Verbrecher rechtfertigt, weil die Gesinnung, aus der sie zu Mord und Raub und Diebstahl getrieben wurden, revolutionär d. h. edel war, während der Zar die seiner Überzeugung nach verwerfliche Gesinnung der vollzogenen Tat gleichstellte und sich damit in Gegensatz zu aller Gerechtigkeit stellte. Uns scheint aber,

daß er geringeres Unheil angerichtet hat, als die Erfüllung des Dumaprogrammes notwendig zur Folge haben müßte. Zum Glück ist keine Aussicht, daß die in der Duma-Adresse ausgesprochenen Wünsche Wirklichkeit werden: weder Expropriation des Grundbesitzes wider den Willen des Besitzers, noch schrankenlose Amnestie, noch das unbeschränkte Wahlrecht, noch endlich das parlamentarische Einkammersystem, nach dem sie verlangen. Auch hat der erweiterte Reichsrat ganz andere Töne angeschlagen. Er will Reform, nicht Revolution, Aufrechterhaltung der Verfassung vom 17./30. Oktober, unter keinen Umständen die unbeschränkte Amnestie. Nur die sog. akademische Gruppe im Reichsrat hat im Banne der Utopien der Duma gestanden; auch das ist eine Tatsache, die gewiß sehr bezeichnend ist. Natürlich ist in der Presse die Entrüstung über den Reichsrat groß, und sie trifft zumeist den Grafen Witte, auf den, wie es scheint, die konstitutionellen Demokraten meist gerechnet hatten. Aber gerade er hat am schärfsten gegen die allgemeine Amnestie gesprochen. „Graf Witte — schreibt der „Dwadzaty Wiek" — hat zu dem alten Mittel gegriffen, den sozialen Haß zu schüren. Der Schakal will den Tiger gegen den Löwen der Freiheitsbewegung hetzen, um selbst ungestört das süße lebendige Fleisch verschlingen zu können." Das wird dann weiter ausgeführt, und am Schluß heißt es: „Nach der Meinung des Grafen Witte haben wir die stärkste Revolution überstanden. Das ist nicht wahr. Die Revolution ist noch nicht überstanden, sie liegt noch vor uns, und alle Opfer, die Graf Witte diesen Winter dem Volk abgepreßt hat, die hat er fruchtlos und verbrecherisch erpreßt. Er sucht vergeblich, sich zu rechtfertigen. Die Regierung will uns keinen neuen 19. Februar geben. Sie hat die Gefängnisse mit den Leuten vollgepfropft, die für die Freiheit des Volkes kämpften. Das Volk hat dann durch eine ungeheuere Anstrengung seine Vertreter in Gestalt der Duma versammelt, damit sie ihm einen neuen 19. Februar bringe, der es von der Revolution befreie, wie es einst das berühmte Manifest tat: „Segne dich mit dem Zeichen des Kreuzes, rechtgläubiges Volk."

Wir sind fest überzeugt, daß es der Duma gelingen wird, diese Aufgabe zu lösen, aber gewiß nur gegen die Bemühungen und Anstrengungen solcher Volksfreunde, wie Graf Witte, Trepow, Akimow, Durnowo und Co."

Nun ist es leider richtig, daß die Revolution noch nicht überstanden ist. Wohl aber tritt sie in ein neues bedeutsames Stadium. Denn, wie es scheint, ist die Regierung ihrerseits entschlossen, auf der Bahn zu beharren, die sie mit Verleihung der Grundrechte und der Verfassung betreten hat. Wenn es zu einem Konflikt kommt, wird er nicht von ihr, sondern von der Duma ausgehen, die ihre Kompetenzen überschreitet. So hat in der Frage der Übergabe der Adresse die Regierung darauf bestanden, daß der übliche Weg der schriftlichen Eingabe an den Hofmarschall eingehalten werde. Und das ist korrekt und klug, zumal der Zar zugleich dem Präsidenten des Reichsrates die Auszeichnung einer Einladung zur kaiserlichen Tafel hat zugehen lassen.

Ist es ein unzweifelhaftes Recht der Duma, ihre Adresse mit allerlei Desiderien zu füllen — auch mit unausführbaren, wenn es ihr so beliebt —, so ist es ebenso gewiß das Recht des Zaren, diese Wünsche nicht zu erfüllen. Es liegt keinerlei konstitutionelle Notwendigkeit vor, die Adresse zu beantworten, und kein Recht der Duma, eine Antwort zu verlangen. Die Formulierung der Amnestie aber ist Prärogative des Herrschers. Gewährt er weniger, als die Duma verlangt, so ist auch das ein Gnadenakt. Gnade aber läßt sich nicht erzwingen. Aller Wahrscheinlichkeit nach wird die Regierung jetzt mit einer Reihe von Gesetzesvorlagen an Reichsrat und Duma herantreten, und da es sich wohl zunächst um Maßregeln zur Linderung der Hungersnot handeln wird, setzt sich die Duma in das schreiendste Unrecht, wenn sie diese Arbeit nicht auf sich nimmt. Gewiß werden auch Vorlagen kommen, welche die Agrarverhältnisse betreffen, aber es kann als ausgeschlossen gelten, daß sie über vorbereitende Maßnahmen hinausgehen. Es wäre ein verhängnisvoller Fehler, die einscheidendste aller Reformen zu überstürzen. Soll Dauerndes geschaffen werden, so muß besonnen vorgegangen werden. Die Aufhebung des Gesamteigentums der Bauerngemeinden am Grund und Boden aber ist die Voraussetzung jeder wirklichen Besserung. Davon wird man ausgehen müssen.

Das Reformprogramm der Regierung umfaßt gewiß noch eine Reihe dringender Aufgaben. Alles wird nun davon abhängen, ob die Duma arbeiten will, oder ob sie weiter zu reden und einen Konflikt zu provozieren entschlossen ist. Tut sie das letztere, dann

allerdings ist die Revolution nicht überstanden, dann steht sie noch bevor.

So, wie die Dinge heute liegen, scheint uns der gute Wille des Zaren und seine Absicht, ruhig und besonnen zum Heil der Gesamtheit vorzugehen, unbestreitbar. Was die Duma in ihrer Adresse als Wunschzettel überreicht hat, bedeutet Umsturz, nicht Fortschritt. Es gibt kein angesehenes Blatt in ganz Europa, das darüber anders urteilt. Nur in den Organen der Sozialdemokratie finden die K. D. Beifall. Und das bedeutet sehr wenig.

25. Mai. Demission des schwedischen Ministeriums. Konstituierung des Kabinetts Lindmann.
28. Mai. Vertagung des deutschen Reichstages auf den 13. November. Rücktritt des österreichischen Ministerpräsidenten Fürsten Hohenlohe und seines Kabinetts.
29. Mai. Verlustreiche Gefechte mit den Hottentotten in Südwestafrika.

---

30. Mai 1906.

Die Ablehnung des Staatssekretariats für die Kolonien und der wesentlichsten Forderungen für Südwestafrika macht einen ungemein schweren Eindruck. Es ist gewiß müßig, die Verantwortung dafür auf die Rede des Obersten v. Deimling abzuwälzen, sie hätte geschickter sein können, aber sie war doch wohl der Ausdruck einer ehrlichen und nicht unberechtigten Entrüstung. Aber man vergißt, daß die Ablehnung dieser Positionen durch die Kommission vorausgegangen war, und daß die Majorität des Reichstages lediglich bestätigte, was die Vertreter eben dieser Majorität in der Kommission vorentschieden hatten. Ihnen also, nicht dem Obersten v. Deimling fällt die Verantwortung zu: wenn aber wirklich die Rede des Obersten den Ausschlag gegeben hätte, so wäre das um so kläglicher, weil dann einer persönlichen Ranküne, dem Ärger über nicht genügend devote Ausdrücke, Lebensinteressen des Reiches zum Opfer gebracht worden wären.

Oder sehen die Herren es nicht, daß die afrikanischen Kolonien eine Krisis durchmachen, die nur überwunden werden kann, wenn die kolonisierenden Nationen mit voller Kraft, und womöglich Hand in Hand den drohenden Gefahren entgegentreten. Ein Staat aber, dem man die rechte Hand lähmt — und das ist durch die Beschlüsse des Reichstages mit dem kolonialen Deutschland geschehen —, ist weder zu erfolgreichem Selbstschutz, noch zu fruchtbar aufbauender Arbeit, noch zu rechter Bundesgenossenschaft geeignet. Die Mittel, die uns stark machen können, sind Konzentration der kolonialen Arbeit, und das heißt im vorliegenden Falle, ein Staatssekretariat für die Kolonien; Wiederbelebung der durch den Aufstand geschwächten Landeskultur, d. h. Ersatz für die Verluste, welche die Farmer ohne eigene

Verschuldung während der Revolte erlitten haben; endlich Verbindung der Zentren deutscher Ansiedlung, d. h. Bau der Bahn Lüderitzbucht—Keetmanshoop, der in Zukunft die Magistrale Otawi, Windhoek, Keetmanshoop sich anzuschließen hat. Das alles hat nun die Majorität des Reichstages für nichts geachtet, und wir müssen sehen, wie wohl oder übel wir mit unseren kolonialen Pflichten zurechtkommen. Inzwischen aber hat der lange vorbereitete Aufstand in Natal sich immer gefährlicher gestaltet, und die Gefahr liegt sehr nahe, daß er ansteckend wirkt und die gesamte schwarze Bevölkerung Südafrikas in Mitleidenschaft zieht. Die Entfernungen spielen in jener Welt eine sehr geringe Rolle für das Zusammenwirken der Indigenen, eine sehr große dagegen für die Weißen, zumal wenn sie noch gegenseitig durch Eifersucht sich hemmen und schädigen. Wir haben daher allen Grund, zu wünschen, daß England des Kaffernaufstandes bald und gründlich Herr wird, was freilich die Tatsache nicht wegschafft, daß dieser Aufstand vornehmlich durch die Fehler der Politik des jetzt gefallenen englischen Kabinetts herbeigeführt worden ist.

Uns wird darüber aus Johannesburg vom 5. Mai geschrieben: „Es ist durchaus unwahr, daß der Ausbruch des Kaffernkrieges die Folge einer äthiopischen Aufwiegelung ist. Das waren Phantasien, in Wirklichkeit stehen wir vor den Nachwirkungen des Burenkrieges. Gleich nach dem Friedensschluß erwarteten die Kaffern, die den Engländern Transport- und Kriegsdienste geleistet hatten und in der Tat loyal gewesen waren, eine gerechte Behandlung als Lohn. Als sie sich enttäuscht sahen, sannen sie auf Rache. Die Gärung schäumte von Jahr zu Jahr mehr auf, sie sprachen es schließlich offen aus, daß sie kämpfen würden. Aber die Engländer gingen darüber mit stolzem Lächeln zur Tagesordnung über. Nun riefen die Kaffernhäuptlinge (chiefs) ihre Leute in die Heimat zurück, was die Engländer ebenfalls ignorierten und griffen zu den Waffen. „Wir haben — so lautete ihre Erklärung — euch Engländern während des ganzen Krieges gewährt und geleistet, was ihr nur wünschtet, und als Lohn dafür bringt ihr 1. die Chinesen ins Land, und raubt uns dadurch unseren einzigen Arbeitsverdienst, 2. erhöht ihr unsere Hüttentaxe von 10 sh. auf 3 Lstr. und 3. behandelt ihr uns in jeder Beziehung schlecht und ungerecht, während wir uns täglich daran erinnern,

daß die Bauern zwar streng, aber gerecht waren. Deshalb führen wir Krieg."

Nun haben zweifellos noch andere Momente mitgespielt, und wir möchten keineswegs mit der Bestimmtheit, wie unser Korrespondent es tut, den Anteil der äthiopischen Bewegung negieren. Sie hat den rein materiellen Fragen einen Untergrund gegeben, in welchem der Fanatismus des Rassengegensatzes sich mit dunklen religiösen Vorstellungen kombiniert, die eben wegen ihrer Unbestimmtheit sich den Verhältnissen anpassen lassen. „Gott hat Afrika den Schwarzen gegeben." Diese Vorstellung hat bekanntlich auch bei der Erhebung in Südwestafrika mitgespielt, jetzt stärken sich die westlichen Stämme an diesem Gedanken, und nichts spricht dagegen, daß er einmal zum allgemeinen Schlachtruf wird.

Es rächt sich zudem, daß die englische Verwaltung dem Waffenschmuggel und Waffenhandel gegenüber beide Augen geschlossen und eben damit ihren Gegnern von heute die Möglichkeit bot, ihnen mit Aussicht auf Erfolg entgegenzutreten, ganz wie die Hereros und Witbois vornehmlich dieser Politik die Mittel zu danken hatten, die uns den Kampf mit ihnen so erschwert haben. In den „kleinen Briefen" des „Deutschen", die überhaupt Beachtung verdienen, da sie nicht in Berlin fabriziert, sondern original sind, finden wir eine Korrespondenz aus Upington, den 8. April (4. Band, 8. Heft), die darüber die kundigste Auskunft gibt. Freilich heißen diese englischen Händler nicht nur Robinson und Harris, sondern auch Goldschmidt, Bernstein, Grünblatt, Hirschhorn, aber sie könnten ihr gemeinschädliches Geschäft nicht treiben, wenn nicht eine schützende Hand über ihnen waltete. „In Rietfontein — schreibt jener Korrespondent — reiten Witbois mit vollen Patronengürteln ein, um wieder nach Deutsch-Südwestafrika zurückzugehen. Sie prahlen auf offener Straße, wieviel Deutsche sie erschossen hätten, die englische Polizei aber läßt sie unbehelligt." Jetzt wenden sich die Konsequenzen dieser Politik gegen England, und die Folgen sind noch nicht abzusehen. Der frühere Präsident Steijn hat neulich in Bloemfontein eine Rede gehalten, die sehr bestimmt und rücksichtslos die Fehler der englischen Kolonialverwaltung in Südafrika bloßlegt. Er habe, sagte er, schon vor acht Jahren das Land vor den Gefahren gewarnt, die von der Kapitalistenclique ausgingen, die die Politik beherrschte. Damals

habe man ihn verlacht und ihn einen Feind des Kapitals genannt. Aber das sei nicht wahr, er kämpfe nur dagegen, daß kapitalistische Interessen nach ihrem Vorteile das Land regieren. Bei uns liegt diese Gefahr heute gewiß nicht vor; wir laborieren aber an den Früchten der Gewissenlosigkeit jener englischen Geschäftsleute und an dem Kleinmut, mit dem unser Großkapital sich von kolonialen Unternehmungen fernhält. Daß nun auch der Reichstag versagt hat, läßt sich aber ganz direkt als eine Schädigung unserer Weltstellung bezeichnen und zugleich als eine Fälschung der Stimmung des deutschen Volkes, das, soweit es überhaupt politisch denkt, mit dem lebhaftesten Interesse unsere koloniale Entwicklung verfolgt. Wie wir gut machen sollen, was der Reichstag schlecht gemacht hat, läßt sich noch nicht absehen, daß es aber nicht bei dem Veto vom 26. Mai bleiben kann, steht über allen Zweifel fest.

Über die Grundzüge der auswärtigen Lage hat der Staatssekretär uns neulich in kurzen Strichen orientiert, und es ist erfreulich, daß er dem Pessimismus, der in letzter Zeit besonders scharf zum Ausdruck gekommen ist, entgegentreten konnte. Namentlich gilt das von den Bemerkungen, die er über den Dreibund und die Beziehungen zu England machte. Dagegen bestritt er nicht, daß Strömungen vorhanden seien, deren Ziel die Lockerung des Dreibundes sei. „Es ist — sagte er — die Pflicht des verantwortlichen Leiters der deutschen Politik, solche Strömungen, die sich in verschiedenen Staaten geltend machen und durch die Presse vielleicht in etwas verschärfter Form zur Darstellung gelangen, genau im Auge zu behalten, sie auf ihren richtigen Wert hin zu prüfen und sie danach in den Kalkül der Politik einzustellen. Dieses vorausgeschickt, erkläre ich, daß die Regierungen der drei Staaten nach wie vor fest auf dem Boden des Dreibundes stehen." Offenbar wird man in Ungarn und in Italien, wo ein Teil der Presse in jüngster Zeit sich in den maßlosesten Ausfällen gegen Deutschland erging, gut tun, diese Worte recht gründlich zu erwägen. Eine Presse, die sich ihrer Verantwortlichkeit nicht bewußt ist, wirkt wie ein zweischneidiges Schwert in ungeschickter Hand. Die Wahrscheinlichkeit spricht dafür, daß sie den verletzt, der sie führt.

In Rußland werden die Verhältnisse immer kritischer. Es ist für ein nichtrussisches Blatt des Raumes wegen unmöglich, die Ge-

walttaten der Revolutionäre für eine volle Woche herzuzählen. Aber um eine Vorstellung von dem zu geben, was alltäglich geschieht, setzen wir die Tatsachenchronik der letzten eingetroffenen Nummer der „Nowoje Wremja" her (vom 26. Mai): In Odessa streiken Matrosen, Heizer, Maschinisten und Arbeiter aller Dampfschiffsgesellschaften. In Warschau ist ein Ausstand der Barbiere und Feldscherе ausgebrochen. In vielen Wirtschaften des Poltawaschen Kreises verlassen die Bauern die Arbeit, ohne irgendwelche Forderungen zu stellen. Im Kreise Toljuschsk hat die Agrarbewegung begonnen: verbrannt wurde das Fignersche Gut, das Vieh geraubt. Im Kreise Atkarsk wurde das Chomjunewsche Gut geplündert, der Gutsbesitzer verwundet, ein Arbeiter erschlagen. Im Orlowschen brachen an zwei Stellen Agrarunruhen aus. Man hat Kosaken hingeschickt. In Pawlograd wurde die Wohnung eines Kaufmanns geplündert, in dem Sschtscherbinowschen Grubenwerk bei einer Feuersbrunst ein Haus und drei Läden. In Warschau fand ein Überfall der Industriebank durch Bewaffnete statt. Vier Beamte, darunter der Direktor, wurden verwundet, einer getötet. Außerdem zwei Personen, die nicht zum Bankpersonal gehörten. Von den Räubern wurde einer verwundet. In Riga überfielen bewaffnete Räuber einen Kassenboten in der Nähe der Börse und verwundeten ihn. Die Beraubung gelang nicht, da Leute hinzuliefen. Die Räuber entkamen. In Kowno überfielen vier Bewaffnete das Zuckerdepot, sie erschossen den Handlungsdiener und entkamen. In Kiew wurde der greise Arzt Lazarenko in seiner Wohnung ermordet und beraubt. In Witebsk wurde ein Fabrikdirektor durch einen Schuß in den Rücken ermordet. Im Kreise Windau dauern die Morde fort, die Bevölkerung wird terrorisiert, in Moskau sind zwei Personen mit Bomben verhaftet worden. In Jekaterinoslaw fanden zwei Explosionen beim Standplatz der Kosaken statt. In Moskau band ein Haufe Volk zwei Agenten der geheimen Polizei an Bäume und erschoß sie. In Tula wurde der Gymasialdirektor Radetzki aus nächster Nähe durch die Brust geschossen und schwer verwundet. In Tiflis ist der Gehilfe des Direktors der transkaukasischen Eisenbahn, Ingenieur Levèvre, ermordet worden. In Libau wurden 2100 Patronen für Flinten auf dem Kirchhof gefunden. Das sind die ganz summarisch zusammengefaßten Meldungen eines Tages. Sobald man den

Tatsachen genauer nachgeht, zeigt sich aber ein weit schlimmeres Bild. Auch dafür sei ein Beispiel hergesetzt, und zwar wählen wir Kurland ebenfalls nach den Berichten der „Nowoje Wremja" (also nicht nach deutschen Blättern), die wir im Wortlaute wiederholen. Mitau, den 20. Mai: „Es fällt auf, daß die Bluttaten der baltischen Revolutionäre immer häufiger werden und sich jetzt auch gegen die Zivilpersonen richten, die aus irgendwelchen geringfügigen Ursachen der Proskriptionsliste verfallen. Sie sind weit unbarmherziger als die Repressionen der Regierungsautoritäten, die sich neuerdings nicht zeigen, als schämten sie sich. Aber die Terroristen setzen ihr schreckliches Handwerk fort. Besonders traurig war es heute. In den Hof des Bauern Kupsche (Tadaiken) drangen zwei Unbekannte mit falschen Bärten, erschossen den Wirt, und als die Frau auf ihn zustürzte, wurde auch sie mit zwei Schüssen niedergestreckt, die sechsjährige Tochter verwundet und darauf das Haus in Brand gesteckt. So war in wenigen Minuten eine Familie und ein Hauswesen von der Erde vertilgt. Es war Rache für eine Zeugenaussage, und diese vertierten Freiheitskämpfer werden von den Rhetoren der Duma als Perlen der Schöpfung gefeiert! Mitau, den 23. Mai. Die letzten Nachrichten bringen eine lange Reihe von Raubanfällen, und es ist völlig unmöglich zu unterscheiden, wo noch eine Idee diesen Taten zugrunde liegt, und wo nicht. Die neuesten Herren Räuber unterlassen nicht, wo sie eines Zarenbildes habhaft werden können, es in Stücke zu zerreißen, und die Fetzen stets bei sich zu tragen (nebst unpassenden Unterschriften), um, falls sie in die Hände der Polizei fallen sollten, beweisen zu können, daß sie nicht gewöhnliche Verbrecher, sondern „politische" sind.... Die Bevölkerung ist so durch diese Anfälle eingeschüchtert, daß sie alle Initiative verloren hat, und dazu hat die Entwaffnung wesentlich beigetragen, da sie nur die friedliche Bevölkerung betroffen hat, während die Räuber vortrefflich bewaffnet sind. Solche Berichte aber werden alle Tage gebracht, und für diese Mörder — (die in den letzten Tagen noch zwei kurländische Pastoren, Fuchs und Grün, umgebracht und den alten Pastor Seeberg ausgeplündert haben!) begeistert sich die Duma! Man weiß wirklich nicht mehr, wie man die ungeheure psychische Verblendung und Verstockung erklären soll, und muß es sich immer wieder ausdrücklich in Erinnerung rufen, daß in dieser Versammlung

eine Reihe hochachtbarer, in ihrem Privatleben unantastbarer Persönlichkeiten sitzt. Aber es ist, als ob sie nur die Sünden derjenigen sehen können, die am Staatsruder sitzen, und nur dort die Stimme der Menschlichkeit hören, wo sie aus den Mauern eines Gefängnisses zu ihnen hinüberklingt."

Nach der Eingabe der Antwortsadresse auf die Thronrede hat es in der Duma einige Tage der Abspannung gegeben, die von den Journalisten benutzt worden sind, um in Feuilletons und Leitartikeln die Physiognomie dieser ersten russischen Volksvertretung zu schildern. Bisher lassen sich nur zwei große Parteien erkennen, Kadetten und Bauern, und offenbar geht die Entwicklung dahin, daß die letzteren auf Kosten der ersteren erstarken werden. Was an Bauern zu den konstitutionellen Demokraten übergegangen war, kehrt allmählich zu den Standesgenossen zurück. Einige Bauern sind übrigens die Duma bereits überdrüssig geworden und nach Hause gegangen, um an die Feldarbeit zu gehen; wir können — sagten sie — nicht verstehen, was die „Herren" reden. Im „XX. Jahrh." wird folgende charakteristische Szene am Büfett der Duma geschildert: Zwei Bauerndeputierte treten an einen Tisch, an dem Journalisten Tee trinken, und fragen: Was kostet eine Tasse Tee?

Zehn Kopeken.

Teuer — sagt der eine — kann man nicht ein Weißbrot dazu bekommen, ich bin wirklich hungrig geworden.

Nein, mit einem Brot kostet es 15 K. Die Deputierten beschließen, ohne Tee auszukommen.

Aber — mischt sich einer der Journalisten ins Gespräch ihr bekommt ja 10 Rubel den Tag. Da könnt ihr es euch doch erlauben....

Jawohl, was man uns auszahlt, sind 10 Rubel, aber mit uns war abgemacht worden, daß wir 9 Rubel ins Dorf schicken. Und ein Rubel, der geht leicht auf....

So schicken diese Leute also je 270 Rubel monatlich nach Hause, und das mag die Duma im Dorf allerdings populär machen! Aber die Tatsache kennzeichnet auch die Abhängigkeit, in welcher die Bauern von ihren Wählern stehen und erklärt uns die Hartnäckigkeit, mit der sie darauf bestehen, daß ihr Mandat: „Land und Freiheit" so verwirklicht werde, wie das Dorf befohlen hat. Daß dieses Pro-

gramm unausführbar ist, begreifen sie in ihrer Einfalt nicht, und die wortführenden Kadetten, die es doch wohl begreifen müßten, haben den Mut nicht, ihnen die Wahrheit zu sagen. Sie wollen die Schuld auf die Regierung abwälzen und dadurch die Bauern in eine Richtung hineinnötigen, die ihnen ursprünglich absolut fern liegt. Das Falsum aber, durch das man sie täuscht, ist, daß man die Angriffe nicht gegen den Zaren, sondern gegen die unfähigen und schlechten Männer seiner Umgebung richtet, und das ist ein Gedankengang, dem jeder Bauer völlig wehrlos zufällt. Es ist die Vorstellung, die von jeher im Dorfe die herrschende war.

Neben den Bauern ist dann noch die aus etwa 20 Köpfen bestehende Gruppe der Arbeiter zu nennen, und das sind rein revolutionäre Elemente. Ihr Sprecher ist Aladin, ein ganz revolutionär radikaler Agitator, der die Duma wie eine Volksversammlung anschreit, und in jeder anderen parlamentarischen Versammlung schon längst seine Rolle ausgespielt hätte. Leider ist zu erwarten, daß diese extremste Partei noch wesentlich durch die kaukasischen Abgeordneten verstärkt werden wird. Da die Arbeiter den Bauern kulturlich am nächsten stehen und von ihnen besser verstanden werden, als die oft abstrakten Ausführungen der anderen Redner, ist ein steigender Einfluß dieser „Montagne" zu erwarten.

Es hat nun in diesen Tagen eine verstärkte Agitation stattgefunden, in welcher die letzten Gedanken der Volksvertreter recht ungeniert zum Ausdruck gekommen sind. So hat ein Abgeordneter, Protopopow, direkt die Umwandlung der Duma in eine convention nationale verlangt. „Die Duma", sagt er, „muß keine Duma, sondern ein Konvent sein, der Gesetze dekretiert, ein Tribunal einsetzt, und selbst seine Beschlüsse durch Kommissare zur Ausführung bringt. Nur eine Duma, die Konvent geworden ist, kann das ausführen, was die Mehrzahl unserer Gesellschaft verlangt." Die Bauern aber haben auf Vorschlag des Abgeordneten Uljanow beschlossen, den Antrag in die Duma einzubringen, „sofort eine Kommission zu bilden, welche das Verhalten der Beamten untersuchen und die Schuldigen dem Gericht übergeben soll." Nun, das könnte, wenn es ausgeführt wird, ein Revolutionstribunal nach französischem Muster werden.

In sehr eigentümlicher Weise sucht der pessimistische Petersburger Korrespondent des „Journal des Débats", den wir schon

mehrfach erwähnt haben, die Haltung der Duma zu rechtfertigen. Er kündigt nämlich eine ungeheure, Europa bedrohende Gefahr an. „Einerseits ist es die gelbe Welt (gestern waren es die Japaner, heute sind es die Chinesen), die sich in fiebrischer Tätigkeit bewaffnet, um eine unabwendbare nahe Vergeltung zu üben. Andererseits sind es die Volksmassen, die bis in ihre tiefsten Tiefen durch die Apostel der Anarchie und der allgemeinen Zerstörung aufgestachelt sind. Denn man soll sich nicht täuschen. Die meisten Völker, besonders die lateinische und die slavische Rasse, schreiten ganz direkt einem sozialen Umsturze entgegen, im Vergleich zu welchem die Invasion der Barbaren nur ein Kinderspiel gewesen sein wird. Hinter der loyalen Revolution, die hier beginnt, fühlt man, daß die Leidenschaften und der Haß überschäumen, und daß kein Zugeständnis, keine Reform, keine noch so radikale gesetzgeberische Maßnahme sie wird stillen können." Die Argumentation des betreffenden Korrespondenten geht nun dahin, daß der Radikalismus der Kadetten nichts anderes tun könne, als dieser drohenden Gefahr durch Forderungen vorzubauen, die, wenn sie erfüllt würden, wenigstens das Schlimmste abwenden würden. Gebe man nicht nach, so werde der Schluß, den das Volk ziehe, der sein, daß es weder eine Duma, noch einen Zaren, noch Religion, Eigentum oder Gerechtigkeit zu geben brauche!

Unsere Leser werden hiermit so ziemlich ein Bild der Strömungen erhalten haben, mit welchen die russische Regierung zu rechnen hatte, als die Frage an sie herantrat, wie sie die Adresse der Duma anfassen solle. Es sei nur noch hinzugefügt, daß der Reichsrat sich bisher durchaus korrekt und staatsmännisch gezeigt hat, und namentlich durch den Mund eines seiner Mitglieder, Bechtejew, in geradezu klassischer Weise die völlige Undurchführbarkeit des Agrarprogrammes der Duma dargelegt hat. Es ist das bei weitem Beste, was darüber gesagt und geschrieben worden ist: wenn Herr Bechtejew den positiven Teil seiner Ausführungen gebracht haben wird, läßt sich wohl darauf noch zurückkommen.

Wir wissen nicht, ob die Regierung geschwankt hat. Es lag durchaus in ihrer Hand, die Antwortsadresse der Duma unbeantwortet zu lassen. Die Adresse war ja selbst eine Antwort auf die Thronrede, so daß beide Teile gesprochen hatten. Aber Herr Goremykin hat es vorgezogen, sein Programm vor der Duma zu entwickeln.

Es brachte nicht eigentlich Neues, aber es war durchaus korrekt. Keine der Zusagen des 30. Oktober ist abgeschwächt oder zurückgenommen, freilich auch keine der unausführbaren Forderungen der Duma anerkannt worden. Auch wurde die Rede mit eisiger Kälte aufgenommen, dann aber kam es zu einem Ausbruch leidenschaftlicher Proteste.

Schon gleich der erste Redner verlangte den Rücktritt des Ministeriums (wozu nach der Verfassung die Duma keinerlei Recht hat). Dann kündigte Herr Aladin brüllend eine Revolution an, in der Ströme von Blut fließen werden, und verlangte ebenfalls den Rücktritt des Ministeriums, ebenso, aber in maßvollerer Sprache, der nächste Redner, ein Jurist. Dann wurde die Sitzung aufgehoben.

Die Abendsitzung, die folgte, war nicht erfreulicher. Sie zeigte nur, daß unversöhnliche Gegensätze einander gegenüberstehen. In allen prinzipiellen Fragen verstehen Regierung und Duma einander nicht. Es ist, als ob sie in verschiedenen Sprachen zueinander redeten. Am bedenklichsten erscheint uns, daß ein Mann wie der Graf Heyden, sich auch auf den Boden der Kadetten stellte und eine Zusammenarbeit mit dem Ministerium für unmöglich erklärte. Er suchte nur zu verhindern, daß die Duma die Entlassung des Ministeriums fordere, sie solle sich damit begnügen, auf die Notwendigkeit der Demission hinzuweisen. Aber auch daran war bei der fibrischen Erregung der Versammlung nicht zu denken. Sie hat mit allen gegen 7 Stimmen beschlossen, die Entlassung des Ministeriums zu fordern, und ebenso zu fordern, daß es ersetzt werde durch Männer, die das Vertrauen der Mehrheit der Duma besitzen. Das heißt also, die Duma verlangt Umwandlung der konstitutionellen in eine parlamentarische Verfassung, und da sie kurz vorher durch den Mund des Professors Kowalewski erklärt hat, daß sie unter allen Umständen beisammen bleiben und ihre Arbeiten fortsetzen werde, scheint allerdings ein Konflikt zwischen Duma und Regierung nicht mehr zu vermeiden zu sein.

Eine Notwendigkeit faktischen Bruches aber liegt trotzdem nicht vor. Die Duma hat keine Möglichkeit, ihre Forderung zu erzwingen, und für die Regierung besteht keine Notwendigkeit, nachzugeben. Sie kann die Forderung als im Widerspruch zu der Verfassung vom 30. Oktober stehend ablehnen und den Versuch machen, durch Gesetzes-

vorlagen die Duma zu politischer Arbeit zu bewegen. Arbeitet sie nicht, so kann man sie schließlich nach Hause gehen lassen, nachdem sich ihre Rhetorik erschöpft hat, und die Regierung kann mit dem anderen Hause arbeiten, wenn die Duma versagt. Es wäre eine Art Analogon zur preußischen Konfliktszeit. Aber doch nur ein sehr äußerliches. Der preußische Konflikt fand in einem kerngesunden Staat statt, für den zudem ein Bismarck in die Bresche trat, und den ein Mann wie König Wilhelm mit seiner Autorität und dem sittlichen Ernst und der Kraft seiner Persönlichkeit stützte. In Rußland sehen wir den kommenden Bismarck nicht, wohl aber glauben wir die ersten Anzeichen eines Nachgebens der Regierung zu erkennen. Es war nicht notwendig, den Justizminister zu desavouieren, denn was er sagte, war durchaus korrekt und reichte keineswegs an die Schärfe heran, mit der vom preußischen Ministertisch gesprochen worden ist. Die ebenfalls offiziöse Notiz der „Pet. Tel.-Ag.", daß die Entlassung der Minister ausschließlich von der Entscheidung des Zaren abhänge, aber läßt die Möglichkeit offen, daß er trotz allem ein Dumaministerium ernennt. Das aber könnte jetzt allerdings verhängnisvoll werden, denn dann bricht der ganze Bau vom 30. Oktober zusammen.

Wir möchten nicht mißverstanden werden. Nach wie vor vertreten wir die Ansicht, daß nichts wünschenswerter ist, als daß Rußland zu einem Rechtsstaat wird, in welchem für die Willkür kein Raum bleibt. Aber die Duma, deren überwältigende Majorität sich auf ein wahnsinniges Agrarprogramm und eine noch wahnsinnigere Amnestie festgenagelt hat, kann kein Recht, sondern nur die Herrschaft der Leidenschaften und die Auflösung jeder sozialen und sittlichen Ordnung bringen. Davor aber möge in Gnaden Rußland und Europa bewahrt bleiben.

So wie die Dinge liegen, tut eine eiserne Faust in Samthandschuhen not. Ein ganzer Mann, mit klarem Kopf und kühlen Sinnen, der die Situation beherrscht und sich nicht durch Phrasen knechten läßt.

Daß dieser Mann nicht in der Duma zu finden ist, das haben die vierzehn Tage ihrer Tätigkeit vor aller Welt erwiesen.

Nachwort. Die soeben eingetroffenen Zeitungen ermöglichen es, sich ein Bild der Stimmung zu machen, die nach dem Proteste

der Duma gegen die Erklärungen des Ministerpräsidenten in der Versammlung herrschte. So bringt das „XX. Wiek" folgende Unterhaltungen, die in den Couloirs gleichsam als Echo der Verhandlungen geführt worden sind. Einer der Deputierten der Kiewer Bauern sagte laut: „Wir müssen unsere Vollmachten niederlegen, denn man hat uns hauptsächlich hergeschickt, damit wir Land bekommen. Mag das Volk selbst mit denen abrechnen, die uns das Notwendigste verweigern." Ihn unterbricht Herr Nasarenko, Charkower Deputierter. Er ist so erregt und entrüstet, daß er durch den ganzen Saal schreit und vor Empörung zittert: „Nein, ich werde niemals freiwillig fortgehen. Man hat mich hergeschickt, damit ich Land bringe, und wir müssen es um jeden Preis erlangen. Nur mit Bajonetten wird man mich hinausdrängen — nicht anders. Sie haben wohl vergessen, daß wir Vertreter des Volkes sind! Wessen Blut ist auf den Schlachtfeldern der Mandschurei vergossen worden. Wessen Leichen liegen zu Tausenden auf den fernen, unnützen Höhen von Liaujang? Wessen Millionen sind bei Tsushima ertränkt worden? Ihre oder unsere? Ist das noch nicht genug. Haben Sie uns nicht lange genug ausgesogen, und noch immer leben Sie in Luxuswohnungen! Sie haben uns in eine Lage gebracht, aus der es keinen Ausweg gibt.... Nun — wir sind bereit, zu sterben, aber... hinter uns steht das Volk, es wird sich und uns rächen. Genug der Vergewaltigung, das Volk verlangt, daß ihm seine Rechte wiedererstattet werden." Und damit läuft er erregt in den Sitzungssaal zurück.

Eine Pause in den Verhandlungen ist eingetreten, und nun erreicht die Erbitterung und der Grimm in den Wandelgängen den Höhepunkt. Die Räume sind überfüllt, es ist drückend heiß. Überall gehen leidenschaftliche Gespräche über die Ereignisse das Tages.

Am meisten erregt sind die Bauern. Etwa 60 bis 70 von ihnen bilden einen ungeheuren Kreis, man hört abgerissene Worte der Klage, sie streiten mit zwei Militärs, die, Gott weiß wie, in ihre Mitte geraten sind. Es sprechen mehrere auf einmal. „Bei uns kommt weniger als eine Deßjätine auf die Seele, wovon soll man dabei leben!" „Uns bleibt nur eines — sagt ein Bauer — zu sterben. Wir haben kein Land und kein Geld. Und die Gutsfrau sagt: Gib 325 Rubel für die Deßjätine, dann werde ich verkaufen. Ist das erhört, 325 Rubel für die Deßjätine im Gouverne-

ment Saratow....." „In unserem Kreise — schreit ein Bauer aus Orel — ist alles verbrannt, zerstört. Es gibt weder Bauernhütten, noch Gutsgebäude, noch Vieh. Uns bleibt nur übrig, zu sterben, wenn man uns nicht Land gibt. Aber wir werden darum nicht wenige Herren Edelleute aufhängen, denn zu verbrennen und zu zerstören gibt es nichts mehr. Und dann mag man uns selbst aufhängen. Es ist besser, als Hungers zu sterben. . . ." „Aber erlauben Sie — versucht ein General dazwischen zu rufen — das geht doch nicht. . . ." „Kann man denn leben — unterbricht man ihn — ohne Land und ohne Vieh und ohne Weide?" „Wer bildet die Armee, — schreit ein anderer — wer verteidigt das Reich? Etwa die Gutsbesitzer! Was? Sie haben ihr Geld ins Ausland geschickt und sich selbst dorthin in Sicherheit gebracht. Wir müssen alles tragen! Nein, es ist genug! Wir haben es bis zum Halse, wir wollen nicht mehr warten. . . ." In einer anderen Ecke hört man noch drohendere Phrasen. Man schreit: „Gebt Land, wir lassen uns nicht mehr schinden," wieder andere rufen nach Freiheit und „Rechten". Da hört man die Stimme Aladins: Meine Herren von der Arbeitergruppe, bitte hinauf, zur Beratung. . . .

Es scheint wirklich, als ständen wir vor dem Ausbruche einer neuen, schrecklicheren Revolution.

31. Mai. Trauung König Alfons XII. von Spanien mit der Prinzessin Ena von Battenberg. Bombenattentat auf den Hochzeitszug.
1. Juni. Brisson zum Präsidenten der französischen Kammer gewählt.
2. Juni. Mukden wird dem internationalen Handel geöffnet.
3. Juni. Entdeckung und Tod des Attentäters gegen das spanische Königspaar.
4. Juni. Erdbeben in San Franzisko.
5. Juni. Reise Kaiser Wilhelms nach Wien.

---

6. Juni 1906.

Feinde des Menschengeschlechts! Das ist wohl die treffendste Bezeichnung der bald in Gruppen, bald vereinzelt auftretenden Verbrecher, die als „Anarchisten" durch praktische Betätigung überaus ansteckender politischer Wahnvorstellungen zu einer öffentlichen Gefahr geworden sind. Hatte Proudhon durch seine Lehren ihnen ein quasiphilosophisches Fundament gegeben, so ist doch ein volles Menschenalter hingegangen, ehe die Schule des Russen Bakunin die Theorie so weit ausgebaut hatte, daß sie den politischen Mord als Mittel zur Zerstörung der historisch entstandenen gesellschaftlichen Ordnung empfahl und anwandte. Zu Anfang der siebziger Jahre sehen wir die Anarchisten bereits am Werk. In einer Persönlichkeit wie Netschajew tritt uns die Praxis in ihrer nackten Ruchlosigkeit entgegen, in dem Fürsten Krapotkin, dem Apostel des Anarchismus für Frankreich, in literarisch-wissenschaftlich-patriotischer Verkleidung. Die Ansteckung springt dann nach Spanien und Deutschland hinüber, von dort nach Italien und in die Vereinigten Staaten von Nordamerika, und heute können die slavischen und romanischen Staaten als der Boden gelten, auf welchem Doktrin und Praxis der Anarchie so gut wie ausschließlich gedeihen. Solange die Zerstörungsmittel, deren sich die Anarchisten bedienten, noch verhältnismäßig einfach waren (kalte Waffe und Geschoß), konnten umsichtige Vorsichtsmaßregeln einen gewissen Schutz gegen ihre Anschläge gewähren, seit sie mit Dynamit, Nitroglyzerin und anderen Explosivstoffen arbeiten, ist es fast unmöglich, ihrem Zerstörungswahnsinn zu entrinnen, ganz wie es unmöglich ist, die Anhänger der Doktrin eines Besseren zu über-

zeugen oder zu bekehren. Denn sie erkennen keinerlei sittliche oder geistige Mächte an. Weder Gott noch Wissenschaft, weder Religion noch Staat, weder Familie noch Gesellschaft, weder Wahrheit noch menschliches Empfinden. „Il ne connait qu'une seule science: la destruction .... il méprise l'opinion publique, il méprise et hait la morale sociale actuelle .... il est sans merci pour l'Etat en général et pour toute la classe civilisée de la société .... entre lui et la société il y a lutte à mort, ouverte ou cachée, mais toujours incessante et irréconciliable."

Das sind einige der lapidaren Sätze aus dem Netschajewschen „Katechismus der Revolution", den einige Kenner auch für das Werk Bakunins halten. Sie beweisen wohl, daß die Anarchisten die Schonung, die ihnen heute noch zu teil wird, weder beanspruchen können, noch auch selbst beanspruchen wollen. Es liegt tatsächlich so, daß die Welt vor der Notwendigkeit steht, den Vernichtungskampf, der ihr aufgedrängt wird, aufzunehmen und den Wahnsinn, der sie mit Zerstörung bedroht, unschädlich zu machen. Wir denken dabei zunächst an die Asyle der Schweiz und Englands, die zu wahren Schulen und Brutstätten des Anarchismus geworden sind, und wenn wir auch nicht die großen Schwierigkeiten verkennen, die sich einer internationalen Regelung dieser Probleme entgegenstemmen – das hat die internationale Konferenz von 1898 nur zu deutlich gezeigt —, so halten wir sie doch nicht für unlösbar. Wenn der „Standard" recht hat, ist das Attentat, dem das junge spanische Königspaar an seinem Hochzeitstage beinahe zum Opfer gefallen wäre, die Frucht eines in London geschmiedeten Komplottes gewesen, dessen Einzelheiten der Gewährsmann des großen konservativen Organs schon vor vierzehn Tagen kannte. Andere englische Blätter haben ebenfalls einige Tage vor dem Attentat angekündigt, daß am Hochzeitstage „etwas geschehen werde". Es hätte also möglich sein müssen, das Schreckliche zu verhindern, wenn man das ganze Anarchistennest, dessen Verschwörungslokal der Polizei wohlbekannt war, rechtzeitig aufgehoben hätte! Auch verlangt die englische Presse jetzt nachdrücklich, daß die zivilisierten Staaten Maßregeln zu gegenseitigem Schutz ergreifen. Aber — bemerkt das „Journal des Débats" melancholisch dazu — nach jedem derartigen Attentat sagt die englische Presse unbedingt dasselbe, und kaum sind einige

Tage hingegangen, so vergißt sie ebenso sicher, was sie gesagt hat, und die Autoritäten tun unter allen Umständen — nichts. Es handelt sich offenbar darum, den Augenblick nicht zu verpassen, da die ruchlose Gesinnung — die an sich nicht faßbar ist — sich in Vorbereitungen zur ruchlosen Tat umsetzt. Wenn der Korrespondent einer Zeitung es möglich macht, diese Übergangsstadien genau zu verfolgen und festzustellen, muß auch die staatliche Autorität die Mittel in Händen haben, das gleiche zu erreichen. Daß sie dann die Pflicht hat, einzuschreiten, wird wohl niemand bestreiten, der nicht selbst Anarchist ist, und es scheint uns, daß Anarchisten, die so an der Schwelle der Tat ertappt werden, ebenso zu behandeln sind wie Tobsüchtige, denen man die Möglichkeit nimmt, zu schaden. Wie unvergleichlich gefährlicher aber ist der sittliche Wahnsinn des Anarchisten, als die Tobsucht des Verrückten? Einige Sätze des Bakuninschen Programms mögen dafür als Beleg dienen:

„Die Revolution, so wie wir sie verstehen, soll vom ersten Tage ab darauf ausgehen, radikal und vollständig den Staat mit all seinen Organen zu zerstören. Die natürlichen Folgen dieser Zerstörung aber werden sein: a) Staatsbankerott. b) Einstellung aller Zahlungen von Schulden durch Vermittlung des Staates. c) Einstellung der Zahlung sämtlicher Steuern und Abgaben. d) Auflösung der Armee, der Behörden, der Bureaukratie, der Polizei, der Priester. e) Abschaffung der offiziellen Justiz, dessen, was man Recht nennt, und der Ausübung dieses Rechtes. Folglich auch Abschaffung und Vernichtung aller Besitztitel, aller Erbschaften, Käufe, Schenkungen, aller Prozesse, kurz aller papierenen und bürgerlichen Jurisprudenz. f) Konfiskation aller produktiven Kapitalien usw. durch eine lange Reihe weiterer Punkte! Wenn das nicht gefährlicher Wahnsinn ist, sobald er zur Durchführung dieses Wahnsinns sich bewaffnet, mit Wurfbombe oder Dynamitmine — so wissen wir in der Tat nicht mehr, was als gefährlich bezeichnet werden und wo verderblichere „Feinde der Menschheit" gefunden werden können als im Kreise dieser Anarchisten.

„Concentrer ce monde en une seule force pandestructive et invincible, voilà toute notre organisation, notre conspiration et notre tâche." Mit diesen Worten schließt der Netschajewsche Katechismus. Sollte dieser allzerstörenden Tendenz nicht ein Schutzwall

zur Erhaltung der höchsten Güter der Menschheit entgegengestellt werden können?

Der junge König von Spanien und seine Königin haben wie Helden die furchtbare Prüfung getragen, aus der Gottes Hand sie errettet hat. Aber wie viele Opfer gleicher Ruchlosigkeit sind ihnen vorausgegangen: Alexander II. von Rußland, König Humbert von Italien, die unglückliche Kaiserin von Österreich, Sadi Carnot und Mac Kinley — um nur der Staatsoberhäupter zu gedenken. In Rußland fordert der Anarchismus Tag für Tag neue Opfer — niemand zählt sie mehr — wie viele Opfer werden folgen, und wer in aller Welt kann mit einiger Sicherheit in die Zukunft blicken, wenn die Königsbraut an ihrem Hochzeitstage keine Schonung findet?

Doch wir brechen ab. Mit Worten und mit moralischer Entrüstung ist es nicht getan. Bei einer Gefahr, die alle bedroht, bedarf es tatkräftigen, gemeinsamen Einschreitens, und wir geben die Hoffnung nicht auf, daß der Hochzeitstag König Alfonsos zu einem Wendepunkte in der Geschichte der internationalen Verständigungen wird.

Die Wendung der österreichisch-ungarischen Beziehungen, wie sie sich unter dem Ministerium Hohenlohe zu gestalten schien, haben wir entschieden zu optimistisch beurteilt. Das Ministerium ist zurückgetreten, weil der Fürst Hohenlohe die Zugeständnisse nicht glaubt vertreten zu können, die Kaiser Franz Josef den Ungarn dadurch machte, daß er die von dem ungarischen Ministerpräsidenten Wekerle verlangte Aufhebung der zwischen beiden Reichshälften bestehenden Zollunion gewährte. Nun hat Wekerle sich allerdings im Namen Ungarns verpflichtet, daß bis 1917 Dez. 31 der ungarische Zolltarif mit dem österreichischen identisch bleiben solle, so daß es sich vorläufig noch um eine prinzipielle, nicht um eine tatsächliche Veränderung der geltenden handelspolitischen Ordnungen handelt, und — was wichtig ist — alle Schwierigkeiten mit dem Auslande als ausgeschlossen gelten müssen, da die bestehenden Verträge durch die internen Gegensätze in keiner Weise berührt werden. Aber statt eines gemeinsamen Gesetzes gibt es jetzt zwei identische, und daß Ungarn im Gegensatz zu den Vereinbarungen von 1902 einseitig ein gemeinsames Gesetz beseitigt hat, wird nicht mit Unrecht von österreichischer Seite sehr übelgenommen. Daß darin alle Nationalitäten Cisleithaniens zu-

sammenstehen, ist eine fast unerhörte Erscheinung: Deutsche, Tschechen, Polen machen in gleicher Weise gegen Ungarn Front.

Für Kaiser Franz Josef scheint das entscheidende Motiv für die Nachgiebigkeit gegen das Ministerium Wekerle die Erwägung gewesen zu sein, daß ohne dieses Zugeständnis die Einheit der gemeinsamen Armee nicht zu retten war. Jetzt ist die deutsche Kommandosprache gesichert und auch die übrigen Magyarisierungsversuche, die der Armee in Ungarn von der Kossuthpartei zugedacht waren, bleiben fromme Wünsche. Aber man versteht wohl, daß es unter diesen Umständen außerordentlich schwer war, ein österreichisches Ministerium zu konstituieren, daß die Verteidigung des äußerst unpopulären Zugeständnisses an Ungarn auf sich zu nehmen bereit war. Der Mann, der den Mut dazu fand, ist der Baron v. Beck. Er steht vor der Möglichkeit einer ähnlichen Obstruktion in Österreich, wie wir sie in den letzten drei Jahren in Ungarn erlebt haben, und zunächst sind die Aussichten für einen Kompromiß, mit dem sich beide Reichshälften zufrieden geben, nur gering. Trotzdem wird das der schließliche Ausgang sein müssen, tertium non datur, wenn der staatliche Zusammenhang aufrechterhalten werden soll, dessen beide Teile in gleichem Maße bedürftig sind. Wir halten die Ungarn für zu politisch, als daß sie die Dinge sich so zuspitzen ließen, daß sie sich selbst isolieren. Jeder Blick in die nationalen Verhältnisse Transleithaniens zeigt — namentlich wenn man sich dessen bewußt bleibt, daß die Ära Fejervary nicht aus der Reihe der historisch-politischen Tatsachen gestrichen werden kann — die Gefahren, die ein Überspannen des Bogens zur Folge haben müßte.

Natürlich kann kein Außerhalbstehender in diesen spezifisch österreichisch-ungarischen Differenzen raten oder eingreifen. Wir können nur wünschen, daß über Prinzipienfragen die großen Realitäten des politischen Lebens nicht vergessen werden — und die verlangen gebieterisch nach einer Verständigung.

In den acht Tagen, die seit unserer letzten Wochenübersicht hingegangen sind, haben die Verhältnisse in Rußland sich nicht gebessert. In den einzelnen Gouvernements dauern Unsicherheit des Besitzes und des Lebens fort. Für die Linderung der immer höher steigenden Not der Hungerdistrikte ist nur wenig geschehen, und auch von einer psychischen Beruhigung der Bevölkerung kann noch keine Rede sein. Man kann aber zweifelhaft sein, wen die größere Schuld

dabei trifft, die Duma oder die Regierung. Die letztere hat, wie immer deutlicher zutage tritt, in der Art, wie sie am 13. 26. Mai ihr Programm durch den Ministerpräsidenten Goremykin vertreten ließ, einen psychologischen Fehler begangen. Der tatsächliche Inhalt der Regierungskundgebung konnte derselbe bleiben, er war — wie wir schon vor acht Tagen hervorhoben — korrekt, und es war nicht möglich, die in der Antwortsadresse der Duma proklamierten Forderungen zu übernehmen. Jede Regierung, die das tat, lieferte das Reich der Anarchie aus. Aber: c'est le ton qui fait la musique. und der Ton, den Herr Goremykin anschlug, war gewiß nicht der richtige. Die Fehler, welche von der Regierung in den zwei letzten Jahren gemacht worden sind, konnten rückhaltlos preisgegeben, der Hinweis auf die Notwendigkeit gemeinsamer Arbeit weit nachdrücklicher betont werden, kurz, es konnte ein sympathisches Echo erweckt werden. Im Grunde sehnte sich die Versammlung danach, einen Führer zu finden, der ihr aus der unmöglichen Lage hinaushalf, in welche sie sich festgerannt hatte. Denn darüber kann schon jetzt kein Zweifel sein, die scheinbare Einmütigkeit, welche die Duma in den ersten Tagen ihres Beisammenseins zeigte, als noch eine gewisse Befangenheit und Unsicherheit sich geltend machte, besteht heute nicht mehr. Nicht nur der Gesamtzusammenhang ist zerrissen, auch innerhalb der einzelnen Gruppen ist ein dissensus eingetreten, der zu Spaltungen führen muß, und es war, wenn der Augenblick genutzt wurde, keineswegs unmöglich, eine Regierungspartei zu bilden. Das aber ist nicht geschehen. Goremykins Rede fand nicht nur keinen Widerhall, sie steigerte vielmehr die Erbitterung und führte dahin, daß alle die disparaten Elemente sich noch fester als bisher in der Opposition zusammenschlossen. In der ungeheuren Erregung, welche der Sitzung folgte, und noch während derselben sind dann zahlreiche Telegramme in die Provinzen geschickt worden, welche die Fieberhitze der Abgeordneten auf das flache Land übertrugen und erregte Antworten sowie ein erneutes Aufflammen agrarer und anderer revolutionärer Bewegungen zur Folge hatten. Und noch eine andere Wirkung trat ein. Die Wähler, speziell der Bauergemeinden, taten sich zusammen, um den Abgeordneten auf das energischste vorzuschreiben, daß sie nicht ohne „Land und Freiheit" heimkehren dürften, aus einigen Wolosten wurden sogar Delegierte abgefertigt, um die Duma

zu kontrollieren und über ihre Tätigkeit den Heimatsdörfern zu referieren. Andere Dörfer haben angekündigt, daß sie keine Abgaben zahlen würden, ehe die Agrarfrage gelöst sei, wieder andere, daß sie in solchem Falle keine Soldaten mehr stellen wollen. Die Hoffnungen aber, die auf den Reichsrat gerichtet waren, scheinen sich erst recht nicht zu verwirklichen. Er hält seit acht Tagen keine Plenarsitzungen mehr ab, und von den Arbeiten in seinen Kommissionen verlautet gleichfalls nichts. Es ist, als wäre er nicht vorhanden. Fast ebenso wenig hört man vom Hofe, d. h. von der nächsten Umgebung des Zaren, auf welche trotz Duma und Reichsrat die Hoffnungen namentlich der Bauernschaft vornehmlich gerichtet waren. Die Zeitungen berichten von Empfängen, Ordensverleihungen und Paraden, die zu Ehren bald dieses, bald jenes Regimentsheiligen abgehalten werden, und sind mit ihrem Spott und ihren ironischen Bemerkungen nicht sparsam. Geradezu kläglich aber waren die Debatten der Duma über die Abschaffung der Todesstrafe, die durch die Nachricht von der Hinrichtung von acht Mördern in Dünamünde noch besonders erregt wurden, ohne daß die Tatsache Beachtung fand, daß diese Verhandlungen im ganzen Reiche gleichsam durch ein Pelletonfeuer von Dynamitattentaten begleitet wurden. Wir erinnern uns nicht, jemals so viel Phrasen und so wenig gesundes Urteil in rascher Folge gehört zu haben.

Demgegenüber waren die Verhandlungen am 1. Juni, an welchem die Agrarfrage auf der Tagesordnung stand, geradezu eine Erquickung. Nicht etwa, daß es nicht auch dort zu phrasenhaften Deklamationen und völlig uferlosen Plänen gekommen wäre — der Vertreter von Kurland, ein Lette Kreitzberg, hat sich sogar nicht entblödet, die Lage der russischen Bauern im Vergleich zu der der Letten als beneidenswert zu bezeichnen, und eine ganze Reihe ähnlicher offenkundiger Unwahrheiten vorzubringen — aber es kam doch auch die gesunde Vernunft zu ihrem Recht. Erst waren es die Abgeordneten Lwow und Baron Ropp, dann aber, — und das hat uns besonders gefreut — die beiden Regierungsvertreter: der Landschaftsminister Stischinski und der Gehilfe des Ministers des Innern Gurko. Sie waren beide vortrefflich vorbereitet und zerpflückten das Agrarprogramm der Kadetten und der Bauern ganz erbarmungslos. Stischinski brachte den unwiderlegbaren Beweis, daß die Erfüllung

der Wünsche der Dumamajorität den Besitz der Bauern nur um eine Deßjätine auf die männliche Seele (wie man in Rußland sagt) vermehren, dagegen nach Beseitigung der Privatgüter die Einnahmen der Bauern von 15—16 Rubel für die Deßjätine auf 5 –6 mindern werde, was für ganz Rußland eine Mindereinnahme von 450 Millionen Rubel jährlich bedeute. Die Zukunft der Landwirtschaft in Rußland beruhe nicht auf dem größeren Umfang des Bauerngrundstückes, sondern darauf, daß eine intensivere Wirtschaft eingeführt werde. Expropriiere man das Land, sowie die Bauern und die Kadetten es wünschten, so müsse dafür eine Summe von 4 Milliarden aufgebracht werden, deren Zinsen, 150 Millionen Rubel jährlich, dann doch die Bauern zu zahlen hätten. Und das alles, um eine Deßjätine Land für den Kopf mehr zu besitzen! Er schloß mit der Erklärung, daß das Agrarprojekt der Duma den Bauern keinen wirklichen Vorteil bringen könne und die Interessen des Reiches auf das ernstlichste schädigen müsse. Man müsse eine Besserung darin zu finden suchen, daß die Landwirtschaft als solche günstiger gestellt, daß der Landkauf mit Hilfe der Agrarbanken erleichtert und die Umsiedelung der Bauern gefördert werde. Das Ministerium sei beschäftigt, einen dahinzielenden Gesetzentwurf auszuarbeiten, der der Versammlung vorgelegt werden solle. Herr Gurko, der gleich danach das Wort ergriff, betonte mit besonderem Nachdruck, daß, wenn überhaupt von einer Expropriation die Rede sein solle, die Bauernhöfe, die eine gewisse Größe überschritten, ebenfalls auf ein bestimmtes Maß reduziert werden müßten. Das führe dann, wie er ziffernmäßig nachwies, dahin, daß das Rußland der Zukunft überhaupt keinen Grundbesitz mehr dulden werde, der den Umfang von vier Deßjätinen überschreite. Die Durchführung dieser „Gerechtigkeit" und des gleichen Besitzes für alle werde aber nicht nur alle gleich arm machen, sondern zugleich das Ideal vernichten, nach welchem heute alles so laut rufe: die Freiheit. Denn die gleiche Landzuteilung sei die despotischste Beschränkung der Freiheit des Menschen, eine Beschränkung seiner wirtschaftlichen und ökonomischen Freiheit, die Begründung einer neuen Schollenpflichtigkeit, ja einer neuen hoffnungslosen Leibeigenschaft.

Gegen die beiden Minister wurde der Moskauer Herzenstein ins Feld geschickt, ein öder Doktrinär, der keine Schwierigkeiten kennt und der dem Landhunger der Bauern unter stürmischem Beifall

des Saales seine Reverenzen machte. Diese Leute sind eben nicht zu belehren. Der hervorragendste Kenner der russischen Landwirtschaft, Professor Migulin, der in der „Slowo" gleichfalls das Agrarprojekt der Kadetten Punkt für Punkt widerlegt, hat leider keinen Sitz in der Duma gefunden. Trotzdem läßt sich jetzt hoffen, daß, nachdem einmal die Regierung den Mut und die Männer gefunden hat, die der Duma gegenüber die gesunde Vernunft vertreten, jene Utopien fallen werden. Ob ohne die vorausgegangene Erschütterung einer Agrarrevolution, ist freilich eine andere Frage. Die Massen sind zu systematisch erregt worden, als daß es möglich wäre, sie plötzlich zu ruhiger Besinnung zurückzuführen, und der Hunger macht sie rasend. Hier ist der Punkt, an dem zunächst und ohne jeden Zeitverlust geholfen werden muß. Jede Sparsamkeit wäre nicht nur Verschwendung, sondern zugleich der Anlaß zu neuen gefährlicheren Krisen.

Unter dem Titel: „Die neuesten Umbildungen der russischen Staatsordnung" ist kürzlich in russischer Sprache ein Buch erschienen, welches nach einer Einleitung, die bis in die Tage Alexanders I. zurückgreift, den Gang der russischen Revolution vom Beginn des japanischen Krieges bis zum Erlaß des Gesetzes vom 4. März 1906 sehr übersichtlich an der Hand der offiziellen Veröffentlichungen wie der inländischen und ausländischen Presse verfolgt. Für jeden, der sich zuverlässig über den Verlauf der russischen Krisis orientieren will, ist es eine fast unentbehrliche Handhabe. Hoffentlich findet der Verfasser, der W. Sch. (v. Stein) zeichnet, bei einer neuen Auflage Gelegenheit, einzelne Lücken zu füllen und einen Index anzuschließen. So wie die Dinge liegen, läßt sich mit Sicherheit vorhersagen, daß ein zweiter Band notwendig werden wird, denn die russische Revolution und die Umbildung der russischen Staatsformen ist noch keineswegs abgeschlossen. Eine stenographisch-getreue Wiedergabe der Reden des russischen Parlaments, die bisher nur in mangelhaften und parteiischen Auszügen vorliegen, ist ebenfalls in höchstem Grade wünschenswert. Sie werden als Denkmal einer politischen Verwirrung sondergleichen, als etwas ganz Einzigartiges in der parlamentarischen Literatur dastehen.

Wir schließen mit dem Hinweis auf eine journalistische Phantasieleistung, die ihresgleichen auch nur selten finden dürfte. Der Petersburger Korrespondent der „Tribune" hat die Welt mit der Nachricht

von einer Verschwörung der Petersburger Garden gegen die Duma überrascht, die von Anfang bis zu Ende aus der Luft gegriffen ist. Dabei hat er für seine Erzählungen — die ihm ein großer Lügner aufgebunden haben muß — eine Fülle interessantester Details aufgebracht, und auch die Namen aller Verschworenen, ihren Angriffsplan und ihre Machtmittel der Öffentlichkeit anvertraut: den General Min als Anführer und den Großfürsten Nikolai Nikolajewitsch als Leiter, dazu eine lange Reihe vornehmer Verschwörer zweiten Ranges. Es ist schwer zu verstehen, wie ein Blatt von dem Ansehen der „Tribune" einer solchen Mystifikation zum Opfer fallen konnte, aber man darf wohl annehmen, daß die Dienste dieses Korrespondenten in Zukunft nicht mehr in Anspruch genommen werden.

Die Nachrichten von einem Besuche der englischen Flotte in Petersburg bestätigen sich. Sie wird auf der Rückreise eine Reihe deutscher Häfen berühren.

7. Juni. Depeschenwechsel der Kaiser Wilhelm und Franz Joseph mit König Viktor Emanuel.
9. Juni. Zusammentritt der Delegationen in Wien.
11. Juni. Kämpfe mit Schwarzen in Südwestafrika, Ostafrika und in Natal.
12. Juni. Vertrauensvotum für das Ministerium Giolitti.

---

13. Juni 1906.

Kaiser Wilhelm ist aus Wien wieder heimgekehrt, nachdem kurz vorher die Telegramme ausgetauscht wurden, die, wie schon mehr als einmal geschehen ist, vor der Öffentlichkeit Zeugnis ablegten von den herzlichen Beziehungen, die zwischen den drei Häuptern des Dreibundes bestehen. Die Form des Antworttelegrammes König Viktor Emanuels hat in der ausländischen und in einem Teil der inländischen Presse zu Kommentaren Anlaß gegeben, die unserer Meinung nach den zwischen den drei Mächten bestehenden Beziehungen nicht entsprechen. Man hat hervorgehoben, daß, während das Telegramm der beiden Kaiser von den drei Alliierten gesprochen habe, die Antwort des Königs „den" beiden Alliierten dankte, und daraus den Schluß ziehen wollen, daß der Austausch dieser Telegramme eher einer Lockerung als einer Festigung der Beziehungen zwischen den drei Mächten Ausdruck gebe. Nun ist es wirklich müßig, darüber zu diskutieren, da es sich nicht um eine Staatsaktion, sondern um persönliche Freundschaftskundgebungen handelt, die ja allerdings in Zusammenhang mit bekannten politischen Beziehungen stehen. Aber freilich, auch das Bekannte wird gelegentlich, mit oder ohne Absicht, vergessen. So finden wir in dem „Journal des Débats" die folgende merkwürdige Notiz: „Das „Berliner Tageblatt", dem man die Verantwortung dieser sensationellen Nachricht lassen muß, kündigt an, daß der Dreibund seinerzeit unverändert erneuert worden ist." Es ist schwer zu verstehen, wie ein Blatt, dessen Artikel von Männern geschrieben werden, die nur der Politik leben, als politische Sensation die Erwähnung einer Tatsache bezeichnen kann, die von dem verantwortlichen Leiter der deutschen Politik, dem Reichskanzler Fürsten

v. Bülow, von dem Ministertisch des deutschen Reichstages aus urbi et orbi verkündet worden ist, und eben damals auch in den Spalten des „Journal des Débats" ihren Widerhall fand. Die Reden des Fürsten Bülow liegen zudem gedruckt vor, mit einem vortrefflichen Index, der auch einem Franzosen den Einblick leicht macht. In der Reichstagssitzung vom 19. März 1903 sagte der Reichskanzler wörtlich: „Ich komme jetzt zu der im vergangenen Sommer erfolgten Erneuerung des Dreibundes. Daß diese Erneuerung rechtzeitig und in unveränderter Form erfolgte, war zunächst ein Beweis dafür, daß der Dreibund nicht auf einer zufälligen, vorübergehenden oder künstlichen politischen Konstellation beruht, sondern auf dauernden, in der Natur der Dinge begründeten und gleichmäßig vorhandenen Interessen und Bedürfnissen der drei durch ihn verbundenen Reiche. Wenn ich die Natur des Dreibundes in zwei Worten definieren soll, so würde ich sagen, daß derselbe der inneren und äußeren Entwicklung der durch ihn verbundenen Reiche keine andere Schranken auferlegt als diejenigen, welche durch die Rücksicht auf die Aufrechterhaltung des status quo und somit des Friedens geboten sind." . . . Der Reichskanzler schloß diesen Abschnitt seiner Rede mit den Worten: „Wir halten an unseren Verpflichtungen gegenüber unseren beiden Verbündeten mit deutscher Treue fest. Wir haben aber auch jede mögliche Bürgschaft dafür, daß für alle bisher im Dreibund vorgesehenen Fälle unsere Verbündeten ebenso fest und treu zu uns stehen." Die „information sensationelle", über welche die „Débats" sich aufregen, ist also nicht neu und auf solidere Autorität gegründet, als eine Mitteilung des „Tageblattes" sie bieten könnte. Sollte aber auch das den skeptischen Gemütern nicht genügen, weil inzwischen drei ereignisreiche Jahre hingegangen sind, so werden die Erklärungen, die Graf Goluchowski am 11. Juni der ungarischen Delegation gegeben hat, wohl nicht als antiquiert bezeichnet werden können. Er sagte von den Beziehungen Österreich-Ungarns zum Deutschen Reiche: „Fest und unerschüttert bilden sie den Angelpunkt jenes politischen Systems, welches sich bereits seit mehr als einem Vierteljahrhundert bewährt und dessen Fortbestand nicht allein in unserem gegenseitigen Interesse liegt, sondern auch für den ganzen europäischen Kontinent eine eminente Friedensbürgschaft darstellt . . . Nicht minder befriedigend ist das Verhältnis zu unserem italienischen Alliierten. Es

gibt zwar unverantwortliche Kreise, welche durch künstlich hervorgerufene Dissonanzen dieses gute Einvernehmen stören möchten. Solche Versuche, Unfrieden zu stiften, scheitern indessen sowohl an den beiderseitigen redlichen Bemühungen, die ab und zu zum Vorschein kommenden Verstimmungen baldigst aus der Welt zu schaffen, als auch an der korrekten Haltung der Königlich italienischen Regierung, die stets bestrebt ist, ihre bundestreuen Gesinnungen loyal zu betätigen." Demgegenüber könnten, wie uns scheint, die sorgenvollen oder mißgünstigen Kommentatoren des italienischen Telegramms sich beruhigen. Es bleibt, wie es war: der Angelpunkt der Allianz ist Deutschland, und trotz „künstlich hervorgerufener Dissonanzen" gehört Italien unverändert zur Kombination, die mehr als die Urheber jener Dissonanzen zugestehen wollen, ihm seine Weltstellung geschaffen und erhalten hat.

Wie wenig Boden aber künstliche Dissonanzen den wirklichen Interessenfragen gegenüber haben, das hat noch neulich der Umschwung gezeigt, der sich in der Haltung der öffentlichen Meinung Ungarns vollzog, als Kaiser Wilhelm durch seinen Verkehr mit dem ungarischen Ministerpräsidenten Wekerle zeigte, daß er in seiner Stellung zu Österreich-Ungarn die Interessen der Gesamtheit des Reiches, nicht die sich äußeren Einflüssen entziehenden inneren Probleme zur Richtschnur nimmt. Alles, was Österreich-Ungarn stark und einig macht, kann unseres Beifalls sicher sein, und da die durch das Ministerium Wekerle in Ungarn, durch Beck in Österreich vertretene Politik diesem Ziele entspricht, können wir die törichten Demonstrationen der christlich-sozialen gegen die ungarischen Delegationen nur bedauern. Nachdem einmal durch die vom Kaiser Franz Joseph gutgeheißenen Vereinbarungen ein fait accompli geschaffen ist, das die Einheit der Armee dauernd, die geltenden handelspolitischen Beziehungen bis Ende 1917 tatsächlich sichert, ist es unfruchtbarer Doktrinarismus, durch lärmende Proteste eine Situation zu erschweren, die man zu ändern oder zu beseitigen keinerlei Mittel hat.

Die Erklärungen des Grafen Goluchowski haben nach langer Zeit die Aufmerksamkeit wieder den Balkanangelegenheiten zugewendet. Nicht als ob die Wirren in Mazedonien unbemerkt an uns vorübergegangen wären, im Gegenteil, die Chronik der Untaten, die auf dem unglücklichen Boden des vielumstrittenen Landes fast Tag für

Tag stattfanden, war oft so erschütternd, daß man sich versucht fühlen konnte, bei jeder politischen Betrachtung auf sie zurückzukommen. Aber das Übermaß macht schließlich stumpf, und zudem war in den einzelnen Fällen fast niemals nachzuweisen, wen die Hauptschuld traf: Griechen, Serben oder Bulgaren. Der Bekehrungs- und Nationalisierungseifer aller drei Faktoren mag sich die Wage gehalten haben, die Türkei mit ihren Schutzmaßregeln nicht energisch genug gewesen sein; das eine ist sicher, daß die Mazedonier, und unter ihnen die völlig unschuldigen, nur wegen ihrer Existenz verhaßten Kuzzowalachen, unsäglich gelitten haben. Jetzt eröffnet Graf Goluchowski die Aussicht auf bessere Zeiten, er glaubt auf eine schärfere Kontrolle des Bandenwesens durch die betreffenden Regierungen rechnen zu können und weist nachdrücklich darauf hin, daß das Abkommen von 1897 mit Rußland noch in voller Kraft stehe. Die Friedensaktion werde fortgesetzt werden, und wenn sie auch nicht die radikale Lösung des sogenannten orientalischen Problems in sich schließe, doch für Mazedonien die Bedingungen einer gesunden Kulturentwicklung verbürgen, und damit „Europa vor gewaltigen Erschütterungen bewahren". Die weiteren Ausführungen des Grafen waren retrospektiv historisch-politisch und sollen hier nicht wiederholt werden. Im ganzen war der Eindruck ein durchweg erfreulicher — sind erst die ungarisch-österreichischen Differenzen in billiger und versöhnlicher Weise gehoben, so läßt sich hoffen, daß trotz aller Ankündigungen inländischer und ausländischer Pessimisten, die habsburgische Monarchie auf aufsteigender Bahn fortschreiten wird. Aber allerdings, die ehrliche Versöhnung beider Reichshälften muß vorausgehen, und ohne Zugeständnisse von beiden Teilen läßt sie sich nicht erreichen.

In England ist nach den Pfingsttagen das Parlament wieder zusammengetreten und Chamberlain hat in Birmingham — der Hochburg seiner Anhänger — eine hoffnungsfreudige Rede gehalten. Er hofft auf Neuwahlen, weil er darauf rechnet, daß das Schulgesetz fallen werde. Für das liberale Kabinett liegt die Schwierigkeit weit mehr in dem Drängen der ihr verbündeten Arbeiterpartei, die mit Ansprüchen hervortritt, die ihrer tatsächlichen Macht zwar nicht entsprechen, aber doch erhebliche Verlegenheit bereiten. Dazu kommt, daß das Kabinett in der Presse weit schlechter vertreten ist als die Opposition, die, wie unsere Leser sich erinnern werden, während des

letzten Jahres ihres Regiments ganz gewaltige Anstrengungen machte, um die einflußreichsten Blätter aufzukaufen und sich dienstbar zu machen. Alle diese Organe, darunter der „Standard", das ehemalige Hauptorgan der Liberalen, stehen heute gegen das Kabinett, und weder „Westminster Gazette" noch „Tribune" kommen in ihrem Nachrichtendienst wie in ihren Leitartikeln an Talent und Reichtum der Information den Gegnern gleich. Und das bedeutet einen entschiedenen politischen Nachteil. Einen anderen Nachteil bringt die Notwendigkeit, die Konsequenzen der Politik des Kabinetts Balfour zu tragen. Unter anderem in Südafrika, wo die Verhältnisse immer kritischer werden. In einem Brief, der der „Tribune" aus Greytown, Natal, zugeht, wird recht unbarmherzig mit der Politik der Beschönigung und des Optimismus aufgeräumt, durch welche seit Beendigung des Burenkrieges die öffentliche Meinung Englands geflissentlich eingeschläfert wurde. Mr. Hailey — so zeichnet der Korrespondent — konstatiert nach allen Richtungen hin Symptome des Niederganges. Während Kaffern und Asiaten sich in unheimlicher Geschwindigkeit vermehrten, scheine Südafrika unfähig, die armselige Million Weiße zu absorbieren, die es jetzt besitze. Auch nützten die Weißen weder ihre Kräfte noch ihre Intelligenz genügend aus. Wie sei es anders zu erklären, daß ein Land wie Natal Butter, Konserven und Fleisch aus Australien beziehen müsse, wo doch die Arbeit teuer sei. „Was Südafrika wirklich braucht, ist, daß die Europäer ihre Existenz nicht nur durch größere Leistungen in den höheren Arbeitsgebieten, sondern auch durch körperliche Arbeit betätigen. Aber merkwürdigerweise ist Südafrika das einzige Land, in dem das nicht erkannt wird. . . . Wir gehen mit schnellen Schritten einem schwarzen Südafrika zu, das von einer kleinen weißen Aristokratie regiert wird, die aller Wahrscheinlichkeit nach nur durch eine starke Polizeimacht die Eingeborenen in Schach halten kann. Das mag den Interessen mancher Südafrikaner entsprechen, aber was hat das Reich davon? Viele Kolonisten pflegen noch zu reden, als ob das Mutterland ohne Südafrika zu einer Macht vierten Ranges herabsinken müsse. Aber die rechte Wahrheit ist, daß ein schwarzes Südafrika eine stete Last und eine Quelle steter Gefahren für Großbritannien wäre. Von einem sentimentalen Standpunkte aus würde jeder Engländer es bedauern, wenn er sehen müßte, daß Südafrika aufgegeben wird, stellt man sich aber

auf einen rein geschäftlichen Standpunkt (strictly business point of view), so ist es nicht zweifelhaft, daß eine Trennung für das Mutterland eher ein Vorteil als ein Verlust wäre, und wenn die Kolonisten das einsehen könnten, würden sie verstehen, weshalb ihre Drohung mit einer südafrikanischen Republik so absolut gleichmütig in England hingenommen wird."

Es ist das erste Mal, daß wir diese Ansichten in einem englischen Blatte vertreten sehen. Von südafrikanischen Deutschen konnte man dagegen schon lange gleich pessimistische Schilderungen hören, und vielleicht ist der merkwürdigste Beleg dafür, daß ein Stadium des Niederganges sich vorbereitet, darin zu erkennen, daß neuerdings die Juden in Massen aus Südafrika auswandern.

Daß unter solchen Verhältnissen der Aufstand der Kaffern große und lästige Verlegenheit bereitet, ist begreiflich; das Bedenkliche liegt aber darin, daß auch nach Niederwerfung des Aufstandes die Schwierigkeiten der Lage sich nicht ändern können, wenn nicht die Weißen selbst zu einer anderen Lebensführung übergehen. Aber bekanntlich ist nichts unwahrscheinlicher als eine derartige Wandlung.

In den Vereinigten Staaten von Nordamerika und weit über Amerika hinaus hat die unreelle und unerträglich unsaubere Arbeit der großen Chicagoer Wurst- und Fleischkonservenfabriken ungeheueres Aufsehen erregt. In Europa erkennt man darin ein Symptom der rücksichtslosen Geschäftsgebarung, die in dem Jagen nach Gewinn auf dem Boden der großen Republik immer mehr um sich greift. Man drückt dort mit einer für europäische Anschauungen unbegreiflichen Nachsicht derartigen Auswüchsen gegenüber die Augen zu, bis ein Zufall der großen Öffentlichkeit zuträgt, was im Grunde jedermann schon wußte. Im vorliegenden Falle soll Präsident Roosevelt durch einen realistischen Roman auf das unsaubere Treiben aufmerksam gemacht worden sein. In seiner energischen Art zögerte er nicht, einzugreifen, als sich bestätigte, daß der Roman Wirklichkeit war — das Weitere kennen die Leser. Aber namentlich in England, das der beste Kunde Chicagos war, war das Entsetzen groß. Niemand will dort mehr amerikanische Fleischpräparate kaufen, und da Argentinien und Australien sich die günstige Konjunktur sofort zunutze machten, dürfte trotz aller Kontrolle der englische Markt und vielleicht überhaupt der europäische Markt für Chicago verloren

gehen. Die „Nowoje Wremjä“ sucht jetzt auch die russischen Landwirte für den Export nach England zu gewinnen. Aber wie ist daran jetzt zu denken, da die Revolution, kombiniert mit der Mißernte des vorigen und dieses Jahres, den russischen Viehstand von Grund aus ruiniert hat. War es doch eine der ersten Äußerungen der neuen Freiheit, daß die Bauern überall das edle Zuchtvieh der Güter niedermetzelten. Das übrige hat dann der Hunger getan, und jetzt ist bis auf weiteres auch der Getreideexport aus Rußland verboten worden. Nach den uferlosen Debatten über die Abschaffung der Todesstrafe, die merkwürdigerWeise doch die Regierung so weit beeinflußt haben sollen, daß sie, wie es heißt, entschlossen ist, nachzugeben, sind die gleich uferlosen Debatten über die Agrarfrage mit äußerster Leidenschaftlichkeit fortgesetzt worden. Parallel damit aber geht die schon vor acht Tagen sich ankündigende Zersetzung der Parteien weiter. Es scheint, daß aus dem rechten Flügel der „Kadetten“ unter Führung des Abg. Lwow, sowie aus einem Teil der Bauern unter Führung des Grafen Heyden und Stachowitschs, sowie aus Mitgliedern der demokratischen Reformpartei und einzelnen zu keiner Partei zählenden Abgeordneten, sich eine neue mehr gemäßigte Gruppe von 150 200 Köpfen bilden wird, die eine Art Zentrum darstellen könnte. Die Redner der Extremen verbrauchen sich allmählich und mitunter gewinnt man den Eindruck, daß die Versammlung bereits übermüdet sei. Das würde die von der Regierung eingeschlagene Taktik zurückhaltender Vorsicht, unter Wahrung des Buchstabens der Verfassung rechtfertigen, wenn zugleich etwas geschähe, um die Stimmung im Lande zu gewinnen. Aber gerade daran läßt sie es fehlen. Dagegen sollen, wie wir dem Brief eines Polen an die Warschauer Zeitung „Slowo“ entnehmen, die „Reaktionäre“ um so tätiger sein, und sowohl gegen die Autonomisten wie gegen die Agrarsozialisten und Revolutionäre agitieren. Es ist wohl möglich, daß die zahlreichen Telegramme, welche der Regierung Ergebenheitsverversicherungen zutragen, aus solcher Quelle stammen. Sie hat sie in einem ihrer offiziellen Organe veröffentlichen lassen und ist darüber von der entrüsteten Duma interpelliert worden. Denn diese Herren finden es ganz in der Ordnung, daß ihre Zeitungen Tag für Tag Telegramme aus den Provinzen bringen, die in den schärfsten Ausdrücken die Regierung angreifen und beschimpfen, können aber un-

möglich dulden, daß die Regierung Ansichten an die Öffentlichkeit bringt, die den ihrigen nicht entsprechen. Alles, was nicht kadettisch, sozialistisch oder revolutionär ist, wird als „schwarzes hundert" gestempelt: „tschornaja ssotnjä". ein Phantom, das nur in der Einbildung existiert, aber als Schreckgespenst der Revolution unvergleichliche Dienste geleistet hat.

Übrigens zeigt sich schon jetzt, daß eine allgemeine Nationalisierung des Grund und Bodens nicht durchgeführt werden wird. Selbst die „Kadetten" sind zu der Überzeugung gekommen, daß davon nur in Großrußland die Rede sein könne. In Polen, Litauen, den baltischen Provinzen und in Kleinrußland (beiläufig bemerkt also in dem Gebiet, das in Zukunft einmal dem neuen Polen gehören soll) wollen sie sich damit begnügen, die kleinen Besitzer und die Knechte mit Land auszustatten, im übrigen aber den Privatbesitz an Land dulden, während in Großrußland die Utopie des Landfonds und die langfristige Arrende (Pacht) durchgeführt werden soll. Diese Frage der langfristigen Arrende und der Nationalisierung des Grund und Bodens hat die „Nowoje Wremja" zu der amüsanten Entdeckung geführt, daß Herr Herzenstein, dem der Gedanke gehört, seine Agrarpolitik aus dem Alten Testament geschöpft habe, was sehr anschaulich an Josefs Waltung in Ägypten an der Hand von Zitaten dargelegt wird (Genesis 47). Überhaupt beginnen die Spuren einer wieder auftauchenden antisemitischen Strömung sich merklich zu machen und es kann kaum zweifelhaft sein, daß, wenn die Agitation in Südrußland und Kleinrußland zu neuen agraren Bewegungen führt, sich die Schreckensszenen wiederholen werden, welche die Revolution eingeleitet haben.

In der letzten Woche schwirrten allerlei Gerüchte um, die bei Erregung der Massen und dem Verlangen nach Veränderung überall Glauben fanden. So hieß es, daß die Demission des Ministeriums Goremykin bereits angenommen sei, dann daß Witte und Durnowo im Auslande eine neue große Anleihe negozierten. Beides ist inzwischen auf das bestimmteste dementiert worden und war auch an sich unwahrscheinlich. Aber zu welchen Deklamationen haben diese Gerüchte geführt. Im „XX. Jahrh." erschien eine Philippika, welche die Duma aufforderte, vor aller Welt zu erklären, daß keine Anleihe, die ohne Zustimmung der Duma kontrahiert werde, als Staatsschuld

gelten solle. Das angebliche neue Ministerium aber war bereits vollzählig zusammengesetzt worden.

Niemand weiß recht, wie lange die Duma noch tagen wird, und im Grunde scheint man sich bereits nach den Ferien zu sehnen. Das gilt namentlich von den Bauern, die sich darüber beklagen, daß sie die Reden „der Herren" nicht verstehen können, worüber man sich nicht eben wundern kann. Auch findet man sie mehr in den Couloirs als im Sitzungssaale in eifrigen leidenschaftlichen Gesprächen, die meist interessanter sind als die Reden von der Tribüne her. Wenn die Vertagung erfolgt, werden die Kommissionen der Duma nach Helsingfors ziehen, um dort ungestört ihre Sitzungen abhalten zu können und Gesetzesvorlagen für die Herbstsession vorzubereiten. Aber wer kann wissen, wie es im Herbst in Rußland aussehen wird?

Das Räuberunwesen und Morden dauert im ganzen Reiche fort, am schlimmsten in Polen und in den baltischen Provinzen. Die Agrarrevolution, die sich jetzt meist in Verweigerung jeder Arbeitsleistung und in Okkupierung von Herrenland äußert, geht ebenfalls weiter. Die Hafenstädte des Schwarzen Meeres sind durch Ausstände der Matrosen völlig zur Untätigkeit verurteilt, die Schiffahrt unterbrochen, der Kaukasus, dessen zehn Abgeordnete jetzt in Petersburg eingetroffen sind und unter den Sozialdemokraten Platz genommen haben, ist keineswegs zu geordneten Zuständen zurückgeführt, sondern noch immer bald in latenter, bald in offener Revolution. Nur die Truppen verhindern den Abfall.

Als ein erfreuliches Symptom kann die Haltung des russischen Adelskongresses betrachtet werden, der in den beiden ersten Juniwochen in Petersburg tagte. Seine Beschlüsse in der Agrarfrage stehen auf dem Boden der Wirklichkeit und gehen auf Reform aus, ohne radikal zu sein. Sie lassen sich im wesentlichen dahin zusammenfassen, daß sie eine allmähliche Beseitigung des Gesamtbesitzes der Gemeinden und die Begründung selbständiger Einzelwirtschaften anbahnen wollen. Sie empfehlen die weitgehendste Hilfeleistung durch die Agrarbanken, um den Bauern den Landkauf zu erleichtern und ebenso Maßregeln zur Besiedelung freier Kronsländereien und gewisser sibirischer Gebiete. Es fragt sich nur, ob die Regierung die Kraft und der Bauer die Geduld hat, die Durchführung dieser Maßregeln zu ermöglichen.

Erwägt man die Gesamtlage Rußlands, so führt der Schluß wohl zu außerordentlich pessimistischen, aber doch nicht zu hoffnungslosen Resultaten. Aber wir erwarten das Heil nicht von der Duma. Sie hat in den wenigen Wochen ihrer Existenz gezeigt, daß sie wohl niederreißen, nicht daß sie aufbauen kann. Von dem Reichsrat, der jetzt seine Sitzungen wieder aufgenommen hat, ist es bisher unmöglich, sich ein Bild seiner Leistungsfähigkeit zu machen. Daß im Ministerium einige tüchtige Männer sind, ist sicher, aber einen überwiegenden Willen und eine überwiegende Kapazität haben wir noch nicht hervortreten sehen.

17. Juni. Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen Rumänien und Griechenland. „Pogrom" in Biolystok.

18. Juni. Kaiser Wilhelm besucht den Reichskanzler in Nordernen. Militäraufstand in Kronstadt.

20. Juni. Die amerikanische Gesandtschaft in Konstantinopel wird zur Botschaft erhoben.

---

20. Juni 1906.

In Staaten mit parlamentarischem Regiment ist eine oft wiederkehrende Erscheinung, daß die nachfolgende Generation die Politik der vorhergehenden verurteilt, und da parlamentarische Generationen rasch zu wechseln pflegen, kann es wohl geschehen, daß wenige Jahre einen Umschwung herbeiführen, den niemand für möglich gehalten hätte, dem Leidenschaften und Denkweise einer kurz vorausgegangenen Periode noch in der Erinnerung lebendig waren. Wir führten vor acht Tagen an der Umstimmung des englischen Urteils über Südafrika ein drastisches Beispiel vor, heute finden wir in der Wochenausgabe der in Toronto erscheinende „Sun" eine korrespondierende Schwenkung in Beurteilung des spanisch-amerikanischen Krieges. In dieser sorgfältig redigierten kanadischen Zeitung werden die Wochenübersichten von Goldwin Smith geschrieben, der zugleich Professor der Geschichte in der Cornell-Universität der Vereinigten Staaten und in der kanadischen Universität Toronto ist. Also - halb englisch und halb amerikanisch. Es ist nicht ohne Interesse, eine dieser Wochenschauen etwas genauer anzusehen. Uns liegt die Nummer vom 6. Juni vor.

Goldwin Smith der als A. Bystander zeichnet geht von dem Attentat von Madrid aus und beginnt gleich mit der sehr sympathischen Erklärung, daß es unmöglich sei, die Freiheit, die jeder Spekulation gebühre, auf den Anarchismus auszudehnen. Doch sei es auch nicht ausreichend, ihn als politischen Wahnsinn abzutun; es verbinde sich ein geradezu als satanisch zu bezeichnender Blutdurst mit dem Wahn der Anarchisten, und eben deshalb seien sie auch dann nicht zu dulden, wenn sie vorgeben, daß ihr Ziel sei, die Menschheit zu verjüngen und die Tyrannei zu vernichten. Smith schließt daran

die Erwägung, daß der Neid eine kaum weniger schädliche Macht darstelle, und weist auf die steigende Gefahr der sozialistischen Agitation hin, die mit diesem unedelsten aller menschlichen Triebe rechne. Die sich hier anschließende Betrachtung über das Ministerium Campbell Bannerman, das durch den Abfall der irischen Nationalisten und der von Keir Hardy geführten Arbeiterpartei wesentlich geschwächt zu werden Gefahr laufe, mündet in einen scharfen Ausfall gegen Chamberlain aus, was gewiß in den Vereinigten Staaten ein ebenso sympathisches Echo finden wird wie in Kanada. „Er ist ein politischer Spieler (gambler), der in jeder großen Frage durch seine eigenen Worte widerlegt werden kann, der zweimal durch verderbliche Intriguen es erreicht hat, seinen Chef zu überbieten, und der auch jetzt versucht, seine Anhänger nicht auf den Weg eines ehrlichen Konservatismus, sondern, weil er dabei seinen Nutzen findet, den Weg der Intriguen zu führen." Das ist scharf, aber gewiß nicht ungerecht, wenn man sich erinnert, daß nächst Disraeli, Chamberlain der Mann gewesen ist, der die englischen Konservativen auf die Bahnen eines gesinnungslosen Prinzipienschachers geführt hat und daß sein Verhalten Balfour gegenüber, trotz aller Freundschaftsversicherungen, die hin und her gingen, in Wirklichkeit doch ein Verrat war. Goldwin Smith ist aber auch dort kein Freund Chamberlainscher Methoden, wo sie auf amerikanischen Boden übertragen werden. Das zeigt namentlich seine Beurteilung des spanischen Krieges, der, wie er unter Berufung auf J. M. Forbes, nicht den berühmten Kriegsreporter, sondern einen angesehenen amerikanischen Staatsmann, darlegt, geführt worden sei, um einer Partei die Herrschaft zu wahren. Diese Partei sei die der Protektionisten. Sie habe den Tarif erhöht unter dem Vorwande, daß die Steigerung als Kriegstaxe nur vorübergehend sein werde. Trotzdem sei es neun lange Jahre in allem Wechsel der ökonomischen, öffentlichen und privaten Verhältnisse dabei geblieben. Jetzt sei die Last zu schwer geworden und die Frucht des Systems, die Trusts, sei so gigantisch und gefahrbringend herangewachsen, daß das Volk nach Gerechtigkeit rufe. Um dieses protektionistischen Systems willen hätten die Vereinigten Staaten den spanischen Krieg auf sich genommen. Spanien sei bereit gewesen, alle materiellen Zugeständnisse zu machen, die seiner Ehre nicht widersprachen. Noch nach der Zerstörung des „Maine" sei ein Schieds-

gericht von ihnen vorgeschlagen worden, aber man habe nicht für gut befunden, darauf zu antworten. Goldwin Smith geht nicht weiter auf die Geschichte des Krieges ein, er schließt aber mit der Bemerkung, daß die indirekten Folgen des Krieges ebenso sehr Beachtung verdienten wie die direkten Folgen. Was damit angedeutet werden soll, ist leicht zu verstehen. Alle amerikanischen Zeitungen sind heute voller Betrachtungen über die Schmutzwirtschaft in Chicago, und da sie alle bereits früher davon gewußt haben, begreift man allerdings schwer, wie dieses öffentliche Geheimnis auch den staatlichen Autoritäten ein Geheimnis bleiben konnte. Der bekannte General Nelson A. Miles hat neulich erklärt, er habe das alles schon vor sieben Jahren gewußt und auch damals gesagt, was er wußte. Hätte man damals eingegriffen, so wären Tausende von Menschenleben gerettet worden. Er glaube, daß 3000 Soldaten der Vereinigten Staaten an dem verdorbenen Fleisch gestorben seien; denn während des spanisch-amerikanischen Krieges habe man Gift gebraucht, um das Fleisch zu konservieren. Als er (Miles) erfuhr, daß die Leute erkrankten, habe er die Sache untersuchen lassen und festgestellt, daß man der Armee altes Fleisch verkauft habe, das monatelang in Packhäusern der Baltimore- und Ohioeisenbahn und in den Docks von Liverpool gelegen habe; dieses Fleisch hatte man dann wieder zurecht gemacht und den Vereinigten Staaten als Soldatenrationen verkauft. Miles berichtete darüber dem Kriegsdepartement, und das habe eine Kommission eingesetzt, deren Aufgabe es war, die Sache zu vertuschen (a whitewashing investigation). So stellte der offizielle Bericht denn fest, daß nur ein „kolossaler Irrtum" vorliege. In Wirklichkeit sei es aber ein kolossaler Betrug gewesen, und die Leute hätten verdient, ins Zuchthaus zu kommen. Es kann kaum zweifelhaft sein, daß auch jetzt alles Denkbare geschehen wird, um Chicago zu rechtfertigen, aber wir glauben nicht, daß der Präsident sich wird einschüchtern lassen. Ebensowenig freilich glauben wir, daß Europa die Lektion vergessen kann, die ihm hier erteilt wurde. Die Provenienz der Konserven wird in Zukunft eine große Rolle spielen, und hoffentlich auch der Konsum sich in höherem Maße als bisher den Produkten des Reichs zuwenden.

In Amerika hat man sich in betreff des Panamakanals nun doch für das Schleusensystem entschlossen, was die Ausführung des

Werkes erleichtern und beschleunigen dürfte. Politische Schwierigkeiten glaubt man nicht mehr fürchten zu müssen, da, wie wohl kaum mehr zu bezweifeln ist, eine Verständigung zwischen Japan und den Vereinigten Staaten erfolgt ist. Die Nachricht, die wir zuerst im „Eastern World" fanden, schien uns wenig glaubhaft, und wir haben lange auf eine authentische Widerlegung gewartet: sie ist nicht erfolgt. Dagegen fiel uns auf, daß die in den amerikanischen Zeitungen sonst so häufig wiederkehrenden Allarmartikel über die Bedrohung der Philippinen und über die japanische Gefahr völlig aufhörten: und für ganz unwahrscheinlich können wir heute die Nachricht nicht mehr halten. Sie würde dann bekräftigen, daß allerdings, wie wir von vornherein annahmen, die Vorteile des englisch-japanischen Bündnisses auf japanischer Seite liegen. Auch sind uns dafür neuerdings in russischen und indischen Blättern neue Bestätigungen aufgestoßen. So schreibt der Pariser Korrespondent des „XX. Wiek", daß das Gerücht von einer russisch-englischen Verständigung, wie der meist zuverlässige türkische Konsul in Bombai berichte, von den Muselmännern in Indien sehr übel aufgenommen werde. Man schreibe der englischen Regierung die Absicht zu, sich der heiligen Stätten des Islam zu bemächtigen, und das habe große Erregung hervorgerufen. An sich ist die Nachricht nicht unwahrscheinlich, da der bekannte Führer des ägyptischen Patriotismus, Kamel Pascha, seit Jahren in diesem Sinne die Aufmerksamkeit der islamischen Welt rege hält, und ebenso die „Nowoje Wremja" durch ihre von uns oft benutzten Berichte aus Aden die Eifersucht der Türken wach zu halten bemüht war. Die Türkei sah in diesen russisch-englischen Eifersüchteleien eine Sicherung ihrer Stellung, und ebenso fühlte der politische Instinkt der Bevölkerung. Da nun für die Stellung Englands in Indien gerade das muselmännische Element von besonderer Wichtigkeit ist, es auch für den Fall allzustarker Entwicklung der durch die Erfolge Japans wieder erwachten Idee der „asiatischen Solidarität" als Stütze gegen die „Heiden" unentbehrlich werden könnte, will uns diese Idee einer englisch-russischen Gemeinschaft in Fragen asiatischer Politik nicht recht einleuchten. Sie gibt eine Kombination, bei welcher beide Teile verlieren. Jener oben erwähnte Pariser Korrespondent des russischen Blattes will zudem wissen, daß England im Yildiz Kiosk gegen Mukthar Pascha intrigiere, um ihn durch Edhem Pascha, den

Besieger der Griechen, zu ersetzen. Aber Lord Cromer werde, wenn er sein Ziel erreiche, keinen Vorteil daraus ziehen, da Edhem ebenso anglophob sei wie Mukthar.

Überhaupt läßt sich nicht verkennen, daß die englische Politik trotz allem in Rußland beunruhigt. Daß Popowitsch, der Vertreter Montenegros, gerade jetzt in London weilt, ist aufgefallen und wird mit Plänen in Zusammenhang gebracht, die mehr angedeutet als ausgeführt werden. So gehen unter der verhältnismäßig glatten Oberfläche der europäischen Politik allerlei Strömungen, die auf künftige Verwicklungen hindeuten und die entschiedene Tendenz zeigen, im Osten aufeinanderzuplatzen. Aber wir meinen, das liegt noch fern, und wenn, wie Graf Goluchowski noch neulich versicherte, Mazedonien ruhig bleibt, oder vielmehr wirklich pazifiziert wird, hat es bis auf weiteres keine Not. Der Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen Griechenland und Rumänien bedeutet für beide Teile eine Unbequemlichkeit, keine Gefahr, wobei denn die Unbequemlichkeit für Griechenland gewiß die größere ist. Und das wäre nur billig, da der ganze Streit von Griechenland provoziert wurde. Von rumänischer Seite hat keinerlei Aggression und kein Eingriff in griechische Rechte stattgefunden, wohl aber haben die griechischen Banden in nicht zu rechtfertigender Weise die mazedonischen Rumänen überfallen und fortgesetzt bedrängt, ohne daß die griechische Regierung, wie sie sehr wohl gekonnt hätte, das mindeste tat, um dem Treiben entgegenzutreten. Daß aber die rumänische Regierung es schließlich nicht mehr mit ihrer Würde für vereinbar hält, die Bedränger ihrer Volksgenossen um sich zu sehen, kann ihr nur zur Ehre gereichen. Alle diese Fragen hätten in früheren Jahren die russische Presse leidenschaftlich erregt, heute finden sie kaum Beachtung. Man sieht und hört dort nur sich selbst und lebt von Tag zu Tag in Erwartung einer Katastrophe, die jedermann fürchtet und auf die schließlich alle einmütig hinarbeiten.

In der Behandlung der Duma zeigt die Regierung wenig Glück und noch weniger Geschick. Auch wo das gute Recht auf ihrer Seite ist, verstößt sie in der Form. So geschah es vor wenig Tagen, als der Kriegsminister durch seinen Vertreter der Duma ankündigte, daß in betreff der Tätigkeit der Kriegsgerichte alles beim alten bleiben werde. Diese Erklärung war unnötig, da schon vorher die offizielle

Ankündigung der Regierung der Duma zugegangen war, daß nach Ablauf der durch die Verfassungsurkunde bestimmten Frist der Duma ein Gesetzesantrag vorgelegt werden solle. Pawlows Sendung machte den Eindruck einer Provokation und rief dann entsprechende Demonstrationen hervor, die unbeantwortet bleiben mußten. In der Agrarfrage ist man um keinen Schritt weiter gekommen, die Gegensätze stehen einander ebenso unversöhnlich gegenüber, wie vor drei Wochen. Überhaupt ist zwischen Regierung und Duma keinerlei Fühlung, man beobachtet sich gegenseitig, um jeden Mißgriff des anderen Teiles auszunutzen. So will die Regierung 14 Abgeordnete in Anklagezustand versetzen, weil sie die Bevölkerung durch Proklamationen zum Aufruhr aufgerufen haben — aber bisher ist ein endgültiger Beschluß noch nicht gefaßt worden. Dazu kommen dann Gerüchte, welche aufregend und aufreizend wirken. Einerseits diskutiert man in den Couloirs der Duma die Frage, ob und wann die Regierung die Volksvertretung auseinanderjagen werde, andererseits geht durch das ganze Reich das Gerücht von einem bevorstehenden bewaffneten Aufstande, dem ein Generalstreik vorausgehen solle. Sogar die Tage werden genannt: der Generalstreik am 10. 23. Juni, der Aufstand am 3. 16. Juli. Im Moskauschen und Tschernigowschen fliehen die Gutsbesitzer in Erwartung einer Agrarrevolution in die Städte, ebenso im Tambowschen, aber auch aus der Stadt Moskau hat ein Exodus der Besitzenden begonnen. Mit besonderer Unruhe verfolgt man die Nachrichten von der Unbotmäßigkeit einzelner Truppenteile: in Kursk, Kronstadt, Odessa: auch die Haltung der Kosaken wird an einzelnen Orten für nicht zuverlässig gehalten, während sie meist von der Presse wegen ihres rücksichtslosen und brutalen Eingreifens auf das heftigste angegriffen werden.

Am 12. Juni erhielt die „Russkoje Slowo" von ihrem Pariser Korrespondenten die Nachricht, daß der in Paris bestehende russische reaktionäre Klub das folgende Telegramm erhalten habe: „Voller Sieg. Alles Schwanken in Peterhof hat aufgehört. Goremykin hat carte blanche erhalten." Natürlich entzieht sich die Zuverlässigkeit dieser Nachricht jeder Kontrolle. Dagegen hat die Duma bereits die Kommission gewählt, welche die Aufgabe hat, das Material zu sammeln, auf Grund dessen diejenigen Regierungsbeamten in Anklagestand versetzt werden sollen, die in der Repression der „Freiheits-

bewegung" zu weit gegangen sind. Das könnte sich mit der Zeit zu einem Revolutionstribunal auswachsen, ganz wie die Delegierten, welche jetzt zu besonderen Gelegenheiten in das Innere des Reichs geschickt werden, allmählich zu einer Art Konventskommissaren heranreifen könnten. Denn das Streben, alle Macht in der Duma zu konzentrieren und sie zu einer Konstituante zu machen, ist ohne Zweifel vorhanden.

Wie jedes Parlament soll auch die Duma Ferien erhalten, aber es ist fraglich geworden, ob die Duma Gebrauch von ihnen machen wird. Gleich anfangs hieß es, daß die Kommissionen unter allen Umständen weiter arbeiten würden, und zwar, um ungestört zu sein, in Finnland. Jetzt aber scheint die Parole ausgegeben, überhaupt nicht auseinander zu gehen. Da dies der Gedanke der sogenannten Arbeitspartei (also der eigentlich revolutionären, wie Anikin, Aladin, Shilkin) ist, liegt der Verdacht nahe, daß man auf diesem Wege irgend eine Zwangsmaßregel der Regierung zu veranlassen hofft, um dann den Anlaß zu haben, das Volk zum Schutz der Duma aufzurufen. Hat doch Herr Anikin — oder Aladin, wir erinnern uns nicht recht, welcher von beiden — sehr nachdrücklich auf die Notwendigkeit hingewiesen, an das Volk zu appellieren. Aber schwerlich wird die Regierung den Herren von der Duma den Gefallen tun, sie auseinander zu jagen. Wenn die Herren ohne Diäten — denn diese würden natürlich wegfallen — in den heißesten Monaten in Petersburg sitzen bleiben wollen, wird man sie daran nicht hindern, und gewiß werden sie dann von selbst nach Hause gehen. Übrigens liegen ja allerlei Einladungen für die Duma vor, der französische Sozialist Sembat hat angetragen, alle russischen Kollegen nach Paris zu laden — wahrscheinlich würde die russische Regierung es wie eine Erlösung, die französische als eine Last empfinden, wenn die Herren der Einladung folgten. Auch zum interparlamentarischen Kongreß ist die Duma eingeladen, und dieser Einladung werden einzelne der Herren gewiß Folge leisten.

Inzwischen ist aber ein Ereignis eingetreten, welches eine andere Frage in den Vordergrund gedrängt hat: die Judenfrage. Wir schicken voraus, daß am 13. Juni das Gesetz erlassen ist, welches den Juden gestattet, überall im Reiche ihren Wohnsitz frei zu wählen und in den Staatsdienst zu treten. Die volle staatsbürgerliche Gleich-

heit, wie sie bereits die Verfassung vom 30. Oktober ankündigte, ist damit also tatsächlich durchgeführt. Aber das ist nicht das Ziel der Männer, welche die jüdische Bewegung in Rußland leiten, die Sozialrevolutionäre des Bundes verfolgen weitere Zwecke und sind durch solche Zugeständnisse nicht zu befriedigen; sie wirken überall mit den Mitteln des Anarchismus, Revolver und Bombe. Sie haben, was nicht oft genug wiederholt werden kann, der russischen Revolution überall die Führer gestellt und dadurch bei den einen großes Ansehen erworben, bei den anderen glühenden Haß erregt. Das letztere gilt von der bäuerlichen und zum Teil auch von der städtischen Bevölkerung der sogen. westlichen, südwestlichen und südlichen Gebiete Rußlands, und die furchtbaren Explosionen dieses Hasses in Kiew, Berditschew, Gomel sind wohl noch in aller Erinnerung. Hat ja doch die ganze Welt für die Opfer der „Pogroms", das ist der technische Ausdruck für diese Schlächtereien geworden, gesammelt. Aber gewiß sind die Judenmassakres an keiner Stelle unverschuldet erfolgt. Es war immer eine Nemesis, und so scheint es auch in der Bjalystoker Affäre zu liegen. Bjalystok, dessen Bevölkerung zu drei Viertel aus Juden besteht, ist eines der Zentren der jüdisch-revolutionären Bewegung, wie schon die Tatsache andeutet, daß im Januar dieses Jahres aus der Kommerzschule 18 Schüler ausgeschlossen wurden, weil sie Mitglieder des „Bund" waren. Wir haben uns die Mühe gegeben, aus der Tatsachenchronik, die regelmäßig in der Wochenschrift „Prawo" veröffentlicht wird, die Attentate auszuziehen, die in Bjalystok seit dem Januar 1906 bis jetzt, teils versucht, teils ausgeführt worden sind. Es sind nicht weniger als 31 Fälle, wobei in 10 Fällen Bomben zur Anwendung kamen, und im Februar eine Bombenwerkstatt entdeckt wurde. Das letzte dieser Attentate traf am 10. Juni den Polizeimeister Terkatschow, tötete ihn und verwundete seinen Kutscher. Dann folgten die Prozessionen und Bombenwürfe, der Angriff der Menge auf die jüdischen Häuser und Läden, das Einschreiten der Truppen und schließlich, wie es scheint, eine Verwirrung, in der Freund und Feind — denn so stand man sich gegenüber, — nicht mehr zu unterscheiden waren. Wie immer, ist das Pöbel bestialisch, die Judenschaft fanatisch gewesen. Es ist charakteristisch, daß, als die Häuser in Brand gerieten, infolge großer Pulvervorräte, die sie bargen, Explosionen stattfanden. Wie weit das Militär seine Pflicht getan

hat, läßt sich noch nicht erkennen. Daß eine Absicht der örtlichen Obrigkeit vorgelegen habe, die Schlächterei zu provozieren, wie seinerzeit in Kischenew geschah, ist diesmal schwerlich anzunehmen. Das entspricht nicht der politischen Lage des Augenblicks. Als charakteristisches Moment ist noch zu beachten, daß große Massen von Bauern zur Stadt drängten und daß das Militär sie zurücktreiben mußte. Gewiß sind auch dieses Mal viele Unschuldige betroffen worden. Die älteren Juden sollen sich von der Teilnahme an den Attentaten und von dem revolutionären Treiben fernhalten, aber die ganze junge Judenschaft ist infiziert, und die Buben zwischen 15 und 20 Jahren sind die schlimmsten.

Als wir vor acht Tagen auf das Steigen der antisemitischen Strömungen hinwiesen, glaubten wir nicht, daß so bald neue Explosionen stattfinden würden. Jetzt gehen sie trotz aller Gegenmaßregeln weiter und es ist schwer zu sagen, welches der Ausgang sein wird.

Auch in den baltischen Provinzen hat sich die Lage wieder erheblich verschlechtert. Raubüberfälle, Brandstiftungen und Morde werden fast täglich gemeldet. Es ist eine Schmach, daß ein in deutscher Sprache erscheinendes Blatt, wie der „Vorwärts", es noch immer wagt, für diese Mörder und Räuber einzutreten, als wären sie seine Genossen.

21. Juni. Rede des Unterstaatssekretärs a. D. Fürsten Urussow in der Duma.
22. Juni. Krönung des Königs und der Königin von Norwegen in Trontheim. Mißtrauensvotum der Duma gegen das Ministerium Goremykin.
23. Juni. Ratifikation des deutsch-schwedischen Handelsvertrages. General Rennenkampf wird Kommandeur des 3. sibirischen Armeekorps.
26. Juni. Raubanfall auf die Moskauer Bank.

---

24. Juni 1906.

Zwei Reden, die wir nicht anstehen, als politische Ereignisse zu bezeichnen, haben in der letzten Woche ein weltweites Aufsehen erregt. Die eine wurde in der Kammer des französischen Parlaments, die andere in der russischen Duma gehalten. In Paris war Clemenceau der Redner. Er riß erbarmungslos den Luftbau nieder, den Jaurès mit so vollem Pathos für den Zukunftsstaat entworfen hatte, den die französischen Sozialdemokraten in den glücklichen Tagen ihrer bevorstehenden Alleinherrschaft errichten würden. Jaurès hatte gesprochen, wie Bebel es zu tun pflegt: ohne jede Rücksicht auf das Wirkliche und Mögliche, aus seinem Wolkenkuckucksheim heraus — phantastisch, vielleicht subjektiv gläubig, in prächtigen, klingenden Phrasen, an denen diejenigen sich berauschen sollten, die seit Jahrzehnten dazu erzogen werden, ihrem Verstande und ihrem Gewissen Ruhe zu gebieten, wenn Gefühl, Phantasie und Begehrlichkeit gereizt werden. Das alles hat nun Clemenceau mit scharfer Logik und schneidender Ironie zunichte gemacht, so daß nichts, absolut gar nichts von den Phantomen des französischen Bebel übrig blieb, und Jaurès sich kleinlaut zu der Zusage bequemen mußte, daß er in Zukunft sich der Mitarbeit zur Ausführung des sozialen Programms der Radikalen nicht entziehen werde. Dieses Clemenceausche Programm aber erstrebt Ideale, die zum großen Teil im Deutschen Reich längst Wirklichkeit geworden sind — abgesehen von gewissen Utopien, wie dem Achtstundentag, die auch er einer fernen Zukunft zur Ausführung überläßt. Es wäre mutiger gewesen, wenn er auch hier sein veto entgegengesetzt hätte. Aber vielleicht war es, im Hinblick auf die Zusammensetzung der Kammer, taktisch klug, in dieser Frage

den Utopien den Schein eines Zugeständnisses zu machen. Die französische Kammer hat beschlossen, die Rede Clemenceaus zu affichieren. Es könnte nur nützlich sein, sie auch bei uns zu verbreiten, da die sozialdemokratischen Blätter gewiß alles daran setzen werden, sie ihren Lesern zu entstellen oder zu verbergen.

Der Redner in der Petersburger Duma war Fürst Urussow. Vorausgegangen war ihm als Redner der Minister des Innern Stolypin, der in Beantwortung einer Interpellation das ungeheuerliche Zugeständnis machen mußte, daß ein Beamter des Polizeidepartements Proklamationen verbreitet habe, die eine Gruppe der Bevölkerung gegen eine andere aufreizten. Es sei zwar nicht wahr, daß das Polizeidepartement eine geheime Typographie unterhalte, wohl aber hätten einige Glieder des Gendarmeriekorps auf eigene Hand Politik getrieben, was aber nicht mehr vorkommen werde. Das alles sei indessen vor Zusammentritt der Reichsduma geschehen. Die Regierung sei aber genötigt, unter den gegenwärtigen Verhältnissen mit den geltenden Gesetzen zu arbeiten, selbst wenn sie nach dem Urteil der Duma zu streng seien, solange es nicht neue Gesetze gebe.

Und nun kam der frühere Gehilfe des Ministers des Innern, Fürst Urussow, jetzt Deputierter in Kaluga. Die Frage der geheimen Typographie habe für ihn die Bedeutung eines beunruhigenden Symptoms. Offenbar seien Regierungsorgane in der Tat an den blutigen Ausschreitungen (Pogrom) beteiligt. Zweifele er auch nicht daran, daß keiner der Beamten des Ministers Stolypin es wagen könne, an der Organisation solcher Ausschreitungen sich zu beteiligen, so glaube er doch, daß die Organisation des Ministeriums des Innern so fehlerhaft sei, daß die Minister das Übel nicht bekämpfen könnten. Der Verlauf der „Pogroms" lasse nicht daran zweifeln, daß sie durch eine große organisierte Agitation hervorgerufen wurden. Er freue sich, etwas Licht darauf werfen zu können.

„Im Januar vorigen Jahres — so fuhr er wörtlich fort — gingen einem Manne, der eine hohe Stellung im Ministerium des Innern einnahm, und von dem man wußte, daß er Gegner der Ausschreitungstendenzen war (ich rede nicht von mir) zahlreiche Proklamationen zu: aus Bjelostok, Wilna, Kiew, Alexandrowsk und anderen südrussischen Städten. Diese Proklamationen forderten unzweideutig zu „Pogroms" auf. Der betreffende Beamte ergriff energische Gegenmaßregeln, und die Ausschreitungen fanden nicht statt. Dabei trat jedoch das interessante Bild der Tätigkeit zutage, welche die Werkmeister

der Pogroms entwickeln. Es zeigte sich, daß die Kampforganisation einer der patriotischen Gesellschaften, die im engsten Zusammenhange mit einer Petersburger Zeitung steht, schon lange für einen aktiven Kampf mit der Revolution agitiert. Patriotisch in dem Sinne, wie wir ihn jüngst an dieser Stelle proklamieren hörten, sehen diese Leute den Kern alles Übels und aller Erschütterungen in den Nichtrussen, und deshalb rufen sie die Gesellschaft auf, selbst mit den Juden, Armeniern und den anderen Nationalitäten ins Gericht zu gehen. Aufrufe solchen Inhalts gehen in Hunderttausenden von Exemplaren durch ganz Rußland. Die Glieder der Organisation vertreiben sie. Am betreffenden Ort finden sie Bundesgenossen, meist Tschinowniks, mitunter solche, die in der Polizei dienen. Diese Bundesgenossen erhalten Ballen von Proklamationen und vertreiben sie mit entsprechenden Auslegungen unter der Bevölkerung. Das führt dann zu sonderbaren Resultaten. Stellen Sie sich zum Beispiel vor, daß der Pristaw (Aufseher) des 1. Quartals das Vertrauen der Verbündeten besitzt, der des 2. Quartals aber aus irgendwelchem Grunde nicht. Der erste weiß von der Existenz des Aufrufes, hält es aber nicht für notwendig, seinen Vorgesetzten darüber zu berichten. Es finden sich irgendwoher bedeutende Geldsummen bei ihm ein, allerlei dunkele Ehrenmänner suchen ihn auf. Der Gouverneur sucht natürlich stets beruhigend zu wirken, denn selbstverständlich kommen aus dem Ministerium Zirkulare, welche die allerenergischsten Maßnahmen vorschreiben. Aber ein merkwürdiges Spiel des Schicksals führt dahin, daß lange nicht alle Polizeibeamten es für nötig halten, solchen Zirkularen zu gehorchen. Ich war selbst Zeuge, wie Polizeibeamte von diesen Zirkularen sprachen, die hätten wenig zu bedeuten und seien „anstandshalber" erlassen. Sie wagten die Behauptung, daß ihnen die Absichten der Regierung besser bekannt seien, als den Verfassern jener Zirkulare. Das gab folgendes entsetzliche Resultat: Organe der Lokalverwaltung, die über den Kopf ihrer direkten Vorgesetzten hinweg geheimnisvollen Stimmen gehorchten, die irgendwoher aus der Ferne kamen und keinerlei Verantwortlichkeit trugen. Eine völlige Desorganisation der Staatsmacht war die Folge. Sie erinnern sich, daß an der Fontanka, an der einsamen Ecke der Gendarmerieabteilung eine Druckerpresse gefunden wurde, bei welcher man einen Gendarmerieoffizier aufgestellt hatte. Auf dieser Presse wurden die erwähnten Proklamationen gedruckt. Die Tätigkeit dieser Presse war eine so geheim konspirative, daß im Polizeidepartement nur diejenigen davon wußten, die sie zu beaufsichtigen hatten. Ich werde Ihnen schreckliche Einzelheiten erzählen. Als die Person, welche die Presse entdeckte, den Tschinownik fragte, ob durch diese Proklamationen die Pogroms herbeigeführt würden, antwortete er: Wir können beliebige Pogroms veranstalten, je nachdem, so, daß es 10, und so, daß es 10000 Köpfe trifft! Mir ist bekannt, daß solch ein Pogrom für 10000 am 3. Februar in Kiew stattfinden sollte; es hat große Mühe gekostet, ihn abzuwenden. Sie wissen, daß, als der Ministerpräsident von der Existenz dieser Typographie erfuhr, er von einem schweren Anfalle nervösen Asthmas betroffen wurde. Das allein hat ihn verhindert, alle Umstände dieser dunklen Angelegenheit aufzuklären. Drei Stunden nach der Ent

deckung war das Zimmer der Typographie völlig leer, alles Zubehör für den Druck war verschwunden, so daß die Hauptteilnehmer nicht entdeckt wurden. Ich glaube, daß es weder dem Minister noch uns jemals gelingen wird, zu erfahren, wer diese Leute waren, die den Werkzeugen ihres Willens Straflosigkeit, Belohnungen und Beförderungen sicherten. — Ich komme zum Schluß. Wir haben keinerlei Bürgschaft dafür, daß diese verbrecherische halboffizielle Organisation ihre Tätigkeit nicht erneuert, denn diese Organisation steht außerhalb der Sphäre des Ministeriums des Innern. Meine Worte richten sich keineswegs gegen den Minister. Sie sagen nur, daß seinen Erklärungen das sichere Fundament fehlt. Ja ich sage mehr: kein Ministerium — und wenn es aus der Duma hervorginge — wird imstande sein, in Rußland die Ordnung zu sichern, so lange die finsteren Kräfte, die hinter der unfaßbaren Organisation stehen, mit ihren rohen Händen in den empfindlichen Zweig des Staatsorganismus eingreifen, und Visiektionen an lebendigen Menschen vornehmen. . . . Wir stehen — so schloß Urussow — vor einer großen Gefahr. Und diese Gefahr wird nicht schwinden, solange die Verwaltung von Leuten beeinflußt wird, die ihrer Erziehung nach Wachtmeister und Stadtpolizisten, ihrer Überzeugung nach aber Veranstalter von Pogroms sind."

Diese Rede rief einen drei Minuten andauernden Beifallssturm hervor, und gewiß mit Recht, denn aus ihr sprach eine ehrliche, auf Kenntnis der Tatsachen gegründete Entrüstung. Es kann von jetzt ab als Tatsache gelten, daß dem Anarchismus von links in Rußland ein Anarchismus von rechts entspricht, der nicht minder gefährlich ist. Auf der einen Seite Bomben und Brownings, Mord und Raub, auf der anderen die Knüttel des Pöbels und die Plünderung der Opfer. Auf beiden Seiten eine Selbstüberhebung und Selbstgerechtigkeit, wie sie nur in einem Staate zur epidemischen Krankheit werden konnte, der durch Mißbrauch seiner Macht und Vernachlässigung seiner Pflichten sich selbst den Boden unter den Füßen untergraben hat. Aber, so fragen wir, ist dieses Beamtentum nicht der bestgebildete Teil der russischen Nation, die Blüte seines Adels, und läßt man ihm nicht nach wie vor die Freiheit, zu zerstören und zu korrumpieren? Und sind die Männer, deren Stimmen wir in der Duma hören, nicht Brüder und Vetter derjenigen, welche die Pogroms organisieren und ausführen? Wer mag diesem Material gegenüber an eine endliche gedeihliche Entwicklung glauben? Wir wissen mit absoluter Sicherheit, daß die Bauern- und Anarchistenrevolution in den baltischen Provinzen erst unter der Hand gefördert, dann schadenfroh beobachtet worden ist, und daß erst Hilfe geleistet wurde, als die republikanische Tendenz der Bewegung allzu frech an den Tag trat. „Ihr Narren — so haben

die Führer einer der Strafexpeditionen den zur Exekution geführten Bauern zugerufen —, hättet ihr euch begnügt, die Deutschen zu erschlagen und die Zarenbilder in Ruhe gelassen, euch wäre nichts geschehen!"

Auch heute noch liegen die Verhältnisse in den Ostseeprovinzen so, daß, wenn man den deutschen Grundbesitzern und Städtern gestattete, sich selbst zu helfen, und die terrorisierte Bauerschaft zu bewaffnen und um sich zu scharen, der gesamte Aufstand in vier Wochen sein Ende finden würde. Aber die Regierung lähmt durch ihre gewissenlosen Organe, statt zu helfen, und so geht das Unheil weiter! Es ist nicht besser, sondern schlechter geworden, und nach den Enthüllungen des Fürsten Urussow wird man im Gegensatz zu den Ausführungen, die wir vor acht Tagen brachten, kaum daran zweifeln können, daß auch in Bjalystok beide finsteren Kräfte, die der Pseudopatrioten und die der Männer des Bund, in doppelter Offensive aufeinandergestoßen sind. In der Tat, es ist an der Zeit, daß endlich ein Mann von Charakter und Autorität Rußland in die Bahnen gesetzlicher Ordnung, zu den einfachsten Sicherheiten des bürgerlichen Lebens zurückführt. Was jetzt dort geschieht, ist ein Spott auf jede Zivilisation, und das gilt von den Regierungsorganen ebenso wie von den Wortheiden der Duma und den Patrioten der Bombe oder des Knüttels. Aber vielleicht ist Fürst Urussow der Mann der Zukunft. Man möchte es hoffen, denn diejenigen, die heute am Ruder stehen, werden Rußland nicht retten.

Es ist uns in diesen Tagen, da eben erst die Bürgermeister deutscher Städte und jetzt die Vertreter unserer Presse auf englischem Boden eine so überaus herzliche Gastfreundschaft gefunden haben, von ganz besonderem Interesse gewesen, die Biographie von Lord Granville (1815—1891) aus der Feder des jetzigen Unterstaatssekretärs im englischen Auswärtigen Amt, Lord Fitz-Maurice zu lesen. Uns war das Buch zuerst aus einem Artikel im Juniheft der „National Review" bekannt geworden, die in ihrer Weise die Geschichte nach dem Haß zu konstruieren der in ihr selber lebt, ein antideutsches Pamphlet aus der vortrefflichen biographischen Studie gemacht hatte; um so angenehmer sind wir enttäuscht worden. Lord Fitz-Maurice hat mit vollen Händen aus dem Königlichen Privatarchiv und den reichen Archiven der englischen Staatsmänner schöpfen

können und so die Möglichkeit gehabt, ein überaus farbenreiches, instruktives Bild einer Zeit zu entwerfen, die noch mit hundert Fäden in Zusammenhang mit der Gegenwart gehalten wird. Und gewiß verfolgte er kein anderes Ziel als die Wahrheit. Natürlich kann an dieser Stelle keine eingehende Würdigung des Buches gegeben werden, wir müßten die große Politik von den Tagen der Königin Viktoria bis zum Tode Lord Granvilles verfolgen, und wollen uns daher damit begnügen, eine Seite dieser Politik, die deutsch-englischen Beziehungen in den zwölf Jahren nach dem französischen Kriege, zu verfolgen.

Lord Fitz-Maurice spricht einmal (zum Jahre 1862) davon, daß das englische Parlament und ein einflußreicher Teil des Londoner Publikums infolge einer unbesiegbaren Unwissenheit in deutschen Dingen die gefährliche Neigung hatte, Deutschland und speziell Preußen gering zu schätzen. Man glaubte nicht an die Möglichkeit einer deutschen Zukunft (the stiff unbelief of the English in the future of Germany), und erst nach 1866 begann diese Auffassung sehr langsam zu schwinden. Aber es muß doch ausdrücklich hervorgehoben werden, daß in der Krisis des dänischen Krieges Königin Viktoria tapfer für uns eingetreten ist, und das sollte ihr unvergessen bleiben. Im Jahre 1870 wandte sich, wie auch Lord Fitz-Maurice bestätigt, die Sympathie Englands uns zu, als die belgischen Pläne Napoleons bekannt wurden, und da Belgien nun einmal der wunde Punkt Englands auf dem Kontinent ist, mag dies dazu beigetragen haben, daß Bismarck einen Vorschlag ablehnte, den Thiers ihm durch eine dritte Person machen ließ. Im Dezember 1870 war Thiers bereit, Frieden zu schließen und Elsaß-Lothringen abzutreten, wenn Belgien mit Frankreich vereinigt und König Leopold König des so erweiterten französischen Reiches werde! Daß Bismarck, trotz der Bereitwilligkeit König Leopolds, auf das Projekt einzugehen, den Plan ablehnte, geschah ohne Zweifel aus Rücksicht auf England. Nach Beendigung des Krieges aber trat seine Absicht, eine engere Verständigung mit Großbritannien zu finden, immer deutlicher hervor. „Er wünschte — schreibt Lord Fitz-Maurice — über alles, das Wohlwollen und wenn möglich, die Allianz Großbritanniens zu gewinnen, und hatte das schon in Versailles Mr. Odo Russel gesagt. „Die Bemühungen des Fürsten Bismarck, eine derartige Vereinbarung zu treffen, die Befürchtung

der einander folgenden englischen Minister des Auswärtigen, dadurch zu einer Garantie der Annexionen des neuen Deutschland genötigt zu werden, und deshalb ihre Abneigung, eine definitive Zusage zu geben, wie Fürst Bismarck wünschte, das ist der Schlüssel zu vielem in der diplomatischen Geschichte der nächsten zwölf Jahre." Namentlich 1873 war Bismarck bemüht, Lord Odo Russel davon zu überzeugen, daß der Dreikaiserbund keineswegs unvereinbar sei mit einer deutsch-englischen Verständigung, aber man befürchtete damals kriegerische Absichten Bismarcks und glaubte auch in England an den blinden Lärm, den das Jahr 1875 brachte, so daß vorläufig wenig Aussicht vorhanden schien, das erstrebte Ziel zu erreichen. Aber 1880, als nach Abschluß des österreichischen Bündnisses Bismarck auf dem Gipfel seiner Machtstellung stand, nahm er den Gedanken wieder auf. Lord Granville war damals Minister des Auswärtigen im Kabinett Gladstone: er fürchtete, daß Bismarck aus Abneigung gegen die Liberalen sich wieder enger an Rußland schließen könnte, wurde aber durch Lord Odo Russel, den Botschafter in Berlin, angenehm enttäuscht. „Ich denke (schrieb er), Sie werden Fürst Bismarck so finden, wie Sie es wünschen, bemüht um möglichst freundschaftliche Beziehungen zu England, und bereit, wenn man ihn darum angeht, im Einverständnis mit der Regierung Ihrer Majestät zu handeln."

„Seit ich in Berlin bin (d. h. seit 1869) — so schreibt Russel einige Wochen später — hat Fürst Bismarck stets den ernsten Wunsch nach einer Allianz mit England gezeigt, aber seine Anläufe, herzliche und intime Beziehungen mit Ihrer Majestät Regierung anzuknüpfen, und seine wiederholten Anerbietungen zu einer Kooperation wurden niemals in gleichem Sinne beantwortet. Ich persönlich habe es bedauert, weil ich glaubte, daß wir wirklichen und bleibenden Nutzen von einer engen Verständigung mit Deutschland gezogen hätten. Doch das mag sein wie ihm wolle, für mich lag die Schwierigkeit, freundliche Beziehungen zum neuen Reiche anzuknüpfen, in dem Mißtrauen, das in England gegen Bismarck herrschte, und in seiner tiefen Enttäuschung darüber, daß alle seine Versuche, eine Allianz mit England zu schließen, gescheitert waren. Er wollte nicht verstehen, weshalb England nicht in ebenso guten Beziehungen zu Deutschland wie zu Frankreich stehen könne. Einen letzten Versuch, seine Wünsche zu verwirklichen, machte er, als er glaubte, daß unsere indischen Schwierigkeiten uns in einen ernsten Konflikt mit Rußland bringen könnten. Er ergriff die Initiative, schloß sein Bündnis mit Österreich und isolierte Rußland. Wir „freuten uns der guten Zeitung". Erst da gab Bismarck alle Hoffnung auf und wandte sich Frankreich zu. . . . Bismarcks hartnäckiges Suchen nach einer englischen Allianz gründet sich auf die Über

zeugung, daß England infolge seines großen moralischen Einflusses die Macht ist, die am besten den Frieden in Europa aufrechterhalten kann; und seit er das Deutsche Reich geschaffen hat, will er Frieden, um sein Werk zu konsolidieren und zu stärken, und Deutschlands materielles Gedeihen zu fördern. . . ."

Bismarck hat denn auch weiterhin, trotz jener Enttäuschungen, den Gedanken einer englischen entente nicht aufgegeben und namentlich 1882, als die Schlacht bei Tel-el-Kebir zur Besetzung Ägyptens durch die Engländer führte, in jeder Weise die englische Politik gefördert, und das schien diesmal nicht ohne Wirkung zu bleiben. Lord Fitz-Maurice teilt einen Brief Bismarcks an eine hochgestellte Persönlichkeit (highly placed personnage) mit, der am 12. September 1882 Lord Granville in Abschrift zugestellt wurde. Da unseres Wissens dieser Brief bisher unbekannt war, lassen wir ihn in wortgetreuer Übersetzung folgen:

„Ich höre mit Vergnügen, daß die Politik, die wir seit Anfang der englischen Intervention verfolgt haben, auch in den politischen Kreisen Englands gewürdigt zu werden beginnt. Da direkte deutsche Interessen bei der künftigen Regelung ägyptischer Angelegenheiten nicht mitspielen und da es sicher ist, daß Frankreich, und wahrscheinlich, daß Rußland, wenn die Gelegenheit sich bietet, unsere Gegner werden, habe ich — ganz unabhängig von der mitunter entsetzlichen Politik späterer englischer Kabinette — dem Kaiser gegenüber die Notwendigkeit vertreten, mit der britischen Nation und der öffentlichen Meinung Englands jeden Konflikt zu vermeiden, der das englische Nationalgefühl gegen uns erregen könnte, solange nicht höhere deutsche Interessen uns dazu nötigen. Angenommen, daß der Ehrgeiz eine englische Regierung dahin treiben sollte, in Ägypten die Grenzen zu überschreiten, die nach meiner Ansicht eine vernünftige englische Politik einhalten sollte, so dürfen wir daraus doch keinen Streitfall mit England machen, auch nicht aus Freundschaft für andere Mächte. Deshalb hat Deutschland auf der Konferenz auch nicht die antienglischen „Schachzüge" anderer Mächte mitgemacht und alle Opposition den mehr direkt interessierten Mächten überlassen. Wir können positive Unterstützung englischen Wünschen nur innerhalb sehr enger Grenzen geben, wenn wir nicht Rußland gegenüber eine feindseligere Haltung einnehmen wollen als nötig ist, und nicht nur in Frankreich, sondern auch bei der großen Majorität der Engländer den unbegründeten Verdacht erregen wollen, daß unsere Politik darauf ausgeht, die beiden großen Westmächte zu entzweien und in einen Krieg miteinander hineinzumanövrieren, den beide fürchten und dessen Kosten sie scheuen. Ich bin in meinen Bestrebungen, unserer Politik eine England freundliche Richtung zu geben, beim Kaiser auf keine Schwierigkeit gestoßen, aber ich bin bei jedem folgenden Schritt in Wien auf Opposition und Widerspruch gestoßen, teils wegen Mr. Gladstones früherer unbegründeten Drohungen gegen Österreich, teils wegen der österreichischen Turkophilie, und zwar nicht nur auf politischem,

sondern auch auf spekulativem und finanziellem Gebiet im Hinblick auf geplante Eisenbahnunternehmungen, zum Teil auch, weil man in Wien nicht gewohnt ist, die Zukunft politischer Fragen weiter als eine Woche zu überschauen. Ich bin noch nicht genau über die Gründe des heftigen Antagonismus unserer Presse gegen England orientiert. Wenn es nicht die alte deutsche Neigung ist, immer „Fehler zu entdecken" und „besser zu wissen", möchte ich annehmen, daß es zum Teil Finanzsorgen großer Bankiers sind, die in Beziehung zu großen Zeitungen stehen, zum Teil die großen Summen, die Frankreich, und die noch größeren, die Rußland aufwendet, um die deutsche Presse zu schmieren. Die größte Schwierigkeit aber, auf die wir stoßen, wenn wir versuchen, unseren Sympathien für und unseren Beziehungen zu England einen praktischen Ausdruck zu geben, ist die absolute Unmöglichkeit konfidentiellen Verkehrs wegen der Indiskretion der englischen Staatsmänner bei ihren Mitteilungen an das Parlament, und das Fehlen der Sicherheit von Allianzen, für welche nicht die Krone, sondern nur das flüchtige Kabinett des Tages verantwortlich ist. Es ist daher schwierig, eine zuverlässige Verständigung mit England anders als öffentlich und im Angesicht ganz Europas zu erreichen. Solche öffentliche Verhandlungen werden von Anbeginn an, auch wenn sie nicht zum Ziele führen, für den größten Teil unserer europäischen Beziehungen verderblich sein; aber alle diese Schwierigkeiten sollen uns nicht hindern, jedes Entgegenkommen, das uns gezeigt wird, herzlich anzunehmen oder unsere und Österreichs Freundschaft mit England zu fördern."

Daß trotzdem keine Verständigung erfolgte, hat, wie Fitz-Maurice mitteilt, an Gladstone gelegen.

Wir meinen, daß damit die Legende von der Feindschaft Bismarcks gegen England beseitigt sein dürfte.

29. Juni. Degradierung des 1. Bataillons des Preobrashenskier Regiments.
2. Juli. Die Duma beschließt Abschaffung der Todesstrafe.
5. Juli. Demission des spanischen Ministeriums Moret.
6. Juli. Die Otavibahn erreicht die Station Otavi.
8. Juli. Besuch Kaiser Wilhelms in Drontheim.
9. Juli. Bryan nimmt die Kandidatur zur nächsten Präsidentschaftswahl an.
10. Juli. Freisprechung des Admirals Rofhestwenski.
12. Juli. Endgültige Freisprechung von Dreifus.
18. Juli. Skrydlow an Stelle des ermordeten Generals Tschukin zum Oberbefehlshaber der Flotte des schwarzen Meeres ernannt.
22. Juli. Auflösung der Duma. Tod des japanischen Generalstabschefs Kodama.
23. Juli. Revolutionäres Manifest der Dumaabgeordneten aus Wibury. Campbell-Bannermanns Rede auf die Duma.
28. Juli. Überfall eines Eisenbahnzuges bei Czenstochau. Ermordung zweier Generale.
29. Juli. Meuterei eines Regiments in Poltawa.
31. Juli. Meuterei in Sveaborg.
1. August. Ermordung des Duma-Abgeordneten Herzenstein.
2. August. Meuterei in Kronstadt.
3. August. Meuterei der Mannschaft des Kreuzers Pamjat Asowa.
4. August. Ermordung des Gouverneurs von Samara.
6. August. Generalstreik in Moskau. Kämpfe zwischen Tataren und russischen Truppen im Kaukasus.
8. August. Der panamerikanische Kongreß in Rio de Janeiro empfiehlt Beschickung des Friedenskongresses im Haag.
9. August. Scheitern des Moskauer Generalstreiks.
11. August. Vereiteltes Attentat auf General Kaulbars in Odessa. Einberufung eines persischen Parlaments.
15. August. Zusammenkunft zwischen Kaiser Wilhelm und König Eduard in Kronberg.
16. August. Straßenkämpfe in Warschau.
17. August. Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen England und Serbien. Erdbeben in Valparaiso.
23. August. Revolution in Kuba. Verhaftung des Generals Gomez.
25. August. Meuterei in Odessa. Attentat auf den Ministerpräsidenten Stolypin.
27. August. Ermordung des Generals Min in Petersburg. Ermordung des stellvertretenden Generalgouverneurs Wonljärljarski in Warschau.
28. August. Rückkehr des Fürsten Bülow nach Berlin.

---

30. August. Ermordung des russischen Konsuls in Tientsin.
1. September. Abschluß eines spanisch-französischen Handelsvertrages. Nihilistischer Mord in Interlaken.
2. September. Attentate und Morde in Grodno und Tula. 30jähriges Regierungsjubiläum Abdul Hamids.
3. September. Rücktritt des Kolonialdirektors Prinzen Hohenlohe, Bernhard Dernburg sein Nachfolger.
5. September. 50jähriges Jubiläum des Großherzogs von Baden.

---

5. September 1906.

Zur Psychologie der russischen Revolution liefert eine seit dem Januar dieses Jahres in Petersburg erscheinende Zeitschrift „Byloje", d. h. „Vergangenes", ein überaus lehrreiches aber für Rußland gefährliches Material. Sie bringt ausschließlich Memoiren, Selbstbiographien und Prozeßakten von Männern und Frauen, welche in der russischen Revolution eine Rolle gespielt haben, und zwar mit der überall durchblickenden Tendenz, diese Mörder — denn fast ausschließlich um solche handelt es sich — als Märtyrer der Freiheitsidee zu verherrlichen. Wir schicken dabei voraus, daß diese russische Revolution sich von allen übrigen, die die Welt erlebt hat, dadurch unterscheidet, daß in ihr der Fanatismus und Größenwahn der Frauen neben den gleichen Eigenschaften der russischen Juden eine leitende Rolle spielt. Der politische Mord ist die zu ihren letzten Konsequenzen schreitende russische Form der Frauenbewegung, und der Anarchismus mit all seinen blutigen Ausschreitungen die russische Form der jüdischen Emanzipationsbewegung. Was an russischen Männern in der Revolution zu führen scheint, sind, sobald man näher zusieht, zum großen Teil Marionetten in den Händen dieser treibenden Kräfte, und in seltenen Fällen ausgereifte Männer, meist junge Leute, die nur wenig über 20 Jahre alt sind, zum Teil Knaben, die noch auf die Schulbank gehören, oder Studenten, die nie gearbeitet haben und nur zu zerstören, nicht aufzubauen fähig sind. Das alles aber „arbeitet" in Dynamit und Pyroxilin, mit einer Selbstgerechtigkeit und Gewissenlosigkeit, als gebe es keinen Gott im Himmel und keine strafende Gerechtigkeit auf Erden. Jenes junge Mädchen, das den General Kaulbars, unter Berufung auf liebe Jugenderinnerungen, die sie mit den Töchtern des Generals verknüpften, ermorden wollte, die Frauen, die an dem Attentat Stolypins beteiligt waren, das junge Mädchen, das den General Min erschoß, sie sind nur Nachfolgerinnen jener langen Reihe mordender Jungfrauen, deren verherrlichende Biographien uns jene neue Petersburger historische Zeitschrift bringt: Wera Sassulitsch, Sophie Perowskaja, Ludmilla Wolkenstein, Jessy Helfmann, Sophie Borlischa, Fanny Litschkus, Olga Ljubatowitsch, Wera Figner. Der Zynismus, mit dem die letztere die lange Reihe der Mordanschläge und Morde erzählt, an denen sie beteiligt gewesen ist, findet seinesgleichen wohl nur in der Begeisterung, mit der eine andere Frau, Olga

Ljubatowitsch, die Geschichte des nihilistischen Möders Krawtschinsky erzählt, der unter dem Namen Stepnjäk zu einer gewissen literarischen Berühmtheit gelangt ist. Was aber den Leser am meisten befremdet, ist die Verachtung, mit der diese Welt der Mordenden auf jene andere Welt herabsieht, an deren Zerstörung sie arbeitet.

Nun stelle man sich aber die Frage, welchen Eindruck die Lektüre dieser Bekenntnisse der Selbstgerechten auf eine Generation machen muß, die in Bewunderung dieser Märtyrer und Märtyrerinnen heranwächst!

Ein Petersburger Korrespondent der „Tribune" entwirft ein Bild der Stimmung in Petersburg nach dem ruchlosen Attentat auf den Ministerpräsidenten Stolypin. Dieses Attentat, von dem man meinen sollte, daß die Ermordung und Verstümmelung so vieler auch im Sinne der Terroristen „Unschuldigen" nur Abscheu und Entsetzen hervorrufen könnte, hat diese Wirkung keineswegs gehabt. „Ich habe bisher — schreibt jener Korrespondent — (wenn ich von Peterhof und den spezifisch gouvernementalen Kreisen absehe) nicht einen einzigen Menschen gesprochen, der etwas anderes als Befriedigung über den Untergang so vieler „Bureaukraten" aussprach."

„Was denkst du von dem Bombenattentat?" fragte ich den Iswoschtschik (Kutscher), der Augenzeuge des Vorganges gewesen war, und mich zu den Ruinen der Villa Stolypin auf der Apothekerinsel führte.

Der Mann dachte einen Augenblick nach, dann sagte er: Ja, Herr, man kann sie nicht einzeln ausrotten. Aber wenn man sie zu Hundert auf einmal umbringen könnte, dann werden sie schließlich verschwinden. Aber, entgegnete der Engländer, Stolypin ist doch ein neuer Mann, und hat bisher nichts Schlimmes getan!

„Sie sind alle gleich", antwortete er emphatisch. „Sie haben die Duma aufgelöst und jetzt haben sie den Verband der Iswoschtschiks und alle anderen Verbände geschlossen." . . .

„Gestern Abend — fährt der Korrespondent fort — dinierte ich bei einem Doktor und seiner Familie. Er hat eine große Praxis, darunter mehrere Minister und einen ehemaligen Ministerpräsidenten. Ein Friedensrichter, ein angesehener Rechtsanwalt und einige andere Personen waren bei Tisch, die ich lieber nicht nenne: nomina sunt odiosa. Während des Essens wurde die Ermordung des Generals

Min und die Zerstörung der Stolypinschen Villa ausführlich geschildert. Als die bemerkenswerte Selbstbeherrschung der Mörderin des Generals beschrieben wurde und die klugersonnene List, durch welche die Bombenwerfer das Mißtrauen der Stolypinschen Wächter täuschten, hörten alle Anwesende gespannt zu. Wie die Erzählung beendet war, kam nur eine Empfindung zum Ausdruck: laute Bewunderung der Klugheit und Entschlossenheit der Revolutionäre. Ich sah einem jungen Mädchen von 15 Jahren, das zugegen war, scharf ins Gesicht. Ihre Augen flammten im vollen Sinne des Wortes vor Aufregung und Begeisterung. Das ist die Atmosphäre, in welcher die junge Generation während des letzten Vierteljahrhunderts erwachsen ist. Dauert der gegenwärtige Zustand noch einige Jahre fort, so kann man sich wohl vorstellen, daß dieses junge Mädchen die Rolle einer neuen Spiridonowa spielt!"

Die Korrespondenz schließt mit Schilderung der Verhandlungen in einem Petersburger Redaktionsbureau. Ein Leitartikel über die Ermordung des Generals Min, des Generalgouverneurs Wonljärlewski und über das Attentat auf Stolypin wurde verlesen. Der Verfasser erklärte diese Morde als Folge der falschen Politik der Regierung, beklagte aber die immer „naturwidriger" werdenden Methoden der Revolutionäre. Gegen diesen Ausdruck wurde lebhaft protestiert. Nicht naturwidrig, sondern gerade natürlich sei diese Art der Repression. Auch den Ausdruck „unmenschlich" wollte man nicht gelten lassen und schließlich verständigte man sich darauf, „schrecklich" zu sagen, was ja die Terroristen nicht beleidigen könne! Daran knüpft sich dann die folgende Moral: „Das ist die beklagenswerte Logik der Situation. Seit mehr als einem Vierteljahrhundert hat die auf ihre unumschränkte Macht eifersüchtige Bureaukratie nur die eine Methode gekannt: Bekämpfung der Freiheitsbewegung. Es wurde der Nation kein Weg offen gelassen, ihre gesetzlichen Wünsche, die nach Bürgerrecht und individueller Sicherheit verlangten, zum Ausdruck zu bringen. Die Strafexpeditionen, das Hinschlachten friedlicher Bürger, die steten Bemühungen, den Rassenhaß wachzurufen und anarchische Zustände herbeizuführen, haben jetzt die gesamte Nation zu einer Armee zusammengeschlossen, welche von der Regierung durch einen unüberbrückbaren Abgrund von Mißtrauen und Haß getrennt ist."

Unsere Leser sehen, daß auch hier die wesentliche Schuld der Regierung zugewiesen wird, obgleich die Sympathien des Korrespondenten, der, seiner Geistesrichtung nach, zu den Radikalen gehört, doch nicht — wie der „Vorwärts" bei uns — auf seiten der Mörder steht. Dazu sind die Engländer doch ihrer ganzen Weltanschauung nach nicht fähig. Er geht nicht einmal so weit wie unsere „Börsenzeitung", bei der das Attentat auf Stolypin vor allem Bewunderung für die Selbstaufopferung der Mörder hervorrief, aber auch er verkennt den wesentlichen Charakter der russischen Revolution.

Die Schuld der Regierung ist gewiß sehr groß, und wir meinen, sie läßt sich nicht besser bezeichnen, als durch die Worte, die einer der liebenswürdigsten und wahrhaftigsten französischen Geschichtsschreiber, der Bischof Hardouin, in der Widmung seiner Geschichte König Heinrichs IV. an seinen ehemaligen Schüler Ludwig XIV. richtet. „Ew. Majestät wissen — schreibt er —, daß Willensäußerungen nur als Schwäche angesehen werden, wenn sie sich nicht wirksam machen, und daß sie keineswegs zu loben sind, sondern vielmehr denjenigen verdammen, der zwar will, auch wohl einsieht, was zu tun wäre, und doch das Herz nicht hat, daran festzuhalten und an die Ausführung zu schreiten." („Votre Majesté sait bien que les volontés ne passent que pour des foiblesses, quand elles ne se rendent point efficaces, et que bien loin d'être louables, elles condamnent celui qui les a, d'autant plus qu'il voit bien ce qu'il faut faire, et n'a pas le coeur de s'y attacher et de l'entreprendre.") Dies ist die Schuld, die gewiß die Regierung Nikolaus II. trifft, an dessen gutem Willen, seinem Volke eine gerechte Regierung zu geben, nur böser Wille zweifeln kann. Wollte er zum Ziele gelangen, so bedürfte es zunächst einer Reform des Beamtentums, d. h. der Organe, durch welche allein sein Wille sich geltend machen kann. Sie haben an die Stelle des Rechts die Willkür gesetzt und an allen Sünden des Standes, die ja sprichwörtlich sind, und deren Existenz niemand leugnet, festgehalten: Käuflichkeit, mangelndes Pflichtgefühl, Eifersucht der verschiedenen Ressorts gegeneinander, haben in der Praxis die guten Absichten des Herrschers zu schanden und seine Mißgriffe doppelt schwer gemacht. Das gilt aber keineswegs von den Beamten allein, die man heute gleichsam als zur Nation nicht gehörend darzustellen liebt.

In der „Nowoje Wremja“ vom 1. September wird ganz richtig darauf hingewiesen, daß die Gleichgültigkeit gegen die Pflicht „nun einmal ein russischer Charakterzug“ sei. „Wir haben uns gewöhnt“, schreibt sie, „darin ein unvermeidliches slavisches Kennzeichen zu erblicken.“ Man müsse Waräger oder Deutsche rufen, um dagegen zu wirken und der Rasse andere Triebe zu wecken. „Unsere Mörder durchschwelgen die Nacht in zweideutigen Lokalen, bevor sie an ihr Werk gehen, unsere Offiziere sitzen vor der Schlacht beim Wein und bei den Karten und hofieren falsche barmherzige Schwestern, die Bauern versaufen in Hungerjahren das Saatkorn, das ihnen geschenkt wird.... Das ist die Stimmung der ungeheueren Majorität der Nation. Es ist, als gäbe es keine Zukunft, und niemand ist bereit, um der Zukunft willen auch nur einen Finger zu rühren, denn niemand glaubt an sie. So, aus unserem Schoße hervor, nicht auf Seitenwegen, ist die politische Pest zu uns gedrungen, und wir selbst verbreiten sie durch unseren Kleinmut!“ Der Verfasser dieser trübseligen Betrachtung empfiehlt als Weg zur Rettung eine einhellige Abwendung der ganzen Gesellschaft von allem Niederträchtigen, das heute entschuldigt und gerechtfertigt werde aber wer kann an dieses Wunder glauben?

Wir hegen eine bessere Zuversicht. Es gibt in Rußland auch tüchtige und gewissenhafte Beamte. Die Charakterstärke, mit der der Ministerpräsident Stolypin das furchtbare Unglück hingenommen hat, das ihn wie die Seinigen traf, läßt uns hoffen, daß er der Mann ist, den Rußland braucht, um nach Niederwerfung des Mordgesindels den Staat auf das Fundament einer sicheren Rechtsordnung monarchischen, nicht republikanischen Charakters zu stellen. Er hat sich weder von den notwendigen Gewaltmaßregeln zur Unterdrückung der Revolutionäre, noch von dem Boden der Verfassung des 30. Oktober 1905 abdrängen lassen. Aber alles hängt daran, daß seine Untergebenen, namentlich die an den entscheidenden Stellen nicht versagen. Mit Männern, wie es der Generalgouverneur von Livland Sollogub und der Gouverneur Sweginzew sind, läßt sich eine Revolution nicht niederwerfen. Sweginzew gilt bei seinen eigenen Beamten für einen heimlichen Freund der lettischen Revolutionäre, und wir irren wohl nicht, wenn wir annehmen, daß die Beweise dafür in nicht allzu ferner Zeit an die Öffentlichkeit treten werden. Der Erfolg der

Generale, welche die Ordnung im Lande herzustellen redlich bemüht waren, ist ausnahmslos an ihm gescheitert. Und doch sollte man annehmen, daß die russische Regierung das allerdringendste Interesse daran hat, vor allem die staatliche Autorität in den baltischen und polnischen Provinzen, durch welche sie in Konnex mit dem Abendlande steht, wiederherzustellen. Daran hängt sowohl ihre politische Geltung, die im Augenblick fast aufgehoben scheint, wie ihre Kreditfähigkeit, und das bedeutet die Möglichkeit einer Rückkehr zu gesundem Leben. Die Welt beunruhigt sich sehr wenig um das, was in Samara oder selbst im Kaukasus geschieht. Sie bildet sich ihr Urteil an den Zuständen in den Grenzmarken und in den Residenzen und kann unmöglich an die Zukunft eines Regimentes glauben, das der Spottgeburt einer lettischen Republik oder dem Mörderbund in Polen gegenüber abdiziert.

Das Ausscheiden, oder sagen wir zutreffender das geringe Gewicht des russischen Machtfaktors macht sich — auch abgesehen von der neuen Politik Frankreichs — vielfach geltend: im fernen Orient an dem Vordringen Japans, das in der Mandschurei unbehindert allen Handel an sich reißt und auch neuerdings mit der feierlichen Erklärung, daß Dalny fortan Freihafen sei, nur seinen Spott treibt, da natürlich eine solche Erklärung praktisch absolut wertlos ist, solange Japan nicht, wie wir es in Kiautschu getan haben, in Dalny ein chinesisches Zollamt duldet. Im nahen Orient macht sich das Versagen des russischen Einflusses außerordentlich fühlbar. Nebenher aber geht die ebenso sehr gegen Rußland wie gegen England gerichtete Disziplinierung Chinas und der südasiatischen Völkerschaften unter japanischer Führung rastlos weiter, und wenn wir auch keineswegs glauben, daß diese Bäume schon bald in den Himmel wachsen werden, können sie doch schon in naher Zukunft erhebliche Verlegenheiten bringen, da sie sich zeitlich mit einer panislamischen Bewegung kombinieren. Fehlt ihr heute noch der Führer, so haben wir doch keinerlei Bürgschaft dafür, daß er nicht in naher Zukunft ersteht. In der Türkei hängt alles an der Person des Sultans, der ja, wenn irgend möglich, jeden Konflikt vermeidet. Aber am Balkan arbeiten Griechen und Bulgaren energisch auf einen Konflikt los, die kaukasische Revolution hat ihren erregenden Widerhall in Kleinasien, Persien und Afghanistan gefunden, die Tabak-Schwierigkeiten, die bereits für erledigt galten, werden aufs

neue lebendig, und vom Sinai, d. h. von der großen Wallfahrtsstraße aus, die nach Mekka führt, geht die Bewegung weiter durch Ägypten und ganz Nordafrika, bis in den unruhigen marokkanischen Winkel hinein. Ob es unter diesen Umständen sehr klug war, wenn Lord Cromer gerade jetzt mit dem Projekt seines Europäerparlaments für Ägypten hervortrat, mag fraglich erscheinen. Aber Lord Cromer ist ein so ausgezeichneter Kenner Ägyptens, daß man nicht bezweifeln darf, daß er auch die Macht in Händen hat, seinen Plan den Ägyptern aufzunötigen, wenn Europa ihn akzeptiert. Für Deutschland läge kein Grund vor, dagegen zu protestieren, wenn die übrigen Interessenten dafür zu haben sind. Unsere Interessen sind auf diesem Boden, wie überhaupt im Orient, rein wirtschaftliche, und wir haben bisher allen Grund gehabt, mit dem englischen Wirtschaftssystem in Ägypten zufrieden zu sein. Aber es scheint, daß Frankreich diese Frage ganz anders ansieht und daß an seinem Widerspruch Lord Cromer scheitern wird. Die französische Presse ist einmütig darin, sein Projekt zu bekämpfen, und zwar nicht aus wirtschaftlichen, sondern aus ideellen und prinzipiellen Gründen. Die öffentliche Meinung Frankreichs steht noch immer auf dem Boden, den Freycinet im Dezember 1904 in seinem schönen Buche über die ägyptische Frage vertrat. „Trotz der Konvention vom 8. April 1904 (es ist die Delcassésche Entente), so sagte er, hat nichts sich verändert. Frankreich hat auf eine Initiative verzichtet, mehr nicht. Aber England ist heute so wenig wie gestern in Ägypten der Souverän oder der Schutzherr, noch auch mit einer Delegation des Sultans betraut. Die Verträge von 1856 und 1878 sind noch immer in Kraft." Diesen Standpunkt fürchtet Frankreich durch Annahme des Cromerschen Projekts zu gefährden, und an die Stelle des heute in den Schulen vorherrschenden französischen Elements das englische treten zu sehen. Es ist eine Frage des Prestige, aber sie wirkt ohne Zweifel erregend. Das englische Projekt ist vornehmlich auf eine Vertretung der materiellen Interessen berechnet. Das sei, sagt das „Journal des Débats", unannehmbar. Wir versagen uns, auf das Gegenprojekt des „Débats" einzugehen; es ist darauf berechnet, die „influence morale" Frankreichs „qui est restée preponderante en Egypte" aufrecht zu erhalten. Aber gerade daran dürfte jede Verständigung scheitern, jedenfalls nicht am Widerspruch Deutschlands.

Außerordentliches Interesse haben neuerdings die amerikanischen Angelegenheiten erregt; sie zeigen uns bereits ein Vorspiel des Kampfes der Demokraten und der Republikaner um die künftige Präsidentenwahl, und man wird gut tun, von diesem Gesichtspunkte aus zu beurteilen, was sich jetzt an großen und kleinen Staatsaktionen jenseits des Ozeans abspielt. So ist es durchaus verständlich, wenn die demokratische Presse, wie z. B. die sehr verbreitete „Evening Post", deren Kandidat Bryan ist, die Aktion des Staatssekretärs Mr. Elihu Root auf dem 3. panamerikanischen Kongreß in Rio de Janeiro einigermaßen skeptisch beurteilt, während die republikanischen Blätter sich nicht genug tun können, die gewonnenen Erfolge zu rühmen. Zumal jetzt, da der Staatssekretär auch in Argentinien und Chile sich hat feiern lassen, ist das alles „in high spirits". Prüft man die Ergebnisse des Kongresses, ohne sich durch die großen Worte berauschen zu lassen, so bleibt im Grunde herzlich wenig übrig. Man hat beschlossen, jedem allgemeinen Schiedsvertrage zuzustimmen, der im Haag zustande kommen sollte, was, da ein solcher Vertrag nicht zu erwarten ist, ein Schlag ins Wasser bleibt. Dasselbe gilt von der Dragodoktrin, durch welche insolvente süd- und mittelamerikanische Gläubiger sich vor Exekutionen sichern wollen. Sie hat in Südamerika selbst, bei den Staaten mit geordneten Kredit- und Wirtschaftsverhältnissen wie Argentinien, Uruguay und Chile Widerspruch gefunden, da sie, wie ja begreiflich ist, mit Staaten wie Venezuela nicht in einem Atem genannt zu werden wünschen. Andererseits hat der Mexikaner Romero den Antrag gestellt, die Monroedoktrin auch für die Beziehungen der amerikanischen Staaten untereinander gelten zu lassen, was eine nicht mißverständliche Spitze gegen hohe Gönner bedeutet, die ihr Eroberungsrecht gerade auf Kosten Mexikos geltend gemacht haben. Auch die geplante große panamerikanische Bahn, die es möglich machen soll, von den großen Seen bis nach Argentinien auf Schienen zu fahren, ist nichts anderes als ein Phantom, und würde, wenn sie verwirklicht werden sollte, niemals zu direktem Transport von Reisenden und Waren dienen, weil der Seeweg so unendlich viel bequemer und billiger bleiben muß. In Wirklichkeit handelte es sich um eine Art Hypnotisierung Südamerikas, und da alle Aussicht ist, daß diese Hypnose noch einige Zeit vorhält, wird Mr. Elihu Root die Kongreßlorbeeren nach Washington tragen und

bei seinen Wahlreden vorweisen können. Den anderen von ihm verfolgten Hauptzweck, Festigung und Erweiterung der Handelsbeziehungen der Vereinigten Staaten (vornehmlich auf Kosten Englands und Deutschlands), wird er wohl nur in bezug auf Brasilien erreicht haben, so weit es nördlich vom Kap Roque liegt, alles übrige liegt näher zu Europa.

Uns ist dabei die Rede in Erinnerung gekommen, die derselbe Mr. Root im Dezember 1904 in der New-England Society in New York hielt, und an die er jetzt wohl nicht gern erinnert wäre. Es war eine Verherrlichung der Monroedoktrin, aber so, daß der Big Stick sehr nachdrücklich gegen die südamerikanischen Staaten geschwenkt wurde. Er drohte damals direkt mit Krieg, wenn die Republiken sich so verhalten sollten, daß sie anderen Staaten den Schein des Rechtes zu einer Intervention gäben. („but it is equally our duty to see that the republics shall not so conduct themselves, as to give foreign powers the semblance of a right to intervene to an extent which would necessarily compel the United States to an enforcement of the Monroe doctrine, which would have lead to war!") Das läßt sich freilich mit einer Dragodoktrin nicht vereinbaren. Aber die Zeiten ändern sich und offenbar auch die Prinzipien mit ihnen. Irren wir nicht, so dürfte die Zukunft das an dem Schicksal Kubas zeigen. Die ursprünglich als gänzlich unbedeutend dargestellte Revolution nimmt einen immer ernsteren Charakter an, und nach einem Telegramm der „Sun" aus Mexiko bereiten sich die mittelamerikanischen Revolutionäre vor, die kubanische Emeute zu unterstützen. Aus derselben Quelle stammt die Nachricht, daß die New-Yorker Hintermänner der Revolution in Guatemala auch die Kubaner unterstützen, und daß beide (die Revolutionäre in Guatemala wie in Kuba) ihre Vertreter in allen spanisch-amerikanischen Kolonien haben. Auch wird uns aus New York geschrieben, daß in gewissen Kreisen die Annexion von Kuba jetzt sehr ernstlich ins Auge gefaßt werde. Man werde in Washington nur zu erwägen haben, wann die Birne reif ist. 1898, kurz vor Beginn des spanischen Krieges, wurde eine „Cuban League" gebildet, zu deren vornehmsten Mitgliedern damals der amerikanische Gesandte in Spanien Woodford gehörte. Auch J. J. Astor gehörte dazu und soll, als er die Feder weglegte, mit der er seinen Namen unter die Liste gesetzt hatte, gesagt haben:

„Wir werden nicht in den Krieg ziehen, um Kuba zu befreien, sondern um es zu annektieren.“ Immerhin erscheint uns fraglich, ob es jetzt dahin kommen wird. Die Vereinigten Staaten haben sehr gute Gründe, nicht zu wünschen, daß Kuba zu gleichem Recht im Senat und Kongreß vertreten ist, und wir sehen nicht, daß sich nach dieser Richtung die Lage geändert hätte. Wohl aber dürfte man auch in Amerika milder darüber urteilen, daß Spanien es nicht vermochte, die Ordnung in Kuba aufrecht zu erhalten.

Zum Schluß sei darauf hingewiesen, daß das „Journal des Débats“ vom 3. September die, wie wir annehmen müssen, bewußte Unwahrheiten wiederholt, daß der deutsche Imperialismus das Tabah incident hervorgerufen habe.

6. September. Einsetzung von Feldgerichten in den unter verstärktem Schutz stehenden russischen Gouvernements.
7. September. Rückkehr König Eduards nach England.
9. September. 80. Geburtstag des Großherzogs von Baden.
10. September. Blutiger Zusammenstoß von Revolutionären und Truppen in Siedlec.
12. September. Suspendierung der Verfassung in einem Teil von Kuba.

---

12. September 1906.

Die alten Kriegskarten von Kuba, die in den neunziger Jahren so eifrig studiert wurden, müssen wieder hervorgeholt werden. Die Erhebung des „Generals" Pina Guerras gewinnt augenscheinlich an Boden, und seine Streitkräfte sollen stetig anwachsen. Er fühlt sich bereits stark genug, einen zehntägigen Waffenstillstand, den die Regierung ihm geboten hat, abzulehnen. Die Haltung der kubanischen Liberalen festigt seine Stellung, und es ist kein Geheimnis, daß auch jetzt einflußreiche New-Yorker Kapitalisten ihn unterstützen. Wie vor zwölf Jahren spielen Zucker- und Tabaktrust dabei die leitende Rolle, und das treibende Motiv scheint der zwischen der Republik und den Vereinigten Staaten am 2. Juli 1903 abgeschlossene Vertrag zu sein, durch den die Insel Pinos, die südwestlich von Kuba den Golf von Matamano abschließt, in den unbestrittenen Besitz der Republik Kuba kam. Da dieser Vertrag unmöglich rückgängig gemacht werden kann, will man die ganze Insel annektieren, und die neue Revolution, durch welche beträchtliche amerikanische Interessen geschädigt werden, soll den Vorwand dazu liefern. Ein bekannter amerikanischer Schriftsteller, Mr. Frederick Upham Adams, hat neuerdings erklärt, daß die Annexion in wenigen Jahren bestimmt erfolgen werde, und zwar würden die Kubaner selbst darum bitten. Nun scheint das letztere wenig glaubwürdig, es sei denn, daß eine erkaufte Minorität die Rolle des „kubanischen Volkes" zu spielen bestimmt ist, was ja nicht ohne Präzedens wäre. Aber noch andere Gründe sprechen gegen eine Annektierung. Bei den bevorstehenden Präsidentschaftswahlen

wären die Kubaner ein höchst unbequemes Element, und man darf daher wohl mit großer Bestimmtheit sagen, daß die Regierung des Präsidenten Roosevelt mit der Erhebung Pina Guerras nichts zu schaffen hat.

Was nun diese Präsidentschaftswahl selbst betrifft, so haben die Demokraten des Südens, welche durch die von Bryan angekündigte Verstaatlichung der Eisenbahnen tief verstimmt wurden, ihm in Mr. Bailey, dem Senator für Texas, keinen ungefährlichen Konkurrenten entgegengestellt. Es ist überhaupt interessant zu verfolgen, daß im Zusammenhang mit der panamerikanischen Idee die Aufmerksamkeit der Politiker der Vereinigten Staaten sich je länger je mehr den lateinischen Republiken zuwendet. Haben die Reden des Staatssekretärs Root dieser Richtung öffentlich Ausdruck gegeben, so nähren die Kommentare, welche seiner Reise folgen, die Diskussion, und es ist nicht zu verkennen, daß die lateinischen Republiken trotz aller ausgewechselten Freundschaftsbeteuerungen mißtrauisch sind, und zwar speziell gegen die heute regierende republikanische Partei. In den Vereinigten Staaten faßt man nicht übel „Latin America" zu drei Hauptstaatengruppen zusammen: Mexiko, Brasilien, Chile und Argentinien, die im wesentlichen auf eigenen Füßen stehen und keines, oder doch nur geringen Schutzes von seiten der Vereinigten Staaten bedürfen. Zur zweiten Gruppe rechnen sie die Staaten, die auf dem Wege sind, eine ähnliche Stellung zu gewinnen, und zwar: Peru, Bolivia, Equador, Paraguay und Urugay. Zur dritten Columbia, Venezuela und die fünf zentralamerikanischen Repupliken Salvador, Nicaragua, Guatemala, Honduras und Costa Rica, von denen sich nicht sagen lasse, ob sie durch ihre ewigen Revolutionen oder durch ihre Gleichgültigkeit gegen alles Völkerrecht größere Notorität erlangt hätten. Eine besondere Stellung nehmen San Domingo, Kuba und Panama ein, von denen ersteres bekanntlich ganz nahe daran war, annektiert zu werden, während Kuba, wie wir sahen, dahin gebracht werden soll, selbst um Annexion zu bitten, und Panama tatsächlich, wenn auch nicht formell bereits annektiert ist. Wenn nun, wie nach den Reden von Mr. Root angenommen werden muß, die Vereinigten Staaten geneigt sind, die Dragodoktrin anzuerkennen und damit für den Satz einzutreten, daß in amerikanischen Staaten Privatansprüche nicht mit Kriegsmacht beigetrieben werden dürfen, so liegt auf der

Hand, daß sie damit entweder eine ungeheure moralische Verantwortung auf sich nehmen, aus der entsprechende internationale Ehrenpflichten sich ergeben, oder aber daß sie sich zu Beschützern völlig kulturfeindlicher Elemente aufwerfen. In dem einen wie in dem anderen Falle würde die schließliche Konsequenz zu Verhältnissen führen, wie sie tatsächlich heute in Panama bestehen, wobei die San Domingo gegenüber eingehaltene Praxis (Besetzung der drei Zollhäfen und Einziehung von 45 p. c. der Zolleinnahmen zur Sanierung des Finanzwesens) als Vorstadium gelten mag. Vielleicht wäre diese Lösung so übel nicht, wenn auch nur die geringste Aussicht wäre, sie ohne höchst kostspielige militärische Aufwendungen durchzusetzen. Wer die Geschichte der mittel- und südamerikanischen Republiken der dritten Kategorie kennt, muß aber wissen, daß jahrelange Bürgerkriege die Folge einer derartigen Tutel sein würden. Das liegt im Charakter der Rasse und wird sich schwerlich ändern, wenn nicht eine sehr starke und sehr rücksichtslose Hand ihre Erziehung übernimmt.

Von der seit 78 Jahren bestehenden Staatsschuld dieser Republiken hat Honduras 72mal die fälligen Zinsen nicht gezahlt. Seit 1830 haben die Zinsen der Staatsschuld nicht gezahlt: Columbia 47mal, Guatemala 48, Venezuela 41, Costa Rica 30, Nicaragua 49, Salvador 33 und San Domingo 22mal. Und dabei existiert in San Domingo eine Staatsschuld erst seit 1869. Diese Daten, die wir der „New-York Evening Post" entnehmen, sind drastisch genug. Sie lassen erkennen, daß die San Domingo-Politik der Vereinigten Staaten diesen Republiken gegenüber von all ihren Gläubigern als eine Wohltat empfunden werden würde, aber sie zeigen zugleich, wie unpopulär diese Politik in jenen verschuldeten Staaten selbst sein würde. Und doch kann gar nicht zweifelhaft sein, daß der Schirm der Monroedoktrin wesentlich dazu beigetragen hat, die Gewissenlosigkeit dieser Republiken groß zu ziehen. In Summa, es sind ungeheuer komplizierte und schwierige Probleme, die sich an die Dragodoktrin knüpfen, und wir meinen, daß man in Washington sich nicht allzu leicht bereit finden wird, sie offiziell anzuerkennen. Im Augenblick hat die ganze Aktion die Bedeutung eines Wahlmanövers, und man wird gut tun, sie von diesem Gesichtspunkte aus zu beurteilen. Für die Staaten erster und zweiter Kategorie aber kommt die Doktrin praktisch gar nicht in Frage.

Eine große Enttäuschung für die Vereinigten Staaten ist es, daß die Eroberung von Korea weder die Einwanderung der Japaner in Kolumbien, die nach dem jüngst abgeschlossenen Handelsvertrage nicht mehr verhindert werden kann, noch auch die Einwanderung in die Philippinen und nach Hawai, die sehr peinlich empfunden wird, zum Stehen gebracht hat. Denn es ist doch erstaunlich, wie sehr das Expansions- und Tätigkeitsbedürfnis Japans sich geltend macht. Der Präsident der parlamentarischen Komitees, Janko Hasaba, hat in den letzten Monaten eine Reise durch ganz Europa, die Balkanhalbinsel mit eingeschlossen, gemacht, um sich durch eigene Anschauung ein Bild von den Zuständen und der Leistungsfähigkeit jener weißen Rasse zu machen, deren Vorbild mit eigentümlichen Modifikationen die große Wandlung hervorgerufen hat, die das neue Japan möglich machte. Aber so lebhaft die Japaner das empfinden — daß sie den General Meckel in die Reihe der Heroen aufgenommen haben, zu denen und für die sie beten, ist ein echt japanischer Ausdruck ihrer Dankbarkeit — lebhafter noch ist ihnen das Bewußtsein, daß es einen Konkurrenzkampf mit den „Lehrern" geben muß, und die Rekognoszierungsreise Janko Hasabas ist eine ihrer Vorbereitungen dazu. Übrigens hat Hasaba, der jetzt in London weilt, sich außerordentlich bescheiden ausgesprochen. In der Baumwolle- und Seidenindustrie hofft er, daß Japan schon jetzt der europäischen und amerikanischen Konkurrenz gewachsen sei, sonst stehe es, das sehe er wohl, noch weit zurück. Aber er wies mit Stolz darauf hin, daß die Verstaatlichung der Eisenbahnen in Japan von außerordentlichem Erfolge gekrönt worden sei, und man hört es ihm an, daß er an die Zukunft seines Vaterlandes glaubt. Er hätte noch auf die erstaunlichen Erfolge in der Pazifizierung Formosas hinweisen können, die den Chinesen ja niemals gelingen wollte. Wirkliche Schwierigkeiten sind heute nur noch in Korea zu überwinden, wo ein alter Rassenhaß, wie er zwischen nationalen Vettern nicht selten ist, besteht. Aber die Japaner gehen mit erstaunlicher Rücksichtslosigkeit vor und mit einer skrupellosen Beugung des Rechtes, wie sie eben echt orientalisch ist. Man mag wohl zum Schluß kommen, daß es ein anderes Mittel nicht gibt, und da es nicht unseres Berufes ist, den Sittenrichter der Welt zu spielen, sehen wir diese Entwicklung wie einen historischen politischen Prozeß an, der uns nicht direkt berührt, mit dessen Verwirklichung

aber auch wir einmal zu rechnen haben werden. Aber, wie wir schon anzudeuten Gelegenheit hatten, weit bedeutsamer sind die Reflexe, die das Aufsteigen Japans in fast ganz Asien findet. Trägt die chinesische Reformbewegung einen antijapanischen Charakter, der sich aus alter Gegnerschaft und aus neuen Rivalitäten auf mandschurischem Boden zumal erklärt, so hat das Aufwachen Indiens einen direkt antienglischen Charakter angenommen, der, was doch sehr merkwürdig ist, von Japan aus — wir sagen nicht von der japanischen Regierung — lebhaft unterstützt wird. Uns ging schon im Juli eine in Yokohama in englischer Sprache gedruckte Broschüre zu, die die Mohammedaner und die Hindus in Indien aufforderte, die englische Herrschaft abzuschütteln. Seither haben die Symptome einer, namentlich von Bengalen ausgehenden nationalen und religiösen Bewegung sich stetig gemehrt. Der Herd der Agitation liegt im östlichen Bengalen. Tschinsurah am Hugli ist das Zentrum und jener ehemalige Redakteur des „Bengalee", der sich feierlich zum König hat krönen lassen, Banerjee, ist das Haupt des Verbandes, „das goldene (d. h. das zum Sterben entschlossene) Bengalen", der doch keineswegs damit abgetan werden kann, daß man, wie die englischen Blätter tun, über „König Banerjee" spottet. Jene Krönung ist ein Symbol, und an Symbolen entzündet sich der Fanatismus. Nun ist man englischerseits bemüht, dem Fanatismus der Hindu den mindestens gleichstarken Fanatismus indischer Mohammedaner entgegenzusetzen. Und in der Tat hat eine Deputation, die angeblich 70 Millionen Mohammedaner vertritt, den Vizekönig um eine Audienz gebeten, um gegen das Treiben der Hindu, das sie beunruhigt, zu protestieren. Diese Audienz ist ihnen auch für den 1. Oktober zugesagt worden, so daß wir bald weiteres hören werden. Aber es ist wenig wahrscheinlich, daß jene Deputation eine Vertretung der 70 Millionen englisch-indischer Mohammedaner ist. Vielmehr liegen nicht zu übersehende Zeugnisse vor, die eine bedrohliche Ausdehnung der panislamischen Bewegung in Indien zu beweisen scheinen. In einer Zuschrift, die der New-Yorker „Sun" von einem mohammedanischen Literaten, Mohammed Barakatellah, zugeht, heißt es u. a.: „Der Sultan der Türkei ist durchaus berechtigt, den Jehad (heiligen Krieg), sei es zum Schutze der heiligen Stätten des Islam, oder zur Unterstützung von Moslems, die unter nicht moslemischem Regiment stehen, zu erklären. Sultan

Abdul Hamid hat dem Weltfrieden einen großen Dienst geleistet, als er davon abstand, den Jehad gegen England zur Zeit des Grenzstreites am Sinai zu erklären. Die Versammlungen von Moslems, die durch ganz Indien gehalten wurden, um gegen den Versuch der Briten zu protestieren, die arabische Halbinsel sich zu eigen zu machen, könnten als Beweis dafür dienen, wie die Stimmung der moslemischen Welt damals war.

Was aber die Popularität des Sultans in Hindustan betrifft, so wird eine Angabe genügen. Vor nicht allzu langer Zeit sagte ein angesehener moslemischer Rechtsgelehrter in Lahore vor einer Versammlung von Mohammedanern: „Wir, die Moslems von Indien, haben politisch nichts mit dem Sultan der Türkei zu schaffen." Da erhob sich ein Protest in der Versammlung, und alle ohne Ausnahme verließen den Saal, so daß der Redner allein zurückblieb. Er war nachher genötigt, sich öffentlich wegen seiner Äußerungen zu entschuldigen. Seit den armenischen Wirren 1895 wird der Name des Sultans Abdul Hamid in der „Khutba" (Liturgie) jeden Freitag in ganz Indien erwähnt. Heute könnte niemand es wagen, den Namen des Sultans in Bombay vor Mohammedanern zu beschimpfen, ohne für sein Leben fürchten zu müssen.

„Ist es recht, die Organisation eines Kreuzzuges gegen den letzten Vertreter der Selbständigkeit des Islam zu betreiben, um Raum für eine byzantinische Republik zu schaffen? Man denkt nicht daran, wieviel Gefahr und Elend damit verbunden sein wird, zumal wenn vorher durch zahllose unverschuldete Herausforderungen das Blut von Millionen Moslems in Wallung geraten ist."

Das scheint doch sehr beachtenswert, und von diesem Gesichtspunkt aus betrachtet, dürfte die neue mazedonische Politik ernste Bedenken erregen. Die Zustände in Mazedonien waren unzweifelhaft besser als heute, bevor die bulgarisch-serbisch-griechische Rivalität die unglückliche Provinz zu ihrem Kampfesfeld wählte. Darüber besteht unter Kennern nur ein Urteil. Ebenso sicher aber scheint es uns zu sein, daß die Türkei sich diese Provinz kampflos nicht wird entreißen lassen. Im äußersten Fall mag dann wohl auch der Jehad verkündet werden, und dann dürfte sich zeigen, daß es doch recht schwierig ist, diesen Gegner zu treffen. Eine türkische Flotte zu vernichten, gibt es nicht, und die türkischen Küstenstädte sind nicht verwundbar,

weil in ihnen vornehmlich der ausländische Handel, der französische, italienische, griechische, deutsche und sehr merklich der englische getroffen werden würde. Eine dauernde Okkupation des Landes aber ist nicht durchführbar ohne Opfer, die gewiß größer sein würden als die des südafrikanischen Krieges. Kurz, das alles sollte zur Besonnenheit mahnen und von übertriebenen Forderungen abhalten. Die mazedonische Frage ist übermäßig aufgebauscht worden, je früher es still von ihr wird, um so besser wird es um Mazedonien stehen, zumal es ganz unmöglich ist, für das Treiben der Bulgaren und Griechen auf mazedonischem Boden die geringsten Sympathien zu hegen.

Die großen Mächte auf unserem alten Kontinent sind allesamt mit ihren Manövern zu Wasser und zu Lande beschäftigt, nur Rußland, das in früheren Jahren gleichfalls um diese Zeit eine ungeheure Heeresmasse zu mustern und zu üben pflegte, steht heute abseits. Seine Armeen sind von der Revolution immobilisiert worden, seine Flotte fängt erst wieder an sich von den Schlägen des japanischen Krieges und den Meutereien der eigenen Marinetruppen zu erholen. Was an Mannschaft disponibel ist, steht teils in Polen, um eine drohende Gesamterhebung zu verhindern, teils in den Residenzen, die man vor allem sichern will, teils im ganzen weiten Reich verstreut, bemüht, Agrarunruhen zu verhindern oder zu unterdrücken, Arbeiteremeuten niederzuhalten, unzuverlässigen Regimentern die Spitze zu bieten, oder den Räubern und Mördern nachzujagen, die überall Leben und Eigentum gefährden.

Der Ministerpräsident Stolypin hat, wie sich schon vor acht Tagen erkennen ließ, sich von der Erfüllung seiner patriotischen Pflichten nicht abhalten lassen. Das Manifest, das sein Reformprogramm ausführlich begründet, zeigt, daß er mit ernster Arbeit die Vorbereitungen für die Gesetzentwürfe betreibt, die der neuen Duma im Februar vorgelegt werden sollen. Wir vermissen nur eines, eine Änderung des Wahlgesetzes, das Witte dem Lande oktroyiert hat und auf Grund dessen eine arbeitsfähige Volksvertretung in Rußland niemals zustande kommen kann. Der Führer der russischen konstitutionell-demokratischen Partei, der grundgescheute, aber politisch doktrinär verrannte Professor Miljukow ist freilich anderer Meinung. Er weilt jetzt in London und hat dort einem Redakteur der „Tribune" gegenüber recht rückhaltlos seine Ansichten

dargelegt. Sie führen leider zum Resultat, daß eine Verständigung Stolypins mit dieser Partei nur möglich ist, wenn er sich ihr unterwirft. Miljukow erklärte, daß seit Auflösung der Duma, die russische konstitutionell demokratische Partei sich durch die Zugeständnisse, die sie der Regierung gemacht habe, nicht mehr gebunden fühle. Jetzt fordere sie fundamentale politische Reformen, Erweiterung des Wahlrechts und der finanziellen Rechte der Duma, einen gewählten Reichsrat und Revision der Grundgesetze, was wohl so zu verstehen ist, daß er keine konstitutionelle, sondern eine parlamentarische Regierung anstrebt. Er steht, wie er ausdrücklich erklärte, noch jetzt auf dem Boden des Wyborger Manifestes, das bekanntlich die Bevölkerung zur Steuerverweigerung und zur Nichtstellung von Rekruten aufforderte. Das sei, sagte er, nicht revolutionär, sondern konstitutionell. Dann fuhr er wörtlich fort: „Ich glaube nicht, daß gegenwärtig die revolutionäre Bewegung genügend organisiert ist, um siegreich zu sein, sie ist aber stark genug, um der Regierung ernste Schwierigkeiten zu bereiten, und zwar um so mehr, als man ihr (der Regierung) für lange Zeit alle Einnahmequellen sperren wird und sie unter den gegenwärtigen Verhältnissen von keinem Kapitalkonsortium Geld erhalten kann. Ich glaube, sie wird bald die Goldvaluta aufgeben müssen, was, wie Sie einsehen, ihr bei der Finanzwelt vollends allen Kredit rauben wird." Das ist herostratischer Zynismus, und wir verstehen nicht, wie ein Mann von der Vergangenheit Miljukows so am Verderben des eigenen Vaterlandes arbeiten kann. Auch wird ein Europäer schwer verstehen, wie ein sittlich gebildeter Mann mit den Mördern Hand in Hand gehen kann, welche heute die eigentliche Kraft der russischen Revolution repräsentieren und über deren Ruchlosigkeit außerhalb Rußlands in der Welt nur ein Urteil ist. Die revolutionäre Suggestion scheint die Köpfe der radikalen Politiker Rußlands ebenso verwirrt zu haben, wie die der Bauern, denn es ist die gleiche Zerstörungsarbeit, die sie verrichten. Uns liegen die Hefte der in Paris erscheinenden russisch-revolutionären Zeitschrift „Die rote Fahne" vor. Die blutigsten literarischen Schöpfungen der französischen Revolution erscheinen farblos und matt im Vergleich zu der Wut, die hier zum Ausdruck kommt. Der Herausgeber ist der bekannte Journalist Amphiteatrow, dessen Romanbruchstück „Die Obmanows" vor zwei Jahren viel von sich reden machte. In einem

der letzten Hefte behandelt einer seiner Mitarbeiter, ein gewisser Matjuschenski, die Frage, auf welchem Wege das Volk am besten für die Revolution zu gewinnen sei. Sein Schluß ist dann der folgende: „Man muß die Legende verbreiten, daß der Antichrist den Thron bestiegen habe, und zwar mit Hilfe der Höflinge und Minister. Aus Eigennutz hätten sie Nikolaus II., da er noch ein Kind war, verkauft und an seine Stelle eine Ausgeburt der Hölle gesetzt. Dann wird sofort, ohne zu schwanken, das Symbol des Zarentums im Herzen des Volkes gestürzt werden." Darüber, daß hier kein frivoler Witz, sondern ein ernst gemeinter Vorschlag vorgetragen wird, wird niemand zweifeln, der die „Rote Fahne" liest. Aber wir finden hier auch ein beredtes Zeugnis für den Bildungsgrad des Volkes, das durch diese Revolution zu einer konstituierenden Versammlung berufen werden soll!

Am 4. September hat in fast sämtlichen russischen Mittelschulen der Unterricht wieder begonnen. Die „Nowoje Wremja" schildert uns den Eröffnungsaktus eines Petersburger klassischen Gymnasiums. Einige Gymnasiasten waren in der Tracht der „Genossen" erschienen: mit hohen Stiefeln, in offener Bluse, unter der das bunte Hemd zu sehen war, in breitkrempigem schwarzem Schlapphut. Man hatte abgemacht, auf dem Aktus einige Lehrer und diejenigen Schüler, die Auszeichnungen erhielten, auszupfeifen. Um das zu verhindern, nahmen die Gymnasialobrigkeit und das Elternkomitee (das gehört jetzt in Rußland als beratendes Organ zur Lehrerkonferenz) zwischen den Knaben Aufstellung und beredete sie, ruhig zu bleiben. Um „Skandal" zu vermeiden, hatte man vom Singen der Zarenhymne abgesehen, bei der Fürbitte für den Zaren begann aber unter den Schülern sich ein unaufhaltsames Husten, Schnauben und Lachen zu erheben. Am Schluß fand die Beratung zwischen den Schülerältesten, den sogenannten Starosten, und dem Elternkomitee statt! Es kann bei solchen Ordnungen nicht wundernehmen, daß an der Moskauer Universität Vertreter der Studenten zu den amtlichen Beratungen und Sitzungen des Professorenkollegiums hinzugezogen werden. Das gehört auch in die russische Atmosphäre der Gegenwart.

Mittlerweile aber wird weiter gemordet. Der Anschlag gegen das Leben eines Großfürsten ist glücklich vereitelt worden, aber die

Attentate gegen hohe Beamte und gegen ungezählte kleinere Leute laufen weniger glücklich ab. Ein Petersburger Korrespondent des „Journal des Débats", dessen vortrefflich orientierte Aufsätze wir schon lange mit Interesse verfolgen, schließt das düstere Bild, das er entwirft, mit folgender Betrachtung: „Nach dem Scheitern der Emeute von Kronstadt und Helsingfors hat das Revolutionskomitee eingesehen, daß die Frucht noch nicht reif ist. Ich fürchte, sie reift bald. Jedenfalls wird für den November ein neuer Ausbruch angekündigt.

Inzwischen hat das Komitee seine Taktik verändert. Zunächst wurde die Propaganda auf dem Lande verdoppelt und in ganz Zentralrußland hat sie bereits entsetzliche Folgen gehabt. Heute richtet sie sich gegen die baltischen Provinzen, wo die Jacquerie von neuem und schlimmer aufgenommen worden ist. Es ist so weit gekommen, daß soeben zwei Regimenter Petersburg verlassen haben, um in diesen unglücklichen Provinzen fliegende Kolonnen zu organisieren, die standrechtlich zu verfahren beauftragt sind. Gleichzeitig findet eine fiebrische Propaganda unter den Truppen in der Provinz statt, zumal in Odessa, Tiflis, Moskau. Wie die Terroristen die Majorität der polnischen Juden gewonnen haben, haben sie auch die Tataren von Kasan und im Kaukasus fast ganz zu sich herübergezogen. Sibirien aber ist schon lange für die Revolution reif.

Parallel mit dieser Termitenarbeit, die das gesamte Räderwerk des Staates zernagt und desorganisiert, hat der Terrorismus die „Propaganda der Tat" wieder aufgenommen. Die ausländische Presse spricht nur von den sensationellen Morden der Minister, Generale, Gouverneure. Aber wer wird jemals die Liste der ermordeten Kommissare, Offiziere, Gendarmen, Gutsbesitzer aufstellen können? Die russischen Zeitungen sind täglich voll von Berichten über neue Attentate.

Wie soll man das beschwören? Der Tod erschreckt sie nicht, sondern scheint sie zu locken.

Man gewöhnt sich an alles. Plünderungen, Brandstiftungen, Morde interessieren hier niemanden. Das ist trivial geworden, man lächelt dazu, macht ein Wortspiel und zuckt die Achseln. Keine Gesellschaft konnte heiterer untergehen. Vergebens appellieren einige Patrioten, wie der alte Ssuworin, verzweifelt an die öffentliche

Meinung und an das Nationalgefühl. Man hört sie nicht. Und der Pöbel, der sich seiner Kraft bewußt ist, und durch all dieses Neue überreizt ist, beginnt eine wilde, unverhüllte Freude zu zeigen. Er fühlt instinktiv, daß die große Stunde des Teilens naht. Er ist frech und rebellisch, er vergreift sich gern an Offizieren, Bürgern, Beamten, Fremden. Man fühlt überall, wie der Brand um sich greift, der uns vielleicht alle verschlingen wird.

Wir wollen Herrn Stolypin Glück wünschen, aber wir müssen auf Überraschungen gefaßt sein!"

13. September. Tod des Regenten von Braunschweig, Prinz Albrecht von Preußen. Prinz Heinrich von Preußen wird zum Chef der aktiven Schlachtflotte ernannt.
15. September. Tod des Generals Trepow.
16. September. Kriegsminister Taft und Unterstaatssekretär Bacon gehen im Auftrag der Regierung von Washington nach Kuba.
17. September. Rücktritt des Oberkommissars von Kuba Prinz Georg von Griechenland von seinem Posten.
18. September. Verhaftung zahlreicher Arbeiter in Warschau.

---

19. September 1906.

Mr. Haldane, der englische Kriegsminister, der jüngst unser Gast gewesen ist und überall den besten Eindruck gemacht hat, wird in der Geschichte der englischen Armee eine bleibende und wohltätige Spur hinterlassen. Denn die Neuorganisation des englischen Generalstabes ist sein Werk. In Newcastle-on-Tyne, wo er dieser Tage mehrfach öffentlich geredet hat, nahm er keinen Anstand, sein Werk als „Made in Germany" zu bezeichnen. Sei vor Jahr und Tag durch die Hartington-Kommission der Anfang gemacht worden, so sei jetzt das Werk vollendet. Neben einem Großen Generalstabe wird England fortan auch Generalstäbe der einzelnen großen militärischen Einheiten haben; Mr. Haldane hofft im Januar nächsten Jahres die sechs großen Divisionen formiert, und auch einen festeren Zusammenhang zwischen ihnen und den Freiwilligenkorps, den Volunteers, organisiert zu haben. Er rühmt das Entgegenkommen, das er in Deutschland gefunden hat, wo ihm der Einblick in alle Details, die ihn interessierten, rückhaltlos gewährt worden ist, und wir können das nur billigen. Die Organisation unseres Generalstabes ist gar kein Geheimnis. Sie ist aus langer Erfahrung und einsichtiger Arbeit erwachsen, aber so hoch wir die so entstandenen Formen schätzen, sehen wir in ihnen doch nicht das Wesentliche. Nicht auf die Form, sondern auf den Geist, der sie belebt, kommt es an, und wenn wir in unerschütterlichem Vertrauen auf unseren Generalstab blicken, gilt das dem Geist, der in ihm waltet. Wir wissen, daß jeder, der in diesen durch große Traditionen geweihten Kreis eintritt, sein Bestes

gibt, und können es getrost unseren Nachbarn und Freunden überlassen, das gleiche zu tun. Was Mr. Haldane als ein Besonderes für sein Werk in Anspruch nimmt, und durch die besondere Stellung Englands im Gegensatz zu Deutschland als Notwendigkeit erklärt, ist der überall eingehaltene Zusammenhang zwischen Armee und Marine, die ihm wie eine Einheit erscheinen und als solche behandelt werden, was in Deutschland nicht der Fall sei. Wir halten es nicht für nötig, darüber zu streiten, obgleich es nahe liegt, einige Einschränkungen zu machen. Dagegen ist es nicht möglich, die Bemerkungen ohne Erwiderung zu lassen, die Mr. Haldane in einer zweiten Rede gemacht hat, welche die Beziehungen Englands zu Frankreich, Rußland und Deutschland betrifft. Die ersteren seien enger und intimer als je, die Beziehungen zur russischen Regierung freundliche, die zu Deutschland besser als vor kurzem. Er exemplifiziert dabei an der Tatsache der Zurückziehung fast der Hälfte unserer Streitkräfte aus Südwestafrika und kommt zum Schluß, daß dadurch „Englands Werk in Südafrika erleichtert" werde. Dagegen ist doch mit allem Nachdruck zu bemerken, daß die Rückberufung eines Teiles unserer Truppen absolut gar nichts mit unseren Beziehungen zu England zu tun hat. Wir haben sie zurückgerufen, weil der Aufstand der Indigenen so weit niedergeschlagen ist, daß der zurückbleibende Rest deutscher Truppen genügt, das Werk zu Ende zu führen. Absolut gar keine andere Erwägung hat mitgespielt, ganz wie wir im Falle des Bedürfnisses ohne Zögern neue Truppen hinübergeschickt hätten, ohne uns um die Mißstimmung „zu nervöser Leute" in England zu kümmern. Und gewiß hat niemand in aller Welt ein Recht, uns darein zu reden. Unverständlich bleibt nur das eine, wie deutsche Truppen in Südwestafrika das Werk Englands in Südafrika erschweren können. Daß die aufständigen Eingeborenen in Natal dadurch ermutigt werden könnten, ist undenkbar, und wohl ebenso undenkbar, daß sich irgend jemand in Deutschland mit dem Gedanken tragen könnte, einen Abenteuerzug ins Kapland und nach Rhodesia zu unternehmen. Das alles ist eben lächerlich, und wir können nur bedauern, daß solchen Gespenstern auch nur ein Schatten von Wesenheit zugesprochen wird.

Dagegen ist uns zweifelhaft, ob die Nachricht der „Liberté" vom Abschluß einer französisch-englischen Militärkonvention gleichfalls in

das Reich der politischen Gespenster zu verweisen ist. Sie ist von Ernest Judet im „Eclair" übernommen worden, und zwar sehr wenig enthusiastisch. Er meint, die mit solchem Jubel begrüßte Verständigung mit England könne in eine Katastrophe ausmünden. „Als wesentlich — sagt er — ist zu behalten, daß Frankreich auf Gnade und Ungnade von englischen Launen abhängt. Den Tag, an welchem Großbritannien den Konflikt herbeiführt, wird Frankreich in den Krieg mit hineingezogen." Nun glauben wir, daß Herr Judet irrt, wir sind heute fest überzeugt, daß England einen Bruch mit uns keineswegs anstrebt. Vielmehr geht die englische Politik dahin, mit aller Welt „Verständigungen" abzuschließen; so viel Nationen, so viel Freundschaftskomitees gibt es heute; aber wenn Herrn Judets Voraussetzungen zuträfen, wäre sein Schluß nur logisch, weil es einen anderen Ausweg nicht gibt.

Es spielen zudem noch andere Faktoren mit, welche Möglichkeiten über Nacht zu Notwendigkeiten machen können. Aber wir wollen den Teufel nicht an die Wand malen, sondern uns begnügen, darauf hinzuweisen, daß es ein gewissenloses Spiel ist, wenn seit geraumer Zeit eine Reihe französischer Zeitungen, und unter ihnen solche, die, wie der „Temps", den Anspruch erheben, politische Autoritäten zu sein, die Phantasie ihrer Landsleute durch das Ausmalen angeblicher von Deutschland drohender Gefahren wieder zu erhitzen bemüht sind. Das Neueste in diesem Genre war der Unfug, der mit der Wahl des Paters Wernz zum General des Jesuitenordens getrieben worden ist. „Temps" und „Times", und mit ihnen andere, erkannten darin finstere alldeutsche Intrigen, die in Anschlägen gegen Österreich-Ungarn, Belgien, Holland, Südamerika und Kleinasien auszumünden bestimmt sind. Wir würden kein Wort darüber verlieren, wenn es nicht notwendig wäre, diese Politiker an die alte historische Tatsache zu erinnern, daß die römische Kirche durch ihren Anspruch auf Universalität jede spezifisch nationale Politik ausschließt, und daß der Jesuitenorden am schärfsten diesen internationalen Charakter des Katholizismus ausdrückt. Ob der Pater Wernz Deutscher, oder Franzose, oder Pole ist, bleibt sich gleich. Das protestantische Deutschland wird an ihm einen Gegner finden, und vielleicht einen schärferen als das religionsfeindliche Frankreich, das der Kurie trotz allem als katholisch gilt, und das sie alle Aussicht

hat früher oder später einmal wieder zurückzugewinnen. Daß von einer Rekonvertierung Deutschlands aber niemals die Rede sein kann, ist selbstverständlich. Wozu also der Lärm? Er scheint uns ein Ausdruck des schlechten Gewissens zu sein, das die Machthaber von heute infolge ihrer ganz unfranzösischen Kirchenpolitik haben. Sie sind in eine Sackgasse geraten und suchen jetzt in größter Verlegenheit nach einem Auswege, um ihre eigenen, die Gewissensfreiheit der Nation bedrohenden und beschränkenden Gesetze nicht auszuführen. Daß der Papst die Kultgenossenschaften nicht anerkannt hat, machte die Krisis akut und hat auch die französischen Bischöfe, die sich bereits in den Gedanken eingelebt hatten, durch diese Genossenschaften das verlorene Terrain wieder zu gewinnen, in nicht geringe Verlegenheit gesetzt. So ist im Grunde augenblicklich alles froh, daß der Wortlaut des Gesetzes es möglich macht, die Entscheidung bis zum November 1907 hinauszuschieben; denn was kann nicht alles bis dahin in dem schnell lebenden Frankreich von heute geschehen sein?

Mit großem Jubel ist in Paris die Okkupation der Oasen von Bilma begrüßt worden, und es scheint, daß die Einnahme von Tibesti das nächste Ziel sein soll. Die Franzosen haben mit großem Erfolg eine neu organisierte Kamelreiterei bei der Einnahme von Bilma benutzt, und gewiß wird die französische Kammer wegen der Kosten der Expedition des Leutnants Crépin nicht rechten. Alles, was zur Ausbreitung und Festigung der französischen Macht dient, kann im voraus sicher sein, Beifall zu finden. Seit Jules Ferry wegen der hinterindischen Expedition fiel, ist keiner der französischen Konquistadoren im Stich gelassen worden und niemals hat man es an Mitteln fehlen lassen, das Errungene auszubauen. Im Gegenteil, die Regierung kann dem Eifer der Nation kaum genug tun. Daß, wie bei uns, das Notwendige von einem Reichstage verweigert wird, ist in Frankreich ebenso undenkbar wie in England, und deshalb ist ihre Kolonialpolitik auch so viel kräftiger und erfolgreicher als die deutsche. Wie weit diese Neuerwerbungen Frankreichs haltbar sind, ist freilich eine andere Frage. Der Rechtsanspruch ist außerordentlich unsicher. Er ruht auf der französisch-englischen Konvention vom 21. März 1899, in der, nach dem Triumph von Faschoda, England das gedemütigte Frankreich durch eine Teilung Nordafrikas abfand, in welcher England verschenkte, was ihm nicht gehörte. Auch ist dieser Vertrag vom

21. März 1899 nicht international anerkannt worden. Wenn wir nicht irren, hat sogar die Pforte einen ausdrücklichen Protest erhoben. Die moslemischen Berbern gelten ihr als zum türkischen Reich gehörig. Daß dieser Protest praktische Bedeutung gewinnen sollte, ist freilich ausgeschlossen. Wohl aber liegt für Frankreich in dieser Häufung islamischer Gebiete eine Zukunftsgefahr, die bedenklich werden kann, wenn einmal der Fanatismus der Moslemin, der schon lange in gärender Erregung ist, den Führer findet, auf den er hofft. Übrigens gelten diese Oasen sämtlich als zur Macht- und Einflußsphäre von Tripolis gehörend, und insofern stehen sie dem Herzen Italiens nahe. Aber Italien hat geschwiegen; das liegt an der Gesamtrichtung seiner Politik, die neuerdings ihre Schärfen nach Osten zu richten beginnt. Ein Artikel des Turiner „Stampa" ist in dieser Hinsicht lehrreich, er bezeichnet die österreichisch-italienischen Beziehungen direkt als ernste, beklagt die letzten Manöver der österreichischen Flotte (aber wo soll Österreich-Ungarn manövrieren, wenn nicht in der Adria) und ist voller Galle wegen italienisch-dalmatinischer Zänkereien in Zara und Fiume. Wir denken, das alles zieht vorüber, zumal Kaiser Franz Josef, wie allbekannt ist, auf gute Beziehungen beider alliierter Mächte den größten Wert legt. Daß bei diesen, hoffentlich bald schwindenden Verstimmungen auch Gegensätze orientalischer Politik mitspielen, ist nicht wahrscheinlich. Österreich-Ungarn hält nachdrücklich am Status quo, und hat alle Aussicht, ihn aufrecht zu erhalten. Von italienischer Politik auf der Balkanhalbinsel aber könnte erst die Rede sein, wenn eine allgemeine Umwälzung der bestehenden Ordnungen eintreten sollte. Und trotz aller Balkanwirren spricht die Wahrscheinlichkeit wieder dafür, daß nach wie vor alles beim alten bleibt. Trotz der Fortdauer bulgarisch-griechischer und griechisch-bulgarischer „atrocity's" — um das alte Gladstonesche Wort zu brauchen —, ist das gewiß auch wünschenswerter als die Weltkrisis, die mit einem wirklichen Aufrollen der orientalischen Frage verbunden wäre. Für den Frieden spricht die Neigung des Sultans. Das Gerücht von einem griechisch-türkischen Bündnis war völlig aus der Luft gegriffen. Der Sultan hat vielmehr wegen des Treibens der griechischen Banden in Mazedonien sehr ernste Verwahrung in Athen eingelegt. Für den Frieden spricht auch der nahende Winter und die, wie behauptet wird, wenig militärische Anlage des Fürsten Ferdinand. Er ist mehr

Diplomat als Soldat, und weiß sehr wohl, daß bei jeder gegen den Willen der Großmächte vorgenommenen kriegerischen Aktion ihm sehr bald unüberwindliche Schwierigkeiten entgegentreten würden. Von einer von Serbien ausgehenden allgemeinen Krisis kann aber vollends nicht die Rede sein, da Serbien noch immer durch die Folgen der nicht ausreichend gesühnten Ermordung König Alexanders und seiner Gemahlin gelähmt wird und an eine mehr als passive auswärtige Politik nicht denken kann. So bleiben noch Montenegro und Griechenland. Ersteres hat infolge der russischen Revolution seinen wesentlichsten Halt verloren, und die italienische Heirat hat ihn nicht ersetzen können; Griechenland aber ist ziemlich genau in derselben Lage wie Bulgarien, nur militärisch schwächer als dieses. Die Ersetzung des Prinzen Georg durch Zaimis als Statthalter von Kreta ändert an der allgemeinen Lage nichts. Die Provisorien dauern weiter, und mit denselben Worten ließe sich wohl auch die Gesamtheit der europäisch-orientalischen Frage charakterisieren. Die einzige Wandlung liegt darin, daß der fast ganz wegfallende russische Druck eine Stärkung der hohen Pforte bedeutet, die dazu in Kleinasien durch die Auswanderung zahlreicher Mohammedaner aus dem Kaukasus beträchtlichen Gewinn an zuverlässigem Menschenmaterial gehabt hat und noch ferner gewinnen wird.

Die kubanischen Angelegenheiten stehen im Augenblick an einem Wendepunkt. Präsident Roosevelt hat, ohne die Rückkehr des Staatssekretärs Root aus Südamerika abzuwarten, einen Ministerrat abgehalten, auf dem beschlossen worden ist, den Staatssekretär Taft (Krieg) und den Stellvertreter Roots, Bacon, über Keywest nach Kuba zu schicken, um dort eine Vermittlung zwischen den Insurgenten und der Regierung herbeizuführen. Er hat dabei, in Form eines Briefes an den kubanischen Gesandten in Washington, Sennor Quesada, einen Aufruf an die Kubaner gerichtet, der keinen Zweifel darüber läßt, daß der Präsident ein bewaffnetes Eingreifen in die kubanischen Angelegenheiten nicht wünscht. Die Politik der Vereinigten Staaten verlange nichts als die weitere gedeihliche und friedliche Entwicklung der Insel; nur wenn die Insurrektion chronisch werde, wenn die Nation zeige, daß sie sich selbst zu regieren unfähig sei, und der Kampf der Parteien zu anarchischen Zuständen führe, werde sich die Anwendung von Gewalt nicht vermeiden lassen. Der Brief schließt

mit einem pathetischen Appell an den Patriotismus der Kubaner und mit der kategorischen Forderung, die Feindseligkeiten sofort einzustellen.

Mr. Taft, der schon in den Philippinen und in Panama als geschickter und besonnener Vermittler in kritischer Zeit fungiert hat, hat diesmal neben seiner großen persönlichen Autorität außerordentlich starke Argumente zur Unterstützung seiner Ratschläge zur Hand: die Kriegsschiffe „Des Moines", „Denver", „Mariette", „Cleveland" „Tomaca" und „New-Wark", und dazu recht beträchtliche Streitkräfte, die, falls die Mission Taft-Bacon scheitern sollte, bestimmt sind, nach Kuba transportiert zu werden. Nun meldet das freilich wenig zuverlässige Bureau Laffan, daß Präsident Palma am 14. d. vor den Mitgliedern seines Kabinetts und einigen Abgeordneten feierlich erklärt habe, daß, wenn der Kongreß nicht zusammentrete, um zu tun, was seine Pflicht sei, er seinerseits nicht besser beweisen könne, daß er sein Vaterland liebe, als indem er Kuba der großen Nation übergebe, die das Land vom spanischen Joch befreit und es auf den Weg der Freiheit und des Fortschritts geführt habe.

Unmöglich ist es nicht, daß Palma sich mit solchen Absichten trägt, und daß die Haltung der Liberalen, die offenbar in Beziehungen zu den Insurgenten stehen, ihn zu diesem verzweifelten Gedanken treibt, aber nach der Stellung, die der Präsident Roosevelt eingenommen hat, ist bis auf weiteres die Annahme eines solchen Anerbietens ausgeschlossen. Seither ist nun ein faktischer Stillstand zwischen Insurgenten und Regierung abgeschlossen worden, und es ist nicht undenkbar, daß er zu einem wirklichen Frieden führt. Wahrscheinlich aber ist es nicht, und unter allen Umständen scheint die Stellung des Präsidenten Palma so sehr erschüttert, daß er wohl als Opfer fallen wird. Die Frage ist dann nur noch, welcher Lohn den Vereinigten Staaten für ihre Vermittlung zufallen wird. Aller Wahrscheinlichkeit nach wird er auf handelspolitischem Gebiet gesucht werden.

In Rußland läßt sich eine Abnahme der revolutionären Bewegung keineswegs konstatieren. An einzelnen Revolutionsherden, wie in Polen und in den baltischen Provinzen, hat das Morden und Rauben sogar noch zugenommen. In Polen steht wenigstens ausreichend Militär, um das Äußerste abzuwenden; was in den

baltischen Provinzen vorhanden ist, genügt nicht annähernd. Die neueste Parole geht dahin, alle Pastoren zu ermorden, und wenn nicht bald geholfen wird, liegt die sehr ernste Gefahr vor, daß der ruchlose Beschluß der Revolutionäre ausgeführt wird, da die Prediger es für Pflicht halten, auf ihren Pfarren zu bleiben. Die grausame Ermordung des Propstes Zimmermann und seiner vorher gemarterten Frau zeigt, welches Schicksal sie erwartet. Der neueste Plan ist, das Ritterhaus in Riga während des demnächst zusammentretenden Adelskonvents in die Luft zu sprengen! Nun ist es allerdings in voriger Woche gelungen, das Hauptquartier der Sozialrevolutionäre in Riga zu entdecken, und, wie es scheint, die wichtigsten Führer gefangen zu nehmen, da aber auch danach die Morde und Überfälle fortdauern, ist das Ende nicht abzusehen. Das furchtbare Gemetzel in Siedletz ist, wie feststeht, durch das systematische Niederschießen von Polizisten und einzelnen Soldaten provoziert worden. Siedletz ist einer der Hauptsitze des „Bund", der ja die Parole ausgegeben hat, hohe und niedere Schutzbeamte umzubringen. Die auf das äußerste erbitterten Soldaten haben rücksichtslos alles niedergemacht, was revolutionär war, oder zu den Revolutionären zu gehören schien, gewiß auch viele Unschuldige neben den Schuldigen, auch ungescheut geraubt und geplündert. In solchen Zeiten schreitet Verrohung und Verwilderung stetig fort, und der Höhepunkt ist vielleicht noch lange nicht erreicht. In Siedletz sind als Opfer fast nur Juden gefallen; in ihnen sieht das Volk die eigentlichen Träger der terroristischen Gewalttaten, und es läßt sich mit Sicherheit vorhersehen, daß Bialystok und Siedletz nicht die letzten Schauplätze blutiger Volksrache sein werden, da die gleiche Stimmung durch ganz Süd- und Westrußland geht. Vielleicht wird die kräftige Hand des Generals v. Rennenkampf, der an Skalons Stelle als Generalgouverneur in Warschau einziehen soll, etwas Sicherheit für Leben und Eigentum schaffen können. In Livland wartet man mit Sehnsucht auf einen Wechsel an den Spitzen der Verwaltung, bisher ist aber alles beim alten geblieben. Das Gerede von einer bevorstehenden Reaktion hat keinerlei Fundament. Es heißt sogar, daß der Ministerpräsident Stolypin sich mit der Absicht trägt, von sich aus, ohne Duma, das Wahlgesetz in noch liberalerem Sinne umzubilden, was gewiß ein schwerer Mißgriff wäre, vor dem nicht ernstlich genug gewarnt werden kann. Es

zeigen sich aber jetzt die ersten Anzeichen, daß die noch vorhandenen besonnenen Elemente sich zusammenschließen wollen. Der Führer des Verbandes vom 17. Oktober, Gutschkow, ist bemüht, seine Partei mit dem „Verbande der friedlichen Erneuerung" zu verschmelzen, während er jede Verständigung mit den sogenannten Kadetten ablehnt. Diese ihrerseits gehen immer entschiedener in das revolutionäre Lager über. Sie wollen demnächst einen Kongreß in Stockholm abhalten, da ihnen Stolypin die Eröffnung eines Kongresses in Petersburg verweigert hat. Solange sie auf dem Boden des Wyborger Aufrufes stehen bleiben, hätte keine Regierung, die sich nicht selbst vernichten will, die Erlaubnis erteilen können.

Sehr erfreulich ist es, daß der Moskauer Historiker Professor Guerrier den Mut gefunden hat, in einem offenen Brief an Gutschkow gegen die Duma Partei zu ergreifen. Über den Hauptgrund ihrer Mißerfolge, sagt er, kann kein Zweifel sein. Sie wollte nicht im Rahmen ihrer gesetzlichen Befugnisse bleiben, sondern sich zum Herrn der gesetzgebenden Gewalt machen und die Regierung an sich reißen. Sie ging von der irrtümlichen Vorstellung aus, daß in parlamentarischen Staaten bei Meinungsverschiedenheiten zwischen der Majoritätspartei und den Ministern, die letzteren zurückzutreten hätten. Aber es sei überhaupt falsch, auf Rußland mechanisch die Formen des westeuropäischen Staatslebens übertragen zu wollen. Rußland brauche eine starke innere Politik, die von den Reden zufälliger Oratoren, von Abmachungen in den couloirs oder von einem zufälligen „bloc" der Parteien unabhängig sein müsse. Das gelte zumal von der gegenwärtigen Zeit, da das Volk weniger durch politische Ideen als durch soziale Interessen erregt sei, da Hunderttausende die Schwächung der gesellschaftlichen Ordnung zu wilden Räubereien ausnutzten, Hunderte von intelligenten Menschen von einer epidemischen Manie ergriffen seien, welche an die finstersten Ausgeburten religiöser Sektiererei erinnere, eine Manie, die sich in Menschenopfern vor einem Götzen und in rasender peinvoller Selbstvernichtung äußere. Jede Parteiregierung werde unter solchen Verhältnissen das Übel nur verschlimmern. Das Ganze mündet in die Aufforderung an die Partei vom 17. Oktober aus, an dem damals verliehenen Programm festzuhalten, und wie Gutschkow in seinem Aufruf gesagt habe, die Einheit zwischen Monarchen und Volk zu behaupten. Für die politische Erziehung des Volkes sei

sehr wenig in früheren Zeiten geschehen, seit Beginn der Revolution aber sei alles geschehen, um ihm das Urteil völlig zu rauben. „Die russische Gesellschaft ist sich noch gar nicht klar darüber, was sie alles durch die verliehene Konstitution gewinnen kann, und lebt meist in Illusionen!"

Das alles ist sehr richtig und beherzigenswert, aber wir glauben nicht, daß der Geisteszustand, in dem die Nation sich bewegt, sie befähigt, so einfache Wahrheiten zu verstehen. Noch beherrscht der „nisus destructivus", wie Viktor Hehn es nannte, die Massen und die einzelnen, und diese Instinkte müssen gebändigt werden, ehe es besser werden kann.

20. September. Silberhochzeit des Großherzogs von Baden.
22. September. Zaimis wird als Generalgouverneur von Kreta anerkannt.
23. September. Parteitag der Sozialdemokraten in Mannheim unter Teilnahme russischer Revolutionäre. Lynchung von Negern in Atalanta.
24. September. Verurteilung einer meuternden Kompagnie des Jekaterinenburger Regiments zur Zwangsarbeit.

---

26. September 1906.

Die Unruhen in Casablanca und ihre Folgeerscheinungen haben bei den meistbetroffenen Franzosen große Erregung hervorgerufen. Daß dabei der alte Groll, den das Scheitern der Delcasséschen Pläne als Niederschlag zurückgelassen hat, recht unliebenswürdigen Ausdruck findet (vgl. „Débats": la conférence d'Algesiras, provoquée par la politique allemande qui a si peu favorisé les intérêts des étrangers au Maroc), nehmen wir mit Fassung hin. Enttäuschte Politiker pflegen ein historisches Verdikt länger zu schelten, als nach dem Sachsenspiegel dem unterlegenen Teil gestattet ist. Aber es ist doch nützlich, einmal klipp und klar den Unterschied zu formulieren, der zwischen unserer Auffassung des marokkanischen Problems und der französischen besteht. Wir sind der Meinung, daß die Gebiete des Islam überhaupt keinen Boden für europäische Kolonisation darstellen und daß die Beziehungen Europas zu den islamischen Staaten sich darauf beschränken sollten, gesicherte wirtschaftliche Beziehungen herzustellen, nicht mehr aber auch nicht weniger. Dieses Ziel ist nicht zu erreichen, sobald die mohammedanische Welt mit Recht den Verdacht hegt, daß es darauf abgesehen ist, ihr die politische Selbständigkeit und ihre besondere, mit dem Islam durch ungezählte Fäden verbundene Kultur zu nehmen, und sie durch europäische Lebensformen zu ersetzen. Frankreich ist von jeher anderer Ansicht gewesen; das zeigt die Geschichte der französischen Kolonisation in Nordafrika bis zurück in die Tage Ludwigs des Heiligen, während die deutsche politische Tradition an Friedrich II. anknüpft, der als erster den Gedanken friedlicher Verständigung auf der Basis gegenseitiger Duldung vertreten hat. Doch wir wollen uns nicht in historische Erinnerungen

verlieren. Jene alten Zusammenhänge sind längst unterbrochen und auf die gesta Dei per Francos wird das heutige Frankreich am allerwenigsten sich berufen wollen. Was von französischer Seite heute wie ehemals als quantité négligeable betrachtet worden ist, ist der Pulsschlag politisch-religiösen Empfindens im Islam und unter seinen Bekennern. Wir schätzen ihn sehr hoch ein und sind überzeugt, daß die systematische Mißachtung dieses Faktors einmal zu einer Erhebung des Islam gegen seine Bedränger führen wird. Als die Delcassésche Politik, die noch heute am Quai d'Orsay fortlebt, sich offen dazu bekannte, das System der Aufsaugung Nordafrikas auch auf Marokko zu übertragen, stand die Welt unmittelbar vor dem Ausbruch einer Bewegung, die alles bedrohte, was an Christen in Marokko lebte. Erst als Kaiser Wilhelm durch seinen Einritt in Tanger am 30. März 1905 die akute Form der Delcasséschen Politik zum Scheitern brachte, ward diese Gefahr beseitigt. Im Grunde hat also niemand mehr Anlaß, ihm dafür dankbar zu sein, als Frankreich. Es gewann die Möglichkeit, von einer verhängnisvollen Politik abzustehen und die Konferenz von Algeciras hat dazu die Wege noch mehr geebnet. Eine machiavellistische Politik, wie man sie uns zumutet, hätte ruhig angesehen, wie Frankreich sich immer tiefer in das marokkanische Abenteuer verwickelte, das doch noch weit gefährlicher ist, als es einst das algerische war. Die Ermordung des Inspektors Dubois und des Brigadegenerals Barbier hat aber bewiesen, daß auch dort noch das Feuer unter der Asche weiter glimmt. Das alles sollte um so mehr Anlaß geben, die Zweckmäßigkeit der nordafrikanischen Politik Frankreichs einer Revision zu unterziehen, als das Vorgehen Frankreichs gegen Bilma und die angekündigte Annexion von Tibesti auch ihrerseits dazu beigetragen haben, die Vorstellung von der Einheit aller islamischen Interessen in Nordafrika zu festigen. Die Rückwirkung dieser Tatsachen müssen früher oder später die an Nordafrika und am nahen Orient interessierten Mächte spüren, vor allen nächst Frankreich die Engländer, für welche die Behauptung ihrer Stellung in Ägypten eine Lebensfrage ist, während Frankreich in Marokko eine Luxuspolitik nationaler Eitelkeit treibt. Allen gegenwärtigen Schwierigkeiten und Verwicklungen in Marokko wäre der Stachel genommen, sobald man in Fez die Sicherheit hätte, daß die Delcasséschen Pläne aufgegeben sind und daß Europa in der Tat

nichts anderes anstrebt, als in Sicherheit einen friedlichen Verkehr mit dem Sultan und seinen Untertanen aufrecht zu erhalten. Infolge der besonderen Stellung, welche die Konferenz von Algeciras den Franzosen eingeräumt hat, trifft aber jeder Mißgriff, den ihre Politik macht, auch die übrigen an der Aufschließung Marokkos beteiligten Mächte, und das ist es, was wir bedauern.

In einem sehr sorgfältig gearbeiteten Artikel, den Jaques Bardoux in den „Débats" veröffentlicht, wird bei Charakterisierung der antienglischen Bewegung in Indien dieses Thema behandelt. Seine Quellen sind ein Aufsatz in „Blackwoods Magazine" und ein uns ebenfalls vorliegender Brief aus Indien, der in der „National Review" abgedruckt ist. Sie bestätigen, was wir gleich nach Abschluß des englisch-japanischen Bündnisses ausführten, daß das Beispiel Japans wesentlich dazu beigetragen hat, das Selbgefühl der Hindus zu steigern, und daß sie in der Tat sich mit der Hoffnung tragen, eines schönen Tages der englischen Herrschaft ledig zu werden. Nun ist daran für absehbare Zeit gewiß nicht zu denken, wohl aber läßt sich mit Sicherheit vorhersagen, daß der nationale Gegensatz stetig zunehmen und der englischen Regierung erhebliche Unannehmlichkeiten bereiten wird. Die Presse, namentlich die in indischer Sprache erscheinende, führt eine direkt aufrührerische Sprache, wie die von der „National Review" aufgeführten Beispiele beweisen. „Die Tyrannen" — so heißt es in einem dieser Artikel — „sollten sich dessen bewußt sein, daß, wenn Indien in seinem Kampf gegen den Despotismus siegreich sein sollte, sie schwerlich Zeit finden werden, aus dem Lande zu flüchten." Oder an anderer Stelle: „Da wir nun einmal heute oder morgen sterben müssen, ist es doch besser, daß wir unsterblichen Ruhm erwerben und den Tod im Dienst für unser Vaterland finden."

Sehr merkwürdig ist nun, daß als weiteres Moment, das diese antienglischen Bestrebungen ermutigt, die russische Revolution sich geltend macht. Bald nach der Ermordung des Großfürsten Sergej wurde Lord Curzon in nicht mißzuverstehender Weise mit dem gleichen Schicksal bedroht. Der Vizekönig dachte vornehm genug, um diese Drohung völlig unbeachtet zu lassen. Weit wichtiger aber war es, daß die Hindu aus der infolge des Generalstreiks gewährten Berufung der Duma den Schluß zogen, daß sich auf gleichem Wege auch ähn-

liche Resultate werden erzielen lassen. „Wir haben" — sagen sie — „immer geglaubt, daß wir ohne Waffen nichts tun könnten. Nun aber haben die Russen unbewaffnet, durch ihre passive Haltung, die Regierung gezwungen, ihnen die Duma zu geben. Wenn sie das konnten, weshalb nicht auch wir?"

Das Zentrum der indischen Unruhen ist der indische Nationalkongreß, der sich alljährlich in einer der großen Städte versammelt und durch die Resolutionen, die hier gefaßt werden, einen ungeheueren Einfluß auf die öffentliche Meinung des Landes ausübt. Früher maßvoll und loyal ist er neuerdings der Träger dessen geworden, was die Engländer den „Unrest of India" nennen. Der vielgenannte Surendra Nath Banerjee ist der einflußreichste Mann in diesen Kreisen, aber noch lange nicht der radikalste, und gerade diese radikalen Elemente nehmen stetig zu. „Die Erbitterung, die plötzlich in Indien so stark geworden ist" — schreibt der Gewährsmann der „National Review" — „betrifft das Ganze unserer indischen Stellung. Auf Dankbarkeit für den Frieden und das Gedeihen, die Indien durch das englische Regiment zuteil geworden sind, ist nicht zu rechnen. Dafür kann Ägypten als Beweis dienen. Die materiellen Segnungen, die Ägypten der englischen Kontrolle zu danken hat, fühlt jeder Bauer am Nil, und jeder Ägypter in mittleren Jahren muß wissen, wie viel ungünstiger alles vor 20 Jahren stand. Und doch ist Ägypten heute in Aufruhrstimmung. In Indien sind die Wandlungen, die sich vollzogen haben, weit weniger sichtbar, das Volk aber wird fortwährend an ein mythisches goldenes Zeitalter gemahnt, das angeblich unter einheimischer Herrschaft vor Ankunft der Engländer bestanden hat. Ich will nur sagen, daß dies Tatsachen sind, und der einzig mögliche Schluß ist, daß sie fortdauern werden, vielleicht sich steigernd, und daß stets mit ihnen zu rechnen sein wird. Das macht die Last des Reiches nicht leichter. Auch sage man nicht, daß vielmal 10 Millionen der Bevölkerung von diesen Einflüssen und Bewegungen unbeeinflußt geblieben sind. Das ist in Wirklichkeit nicht ganz zutreffend, und unter allen Umständen gilt es nicht von der ungeheuren Majorität." Der tröstende Schluß des Briefes weist darauf hin, daß der Panislamismus nichts mit dieser Bewegung zu tun habe, und auch Jaques Bardoux schließt sich dieser Argumentation an. Völlig überzeugt hat uns keiner von beiden, denn es ist Tatsache, daß eine starke Aktion

im Werk ist, um beide Bewegungen, die der Hindus und die der indischen Mohammedaner, zu verbinden. Diese Aktion geht von Japan aus, wie wir schon neulich andeuteten. Ein in Japan unter dem Titel „India needs freedom“ (Indien braucht Freiheit) gedrucktes Flugblatt, mit dem Motto „Learn that you want to be Independent“ (lerne, daß du unabhängig sein mußt) wendet sich ausdrücklich an die mohammedanischen Truppen Englands. „Ihr habt vergessen, daß die jetzige Regierung fremd und nicht national ist, und daß deshalb ihre Gesetze unser Volk nicht binden. Es ist keine rechtmäßige Regierung. . . . Denn welches Recht hat das englische Parlament, uns Gesetze aufzunötigen.“ Das Ziel müsse eine indische Republik sein, als Einheits- oder Föderativstaat, in welchem Mohammedaner und Hindus Hand in Hand gegen den gemeinsamen englischen Feind zusammenwirken.

Natürlich sind das zurzeit noch ohnmächtige Wünsche, aber sie zeigen doch, was befürchtet werden muß, und daß es außerordentlich kurzsichtig wäre, alle diese Möglichkeiten unbeachtet zu lassen. Zu der religiösen Erregung der mohammedanischen Welt kommt das ungeheuer gestiegene Selbstbewußtsein der ost- und mittelasiatischen Völker, und so töricht es heute noch scheinen mag, auch die Erwägung, ob, was mit Rußland geschah, nicht auch an anderen europäischen Nationen auf asiatischem Boden sich wiederholen könnte. Gewiß geben auch die Reformbestrebungen in China zu denken. Es ist die Frage aufgeworfen worden, ob sie nicht zu anarchischen Zuständen führen müssen, und man ist geneigt, über das geplante chinesische Parlament zu spotten. Wir meinen, daß diese Bestrebungen doch sehr ernst zu nehmen sind. Schon die Aufhebung der alten literarischen Konkurrenzexamen (2. September 1905) bedeutete eine Befreiung der Nation von tausendjährigen Fesseln: die Erschließung des Landes durch Eisenbahnen und neue Straßen, die Öffnung der Häfen, die Neuformierung und Bewaffnung der Armee, das Herüber und Hinüber von Japan nach China und von China nach Japan, der Versuch, den Zolldienst in die eigenen Hände zu nehmen, ganz neuerdings (21. September) das Dekret, welches bestimmt, daß nach zehn Jahren der Opiumhandel völlig beseitigt werden soll, und eine Reihe größerer und kleinerer Wandlungen, die sich fast unbeachtet vollzogen haben, das alles sind die Symptome einer anbrechenden neuen Zeit, die, wenn sie heute vornehmlich die Peripherie des Reiches in Mit-

leidenschaft zieht, doch unvermeidlich das Ganze erfassen muß. Es mögen wohl nach Jahre darüber hingehen, ehe die Bewegung ihren ersten Abschluß findet, und es ist keineswegs ausgeschlossen, daß große Erschütterungen die Wandlung begleiten werden, daß der alte Gegensatz zwischen Chinesen und Mandschus unter der dekadenten Dynastie zu einer Katastrophe führt, welche den Chinesen das Kaisertum wiederbringt — das alles ist denkbar, aber undenkbar ist das eine, daß China wieder in den alten Ohnmachtsschlummer zurückfällt. Und auch damit wird die nichtasiatische Welt zu rechnen haben. Die Parole: China den Chinesen! ist ein Kriegsruf, wenn nicht für uns, so doch für unsere Kinder und Enkel.

Demgegenüber machen die Verhandlungen des letzten Friedenskongresses in Mailand einen unwiderstehlich komischen Eindruck. Da trägt ein Mr. Dumas darauf an, daß die schiedsrichterlichen Entscheidungen der Haager Konferenz durch Zwangsmaßregeln oktroyiert werden sollen, und fast ebenso abenteuerlich ist der Antrag eines anderen Friedensfreundes, der für einen bestimmten Zeitraum die Mächte verpflichten will, ihre Land- und Seemacht nicht zu vergrößern. Heer und Flotte werden alle Zeit im Verhältnis zu den Aufgaben stehen, die einem Staate seine Schutzpflichten und seine politische Ehre stellen, und darüber kann kein noch so wohlwollendes Schiedsgericht sich ein Urteil anmaßen, es müßte denn die Regierung der Welt in die eigenen Hände nehmen können — wozu bisher glücklicherweise keinerlei Aussicht vorhanden ist. Diese wohlwollenden Bestrebungen, die zugleich einen Programmpunkt der sozialistischen, kommunistischen und anarchistischen Sozietäten bilden, schlagen in der Praxis des politischen Lebens in ihr Gegenteil um. Wie das geschieht, hat ja der Mannheimer sozialdemokratische Parteitag gezeigt, der sich nicht entblödet hat, die bluttriefende Rede des russischen Terroristen Rotter (offenbar ein fingierter Name) mit stürmischem Beifall zu begrüßen, als er sagte, seine Parteigenossen hätten „die Polizei von den schädlichsten Elementen befreit". Befreit, d. h. sie haben die unglücklichen Opfer ihres gewissenlosen Blutdurstes hinterlistig ermordet! Aber der Abgeordnete Singer hat ja erklärt, es sei ihm eine Ehre, diese Leute als seine Gäste begrüßen zu können, und damit nur bestätigt, daß die großen Geldsummen, welche seine Partei zur Bewaffnung der russischen Revolutionäre zusammengebracht hat,

bestimmt gewesen sind, Mördern ihr Werkzeug zu schaffen. Herr Rotter bedankte sich auch dafür, daß die Terroristen einen großen Teil ihrer Schriften aus dem Verlage der deutschen Sozialdemokratie (also offenbar des „Vorwärts"-Verlages) hätten beziehen können. Wir werden wohl noch andere Reden gleicher Färbung zu hören bekommen, wenn nicht unsere Regierung sich entschließt, diese gewiß „lästigen" Ausländer in ihre Heimat zurück zu befördern. In Deutschland sollte doch wahrhaftig für dieses Volk mit seinen ansteckenden moralischen Krankheiten kein Raum sein. Herr Rotter gehört zu den polnischen Terroristen (das Referat des „Vorwärts" führt ihn nur als Sozialdemokraten auf, aber der nicht revidierte Bericht der „B. Z." gibt die richtige Bezeichnung, die durch die Rede Rotters bestätigt wird!) vielleicht öffnet es den noch nicht völlig unter Herrn Singers Suggestion stehenden Mannheimer Genossen die Augen, wenn wir hier die Liste derjenigen „schädlichsten Elemente" hersetzen, von denen die Parteigenossen des Herrn Rotter die Polizei in Siedlez befreit haben: 22. März 1905 den Wächter Tschawkin durch einen Schuß in den Rücken, er hat eine Frau und vier Kinder hinterlassen; 10. April den Wächter Olshewski durch einen Schuß in den Kopf; 11. Mai durch eine Bombe den Polizeimeister Schedewre schwer verwundet; 4. Juni Wächter Konst durch einen Stich in den Hals schwer verwundet; 9. Juli Wächter Moschitz von hinten erschossen; 16. Juli Wachtmeister Pschalewski ermordet; 7. August Wächter Titow bei der Synagoge erschossen, hinterläßt eine Witwe und sieben Kinder; 9. August Landwächter Maksimuk mit einem Messer am Kopf verwundet; 5. Dezember Unteroffizier Borodnik erschossen, er hinterläßt eine Frau und sieben Kinder. 1906, den 20. April eine Bombe gegen die Wohnung des Rittmeisters Petischow; 19. April eine Bombe gegen das Kreditinstitut geworfen; 7. Mai die Wächter Pastuschuk und Jakimowitsch durch Messerstiche verwundet; 20. Mai Landwächter Lawentschik ermordet; 28. Mai Bürgermeister Mirowitsch erschossen, Kanzleidirektor Chwoschtschenko und Polizeibeamter Murowski durch Revolverschüsse verwundet; 30. Juni tödlich verwundet Landrichter Golub; 27. Juli verwundet die Wächter Michaltschek und Jakuschin; 14. Juni ermordet der Wächter Grinke. 3. August durch fünf Kugeln verwundet der Wächter Woljek; 8. August Polizeimeister von Siedlez Hauptmann Golzew durch eine Bombe umgebracht!

Das war das Martyrologium von Siedlez bis unmittelbar vor den blutigen Kämpfen, die durch neue Mordanschläge der Terroristen veranlaßt, so viele Opfer gekostet haben und deren moralische Schuld unzweifelhaft ihnen, den Terroristen, keineswegs den aufs äußerste gereizten Soldaten zufällt, die schließlich bei Erfüllung ihrer Pflicht nicht mehr fähig waren, zwischen Schuldigen und Unschuldigen zu unterscheiden. Es kann nach den in den russischen Zeitungen jetzt vorliegenden ausführlichen Berichten unbefangener Männer gar nicht mehr bezweifelt werden, daß es die Mitglieder des jüdischen Bundes gewesen sind, die durch den Versuch, die Stadt von ihrer Polizei zu „befreien", das ganze Unheil heraufbeschworen haben. Die Judenschaft selbst hat es anerkannt, indem sie dem Gouverneur durch eine Deputation erklären ließ, daß ihr Kahal beschlossen habe, über jeden den Cherem (Bann) zu verhängen, der in Zukunft einen Revolutionär bei sich verberge.

Überblickt man die Gesamtlage in Rußland, so gewinnt man den Eindruck, daß es im eigentlichen Großrußland ruhiger geworden ist. Handel und Wandel sind in lebhafter Bewegung, in Moskau regt sich eine ungewöhnliche Baulust, auf den Feldern und in den Fabriken wird gearbeitet. Um so schlimmer steht es in allen Grenzprovinzen. Ist in Petersburg äußerlich von der revolutionären Bewegung nichts zu bemerken, so zeigen doch neue Verhaftungen, daß man Anschläge befürchtet, die, wie die englischen Zeitungen berichten, gegen das Leben des Kaisers gerichtet waren und bei der Bestattung des Generals Trepow zur Ausführung kommen sollten. Die Unsicherheit in Livland und Kurland steigert sich wieder, und während die Räuberbanden der Terroristen wohl bewaffnet sind, werden den Bemühungen der Deutschen, sich mit Waffen zu versehen, die üblichen bureaukratischen Hindernisse in den Weg gelegt. Man weiß wirklich nicht mehr, wie man dieses Verhalten der örtlichen Regierungsorgane bezeichnen soll. Im Effekt kommt es einer Beförderung von Raub und Mord gleich. Die Ermordung des deutschen Reichsangehörigen Fabrikanten Schmidt ist bis zur Stunde noch ungesühnt, so daß die Machtlosigkeit der Staatsgewalt oder die erstaunliche Unfähigkeit ihrer Organe uns wieder einmal in schmerzlicher Weise dargetan ist. Vielleicht vermag der neue Minister des Auswärtigen, Herr Iswolski, dem diese Dinge doch sehr ernste Sorge machen müssen, Rat zu

schaffen. Rußland kann sich doch unmöglich in einem Atem mit Marokko nennen lassen!

Litauen ist verhältnismäßig ruhig, um so schlimmer aber sieht es in Polen und in den südwestlichen und südlichen Provinzen aus, also in dem ganzen sogenannten Judenrayon und im Kaukasus. Es ist kaum begreiflich, wie nach den Erfahrungen der letzten Monate die konstitutionellen Demokraten noch an ihrem, auf allgemeines Stimmrecht und Expropriierung gerichteten Programm festhalten können. Sie sind eben unbekehrbare Doktrinäre und eben deshalb immer mehr zu Werkzeugen der staatsauflösenden Elemente geworden. Der Ministerpräsident Stolypin hat in der kurzen Zeit seiner Waltung weit mehr und weit fruchtbarer gearbeitet als sie alle zusammengenommen, und namentlich die beiden hauptsächlichsten Reformfragen, von denen er eine Beruhigung der Gemüter erhofft: die Agrarreform und rechtliche Gleichstellung der Juden mit entschlossener Hand angefaßt. Von den Kronsländereien sind $3^1/_2$ Millionen Deßjätinen Wald und gegen 4 Millionen Deßjätinen Ackerland durch Gesetz vom 28. August a. St. den Bauern zum Ankauf bereitgestellt worden, und es wird auch tatsächlich viel gekauft. Da außerdem zahlreiche Privatbesitzer ihre Güter parzellieren, könnte der Landnot wirklich abgeholfen werden, wenn die Bauern arbeiten und rationell wirtschaften wollten. Dazu ist freilich zunächst die Hoffnung nur gering.

Die Wiederaufnahme des Unterrichts an Schule und Universität ist zwar dekretiert worden, zunächst aber hören wir nur von stürmischen Versammlungen und ungeheurer Anmaßung der Studenten. In Petersburg z. B. wurde am 20. September beschlossen, aus der Reihe der Professoren sieben als unerwünscht zu streichen, eine spätere Versammlung begnadigte dann fünf der Herren, aber zwei, der Professor Konowalow und der Privatdozent Nikolski wurden wegen ihrer politischen Gesinnung als dem studentischen Boykott verfallen erklärt. In derselben Versammlung erklärten die studentischen Kommunisten-Anarchisten, daß sie sich als Partei in der Universität konstituiert hätten und für ihre Presse eine Abgabe erheben würden. Da die Herren Kommunisten sind, wird man den übrigen Studenten nur raten können, vorsichtig zu sein, damit ihre Taschen nicht expropriiert werden. Auf einer Versammlung der Studenten des polytechnischen Instituts, die am 19. September tagte, ist das Programm der

Sozialrevolutionäre mit ungeheurer Majorität angenommen worden. An dem Unterricht wird man teilnehmen, „weil die Eröffnung des Instituts dem Anwachsen der freiheitlichen Bewegung in Rußland nur förderlich sein kann". Das sind die Elemente, auf denen die Zukunft Rußlands beruht, auf ihnen und auf der noch jüngeren Generation, welche unter den blutigen Eindrücken dieser Jahre der „Freiheitsbewegung" erwachsen ist. Wenn Stolypin auf die Schar seiner versagenden Beamten, auf die Reformer vom Schlage der Kadetten und auf diese „coming race" hinblickt, mag ihm wohl bange werden. Das für nächstes Frühjahr erwartete Konzil der russischen Geistlichkeit scheint einen ganz reaktionären Charakter annehmen zu wollen. Das Programm soll auf die Wahl eines Patriarchen gerichtet sein und im übrigen das Regiment der schwarzen (Kloster-) Geistlichkeit festigen wollen. Die weiße Geistlichkeit ist zum großen Teil die Wege der Bauern und Arbeiter gegangen und hat alle ihre Verirrungen geteilt. Von der sich bildenden Mittelpartei, auf die die meiste Hoffnung zu setzen ist, verlautet bisher wenig. Vernünftige und einsichtig-besonnene Männer wie die Herren Guerrier und Gutschkow sammeln nur schwer die große Masse um sich, und mit dieser muß nun einmal gerechnet werden, so lange das für russische Verhältnisse auf viel zu breiter Basis ruhende Wahlrecht in Geltung bleibt.

In Kuba ist eine Entscheidung noch nicht gefallen. Herr Taft, der mit der Autorität eines römischen Prokonsuls auftritt, dringt aber vielleicht doch mit seinem maßvollen Versöhnungsprogramm durch. Wir wünschen es lebhaft, verhehlen uns aber nicht, daß auch von Amerika aus sehr einflußreiche Finanzkräfte ihm entgegenarbeiten. Der Präsident Roosevelt, der Taft durch seine Autorität stützt, ist redlich bemüht, all dieser Schwierigkeiten Herr zu werden. Wir notieren dazu, daß die „North American Review" neuerdings in einem sehr verständigen Artikel energisch für seine Wiederwahl eingetreten ist.

28. September. Präsident und Vizepräsident von Kuba legen ihr Amt nieder. Der Kriegsminister der Vereinigten Staaten, Taft, übernimmt die Regierung.

1. Oktober. Eröffnung des ersten Reichstages König Friedrichs VIII. von Dänemark.

2. Oktober. Magoon wird an Tafts Stelle zum interimistischen Gouverneur von Kuba ernannt.

3. Oktober. Berliner Kongreß für Funkentelegraphie. Übergabe der Kabinettländereien des Altaibezirks zur Bildung von Ansiedelungsparzellen.

---

3. Oktober 1906.

In Grimsby (an der Mündung des Humber) wurden kürzlich zwei russische Juden, Selig Zingar und Maische Nehmahn, weil sie sich als mittellos erwiesen, von der Einwanderungsbehörde beanstandet. Diese Leute gaben nun an, daß sie auf Geheiß des „Bund" in Warschau gegen die dortigen Baracken eine Bombe geworfen hätten, welche die Baracke teilweise zerstörte und eine Anzahl von Soldaten tötete. Selig Zingar und Maische Nehmahn flohen darauf nach Deutschland, und von Hamburg aus beförderte sie eine jüdische Gesellschaft nach Grimsby. Das Einwanderungs-Appellationskomitee (in Grimsby oder in London?) entschied darauf, daß beide politische Flüchtlinge seien, und befahl sie zuzulassen. So berichtet die „Tribune", und der Fall verdient als typisch wohl Beachtung.

Natürlich ist England durchaus berechtigt, so viel politische Mörder aufzunehmen, wie ihm beliebt. Erstaunlich ist nur die Sicherheit, mit der die beiden jüdischen Mörder den Spruch der englischen Behörden voraussahen, sie werden freilich auch wissen, daß die englische Polizei sie scharf im Auge behalten wird und daß sie auf englischem Boden weder Militärbaracken zerstören, noch „einige Soldaten" umbringen dürfen. Uns interessiert die Frage weit mehr, wie die Herren Selig und Maische durch Deutschland gekommen sind und ob das „jüdische Komitee" in Hamburg gewußt hat, daß es Mörder der verdienten Strafe entzogen hat. Bei uns, und das gilt von der Republik Hamburg ebensosehr wie vom Königreich Preußen, ist man noch nicht zu der feinen Distinktion gelangt,

die einen im Auftrage des jüdischen „Bund“ vollzogenen Mord für keinen Mord erklärt, und man hält denjenigen, der einem Mörder wissentlich zur Flucht verhilft, für seinen Helfershelfer. Aber offenbar sind Selig und Maische mit falschen Pässen versehen gewesen, und damit berühren wir einen Punkt von außerordentlicher Wichtigkeit. Die Fabrikation falscher Papiere ist ein Arbeitszweig aller revolutionären Komitees in Rußland. In den letzten acht Tagen ist wieder eine ganze Reihe solcher Fälscherwerkstätten entdeckt worden. Wo auf dem europäischen Kontinent russische Anarchisten gefaßt wurden, waren sie mit falschen Pässen versehen, so zuletzt die Mörderin jenes unglücklichen Rentiers Müller in Interlaken, und die ganze jüngst in Stockholm aufgehobene Anarchistenbande. Zu uns aber strömt ohne Unterbrechung ein breiter Zug russischer Emigranten und Flüchtlinge, unter ihnen neben zahlreichen ehrenwerten Elementen auch eine große Zahl lettischer und jüdischer Terroristen oder Maximalisten, d. h. solcher Revolutionäre, die aus Prinzip ein Maximum terroristischer Aktion für notwendig halten. Von diesen Elementen nehmen die meisten ihren Weg nach Berlin, halten sich einige Tage unter falschem Namen in hiesigen Gasthöfen auf und verschwinden dann plötzlich, offenbar um unter anderem Namen irgendwo wieder aufzutauchen. Sehr zahlreich sind sie in den internationalen Bädern vertreten, z. B. in Böhmisch-Karlsbad, wo die Frechheit, mit der sie in russischer und lettischer Sprache sowie in jüdischem Jargon von den Anschlägen reden, mit denen sie sich tragen, geradezu erstaunlich ist. Noch ganz kürzlich konnte eine wohlhabende Rigaer Dame rechtzeitig gewarnt werden, weil ein der Sprache Kundiger die Unterhaltung lettischer Anarchisten angehört hatte, die sie berauben wollten. Unsere Polizei müßte durchaus Agenten haben, deren Sprachkenntnis die Beaufsichtigung dieser gefährlichen Elemente überhaupt erst möglich macht, und die Legitimationspapiere der russischen „Reisenden“ wären auf das sorgfältigste nachzuprüfen. Die Verwilderung der Revolutionäre, die aus Rußland zu uns kommen, hat einen Höhepunkt erreicht, der sie zu einer öffentlichen Gefahr macht. Es gibt keinerlei Garantie dafür, daß, was in Interlaken und Stockholm versucht worden ist, sich nicht in Berlin, Hamburg oder wo immer sonst in Deutschland wiederholt. Haben wir doch eben erst erlebt, daß in Mannheim der russisch-jüdische Terrorist Ignaz Rotter (dessen Zu-

gehörigkeit zur Terroristengruppe der „Vorwärts“ in seinem Bericht, vielleicht aus einem Rest von Schamgefühl, unterschlagen hat) vor deutschen Arbeitern seine blutigen Lehren darlegen durfte. Aber Herr Singer und Herr Bebel werden diese Leute nicht abschütteln können. Die blutigen Spuren ihrer Hände haften an ihren Kleidern. Der „Tschernomorski Westnik“ gibt für die vierzehn Tage, die zwischen dem 1. und 14. September liegen, folgende Revolutionschronik: Agrarunruhen: Güter geplündert und verbrannt 95, Ernten verbrannt 12, Meiereien niedergebrannt 540, Gutsbesitzer ermordet 4, Bauern 15 getötet, 159 verwundet.

Revolutionäre Unruhen: Landpolizisten ermordet 8, verwundet 10, Stadtpolizisten ermordet 10, verwundet 12, Polizeioffiziere ermordet 2, verwundet 2, Kreispolizeioffiziere ermordet 2, verwundet 2, Gendarmerieoffiziere 2 ermordet, Soldaten 6 ermordet, 12 verwundet, Offiziere 2 ermordet, 3 verwundet, ein Untersuchungsrichter verwundet, ein Gerichtspräsident ermordet. Außerdem 500 andere Personen durch Straferpeditionen getötet oder verwundet. Arretiert: 10 Dumamitglieder, 315 Agitatoren, 11 Arbeiter.

Konfisziert: Druckpressen und Laboratorien 6, Bomben 25, Flinten 25, Revolver 85, Patronen 4325. Hingerichtet 7 Revolutionäre. Zum Tode verurteilt 17. Strikes 16. Zeitweilig oder ganz unterdrückte Zeitungen 18.

Raubanfälle: auf Privatpersonen 70 (gestohlen 200000 M.), auf Beamte 42 (gestohlen 750000 M.), auf Kirchen 12 (gestohlen 160000 M.), auf Klöster 2, Eisenbahnkassen 5, öffentliche Anstalten 8, Monopolläden 36, Steuereinnehmer 7 (gestohlen 800000 M.), Eisenbahnzüge 4, Postanstalten 16. Arretierte Räuber 59, erschossene Räuber 35, verwundete 22!

Wir ergänzen diese für sich selbst sprechende Statistik von vierzehn Tagen russischer Revolution durch eine andere Statistik, welche die vortrefflich redigierte „Baltische Tageszeitung“ — die hiermit unseren Lesern empfohlen sei — dem „Praktischen Arzt“, einer russischen medizinischen Zeitschrift, entnimmt. Es ist das Blutkonto der russischen Revolutionäre für die Zeit vom Februar 1905 bis zum Mai 1906.

Ermordet oder verwundet wurden in diesem Zeitraum:

Generalgouverneure, Gouverneure und Stadthauptleute	34
Polizeimeister und deren Gehilfen	38
Landpolizeimeister, Pristawe und Stadtteilaufseher	204
Schutzleute	206
Kosakenunteroffiziere und Landwachtmänner	184
Offiziere der Sicherheitspolizei und der Gendarmerie	17
Gendarmen niederer Grade	51
Agenten der Sicherheitspolizei	56
Armeeoffiziere	61
Untermilitärs der Armee	164
Zivilbeamte	178
Geistliche	31
Landgemeindebeamten	20
Gutsbesitzer	49
Fabrikanten und deren höhere Bedienstete	64
Bankiers und Großhändler	64

Die „Baltische Tageszeitung" bemerkt dazu: „Diese Liste der Opfer des Terrors ist natürlich ganz außerordentlich unvollständig, denn sie enthält nur die speziell angeführten Kategorien der Ermordeten und Verwundeten und auch nur männliche Personen. Für eine Abschätzung der wahren Zahl der Opfer aller Stände und beider Geschlechter fehlt vorläufig jeder Anhaltspunkt." Furchtbarer als diese Tatsache aber ist die sittliche Verwilderung, die sie zur Folge haben. Die bestialischen Triebe, die nicht nur in Mißhandlung des Viehes, sondern auch der Menschen in wahrhaft erschreckender Weise zutage treten. „Im Gouvernement Witebsk erscheint — um ein Beispiel anzuführen („Nowoje Wremja" vom 25. September) — eine Schar Banditen bei einem wohlhabenden Bauer und verlangt von ihm 15000 Rubel. Als sich erweist, daß der Bauer nur 800 Rubel geben kann, begießen sie ihm und seiner gefesselten Frau die Füße mit Petroleum und zünden es an, den Sohn aber hängen sie an einen Balken der Lage und nehmen ihn erst ab, als er röchelt." Gewiß werden alle revolutionären Parteien die Mitverantwortung für diese Greuel ablehnen, aber seit die Losung ausgegeben ist: Expropriation zugunsten der „Freiheitsbewegung", haben sich freiwillige Expropriatoren gefunden, die Zöglinge von Maxim Gorki, die unser Publikum so „interessant" findet, die Hooligans,

die nur tun, wie die „Natur" ihnen gebietet. Man findet diese Leute freilich ebenso in den Reihen derjenigen, die von den Revolutionären unter dem Namen der „schwarzen Hundert" stigmatisiert worden sind, eine Bezeichnung, die aber von ihnen schließlich auf alle Elemente ausgedehnt worden ist, die aus den völlig unerträglichen Zuständen der Gegenwart zu geordneten Verhältnissen zurückstreben. Daß sich unter ihnen auch unvernünftige Reaktionäre finden, die dem ganz unerreichbaren Ziel nachjagen, den unbeschränkten Absolutismus wieder ins Leben zu führen, kann nicht übersehen werden. Aber es ist bestimmt falsch, daß sie das Ohr des Zaren haben. Er hält am Programm des 17. Oktober und ist nicht fähig, wortbrüchig zu werden. Darüber ist unter allen, die ihn kennen, nur ein Urteil. Was er will, ist, seinem Reich die Form eines Rechtsstaates zu geben, bei welcher in Rußland überhaupt politisch überlegte Arbeit noch denkbar ist. Das Programm vom 17. Oktober geht in dieser Hinsicht so weit, als bei dem Bildungsstande der erdrückenden Überzahl der Bevölkerung überhaupt möglich ist, und es wäre längst verwirklicht, wenn nicht die Kadettenpartei die Schlagworte der Sozialdemokratie zum Parteiprogramm erhoben hätte. Der Ministerpräsident Stolypin konnte gar nicht anders, als die von den Kadetten und ihren Hintermännern beherrschte Duma aufzulösen; es war bereits so weit gekommen, daß andernfalls die Proklamierung der russischen Föderativrepublik die unausbleibliche Konsequenz gewesen wäre. Daß die Auflösung ein verstärktes Aufflammen der Revolution zur Folge haben werde, hat der Ministerpräsident gewiß vorausgesehen, und er hat gezeigt, daß er den festen Willen hat, sie niederzuwerfen. Aber wir bedauern, daß die Mittel, zu denen er griff, so wenig zweckentsprechend waren. Es waren halbe Maßregeln, und an keinem Punkt ist die volle Kraft eingesetzt worden, während es doch auf der Hand liegt, daß die Regierung darauf ausgehen muß, zunächst an der meist bedrohten Stelle den Brand völlig zu löschen, ehe sie die verstreuten Brandstätten, die bald hier, bald dort im Innern aufflammen, systematisch ersticken kann. Der Hauptrevolutionsherd sind die baltischen Provinzen und Polen. Ehe dort die staatliche Autorität hergestellt ist, kann es nicht besser werden. Von dort gehen die Emissäre aus, welche Armee, Arbeiter, Bauern korrumpieren, dort wird die Verbindung mit dem Auslande aufrecht erhalten, das die Waffen liefert und, wie ja in

Mannheim angekündigt wurde, die Absicht hat, ganz Rußland zu bewaffnen. Erst, wenn in den baltischen Provinzen den Regierungstruppen der Rücken gesichert ist, läßt sich Polen zur Ruhe zwingen und danach auch der Süden zurückgewinnen. Außer in der Niederwerfung des Moskauer Oktoberaufstandes hat die russische Regierung bisher keinen einzigen wirklich durchschlagenden Erfolg gehabt. Sie hat immer nur zeitweilig den Schein der Ordnung — und auch den nur sehr unvollkommen — zu schaffen vermocht. So ist unser ceterum censeo: Bevor die baltische Revolution völlig niedergeworfen ist, wird und kann es nicht besser werden, vielmehr wird andernfalls ein langsames, aber sicheres Aufreiben der Staatsgewalt die Folge sein. Auch kann eine Armee, die an keiner Stelle zu ganzer Arbeit geführt wird, nicht anders, als erschlaffen. Auch sie wird dann der Regierung in den Händen zergehen! Aber freilich, solange man es möglich findet, Männer wie Sfologul und Sweginzew im Amt zu halten, ist an ganze Arbeit nicht zu denken.

Wir knüpfen hieran einige charakteristische Situationsbilder, die dazu beitragen werden, die widerspruchsvollen Seiten der russischen Revolution verständlicher zu machen. So schreibt das „Sfaratowski Listok", „daß die Bauern überzeugt seien, daß sie für das Land, das sie jetzt kaufen, der Bauernagrarbank in Zukunft keine Zahlungen zu leisten haben würden". Deshalb machen sich die Landgemeinden beim Kauf eine heftige Konkurrenz. Eine besondere Feindseligkeit gegen die Gutsbesitzer macht sich im Wolgagebiete nicht bemerklich, obgleich die Brandstiftungen einen epidemischen Charakter angenommen haben. Das ist eine so alltägliche Erscheinung geworden, daß, wenn die Bauern einen Gutsherrn „brennen", sie zugleich behaupten, ihre Beziehungen zu ihm seien gute. „Nitschewo! Man „brennt" ihn, weil das nun einmal so geschieht!" Nach den Bränden versuchten einige Gutsbesitzer ihre Häuser wieder aufzubauen, aber es war vergeblich, die Bauern brannten alles wieder nieder. Trotz aller „Maßregeln" ziehen die Herren „Befreier" unbehindert durchs ganze Wolgagebiet und streuen ihre Saat in die dunklen Massen aus. In jedem Dorfe kann man einige Exemplare des Wyborger Aufrufs und anderer „Manifeste" finden." Ein anderes Bild gibt eine Korrespondenz der „Nowoje Wremja" vom Krestowschen Jahrmarkt im Permschen. Es sind glänzende Geschäfte gemacht worden, seit

den vierziger Jahren des vorigen Jahrhunderts war es nie günstiger. Schon bei Eröffnung des Jahrmarktes waren fast alle Läden ausgekauft, auch ganz abgelegte Ware mit einem Aufschlag von $1^1/_2$ bis 2 Kopeken. Die Käufer handelten gar nicht, sondern beeilten sich nur, ihre Bestellungen zu machen. Käufer waren namentlich Sibirien und das Land jenseits des Ural. Die Viehhändler mußten sogar ihre Ware vor den Käufern verbergen, um ihre ständigen Kunden am Ort befriedigen zu können. Die Tobolsker Pelzhändler, die vom Kriegsministerium allein jedes Jahr für Millionen Aufträge übernehmen, haben alles verkauft, was sie auf den Jahrmarkt brachten usw. Alle Waren sind aber um 10 bis 30 p. c. höher verkauft worden. Am 15. August, lange vor Schluß des Jahrmarktes, war der Engroshandel geschlossen, nur der Detailverkauf dauerte fort.... Was ist die Ursache der großen Nachfrage? fragte ich einen Händler.

„Sibirien, die Anfragen aus Sibirien! Sibirien hat zwei Jahre lang ohne Waren und ohne Verbindungen gelebt, und ungeheure Massen Gold aufgehäuft. Der Krieg hat Sibirien reich gemacht. Jetzt schwimmt es in Gold, denn alles Gold ist dort in Sibirien. Die Anfragen wachsen und aus Sibrien strömt das Gold wieder zu uns zurück. Und das wird noch lange so fortgehen, denn dort haben sich neue, große Kapitalien gebildet!"

„Es ist eine goldene Zeit", sagte ein Kleinhändler, „so ist es noch niemals gewesen: es gibt keine Konkurrenz, selbst wenn man 50 p. c. auf die Ware aufschlägt. Dem Käufer sagt man — es gibt keine Ware, oder eine Fabrik ist verbrannt, oder es hat einen Aufstand gegeben. So kauft er denn, ohne wie in alten Zeiten zu handeln. Wir haben an Zucker allein 14000 Rubel verdient, weil wir sagten, daß die Ware auf der Eisenbahn stecken geblieben sei! Jetzt kann man den Preis machen, wie man will: das Publikum glaubt alles, jedem Gerücht, das ausgesprengt wird. Sage ich heute, der Lauch ist mißraten, so glauben es alle und der Preis steigt von 20 Kopeken für das Pud auf einen Rubel zwanzig und mehr. Das Volk ist eingeschreckt und glaubt alles, und der Händler nützt das wie ein Fischer, der im Trüben fischt. Und deshalb, sagt ein sibirischer Kaufmann, ist der Handel jetzt eine goldene Sache. Wir erwerben Vermögen, und unter den jetzigen Wirren leidet nur der Bauer, dessen Weizen trotz aller Mißernten ringsumher fällt."

Der Korrespondent schließt mit folgender treffender Bemerkung: „In Rußland wird geplündert, nicht gehandelt, und wie lange dieses Ausplündern dauern wird, ist nicht abzusehen. Unsere berühmte Revolution kommt uns teuer zu stehen, aber nicht sie allein brandschatzt uns, sondern die Kaufleute machen es offenkundig ebenso, und ein kolossales Plünderungssystem geht durch ganz Rußland."

Wir haben diesen Stimmen so viel Raum gegeben, weil sie bei uns nicht gehört werden und doch wichtig genug sind. Denn einmal ist das Rückströmen des Goldes in das europäische Rußland von höchster Bedeutung für die Aufrechterhaltung der Goldvaluta, andererseits aber tritt in diesem unsinnigen Steigen der Preise eine neue bedenkliche Folge der nicht gebrochenen Revolution in den baltischen Provinzen und in Polen zutage. Bevor nicht dort Gesetz und Recht die Stellung zurückgewonnen haben, die ihnen gebührt, kann und wird es auch wirtschaftlich im übrigen Rußland nicht besser werden. Wer das nicht einzusehen vermag, dem ist eben nicht zu helfen.

Über die Reformbewegung in China bringen englische Blätter jetzt sehr interessante Berichte. Die soviel Aufsehen erregende chinesische Studienkommission hat den Vorschlag gemacht, den vom Kaiser ernannten Staatsrat, der heute an der Spitze der Regierung steht, in ein Kabinett nach englischem Muster zu verwandeln, und zwar so, daß die Direktoren aller Staatsdepartements Mitglieder des Kabinetts werden. An die Stelle der Provinzial-Vizekönige hätten Gouverneure wie in den englischen Kolonien zu treten, innerhalb der Provinzen aber wäre eine gewählte Vertretung zu organisieren. China würde also nicht eine, sondern 18 Verfassungen erhalten, jede Provinz ein eigenes gewähltes Parlament, das dem jeweiligen Gouverneur zu unterstellen wäre. Bewähren sich diese Parlamente, so solle jedes von ihnen ein Mitglied in die nicht direkt gewählte Zentralexekutive schicken. Die Chinesen denken, das Wahlrecht ausschließlich an einen Bildungszensus zuknüpfen, und Vermögen ohne Bildung sowie die Frauen prinzipiell von der Teilnahme am politischen Leben auszuschließen. Yuan Shi Kai, heute der mächtigste Mann in China, hat, nach längerem Schwanken, sich den Reformplänen der Kommission geneigt gefunden. Der Gewährsmann der „Tribune" der wir diese Angaben entnehmen —, ein in London studierender Chinese L. H. Chee, glaubt, daß dies alles bald verwirklicht wird und

China zu freundlicheren Beziehungen zum Abendlande führen werde. Wir wollen es hoffen und finden in diesen Verfassungsgedanken manches, was sehr vernünftig ist. Es wird, wie stets, weniger auf die Form als auf den Geist ankommen, durch den sie erst lebendig werden kann, und da müssen wir gestehen, daß wir diese Frage nicht übersehen können.

In Kuba hat Mr. Taft die Erwartungen, die wir auf ihn gesetzt haben, bisher erfüllt. Palmas ist was offenbar die conditio sine qua non zur Herstellung des Friedens war — zurückgetreten, und vorläufig regiert Taft durch eine provisorische Regierung, die er konstituiert hat, und deren erste Proklamation günstig aufgenommen worden ist. Die Ordnung im Lande wird unter der Autorität des Präsidenten der Vereinigten Staaten hergestellt werden, und die Truppen, die seinen Entscheidungen Nachdruck geben sollen, sind bereits unterwegs und werden zum größeren Teil gelandet sein, wenn diese Zeilen im Druck erscheinen. Ganz gesichert ist trotz allem die Lage nicht. Einmal sind die Insurgenten, zum großen Teil Neger, ein schwer zu bändigendes Element, dem die Insurrektion an sich Freude macht und Erwerb bringt ohne Arbeit, andererseits sind, wie wir schon vor acht Tagen hervorhoben, die an der Annektierung der Insel interessierten Geldmächte in Amerika sehr stark, und es ist nicht undenkbar, daß das Zurückziehen der Truppen schwerer fällt als das Hinschicken. Daß der Präsident gegen die Annektierung ist, steht nach wie vor fest, zumal die letzten furchtbaren Exzesse in Atalanta aufs neue bestätigt haben, welche Schwierigkeiten das Negerelement den Vereinigten Staaten bereitet. Auch ist der Staatssekretär Root nach Washington zurückgekehrt, und es darf mit Bestimmtheit angenommen werden, daß er den Präsidenten in seiner Abneigung gegen die Erwerbung Kubas noch bestärken wird. Sie stünde in gar zu schreiendem Gegensatz zu den Reden, die Mr. Root in Südamerika gehalten hat.

Auch die Wahlkampagne spielt mit. Soweit sich von hier aus erkennen läßt, beginnen die Aussichten auf eine Wiederwahl Roosevelts, die zeitweilig trotz seines Sträubens sehr günstig lagen, zu sinken. Es liegt das merkwürdigerweise an den Mißerfolgen Bryans. Solange eine demokratische Majorität für Bryan wahrscheinlich war, mußte Roosevelt der Kandidat aller Republikaner sein. Jetzt, da

die Kandidatur Bryans den Boden verloren hat, dürfte Taft an Aussicht gewinnen, was bei der zweifellosen Tüchtigkeit des Mannes und seiner maßvollen politischen Richtung ja nur erfreulich sein könnte. Entschieden ist aber noch nichts und deshalb sieht man mit außerordentlicher Spannung dem Wahlkampfe entgegen, der um die künftige Besetzung der Gouverneursstelle im Staate New York entbrannt ist. Hier ist der demokratische Kandidat Mr. Hearst, Millionär und Besitzer vieler Zeitungen, was sehr viel sagen will, während der jetzige Gouverneur, der Republikaner Higgins, seine Stellung auch ferner behaupten möchte. Es hängt am Ausgange dieser Wahl auch der Ausgang der Präsidentenwahl. Von den 483 Stimmen des Kongresses glauben die Demokraten über 204 verfügen zu können, kämen die 39 Stimmen New Yorks hinzu, so hätten sie die absolute Majorität und damit den Sieg in Händen. Qui vivra verra!

Mit großem Interesse haben wir eine Studie von Paul Bluysen im „Journal des Débats" gelesen. Sie führt die Überschrift „Dans le sud Oranais" und ist leider noch nicht abgeschlossen. Es läßt sich aber erkennen, daß die Aktion der Franzosen dahin geht, Tafilet zu unterwerfen, und das ist nicht ohne größere Bedeutung. Die dort lebenden Kabylen sind infolge der marokkanischen Wirren in großer Erregung, was ja nicht wundernehmen kann, wenn man sich erinnert, daß die regierende Dynastie von Marokko, die Filali, aus Tafilet stammt, und daß der Sultan von jeher einen Vertreter im Tafilet hat. Jetzt ist es Mulai Orschid. Gewiß läßt sich annehmen, daß die militärisch hier vortrefflich organisierten Franzosen der Kabylen Herr werden, aber das findet einen erregenden Widerhall in Marokko, und man sollte annehmen, daß es dort nachgerade unruhig genug ist.

In Frankreich nähert man sich der Wiederkehr der Kammer und bis dahin werden die großen Entscheidungen aufgehoben. Namentlich in der Kirchentrennungsfrage scheint die Absicht zu sein, die letzte Entscheidung der Kammer zuzuweisen. Das ist auch der bequemste Weg, eine schwere persönliche Verantwortung abzuschieben. Übrigens scheint Clemenceau an Boden zu gewinnen, und wir halten es nicht für ausgeschlossen, daß sein Ehrgeiz sich noch weitere politische Ziele setzt.

In der englischen Presse hat es in letzter Zeit wieder einige gegen uns gerichtete Anrempelungen gegeben. Auch unsere letzte Wochenschau ist zum Anlaß genommen worden, was sich wohl nur

dadurch erklären läßt, daß auf den englischen Redaktionsbureaus deutsche Zeitungen nicht gelesen werden. Man begnügt sich mit den oft entstellten Referaten eigener oder fremder Korrespondenten und kommt dadurch zu schiefen Schlüssen. Wir bedauern, daß auch ein so vornehmes Organ wie die „Westminster Zeitung" in solche Irrgänge gerät.

Auf der Balkanhalbinsel bleibt es, vornehmlich wohl infolge der Machtentfaltung der Pforte, beim Frieden. In betreff der dreiprozentigen Zollerhöhung, deren Erträge für die Verwaltung Mazedoniens verwendet werden sollen, hat sich die Pforte zu einem deutschen Kompromißantrag verstanden. Wenn sie im April deutschem Rat gefolgt wäre, hätte sie es billiger haben können.

5. Oktober. Tod des Gouverneurs von Simbirsk, Starynkewitsch infolge eines Bombenattentats.
6. Oktober. Eröffnung des ersten persischen Parlaments.
7. Oktober. Kadettenkongreß in Helsingfors.
9. Oktober. Nachrichten von Verlusten in Südwestafrika.

---

10. Oktober 1906.

Wir haben seit vielen Monaten von den giftigen Monatsübersichten der „National Review" keine Notiz genommen, weil sich hoffen ließ, daß infolge der Bemühungen, die diesseits und jenseits des Kanals dahin gehen, ein möglichst gutes Verhältnis von Staat zu Staat und von Nation zu Nation anzubahnen, das Organ der Herren Maxse und Blennerhassett am eigenen Herde alles Ansehen verlieren und schließlich seine unfruchtbare und unehrliche Verhetzungspolitik aufgeben werde. Das ist nun leider nicht der Fall gewesen, aber wir wären trotzdem auch über die letzten Hetzereien dieser Monatsschrift weggegangen, wenn sie sich nicht direkt gegen die Person Sr. Maj. des Kaisers richteten, dem die „National Review" vorwirft, drei Kriege herbeigeführt zu haben: den spanisch-amerikanischen, den südafrikanischen, den russisch-japanischen, zweitens die Krisen in Siam, Faschoda und Port Arthur zugespitzt zu haben, drittens endlich, daß er sich im Oktober 1904 bemüht habe, eine Verständigung in der Doggerbankaffäre zu verhindern. „That Wilhelm II. is a willing and not an inapt pupil of the Iron Chancellor as a war maker is shown by his succesive promoting the Spanish-American war, the South African war, and the Far Eastern war, as also by his sinister efforts during the Siam, Fashoda and Port Arthur incidents. . . Wilhelm II's latest achievement as marplot was his frantic effort to prevent a peaceful settlement of the North Sea outrage in October 1904. Happily his influence over Nicolas II. bears no proportion to his activity." Es liegt uns natürlich ganz fern, auch nur ein Wort der Widerlegung diesen offenkundigen und böswilligen Lügen entgegenzusetzen; wir

hängen sie niedriger und wollen an sie erinnern, wenn wieder einmal sehr zahme Betrachtungen unserer Presse zu angeblichen Feindseligkeiten gegen die englische Nation aufgebauscht werden. Etwas Ähnliches wie die Ungeheuerlichkeiten, die hier dem Beherrscher eines Staates vorgeworfen werden, mit dem England in politisch normalen Beziehungen lebt, und der zudem ein naher Blutsverwandter des Königs von England ist, dürfte auch in den schlimmsten Tagen der gegenseitigen Preßfehden nicht vorgekommen sein. Wir wollen aber bei dieser Gelegenheit nicht unterlassen, darauf hinzuweisen, daß die große Mehrzahl der englischen Preßorgane die deutsch-englischen Beziehungen in vornehmer und freundschaftlicher Weise traktiert und keineswegs in den Ton der „National Review" einstimmt.

Wir nehmen in diesem Anlaß von einer Bemerkung des „Standard" über die vielbesprochene französisch-englische Militärkonvention Akt: „Es ist" — schreibt der „Standard" — „keinerlei Militärkonvention abgeschlossen worden, man hat über keinerlei Militärkonvention diskutiert, und wahrscheinlich wird auch keine Militärkonvention zwischen England und Frankreich vorgeschlagen werden, es sei denn, daß einer oder der anderen Macht ein Krieg droht. Es ist wahr, und das weiß jedermann, daß Frankreich und Großbritannien einander notwendig sind, und keine beider Mächte würde sich versagen, wenn die Freundin angegriffen würde. England kann nicht dulden, daß Frankreich zermalmt wird, und das gilt vice versa, aber der Gedanke, daß die Regierung von Sir Henry Campbell-Bannerman die Verantwortung für einen militärischen Vertrag auf sich genommen haben sollte, wird von jedem zurückgewiesen, der die englische Politik kennt." Die kleine Spitze, die in dieser Bemerkung liegt, ist noch schärfer in einer Rede zum Ausdruck gekommen, die Lord Lansdowne am 5. Oktober in Perth hielt und in der er sich recht nachdrücklich gegen eine eventuelle Herabsetzung des Bestandes der englischen Armee und der englischen Flotte aussprach. Das gehört nun einmal zum eisernen Bestande der Reden, die ein gestürzter Minister halten muß, und da Mr. Haldane bekanntlich an nichts weniger denkt als an eine Reduktion der englischen Flotte, dürften ihn solche allgemeine Betrachtungen wenig aufregen. Der Kurs der englischen Flottenpolitik ist der alte geblieben, und da das niemanden angeht als die Engländer selbst, auch niemand ein Recht oder die Möglichkeit hat, ihnen dreinzureden, ist es müßig,

darüber nur ein Wort zu verlieren. Das Ministerium Campbell-Bannerman hat noch gut fünf bis sechs Jahre vor sich und genießt das Vertrauen, keine Politik der Abenteuer zu suchen. Es trifft darin mit der Leitung unserer Politik zusammen und eben deshalb beunruhigt uns die französisch-englische Entente keineswegs. Solange der unruhige Genius Chamberlains und Delcassés ihr Gewicht fühlbar machten, schienen die Dinge anders und ernster zu liegen. Aber Chamberlain und Delcassé haben ausgespielt, und so sehr wir Chamberlain wünschen, daß er sich bald und völlig von seinem quälenden Leiden erholt, so unwahrscheinlich ist es doch, daß der Siebzigjährige wieder auf die politische Schaubühne tritt. Im Augenblick ist zudem das Interesse des englischen Ministeriums anderen Problemen zugewandt. Einmal scheint eine Wiederaufnahme der schwierigen irischen Frage bevorzustehen, dann aber beginnt auch in England die Sozialdemokratie unter Führung Keyr Hardies mehr in den Vordergrund zu dringen. Es ist aber erfreulich, daß von den Trade Unions die fast eine halbe Million zählenden Grubenarbeiter sich von ihm nicht haben gewinnen lassen, sondern ihre alte Selbständigkeit behaupten. Ebenso haben die Eisenbahner sich der Diktatur Keyr Hardies entzogen, und es scheint, daß die Liberalen entschlossen sind, alle Kraft daran zu setzen, um diese nicht sozialistisch organisierten Trade Unions zu stützen. Und das ist gewiß notwendig, da ein verhängnisvolles Gesetz die gemäßigten Elemente, sobald sie sich radikaleren Gruppen anschließen, von diesen in Abhängigkeit setzt. Inzwischen hat London einen neuen Lord-Mayor gewählt: Sir William Treboar, einen reichen Teppichfabrikanten, früher Alderman von London und auch literarisch tätig. Sein Vorgänger, Sir Walter Vaughan Morgan, wird sein Amt mit einem Besuch in Paris abschließen, einer Einladung des Conseil Municipal folgend. Es mag bei dieser Gelegenheit daran erinnert werden, daß eine französische Delegation in voriger Woche in Schottland gewesen und dort sehr gefeiert worden ist. Man will festgestellt haben, daß seit den Tagen der Entente ein ungeheurer Zuwachs des schottisch-französischen Handelsverkehrs stattgefunden habe. Ein Gegenbesuch der Schotten ist bereits vereinbart worden, und wir ziehen aus alledem den Schluß, daß hüben und drüben die friedliche Stimmung im Verhältnis zum steigenden Verkehrsleben zunehmen wird.

Die jetzt in Tanger und Mazagan sowie in Algier ausgebrochenen Unruhen bestätigen mit den Nachrichten, die aus Tafilet eintreffen, was wir jüngst über die unruhige Stimmung unter den Kabylen Nordafrikas ausführten. Es sind Reflexbewegungen, die von dem Zentrum in der halbfranzösischen Sahara ausgehen und leicht einen bedenklichen Umfang annehmen können. Wahrscheinlich wird die nächste Zukunft uns zuverlässige Kunde von den Maßregeln geben, die Frankreich trifft und, was besonders wichtig ist, auch Aufklärung darüber, welche Haltung der Sultan in Fez eingenommen hat. Daß Dr. Rosen und Mr. Gummere gerade jetzt bei ihm sind, läßt darauf rechnen, daß das Möglichste geschehen wird, um die gefährliche Bewegung niederzuhalten. Auch tritt als günstiges Omen hinzu, daß am 3. Oktober die endgültige Regelung der englisch-türkischen Differenz am Sinai erfolgt ist. Die Akte der Grenzregulierung ist von den türkischen und ägyptischen Kommissaren unterzeichnet worden

Von den kubanischen Angelegenheiten sind entscheidende Nachrichten noch nicht eingelaufen. Am beachtenswertesten ist uns eine Ausführung der New-Yorker „Evening Sun" erschienen, die freilich noch vom 28. September datiert, aber die Lage, die sich über Nacht nicht ändern kann, wohl treffend zeichnet: „Da die Intervention unmittelbar bevorsteht, scheint die Gefahr der Unternehmung sich zu steigern. Jede Faktion möchte die Unterstützung der Amerikaner gegen die andere Faktion haben, keine scheint in Taft einen unparteiischen Schiedsrichter zu wünschen. Das gibt eine ungemein delikate Lage, die den größten Takt erfordert, wenn wir nicht wider Willen mit einer oder der anderen Partei, vielleicht gar mit beiden in Krieg geraten wollen. Wenn Sekretär Taft die Kontrolle Kubas übernimmt, gestützt auf unsere Truppen, so zweifeln wir nicht daran, daß es ihm gelingen wird, unsere selbstlosen Absichten klarzulegen und alle Klassen davon zu überzeugen, daß es uns nur darauf ankommt, eine tatkräftige einheimische Regierung einzusetzen. Aber die Kubaner sind ein stolzes Volk und die angelsächsischen Methoden politischen Räsonnements nicht gewohnt. Es könnten wohl unbesonnene Patrioten Sekretär Taft als Angreifer und Usurpator denunzieren und ihre Leute zu den Waffen rufen. Das wäre eine peinliche und schreckliche Lage, in der unsere Truppen das Volk bekämpfen müßten, das sie befreit haben. Sagt es nur nicht in Madrid! Und doch

ſcheinen unſere Offiziere zu glauben, daß es bald nötig werden könnte, eine Kampagne gegen kubaniſche Guerillas zu unternehmen. Hoffentlich wird uns dieſe Kalamität erſpart bleiben." Dieſer Wunſch ſcheint ſich nun in der Tat erfüllen zu wollen. Taft hat offenbar ſehr geſchickt operiert. Der Rücktritt von Palma, der, wie ſich jetzt herausſtellt, ſchon früher vereinbart war, und die Landung der erſten amerikaniſchen Truppenzüge haben ſich in aller Ruhe vollzogen. Taft und Bacon haben die gefangenen Liberalen in Freiheit geſetzt, und im Augenblick herrſcht Waffenruhe. In etwa acht Tagen ſollen Taft und Bacon nach Waſhington zurückkehren und dann der frühere Gouverneur des Panamakanals, M. Charles Magoon, als Gouverneur nach Kuba geſchickt werden. Die eigentliche Regelung der Schwierigkeiten aber hat Präſident Rooſevelt ſich ſelber vorbehalten. Er will perſönlich nach Kuba und die Wahlen leiten, aus denen eine neue, Dauer verſprechende Regierung hervorgehen ſoll. Aber offenbar hält er es für notwendig, ſich einen ſtarken Rückhalt zu ſichern, denn die nach Havanna beſtimmten Truppenſendungen dauern fort. Geht dann ſchließlich alles nach Wunſch, ſo wird Präſident Rooſevelt mit Recht auf ſeine kubaniſche Aktion ſtolz ſein können.

Eine merkwürdige Publikation iſt uns aus Petersburg zugegangen. Sie führt den Titel: „Die Kehrſeite der Revolution. Eine bewaffnete Erhebung in Rußland auf japaniſche Koſten." (Ruſſiſch.)

Unſere Leſer werden ſich erinnern, daß gleich bei Beginn des ruſſiſch-japaniſchen Krieges in der ruſſiſchen Preſſe das Gerücht verbreitet war, daß japaniſches Geld am Werk ſei. Der offizielle ruſſiſche „Invalid" behauptete, „daß die Unruhen auf den Werften in Petersburg, Libau, Sebaſtopol von japaniſchen Provokatoren organiſiert ſeien, um die Abfertigung der baltiſchen und der ruſſiſchen Flotte zu verhindern".

Nach einer anderen Nachricht hätten die Japaner den ruſſiſchen Revolutionären gar 18 Millionen Rubel gezahlt. In Moskau ſchlug die Polizei ein Plakat an, das die Variante brachte, die Engländer hätten jene 18 Millionen gegeben. Man ſpottete in aller Welt über dieſe Ungeheuerlichkeit, jetzt aber ſtellt ſich heraus, daß, in allerdings weit geringerem Grade, in der Tat eine Unterſtützung der ruſſiſchen Revolution durch die Japaner erfolgt iſt. Der Militärattaché der japaniſchen Geſandtſchaft in Petersburg, Akaſhi, ſiedelte

nämlich gleich nach Ausbruch des Krieges nach Stockholm über und trat von dort aus im November 1904 in Beziehung zu den in Paris lebenden russischen Revolutionären. Sie fanden sich bereit, auf Kosten der japanischen Regierung einen bewaffneten Aufstand in Rußland zu organisieren, und benutzten dabei als Vermittler den Grusier Georg Dekanosi und den bekannten Führer der finnländischen Partei des offenen Kampfes, Konni Cylliakus. Die obengenannte Schrift veröffentlicht nun die Korrespondenz Akashis mit diesen Agenten, und zwar zum Teil im Faksimile, so daß, was auch der Inhalt bestätigt, von einer Fälschung wohl keine Rede sein kann. Aus einer ebenfalls im Faksimile des Originals beiliegenden Rechnung ergibt sich, daß Cylliakus bis zum Mai 1905 im ganzen 26000 Lstr. erhalten hat. Er stellte dafür (und wohl für später gelieferte Summen) im ganzen 25000 Gewehre und 3500000 Patronen. Expediert wurden die Waffen, die sämtlich in der Schweiz hergestellt waren, auf der Jacht „Kallixt Garcia" und auf dem „John Crafton", der bekanntlich an der finnländischen Küste explodierte. Auf einem anderen Schiffe, dem „Syrius", aber schaffte Georg Dekanosi Waffen in den Kaukasus. Über die letztere Expedition hat der holländische Anarchist Korneliſſen zudem ausführlich in der Amsterdamer Zeitung „Volksbagbad" berichtet.

Es kann, wie gesagt, an der Authentizität der veröffentlichten Dokumente kaum gezweifelt werden, aber wir meinen, die Schmach, die an dem Unternehmen haftet, trifft weniger die Japaner, als die russischen Revolutionäre, die sich bereit fanden, mit dem Landesfeind in hochverräterische Beziehungen zu treten. Auch sind diese Sendungen ja nicht die einzigen geblieben, und der Waffenschmuggel über die preußische, galizische und finnländische Grenze dauert bis auf den heutigen Tag fort. Dank der großen Energie, die jetzt der Ministerpräsident Stolypin entfaltet, werden fast täglich bald in dieser, bald in jener Stadt Waffenniederlagen und Bombenwerkstätten entdeckt, so daß sich hoffen läßt, daß eine Entwaffnung der Revolutionäre allmählich erfolgen wird. Die Schwierigkeit liegt aber hauptsächlich darin, daß die Bombenfabrikation ein weit verbreitetes Gewerbe geworden ist und die Terroristen es in ihrer „Kunst" zu erstaunlicher Fertigkeit gebracht haben. Auch hat die Regierung, ohne es zu wissen, durch ungetreue Beamte die Revolutionäre selbst bewaffnet.

So ist kürzlich in Riga ein Beamter der Gouvernementsregierung verhaftet worden, der mit Ausstellung der Scheine beauftragt war, die zum Tragen von Waffen berechtigen. Der Mann aber war selbst Mitglied der lettischen revolutionären Kampfesorganisation. Eine weitere höchst charakteristische Tatsache ist, daß das Attentat, das angeblich gegen den livländischen Generalgouverneur Ssologub gerichtet war, sich als völlig harmlos herausgestellt hat. Es war so angelegt, daß es keinen Schaden machen und ganz unmöglich den Herrn Generalgouverneur treffen konnte. Auch wird ziemlich allgemein angenommen, daß er es selbst habe anordnen lassen, um ad oculos beweisen zu können, daß er keineswegs, wie man behauptete, von den Revolutionären als „Gönner" geschont werde. Hoffentlich bringt eine strenge und unparteiische Untersuchung Licht in diese dunkle Angelegenheit. Im allgemeinen hat sich das günstige Urteil, das wir dem Ministerpräsidenten Stolypin entgegentrugen, gerechtfertigt. Die Regierung ist heute stärker als sie es in den letzten $1\frac{1}{2}$ Jahren war. Sie räumt mit den Mördern und Dieben energisch auf und würde noch mehr erreichen, wenn ihre Werkzeuge nicht so oft versagten. Da die Herren Ssologub und Sweginzew noch immer im Amte sind, muß man wohl annehmen, daß der Mangel an brauchbaren Männern für höhere Stellungen außerordentlich drückend sein muß. Aber es will uns scheinen, als spiele dabei auch ein Stück moralischer Furcht mit. Man scheut sich in Petersburg, Männer mit deutschem Namen zu wählen, denn wie ließe es sich sonst erklären, daß von den bewährten Männern, die in der Selbstverwaltungsarbeit der baltischen Provinzen groß geworden sind, kein einziger herangezogen worden ist. Und doch ist es die einzige Bevölkerungsschicht, die keinen Adepten der Revolution gestellt hat. Das dringt allmählich auch in der russischen Provinzialpresse durch, die weniger als die Residenzpresse unter der Suggestion des Tagesströmungen steht. So heißt es in einem Kiewer Blatt in Anlaß des Aufrufs an die baltische Jugend zur Organisation eines Selbstschutzes: „Es muß doch hervorgehoben werden, daß in der ganzen Zeit der Wirren nicht ein deutscher Jüngling in revolutionäre Unternehmungen verwickelt gewesen ist. Man muß das dem ungemein festen Gefüge der deutschen Familie zuschreiben und dem in hohem Grade heilsamen Einfluß der deutschen Mutter, die nicht in den

Wolken schwebt, und nicht mit Petitionen um das allgemeine Wahlrecht durch die Straßen läuft, wie es russische Damen tun. Sie ist vielmehr ihren Pflichten treu ergeben und steht als tapfere Wächterin an ihrem häuslichen Herde, bemüht, den Kindern von der Wiege ab gute sittliche Grundsätze einzuprägen." Wir haben seit vielen Jahren aus russischem Munde kein ähnliches Urteil gehört!

Überaus fleißig arbeitet das Ministerium Stolypin an den Gesetzesentwürfen, die der künftigen Duma vorgelegt werden sollen, sowie an den Verfügungen, die schon jetzt mit einer Reihe von alteingerosteten Schäden aufräumen. Zu den ersteren ist vor allem die geplante Aufhebung des Gesamtbesitzes der Bauergemeinden zu rechnen. Damit wird der entscheidende Schritt getan, um die Bauern von dem entnervenden und verwildernden Ackerkommunismus zu befreien. Bisher aber hatte noch jedem russischen Staatsmann der Mut gefehlt, zu dieser notwendigsten aller Reformen zu schreiten. In die zweite Reihe gehört die am 1. Januar 1907 in Kraft tretende Aufhebung der Kopfsteuer, der Gesamtbürgschaft für die Zahlung bestimmter Abgaben, der Schutz der beweglichen Habe des Bauern gegen Pfändung wegen rückständiger Abgaben usw. Dazu treten dann wahrhaft großartige Maßregeln, um der Landnot der Bauern zu steuern. So hat ein namentlicher Ukas des Zaren an den dirigierenden Senat die Kabinettländereien des Altaibezirks, die zu den fruchtbarsten Gebieten des asiatischen Rußland gehören, zur Disposition der Hauptverwaltung für Ackerbau und Agrarwesen, zu Übersiedlungszwecken gestellt. Diese Ländereien werden, was sehr klug ist, nicht geschenkt, sondern gegen eine gesetzlich bestimmte Entschädigung als Eigentum den Ansiedlern übergeben. Daß es aber mit der Arbeit der Regierung allein nicht getan ist und eine freiwillige Unterstützung ihrer Bestrebungen durch die Nation selbst vor allem not tut, das mag die pessimistische Betrachtung zeigen, die der Petersburger „Swet" in Anlaß der traurigen Zustände auf den russischen Hochschulen entwirft:

„Wenn wir schlechte Administratoren haben, schlechte Juristen, völlig untaugliche Pädagogen, wenn es uns auch an guten Technikern fehlt, so kommt das alles daher, daß wir in den 25 Jahren nichts gelernt haben. Alles, was nur einigermaßen den Stempel von Geist und Verständnis trägt, stammt aus der Zeit vor dem Beginn der

letzten 25jährigen Periode. Die hervorragenderen russischen Geister auf allen Gebieten sind durchweg Leute einer weit zurückliegenden Vergangenheit, die wir durch keinen neuen Nachwuchs ersetzen zu können in der Lage sind. Wer könnte sie wohl in gegenwärtiger Zeit, wenn auch jene Veteranen vom Schauplatze abtreten, ersetzen? Wir sehen sie nicht. Es ist Zeit, hierüber ernstlich nachzudenken.

Zu unserem allerhöchsten Bedauern sehen wir nur das eine, daß nichts in der Welt imstande ist, unsere Jugend davon zu überzeugen, daß es die allerhöchste Zeit ist, die Studien endlich mit Ernst wieder aufzunehmen: die Moskauer Studenten fahren, nach einstimmiger Meldung der Blätter, beharrlich fort, an der Durchsetzung ihrer Forderungen hinsichtlich der Schodkas (Meetings) und der Ausfolgung von Studentenpässen an alle als Studenten Eingeschriebene zu arbeiten. Sie gebärden sich trotz aller Mahnungen des Rektors, daß die Studenten keineswegs die Herren der Universität seien — dennoch als solche, und lassen willkürlich Privatpersonen zu den in der Universität abgehaltenen Schodkas zu. Auf der Warschauer Universität ist der Konseil zu dem Schluß gekommen, daß die Eröffnung der Hochschule bei der gegenwärtigen Lage der Dinge ganz unmöglich sei. In der Moskauer technischen Hochschule liegen die Dinge gerade ebenso. Von einigen Universitäten wird freilich gemeldet, daß Vorlesungen gehalten werden, doch niemand kann dafür bürgen, daß diese Lehrtätigkeit ihren regelmäßigen Fortgang nehmen wird. Uns will es fast scheinen, daß das Unterrichtsministerium sich gezwungen sehen könnte, zu der äußersten Maßregel zu schreiten, deren bereits mehrfach in der Presse Erwähnung geschehen ist: zur temporären Schließung der Universitäten für längere oder kürzere Zeit."

Das wäre ein verzweifelter Ausweg, aber vielleicht ein notwendiger. Über die Haltung der russischen Truppen gehen uns in letzter Zeit günstigere Nachrichten zu. Die in Polen und Litauen stehenden Truppen gelten als durchaus zuverlässig. Von den Gardetruppen die Kavallerie, die Ssemonower und Finnländer. Im Innern des Reiches die meisten Regimenter. Bedenklich ist nach wie vor die Haltung der Marine.

Aber immer noch dauert das Rauben und Morden fort. In letzter Zeit nehmen namentlich die Einbrüche in den Kirchen überhand, wie denn die fromme Scheu des gemeinen Russen vor allem,

was mit der Kirche in Beziehung steht, geschwunden ist. In dieser Hinsicht wird die allgemeine Verwilderung tiefe Spuren nachlassen. Nebenher beginnt aber ein höchst bedenkliches reaktionäres Element sich zusammen zu tun, das gleichfalls nur als verwildert bezeichnet werden kann. Die Rückkehr zum status quo ante ist unmöglich geworden und wer sich dieses Ziel setzt, jagt Utopien ebenso nach wie die Sozialisten und Kommunisten. Ist erst die terroristische Revolution niedergeschlagen, so muß der Aufbau des Rechtsstaates beginnen — oder doch versucht werden. Dann mag die Nation zeigen, was sie kann.

Daß die „Kadetten" nicht mitbauen werden, kann man wohl aus ihren letzten Resolutionen in Helsingfors schließen. Sie bekennen sich nochmals zum Wyborger Aufruf, halten aber im Moment den Zeitpunkt für die praktische Ausführung nicht geeignet. Aber allgemeine Amnestie, allgemeines Stimmrecht und parlamentarisches Regiment ist auch heute noch ihr Programm.

11. Oktober. Veröffentlichung eines Schriftwechsel zwischen Kaiser Wilhelm II. und dem Herzog von Cumberland. Eröffnung der Eisenbahn Lüderitzbucht—Kubub.
12. Oktober. Nachricht vom Empfang Dr. Rosens durch den Sultan von Marokko.
14. Oktober. Enthüllung der Denkmäler von Jena und Auerstädt. Verabschiedung des Generals Stoffel.
17. Oktober. Wiederaufnahme der Amtsgeschäfte durch den Reichskanzler Fürsten v. Bülow.

---

17. Oktober 1906.

Drei spezifisch deutsche Angelegenheiten haben in letzter Zeit im Auslande die Federn all derjenigen Elemente in Bewegung gesetzt, die es sich seit Jahr und Tag zum Beruf gemacht zu haben scheinen, uns Steine in den Weg zu werfen: die braunschweigische Regentschaftsfrage, die Denkwürdigkeiten des Fürsten Hohenlohe und die Art, wie wir den Tag von Jena begangen haben. Es läßt sich durchaus nicht umgehen, wenn auch nur in gedrängter Kürze, die Bedeutung dieses ausländischen Interesses zu prüfen, zumal es in Deutschland in denjenigen Kreisen einen Widerhall gefunden hat, die Fürst Bismarck als reichsfeindlich zu charakterisieren pflegte.

Die braunschweigische Regentschaftsfrage ist in der Hauptsache nicht mehr strittig, seit der Reichskanzler und der Kaiser dazu in ebenso klarer wie energischer Weise Stellung genommen, und seit vor aller Welt die Welfen durch ihr Haupt, den Herzog von Cumberland, sich zu ihrem alten non possumus bekannt haben. Die Schlagworte, mit denen die Welfenpartei arbeitet, sind einmal die „Legitimität" des welfischen Herrscherhauses, andererseits die Heiligkeit der Verträge von 1814 und 1815, die noch zu Recht beständen, weil der Krieg von 1866 für Hannover durch keinen Friedensschluß ein Ende gefunden habe. Es wird uns mit der Intervention von Österreich, mit den Erbansprüchen Englands und mit der Nemesis gedroht, welche die Sünden der Väter an den Kindern heimsuchen werden. In Hannover bildet sich „eine hannoversche demokratische Vereinigung", die noch in diesem Jahre einen Welfenkongreß abhalten will, und von Kassel aus schickt die recht bedeutungslose „hessische Rechtspartei"

ihren „unverjährbaren Protest gegen die Vergewaltigung des hessischen Heimatlandes“ in die Welt. Doch wir unterlassen es um so mehr, diese Vorkommnisse zu zergliedern, als von Wien aus in nachdrücklichster Weise gegen jede Absicht Verwahrung eingelegt worden ist, in innere deutsche Angelegenheiten einzugreifen, und als das „Court Journal“ in London, das für die Erbansprüche König Eduards VII. eintritt, wohl Freibeuterei auf eigene Rechnung treibt. Interessanter ist uns die „Legitimität“ der hannoverschen Welfen und der Hinweis auf die Verträge von 1814 und 1815.

Was die „Legitimität“ als solche betrifft, so legen wir selbstverständlich den höchsten Wert darauf, daß sie im Prinzip unerschüttert bleibt. Nur setzt der historische Verlauf ihr natürliche Grenzen. Als die „legitimen“ Stuarts nach dem Tode der Königin Anna ihre Ansprüche auf den englischen Thron geltend machten, nahm der Kurfürst von Hannover keinen Anstand, trotz des Protestes, an dem der „legitime“ Prätendent Jakob III. es nicht fehlen ließ, als König Georg I. den englischen Thron zu besteigen. Die legitimen Stuarts aber haben danach noch fast 100 Jahre lang (1807) gedauert und protestiert, ohne daß die „illegitimen“ englischen Welfen daran einen Anstoß genommen hatten. Und gewiß hatten sie recht, denn mit der Sukzessionsakte vom 12. Juni 1701 war eine politische Tatsache geschaffen worden, der gegenüber die durch das Mißregiment Jakobs II. zerbrochene Legitimität der Stuarts nicht mehr in Betracht kam. Jakob II. aber wurde durch eine Revolution gestürzt, während König Georg von Hannover sein Reich durch einen rechten Krieg verlor, in dem seine eigene politische Verblendung ihm das Verderben brachte. Den braunschweigischen Ausweg, der ihm gelassen wurde, aber hat das Welfenhaus ebenso durch eigene Schuld, wie durch das Treiben seiner schlecht beratenen Anhänger verspielt. Heute gibt es keine Kombination mehr, welche Raum für sie offen ließe. Eines Friedensschlusses zwischen Hannover und Preußen aber hat es nicht bedurft. Das Land ist durch die Entscheidungen des Schlachtfeldes preußisch geworden. Alle Voraussetzungen einer debellatio sind in Kraft getreten und damit ein definitivum geschaffen, das in seinen Konsequenzen auch für die Frage der Besetzung des braunschweigischen Thrones entscheidend geworden ist. Mag nun eine Regentschaft oder ein Herzog in Braunschweig walten, unter keinen Umständen wird es ein

Welfe sein. Die Berufung auf die Verträge von 1814 15 aber ist gleich unhistorisch und unpolitisch gedacht. Der politische Fortschritt Europas in den letzten Menschenaltern beruht darauf, daß die historische Entwicklung über sie hinweggeschritten ist. Frankreich, Italien, Belgien sind dafür die klassischen Zeugen und das Deutsche Reich erst recht. Es sind neue Legitimitäten auf den Trümmern alter entstanden, nicht nur im Reich, wie es seit 1864 sich aufzubauen begann, sondern auch in den Einzelstaaten: Bayern, Württemberg, Baden. Oder sollen etwa alle die reichsunmittelbaren Selbständigkeiten aus ihren Gräbern wieder ins Leben gerufen, und die Legitimität der Jahre vor dem Reichsdeputationshauptschluß wieder zur Realität werden? Es ist das so absurd, daß sich kein Wort darüber verlieren läßt. Die Gegenwart ruht auf dem Trümmerfelde der Vergangenheit und unter den Trümmern liegt auch der Anspruch der Welfen.

Die vielberufenen „Denkwürdigkeiten" des Fürsten Hohenlohe erzählen uns ein Stück jenes Prozesses der Umwandlung aus der alten in die neue Zeit. Oder vielmehr sie bieten uns ein schlecht gesichtetes Material zur Geschichte eines vornehmlich politischer Arbeit gewidmeten Lebens. Daß der Fürst Hohenlohe jene beiden Bände „Denkwürdigkeiten", so wie sie vor uns liegen, der Öffentlichkeit übergeben hätte, halten wir für durchaus undenkbar. Der Fürst war ein Mann von feinstem gesellschaftlichen Takt, dem aller Lärm und alle Sensationen verhaßt waren, weil sie sein Gefühl beleidigten. Er hatte in seinem langen Leben fleißig Aufzeichnungen gemacht und so ein Material gesammelt, das ihm geeignet schien, als Grundlage zu einem Memoirenwerk zu dienen, das er zu schreiben Neigung und gewiß auch die Fähigkeiten hatte. Es kann nicht genug bedauert werden, daß ihm der Tod die Möglichkeit nahm, den Gedanken auszuführen. Der Zweiundachtzigjährige wandte sich an Friedrich Curtius mit der Frage: „Wollen Sie mir helfen, meine Memoiren zu schreiben?" Herr Curtius hat sich daraufhin berechtigt gefühlt, die beiden Bände Denkwürdigkeiten in ihrer jetzigen rudimentären Gestalt der Öffentlichkeit zu übergeben und eine ungeheure Reklame hat dann die „Sensationen" des Buches durch alle Zeitungen Europas gesetzt. Man wird aber mit aller Bestimmtheit sagen dürfen, daß die ausgewählten Bruchstücke gerade diejenigen Stellen bieten, die der Fürst Hohenlohe selbst gewiß nicht oder doch nicht so veröffentlicht

hätte. „Memoiren" sind es an keiner Stelle. Es sind Tagebuchblätter, die zum großen Teil rasch hingeworfene flüchtige Eindrücke wiedergeben; der Versuch einer zusammenfassenden, sich selbst korrigierenden Würdigung von Menschen und Verhältnissen, wie sie z. B. bei Leopold v. Gerlach so oft und in so prüfender Gewissenhaftigkeit uns entgegentritt, wird nicht gemacht, und überall stoßen wir auf Widersprüche, weil eben der Fürst selbst sein Urteil änderte. Der Eindruck ist daher vielfach ein überaus peinlicher. Das böse Wort „Klatsch" drängt sich vielfach auf die Lippen, obgleich das doch gewiß nicht der Art des Fürsten entsprach. Was er seinem verschwiegenen Tagebuch anvertraute, hätte er dem profanen vulgus gewiß nicht gesagt, am wenigsten Äußerungen seines Herrschers, die ihrer Natur nach ebensowenig der Öffentlichkeit gehörten, wie der Zutritt zum Monarchen nicht jedermann offen stehen kann. Denken wir uns das in den Denkwürdigkeiten des Fürsten veröffentlichte Material der Benutzung eines gewissenhaften Geschichtsforschers und Geschichtsschreibers erschlossen, so läßt sich wohl die Behauptung aufstellen, daß auch er gerade, was heute so viel Lärm macht, als wenig beachtenswert beiseite gelassen hätte.

Es drängt sich bei sorgfältiger Prüfung der Hohenloheschen Materialien die Erwägung auf, wie wenig sicher sein Urteil ist. Wo er nur auf sich selbst angewiesen ist, finden wir ihn schwankend und unentschlossen. Er geht seinen Weg erst sicher, wo eine andere stärkere Hand ihn stützt und ein fester Wille ihm die Richtung weist. In Bayern weiß er, bevor die Entscheidung in Königgrätz gefallen ist, nicht aus noch ein, später als bayerischer Ministerpräsident muß er die Wege gehen, welche die preußische Politik ihm frei läßt und seine national-deutsche Empfindung – die einen sympathischen Grundzug seines Wesens bildet — kann sich freier und nützlicher entfalten, am glücklichsten und erfolgreichsten wirkt er als Botschafter in Paris, der gefügigste und gewissenhafteste Vertreter, den die Bismarcksche Politik an fremden Höfen je gehabt hat, und ebenso geht er als Statthalter in Elsaß-Lothringen gebotene Wege. Er wird unsicher, sobald die Stellung Bismarcks zu schwanken beginnt und kann gelegentlich sehr hart über ihn urteilen, zugleich aber versteht er es, sein Verhältnis zum Kanzler so geschickt zu behaupten, daß dieser ihn bis zuletzt als seinen Freund und Anhänger betrachtet. Ganz

ähnlich gestaltet sich dann sein Verhältnis zum Grafen Caprivi, und als im Jahre 1894 der Fürst Hohenlohe selbst Reichskanzler wurde, machte neben der ireniſchen Anlage die ihm ſtets eigen war, ſich die Tatſache geltend, daß ihm, wir reden jetzt von ſeiner Leitung der auswärtigen Angelegenheiten, ein ganz ausgezeichneter Stab von Mitarbeitern zur Seite ſtand und andererſeits der auf ganz beſtimmte Dinge gerichtete feſte Wille ſeines Kaiſerlichen Herrn. Es iſt, ſo weit wir wiſſen, niemals zu einem Konflikt gekommen. Aber gerade über dieſe Jahre ſchweigt unſere Ausgabe faſt ganz, und gewiß mit Recht.

Wir haben den Fürſten Hohenlohe während ſeiner Amtstätigkeit ſehr hoch eingeſchätzt. Es läßt ſich nicht leugnen, daß die „Denkwürdigkeiten" den Eindruck erheblich mindern. Der Menſch bleibt fein und liebenswürdig, wie er uns erſchien, daran ändert auch die Tatſache nichts, daß die Denkwürdigkeiten oft oberflächliche und nicht eben erfreuliche Urteile enthalten, aber fortan wird man ihn weder für einen großen Staatsmann, noch für einen Charakter halten. Für beides fehlte es ihm an Feſtigkeit des Willens und an echter Leidenſchaft. Es überwog die Empfindung und die Scheu vor dem Unangenehmen. Wie die Dinge lagen, iſt er bei alledem in einer Periode des Überganges von außerordentlichem Nutzen für die Entwicklung des Reiches geweſen, das gerade einen Mann wie ihn brauchte. Und das ſoll ihm unvergeſſen bleiben. Das Ausland hat nun aus den Hohenloheſchen Denkwürdigkeiten ſorgfältig hervorgeholt, was irgend für die deutſche Politik kompromittierend erſcheinen konnte. Auch das iſt ein kritikloſes Treiben, da es ſich um Bruchſtücke von Unterredungen, gelegentliche Äußerungen, oft um halbe oder ganze Mißverſtändniſſe handelt. Im übrigen geht doch mit unwiderleglicher Kraft auch aus dieſen Aufzeichnungen die Tatſache hervor, daß das Ziel der deutſchen Politik ſeit 1870 die Erhaltung des Friedens und die Erhaltung des mit ſoviel Opferblut gekitteten Deutſchen Reiches war. Wo, wie 1874, von der Abſicht des Fürſten Bismarck die Rede iſt, ſich für einen Angriffskrieg vorzubereiten, handelt es ſich nur darum, einem drohenden Angriff zuvorzukommen, ſo lange es noch an der Zeit iſt, und mit der Gefahr ſchwindet auch ſtets die Abſicht, das praevenire zu ſpielen. Äußerungen der Unzufriedenheit aber über die Politik dieſes oder jenes Nachbars zu Staatsaktionen

aufzubauschen, ist lächerlich. Wo und wann wäre das nicht in jedem Staat der Welt geschehen? So meinen wir denn, daß der Lärm über die Denkwürdigkeiten zwar noch eine Zeitlang fortdauern, daß aber auch darüber zur Tagesordnung übergegangen werden wird. Man wird sich schließlich nur wundern, wie diese Denkwürdigkeiten überschätzt worden sind.

Die Gedenkfeiern der Schlachten bei Jena und Auerstedt haben vornehmlich in Frankreich Lärm gemacht. Und allerdings ist das Gefühl, mit dem wir diesen hundertjährigen Gedenktag begehen, ein anderes, als das, mit dem man sonst in aller Welt der Erinnerung an ein nationales Unglück entgegentritt. Für uns bedeutete Jena den Ausgangspunkt zu einer sittlichen Umkehr, und unser Unglück wurde zum Wendepunkt der preußischen und deutschen Geschichte. Unser ehrwürdiger erster Kaiser hat die Erinnerung an die Tage der „Franzosenzeit" durchs Leben bis in eine wenig hinter uns liegende Vergangenheit getragen. An ihr hat er sich gestählt und in unseren Schulen ist die Jugend über Jena zur erhebenden Zeit der Freiheitskriege geführt worden. Wir können den Franzosen den Ruhm ihres Napoleon und seiner Siege neidlos gönnen, die beste Frucht haben sie uns getragen, und wenn wir heute, da Sedan mehr als ein Menschenalter hinter uns liegt, an Saalfeld und Jena denken, wissen wir auch, daß der Glanz des 1. September uns die Lehren nicht verdunkeln soll, die uns der 14. Oktober gegeben hat.

Von der großen Politik gibt es wenig zu sagen. Auf der Balkanhalbinsel ist mit dem kommenden Winter wieder eine gewisse Beruhigung eingetreten, wozu die überlegene militärische Aufstellung der Türkei an den bulgarischen Grenzen ohne Zweifel beigetragen hat. Dagegen scheint sich ein Gewitter an den marokkanischen Grenzen und im südlichen Oran zusammenzuziehen. Offenbar ist die politische und religiöse Erregung der Berberstämme noch im Steigen. Die Wespen schwärmen aus und wenn, wie wahrscheinlich ist, die Überlegenheit europäischer Waffen auch diesmal wieder von Frankreich erwiesen werden wird, ohne Gefahren für die Zukunft sind diese Eruptionen des islamischen Fanatismus nicht.

Auf Kuba liegen die Aussichten für eine ruhige Lösung nicht ungünstig. Präsident Roosevelt hofft in wenigen Monaten Kuba wieder sich selbst überlassen zu können. Staatssekretär Taft hat die

Insel bereits verlassen, und es ist möglich, daß neue Truppensendungen nicht erforderlich sein werden. Aber man hört doch auch neben diesen friedlichen Nachrichten eine ernstere Note durch. Amerika habe einen letzten Versuch gemacht, den Kubanern ein eigenes Regiment zu sichern, schlage er fehl oder wiederhole sich die Insurrektion, so könne schließlich der Tag doch kommen, der die Annexion zur Notwendigkeit mache. Und das ist entschieden nicht ein leeres Wort, da ohne das Eingreifen des Präsidenten Roosevelt die Dinge schon jetzt eine für Kubas Selbständigkeit verhängnisvolle Wendung hätten nehmen können: es sind allzu große materielle Interessen, die in den Vereinigten Staaten an der Annexion der Insel interessiert sind.

Etwas eingehender müssen wir wieder bei Rußland verweilen, wo zwei sehr bedeutsame Tatsachen vorliegen. Einmal hat der Kongreß der konstitutionellen Demokraten oder Kadetten in Helsingfors zu einer Zersetzung der Partei geführt, deren notwendige Folge eine wesentliche Minderung ihres Einflusses bei den bevorstehenden Dumawahlen und eine weit schwächere Vertretung in der Duma selbst sein muß. In demselben Maße aber scheint die Partei vom 17. 30. Oktober an Boden und an Selbstbewußtsein gewonnen zu haben. Es würde sich demnach für die Regierung die Möglichkeit bieten, innerhalb der neuen Volksvertretung eine ministerielle Partei zu bilden, die entschlossen auf dem Boden der Verfassung vom 30. Oktober steht. Alles kommt nur darauf an, daß die Regierung selbst dieser Verfassung treu bleibt und sich weder von den sozialistisch-radikalen Elementen nach links werfen, noch von der reaktionären Partei der „wahrhaft russischen Männer" zum Absolutismus zurückdrängen läßt. Beide Gefahren sind gleich groß, denn beide bedeuten den Bürgerkrieg. Wir haben nach wie vor das Vertrauen, daß Herr Stolypin das richtige Maß einhalten wird, aber zweierlei ist unerläßlich, wenn er sein Ziel, die Beruhigung Rußlands und die wirkliche Konstituierung eines russischen Rechtsstaates, erreichen will: er darf nicht davor zurückschrecken, den Einfluß der Regierung bei den Wahlen geltend zu machen, und er muß nachdrücklicher noch als bisher dem Räuberwesen ein Ende bereiten. Auf eine Beeinflussung der Wahlen läßt sich nicht verzichten, solange die sozialistischen, kommunistischen und terroristischen Agitatoren am Werk sind, das Volk aufzuwiegeln und zu betrügen, nachdrückliche Strenge und größere Machtentfaltung muß

verlangt werden, wenn nicht die Regierung alles Vertrauen verlieren soll. Ein Staat, der nicht fähig ist, Leben und Eigentum friedlicher Bürger zu schützen, aber findet und verdient auch kein Vertrauen. Aus der Revolution, die politische Ziele verfolgte, ist ein über das ganze Reiche verbreitetes Banditenwesen geworden, man mordet und brennt, stiehlt und raubt. Das ist die Signatur, und nirgends steht es damit schlimmer als in den baltischen Provinzen, wo trotz aller Zusagen der Regierung ganz unzureichende Schutzmaßregeln getroffen worden sind. Die Berichte der baltischen Zeitungen aus Riga, Mitau, Libau lassen sich nicht ohne Entsetzen lesen. Da die russischen Beamten zum großen Teil selbst mit der Revolution sympathisieren, ist wenig Aussicht auf Besserung vorhanden, wenn Stolypin nicht mit eiserner Faust eingreift und dem loyalen Teile der Bevölkerung bei seinen Bemühungen, einen Selbstschutz zu organisieren, helfend zur Seite tritt.

Ganz schlimm sieht es auch in Polen aus. Auch dort gibt es, wie in den baltischen Provinzen, „revolutionäre Expropriatoren", d. h. Leute, die aus politischer Überzeugung stehlen und rauben, und wo sie nicht Geld erpressen können, kalten Blutes morden. Auch dort sind diese „Expropriatoren" meist ganz junge Leute, sogar Knaben, denn die Verwilderung nimmt, da jede Zucht in Haus und Schule fehlt, stetig zu. Dazu aber kommen andere nicht minder bedenkliche Tatsachen. In der „Nowoje Wremja" vom 12. Oktober meldet ein Korrespondent aus Lodz, daß im Juni dieses Jahres in einer kleinen Stadt Galiziens ein Kongreß polnischer Nationalisten aller Schattierungen stattgefunden habe. Dort sei u. a. beschlossen worden, die Nationalisierung aller Schulen im Königreich Polen mit allen Mitteln durchzusetzen und auf dem Wege des Terror und des energischen Boykotts der russischen Schulen zu erzwingen. Im Laufe des Sommers hätten dann entsprechende Versammlungen in Polen beschlossen, die galizischen Resolutionen auszuführen. Die P. P. S. (Partei Polnischer Sozialisten) und der äußerste Flügel der Nationaldemokraten, die Nationalterroristen, seien dann, als die Schulen wieder eröffnet wurden, ans Werk gegangen, und jetzt herrsche überall der Schrecken. Es folgt eine höchst drastische Schilderung der Ereignisse, die sich in Lodz abgespielt haben und die mit einer Vertreibung der Lehrer und Kinder aus den Schulen einen vor-

läufigen Abschluß fanden. Schließlich haben dann die Sozialdemokraten, die als Kosmopoliten die nationalistische Bewegung nicht mitmachten, die Schulen einige Tage lang beschützt. Der Korrespondent schließt mit den charakteristischen Worten: „Die Bevölkerung hat mehr Vertrauen zu ihnen als zur Polizei und überhaupt zur russischen Obrigkeit. Leider haben sie aber jetzt ihre Wachen abgerufen, da sie ohne Lohn nicht leben können. In nächster Zeit muß es zu blutigen Zusammenstößen zwischen Nationalisten und Sozialdemokraten kommen."

Eine andere Korrespondenz desselben Blattes aus Warschau (vom 14. Oktober) schildert die Tätigkeit der dortigen Sokolvereine, deren Losungswort laute: Polen aller Teilreiche tut euch zusammen zur Herstellung eines unabhängigen Vaterlandes! Das sei auch das Motto des Organs der Nationalisten des Hammers („Molot"). Es ist kaum zu bezweifeln, daß diese Dinge in Zusammenhang mit der Schulagitation stehen, die neuerdings wieder in Posen ins Werk gesetzt wird. Aber in russischen Kreisen verfolgt man die polnische Bewegung mit Aufmerksamkeit und scheint ihr absichtlich einigen Raum zu lassen, weil die Hoffnung dahin geht, daß für den Fall einer polnischen Revolution das nationale Gefühl in Rußland wieder lebendig werden und im Kampf mit Polen die Revolution im Innern überwinden werde. Jedenfalls verdient der Zusammenhang der polnischen Bewegung, die immer mehr die Grenzen von Russisch-Polen zu überschreiten beginnt, alle Beachtung.

Überhaupt schlagen die Wellen der russischen Revolution auch zu uns herüber. Im Septemberheft der russischen historischen Zeitschrift „Byloje" (Alte Zeiten) finden wir einen Nekrolog auf den russischen Sozialrevolutionär Michail Rafailowitsch Goz. Der Mann, dessen Auslieferung Plehwe 1903 von der italienischen Regierung forderte, aber nicht erhielt, ist am 26. August dieses Jahres in Berlin gestorben. Die Leiche wurde nach Genf geschafft und dort beerdigt. „Es wurden viele Kränze auf das Grab gelegt, „von den russischen Sozialrevolutionären in Berlin", von einer Gruppe des „Bund", von den „russischen Sozialdemokraten", von der „Polnischen Sozialistenpartei", von der „russischen Kolonie in Berlin" u. a. Der bekannte Singer hielt eine kurze Rede und legte einen Kranz im Namen der „Deutschen Sozialdemokratie" nieder." Uns scheint, daß

für „russische Sozialrevolutionäre" Berlin kein geeigneter Aufenthaltsort ist.

Zum Schluß die Notiz, daß die englische Beglückwünschungsdeputation, die beauftragt war, die Sympathien Englands für die aufgelöste Duma zu überbringen, ihre Reise „verschoben" hat. Der Protest gegen diese Parteinahme in innerrussischen Angelegenheiten war allmählich so laut geworden, daß sie sich dem sicheren Fiasko, das ihr bevorstand, nicht aussetzen wollte.

18. Oktober. Das Kriegsgericht spricht den Admiral Rosheſtwenski frei.
19. Oktober. Demiſſion des Miniſterpräſidenten Sarrien und des geſamten franzöſiſchen Kabinetts.
20. Oktober. Den ruſſiſchen Bauern wird durch Ukas des Zaren das Recht verliehen, in den Staatsdienſt zu gleichem Recht mit anderen einzutreten.
21. Oktober. Demiſſion des öſterreichiſch-ungariſchen Miniſters des Auswärtigen Grafen Goluchowski.
22. Oktober. Clemenceau erhält den Auftrag ein neues Kabinett zu bilden. Eröffnung des norwegiſchen Reichstags durch König Haakon.
23. Oktober. Entlaſſung des Generalgouverneurs der Oſtſeeprovinzen Sſologub.
24. Oktober. Ernennung des Baron Aehrenthal zum Nachfolger Goluchowskis.

---

24. Oktober 1906.

Die alte Tatſache, daß Deutſchland heimliche und offene Gegner allerorten hat, wird aufs neue dadurch beſtätigt, daß der frühere franzöſiſche Marineminiſter Lockroy von einem italieniſchen Blatt, dem „Meſſagero", ſich kürzlich hat interviewen laſſen, um recht nachdrücklich auf den Deutſchenhaß der Engländer hinzuweiſen, die dem Gedanken lebten, die deutſche Flotte zu vernichten. Daß es Engländer gibt, die ſo denken, iſt noch jüngſt aus der letzten Monatsüberſicht der „National Review" an dieſer Stelle dargelegt worden; wir wiſſen es längſt, aber wir wiſſen auch, daß weder die engliſche Regierung, noch die City, noch endlich die ungeheure Majorität der engliſchen Nation hinter dieſen Ruchloſigkeiten ſteht. Es iſt im weſentlichen ein nach Senſationen lüſternes, auf Abonnentenfang ausgehendes Preßkonſortium, das in Flottenvernichtung „macht", und auch dieſe Herren würden andere Töne anſchlagen, wenn der furchtbare Ernſt einer verantwortlichen Entſcheidung an ſie herantreten ſollte. Im weſentlichen ſtecken ſie ſich ihr Ziel minder hoch. Sie hoffen durch den Bluff ihrer Drohungen zu erreichen, daß wir von der Durchführung unſeres Flottenprogramms abſtehen, und je weniger die Wahrſcheinlichkeit dafür ſpricht, daß ſie einen Eindruck in Deutſchland machen, um ſo gehäſſiger und giftiger wird der Ton, den ſie anſchlagen. Auch das wird ſich ſchließlich geben, wenn einmal die praktiſche Notwendigkeit eines Zuſammenſtehens von England und

Deutschland eintritt, was bei dem wunderbar schnellen Wechsel der politischen Kombinationen früher eintreten kann, als heute wahrscheinlich ist. Herrn Lockroy aber möchten wir ins Stammbuch schreiben, daß eine Politik, die stets mit der starken Faust eines guten Freundes droht, etwas unendlich Komisches hat. Man denkt an das kleine Mädchen, das mit seinem starken Bruder zu schrecken sucht — und lacht. Der englische Bruder ist an die Stelle des ganz mit seinen eigenen Angelegenheiten beschäftigten russischen Bruders getreten, wer mag voraussehen, wer der Dritte sein wird?

Ganz überraschend ist der Rücktritt des Ministerpräsidenten Sarrien gekommen. Die Last des Ministeriums ist dem, wie es scheint, schon lange kränkelnden Manne zu schwer geworden. Nun soll an die Spitze des Ministeriums Herr Clemenceau treten, dem mit seinen 65 Jahren der politische Kampf noch immer das rechte Lebenselement ist. Ein Arzt, der der Medizin untreu wurde, um sich der Politik zu widmen, vor allem Redner und Journalist, einer der wenigen bedeutenderen Abgeordneten, der niemals Minister gewesen war. Erst Sarrien hat ihn aus dem Redaktionsbureau der „Justice" hervorgeholt, um ihn an die Spitze des Ministeriums des Innern zu stellen. Bis dahin war er der gefürchtete Ministerstürzer, der im entscheidenden Augenblick den Todesstreich zu führen wußte. Als Minister des Innern hat er unzweifelhaft bewiesen, daß sein politischer Verstand über das Mittelmaß hinausragt. Namentlich die Redeschlacht, die er gegen den von unserer Sozialdemokratie subventionierten Hauptredner der Sozialisten Jaurès führte, ist noch in frischer Erinnerung. Es war eine meisterhafte Leistung, niemand hat in Frankreich die Utopien und inneren Widersprüche der intransigenten Sozialisten schlagender widerlegt als er. Auch ist Clemenceau ein großer Arbeiter, so daß sich wohl annehmen läßt, daß er in der Tat für die Dauer seines Ministeriums der eigentliche Regent von Frankreich sein wird. Immerhin wird er mit zahlreichen Gegnern zu rechnen haben. Die Blätter von der Färbung des „Temps", der „Débats" und des „Gaulois", die doch sehr verschiedene Schattierungen darstellen, sind ihm keineswegs hold. Ebenso werden die „Humanité" und die ihr verwandten Organe ihn bekämpfen, obgleich man Herrn Clemenceau mehr zu den Sozialisten als zu den Radikalen zählen muß.

Andere französische Blätter halten es für nötig, ihn daran zu erinnern, daß Frankreich friedfertig gesinnt sei. Die „Débats" sprechen von seiner „attitude impérialiste" und erklären, in Frankreich sei er nur berühmt als Oppositionsredner und Impresario bei Demolierung von Ministerien. Wolle er als Staatsmann ernst genommen werden, so müsse er dafür noch die Beweise erbringen und sich vor allem Mitarbeiter sichern, die nicht vom Geist der Sektiererei und des Ostrazismus besessen seien. Der Skeptizismus, der ihm entgegentritt, läßt sich nicht verkennen; wie weit er berechtigt ist, wollen wir nicht entscheiden. In der Geschichte Frankreichs hat Clemenceau in einer Hinsicht eine verhängnisvolle Rolle gespielt. Die volle Begnadigung der verbannten Communards geschah auf seinen Antrieb. Dadurch erhielt der französische Sozialismus seine extremen Führer und die Färbung, die Herr Clemenceau heute bekämpft. Doch, wie gesagt, wir reservieren unser Urteil, das an den Tatsachen unparteiisch zu bilden unser Bestreben sein wird.

Im Augenblick beschäftigen nächst diesen wichtigen Personalfragen vornehmlich zwei Dinge die öffentliche Meinung Frankreichs: die panislamitische Bewegung im südlichen Oran und in Marokko, und der Zustand der französischen Flotte. Was das erstere betrifft, so läßt sich nicht verkennen, daß die Bewegung noch im Zunehmen ist und daß der General Lyautey vor einer schwierigen Aufgabe steht. Wir zweifeln nicht daran, daß Frankreich die Erhebung der Männer von Tafilet und ihrer Anhänger niederschlagen kann und auch niederschlagen wird. Aber die ungeheure Schwierigkeit liegt darin, daß der Erfolg das Übel vielleicht noch mehr verschärfen kann als ein Mißerfolg, der die Franzosen nötigte, ihre Hand von Tafilet abzuziehen, denn der Erfolg Frankreichs muß die Erbitterung der um Erhaltung ihrer Freiheit kämpfenden Stämme steigern und dadurch dem Fremdenhaß neue Nahrung zuführen, während ein Verzicht Frankreichs auf weiteres Vordringen nach Süden zu, beruhigend wirken könnte. Doch das sind ganz französische Angelegenheiten, welche die übrige Welt nur wegen der Rückschläge interessieren, die in Marokko und weiter in der islamischen Welt nicht ausbleiben können. Wir denken dabei auch an zahlreiche für den Islam gewonnene Negerstämme, die ja zum Teil ebenfalls unter französischer Hoheit stehen, und dieselben Instinkte teilen, die in der Sahara und in Nordafrika lebendig sind.

Nun ist ja bekannt, daß man in Frankreich anders, und zwar sehr optimistisch denkt. An eine Gefahr von seiten des afrikanischen Islam zu glauben gilt beinahe für unpatriotisch, und von der Zukunft Französisch-Afrikas (wozu natürlich auch Marokko gehören muß) werden ganz idyllische Bilder entworfen. Man lese z. B. das von Professor Chatelier mit einem Vorwort versehene Buch von Ismael Hamet, dem Hauptdolmetscher des französischen Generalstabes: Les Muselmans français du Nord de l'Afrique (Paris 1906). Es gipfelt in dem Satz, daß es dereinst nur ein Volk in Afrika geben werde „et ce peuple s'appellera les Français". Aber allerdings glaubt Ismael Hamet, daß in diesem afrikanisch-französischen Volke die berberische Rasse die französische aufsaugen (unification . . . au bénéfice de la prédominance croissante de la race berbère) dafür aber die französische Zivilisation annehmen werde. Das mag für die Berber, die wie Hamet bereits den Sprung in das französische Lager gemacht haben, eine lockende Perspektive sein, wie Franzosen sich daran freuen können, ist weniger leicht verständlich; — das Ganze aber scheint doch nichts anderes zu sein, als ein Zukunftstraum. Die Wirklichkeit des Augenblicks sieht jedenfalls anders aus.

Daß bei den häufigen Wandlungen, die, mit den sich ablösenden Ministerien, in der Leitung der französischen Marine stattfinden, die Urteile über das jeweilig adoptierte System in Frankreich weit auseinandergehen und zu sehr abfälligen Würdigungen des Bestehenden führen, erklärt sich aus dem harten Kampf der Parteien und darf deshalb nicht à la lettre verstanden werden. Im allgemeinen wenden die Franzosen viel Liebe und große Energie an die Ausbildung ihrer Marine, und in einem Zweige, den Unterseebooten, sind sie sogar allen übrigen Nationen voraus. Daran kann auch der traurige Untergang des „Lutin" nichts ändern. Aber wie in allen anderen Lebensäußerungen der Nation macht sich auch auf diesem Gebiet die entnervende Wirkung der sich steigernden Konnivenz dem Sozialismus gegenüber geltend. Die falsche Freiheit und Gleichheit verträgt sich am wenigsten mit dem Kriegsdienst zu Lande wie zu Wasser, und dafür hat sowohl die ungeheuerliche sozialistische Sekte der Antipatrioten wie die antimilitärische Agitation und das Streikwesen in den französischen Kriegshäfen klassische Beispiele gegeben. Neuerdings weist das „Journal des Débats" (vom 16. Oktober) auf eine andere

Tatsache hin: das französische Mittelmeergeschwader, daß der Vizeadmiral Truchard kommandiert, pflegte bisher alljährlich im Herbst eine Fahrt in die Levante zu unternehmen, in diesem Jahre begnügt man sich mit einer Fahrt nach Korsika. Dafür werden aber die folgenden Gründe angegeben: „Der Effektivbestand unserer Flotte" — schreibt ein Korrespondent aus Toulon — „ist so gesunken, daß man nicht ohne übele Folgen eine Fahrt von längerer Dauer wagen darf. Die Rekrutierung ist fast ohne Ergebnis: die jungen Leute gehen dem Dienst in der Marine aus dem Wege, weil er ihnen nicht mehr genügende Sicherheiten für ihre Zukunft bietet. Das Avancement zum Seeunteroffizier durch Wahl der Mannschaft ist durch Gesetz aufgehoben: es geht nach Anciennität, und der fleißige, disziplinierte, intelligente Seemann hat nicht mehr Aussichten, erster oder zweiter Unteroffizier zu werden als der Seemann, der, wie man sagt, darauf pfeift. Ist seine Dienstzeit abgelaufen, so verläßt er die Marine. Außerdem hat die Einführung der zweijährigen Dienstpflicht die Rekrutierung der Marinemannschaft sehr geschädigt. Viele, deren Neigung auf den Dienst zur See hinwies, ziehen zwei kurze Dienstjahre in der Armee vor. Wir sind so weit gekommen, daß sowohl Marineoffiziere als Matrosen um ein Drittel ihres Effektivbestandes gesunken sind. So zählt man z. B. an Bord des Panzers „Bouvet" 450 Mann statt 650, und für einen Dienst, der 10 Seeunteroffiziere verlangt, hat man nur 3 bis 4 zur Verfügung."

Eine Frage der hohen Politik, die weniger akut ist, als die marokkanische, aber gleichfalls lebhaftes Interesse erregt, ist die Stellung Frankreichs im fernen Osten. Der ehemalige französische Gesandte in Peking, Gérard, geht als Botschafter nach Tokio. Das „Journal des Débats" benutzt den Anlaß, um einige Betrachtungen über die japanische Politik anzustellen, die uns in mehr als einer Hinsicht interessiert haben. Es lohnt, sie wörtlich anzuführen: „Japan spielt heute im fernen Osten eine sehr große, aber zugleich etwas unklare Rolle; vielleicht, weil die Regierung des Mikado es noch nicht für geboten hält, ihre letzten Ziele aufzudecken. In China übt Japan einen sehr tätigen, und merkwürdig weit verzweigten Einfluß aus. Man hat sogar aus gewissen Tatsachen mit Recht oder Unrecht geschlossen, daß er an den Grenzen von Französisch-Hinterindien nicht Halt macht. Tokio ist daher ein unvergleichlicher

Beobachterposten für den großen Orient. Es ist auch der Punkt, von dem aus man am wirksamsten darauf hinwirken kann, wenn es nötig werden sollte, den Gang der Ereignisse in diesem Teil der Welt zu mäßigen. Wir können heute weit leichter und ohne Hintergedanken gute Beziehungen mit Japan aufrechterhalten, da die russisch-japanische Rivalität, selbst wenn wir zugeben, daß sie nicht ganz der Vergangenheit angehört, doch durch eine lange Periode völliger Ruhe aufgehalten werden muß. Diese Wandlung macht es unserer Diplomatie leichter, sich in Tokio der englischen anzuschließen, deren Interessen im fernen Osten jetzt den unserigen so gleichartig sind. M. Gérard wird gewiß das Glück haben, in Tokio ebenso mit der englischen Diplomatie zusammenzuarbeiten, wie in Peking mit der russischen. Seine Vergangenheit aber bürgt uns dafür, daß er diese unvorhergesehene weitreichende Entwicklung der entente cordiale dazu nützen wird, unsere guten Beziehungen zum Reich der aufgehenden Sonne weiter zu festigen." Diese Ausführungen sind doch recht merkwürdig. Bekanntlich beantwortete Rußland die Nachricht vom Abschluß des englisch-japanischen Bündnisses mit der Ankündigung, daß das französisch-russische Bündnis auch auf Asien ausgedehnt sei; aber Frankreich hielt es nicht für opportun, von dieser Erweiterung der gegenseitigen Freundschaft praktischen Gebrauch zu machen, sondern wandelte unter der Führung Herrn Delcassés die russische Allianz zu einer entente mit England um, die ja den schließlichen Ausgang des Krieges mehr indirekt als direkt beeinflußt hat, aber doch nicht ohne große Bedeutung war. Nun ist freilich der Sieg Japans nicht nur für Rußland zu schwer, sondern auch für England zu groß gewesen, weil, wie heute nicht mehr bestritten werden kann, die japanischen Erfolge das englische Prestige in Asien sehr erheblich geschädigt haben. Das mit dadurch betroffene Frankreich rückt nun näher an England heran, so daß im Effekt sich die Wandlung vorbereitet, die dem weiteren Vordringen Japans und, wie aus den Ausführungen der „Débats" hervorzugehen scheint, auch dem japanischen Einfluß in China, die zusammenstehenden Interessen Frankreichs und Englands entgegensetzen will. Es wird sehr lehrreich sein, die Stadien dieser vorgezeichneten Entwicklung genau zu verfolgen. In diesem Zusammmenhang ist eine Korrespondenz der „Nowoje Wremja" (vom 18. Oktober) aus Tokio von Interesse. Sie lautet: „Die Annäherung Japans an

Indien wird immer stärker. Man ergreift hier, um sie zu fördern, eine Reihe von Maßregeln, die den Unterricht, die Religion und den Handel treffen. Die Zahl der Inder in japanischen Schulen und Universitäten wächst, indische Buddhisten reisen nach Japan, japanische nach Indien, und die einen wie die anderen erhalten auf japanischen Dampfern freie Fahrt. Eine indo-japanische Kompagnie in Tokio hat in Indien angefragt, welcher Import aus Japan erwünscht wäre, und welches die Formen des Handels seien. Diese Anfrage hat enthusiastische Aufnahme gefunden, denn infolge der steigenden nationalen Bewegung unter den Hindus und des Boykottierens europäischer Waren, finden die japanischen Anträge einen günstigen Boden. Indische Studenten veröffentlichen in Tokio Aufrufe an ihr Volk, welche zum Aufstande und zum Freiheitskampfe rufen: Indien warte auf die Hilfe Japans, das dem Abendlande bereits eine gute Lektion gegeben habe." Das alles ist wohl etwas sanguinisch empfunden und kann nicht über Nacht den festen Bau des indischen Reiches erschüttern. Aber es ist sicher, daß man in England beginnt, diesen Dingen ernste Aufmerksamkeit zuzuwenden.

In Rußland gehen Revolution und Repression weiter. Wie notwendig die letztere ist, mag eine Zusammenstellung der im Laufe von acht Tagen von der russischen Regierung entdeckten Bomben und Waffenniederlagen zeigen (nach der Zeitschrift „Prawo" vom 1./14. Oktober):

In Petersburg in der Bibliothek des Instituts der Wegeingenieure fand die Polizei: 16 Bombenhülsen, 4 elektrische Batterien für Höllenmaschinen nebst allem Zubehör, dazu große Mengen Dynamit, Cyankali, Pikrinsäure und weitere 39 nicht gefüllte Bomben.

Ebenfalls in Petersburg, bei der 3. Kompagnie des Ismailowschen Regiments, eine Niederlage von Explosivstoffen und 13 fertige Bomben. In Moskau eine Niederlage von 70 nicht gefüllten Bomben, eine zweite von 15 halbfertigen. In einem Walde bei Moskau vier Bomben. In Charkow in einem Schuppen, der zu einer Arbeiterwohnung gehört, 70 teils geladene, teils leere Bomben, Dynamit und Pulver. In Riga zwei Bomben, in Koslow zwei Bomben mit Zündern, in Kowno einen Transport Waffen, der aus dem Auslande kam und für die Revolutionäre bestimmt war (28 Revolver und 1200 Patronen), in einer Vorstadt Wilnas eine Niederlage von

Armeegewehren, Revolvern, Patronen und 20 Pfund rauchlosen Pulvers, ebenfalls in Wilna bei Revolutionären 8000 Patronen, 3 Revolver und Militärgewehre und eine Jagdflinte. In Kostroma Revolver, Patronen und große Mengen Pyroxilin, ebenfalls in Kostroma im Koffer von zwei aus Moskau eingetroffenen Anarchisten 12 Braunings, viele Patronen und 2000 Rubel. Auf der Station (Stanitza) Koschowsk den Kosaken gestohlen 82 Gewehre. Das ist das gewiß nicht vollständige Material einer Woche, wobei aus nicht ersichtlichen Gründen Polen nicht mit herangezogen worden ist.

In den Universitäten wechseln Unterricht und Lernstreik, und überall verlangen die Studenten Freigebung der Hörsäle für ihre Versammlungen. In Moskau verbot das Stadthaupt diese Versammlungen, weil in ihnen Todesurteile über politisch Mißliebige gefällt worden waren. Auf einer anderen Versammlung hatten die Studenten beschlossen, den Rektor und dessen Gehilfen zu verhaften. Danach besetzten Truppen die Zugänge zur Universität, weil notorisch nichtstudentische Revolutionäre an den Sitzungen teilgenommen hatten; die Studenten aber erklärten darauf, daß sie die von Militär bewachte Universität nicht besuchen würden, und so hörte faktisch der Unterricht auf. Der Rektor fuhr nach Petersburg, sich Rat zu holen, und der Ministerpräsident hat dann schließlich einen Ausweg gefunden. Das Militär wurde zurückgezogen und die Hörsäle wurden wieder für Studentenversammlungen freigegeben. Aber auch nur den Studenten. Sollten Fremde wieder teilnehmen, so wird dem Stadthaupt die Befugnis erteilt, wieder militärisch einzuschreiten.

Man fragt wohl, wie lange das dauern kann. Ähnlich aber sieht es auf allen Universitäten aus. Ein Unglück sind die vielen illegalen Existenzen, die nur vom Siege der Revolution ihr persönliches Heil erwarten können. „Während des letzten Jahres", schreibt die „Nowoje Wremja", „sind eine solche Menge Paßblankette und Paßbücher aus verschiedenen Behörden gestohlen worden, daß gegenwärtig neben den echten Pässen viele Tausende gefälschter im Umlauf sind. Einer der Verhafteten sagte aus, man könne in Riga jetzt schon für einen Rubel den schönsten Paß mit allen gesetzlich vorgeschriebenen Stempeln kaufen."

Zum Generalgouverneur der Ostseeprovinzen als Nachfolger Sologubs wird, wie es heißt, der General Möller-Sakamelski

ernannt werden, ein energischer Mann, dem der beste Ruf voraus-geht. Was man seinem Vorgänger zutraute, beweist wohl am besten eine Petition der kokenhusenschen Bauern an Ssologub, er möge ihnen doch den verhafteten Präsidenten der lettischen Republik Kroders freigeben! Überhaupt zeigt sich in der Frechheit, mit der die revo-lutionären Elemente mit ihren Aufrufen an die Öffentlichkeit treten, zugleich eine erstaunliche Naivität. So heißt es in dem Programm der finnischen Sozialrevolutionäre: „Die ländlichen Organisationen werden ausdrücklich beauftragt, im weitesten Umfange die herrschaftlichen Güter zu verbrennen und auszuplündern. Dabei sollen zwei Drittel der Beute den Ausführern gehören, ein Drittel der allgemeinen Kasse. In den Städten soll man vor allem die öffentlichen Gebäude sprengen, danach die Wohnungen der Reichen. Da hier das Risiko größer ist, soll die ganze Beute den Tätern zufallen!" Die lettische Zeitung „Sozial-demokrat" sagt ganz direkt, das Ziel sei, „die unnützen Klassen durch das siegreiche Proletariat zu vernichten". Je länger das Morden dauere, um so besser. Das Volk lerne dabei am besten seine Klassen-interessen kennen, und eine starke liberale Regierung werde dann überhaupt unmöglich werden. Die Liberalen hätten die Regierung schnell stürzen wollen, „wir aber müssen darauf hinarbeiten, daß die Revolution ohne Unterbrechung sich fortzieht. Die Morde, die dabei geschehen, sind in unseren Augen ein heiliger Akt der Revolution." Das sind die Genossen, für welche der „Vorwärts" gesammelt hat! Es wäre doch an der Zeit, daß er sich über diese Tatsachen erklärt! Genau derselbe schamlose Zynismus spricht aus den letzt bekannt gewordenen Veröffentlichungen des „Bund". Nach dem Muster der wahrhaft russischen Männer hat sich jetzt gegen den „Bund" ein Verein wahrhaft jüdischer Männer gebildet. Aber wir bezweifeln, daß davon viel Nutzen zu erwarten ist. Der Eindruck ist der einer Reklame.

Die Wahlen für die Duma stehen unmittelbar bevor und am 4. März unseres Stils wird diese zweite Vertretung der russischen Nation sich zusammenfinden. Wenn es bis dahin Herrn Stolypin gelungen ist, die anarchistische und terroristische Revolution zu unter-drücken, so hat er Großes geleistet. Noch größer aber wäre sein Verdienst, wenn es ihm gelingt, die neue Duma zu fruchtbarer Arbeit zu zwingen, denn nur dann läßt sich das Ziel, der russische Rechts-staat, verwirklichen.

25. Oktober. Feldzeugmeister von Schönaich wird zum österreichischen Landesverteidigungsminister ernannt.
26. Oktober. Protest der japanischen Regierung gegen die Ausschließung japanischer Kinder aus den Schulen von San Francisco.
27. Oktober. Antrittsvorlesung des Professors Burgeß in Gegenwart Kaiser Wilhelms.
28. Oktober. Nachrichten von Erfolgen des Hauptmanns Siebert in Südwestafrika.
30. Oktober. Erneute Schließung der Universität Petersburg.

---

31. Oktober 1906.

Die Antrittsvorlesung des ersten Trägers der Roosevelt-Professur, Professor Burgeß, hat eine Bedeutung gewonnen, die über den Rahmen hinausgeht, der derartige Einführungen zu begrenzen pflegt. Man hatte nicht nur den Eindruck, einen Gelehrten, sondern den, einen Staatsmann reden zu hören, den Herold eigener Lebenserfahrungen und zugleich den Boten einer großen befreundeten Nation, die, wie der Redner betonte, durch Bande des Blutes und gemeinsamer Interessen mit uns verbunden ist. Professor Burgeß, der ehemalige Lehrer und jetzige Freund des Präsidenten Roosevelt, begann mit Verlesung eines Briefes, den der Präsident ihm gleichsam als Geleit gegeben hatte, und dessen Inhalt keinen Zweifel darüber ließ, daß die Begründung der Roosevelt-Professur allerdings der Ausdruck einer Gesinnung ist, auf deren Bildungsgeschichte die deutsche Nation stolz sein darf, und deren Kundgebung sie mit aufrichtigem Dank entgegennimmt. Der Gedanke des Parallelismus der Entwicklung des preußisch-deutschen und des amerikanischen Staatsbaues, den der Präsident in seinem Schreiben geistvoll angedeutet hat, ist von Professor Burgeß in seiner Rede ausgeführt, erweitert und an seinem eigenen Werdegang illustriert worden. Ohne Floskeln und Phrasen, aber nachdrücklich, so daß die Zuhörer sich der Empfindung nicht entziehen konnten, daß hier ein Mann sprach, dem es Bedürfnis war, seinen Überzeugungen Ausdruck zu geben.

Das Hurra auf den Präsidenten Roosevelt, mit welchem Se. Majestät der Kaiser die Rede von Professor Burgeß beantwortete, fand einen stürmischen Widerhall, und wohl niemand wird

diese einzigartige Antrittsvorlesung ohne den Eindruck verlassen haben, daß er an einer bedeutsamen Kundgebung teilgenommen hat. Wir haben gerade in Berlin das Glück gehabt, eine ganze Reihe hervorragender Männer von den Tagen George Bancrofts (um nur von den letzten Jahrzehnten zu reden) bis zu Charlemagne Tower, als Vertreter der Vereinigten Staaten von Nordamerika bei uns zu sehen und glauben nicht zu irren, daß ein jeder von ihnen nicht nur als Freund Deutschlands hergekommen, sondern, was mehr ist, auch als Freund von uns geschieden ist. Der unvergeßliche Andrew Dickson White hat es uns noch nachträglich in seiner Autobiographie bezeugt. Als ein Neues traten dann die warmen persönlichen Beziehungen hinzu, die unseren Kaiser mit dem Präsidenten Roosevelt verbinden und die in der Geschichte unserer Tage eine ungemein bedeutsame Rolle spielen. Daß Männer, wie Professor Burgeß, ganz besonders geeignet sind, in solchem Sinne weiterzubauen, liegt auf der Hand. Wir wünschen ihm einen reichen Wirkungskreis und erwarten von seiner Lehrtätigkeit das Beste. Im allgemeinen liegen aber die Verhältnisse so, daß der Widerhall von Deutschland nach Amerika stärker ist, als umgekehrt. Die zahlreichen deutschen Landsleute, die hinüberziehen, bleiben meist dauernd dort und finden drüben ein neues Vaterland, dem sie, wie uns eben jetzt wieder bezeugt wurde, in deutscher Treue ihre Dienste widmen. Daß sie nach Jahr und Tag wieder heimkehren, gehört leider zu den verhältnismäßig seltenen Ausnahmen. Die jungen Amerikaner dagegen, welche unsere Hochschulen und technischen Institute besuchen, ziehen ohne Ausnahme nach Amerika zurück, und das hat zur Folge, daß dort die Kenntnis deutscher Verhältnisse im Kreise der meist Gebildeten größer ist, als die Kenntnis amerikanischer Zustände bei uns. Eine Ausnahme machen wohl nur unsere Kaufleute und neuerdings die häufig zu Studienzwecken hinüberziehenden Techniker. Die Gelegenheit, die sich jetzt bietet, von einem Gelehrten, der zugleich Staatsmann ist, den komplizierten Mechanismus und die Psyche des amerikanischen Staatslebens kennen zu lernen, wird daher gewiß nicht ungenutzt vorübergehen.

In der Rolle, die Amerika in der großen Politik spielt, hat sich seit einer Reihe von Jahren eine Wandlung vorbereitet. Seit Präsident Roosevelt das Wort sprach: „Das Gedeihen einer Nation hat normalerweise nicht die Bedeutung einer Bedrohung, sondern

einer Hoffnung für die übrigen", läßt sich hoffen, daß die Politik der Vereinigten Staaten ein Gegengewicht gegen die entgegengesetzte Theorie darstellen wird, die in dem Gedeihen und Aufstreben jedes anderen Volkes eine Schädigung erblickt, die niedergekämpft werden muß. Der Rooseveltsche Gedanke scheint neuerdings in den Beziehungen der Vereinigten Staaten zu China eine praktische Verwirklichung finden zu wollen. In der vortrefflichen Wochenschrift „The Outlook", die in New York erscheint, wird lebhaft für den Gedanken eingetreten, das China gegenüber eingeschlagene Ausbeutungssystem fallen zu lassen, wobei namentlich das Erwerben großer Eisenbahnkonzessionen durch Fremde als ein den Chinesen verdächtiges und verhaßtes Mittel, ausländischen Einfluß zur Geltung zu bringen, gegeißelt wird. Dem Bemühen Chinas, diese Konzessionen zurückzukaufen, sollten keine Schwierigkeiten in den Weg gelegt werden, denn es sei wichtiger, das Mißtrauen Chinas zu beseitigen, als einen oft wucherischen Gewinn einzuheimsen. Ebenso sei es falsch, den Bemühungen Japans um die Annäherung Chinas an abendländische Kultur und Staatsformen entgegenzuwirken. Man solle diese Bestrebungen eher fördern. Der Vorteil, der der Welt aus einer so gerichteten friedlichen Aufschließung Chinas erwachse, sei wertvoller, als alle übrigen möglichen Kombinationen. Da wir den „Outlook" im Augenblick nicht zur Hand haben, ist hier an keiner Stelle der Wortlaut der Ausführungen wiedergegeben, aber der Grundgedanke entspricht unserer Formulierung, und darauf allein kommt es uns an. Wir stehen auch nicht an, ihn uns zu eigen zu machen, und wissen, daß die deutsche Politik, ganz wie sie Japan auf den Wegen förderlich gewesen ist, die zu seiner geistigen und materiellen Neubildung geführt haben, auch mit entschiedenem Wohlwollen den neuen Bestrebungen Chinas entgegenkommt. Das hat die chinesische Studienkommission, die jüngst bei uns weilte, ohne Zweifel empfunden. Nur glauben wir nicht, daß solche Wandlungen sich ohne Erschütterungen vollziehen können. Das wäre beispiellos, und auch in Japan ist der Neubildung blutiger Kampf vorausgegangen, so daß bis auf weiteres den Staaten abendländischer Kultur die Pflicht bleibt, ihre Interessen, wie sie im Laufe der Jahre sich völkerrechtlich entwickelt haben, wenn nötig, auch zu verteidigen. Was aber die Vereinigten Staaten betrifft, so kompliziert sich ihre Politik dadurch, daß die zahlreichen

japanischen und chinesischen Ansiedler im Westen, und zwar besonders in Kalifornien, auf eine entschlossene Rassenantipathie stoßen. Das hat neuerdings seinen Ausdruck in einem Erlaß des Oberschulrates (Board of Education) von San Francisco gefunden, der allen zu den fremden Rassen gehörigen Kindern den Zutritt zu den öffentlichen Schulen verschließt. Eine Ausnahme wurde zunächst tatsächlich mit den Japanern gemacht, aber da die Eltern einiger Kinder protestierten, die Bestimmung nachträglich auch auf japanische Kinder ausgedehnt. Der Wortlaut des betreffenden Schulgesetzes sagt: „Die Schulverwaltung soll berechtigt sein, alle Kinder, die schmutzige oder verdorbene (vicious) Kleider tragen, oder an ansteckenden Krankheiten leiden, auszuschließen, und ebenso besondere Schulen für Indianerkinder und Kinder mongolischer oder chinesischer Herkunft anzulegen. Wenn solche besondere Schulen gegründet sind, sollen Kinder von Indianern, Chinesen und Mongolen nicht in anderen Schulen zugelassen werden." Nun erklären die Japaner, daß die Bezeichnung „Mongolen" sie nicht treffe, während der Oberschulrat von San Francisco, wie behauptet wird, bei seiner Auslegung bleibt. Da inzwischen die Chinesen auf die geringschätzige Behandlung, die ihnen im westlichen Amerika zuteil wird, mit einer Boykottierung amerikanischer Waren geantwortet haben, die sehr peinlich empfunden wird, ist es begreiflich, daß ähnliche Repressalien von seiten Japans befürchtet werden. Präsident Roosevelt hat deshalb am 26. Oktober eine Sitzung des Kabinetts berufen, die $2^1/_2$ Stunden über diese wichtige Frage beraten hat. Wie es heißt, ist der Beschluß gefaßt worden, auf der Grundlage des Vertrages von 1894 den Japanern das größte Entgegenkommen zu zeigen. Aber die Schwierigkeit lag in der Frage, ob San Francisco geneigt sein werde, nachzugeben, und ob es Mittel gibt, in diese innere Angelegenheit des Staates einzugreifen. Es scheint nun, daß Präsident Roosevelt bereits auf dem Wege ist, diese Schwierigkeit zu beseitigen. Wie der oben mitgeteilte Text der Verordnung des Oberschulrats zeigt, handelte es sich um eine noch zu treffende Maßregel; jetzt erklärt San Francisco, daß ein Mißverständnis vorliegen müsse und daß noch kein japanischer Schüler exkludiert worden sei, auch in Zukunft nicht ausgeschlossen werden solle. Man habe jedoch im Interesse der Weißen für angebracht gehalten, die Orientalen „abzusondern". Es scheint, daß damit ein Rückzug vorbereitet wird,

und alles wird darauf ankommen, ob die Japaner sich damit zufrieden geben werden. Der Text des Staatsschulgesetzes sagt ausdrücklich „separate schools“, der Ausdruck absondern (segregate) scheint auf gesonderte Plätze in den Schulen hinzuweisen, was von den Kindern vielleicht noch schmerzlicher empfunden wird. So bleibt zwar die Möglichkeit, daraus eine nationale Ehrenfrage zu machen, aber wir halten es nicht für wahrscheinlich, daß es geschieht. Dazu sind die Japaner zu politisch angelegt, während andererseits der gute Wille der Regierung in Washington so offenkundig zutage getreten ist, daß für keinen Zweifel Raum bleibt. Wahrscheinlich hat die amerikanische Presse, was ja nicht selten geschieht, die ganze Frage zu einer politischen Sensation aufgebauscht.

Alle Welt richtet jetzt die Blicke auf das neue französische Kabinett. Herr Clemenceau kann daraus recht schmeichelhafte Schlüsse auf die Bedeutung ziehen, die seiner Person beigemessen wird. Denn die Aufmerksamkeit gilt fast ausschließlich ihm, während die übrigen Mitglieder des Kabinetts ziemlich einstimmig als recht unpersönlich bezeichnet werden. Der Präsident der Republik, Herr Fallières, hat zwar Herrn Viviani, den Inhaber des neuen Ministeriums für Arbeiten und Gesundheitspflege, besonders ausgezeichnet, aber man nimmt wohl nicht zu Unrecht an, daß er damit die mißliebige Neuschöpfung vor der Öffentlichkeit in Schutz nehmen wollte. Es ist ein Ministerium der Freunde des Ministerpräsidenten und zugleich ein Journalistenministerium, da nicht weniger als sechs ehemalige Redakteure jetzt die Geschicke Frankreichs leiten werden. Auch Herr Pichon, der neue Minister des Auswärtigen, gehört in ihre Reihen, ganz wie einst Herr Delcassé den Redaktionsstuhl für den Ministersessel aufgab. Uns ist Herr Pichon von der denkwürdigen Sitzung des 20. September 1892 in Erinnerung geblieben. Er fand damals den Mut, für Clemenceau einzutreten, als Déroulède den heutigen Ministerpräsidenten wegen seiner unbestreitbaren Beziehungen zu Cornelius Hertz angriff. Déroulède war aber ein schlechter Taktiker und beging die Torheit, Clemenceau den lächerlichen Vorwurf des Vaterlandsverrats zu machen. Ein Duell Clemenceau-Déroulède brachte dann den Abschluß, und Clemenceau kam mit ziemlich heiler Haut aus dem bösen Panamahandel heraus, ganz wie Ribot und Bourgeois. Aber alle drei galten jahrelang für politisch tote Männer, und niemand hätte

es für möglich gehalten, daß je einer von ihnen sich zu einer leitenden Stellung würde aufschwingen können. Und doch haben sie noch eine große Rolle gespielt. „Drôle de pays que cette France où les gloires mortelles sont passagères", schreibt uns ein geistreicher Freund. In anderen Staaten pflegt man nur einmal politisch zu sterben. Auch die Ernennung Picquards, die an eine andere große Sensationsaffäre, die „Affaire" kurzweg, erinnert, ist in Frankreich und darüber hinaus aufgefallen. So sehr man dem mutigen Mann seine Rehabilitation gönnen muß, läßt sich doch nicht übersehen, daß er allzu lange außer der Carrière war, um anderen gleichgestellt oder vielmehr übergeordnet zu werden, die fortgesetzt in ihr geblieben sind. Aber das hängt mit der Vorstellung zusammen, die immer mehr in den parlamentarischen Staaten gemein wird, daß die Minister nicht die fachmäßig gebildeten Meister eines Verwaltungszweiges, sondern vor allem die politisch-homogenen Mitglieder eines Kabinetts sein müssen, dessen Farbe durch den Ministerpräsidenten und die hinter diesem stehende Parlamentsmajorität bestimmt wird. Heute ist in Frankreich diese Farbe das Doppelrot der Radikalen und der Sozialisten, und aller Wahrscheinlichkeit nach wird in der Frage der Kultgenossenschaften die intransigente Richtung des Kabinetts noch zu den bösartigsten Konflikten führen. Herr Pichon wird seine diplomatische Kunst vor allem an der marokkanischen Frage und an der Stellung zu zeigen haben, die er der mohammedanischen Bewegung in Nordafrika gegenüber einnimmt. Beide Probleme stehen in gewissem Zusammenhange, und beide sind außerordentlich schwierig. Wir schließen diese Betrachtung französischer Angelegenheiten mit dem Hinweise auf einen Brief von Combes de Lestrade im „Journal des Débats". Er betrifft die Frage deutsch-österreichisch-italienischer Beziehungen und schließt mit folgender Betrachtung: „Ein Regierungswechsel (in Österreich-Ungarn) kann die Möglichkeit eines Systemwechsels (in den Allianzen) herbeiführen. Vielleicht läßt sich das Wie vorhersagen:

„Die Gegner der jetzigen Kombination werden ihre Arbeit wieder aufnehmen. Sie werden aber bestimmt scheitern, wenn sie dem Herrscher nicht ein neues System als Ersatz bieten können. Österreich kann nicht isoliert bleiben, ohne seine Sicherheit zu gefährden. Auch kann die Hoffnung auf neuen Ruhm, den Erwerbungen bieten könnten,

den Gedanken zu Fall bringen, und ebenso der Umstand, daß die österreichischen Feinde der Allianz mit Deutschland, für sich allein das Ziel nicht erreichen können. Die Verhältnisse und die Weisheit der Menschen muß ihnen das bieten, was ich die Materie zu einer Allianz oder „entente" nennen möchte. Wenn nicht außerhalb der Grenzen eine andere Nation, die sich selbst helfen will, ihnen beispringt und ihnen die Garantie bietet, die sie im Dreibund finden, ohne sie den Gefahren auszuliefern, die mit ihm verbunden sind — wenn das nicht geschieht, so wird der Nachfolger von Franz Josef sogar jedes Zögern vor Erneuerung der Allianz mit Deutschland ängstlich vermeiden müssen. Gewiß werden die Österreicher nicht frohen Herzens sich zu diesem Weg bequemen, wenn ihnen eben kein anderer offen bleibt. Ihre Sympathien für uns sind in der Politik sehr platonisch, aber in allen anderen Dingen sehr lebendig, Frankreich, sein Geist, sein Geschmack strahlen hell in Österreich, und man liebt ihren Glanz ..."

Dieser liebenswürdigen kleinen Giftmischerei stellen wir eine andere zur Seite, die wir einem Wiener Brief der Münchener „Allgemeinen Zeitung" entnehmen, der sich mit dem Rücktritt des Grafen Goluchowski beschäftigt. Es heißt darin:

„Um die neueste magyarische Machenschaft richtig zu beurteilen, müssen wir auf einige wenig beachtete, von der „Montagsrevue" in Wien vom 30. September enthüllten Vorgänge zurückkommen. Danach sei, bei Gelegenheit des Internationalen Friedenskongresses zu London, der Unterrichtsminister Seiner Majestät des Königs von Ungarn, Graf Apponyi, von König Eduard VII. von England in besonderer Audienz empfangen worden, und das Ergebnis dieser Besprechung sei die Umstimmung König Eduards gewesen, der bisher die politischen Bestrebungen der Magyaren als für die Machtstellung der Habsburger Monarchie gefährlich angesehen habe. Bekannt ist auch die unmittelbare Folge, welche das Auftreten des Grafen Apponyi in London gehabt hat, nämlich der Gegenbesuch des „Eightyklub" in Pest. Von diesem Ausfluge des angesehenen Londoner Klubs sagte die „Montagsrevue", daß er nicht einer spontanen Eingebung des Klubs entsprungen sei, sondern daß die englische Regierung ihren Einfluß in diesem Sinne geltend machte, „und nicht einmal die Regierung allein". Über die gewechselten Reden, welche das übliche Gebräu von „Lieb und

Falschheit" neben der englischen Spezialität einer Verquickung von Handel und Politik enthielten, kann man hinweggehen. Minder bekannt geworden ist jedoch die Tatsache, daß sechzig Mitglieder des Klubs sowie zwanzig Damen nach Pest reisten, dort einen ganzen Monat lang verblieben und daß, nach Versicherung eines ungarischen Blattes, die ungarische Regierung die bedeutenden Kosten dieses diplomatischen Massenausfluges getragen hat. Sonst waren derartige, ziemlich unverblümte Agitationsreisen englischer Politiker in fremde Länder wohl nur in den Balkanstaaten vorgekommen." Wir dürfen wohl mit gutem Grunde annehmen, daß unter dem Regime des Grafen Aehrenthal weder Herr Combes de Lestrades noch die Herren und Damen des Eightyklub einen fruchtbaren Boden für ihre „Studien" finden werden.

In England beginnen die leitenden Politiker der beiden großen Parteien sehr energisch gegen das Vordringen der Sozialisten Front zu machen. In Perth hat Lord Lansdowne sich folgendermaßen geäußert: „Ich habe nichts dagegen, daß die Arbeiterpartei im Parlament vertreten ist. Ich finde vielmehr und weiß aus eigener Erfahrung, daß wir von ihnen viel über die Welt lernen können, in der sie leben und die wir nur wenig kennen. Aber in ihren Reihen sind einige Sozialisten, die den Krieg gegen das Kapital predigen und ebenso gegen alle privilegierten Klassen. Das heißt nicht, die Arbeiter verteidigen, ist auch kein Schutz der Arbeit, sondern etwas ganz anderes. Übrigens ist eine solche Propaganda in Schottland nicht gefährlich: die große Mehrzahl der Schotten hat zuviel Verstand, um eine so dumme (silly) Lehre anzunehmen. Ihr wißt ja, daß Kapital und Arbeit sich gegenseitig erhalten und ohne einander nicht existieren können. Der Millionär, der im reichsten Lande der Welt lebt, kann nichts ohne Hilfe der Arbeit tun, und die Arbeit wiederum ist ohnmächtig ohne Kapital." Noch energischer hat der hochgebildete Kriegsminister Haldane dem Sozialismus den Krieg erklärt, und wir halten es für eine sehr erfreuliche Erscheinung, daß in diesen großen Fragen die beiden, einander auf allen übrigen Gebieten bekämpfenden Parteien Hand in Hand gehen. Es ist ein Beispiel, das auch bei uns nicht verloren gehen sollte.

Aus Rußland liegt wieder die Nachricht von einer langen Reihe von Raubanfällen und Attentaten vor. Aber man gewinnt

den Eindruck, daß die Polizei geschickter und mutiger geworden ist. Es sind in letzter Zeit viele Anschläge entdeckt worden, bevor sie ausgeführt werden konnten, und namentlich die Zahl der aufgefundenen Bombenniederlagen ist groß. Dabei ist aufgefallen, daß diese Bomben jetzt von ganz besonders großem Kaliber und ungeheurer Explosivkraft sind; auch sind nach wie vor Petersburg und Moskau die Zentren. Sehr lebhaft beginnt die Presse sich den Zuständen im Königreich Polen und in den sogenannten westlichen Gouvernements zuzuwenden, in denen Schul- und Kirchenagitation, wie auf eine ausgegebene Parole hin, tätig sind. Es ist dabei von Interesse, daß in Litauen und Weißrußland die polnische Geistlichkeit keinerlei Anstand nimmt, die Nationalsprachen durch die polnische zu verdrängen und in Weißrußland auch die polnische Schrift in den Schulbüchern an die Stelle der russischen zu setzen. Man zieht die Parallele mit Posen und wird zu dem Schlusse gedrängt, daß die polnischen Gewissen in Sprachen-, Schul- und Kirchenfragen offenbar nach Breiten- und Längengraden verschieden organisiert sind.

Auf den Universitäten scheint es etwas ruhiger zu werden. Der akademische Verein der Petersburger Universität schlägt den Studenten vor, die Wahl von Ältesten (Starosten) ganz aufzugeben, weil dies das einzige Mittel sei, das akademische Leben wieder in normale Bahnen zu leiten. Dabei wird der gegenwärtige Starostenrat folgendermaßen charakterisiert: „Die Tätigkeit der Starosten hat bisher die Erwartungen der Majorität der Studenten nicht erfüllt; Überschreitung der Vollmachten, willkürliche Aneignung exekutiver, gesetzgeberischer und richterlicher Gewalt, Unterordnung der akademischen Interessen unter die einer Partei — das ist es, was sie sich anmaßen." Formell vertreten sei nur die Minderheit (in der juristischen Fakultät nahm nur ein Viertel der Studenten an den Wahlen teil), die zudem großenteils aus Leuten bestehe, die sich absichtlich von der Universität fernhalten, soweit die Wissenschaft in Frage kommt, um aktiv an dem Leben verschiedener politischer Parteien teilzunehmen. „Mit akademischen Fragen hat sich der Starostenrat nur so weit befaßt, als es dem politischen Augenblick, vom Standpunkt einer bestimmten politischen Partei aus, entsprach." Auch aus anderen Universitäten werden ähnliche Stimmen laut, und sie würden sicher durchdringen, wenn es gelänge, des Terrors Herr zu werden. Darauf aber ist, wie es

scheint, vorläufig noch nicht zu rechnen. Ein Korrespondent der „Times“, der jetzt durch Rußland reist und sich in allen gesellschaftlichen Kreisen bewegt, sagt, daß der teuerste Besitz in vielen Häusern ein Album mit den Porträts von Mördern sei. Ein Mädchen von 17 Jahren nannte ihre Sammlung ihr „Pantheon“. Auf der ersten Seite war ein gemaltes Bild, das ein Mädchen darstellt, das ihrem Geliebten den Revolver in die Hand drückt, mit dem er einen Mord vollführen soll. Dann folgten Photographien von Kalajew, der den Großfürsten Serge ermordete, von Sasonow, dem Mörder Plehwes, und viele andere — es waren lauter Mörder. Auch der Auszug aus einem Briefe, den die Spiridonowa, die Mörderin des Vizegouverneurs von Tambow, Lushanowski, aus dem Gefängnis geschrieben hatte, wurde bewahrt. Auf dem Vorderblatt des Albums aber war in englischer Sprache geschrieben:

„Lives of great ones all remind me
I can make my life sublime.“

Kein Zweifel, der schönste Traum dieser jungen Dame ist ein recht eklatanter Mord! Wie aber wird man solche Keime aus der Seele der jungen Generation ausrotten?

Es wird immer wahrscheinlicher, daß in der nächsten Duma Gutschkow eine bedeutende Rolle spielen wird. Er ist eifrig bemüht, alle gemäßigten Elemente zusammenzuschließen, und hat auch mit dem Zentrum des Reichsrats Fühlung gefunden. Seine Beziehungen reichen auch in die baltischen Provinzen und nach Polen hinein. Man kann ihm nur den besten Erfolg wünschen.

31. Oktober. Londoner Meldung, daß 60 französische Kamelreiter von den Senussi aufgerieben wurden.
2. November. Sieg der Gemäßigten in den Londoner Gemeinderatswahlen.
3. November. Baron Aerenthal in Berlin. Unterzeichnung der Konvention über die Funkentelegraphie.
4. November. Meuterei in Portsmouth.
5. November. Rücktritt des Ministeriums Petrow in Sophia. Programmrede Clemenceaus.
7. November. Hughes, Republikaner, zum Gouverneur von New York gewählt.

---

7. November 1906.

Der Abgeordnete Bassermann hat kürzlich eine Rede gehalten, deren Inhalt die „National-Zeitung" sich beifällig zu eigen gemacht hat und deren unsere auswärtige Politik betreffenden Behauptungen wir an dieser Stelle nicht unwidersprochen lassen können. Es ist kurz gesagt eine Verurteilung nicht nur unserer gesamten Politik während der letzten Jahre, sondern auch derjenigen Persönlichkeiten, die sie leiten und vertreten. Daß dabei Herr Bassermann einen Hymnus auf die Politik Eduards VII. anstimmt und ihn in Parallele mit unserem Kaiser stellt, um die Schatten seines Vergleiches auf diesen fallen zu lassen, geht aber soweit über die Grenzen hinaus, die jeder nationalgesinnte Deutsche sich selbst setzt, daß wir wohl aus dem Schoß der nationalliberalen Partei selbst einen Protest dagegen erwarten dürfen. Hier soll nur die sachliche Seite seiner Ausführungen – oder besser gesagt seiner Andeutungen, denn es sind eben nur Andeutungen und Behauptungen, mit denen er um sich wirft — etwas näher beleuchtet werden. Da wird man zunächst eliminieren müssen, was er von der „Politik des Herrn v. Tschirschky" sagt. Minister der auswärtigen Angelegenheiten ist bekanntlich der Reichskanzler, der Staatssekretär aber erst so kurze Zeit im Amte, daß alle die Tatsachen, deren Herr Bassermann gedenkt, nicht in die Zeit seiner Amtstätigkeit, sondern vor dieselbe fallen: Das englische Bündnis mit Japan, wie die entente cordiale, zwei Ereignisse von denen wir begierig wären zu hören, wie Herr Bassermann sich vorstellt, daß Deutschland sie hätte verhindern sollen. Als drittes nennt

er die Bildung des Ministeriums Clemenceau „dessen Angelpunkt England, dessen Ziel Deutschland und dessen Lohn Elsaß-Lothringen" sei, wie Herr Bassermann nach einem französischen Blatt entsetzt zitiert, ohne sich zu fragen, ob denn dieses Blatt nicht am Ende ebenso schlecht orientiert ist, als er nach allen Richtungen hin zu sein scheint. Vielleicht beruhigt es ihn zu erfahren, daß Herr Clemenceau nur unter der Voraussetzung sein Ministerium bilden durfte, daß er die Verpflichtung übernahm, eine friedliche, nicht Delcassésche Politik zu treiben, und daß Herr Pichon genau auf demselben Boden steht. Offenbar schöpft er sein Urteil aus dem uns feindseligen Preßkonsortium, und ahnt nicht, mit welcher Gewissenlosigkeit die Blätter dieser Färbung erfinden und wie geringe Fühlung sie mit ihren Regierungen haben. Ein Beispiel mag das illustrieren. Die „Sun", ein New-Yorker Blatt, das sonst vorsichtig und gut orientiert ist, bringt in der Nummer vom 27. Oktober eine Kabeldepesche ihres Londoner Korrespondenten, eines Mr. Chamberlain — deren es bekanntlich in England mehr gibt, als bei uns Bassermanns — folgenden Inhalts: Es sei ihm gelungen, ein Geheimnis zu ergründen, das von großer Wichtigkeit für die internationale Politik sei, Großbritannien, Frankreich und Italien hätten eine Militärkonvention geschlossen, die im Effekt eine Defensivallianz sei und heute als entscheidender Faktor die Lage Europas beherrsche. Die Verhandlungen hätten vor der Konferenz von Algeciras stattgefunden, um Deutschland zu zügeln und hätten bekanntlich ihr Ziel erreicht. Außerdem habe Italien eine geheime Militärkonvention mit Serbien abgeschlossen, und als Österreich zum Schwert greifen wollte, habe nur die Zusammenkunft König Eduards mit Kaiser Wilhelm den Krieg verhindert, heute könne daher die Gefahr als beseitigt betrachtet werden! Nun können wir mit aller Bestimmtheit versichern, daß an alle dem nicht ein wahres Wort ist. Es ist das alles ebenso leeres Gerede, wie Herrn Bassermanns Enthüllungen über die wahren Ziele der Clemenceauschen Politik. Aber Herr Bassermann weiß auch, daß „unser braver Freund" Italien in einem Weltkampf sowohl gegen Frankreich wie gegen England versagen würde, und wir dürfen wohl daraus den Schluß ziehen, daß er und Mr. Chamberlain aus derselben unlauteren Quelle ihre Nachrichten geschöpft haben. Aber erstaunlich ist es doch, wenn ein Abgeordneter nicht weiß, daß der Dreibund völlig unver-

ändert erneuert worden ist, wie die Welt von so autoritativer Seite wie irgend möglich, d. h. vom Fürsten Bülow selbst, erfahren hat.

Über Rußland aber macht Herr Bassermann die tiefsinnige Bemerkung: „Und Rußland!" wobei der Tiefsinn wohl in dem Ausrufungszeichen liegen soll, das wahrscheinlich andeutet, daß wir von dorther eine Gefahr zu gewärtigen oder doch in den Nöten, von denen Herr Bassermann uns bedroht sieht, keine Hilfe zu erwarten haben. Ein nüchterner Beobachter der Lage freilich würde sagen, daß Deutschland, was seit 1879 zu keiner Zeit unbedingt sicher war, heute den Rücken frei hat und seine volle Kraft dahin wenden kann, wo ihre Verwendung notwendig werden sollte. Den Schluß der Bassermannschen Darlegung setzen wir wörtlich her. „Wenn England an dem Deutschland zunächst gelegenen Punkte eine neue Heimatflotte errichtet, und wenn zu gleicher Zeit ein deutscher Generaladjutant einem englischen Herzog einen Ehrensäbel überreicht, dann fehlt uns für solche Dinge das Verständnis, und da möchte man wünschen, daß einmal ein Staatsmann kommt, der den Einfluß hat, solche Dinge unmöglich zu machen. (Die englische Heimatflotte oder den Ehrensäbel, oder beides?) Wenn man auf unseren Diplomatenposten in den wichtigen Städten Leute mit Diminutivnamen wie Phili, Specki usw. hat, möchte man glauben, daß sie in solch leitender Stellung nicht die richtigen Leute sind." Auch hier staunt man über die Unkenntnis und über die logischen Fehler des Herrn Abgeordneten. Die englische Heimatflotte und jener englische Herzog stehen außerhalb jedes Zusammenhanges, und es läßt sich wohl 10 gegen 1 wetten, daß Herr Bassermann keinen Versuch gemacht hat, den ursächlichen Zusammenhang zu ergründen. Er argumentiert post hoc ergo propter hoc und wirft sich die Frage gar nicht auf, ob denn eine Nation das Recht hat, einer anderen die Anlage von Flottenstationen auf eigenem Boden zu untersagen! Denn er kann doch unmöglich vorausgesetzt haben, daß Deutschland den Engländern ein Veto hätte zurufen und bei der natürlich darauf folgenden entrüsteten Abweisung einen Krieg auf sich nehmen sollen! Was aber die Staatsmänner mit Diminutivnamen betrifft, wobei das Undsoweiter dem verblüfften Hörer andeutet, daß Herr Bassermann noch viele solcher Diminutive in den Staatsmännerkreisen, die ihm wie seine Tasche bekannt sind, zur Verfügung hat, so scheint er nicht zu wissen, daß Fürst Philipp zu

Eulenburg seit 1902 nicht mehr im diplomatischen Dienst ist und als Privatmann auf seinen Gütern lebt, der Botschafter Speck v. Sternberg aber zu unseren meist verdienten Staatsmännern gehört und sich auf seinem Posten ausgezeichnet bewährt hat, worüber unter allen Kennern der Lage hüben und drüben nur ein Urteil ist. Und da wirft Herr Bassermann seine vorschnellen, auf nichts basierenden Vehmsprüche in die Welt!

Wie sieht denn, im Gegensatze zu den erhitzten Phantasien des Herrn Abgeordneten, die Lage in Wirklichkeit aus?

Die wesentliche Änderung liegt darin, daß die zwei möglichen Gegner, mit denen wir zu rechnen haben, uns heute gegenüberstehen, während wir früher den einen vor uns, den anderen im Rücken hatten. Schon oben war darauf hingewiesen, daß für die nächst absehbare Zeit unser Rücken frei ist. Wir halten daher die gegenwärtige Position für die günstigere, da, wenn wir uns gleich nicht verhehlen, daß ein Seekrieg für uns gefährlicher ist als ein Kontinentalkrieg, wir es doch für sicher halten, daß, wenn ein solcher Krieg zum Ausbruch käme, sich im eigensten Interesse indirekte Bundesgenossen einstellen würden, die den Gegner nötigen müßten, seine Kräfte zu teilen und zu zersplittern. Auch sind wir der guten Zuversicht, daß die deutsche Flotte der Welt, wenn es einmal darauf ankommen sollte, dieselbe Überraschung bereiten wird, wie es einst das deutsche Heer getan hat. Aber, und dies ist das wesentlichste, so weit sich kommende Dinge voraussehen lassen, ist der Bassermannsche „Weltkampf" überhaupt nicht von unserer Generation zu erwarten; sollte aber das Unwahrscheinliche geschehen, so wird die Regierung Kaiser Wilhelms der Vorwurf nicht treffen, daß sie die Stärkung unserer Wehrkraft zu Wasser wie zu Lande in irgendwelcher Weise vernachlässigt habe. Hier liegt ihr Ruhmestitel, ganz wie er darin liegt, daß Deutschland im Verlaufe seiner ganzen Geschichte keine Periode gleicher wirtschaftlicher und auf weiten Gebieten auch gleicher wissenschaftlicher Blüte erlebt hat. Das leugne, wer es mag! Wir sind gewiß nicht blind gegen die Schäden der Zeit und beklagen sie; aber gerade diese Schäden und Krankheiten der Zeit tragen einen internationalen Charakter, es sind Strömungen, die mit dem neuen Jahrhundert in die Grenzen aller Kulturvölker und darüber hinaus gedrungen sind, gewiß aber sind sie nicht spezifisch deutsch. Was aber deutsch ist,

das ist eben diese rastlose Ausbildung der deutschen Wehrkraft unter sorgfältiger Pflege des ideellen Untergrundes, auf dem sie errichtet ist. Wenn dieser Untergrund schwankt, dann mag Herr Bassermann mit Recht seine warnende Stimme erheben, was er jetzt treibt, ist schlecht machen, nicht aufrichten. Dafür, daß in der jetzigen Weltlage ein „Weltkampf" höchst unwahrscheinlich ist, sprechen aber gute Gründe, wie ein rascher Umblick zeigen wird.

Beginnen wir mit England. Wir schätzen die psychische wie die materielle Kraft des Staates sehr hoch ein, wissen auch, daß der alte Satz „right or wrong my country" heute in einem Teil der Presse und der von ihr beeinflußten öffentlichen Meinung so ausgelegt wird, daß es an der Zeit ist, die deutsche Flotte zu vernichten, ehe sie für England zu stark wird. Aber abgesehen davon, daß für lange diese letztere Möglichkeit nicht eintreten kann, ist diese kriegslustige Gruppe nicht am Ruder. Die gegenwärtige Regierung aber ist entschieden friedfertig, und wenn man von König Eduard, für den Herr Bassermann sich so lebhaft erwärmt, das Gegenteil sagt, so halten wir das entschieden für falsch. Der König kennt die starken Seiten seines Staates, aber er kennt auch seine Schwächen und weiß zudem, daß der Sinn der Nation heute auf Reform im Inneren, nicht auf Konflikte gerichtet ist, die unter allen Umständen große Verluste und nur vorübergehenden Vorteil, keinen dauernden Gewinn bringen können. Im Augenblick steht ein Konflikt zwischen Unterhaus und Haus der Lords bevor: die alte irische Frage ist wieder lebendig geworden, und das Ministerium ist ernstlich bemüht, sie glücklicher Lösung entgegenzuführen, die Sozialisten dringen in Parlament und Verwaltung, und dazu liegt noch eine lange Reihe minderer Probleme vor (Education Bill. Plural Voting Bill. Land tenure Bill. workmans compensation Bill. Merchant Shipping Bill), die alle nicht nur angenommen, sondern auch durchgeführt werden wollen. Dazu kommen die Schwierigkeiten in den Kolonien, die furchtbare wirtschaftliche Depression in Südafrika, und die sich damit kombinierenden nationalen Fragen und Rassenprobleme: in Australien die immer mehr Sorgen erregende Zunahme des sozialistischen Elements, das seiner Grundanschauung entsprechend rücksichtslos egoistisch ist, neuerdings auch durch die englisch-französischen Vereinbarungen über die neuen Hebriden sich höchst verstimmt zeigt, in Indien die von

uns nicht überschätzte, aber doch auch nicht zu unterschätzende Bewegung der Hindus mit ihren durch die japanischen Erfolge wachgerufenen Aspirationen, endlich das Wachstum des japanischen Bundesgenossen und die Reformbewegung in China — das alles sind wichtige Interessenfragen, die wohl überwacht sein wollen und es nicht gestatten, aus purer Freude am Raufen einen unnötigen Konflikt mit einer Großmacht heraufzubeschwören, von der kein Mensch in aller Welt annimmt, daß sie ihre Waffen strecken wird, ohne sie gebraucht zu haben. Dazu kommt aber noch die Notwendigkeit, wenn je, so jetzt, die Vorteile auszunutzen, welche für England aus der Schwächung Rußlands erwachsen. Man will den Einfluß in Persien steigern, Afghanistan enger an Indien knüpfen — eben jetzt wird der Emir in Agra erwartet, wo ihm ein beispiellos glänzender Empfang bevorsteht, endlich, man geht daran, sich in Tibet häuslich einzurichten. Wahrhaftig, selbst Herr Bassermann, wenn er sich an die Stelle seines englischen Freundes setzen könnte, würde unter solchen Umständen Frieden halten.

Nur wenig anders stellt sich die Lage in Frankreich dar. Zunächst glauben wir, daß dort die Zahl der heimlichen und offenen Friedensfreunde noch weit größer ist als in England. Der Unterschied liegt wohl vornehmlich darin, daß sich nie berechnen läßt, welchen Einfluß die Pariser Presse auf ein erfahrungsmäßig leicht entzündliches Temperament ausüben wird. Ist in Frankreich die plötzlich entstehende öffentliche Meinung stärker, so ist sie in England selbständiger und Affekten weniger zugänglich. Die französischen Ministerien kennen aber ihre Landsleute und lieben es deshalb nicht, über eine bestimmte Grenzlinie hinaus zu gehen. Die es taten oder nahe daran waren, es zu tun, sind von der dritten Republik noch immer über Bord geworfen worden, mochten sie nun Boulanger oder Delcassé heißen, wir glauben nicht, daß Herr Clemenceau Neigung hat, der dritte in der Reihe zu sein. Das Reformprogramm, mit dem er Frankreich zu bescheren gedenkt, ist aber noch viel reicher als das Campbell-Bannermans, und, wie uns scheint, nicht weniger schwierig. Die Lösung des Kirchenkonfliktes ist noch fern und liegt in der Hand von Rom, nicht bei der Regierung. Sie hat aber zu einer tiefen Verstimmung im Lande geführt, die durch noch so reiche soziale Reformen nicht wegzuschaffen sein wird, zumal es in Frankreich weite

Kreise gibt, die weder in der Einkommensteuer noch in der fortschreitenden Mobilisierung des Sozialismus eine Wohltat erkennen wollen. Nach außen hin ist aber Frankreich mit seinen afrikanischen Schwierigkeiten vollauf beschäftigt, so daß in Anlaß der neuesten Verwicklungen in Marokko die warnenden Stimmen immer lauter werden. Der Graf de Castellane hat am 2. November im „Figaro" darüber sehr nachdrücklich seine Meinung gesagt, und wir können dem theoretischen Teil seiner Erwägungen nur zustimmen. In Anlaß der nach Arsila geschickten französischen und spanischen Kriegsschiffe schreibt er: „Wenn diese Schiffe sich darauf beschränken, im Notfall ihre Volksgenossen aufzunehmen, werden wir diese Maßregel als klug und vorsichtig billigen. Sollten aber diese Fahrzeuge geschickt sein, um eine Landung in Tanger zur Herstellung der Ordnung in Arsila zu unternehmen, so würde dies Vorgehen so wichtig sein und das Abenteuer uns einem solchen Risiko aussetzen, daß es uns unmöglich wäre in dem politischen Vokabularium einen Ausdruck zu finden, der stark genug wäre, es zu qualifizieren. Will man nämlich die Dinge sehen, wie sie wirklich sind, so muß man sich erstens erinnern, daß die Konferenz von Algeciras uns nicht beauftragt hat, in Marokko als Polizei zu fungieren. Man täuscht sich und will uns täuschen, wenn man das behauptet. Die Konferenz von Algeciras wurde zu einem entgegengesetzten Zwecke berufen, und der Artikel 2 sagt über die Organisation der Polizei das Folgende: „Die Polizei wird unter die souveräne Autorität des Sultans gestellt werden. Sie wird vom Maghsen aus den muselmännischen Marokkanern rekrutiert werden, kommandiert von marokkanischen Kaids und verteilt sein in acht offenen Häfen."

Was in Algeciras stipuliert wurde, war, daß französische und spanische Unteroffiziere dem Sultan zur Verfügung gestellt werden sollten, um ihm bei der Organisation der Polizei behilflich zu sein, und dafür Sorge zu tragen, daß Ausbildung und Disziplinierung der festzustellenden Vorschrift gemäß erfolgen.

„Sie werden," sagt Artikel 3 der Deklaration, „im allgemeinen die Verwaltung der Truppen überwachen und die Soldzahlung kontrollieren, die der vom Offizierzahlmeister unterstützte Amin zu verabfolgen hat."

Damit aber recht deutlich werde, daß nicht die Hafenpolizei, sondern nur eine technische Beihilfe zur Organisation der marokkanischen

Polizei den Franzosen und Spaniern zusteht, bestimmt Artikel 5 die Höhe der Polizeitruppen: Mannschaften 2000—2500, 16—20 spanische und französische Offiziere und 30—40 Unteroffiziere.

Artikel 7 endlich bestimmt, daß ein höherer Schweizer Offizier, der dem Sultan von der schweizerischen Regierung vorgeschlagen und von ihm gewählt wird, mit der Generalinspektion der Polizeitruppen betraut werden soll.

Zu Beginn des „kläglichen marokkanischen Abenteuers" habe die Hafenpolizei natürlich auch zu Herrn Delcassés Plan der pénétration pacifique gehört, das habe sich aber als unausführbar erwiesen, und eben deshalb sei die Konferenz zusammengetreten. Herr Rouvier habe patriotisch gehandelt, indem er die Konferenz annahm, und dadurch die wirkliche Gefahr beschworen, die sich aus den schon getroffenen Dispositionen ergab. So hätten andere Nationen Anteil am Einfluß auf den Maghsen gewonnen, den Frankreich und Spanien bereits besaßen. „Die Internationalisierung von Algeciras ist uns politisch und finanziell teuer zu stehen gekommen, aber die schweren Fehler, die vorher begangen waren, mußten diese Folge haben."

Es schließt sich hieran ein Vergleich zwischen der Stellung, die Frankreich vor Herrn Delcassés Eingreifen in Marokko hatte, und der jetzigen Lage. Für Herrn Rouvier sei nichts übrig geblieben als ein Rückzug. „Um diesen Rückzug zu decken, baute man eine Kulisse, nämlich diesen Schatten von Organisation, der nur den Namen Polizei trägt, und man mußte den barocken Einfall annehmen, europäische Offiziere und Unteroffiziere unter die Autorität des Sultans zu stellen. Das hat den Anlaß zu der gegenwärtigen zweideutigen Lage gegeben. Es wäre gefährlich, sie bestehen zu lassen, denn die öffentliche Meinung könnte sich wieder dahin verirren, daß Frankreich, dem das Polizeirecht in Marokko zugesprochen sei, sich weigere, die nötigen Maßregeln zur Herstellung der Ordnung zu treffen, oder versäume, es zu tun." Die Konferenz habe nicht Frankreich, sondern den Sultan beauftragt, die Ordnung in Marokko aufrecht zu erhalten, „wir würden uns in das unsinnigste Abenteuer stürzen, und die gefährlichste und unausführbarste Aufgabe auf uns nehmen, wenn wir daran dächten, an irgend einem Punkte der marokkanischen Küste zu landen."

„Herr Delcassé hat durch seine Illusionen sich einer Unterlassung schuldig gemacht, die uns den schwersten Unfällen ausgesetzt hat.

Wenn Herr Clemenceau in Arsila Soldaten landen ließe, würde er Verwicklungen vorbereiten, die wahrscheinlich überhaupt keine Lösung zulassen."

Der Schluß spricht die Hoffnung aus, daß Clemenceau die ihm von der Presse zugeschriebenen Absichten nicht teile. Das „Wespennest" sei noch immer vorhanden und nicht weniger drohend als einst! Auch diese Ausführungen empfehlen wir der Beachtung des Herrn Abgeordneten Bassermann, bevor er die von ihm angekündigte Rede über unsere auswärtige Politik im Parlament hält. Vielleicht führt ihn die sorgenvolle Betrachtung Castellanes zur Erkenntnis, daß es nicht Deutschland war, das in Algeciras eine politische Niederlage erlitten hat.

Über die russischen Dinge werden wenige Worte genügen. Die jetzige unglückliche Lage unseres Nachbarstaates führt mit Notwendigkeit zum Schluß, daß die auswärtige Politik des Staates gebotene Wege einschlagen muß, welche seiner zukünftigen Haltung nicht präjudizieren. Daß Rußland heute mit irgend einer auswärtigen Macht einen Streit anfangen könnte, der zu offenem Konflikt führt, ist absolut ausgeschlossen. Es ist darauf angewiesen, aus einer politischen Liquidationsmasse zu retten, was zu retten ist. Folglich hält es an der französischen Bundesgenossenschaft fest, so wohl oder so übel sie sich praktisch bewähren mag. Frankreich aber ist genötigt, nach Möglichkeit den Schein zu wahren, weil eine andere Haltung eine Panik unter allen französischen Besitzern russischer Papiere hervorrufen würde. Mit England muß Rußland eine Ausgleichung der strittigen Interessenfragen suchen, und seine Lage ist dabei so ungünstig nicht, als sie scheinen mag. Es stehen noch heute beträchtliche Truppenmassen in Turkestan. So ist auch nicht zu erwarten, daß England allzuweit in seinen Ansprüchen gehen wird. Speziell in Persien und über Persien dürfte eine gütliche Verständigung sicher sein, während, wie wir schon ausführten, in Afghanistan wohl auf lange hinaus der englische Einfluß der dominierende bleiben wird. In der Rivalität um Tibet aber hat England das Spiel gewonnen. Immerhin bleibt Rußland noch eine höchst bedeutsame Stellung in Asien, und es wird sie zu wahren wissen. Herr v. Iswolski, mit dem man sich hier sehr gut verständigt hat, ist offenbar der schwierigen Situation gewachsen. Auf die inneren russischen Angelegenheiten gehen wir heute nicht ein.

Die Wendung zum Besseren behauptet sich, aber ein sicheres Urteil wird sich erst fällen lassen, wenn wir die neue Duma an der Arbeit sehen und das bevorstehende Konzil seine Farbe und seine Tendenz erkennen läßt.

In den Differenzen zwischen Japan und den Vereinigten Staaten ist eine Klärung noch nicht erfolgt. In der Schulfrage ist der Widerstand San Franciscos zäher als wir vor acht Tagen vermuteten, und ein Teil der Südstaaten sowie die pacifischen Staaten stehen mit ihren Sympathien auf kalifornischer Seite. Dennoch rechnen wir auf eine alle Teile befriedigende Lösung, da der gute Wille der Regierung von Washington und Tokio feststeht. Die Gefahr eines Krieges aber hat keinen Augenblick bestanden: was zu befürchten war, Abbruch der gegenseitigen Handelsbeziehungen, bedeutet aber für beide Teile eine so empfindliche Schädigung, daß wir auch an diesen Handelskrieg nicht glauben können.

Im Augenblick konzentriert sich das Interesse auf den Wahlkampf um die Besetzung des New-Yorker Gouverneursposten s. Der Kandidat der Demokratie, Mr. Hearst, wird im Auftrage des Präsidenten von Mr. Root bekämpft. Auf beiden Seiten wird mit einer in Europa unerhörten Rücksichtslosigkeit vorgegangen. Es kann jetzt als sicher gelten, daß Hearst unterliegen wird, und das kann nur mit Beifall begrüßt werden, da er der Protektor der schlimmsten Organe der „gelben" Presse ist.

In Kuba sind wesentliche Veränderungen noch nicht eingetreten, doch finden wir in einer wohlorientierten New-Yorker Korrespondenz der „National Review" den charakteristischen Satz: „Wenn die Kubaner zeigen, daß sie unfähig sind, ihre eigenen Angelegenheiten in Ordnung zu halten, dann werden ihre Beschützer sie ihnen abnehmen." Daß dies schließlich der notwendige Ausgang werden kann, ist trotz Roots und Roosevelts Abneigung gegen eine Annektion der Insel keineswegs unwahrscheinlich.

10. November. Nachricht vom Einfall Ferreiras ins Kapland.
14. November. Rede des Fürsten Bülow im Reichstage über die auswärtige Politik.

14. November 1906.

Immer lauter werden die Stimmen, welche in England das japanische Bündnis mißfällig beurteilen. Die Ernüchterung, die wir gleich bei Abschluß des zweiten Bündnisvertrages als bevorstehend ankündigten, ist heute tatsächlich eingetreten und findet gelegentlich höchst drastischen Ausdruck. Ein Artikel der „Tribune" vom 6. November, von einem Kenner ostasiatischer Verhältnisse, verdient in dieser Hinsicht besondere Beachtung. Der Verfasser schreibt: „Ich fuhr, nicht zum ersten Male, nach Tokio, um mein Urteil über die äußere wie über die innere Politik Japans zu klären. Ich habe mit Ministern, Mitgliedern des Herrenhauses, mit Publizisten und Geschäftsleuten gesprochen, und das alles bestätigte mir, daß der Abgrund, der Orient und Occident für immer scheidet, weit und tief ist. Von Port Said nach Tokio, von Hongkong nach Mukden, bewies mir jedes Erlebnis meiner Reise, daß von einer Verschmelzung von Orientalen und Europäern keine Rede sein kann. Diejenigen, welche die Verträge aufgesetzt haben, mögen es noch so inbrünstig wünschen — die Schranke, welche den weißen Mann vom gelben scheidet, ist unübersteigbar.

Merkwürdigerweise fühlt der Orientale das weit lebhafter als der Abendländer. In seinem Herzen verachtet der Orientale den Europäer. Wir reden fröhlich von Allianzen, aber der britische Stolz wird schwer getroffen, wenn ein japanischer Deputierter sich von seinem Sitze erhebt und ungezogene Anfragen über die britische Armee stellt. Der unmittelbare Anlaß zu Zwistigkeiten mag durch sorgfältig formulierte diplomatische Vorstellungen hingehalten werden, man mag Protokolle vernichten und Parlamentsberichte umschreiben, es bleibt doch die Tatsache, daß der Japaner die britische Armee verachtet, und so sehr diese Geringschätzung berechtigt sein mag, wir

Briten empfinden sie doch als einen Schimpf. Nicht die Kritik als solche nehmen wir übel, sondern die Kritik der Männer, die östlich von Suez geboren sind, erregt uns die Galle. Ich fuhr von Shimonoseki nach Fusan. Es war ein japanisches Schiff, mit japanischer Mannschaft, ein gewöhnliches Dampfpaketboot zu Handelszwecken. Es waren viele Japaner an Bord, zwei Europäer — ein italienischer Kommissar der koreanischen Zölle und ich. Als wir in Fusan einfuhren, kam wie üblich der Zollichter, um die Passagiere an Land zu bringen. Wie es seit Generationen üblich war, schickten wir Europäer uns an, zuerst auszusteigen. Der quartermaster hielt uns an, weil die Japaner den Vortritt hätten. Wir warteten, bis der letzte von ihnen den Steg passiert hatte, und versuchten danach ruhig ihnen zu folgen. Aber wir wurden wiederum zurückgehalten. Der Tender fuhr mit den Japanern ab, und wir Europäer folgten in einem schmutzigen, nach Fischen riechenden Schlepper mit den Passagieren zweiter Klasse und den Kulis des Zwischendecks. Wir haben uns nicht beschwert und es ruhig hingenommen, aber wie tief wir uns persönlich und national entwürdigt fühlten, das kann nur verstehen, wer lange im Orient gelebt hat. Japan zog in den Krieg mit einem Bekenntnis zu altruistischen Grundsätzen, und davon muß man heute ausgehen, um richtig zu urteilen. Japan bekannte sich dreist zur Politik der offenen Tür in China, der Mandschurei und in Korea. Von den Nationen des Westens wurde Geld aufgenommen, um diese Tür möglichst weit dem Welthandel zu öffnen. Das Geld lief ein, der Krieg mit Rußland wurde zu Ende geführt, aber noch heute sind in Schanghai die Warenhäuser voll britischen Guts, das darauf wartet, den von den Japanern versprochenen Eingang in Mandschurei und Korea zu finden. Das Tor bleibt geschlossen und nur eine bescheidene Menge europäischer Waren erhält zu einer beschränkten Zahl von Märkten Zutritt, in welchen die Japaner sich bereits ihre Kundschaft gesichert haben. Aber zwölf Monate nach dem Frieden von Portsmouth bleiben die großen Handelsstraßen den Europäern noch immer verschlossen! Inzwischen hat Japan vom 1. Januar bis zum 31. Juli 1906 für 7 Millionen Pfund eigener Produkte mehr ausgeführt, als in dem gleichen Zeitraum des vorigen Jahres. Der bei der Kriegserklärung verkündete Altruismus bedeutet auf der Handelswage — nationalen

Egoismus. In Tokio besuchte ich einen Mann, der einflußreiches Mitglied des Herrenhauses war, früher Ackerbau- und Handelsminister, danach Justizminister gewesen war, lange Zeit als Privatsekretär des Marquis Ito fungierte und heute als der vertrauteste Freund des japanischen Bismarck gelten muß. Ich bat ihn um Aufklärung über die japanische Handelspolitik, über die Sicherheiten der Anleihen und über die Verwendung der in Europa und Amerika aufgenommenen Anleihen. Er antwortete: „Das darf ich nicht sagen. Die traditionelle Politik Japans ist eine Politik der Schweigsamkeit. Wir haben niemals etwas „enthüllt" und werden auch niemals etwas enthüllen."

Ich gab bereitwillig zu, daß diese Politik in Kriegszeiten wohl berechtigt sei, suchte aber nachzuweisen, wie sehr Zeit und Verhältnisse sich gewandelt hätten. Während des Krieges hätten die Amerikaner und Engländer, die Geld hergaben, an dem Geheimnis keinen Anstoß genommen, man spekulierte in Aussicht auf den Sieg. Nun aber sei der Sieg errungen, und beide verlangten befriedigende Garantien, wenn anders sie noch weiter Geld geben sollten. Man sei in England und Amerika so erzogen, daß von dem Kapital, das Unternehmungen angreifen wolle, die vollste Offenheit erwartet werde. Wenn Japan die Hilfe des Westens erwarte, müsse es bereit sein, die Bedingungen anzunehmen, die der Handel des Abendlandes stelle! Der Japaner antwortete mit der Versicherung, daß Japan Wort halte. Ich wollte Tatsachen, nicht Trivialitäten, und schied von ihm, ohne befriedigt zu werden. Für uns Engländer hängt die Zukunft in Japan davon ab, ob die Japaner die vor dem Kriege gegebenen Versprechungen getreulich halten. Im Januar 1902 gab es unter 100000 englischen Wählern nicht einen, der etwas von Japan und den Japanern wußte, auch wohl unter 100000 Japanern nicht einen, der etwas von Großbritannien und den Briten wußte. Die Allianz von 1902 war eine praktische Allianz, bestimmt, einem praktischen Zwecke zu dienen. Das Ziel hat sich nicht verändert — Öffnung der Märkte des Orients dem Welthandel und Offenhalten dieser Märkte.

Vor zwölf Monaten verfolgte England eine Politik, welche die Entwicklung des britischen Handels durch den Schutz britischer Industrien vor fremder Konkurrenz fördern wollte. Heute hängt die

weitere Entwicklung des britischen Handels von der Energie ab, mit der alte Märkte behauptet und neue gewonnen werden.

Im fernen Osten ist Englands formidabelster Rival in allen Handelszweigen, die bisher für spezifisch englisch galten, Japan. Japan will die Mandschurei, Korea, China zu eigenem Vorteil ausbeuten. Aber Japan hat kein Geld, und wenn es Geld haben will, hat es seine Alliierten und seine Kreditoren zufriedenzustellen. Unerläßlich ist die Veröffentlichung politischer und handelspolitischer Bilanzen, mit sauber revidierten Abrechnungen, so daß der Bestand sich leicht übersehen läßt.

Bisher hat die Welt nichts derartiges zu sehen bekommen. Als Nation ist Japan unser Alliierter, als Handelsmacht unser Rival. In Hinblick auf die Zukunft Japans steht es England zu, freundlich, aber nicht gefällig zu sein." Damit schließt diese Betrachtung, in der, wie sich wohl durchfühlen läßt, manche bittere Betrachtung unterdrückt worden ist. Der Schwerpunkt der Frage scheint uns aber nicht darin zu liegen, ob ein Gegensatz der Handelsinteressen und eine Rivalität der handelspolitischen Interessen mit einer politischen Allianz Hand in Hand gehen kann, das ist ohne Zweifel möglich, sondern vielmehr so zu liegen, ob eine politische Allianz, die im Widerspruch zu so sehr ausgesprochenen Rasseninstinkten steht, sich auf die Dauer behaupten läßt, wenn der eine Kontrahent sich tatsächlich über die von ihm übernommenen Verpflichtungen hinwegsetzt? Daß Japan in Widerspruch zu den Bestimmungen des Friedens von Portsmouth das Prinzip der offenen Tür verletzt, ist eine Klage, die nicht nur von englischer, sondern ganz ebenso von russischer Seite erhoben wird, und auch dort zu Reklamationen in der Presse Anlaß gegeben hat. Japan steht überhaupt nicht im Rufe, es mit übernommenen Verpflichtungen genau zu nehmen. Es ist im fernen Osten eine allbekannte Tatsache, daß die chinesischen Kaufleute weit zuverlässiger sind als die japanischen, und wenn, wie der Gewährsmann der „Tribune" behauptet, Japan als Staat die Sicherheitsgarantien vernachlässigen sollte, die in aller Welt bei Anleiheoperationen gefordert werden, wird es sich nicht wundern dürfen, wenn es überraschend schnell den Kredit verliert, den ihm die englische Allianz und die Erfolge des russischen Krieges einbrachten. Was aber den Rassenübermut der Japaner betrifft, von dem die „Tribune"

so drastische Beispiele anführt, so ist er nicht dazu angetan, in der kalifornischen Schulfrage die Sympathien der Welt Japan zuzuwenden. Es knüpft sich daran außerdem für die Vereinigten Staaten ein ungemein schwieriges staatsrechtliches Problem. Bekanntlich hat Präsident Roosevelt den Staatssekretär Metcalf nach San Francisco geschickt, um an Ort und Stelle die Frage zu prüfen. Nun ist sicher, daß die öffentliche Meinung in San Francisco sich entschieden für diejenigen ausspricht, welche die japanischen Kinder aus den öffentlichen Schulen ausgeschlossen haben. Metcalf wird nun feststellen müssen, ob erstens wirklich durch den Ausschluß der japanischen Schüler der Vertrag von 1881 verletzt worden ist, und zweitens, wenn diese Frage bejaht werden muß, ob die Zentralregierung berechtigt ist, die städtischen Autoritäten von Kalifornien zur Anerkennung dieser Rechte zu zwingen. In Washington glaubt man dazu befugt zu sein, in Kalifornien und anderen Weststaaten wird es bestritten. Man erinnert daran, daß, als vor einer Reihe von Jahren in New Orleans das Schwurgericht Italiener freisprach, die des Mordes angeklagt waren, die Italiener nachträglich gelyncht wurden und die Zentralregierung nichts tat, um die Leiter des Lynchgerichts zur Rechenschaft zu ziehen, obgleich man ihre Namen kannte und wußte, daß sie den „besten Kreisen" der Stadt angehörten. Washington griff nicht ein, weil es sicher war, daß keine Jury in New York die Lyncher schuldig gesprochen hätte. Sollte sich nun bestätigen, daß die Japaner in der Tat Europäer zurücksetzen, und wie die „Tribune" erzählt, verächtlich behandeln, so dürfte dadurch die Aussicht auf eine Lösung der Schulfrage in einem den Japanern erwünschten Sinne sich erheblich vermindern.

In Kuba hält der amerikanische Gouverneur Magoon inzwischen die Ordnung aufrecht, und offenbar ist er ernstlich bemüht, etwas Dauerndes zu schaffen. Aber es gibt doch namhafte Schwierigkeiten zu überwinden. Eine Prüfung der kubanischen Finanzwirtschaft hat ein wenig erfreuliches Bild ergeben, so daß ein Staatsbankerott, wie der „New-York Herald" vom 28. Oktober behauptet, keineswegs zu den Unmöglichkeiten gehört. Ein Korrespondent desselben Blattes behauptet, daß neue Unruhen unvermeidlich seien, selbst wenn nach wie vor die wichtigsten Städte von amerikanischen Truppen besetzt blieben. Ziehe man aber diese Truppen zurück, so werde eine völlige

Anarchie die unausbleibliche Folge sein. Ein hoher kubanischer Beamter charakterisierte kürzlich die Lage sehr drastisch folgendermaßen: Wenn man einen Kubaner schüttelt und dabei in seinen Taschen 10 oder mehr Cents klirren hört so ist der Mann ein Annexionist, oder doch für dauernde Okkupation durch die Vereinigten Staaten. Sind dagegen seine Taschen ganz leer, so wünscht er die Vereinigten Staaten möglichst schnell aus dem Lande hinaus. Die Revolution sei zu leicht und zu vorteilhaft für die Unternehmer gewesen. Die Truppen der Aufständischen seien fast ausschließlich aus ungebildeten Schwarzen zusammengesetzt, deren geistiges Niveau nur wenig das der Kongoneger überrage; mit 500 Dollar kann man auch jetzt noch jederzeit ein Regiment solcher Leute zusammenbringen. Alle Neger sind aber der amerikanischen Okkupation feindlich und für ein freies Kuba. Die Ereignisse vor Atalanta sind ihnen wohlbekannt, sie fürchten die amerikanische Lynchpraxis, und sind gewohnt, von ihren Landsleuten spanischen Geblüts, wenn auch nicht gesellschaftlich, so doch politisch als im Prinzip Gleichberechtigte behandelt zu werden, wie denn die Romanen die tiefe Rassenantipathie der Angelsachsen gegen die Schwarzen lange nicht in gleichem Maße teilen. Dazu kommt, daß die ganze Revolution nicht mehr als 200 Tote gekostet hat, die Insurgenten aber, deren Majorität aus Negern bestand, insgesamt reicher heimkehren, als sie ausgezogen sind. Ein Dekret des provisorischen Gouverneurs Taft hat den „Rebellen" gestattet, die Pferde, mit denen sie ins Feld gezogen waren, zu behalten. Das waren aber durchweg geraubte Tiere und anderer Raub ist nebenher gegangen. Kurz, das alles sieht sehr wenig hoffnungsvoll aus, und es klingt nicht unwahrscheinlich, wenn ein kubanischer Offizier behauptet, daß, falls die amerikanischen Truppen abziehen, Kuba mehr Revolutionen erleben werde, als San Domingo je gehabt habe. Ein Artikel des „Outlook", aus der Feder von Harold J. Howland, der ein sehr anschauliches Bild von den Bemühungen der amerikanischen Regierung gibt, die Ordnung auf der Insel herzustellen, gipfelt in dem Satz, daß Amerika entschlossen sei, den Kubanern nochmals Gelegenheit zu geben, ihre Selbstverwaltung zu behaupten (We are determined to give the Cubans another chance at self-government). Aber auch er mündet recht pessimistisch aus. Amerika habe selbstlos getan, was irgend möglich sei, um die kubanische Republik zu erhalten,

das solle auch ferner geschehen: daß er an den Erfolg dieser Bemühungen glaubt, sagt er jedoch nicht, und alles, was er von Kuba und den Kubanern erzählt hat, spricht dagegen. Es ist im Grunde nicht anders als in den Philippinen, und hier wie dort wird man die Unfähigkeit der Spanier, der Revolution Herr zu werden, heute milder beurteilen, als vor acht Jahren.

Die Niederlage von Hearst bei seiner Bewerbung um den Gouverneursposten von New York ist als ein Sieg des Präsidenten Roosevelt zu betrachten, der sich nicht gescheut hat, seine Person einzusetzen, um der Demagogie von Hearst entgegenzutreten. Es ist zugleich ein Sieg über den mächtigen Preßtrust, der den Winken von Hearst gehorchte. Er gebietet über eine ganze Phalanx: den „New-York American", „Evening Journal", sieben andere Tagesblätter und eine Wochenschrift der „Cosmopolitan". Das alles predigt den Kampf der Armen gegen die Reichen, der Havenots gegen die Haves, und findet dabei Gelegenheit, auch mit sittlichem Ernst auf wirkliche Schäden hinzuweisen, die sich als natürliche Folgen der Milliardenvermögen ergeben und für jedermann verständlich sind. Das alles ist von H. Baulig im „Journal des Débats" (6. November) sehr lehrreich dargelegt. Der Grundzug aber ist ein demagogisch-sozialistischer, und die ganze Hearstkandidatur ein Zeichen dafür, daß das soziale Problem auch jenseits des Ozeans eine ernste Gestalt anzunehmen beginnt.

Ein erfreuliches Beispiel dafür, daß es keineswegs notwendig ist, daß die Verwaltung einer Riesenstadt in radikalen Händen ruht, haben die jüngsten Gemeindewahlen in London gebracht. Sie führten zu einem entschiedenen Sieg der Gemäßigten, die jetzt für sich allein eine Majorität von 528 Stimmen darstellen, während vor drei Jahren die Verhältnisse ganz anders lagen. Die Zahlen zeigen, was die Elemente, denen an der Behauptung der Staatsordnung liegt, erreichen können, wenn sie zusammenstehen. Wir stellen die Wahlresultate von 1903 und 1906 nebeneinander:

	1903	1906
Fortschrittler	620	259
Gemäßigte	594	930
Arbeiterpartei	34	34
Unabhängige	114	139

Der Umschwung springt in die Augen, und wir zweifeln nicht daran, daß ähnliche Resultate auch bei uns zu erreichen wären, wenn, wie es in London geschehen ist, jeder Wähler seiner Wahlpflicht genügte.

Über die Gesamtlage der auswärtigen Politik haben wir von französischer und englischer Seite jüngst Darlegungen gehört, die einen durchaus befriedigenden Eindruck machten. Die Rede, mit der der Ministerpräsident Clemenceau sich bei der französischen Kammer einführte, hat zwar nichts Neues gebracht, aber auch an keiner Stelle Anstoß erregt. Die Tendenz war bei allem Selbstgefühl eine entschieden friedliche, und dieser Eindruck wurde noch verstärkt durch die Reden von Viviani — des neuen sozialistischen Arbeitsministers — und von Briand. Denn beide zeigen, daß Frankreich heute sein Hauptinteresse in der Förderung der Reformarbeiten im Innern findet. Ist es doch ein ungeheuer weites Programm, dem das Ministerium gerecht werden muß, wenn anders die Versprechungen Clemenceaus eingelöst werden sollen. Die Ausführungen Briands aber geben gute Aussicht für Herstellung des Kirchenfriedens und sind — wie auch von klerikaler Seite zugegeben wird — vom Geist aufrichtiger Versöhnlichkeit und Toleranz getragen. Auch wurde mit 395 gegen nur 65 Stimmen beschlossen, diese Rede durch Anschlag (affichage) zu verbreiten. Als ein günstiges Moment wollen wir zudem hervorheben, daß in den marokkanischen Angelegenheiten Frankreich offenbar entschlossen ist, seine Aktion im Rahmen der Vereinbarungen von Algeciras zu halten.

Ergiebiger für eine allgemeine Orientierung über auswärtige Verhältnisse waren die Reden beim Lord Mayor-Bankett am 9. November. Da der Premierminister Campbell-Bannerman am Erscheinen verhindert war, sprachen Lord Ripon und der Kriegsminister Haldane.

Lord Ripon begann mit einer Charakteristik der diplomatischen Lage in Marokko. Es sei, sagte er, allerlei Verdacht beseitigt und erwiesen, daß alle Mächte aufrichtig für den Frieden arbeiten. Eine unruhige Periode habe ihren Abschluß gefunden und den Weg zu normaleren und freundlicheren Beziehungen zu Deutschland eröffnet. Es gäbe keinen Punkt, an dem die Interessen beider Mächte einander entgegenständen, auch in der Bagdadfrage nicht, und die Diplomatie des Königs, der eine erfolgreiche populäre Bewegung parallel gegangen sei, habe eine Atmosphäre geschaffen, in welcher es leicht sei, sich zu

verständigen. In betreff Ägyptens sei im Zusammenhang der Tabakaffäre die nationale Erregung übertrieben worden. Im wesentlichen handele es sich darum, einer Bevölkerung, die moralisch und materiell heranreift, mehr Anteil am Regiment zu gewähren. Auch zeige die Tatsache, daß Lord Cromer einen liberalen Ägypter zu einem hohen Staatsamt herangezogen habe, daß er kein prinzipieller Gegner dieser Bestrebungen sei. Am auffallendsten war wohl der Parallelismus, in den Lord Ripon Mazedonien und den Kongo stellte, was, mit anderen Symptomen kombiniert, es wahrscheinlich macht, daß die Frage einer besseren Verwaltung des Kongostaates in nicht zu ferner Zukunft zum Gegenstand weiterer Erörterungen werden könnte. Auch Mr. Haldane berührte diese Kongofrage, und Lord Ripon kam später nochmals auf sie zurück. Was sonst an politischen Äußerungen fiel, war von geringerer Bedeutung und kann hier füglich übergangen werden. Seither haben die Heizerunruhen in Portsmouth stattgefunden, denen man in England, wie es scheint, mehr Bedeutung zuweist, als bei uns geschieht. Jene Meuterei trug einen zufälligen Charakter, und daraus Schlüsse zu ziehen, wäre ebenso ungerecht wie irreführend. Fast dasselbe möchten wir von den Unruhen in Transvaal sagen. Man kann nur die armen Farmer bedauern, die sich von einem Abenteurer verleiten lassen, dessen Unternehmung über kurz oder lang scheitern muß. Die Gefahr liegt in der allgemeinen wirtschaftlichen Depression, deren wir schon vor acht Tagen gedachten; mißvergnügte Elemente sind bald in falsche Bahnen geführt und durch Gerüchte zu fangen, wie sie in Gegenden, die von der Heerstraße weit abliegen, leicht entstehen und leichtgläubig aufgenommen werden. Daß, wie es heißt, Schwarze zur Teilnahme am Aufstande herangezogen wurden, kann nur als eine verräterische Handlung bezeichnet werden.

Auch heute verzichten wir noch auf eine eingehende Besprechung der Lage Rußlands. Es treten immer mehr die Anzeichen einer allmählichen Beruhigung der Geister zutage. Nur die Anarchisten setzten ihre Expropriierungstätigkeit fort und haben neuerdings mit erstaunlicher Frechheit Geldtransporte der Regierung abgefangen. Der von uns mehrfach zitierte Petersburger Korrespondent des „Journal des Débats", der neben manchen offenkundigen Entgleisungen meist sehr beachtungswerte Zeichnungen russischer Zustände

entwirft, weist auf einen Grundirrtum der nicht russischen Presse hin, wo diese über Rußland spricht. Man glaube jenseits der Grenzpfähle, daß, wenn erst ein parlamentarisches System, Ministerverantwortlichkeit usw. eingeführt sei, alles sich zufrieden geben werde. Daran sei aber nicht zu denken. Die neue Generation wolle alles beseitigen, jede Regierung, jedes Gesetz, alles Eigentum. Sie habe mit allem gebrochen, was dem alten Rußland ehrwürdig war, aber auch der abendländische Parlamentarismus, gleichviel, ob republikanischen oder monarchischen Charakters, sei für sie etwas längst Überlebtes. „Sie brauchen etwas weit Radikaleres, das sie selbst nicht definieren können, deshalb begeistern sie sich für diesen Gorki, den man noch jüngst einen beredten Straßenbuben nannte. Sie bewundern seine Werke, über die sich reden läßt, und seine Taten, die gewiß nicht zur Nachahmung geeignet sind. Mit unbeschreiblicher Wut treten sie alles mit Füßen, was unseren Vorvätern heilig war. Vor kurzem erst hat sich unter unseren Gymnasiasten und Gymnasiastinnen, jungen Leuten zwischen 14 und 16 Jahren, eine „Gesellschaft der Grundsatzlosen" gebildet. Gewiß ein Name, in dem eine Verheißung für die Zukunft liegt." Damit ist allerdings der wundeste Punkt berührt. Man kann sich wohl denken, daß die Generation der heutigen Revolutionäre schließlich ermüdet und verekelt die Hände sinken läßt. Was ist aber von der Zeit zu erwarten, in der diese Jugend am Regiment sein wird?

15. November. König Haakon als Gast des Lord Mayors in London. Freiherr von Aerenthal in Berlin.
17. November. Gefangennahme des Führers der aufständischen Buren Ferreira.
18. November. Explosion einer Bombe in der Peterskirche zu Rom.
19. November. König und Königin von Dänemark treffen in Berlin ein.

---

21. November 1906.

Das Bild der innerpolitischen Lage Rußlands beginnt sich zu klären, und wir wollen versuchen, es an der Hand des verhältnismäßig reichen Materials, das die russischen Zeitungen aller Farben und die Korrespondenten ausländischer Blätter bieten, zusammenfassend zu skizzieren. Mit den Nachrichten, die uns mündlich und schriftlich aus Rußland zugegangen sind, kombiniert, ergibt sich dabei die folgende Ansicht:

In den leitenden Kreisen in Petersburg wird nach wie vor am Programm vom 17. 30. Oktober festgehalten, und der Ministerpräsident Stolypin ist redlich bemüht, einerseits der zweiten russischen Duma, die im März zusammentreten wird, ein wohlvorbereitetes Programm an Gesetzentwürfen vorzulegen, andererseits aber, wie durch einen Regierungserlaß vom 26. September kundgegeben wurde, die fortdauernde verbrecherische Tätigkeit mit allen Mitteln niederzukämpfen und schon vor Zusammentritt der Duma eine Reihe gesetzgeberischer Maßnahmen zu treffen, wie der § 87 der Grundgesetze sie der Regierung „in außerordentlichen Fällen" freigegeben hat. Da die erste Duma aufgelöst werden mußte, die zweite erst nach einigen Monaten zusammentritt, lag die Notwendigkeit vor, zu tun, was unerläßlich war, um die erregte Bevölkerung einigermaßen zu beruhigen. Die spätere Bestätigung durch die zweite Duma bleibt vorbehalten.

Es handelte sich also im wesentlichen darum, nachzuholen, was die erste Duma, die nur perorierte, versäumt hatte. So ist denn auch eine Reihe sehr bedeutsamer Gesetze erlassen worden, die sofort in Wirksamkeit getreten sind und ohne allen Zweifel nachträglich auch von den Organen der Volksvertretung und danach nochmals vom

Zaren bestätigt werden müssen, um volle Legalität zu erlangen. So hat die Überweisung der Apanageländereien und der fruchtbaren Altaigebiete zum Verkauf an die Bauern stattgefunden unter Bedingungen, die sich nur als human und großmütig gedacht bezeichnen lassen, so ist die bürgerliche Gleichberechtigung der Bauern und die volle Gewissensfreiheit gesichert, in der so ungeheuer schwierigen Judenfrage ein Teil der geltenden Beschränkungen aufgehoben worden, während die endgültige Lösung des Problems der Entscheidung der Duma vorbehalten bleibt. Von den bereits ausgearbeiteten Gesetzesvorlagen, die der Duma vorgelegt werden sollen, nennt das „Reskript" vom 6. September: Erweiterung des Netzes der Volksschulen und Besserung der materiellen Stellung der Volksschullehrer, aber es kann nicht zweifelhaft sein, daß, abgesehen vom Budget für 1907, das gleichfalls der Duma vorbehalten bleibt, noch andere wesentliche Gesetze ihr zugehen werden.

Wir finden nicht, daß Herr Stolypin dafür in Rußland viel Dank geerntet hätte. Wenigstens nicht in der Presse, die nach wie vor ihre kritische Sonde unbarmherzig braucht. Eine Ausnahme machen nur die der Regierung nahestehenden Blätter, wie die „Nowoje Wremja" und einige weiter rechts orientierte Provinzialorgane. Und doch ist die jetzt durchgeführte Befreiung der Raskolniken (altgläubige Sektierer) eine Tat, die der Bauerbefreiung fast an Bedeutung gleichgestellt werden kann und vor ihr voraus hat, daß sie etwas Ganzes, konsequent Durchdachtes bietet. Die „Nowoje Wremja" vom 31. Oktober 12. November schildert die Lage, in der diese Unglücklichen seit über zweieinhalbhundert Jahren gelebt haben, nicht unzutreffend folgendermaßen: „Man hatte ihnen nicht nur ihre konfessionellen, sondern auch ihre bürgerlichen Rechte genommen. Sie hatten keine Bekenntnisfreiheit und führten gleichsam ein Leben unter der Erde; man erkannte ihre zoologische, nicht ihre bürgerliche Existenz an. Da ihre kirchliche Hierarchie nicht anerkannt wurde, hatten auch ihre Sakramente keine Geltung, die Ehen galten als Konkubinat, und wenn ein Ehegatte zur rechtgläubigen Kirche übertrat, stand es ihm frei, eine neue Ehe zu schließen, und das Gesetz setzte der zynischsten Ausbeutung des oder der Verlassenen keinerlei Schranken entgegen. Es ist erstaunlich, daß unsere Geistlichkeit keinen Anstand nahm, diese Betrüger, Schelme und Renegaten sich zu eigen zu machen.

All dieser Schmutz ist jetzt beseitigt — der Schmutz, der am Glauben, an der Sitte, am Recht und an der Verwaltung haftete. Denn man darf wohl fragen, wer hat sich an den Altgläubigen nicht schmutzig vergangen; sie waren schutzlos, und deshalb war es leicht, ihnen das Fell zu scheren. An diesem goldenen Fließ haben sich alle bereichert." Diese Betrachtung, die wir erheblich gekürzt haben, geht noch lange weiter und weist unter anderem darauf hin, daß trotz aller Bedrückung die Altgläubigen schließlich doch den wohlhabendsten und solidesten Teil der russischen Kaufmannschaft darstellen: fleißig, nüchtern, sparsam, in ihrem Familienleben musterhaft, so hätten sie schließlich doch mehr Schätze erworben, als ihre geistlichen und weltlichen Peiniger ihnen entreißen konnten!

Es ist in der Tat ein Schandfleck im russischen Staats- und Kirchenleben getilgt worden, und wenn Stolypin nur dieses eine Verdienst hätte, würde ihm schon deshalb ein großer Name in der Reihe der russischen Staatsmänner sicher sein.

Ein weiteres nicht minderes Verdienst hat er sich durch den Mut erworben, mit dem er den blutigen Verbrechen gegen Leben und Eigentum entgegentritt. Man mag die irregeleiteten, oft kaum den Kinderschuhen entwachsenen Werkzeuge des politischen Fanatismus beklagen, der jetzt wie eine furchtbar ansteckende Epidemie durch Rußland zieht; daß hier ein Kampf auf Leben und Tod geht, läßt sich nicht verkennen, und ebensowenig die Pflicht des Staates, Leben und Eigentum seiner Organe, und der einzelnen Staatsbürger, sowie endlich seine eigene Existenz vor der in frecher Offenheit angedrohten Vernichtung zu schützen. Das System des verstärkten Schutzes, des Belagerungszustandes, der Feldgerichte ist eine traurige Notwendigkeit, aber zur Notwendigkeit ist es sicher geworden. Das tragische Moment der russischen Revolution liegt aber darin, daß ein Ende des Schreckens sich immer noch nicht absehen läßt. Hat eine unverkennbare Beruhigung im großen und ganzen stattgefunden, so gilt das doch nur von der Generation der Erwachsenen, nicht von der Jugend, die teils den Terror führt, teils selbst terrorisiert wird, und unter dem Druck der radikalsten Elemente zu jeder Torheit bis zum Verbrechen sich mißleiten läßt. Es wird nach wie vor ihr fast zur Unmöglichkeit gemacht, ihrer eigentlichen Aufgabe, der Arbeit, nachzugehen, und das periodische Schließen und zeitweilige Wiedereröffnen der Universitäten,

höheren Fachschulen und sogar der Gymnasien verstärkt den verwildernden Einfluß, der von der revolutionären Atmosphäre ausgeht. Am schlimmsten verwildert ist die jüdische Jugend, die fast überall auf den Universitäten und in den fanatischen und anarchistischen Verbänden die Führer stellt, am widerstandslosesten aber geben sich die jungen Mädchen den Idealen jener Mordpropheten hin, die ihnen unbedenklich die Ausführung der gefährlichsten Anschläge übertragen. Es läßt sich kaum eine cause célèbre in der russischen Mordchronik nennen, an der nicht junge Mädchen beteiligt waren, zum Teil in leitender Stellung. Dabei ist es fast die Regel, daß sie dem Kreise hochangesehener Familien entstammen. Von einer Sinnesänderung, oder auch nur von einem Ermatten und Erlahmen dieser jungen Revolutionäre und Revolutionärinnen aber läßt sich noch keine Spur erkennen. Was sich jetzt in den Vordergrund drängt, sind die Reaktionäre, die sich die „echt russischen Leute" nennen. Sie gehören sowohl der Welt der Gebildeten wie der des gemeinen Mannes, städtischem Pöbel, bäuerlichem Proletariat, aber auch den Reihen wohlbestallter Kaufleute und besitzender Bauern an. In diesen Kreisen organisierte sich zunächst die Lynchjustiz der sogenannten Pogroms. Zu blinder Wut gereizt, in der Vorstellung, einen Akt der Notwehr zu begehen, haben sie jene Massenmorde und Plünderungen begangen, von denen die Welt widerhallt. Es ist eine offenkundige, viel verbreitete Lüge, daß sie durch Attentate, welche die Regierungsorgane angezettelt hätten, erst dazu gedrängt worden seien. Wer die Chronologie der Ereignisse verfolgt, kann keinen Augenblick über den wahren Sachverhalt im Zweifel sein. In Bialystok wurden systematisch Regierungsbeamte und Polizisten „abgeschossen", ehe das blutige Lynchgericht des letzten „Pogrom" erfolgte, und ähnlich ist es überall gewesen. Auch bürgt nichts dafür, daß nicht unter den gleichen Voraussetzungen die gleichen Exzesse sich wiederholen. Der ebenfalls in aller Welt verbreitete Begriff vom „schwarzen Hundert" ist ursprünglich nichts gewesen als ein Phantom, die Ausgeburt eines schlechten Gewissens, das die natürliche Vergeltung fürchtete. Erst später, als die Lynchgerichte der Massen auftauchten, ward das Phantom Wirklichkeit. Heute wird mit dem Wort der unglaublichste Unfug getrieben und schwarzes Hundert alles genannt, was nicht zur Partei der Kadetten oder der weiter links, bis zum „Bund" herab, zählt.

Bei alledem glauben wir, daß die Partei der „wahrhaft russischen Leute" ein gefährliches Element bildet. Es ist national chauvinistisch und politisch reaktionär. Die Verfassung vom 30. Oktober ist diesen Leuten ein Greuel und die Rückkehr zu den Zuständen des absolutistischen Regiments das Ziel, dem sie nachstreben. Was sie wollen, ist daher unerreichbar, und ihr Sieg wäre ein Unglück für Rußland, er müßte zum Bürgerkrieg führen. Sie mögen als hemmendes Element in der nächsten Duma eine wohltätige Rolle spielen, denn die Tendenz geht auf überstürzte Reform, regieren können sie nicht, dazu sind sie — um es kurz zu sagen — zu ungebildet. Nun scheint es, daß zwei Mittelparteien, die Partei vom 17. Oktober und die Partei der friedlichen Vereinigung zu einer maßvollen Reformpartei heranwachsen könnten, wenn sie Selbstüberwindung genug zeigten, sich zu vereinigen. Die zwischen ihnen bestehenden Gegensätze sind die des Konstitutionalismus und des Parlamentarismus, während die konstitutionellen Demokraten, die sogenannten Kadetten, eine krypto-republikanische Partei darstellen. Bisher aber sind alle Versuche, die beiden erstgenannten Parteien zu verschmelzen, gescheitert. Das ist aber um so bedenklicher, als, wie es scheint, neben den Extremen von rechts auch die Extremen von links in der Duma von 1907 stark vertreten sein werden.

Sehr merkwürdig ist, daß die Fabrikarbeiter, deren Auftreten den ersten äußeren Anstoß zur russischen Revolution gegeben hat, sich seit mehreren Monaten still verhalten. Man liest und hört nichts von ihnen und fragt sich, ob es, wie einige fürchten, die Ruhe vor dem Sturm ist, oder ob nach all der Erregung eine Ermattung oder eine wirkliche Abwendung von der Revolution stattgefunden hat. Es fehlt das Material, diese Fragen von hier aus zu beantworten.

Ein weiteres Element, das neuerdings in den Vordergrund tritt, ist die russische Geistlichkeit. Daß die Absicht bestand, ein russisches Konzil zu berufen, war bereits im vorigen Jahre bekannt geworden. In diesem Jahre schritt der heilige Synod an die eingehende Erwägung der Frage, und im Juni trat in Petersburg ein Vorkonzil zusammen, über dessen Tätigkeit nur wenig an die Öffentlichkeit drang. Ein Gerücht wollte wissen, daß die Absicht bestand, durch das Konzil das von Peter dem Großen aufgehobene Patriarchat wieder herzustellen. Dann wurde es wieder still, aber uns ist oft

die Frage entgegengetreten, woran es wohl liege, daß die russische Geistlichkeit während der Revolution gleichsam von der Bildfläche verschwunden sei. Die Frage war falsch gestellt: die Geistlichkeit hat nur, mit Ausnahme des Popen Gapon, keine aus der Masse hervorragende Persönlichkeiten aufgebracht. Die Popen haben sowohl an der Arbeiter- wie an der Bauernbewegung ihren Anteil gehabt, ohne einen Einfluß auszuüben. Sie sind entweder mitgelaufen, oder beiseite geschoben worden. Die Zöglinge der geistlichen Seminarien aber haben alle Torheiten der russischen Studenten mitgemacht. Was jedoch die hohe Geistlichkeit betrifft, so hat sie weder Fühlung mit den Massen, noch mehr als äußerliche Fühlung mit den Kreisen der Gebildeten. Sie hat wie in Friedenszeiten ihre gottesdienstlichen Handlungen verrichtet und auch immer ihre Kirchengemeinde gefunden. Das ging so neben der Revolution her. Nur die große Zahl der Kirchenfrevel zeigte, daß die Scheu geschwunden war. Etwas anderes aber dürfte es sein, wenn die Geistlichkeit als Körperschaft in Moskau zusammentritt, mit allem Pomp, dessen der orientalische Ritus fähig ist. Auf die großen Massen des Volkes, das zudem einer Bußstimmung sehr zugänglich ist, könnte der Eindruck ein außerordentlicher werden. Nur daß er an der russischen Jugend fast spurlos vorübergehen wird, scheint uns sicher zu sein.

Doch das sind zukünftige Dinge. Vor wenigen Tagen, am 15. November, ist aber das zweite Vorkonzil in Petersburg zusammengetreten, unter Vorsitz des Metropoliten von Petersburg und Ladoga, Antonius. Er legte der Versammlung ein vom heiligen Synod festgestelltes Arbeitsprogramm vor. Es handelte sich um den Umfang der Metropolitien, über Reform der Epiarchialverwaltung und der geistlichen Gerichte, endlich um eine Neuorganisation der Kirchspiele. Außerdem wurde den Kommissionen der Vorsynode eine Reihe von Fragen zur Beantwortung vorgelegt, über die bis zum 15. 28. Dezember d. J. motivierte Auskunft zu erteilen befohlen wurde. Der heilige Synod beabsichtigt auf Grund dieses Materials, dem Konzil seine Vorlagen zu unterbreiten. Es schloß sich daran eine Ansprache des Oberprokureurs des heiligen Synod Iswolsky, die nochmals betonte, daß die Arbeiten bis zum 15. 28. Dezember beendigt sein müßten. „Euch steht" — sagte er — „unzweifelhaft eine schwierige, angespannte Arbeit bevor, wie sie nur eine so hohe und gelehrte

Körperschaft bewältigen kann. So mag Euch denn das Bewußtsein stärken, daß wir einfachen Laien und einfachen russischen Männer mit Liebe und Hoffnung Eurer schöpferischen Arbeit entgegensehen. Wir erwarten von ihr eine Zeit neuer Größe für unsere Mutter, die rechtgläubige Kirche, und mit ihr für das russische Reich." Die Versammlung wurde mit kirchlichem Gesang eingeleitet und geschlossen. Am 20. November findet die zweite Sitzung statt. Es ist schwer, aus diesem kurzen Bericht einen Schluß auf den Inhalt des Programms und auf die politische Fähigkeit der Versammlung zu ziehen. Denn unzweifelhaft ist das Ziel noch weit mehr ein politisches als ein religiöses. Von dem Konzil, wenn es zusammentritt, wird zu nicht geringem Teil die Zukunft Rußlands abhängen. Ob es ein kirchliches Reformkonzil oder nur ein Instrument neuer kirchlicher Verwaltungsformen wird, das ist die entscheidende Frage. Wie es heißt, sollen auch Laien herangezogen werden, nicht gewählte, sondern ernannte Mitglieder.

Einer besonderen Beleuchtung bedürfen die Verhältnisse in den Grenzprovinzen. Wir gehen dabei rasch über die baltischen Provinzen und über den Kaukasus hinweg, um länger bei der immer wichtiger werdenden polnischen Frage zu verweilen. Im Baltikum ist es tatsächlich ruhiger geworden, aber man darf sich nicht darüber täuschen, daß man von normalen Zuständen noch weit entfernt ist. Die revolutionären Organisationen bestehen weiter und haben ihren Hauptherd in Riga, und wie es scheint, auch in Libau. Auch finden nach wie vor Morde und Raubanfälle statt. Aber man erwartet den neuen Generalgouverneur Möller-Sakamelski und richtet alle Hoffnung auf seine Energie. Weit schlimmer steht es im Kaukasus, wo die Lage, auch die militärische, immer ernster wird, so daß es in der Tat scheint, als könnte die Notwendigkeit eintreten, das ganze Gebiet wiederzuerobern. Die Städte erscheinen gleichsam wie bedrohte Inseln im stürmischen Meer der kaukasischen Revolution. Nationale, sozialistische, anarchistische und separatistische Bewegungen kombinieren sich auf diesem Boden zu einem politischen Chaos, das schwer zu entwirren ist, aber zum Glück für Rußland keinen einheitlichen Charakter trägt und ihn auch nicht tragen kann.

Einheitlich ist dagegen der Grundzug der polnischen Revolution, der versteckten sowohl wie der offenkundigen. So sehr Ziele und

Meinungen der verschiedenen Parteien auseinandergehen, sie münden im Effekt ihrer Tätigkeit in die alles durchdringende polnisch-nationale Bewegung aus. Wenn man den Zusammenhang der polnischen Revolution erwägt, kommt man zum Schluß, daß sie in zwei große Gruppen zerfällt: die jüdische und die nationalpolnische.

Die jüdische differenziert sich in drei Parteien, die P. P. S. (Partei polnischer Sozialisten), die zu 60 p. c. aus Juden besteht und jüdische Führer hat. Von dieser Partei gehen die Plünderungen der Geldtransporte, der Banken und Monopolbuden aus (auch die Beraubung des Petersburger Geldtransportes geschah unter jüdischer Führung und ist auf diese Partei zurückzuführen), die zweite Partei sind die S. D., die Sozialdemokraten, die dritte der „Bund". In der ersten Partei dient das nationale Programm als Aushängeschild für naive Genossen, die S. D. bestehen ebenfalls vornehmlich, der Bund ausschließlich aus Juden. Die Führer stehen dabei in scharfer Rivalität einander gegenüber, da ihr Ehrgeiz dahin geht, alle drei Parteien zusammenzufassen. Bisher ist das nicht möglich gewesen, wohl aber ist es den P. P. S. geglückt, ein Kartell mit den S. D. Litauens abzuschließen, die ihr Zentrum in Bialystok haben, die anderen in Warschau und Lodz. Auch stehen sie in regelmäßigen Beziehungen zu dem internationalen sozialistischen Bureau. Das Treiben dieser verschieden gefärbten sozialistischen und anarchistischen Parteien wird von den vielnamigen national polnischen Parteien zwar verleugnet, aber nicht ungern gesehen, da es zur Zerstörung des russischen Staatsorganismus in Polen erheblich beiträgt. Die polnischen Nationalisten aber arbeiten einander in die Hand, ob sie nun ein Zusammengehen mit der russischen Regierung in ihr Programm aufgenommen haben oder offen auf ihr Ziel, das immer die Selbständigkeit Polens oder, milder und annehmbarer für die russischen Reformer formuliert, die Autonomie Polens bleibt. Sie gehen systematisch und einheitlich vor und haben nicht nur in Polen, sondern nach Norden hin in Litauen und Weißrußland, nach Osten bis in das Kiewsche hinein erheblich an Boden gewonnen. Sogar bis nach Livland lassen sich ihre Spuren verfolgen. Das wesentlichste Kampfesmittel ist die Schule. Bisher hatten sie erreicht, daß in den Elementarschulen der polnische Sprachunterricht überall zugelassen wurde, die Mittelschulen den gesamten Unterricht, mit Ausnahme der russischen

Fächer (russische Sprache, Geschichte und Geographie), die russischen Lehrern vorbehalten bleiben, in polnischer Sprache erteilen. Privatgymnasien und Handelsschulen sind ganz polnisch, gewinnen aber Wehrpflichts- und Staatsrechte erst durch Absolvierung eines Nachexamens in russischer Sprache. Die Regierungsschulen sind dagegen ganz russisch und haben viel Zulauf, da sie billigeren Unterricht erteilen als die Privatschulen. Um dieser letzteren unliebsamen Erscheinung entgegenzuwirken, haben die Polen zu zwei Maßregeln gegriffen, und zwar mit Genehmigung der russischen Regierung. Am 1. Juli wurde der Warschauer Sokolverein, am 8. der polnische Schulverein (Polska Macierz Szkolna) konstituiert. Beide dienen dem Schulwesen. Der P. M. S., dessen Vorsitzender H. Sienkiewicz ist, hat bisher nicht weniger als 300 polnische Schulen gegründet, und arbeitet mit Erfolg gegen die russischen Schulen, die unter den terroristischen Maßregeln, die der Aktion des P. M. S. parallel gehen, zusammenzuschrumpfen beginnen, denn wie überall geht neben der legalen Aktion eine illegale her. Die russischen Zeitungen sind voller Klagen und namentlich in Lodz hat der Schulterrorismus eine unerträgliche Höhe erreicht.

Viel weiter geht die Tätigkeit der Sokolvereine. Die von der Regierung bestätigten Statuten gestatten ihnen: Die Volksbildung im nationalen Geiste zu fördern, Kinderbewahranstalten, Schulen, Seminare, Volksbibliotheken zu unterhalten, Volkshäuser zu gründen, Vorträge zu veranstalten usw. Sie üben sich im Reiten, Fechten und Turnen, haben Banner und Fahnen, erscheinen im nationalen Kostüm bei geistlichen und weltlichen Aufzügen, und die von ihnen ausgegebene Parole lautet: Polen aller ehemalig polnischen Länder vereinigt euch zur Herstellung des unabhängigen Vaterlandes. (Polacy wszystkich zaborow laczcie sie dla odbudowania Niepodlegley Ojczyzny!) was natürlich nicht in den Statuten steht. Das wesentliche aber ist die Organisation, die genau derjenigen entspricht, die der Revolution von 1831 vorherging. Von dem Hauptvereine gehen Zweigvereine aus, die mindestens 30 Mitglieder zählen und zu Gauen vereinigt werden, an deren Spitze der Gauvorstand steht. Der Hauptvorstand aber hat seinen Sitz in Warschau. Bisher gibt es bereits 100 solcher Zweigvereine, davon 21 in Warschau. Sie haben vier Volksschulvereine begründet, die je 100 Kinder unterrichten, und

2000 Kinder in Privatschulen untergebracht. Es scheinen bedeutende Mittel zur Verfügung zu stehen. Zu den Vorstehern des Sokolvereins gehören Sienkiewicz, Rechtsanwalt Ofachowsky, bekannt durch die Gründung des polnischen Gymnasiums in Teschen, was auf die weiteren Zusammenhänge des Vereins hinweist, der Pfarrer Gralewski und Graf Adam Krasinski. Es ist nun charakteristisch, daß diese energische Propaganda für das polnische Schulwesen zugleich in höchstem Grade intolerant ist. So hat z. B. die im Bialystoker Stadtrat dominierende polnische Partei der seit 18 Jahren bestehenden einzigen russischen Schule die Subsidie von 1350 Rubeln entzogen, durch die allein sie sich behaupten konnte. Denn die 10000 Russen, die in Bialystok leben, sind armes Volk. In einer Korrespondenz aus Isjaslawl im Gouvernement Minsk (Weißrußland) heißt es: „Die Polonisierung unseres Gouvernements schreitet schnell vor. Minsk ist seit einem Jahre nicht wieder zu erkennen. In den Straßen und in den Behörden wird polnisch gesprochen, im Theater spielt eine polnische Truppe, die russischen Schilder sind durch polnische ersetzt usw. Dasselbe wiederholt sich in den Kreisen... Kurz, die Polen erobern in vollem Frieden unser Land, und sie haben in die Duma sechs Polen und einen Juden gewählt, obgleich mehr als drei Viertel der Bevölkerung rechtgläubige Russen sind. Es ist zum Weinen!..." Dieselbe Klage klingt aus Kiew herüber, und ebenso aus Litauen, wo eine sichtlich erstarkende national litauische Bewegung neben der polnischen hergeht. Beides geschieht natürlich auf Kosten der Russen, aber es scheint, daß das litauische Element, das ebenfalls starke autonomistische Tendenzen zeigt, mehr Widerstandskraft hat als das russische. Nur in einem Punkte haben die Polen bisher eine große Enttäuschung erlebt. Sie hatten gehofft, daß die von ihnen inszenierte Boykottierung der Universität Warschau, die bekanntlich dahin führte, daß die Universität geschlossen wurde, die Regierung bewegen werde, ihnen die Universität auszuliefern. Das ist nun nicht geschehen. Der Minister der Volksaufklärung v. Kaufmann hat einer polnischen Deputation, die er am 8. November empfing, geantwortet, daß die staatliche Universität nur russisch sein könne. Die Schließung sei nur eine vorübergehende. Aber er stelle den Polen anheim, auf eigene Kosten höhere Schulen zu eröffnen.

So liegen die Verhältnisse im Augenblick. Wenn nicht die russischen Truppen in Polen ständen, würden sie sofort ein weit kritischeres Aussehen gewinnen. Die Versuche, diese Truppen für die Revolution zu gewinnen, können heute wohl als gescheitert betrachtet werden. Eines aber drängt sich dem unbefangenen Beobachter dieser polnischen Bewegung auf. Sie trägt einen einheitlichen Charakter, der in dem ganzen Gebiet polnischer Siedelungen, nur lokal gefärbt, wiederkehrt. Bei uns ist es der wohlorganisierte Schulstreik polnischer Kinder, in Galizien ist es die Unterdrückung der Ruthenen, und es läßt sich kaum daran zweifeln, daß die Leitung von einem Punkte ausgeht. Überall werden kirchliche und nationale Motive gemißbraucht, rücksichtslos und unbedenklich, wenn sie geeignet erscheinen, dem Endziel zu dienen. Die Parallelen zwischen dem russischen, dem galizischen und dem preußischen Kriegsschauplatz des Polentums sind ungemein lehrreich. Wo der angeblich Verfolgte die Macht in Händen hat, wird er national und religiös zum Verfolger, überall ist er unduldsam und nirgends hält er Treu und Glauben. Vielleicht weist eine vergleichende Studie über diese politischen Kampfesmethoden auch auf die Mittel hin, die zu erfolgreicher Abwehr geeignet sind.

23. November. Gefangennahme französischer Kamelreiter durch Berber bei Igli.
24. November. Erfolge Hauptmann Sieberts gegen die Hottentotten. Nachtragsetat für die Eisenbahn Lüderitzbucht—Kubub. Tod des Erzbischofs Stablewski.
26. November. Verurteilung der Meuterer von Portsmouth zu 5 Jahren Zuchthaus.
28. November. Erstes Auftreten des Kolonialdirektors Dernburg im Reichstage.

---

28. November 1906.

Die Verhandlungen des französischen Senats am 20. November haben eine weit größere Beachtung gefunden, als ihnen für gewöhnlich zu teil zu werden pflegt. Die Regel ist, daß die eigentlich politischen Debatten wie in England dem Unterhause, in Frankreich der chambre zufallen. Findet das Gegenteil statt, so spricht die Wahrscheinlichkeit dafür, daß in den Minoritätsparteien eine starke Erbitterung unter günstigeren Verhältnissen, als sie in der Hochburg der regierenden Partei zu finden sind, sich Gehör und Gefolgschaft zu schaffen bemüht ist. In Frankreich freilich ist der Unterschied der Parteiverhältnisse in beiden Häusern nur gering, aber immerhin, er ist vorhanden, und das hat Herr Gaudin de Villaine benutzt, um an den Ministerpräsidenten Clemenceau mit einer Interpellation über die Gesamtpolitik des Kabinetts heranzutreten. Bei uns ist nur der Abschnitt beachtet worden, der die auswärtige Politik betrifft, dieser aber in der von der Agentur Havas gebrachten Fassung. Wir haben uns, da erfahrungsmäßig Auszüge ein trügerisches Bild geben, und die französischen Blätter ihren Lesern ebenfalls nur Auszüge vorzuführen pflegen, den stenographischen Bericht des „Journal officiel" kommen lassen, um zu einem selbständigen Urteil zu gelangen. Da sei denn zunächst hervorgehoben, daß die Frage Villaines nach der angeblichen englisch-französischen Militärkonvention einen, und zwar nicht den vornehmsten Teil seiner Interpellation bildete. Sie kam erst nachträglich, nachdem er seine Interpellation bereits geschlossen hatte, in der Polemik gegen die Antwort Clemenceaus direkt hervor, und Frage und Antwort sind nicht ganz korrekt wiedergegeben worden.

Der Schwerpunkt der Rede Villaines richtete sich gegen die Ausführung des Separationsgesetzes und gegen das sozialistische Reformprogramm des Ministeriums. Er exemplifizierte dabei an der traurigen Geschichte des Sozialisten Joindry, der sich am 7. November das Leben genommen hat, nachdem er sich vergeblich an seine Freunde unter den Führern der Partei um Rat und Hülfe gewandt hatte. Briand und Jaurès ließen ihn kühl abfahren, ein dritter, der Deputierte Veber, bot ihm eine Stellung als Diener. Er kehrte ihm den Rücken und starb mit Hinterlassung des folgenden Briefes: „Heute, den 7. November 1906, spiele ich quitte ou double. Vielleicht kehre ich nicht mehr zurück, dann habe ich den Widersprüchen eines verfehlten Lebens ein Ende gemacht. Ich gebe niemandem die Schuld, und sterbe enttäuscht über viele Dinge. Ich hatte mir das Bild eines Lebens gemacht, wie es nicht zu finden ist. Ich glaubte an mehr Treue und Wahrheit. Die Welt ist entsetzlich verderbt und gemein. Aber inmitten der Sozialisten, unter denen ich seit 15 Jahren gelebt habe, mußte ich die bittersten Enttäuschungen erfahren. Ich hatte nicht den Mut, mich rechtzeitig von ihnen freizumachen und bin versunken wie in einem Sumpf. Sollte ich noch einmal leben, was glücklicherweise nicht der Fall sein wird, so will ich einer unerbittlichen Diktatur zu Dienst stehen, die weder Juden noch Protestanten, noch Freimaurer duldet."

Daran knüpfte Villaine Angriffe gegen den Atheismus Vivianis und gegen den neuen Kriegsminister Picquart, endlich gegen Clemenceau persönlich, dem er vorwarf, daß er 25 Jahre lang nur zerstört habe, und dessen Programm er schließlich in die Schlagworte zusammenfaßte: im Innern der Krieg gegen den Katholizismus, nach außen hin englische Politik. Wir übergehen den ersten Punkt, er gipfelt in heftigen Angriffen gegen die Freimaurer. Auf den zweiten aber müssen wir genauer eingehen.

Er habe, sagte Villaine, schon am 11. April auf die Gefahren der „entente cordiale" hingewiesen. Aber Bourgeois hätte sich darauf beschränkt, zu antworten, daß alles zum besten stehe, während doch, was man jetzt in Marokko und im südlichen Algier erlebe, beweise, wie sehr er, Villaine, recht gehabt. Auch was Marcel Prévost in Deutschland erlebt und gehört, zeigte den Ernst der Lage. Habe doch Bebel den französischen Sozialisten, die sich beklagten,

keine Altersversicherung erhalten zu können, geantwortet: „Ihr werdet Altersversicherungen bekommen, wenn Frankreich annektiert ist.“ Es folgten Hinweise auf die letzte Rede des Reichskanzlers, die eine entente cordiale der Westmächte, die nicht gute Beziehungen zu Deutschland aufrecht erhalte, als eine Gefahr für den europäischen Frieden bezeichnete und daran erinnerte, daß Isolierungsversuche, die Deutschland mit einem Ring zu umzingeln trachten, zu einem Gegendruck führen müßten, dessen schließliches Ergebnis eine Explosion sein könne. Das sei, meinte Villaine, eine Drohung und eine Mahnung. Diese Gefahr aber sei größer geworden, seit Clemenceau das Ministerium übernommen habe, sie werde zu nahen Konflikten führen, denn es liege auf der Hand, daß es zwischen England und Deutschland zu einem Kampf um die Beherrschung der Meere kommen werde. Dann aber werde Frankreich als Kontinentalmacht das ganze Gewicht der Feindschaft des Kontinents gegen England tragen müssen. Liege aber eine solche Möglichkeit vor, so sei es notwendig, daß das Land die wirkliche Bedeutung der französisch-englischen Entente kenne, Text oder Inhalt der Konvention, die Clemenceau oder sein Vorgänger mit England abgeschlossen habe. Denn Clemenceau trage sich mit Träumen von Revanche, Autorität oder gar Diktatur, und wie das Kabinett einmal zusammengesetzt sei, ruhe in seiner Hand allein Krieg und Frieden. Wie vor 20 Jahren den General Boulanger, so habe Clemenceau heute zum Minister den General Picquart gemacht, von dem man nicht wisse, welche Wege er gehen werde. Aber wenn man, wie Clemenceau, von Autorität, Revanche oder Diktatur träume, müsse man eine Legende für sich haben. Als Bonaparte den Brumaire vorbereitete, lagen Italien und Ägypten hinter ihm. Die Vergangenheit Clemenceaus zeige nur Ruinen und durch 25 Jahre hartnäckige und unerklärliche Bekämpfung der besten Diener Frankreichs und der Republik.

Hiermit schloß die häufig durch Zwischenrufe unterbrochene, leidenschaftliche Rede, und der Ministerpräsident ergriff nunmehr das Wort.

Eine Beantwortung der Rede Villaines erscheine ihm höchst überflüssig (absolument inutile). Sein, Clemenceaus, Programm gehe dahin, die legitimen Forderungen der republikanischen Partei zu verwirklichen. Was Pichon und Picquart beträfe, so sei der erste

ein bewährter Diplomat, der zweite nicht nur ein guter Soldat, sondern auch ein grand citoyen, neben dem im Ministerium zu sitzen eine Ehre sei.

Was aber solle er zur auswärtigen Politik sagen, über die Herr Villaine so leichtfertig gesprochen habe, daß es schwer sei, eine ernsthafte Antwort zu geben. Hier folgten mehrfache Unterbrechungen durch Herrn Villaine, die schließlich in der Frage gipfelten: Ja oder nein, gibt es jetzt (à l'heure actuelle) eine Militärkonvention zwischen Frankreich und England?

Die Antwort des Ministerpräsidenten geben wir wörtlich wieder:

„Ich frage den Senat, ob es logisch zulässig ist, der Regierung eine solche Frage zu stellen, wenn man sich nicht einmal die Mühe gibt, zu sagen, welchen Eventualitäten eine solche Konvention gelten soll? Wie soll ich mit ja oder nein antworten, wenn Sie mir nicht mitteilen, welche Tatsachen Ihre Frage veranlaßt haben, und in welchem Zusammenhange der Akkord (der Vertrag), den Sie fürchten, entstanden sein soll. Erst drei Wochen sind hingegangen, seit ich Vorsitzender des Konseil bin, und obgleich mein Kollege von den auswärtigen Angelegenheiten mir wie dem Ministerrat in seiner Gesamtheit eine gewisse Anzahl von Depeschen mitgeteilt hat, welche unsere besonderen Verständigungen in der marokkanischen Angelegenheit betreffen, so hat er mir doch niemals etwas von einem Dokument (pièce) gesagt, das dem entsprechen würde, was Sie eine englisch-französische Militärkonvention nennen. Aber haben Sie denn wirklich nicht darüber nachgedacht, ob von dieser Rednertribüne ein Wort ausgehen darf, das Freundschaften entmutigen, Übereinkünfte (accords) brechen könnte? Ich kenne keine französisch-englische Militärkonvention. Man kann aber Fragen so stellen, daß eine Regierung, die sich ihrer Verantwortlichkeit bewußt ist, vor allem verpflichtet ist, darauf nicht zu antworten. Wenn Ihnen Konfidenzen von (ehemaligen) Ministern des Auswärtigen gemacht worden sind, so bringen Sie die Dokumente, von denen Sie reden, auf die Tribüne. Was aber mich betrifft, so erkläre ich Ihnen, daß ich kein Aktenstück (pièce) kenne, das den Charakter trägt, den Ihr Patriotismus zu fürchten scheint."

Villaine: Das ist ungeheuerlich!

Clemenceau: Was ist ungeheuerlich? Was Sie sagen? Da bin ich ja ganz Ihrer Meinung.

Villaine: Ihr Zugeständnis ist ungeheuerlich.

Clemenceau: Soll ich von innerer Politik sprechen? Da ist meine Verlegenheit nicht minder groß. Man hat gesagt, daß ich auf eine Diktatur ausgehe. Herr Gaudin de Villaine hat sogar gesagt: auf „Revanche". Das ist ein Wort, das Sie nicht hätten aussprechen dürfen.

Villaine: Ich habe nicht gesagt „la revanche" sondern „les revanches".

Clemenceau: Ich habe Sie nicht unterbrochen, um besser zu hören, und Sie haben das Wort so gebraucht. Ich wiederhole also, ich habe gesagt, Sie hätten kein Recht, das Wort zu brauchen. Sie wollen, daß ich herkomme, um Ihnen den Verzicht auf Hoffnungen zu bringen, die im Herzen einer großen Zahl unserer Landsleute leben, den Verzicht Frankreichs? Darum wagen Sie mich zu fragen!

Wohlan, wollen Sie, daß ich herkomme und hier erkläre, daß ich in der Tat beabsichtige, Frankreich in die schlimmsten Abenteuer zu stürzen? Sie stellen der Regierung, ja Frankreich selbst eine Falle, und welche Falle! Das ist Ihrer nicht würdig, nicht würdig dieser Versammlung und nicht würdig Frankreichs. (Erneuter lebhafter Beifall.)

Im weiteren Verlauf der Debatte wurde dieser wunde Punkt noch zweimal berührt.

Villaine: Ich will bemerken, daß der Ministerpräsident auf dieser Tribüne eine ungeheuerliche, ich könnte sagen tolle (affolante) Aussage gemacht hat. Ich glaubte, daß es im Ministerium des Auswärtigen eine Tradition gebe, deren Träger wechselten, daß aber die Politik bleibe. Nun sagt der Herr Ministerpräsident uns in aller Ruhe, daß, da er erst seit drei Wochen Minister des Innern und auch ein wenig Minister des Auswärtigen . . .

Clemenceau: Ich bin nicht Minister des Auswärtigen!

Villaine: Sie hatten jedenfalls Zeit, mit Herrn Pichon zu sprechen.

Pichon: Herr Gaudin de Villaine, wenn man die schwere Last der Vergangenheit Ihrer Partei trägt, darf man den Ministern der Republik nicht solche Unterstellungen machen. Die Republik hat

Frankreich nie an den Abgrund geführt, wie Sie es getan haben, und wird es auch nie tun.

Nach einigen Worten persönlicher Rechtfertigung fuhr dann Villaine fort: „Es ist also ungeheuerlich, daß der Präsident auf dieser Tribüne gesagt hat, daß er bis zur Stunde nicht wisse, ob es eine Militärkonvention mit England gäbe oder nicht. Ja! Ich habe den Ministerpräsidenten gebeten, uns klipp und klar zu sagen, ob eine Militärkonvention zwischen beiden Ländern bestehe, und er hat geantwortet: Ich weiß nicht! Das Land wird urteilen."

Clemenceau: Ich habe gesagt: Niemand hat mir je etwas davon gesagt . . .

Dabei ist es dann nach einigen inhaltlosen Wechselreden geblieben und die Sitzung schloß mit einem Vertrauensvotum für das Ministerium, 213 Stimmen gegen 32.

Prüft man den Inhalt der Debatte, so schwindet der Eindruck, den die Wiedergabe der „Agentur Havas" machte, daß nämlich Clemenceau ungeschickt geantwortet und die tatsächliche Existenz einer gegen Deutschland gerichteten englisch-französischen Militärkonvention trotz allem wahrscheinlich gemacht habe, vollkommen. Der Minister hat sich vielmehr mit gewohntem Geschick aus einer Falle, die allerdings vorlag, gezogen. Er hat recht deutlich zu verstehen gegeben, daß die englisch-französischen Abmachungen im wesentlichen Marokko betreffen, den französischen „Hoffnungen" ihren Spielraum gelassen und nebenher die Vermutung nahelegt, daß, wenn weitere Abmachungen bestehen sollten, sie nicht schriftlich niedergelegt sein können, denn die Existenz von „pièces" hat er mehrfach und nachdrücklich bestritten. Im übrigen hat Herr Gaudin de Villaine mit seinen Eventualbetrachtungen, daß in einem englisch-französischen Koalitionskriege gegen uns die Last des Kontinentalkrieges auf Frankreich fallen würde, ja unzweifelhaft recht. Nur finden wir es mit Herrn Clemenceau höchst „leichtfertig", wenn Villaine den Krieg zwischen Deutschland und England „um die Beherrschung der Meere" als eine Notwendigkeit, gleichsam als ein Fatum hinstellt, dem die Welt nicht entrinnen werde. Wir glauben weder an die Notwendigkeit, noch auch an die Wahrscheinlichkeit eines solchen Krieges, und haben die „Beherrschung der Meere" niemals in das Programm unserer Politik aufgenommen. Was wir erstreben ist Freiheit der Meere

und Erschließung der Welt zu gleichem Recht für die Tüchtigen. In diesem Programm aber wissen wir uns mit allen selbstbewußten Nationen eines Sinnes, also auch mit Frankreich. Sehen wir aber richtig, so dringt auch in England immer mehr die Überzeugung durch, daß es bei einer Politik gleichen Rechts nichts verlieren, sondern in der gemeinsamen Arbeit an Durchführung des Prinzips der offenen Tür noch wesentlich gewinnen könne. Das bereits veraltete Prinzip der Einflußsphären ist eine Fessel und beengt das Tätigkeitsfeld — die Zukunft gehört der freieren Auffassung. . . .

Was aber die Militärkonvention als solche betrifft, so wissen wir natürlich, daß sie ad hoc auf Grund mündlicher Vereinbarungen sehr leicht herbeigeführt werden kann, ganz wie es in der Natur der Dinge liegt, daß eine fest abgeschlossene Konvention überraschend schnell antiquiert. In den Tagen, da die alliance franco-russe ihren drohenden Charakter trug, hat der russische Generalstabschef alljährlich den Sommer in Frankreich verbracht, um in Gemeinsamkeit mit seinem französischen Kollegen sich an den Schönheiten der unvergleichlichen französischen Natur zu freuen. Aber mit solchen Dingen pflegen die Nachbarn zu rechnen, und wenn bei uns niemand die Regierung darüber zu interpellieren pflegt, so ist das eine Frage des Vertrauens und des Temperaments. Es hat seit den Tagen des ersten Napoleon keine Allianz gegeben, die ihrer Intention nach einen aggressiveren Charakter getragen hatte, als die alliance franco-russe. Sie ist heute volle 15 Jahre alt, die wir in gutem Frieden und leidlicher Freundschaft durchlebt haben. Ihrem Druck aber haben wir es zu nicht geringem Teil zu danken, daß uns der Gedanke keinen Augenblick gekommen ist, nun könnten wir die Hände in den Schoß legen. Wir denken auch heute wie in jenen 15 Jahren: Militärkonvention, entente, alliance, wie man es nun nennen mag, dem Kommenden sehen wir mit offenen und ruhigen Augen entgegen. Was aber die Herren Clemenceau und Pichon betrifft, so glauben wir ebensowenig daran, daß sie selbst auf eine Politik militärischer Abenteuer ausgehen, wie daran, daß sie sich oder Frankreich zu Werkzeugen herabwürdigen lassen werden. Herr Villaine scheint das vorauszusetzen, ganz wie ihm die Kriegs- und Beutelust Englands ein Axiom ist. Aber darüber mag er sich mit England auseinandersetzen, nachdem er in Frankreich seine Abfertigung erhalten hat.

Was endlich seinen Hinweis auf Marokko betrifft, so läßt sich nur mit Befriedigung konstatieren, daß alle Mächte sich innerhalb des Rahmens der Vereinbarung von Algeciras bewegen, und soweit sich im Augenblick erkennen läßt, auch von seiten des Sultans der gute Wille vorhanden ist, eine Lösung zu finden, die zur Herstellung erträglicher Zustände führt. Sie werden sicher herzustellen sein, wenn in der Welt des Islam die Vorstellung schwindet, daß das Ziel der europäischen Politik dahin geht, jede nicht christliche politische Selbständigkeit zu unterdrücken. Daß die Geschichte Nordafrikas aber diesen Glauben lebendig hält, darüber darf man sich in Paris am allerwenigsten wundern. Es gewinnt aber immer mehr den Anschein, als solle dasselbe Prinzip unter englischer und französischer Führung auch auf der Balkanhalbinsel zur Geltung gebracht werden. Wir verfolgen diese Entwicklung schon seit dem Jahre 1903. Mit den beginnenden russisch-japanischen Schwierigkeiten, als die Last des Mürzsteger Programms auf Österreich-Ungarn allein ruhte, trat zuerst Herr Delcassé mit dem Anspruch auf, daß, da Rußland am Stillen Ozean gebunden sei, das Mandat Rußlands von den Mandataren, d. h. von den übrigen Mächten, aufzunehmen sei. Aber dieser Anspruch war ebensowenig begründet als das Mandat Europas, das er für sein Vorgehen in Marokko in Anspruch genommen hatte. Trotzdem haben während des japanisch-russischen Krieges und danach während der russischen Revolution tatsächlich der französische und der englische Einfluß dahin gearbeitet, sich an die Stelle des russischen zu setzen, und ein Programm vertreten, welches in seinem Effekt als in prinzipiellem Gegensatz zum Mürzsteger Abkommen bezeichnet werden muß. Österreich-Ungarn und Rußland hatten sich dahin geeinigt, auf der Basis der Aufrechterhaltung des politischen status durch vorsichtige Reformen erträgliche Zustände in Mazedonien zu begründen. Zugleich hielten sie den drohenden Konflikt zwischen den Balkanstaaten untereinander, sowie zwischen ihnen und der Pforte nieder. Seit Frankreich und England als treibendes Element aufgetreten sind, macht sich immer deutlicher das Bestreben geltend, ein ganz autonomes Mazedonien zu schaffen und die Reformaktion so zu beschleunigen, daß die Rezeptionsfähigkeit der bunten mazedonischen Bevölkerung sie nicht mehr aufzunehmen fähig sein dürfte. Das neueste nach dieser Richtung ist die Forderung einer weitgehenden

Justizreform und eines christlichen Gouverneurs für die mazedonischen Vilajets. Schon die Justizreform ist zu einer Zeit, da die anderen oktroyierten Reformen sich noch nicht eingelebt haben, entschieden verfrüht, den christlichen Gouverneur aber halten wir für völlig unmöglich, so lange türkische Truppen, die er doch unmöglich befehligen kann, auf mazedonischem Boden so unentbehrlich sind, wie es heute der Fall ist. Nur sie verhindern Serben, Bulgaren, Griechen, Albaner und Kutzowalachen übereinander herzufallen. Was aber der Übergang Mazedoniens in die Hände einer dieser Balkanmächte für Gefahren bedeutet, darüber belehrt eine ausgezeichnete Arbeit des Frhrn. Leopold v. Chlumecky (wohl ein Sohn des früheren Ministers). Sie führt den Titel: Österreich-Ungarn und Italien, das westbalkanische Problem und Italiens Kampf um die Vorherrschaft in der Adria.*) Das Buch geht von der tunesischen Frage aus und bringt die (neue) politische Tatsache, daß schon ein Jahr vor dem Berliner Kongresse Andrassy im Namen Bismarcks dem italienischen Botschafter in Wien, Grafen Robilant, mitteilte, daß Deutschland eine Okkupation von Tunis durch Italien in keiner Weise hindern werde. Auf dem Kongresse aber erklärte Bismarck durch Bülow dem Grafen Corti, Deutschland werde mit Vergnügen bereit sein, die Frage der Besetzung von Tunis durch Italien auf dem Kongresse zu vertreten.

Beide Male hatte Italien den Entschluß nicht finden können, den dann 1881 Jules Ferry für Frankreich aufnahm und durchführte. Aus dieser versäumten Gelegenheit erklärt nun Chlumecky die späteren Schwankungen und Mißgriffe der italienischen Politik: Das abessinische Abenteuer, die albanischen Aspirationen und neuerdings das Streben nach dem tripolitanischen Phantom, während doch Frankreich schon jetzt am Werke sei, sich des Hinterlandes von Tripolis zu bemächtigen. Schon habe es sich der Oase Gjanet bemächtigt, die im Verein mit mit Ghat das Tor zwischen Tripolis und dem Sudan bilde, und im September dieses Jahres ist dann die Besetzung der Oase Bilma erfolgt. Auch hier werde Italien sich schließlich bescheiden müssen, wenn es seine Mittelmeerpolitik an der Hand Frankreichs durchführen wolle. Die ebenfalls als Folge der versäumten tunesischen

*) Leipzig und Wien. Verlag von Franz Deuticke 1907.

Gelegenheit so hartnäckig verfolgte albanische Politik Italiens richte sich aber gegen vitale österreichisch-ungarische Interessen. Wenn Valona einmal italienischer Hafen sei, so habe Italien damit den Schlüssel der gesamten Adria. Sie werde ein mare clausum und die österreichisch-ungarische Flotte sei in diesem Bassin „wie in einer Mausefalle" gefangen. Das könne nicht zugegeben werden, und ebensowenig „ein autonomes mazedonisches Gebilde oder die Schaffung eines Großbulgariens oder Großserbiens vor den Toren der Monarchie". In Mazedonien und auch in Albanien sei das Interesse der habsburgischen Monarchie in erster Linie ein negatives: „Daß dort nichts geschehe, was uns Schaden bringen könnte, daß keine fremde Einmischung erfolge, daß kein anderer Staat die Führung dieser Völker an sich reiße. Diesen . . Ansprüchen steht aber noch ein sehr namhaftes positives Interesse der Monarchie in Mazedonien zur Seite: sich den kommerziellen Weg über Salonik unbehindert offen zu halten, frei von jedwedem beengenden fremden Einflusse." Das alles wird nun sehr eingehend begründet und ausgeführt, nicht unfreundlich gegen Italien, dem vielmehr alle Unterstützung zur Ausführung seiner tripolitanischen Hoffnungen geboten wird, aber doch in warnendem und ernstem Ton.

Nun spricht durch Herrn v. Chlumecky gewiß nicht die österreichisch-ungarische Regierung, aber es scheint uns höchst wahrscheinlich, daß seine Gedanken einen mächtigen Widerhall finden werden. Sie sind, da sie an der Erhaltung des status quo der Pforte nicht rütteln wollen, für diese annehmbarer als jede andere Lösung der albanesischen und mazedonischen Schwierigkeiten. Jedenfalls verdient das Buch die volle Beachtung jedes Politikers. Es ist eine notwendige Ergänzung zu der Studie des früheren Botschafters A. Billot: La France et l'Italie*), das uns den französischen Standpunkt darlegt.

Sehr erfreuliche Eindrücke hat hier der Besuch des Königs von Dänemark hinterlassen. Wir dürfen wohl annehmen, daß er auch politisch nicht bedeutungslos hingegangen ist. Unsere beiderseitigen Interessen haben wesentliche Berührungspunkte, und auch die noch bestehenden kleinen Differenzen werden sich leicht beseitigen lassen,

*) Paris. Plon Nourrit 1905. 2 Bde.

wenn in den Grenzstrichen einerseits die offizielle Unterstützung nationalistischer Hetzereien, andererseits der oft ungeschickte Übereifer unserer Subalternbeamten niedergehalten wird.

Nicht ohne Sorge sehen wir die wachsenden Schwierigkeiten an, die in Ostasien zwischen Russen und Japanern sich auftürmen. Es scheint, daß man russischerseits hofft, durch die guten Dienste Englands, die man an anderer Stelle erwidern will, sich aus der Affäre zu ziehen. Aber das könnte leicht zu schweren Enttäuschungen führen. England ist an Japan gebunden und damit rechnet man in Tokio.

29. November. Demission des Ministeriums Lopez Dominquez, Konstituierung des Ministeriums Moret (Spanien).
30. November. Prügeleien im österreichischen Abgeordnetenhause.
1. Dezember. Annahme der österreichischen Wahlreformsvorlage in dritter Lesung.
2. Dezember. Reichstagsdebatten über die Kolonialvorlage.
4. Dezember. Fürst v. Bülow identifiziert seine Auffassung mit der des Kolonialdirektors Dernburg.

---

5. Dezember 1906.

Das alljährliche Festessen der New-Yorker Handelskammer am 22. November hat durch die Reden, die dabei gehalten wurden, eine mehr als banale Bedeutung gewonnen. Es war eine glänzende Versammlung, 700 Personen, darunter auch die Botschafter von Deutschland und England, Sir Henry Mortimer Durand und Baron Speck v. Sternburg. Nachdem der Präsident der Handelskammer die offiziellen Toaste auf Präsident Roosevelt, Kaiser Wilhelm, den Präsidenten der französischen Republik und König Eduard VII. ausgebracht hatte, richtete er (nach dem Bericht der „Sun") folgende Ansprache an den deutschen Botschafter:

„Wir haben mit Deutschland Gegenseitigkeitsbeziehungen auf dem Gebiete des Bildungswesens angeknüpft und sind jetzt, ebenso wie Sie, bemüht, Handelsbeziehungen auf der Basis der Gegenseitigkeit herzustellen (Beifall). Und weshalb sollten wir es nicht tun?

Wir haben heute Baron v. Sternburg unter uns, den würdigen Vertreter des würdigen Kaisers. Kein besserer Vertreter dieser großen Nation könnte heute hier sein. Seit er als Botschafter hier ist, hat er getan, was er vermochte, um Frieden und Harmonie aufrecht zu erhalten und die Handelsbeziehungen zu pflegen. Ich weiß, daß ich ein Recht habe, in Ihrem Namen zu sagen, daß wir für das deutsche Volk und für Kaiser Wilhelm die lebhaftesten Freundschaftsempfindungen hegen (the strongest feelings of friendship), wir wünschen alle, daß Vertreter dieser Nation hierher ziehen, so viele als nur immer wollen, und je mehr es sind, um so besser, das ist die Einwanderung, gegen die wir kein Verbot erlassen."

Die Antwort des Botschafters lautete:

„In den meisten und bedeutendsten diplomatischen Aktionen der letzten Jahre sehen wir, daß Präsident Roosevelt und Kaiser Wilhelm dieselben Wege gehen, und daß diese Politik den Beifall des amerikanischen Volkes gefunden hat, weil sie eine auf gegenseitiges Vertrauen gegründete Friedenspolitik war.

Nun aber, meine Herren, wollen wir prüfen, wo die Linie ist, die uns auseinanderführt. Sind es unsere Handelsbeziehungen? Wir wollen hoffen, daß es nicht der Fall ist. Wir wissen, daß unsere Fortschritte auf dieser Seite des Ozeans weder unfreundlichen noch neidischen Auges angesehen wurden. Die Welt weiß es ja, daß Ihr längst das Gedeihen anderer nicht als einen Nachteil, sondern als eine Hülfe ansieht, die Euch zuteil wird. Erlauben Sie mir, an die Worte zu erinnern, die einer Ihrer führenden Staatsmänner dem Prinzen Heinrich von Preußen zurief: Die Fortschritte des deutschen Handels und das Wachstum der deutschen Flotte beunruhigen uns nicht. Fahrt fort Euch auszubreiten und vor allem stärkt Eueren Handel mit uns immer mehr, und helft uns die Türen des Orients dem Welthandel offen zu halten.

In Deutschland haben diese Worte ein herzliches Echo gefunden. Das Gedeihen Amerikas ist zugleich Deutschlands Gedeihen. Wir haben beide seit dem denkwürdigen Abend, an dem diese Worte gesprochen wurden, unseren Handel weit ausgedehnt und fest zusammengestanden, um die Tür im Orient offen zu halten.

Die Handelsbeziehungen zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten wachsen von Tag zu Tag, so daß der Handel mit Hamburg für sich allein beinahe 40 Mill. Pfd. Sterl. beträgt. Unser Handel wird im laufenden Kalenderjahr die ungeheure Höhe von 350 Mill. Pfd. Sterl. erreichen und die des Vorjahres um 50 Mill. Pfd. Sterl. übertreffen. In den letzten 9 Monaten habt Ihr uns Waren im Wert von 156 Mill. Pfd. Sterl. verkauft und wir Euch für 106 Mill. Pfd. Sterl. Wenn ein solches Wachstum möglich ist bei geltenden Ungleichheiten, um wieviel größer wäre es, wenn mit der ungleichen Behandlung aufgeräumt wird? Aber nicht nur dieser Austausch gegenseitiger Bedürfnisse führt uns näher zusammen, Amerika hat außerdem sehr wichtige Interessen an deutschen Unternehmungen, und deutsche Kapitalien sind sehr stark in Amerika investiert. Denkt daran. Der Gesamtwert der Interessen jedes von

beiden Ländern im anderen erreicht fast die Höhe von 500 Mill. Pfd. Sterl. Wir sind, wie Ihr, ein hart arbeitendes Volk. Wir glauben an die Würde der Arbeit. Es schädigt niemandes Ansehen, wenn er sich am Handel beteiligt. Wir sind stolz auf unsere technischen Schulen, auf unser Handwerk, unsere Laboratorien, unsere wissenschaftlichen Untersuchungen — auf alles, wodurch wir dazu beitragen, das Dasein der Menschheit zu heben. Wir verlangen nur ein freies Feld für unsere Tätigkeit, keine Begünstigung. Wir bitten nicht um Privilegien, wir sagen, mag der Gewinn dem besten Manne zufallen.

Suchen wir einen Ausweg für unsere Energie? Gewiß! Überall und jederzeit innerhalb der legitimen und anständigen Grenzen kommerziellen Wettbewerbs — aber auch an keiner anderen Stelle. Wenn wir bessere und billigere Ware auf den Markt bringen, wenn wir mehr Sorgfalt auf die Ausführung und mehr Umsicht an die Verteilung wenden, dann erwarten wir gute Früchte von unserer Saat, mehr aber nicht. Wollt Ihr uns das verweigern? Ich kenne Euch zu gut, um das zu fürchten. Wir fordern Euch auf, in engere Handelsbeziehungen zu uns zu treten. Als Antwort auf die Hand, die Ihr uns zuerst entgegengestreckt habt und die wir so freudig ergriffen haben, strecken wir Euch nun die Hand freundschaftlich über den Atlantischen Ozean entgegen, und Ihr mögt sie fassen, wenn ihr wollt. Soeben habt Ihr eine Kommission nach Deutschland geschickt, um die Lage des Tarifsystems in Deutschland gründlich zu studieren und zugleich Deutschland genau über die entsprechenden amerikanischen Verhältnisse zu orientieren. Mag dieser Schritt für das Gedeihen von Handel und Industrie beider Länder heilsame Folgen haben. Deutschland hat seinen herzlichen Dank für diese Initiative ausgesprochen, denn wir erkennen daran, daß die Regierung in Washington ernstlich bemüht ist, unsere Handelsbeziehungen zu bessern. Wir werden uns daher bemühen, nicht nur ihnen jede Auskunft zu geben, die sie wünschen, sondern auch unsererseits suchen, von ihnen möglichst klar Wünsche und Anschauungen ihrer Kommittenten kennen zu lernen. So werden wir, hoffe ich, zu gegenseitiger Befriedigung ein gedeihliches Abkommen treffen. Die Einsetzung dieser Kommission läßt deutlich einen für den Präsidenten Roosevelt wie für Kaiser Wilhelm gleich charakteristischen Zug erkennen — das standhafte Streben nach

Wahrheit. Sie wollen lieber den Nachbar verstehen als ihn mißverstehen.

Nationale Führer, wie wir sie haben, begnügen sich nicht mit einem einfachen Tagewerk. Sie lassen keine offizielle oder nicht offizielle Gelegenheit vorüberziehen, die ihnen gestattet, ihr Volk zu heben, die allgemeinen Verhältnisse zu bessern und damit der Welt einen Dienst zu leisten. Es ist kein Wunder, daß ein Mann der Tat, ein Mann, der das Gute stützt, weil es gut ist, und das Schlechte niederwirft, weil es schlecht oder unnötig ist, das Objekt eines höhnischen Kritizismus von seiten derjenigen wird, die ihre Zeit daran wenden, nach den Fehlern anderer zu spüren. Wir haben heute keinen Platz für negativ gute Menschen oder für solche, die aus Furcht fehlzugreifen gar nichts tun.

In unseren Tagen gilt nur, was zu Resultaten führt.

Als Vertreter meines Vaterlandes ist es mir eine Freude und ein Vorzug, bei dieser Gelegenheit und in ähnlichem Anlaß dem Volke, bei dessen Regierung beglaubigt zu sein ich die Ehre habe, zu sagen, wie herzliche Gefühle der deutsche Kaiser und sein Volk Ihrem Präsidenten und seinem Volke entgegenträgt Ich würde aber meine Pflicht nur halb erfüllen, wenn ich nicht zugleich bemüht wäre, meinen Landsleuten zu zeigen, wieviel guten Willen das Volk der Vereinigten Staaten Deutschland und dem deutschen Volke entgegenbringt.

So wollen wir hoffen, daß die große Wohltat, die George Washington und Friedrich der Große ihren Staaten durch einen weisen und weitausschauenden Vertrag erwiesen haben und die durch Charakter und Politik Theodore Roosevelts und Wilhelms II. wesentlich gefestigt worden ist, durch den Lauf der Zeiten fortgesetzt und erneuert werde."

Wir haben diese Rede unseres Botschafters um so lieber gebracht, als sie den Geist zeigt, in dem er seine Tätigkeit auffaßt, die kürzlich in so taktloser Weise angegriffen wurde. Wer die Geschichte der letzten Jahre mehr als oberflächlich verfolgt hat, wird in den deutsch-amerikanischen Beziehungen überall auf die Spuren der überaus nützlichen Tätigkeit des Frhrn. Speck v. Sternburg gestoßen sein, von dessen Amtsantritt ab eine Wendung unserer Beziehungen zu Amerika zum Besseren unverkennbar ist. Er hat

in seiner Rede sehr richtig hervorgehoben, welche bedeutsame Rolle in diesen Beziehungen die Persönlichkeiten unseres Kaisers und des Präsidenten Roosevelt spielen. Gegenüber der Modeparole, die heute bei uns, angeblich im Namen des Volkes, nicht laut genug gegen eine kräftige Subjektivität an der Spitze des Staates meint protestieren zu müssen, war es gut, einmal mit allem Nachdruck darauf hinzuweisen, daß die Gegenwart für indifferente Persönlichkeiten an führender Stelle nicht geschaffen ist. Das Verdienst Kaiser Wilhelms, bewußt und nachhaltig unter allem Wechsel der politischen Konjunkturen die Freundschaft zu den Vereinigten Staaten von Amerika gepflegt zu haben, kann gar nicht hoch genug angeschlagen werden und ist ohne Zweifel auf fruchtbaren Boden gefallen, trotz der ganz außerordentlichen Anstrengungen, die von unseren Gegnern gemacht wurden, alles zum Schlechten zu kehren, was die Beziehungen Deutschlands zu Amerika betraf. Aber freilich, die Schulmeisterei, die drüben, von Fremden geübt, bemüht war jeden Schritt auf diesem Wege zu verketzern, hat ihre Parallele in der politischen Schulmeisterei auf heimischem Boden gefunden, wie sie uns in prätentiösen Agitationsreden, anspruchsvollen Broschüren und tönenden Reichstagsreden in letzter Zeit immer häufiger entgegentritt. Dem Guten gegenüber die Augen verschließen, das Mißfällige aufbauschen und verallgemeinern, Gerüchte kritiklos für Tatsachen ausgeben — das ist die Methode, mit der gearbeitet wird, zur Freude all unserer Gegner jenseit der deutschen Grenzpfähle. Uns liegt eben jetzt die selbstgerechte Besprechung vor, der die letzten dieser Broschüren im „Journal des Débats" unterworfen werden. Herr Maurice Muret notiert unter Berufung auf seine deutschen Gewährsmänner, daß uns nichts mehr glücke, und zwar vornehmlich, weil der Kaiser, von Byzantinern umgeben, die Wahrheit nicht mehr hören könne. Mit dem Reich gehe es bergab und offenbar beginne man jetzt, es den Kaiser entgelten zu lassen.

„Si rien ne reussit comme le succès, rien n'indispose comme son contraire. La nation allemande est en train de faire payer chèrement sans doute à son chef les défaillances récentes de son gouvernement et de sa diplomatie."

Nun, über diese „défaillances" zu reden wird sich wohl noch Gelegenheit finden, aber es gehört doch ein echt französischer

Sanguinismus dazu, im Hinblick auf die Geschichte — nun, sagen wir der letzten zehn Jahre — mit all ihren „affaires“ mit tugendhaftem Augenaufschlage von deutschem Niedergang und deutschen Mißerfolgen zu reden. Wir schätzen die jenseit der Vogesen errungenen „succès“ anders ein und sehen zunächst nichts Fertiges vor uns. Aber freilich, es hat sich bisher auf der Tribüne der französischen Kammer noch kein Bebel gefunden, der durch drei Stunden unbewiesener Vorwürfe die Kolonialpolitik seines Vaterlandes zu beschmutzen bemüht gewesen wäre, und ebenso undenkbar wäre eine solche Erscheinung auf englischem Boden. Daß in einem Kampf mit Barbaren, die durch Mord und Gewalt eine Gegenaktion zur unerläßlichen Notwendigkeit gemacht haben, Blut fließen muß, darüber können nur weltfremde Kinder sich täuschen. Herr Bebel aber ist ein alter welterfahrener Herr, an dessen Naivetät zu glauben wir längst aufgehört haben, und auf dessen Lebensrechnung die Unterstützung gebucht bleibt, die er und seine führenden Mitgenossen den Mordgesellen der russischen Revolution haben zuteil werden lassen. Doch nicht dabei wollten wir verweilen, wir sind die letzten, die Berechtigung einer sachlichen Kritik zu bestreiten, die mit Tatsachen agiert und auf dem Boden der Wirklichkeit steht. Aber allerdings den „chercheur de tares“ halten wir für eine gemeinschädliche Persönlichkeit, gleichviel. ob er sich mit einem sozialistischen oder mit einem patriotischen Mantel umkleidet!

In den japanisch-amerikanischen Beziehungen und ebenso in den kubanischen Angelegenheiten ist eine erfreuliche Wendung zum Besseren eingetreten. Die japanische Gesandtschaft hat erklärt, daß sie sich damit zufrieden gebe, daß Präsident Roosevelt die Regelung der kalifornischen Schulfrage in seine Hände genommen habe, in Kuba aber ist es ruhig geworden und die Aussichten auf eine völlige Herstellung des inneren Friedens und damit auch der Herstellung des Eigenregiments sind erheblich gestiegen. Verhehlen wir uns auch nicht, daß Fragen des nationalen Temperaments und der pekuniären Interessen noch zu Überraschungen führen können, so ist das Hauptziel der amerikanischen Expedition doch erreicht. Es scheint, daß der Präsident Roosevelt jetzt seine Energie der Förderung des Panamakanals zuwenden will. Er hat sich jüngst durch den Augenschein vom Stand der Arbeiten überzeugt und durch ein Telegramm, das

er jener Festversammlung der New-Yorker Handelskammer zusandte, seiner Befriedigung über das Gesehene Ausdruck gegeben. Auch in den japanisch-russischen Beziehungen glauben wir ein Abnehmen der Spannung zu erkennen. Man wird sich verständigen und ist russischerseits entschlossen, einen Ausgleich zu finden. Auch geht jetzt Japan energischer an die Erfüllung der in Portsmouth getroffenen Vereinbarungen über die Räumung der mandschurischen Gebiete und an die Rückgabe der Eisenbahn an China. Dagegen scheinen die Beziehungen zu Korea sich so gestalten zu wollen, daß der Rest von Scheinherrschaft, der dem Kaiser von Korea gelassen wurde, bald schwinden wird. Daß dabei Gewalt im Werke ist, unterliegt wohl keinem Zweifel. In der „Tribune" erscheinen seit einiger Zeit die Korrespondenzen eines Mr. Douglas Story, den die „Tribune" ausgeschickt hatte, um das Geheimnis jenes Vertrages zu ergründen, durch welchen am 17. November 1905 die faktische Regierung Koreas in japanische Hände überging. In der letzten dieser Korrespondenzen („Tribune" vom 1. Dezember) erzählt Douglas Story sehr spannend, wie es ihm unter allerlei Fährlichkeiten glückte, in den Palast des Kaisers zu Söul zu dringen und von ihm ein Dokument zu erhalten, in welchem er gegen den erzwungenen Vertrag von 1905 protestiert. Dieses Dokument, das im koreanischen Faksimile und in englischer Übersetzung reproduziert wird, lautet deutsch folgendermaßen:

I. Seine Majestät der Kaiser von Korea hat den von Hayashi und Pac Che Soon am 17. November 1905 unterzeichneten Vertrag selbst weder unterzeichnet noch genehmigt.

II. Seine Majestät der Kaiser von Korea protestiert gegen die Einzelheiten des Vertrages, der durch die Zungen (tongues, wohl Dolmetscher) von Japan veröffentlicht worden ist.

III. Seine Majestät der Kaiser von Korea hat die Souveränität von Korea proklamiert und bestreitet, daß er durch irgend eine Handlung diese Souveränität irgend einer fremden Macht übertragen habe.

IV. In dem von Japan veröffentlichten Vertrag sind nur die auf auswärtige Angelegenheiten mit fremden Mächten bezüglichen Punkte vereinbart worden, Japans Anspruch auf Kontrolle der inneren koreanischen Angelegenheiten ist niemals von Seiner Majestät dem Kaiser von Korea anerkannt worden.

V. Seine Majestät der Kaiser von Korea hat weder jemals der Einsetzung eines japanischen Generalresidenten zugestimmt noch überhaupt es für möglich gehalten, daß ein Japaner mit Ausübung der kaiserlichen Gewalt in Korea betraut werden könnte.

VI. Seine Majestät der Kaiser von Korea fordert die großen Mächte auf, für eine Periode von nicht über fünf Jahren ein gemeinsames Protektorat über Korea zu übernehmen, soweit die Kontrolle der auswärtigen Beziehungen Koreas in Frage kommt.

Gegeben unter Hand und Siegel Seiner Majestät des Kaisers von Korea, diesen 29. Tag des Januar 1906.

Douglas Story erzählt nun, wie es ihm unter Gefahr seines Lebens gelungen sei, mit diesem kostbaren Dokument nach Chefoo zu entkommen. Von dort habe er nach England gekabelt und dann den Brief in das englische Generalkonsulat zu Mr. O'Brien-Butler gebracht, der einer der besten Kenner des Chinesischen sei. Mr. O'Brien-Butler hat eine sorgfältige Abschrift des Dokuments und einen Abdruck des Siegels genommen, um beides dem britischen Gesandten in Peking zu übersenden. „Damit" — so schließt Douglas Story — „fand meine koreanische Mission ein Ende."

Daß damit auch die Frage des Vertrages vom 17. November 1905 ein Ende gefunden hat, ist nicht unwahrscheinlich. Wie sollte gerade England die Rechte Koreas seinem japanischen Verbündeten gegenüber vertreten? Es könnte höchstens zu einer Interpellation im Parlament kommen, und selbst das ist wenig glaubhaft. Aber um ein interessantes Stück orientalischer Politik ist die Geschichte reicher geworden.

In der marokkanischen Angelegenheit sind die Verhältnisse so weit gediehen, daß französische und spanische Kriegsschiffe nach Tanger unterwegs sind, um dort für die Sicherheit der französischen und spanischen Untertanen Sorge zu tragen. Es scheint, daß die englische Regierung ihnen auch den Schutz der britischen Reichsangehörigen übertragen wird. Jedenfalls geht kein englisches Kriegsschiff nach Tanger, so bequem es wäre, von Gibraltar aus hinüberzudampfen. Die aus Marokko einlaufenden Nachrichten sind, je nach der Quelle, aus der sie stammen, verschieden. Eine gewisse Neigung zu Übertreibungen liegt offenbar vor. Es läßt sich aber immer noch hoffen, daß eine Landung von Truppen zu vermeiden sein wird, da sie leicht

eher erregend als beruhigend wirken könnte. Übrigens hat Frankreich sich in allerbestimmtester Weise dahin ausgesprochen, daß es unter allen Umständen die Grenzen der Vereinbarungen von Algeciras nicht überschreiten werde, und wir haben keinen Grund, diesen Versicherungen zu mißtrauen. Auch in der Presse finden wir dieselbe Haltung wieder. So schreibt das „Journal des Débats" vom 30. November in einer Polemik gegen den „Reichsboten": „Wir sind entschlossen, unter keinen Umständen (quoi qu'il arrive) die Rechte zu überschreiten, die uns die Konferenz zugemessen hat." Erfreulich wäre es, wenn sich das Gerücht bestätigen sollte, daß der Sultan selbst nach Tanger ziehen werde, um dort der herrschenden Unordnung ein Ziel zu setzen. Zunächst ist das aber noch — ein Gerücht.

Sehr interessant ist die Nachricht, daß Sultan Abdul Hamid an die Stelle des verstorbenen Großscherif von Mekka, Ali Pascha ernannt hat, nachdem er zwei Jahre lang die Besetzung dieser wichtigen Stelle offengelassen hatte. Es ist damit aufs neue und nachdrücklich bestätigt worden, daß der Sultan das erste und eigentliche Haupt des Islam sei. Auch zeigt sich immer deutlicher, wie sehr das Ansehen des Sultans durch den Bau der Pilgerbahn, deren Ziel Mekka ist, gewonnen hat. In dem schönen Buche von Auler Pascha: Die Hedschasbahn, mit einer Einleitung vom General der Infanterie v. d. Goltz (Gotha 1906) tritt uns das recht greifbar entgegen. Bis zum Januar 1906 waren von der im Mai 1901 begonnenen Bahn 750 km fertiggestellt, die in der Hauptlinie von Damaskus bis Modewwere gehen, wozu dann noch die Linien Modewwere-Hadiéh und die Zweigbahn Haifa—Dera kommen.

Während nun die Energie der Arbeit vornehmlich auf die Hauptlinie gerichtet ist, gehen die lebhaftesten Wünsche jetzt auf zwei weitere Zweigbahnen: Maan—Akaba und Dschidda—Mekka. Die erstere käme den egyptischen, die andere vornehmlich den indischen Pilgern zugute. Da politische Schwierigkeiten nicht vorliegen, seit Akaba durch die letzte Abgrenzung als türkisches Gebiet anerkannt ist, ist es nicht unmöglich, daß diese Wünsche in Erfüllung gehen.

Auf dem Balkan nimmt das Unwesen der griechischen Banden, die sich speziell die Kuzzo-Walachen zum Ziel nehmen, wieder zu. Es gehört ein außerordentlich starker Glaube dazu, um anzunehmen,

wie immer aufs neue versichert wird, daß die griechische Regierung von diesem Treiben nichts wisse.

Rußland steht unter dem Zeichen der beginnenden Wahlen. Über ihren Ausgang sich ein Urteil zu bilden, fällt sehr schwer, da je nach der Färbung der Parteiblätter die Vorhersagungen variieren. Aber es kann doch als ein Zeichen der Zeit angesehen werden, daß bei der Erneuerung der Petersburger Stadtvertretung in allen zwölf Stadtvierteln kein einziger Kandidat der revolutionären Parteien, die Kadetten mit eingeschlossen, durchdringen konnte. Vielleicht handelt es sich aber nur um eine lokale Erscheinung. Das Organ der Kadetten, die „Prawo", sieht der Entscheidung sehr zuversichtlich entgegen und meint, die zweite Duma werde noch radikaler sein als die erste. Man kann das als möglich zugeben, denn wie wir schon mehrfach hervorhoben, hat sich die Stimmung nur wenig geändert. Dagegen ist aber sowohl die Wahlbeteiligung der Sozialdemokraten wie die der reaktionären Elemente, die in der ersten Duma zurückstanden, weit größer geworden. Es könnten also die Extremen von rechts und links überwiegen. Da die jetzt sehr tätige Partei vom 17. Oktober ebenfalls energische Wahlagitation übt, wird aber auch eine Regierungspartei vorhanden sein, die in der ersten Duma fehlte. Gelingt es dann der Regierung, die Extremen von rechts zu zügeln, so ist ein erträgliches Parlament möglich. Trotz aller Verhaftungen und Hinrichtungen dauert das blutige Treiben der Anarchisten immer noch fort. Auch werden immer neue Bomben- und Waffenniederlagen entdeckt, so daß man den Eindruck gewinnt, daß immer noch furchtbare Überraschungen möglich sind. Wenn in einer Stadt wie Riga wieder 27 Bomben, 30 Pfund Dynamit, Waffen und viele Tausende von Patronen entdeckt werden können, so spricht die Wahrscheinlichkeit dafür, daß es in Städten wie Moskau, Petersburg, Kiew, Odessa, Charkow nicht anders sein wird. Zu alledem aber kommt die Hungersnot, die sich nicht mehr totschweigen läßt.

So ist das Gesamtbild nach wie vor unerfreulich, zumal noch Gerüchte von Intrigen umlaufen, die auf eine Erschütterung der Stellung des Ministerpräsidenten hinarbeiten sollen. Wir hoffen, daß sie falsch sind, denn der Mann ist nicht zu ersetzen.

6. Dezember. Frankreich und Spanien kündigen eine Flottendemonstration vor Tanger an. Genehmigung der Algecirasacte durch die französische Kammer.
8. Dezember. Aufbruch des französisch-spanischen Geschwaders nach Tanger.
10. Dezember. Der Papst verbietet dem französischen Klerus die Anerkennung des Separationsgesetzes.
12. Dezember. Ausweisung des päpstlichen Nuntius Montagnini aus Frankreich.

---

12. Dezember 1906.

Die „Nowoje Wremja" vom 8. Dezember bringt die folgende hochoffiziöse Mitteilung:

„Aus autoritativer Quelle erfahren wir, daß die Verhandlungen mit der japanischen Regierung langsam und nicht ohne Schwierigkeiten weitergehen. Bekanntlich hat der Traktat von Portsmouth nicht wenige Fragen offen gelassen. Bei der Erwägung dieser Fragen zeigt die japanische Regierung sehr große Hartnäckigkeit und legt sie sehr umfassend aus. Die großen Ansprüche der japanischen Regierung treten namentlich in der Verhandlung über die Fischereikonvention hervor, bei deren Abschluß die russische Regierung die staatlichen und privaten Interessen an den Ufern des Stillen Ozeans mit Sorgfalt zu wahren verpflichtet ist. Nicht geringe Schwierigkeiten hat auch der Handelsvertrag bereitet, den Japan benutzt, um Zollvergünstigungen zu erlangen, die mit dem Interesse unserer Grenzgebiete nicht vereinbar sind. Außer den Verhandlungen über diese beiden Fundamentalfragen findet zurzeit eine verwickelte diplomatische Korrespondenz über die Sequestrierung von Eigentum des Roten Kreuzes bei der Einnahme Port Arthurs, über die im September festgesetzten Bestimmungen, welche die Nutzung von Privateigentum in Kwantung betreffen, und über die Angelegenheiten unserer Fischereiindustrie statt. Man muß hoffen, daß die japanische Regierung sich von der Notwendigkeit überzeugen wird, daß sie nachgiebiger sein muß, dann werden die Verhandlungen bald ihren Abschluß finden."

Der etwas gereizte Ton dieses Communiqué läßt keinen Zweifel darüber, daß Rußland sich in der Tat durch Form und Inhalt der japanischen Ansprüche verletzt fühlt, und der Meinung ist, hart an die Grenze gelangt zu sein, über welche hinaus ein weiteres Nachgeben mit der nationalen Würde nicht mehr vereinbar ist. Dieser Eindruck wird noch verstärkt, wenn man die Ausführungen verfolgt,

die in den letzten Wochen durch die russischen Blätter gegangen sind; während sie einerseits auf die der ostasiatischen Stellung Rußlands drohenden Gefahren hinweisen, sind sie andererseits bemüht, die übrigen Interessenten am fernen Osten auf ähnliche Gefahren hinzuweisen, die ihnen von japanischer Seite drohen könnten. Zwei Tage vor Veröffentlichung der oben mitgeteilten Kundgebung des russischen Auswärtigen Amtes war, ebenfalls in der „Nowoje Wremja", die folgende Betrachtung zu lesen: „Der Gang der jüngsten historischen Ereignisse hat immer nachdrücklicher als neuen, überaus wichtigen Faktor der Weltpolitik das verjüngte Japan in den Vordergrund gerückt. Die heutigen Telegramme berichten, daß Japan sogar beabsichtigt, seine Armee sofort um 50 p. c. zu verstärken und die aus der Mandschurei zurückgekehrten Truppen nicht aufzulösen. Außerdem will Japan in den nächsten sieben bis acht Jahren ein Reformprogramm verwirklichen, das die Kriegsmacht des Reiches fast verdoppelt und die Armee auf die Höhe von 750000 Mann bringt. Während also Japan eine neue mächtige Flotte geschaffen hat, wird es zugleich eine der stärksten Militärmächte der Welt werden. Wie Japan seine Kriegsmittel zu benutzen gedenkt, darüber belehrt ein Vergleich der Stellung Japans vor dem russischen Kriege mit der Stellung, die es heute einnimmt. In etwa zehn Jahren hat Japan im Süden die Insel Formosa, im Westen Korea, im Norden die Hälfte der Insel Sachalin erworben. Jetzt sind die Blicke derjenigen, die die Schicksale Japans führen, auf den Osten gerichtet. Sie beginnen mit den Amerikanern, nach den Engländern ihren besten Freunden, abzurechnen. Noch ist es weit bis zu einem wirklichen Kriege, aber schon jetzt sind die Amerikaner genötigt, wenn sie auch nicht direkt die Kraft der gelben Faust fühlen, doch der Möglichkeit schwerer Schläge vorzubeugen. Noch hat Japan keinen Finger gerührt und doch bereitet es den Amerikanern schon schwere Stunden." Es folgt eine Betrachtung über den Schulstreit in Kalifornien, die uns nichts Neues bietet, aber recht höhnische Bemerkungen über die Unzulänglichkeit der von den Japanern in Verlegenheit gesetzten amerikanischen Diplomatie enthält.

Noch deutlicher kommt diese Tendenz in einem Leitartikel vom 7. Dezember zum Ausdruck, der bereits die Botschaft des Präsidenten Roosevelt vom 4. Dezember kennt und an ihm seinen Scharfsinn übt.

Das Ziel des Präsidenten gehe offenbar dahin, die Zentralmacht auf Kosten der einzelnen Staaten der Union zu steigern.

„Dieser Kurs“ — heißt es dann — „wird nicht zum erstenmal von Washington her angekündigt.... Aber es wird schwer sein, eine allgemeine Verfassungsbestimmung, welche die Selbständigkeit der einzelnen Staaten beschränkt, gerade zu einer Zeit durchzusetzen, in der sie als unzweifelhaftes Resultat der Furcht der Zentralregierung vor Repressivmaßregeln Japans erscheinen muß. Wenn die sich aus der Botschaft Roosevelts ergebenden Gesetzesanträge dem Kongreß vorgelegt werden, wird das erste und sichere Resultat ein Ausbruch des Chauvinismus an den Küsten des Stillen Meeres sein. Schon jetzt haben die kalifornischen Mitglieder des Kongresses mit höchstem Mißfallen den Teil der Botschaft angehört, der die Schulfrage betrifft, noch lauter war der Protest gegen die Gewährung der Naturalisationsrechte an die Japaner, und in dieser Frage wird Roosevelt auch außerhalb der kalifornischen Reihen zahlreiche Widersacher finden. Die ernste innere und internationale Krisis, von der Amerika bedroht ist, wird die Probe auf seine staatliche Reife sein. Die Vereinigten Staaten sind in die Sphäre der Großmächte eingetreten, ohne eine internationale Prüfung bestanden zu haben, es war das stillschweigende Vertrauen auf das innere Wachstum des Staates, das diese Anerkennung zur Folge hatte. Der spanisch-amerikanische Krieg, die Teilnahme an der Unterdrückung des Boxeraufstandes, die Predigt des Weltfriedens und der ungeheure Lärm, der in Anlaß des Vertrages von Portsmouth gemacht wurde, das alles waren Debuts, bei denen für den Beifall im voraus gesorgt war. Jetzt wird das Fundamentalprinzip „Amerika für die Amerikaner“ ernstlich gefährdet, die gesunde Vernunft und vielleicht auch die Popularität des Präsidenten wird in Konflikt treten mit der elementaren Opposition der Massen, und das ist in dem demokratischen Amerika keineswegs gleichgültig. Gewiß kann man im Weißen Hause, besser als wir es vermögen, darüber urteilen, wie die Rassenfrage gelöst werden kann und gelöst werden muß. Die Zuversicht, mit der der Präsident und das ganze Land über die russischen Rassenkonflikte geurteilt haben, deutet auf eine hohe Kompetenz in diesen Fragen hin. Nun wird sich zeigen, wie weit Kritik und Geschicklichkeit einander gleichkommen. Wird die unkontrollierte Einwanderung und Naturalisation den Japanern gewährt, so öffnet Amerika auch den Chinesen seine Pforten. Als gegen die letzteren Ausnahmegesetze erlassen wurden, da dachte man noch nicht an die Gebote der Humanität. Da Roosevelt sich in seiner Botschaft vom internationalen Egoismus losgesagt hat — er nennt ihn zynisch —, hat er die Arme Amerikas der allgemeinen Brüderlichkeit weit geöffnet. Das ist vom Standpunkt der Ethik sehr sympathisch. Es fragt sich nur, ob die christlichen Wähler Amerikas geneigt sein werden, den Grundsatz auch in bezug auf heidnische Gäste aus Japan und China gelten zu lassen, die noch nicht darüber Erklärungen abzugeben haben, wie sie ihrerseits über den Altruismus Roosevelts denken.“

Das ist außerordentlich boshaft und zeigt neben dem nachwirkenden Ärger über die Einmischung Amerikas in die russische Judenfrage zugleich den entschiedenen Wunsch, die japanisch-russischen Differenzen auf Amerika abzuwälzen. Offenbar soll es auch kein Dank für die amerikanische Vermittelung in Portsmouth sein, denn die öffentliche Meinung Rußlands verurteilt die damals vereinbarten Friedensbedingungen als viel zu hart. Daß in dieser Stimmung die Botschaft des Präsidenten eine höchst parteiische Auslegung findet, kann ja nicht wundernehmen. Sie ändert nichts an der Tatsache, daß staatsrechtlich der Präsident durchaus in seinem Recht ist, wenn er die Kalifornier nötigen will, daß sie auch ihrerseits den Japanern gewähren, was ihnen auf Grund eines allgemein verpflichtenden Vertrages zugestanden worden ist. Auch hat Japan sich mit den Erklärungen vollauf einverstanden erklärt, die der Präsident abgegeben hat, und es läßt sich daher wohl annehmen, daß der Weg bereits betreten ist, der mit Sicherheit zu einer gütlichen Regelung der allerdings recht unbequemen Differenzen führen muß. Fast noch lehrreicher als die russischen Ausführungen sind die Betrachtungen, denen das „Journal des Débats" in Form eines amerikanischen Briefes über dieselbe Frage Raum gegeben hat. Den Ausgangspunkt gibt die Konstatierung der Tatsache, daß Amerika das klassische Land der Rassenkonflikte sei, was an Indianern, Chinesen, Japanern und Philippinos demonstriert wird. Dann geht der Verfasser sehr ausführlich und, wie es scheint, aus guter Sachkenntnis auf die kalifornische Schulfrage ein. Der Gegensatz zwischen Gelben und Weißen sei an den pazifischen Küsten schon vor dem russisch-japanischen Kriege sehr lebendig gewesen. Man hasse sich gegenseitig, und der gemeine Mann im Westen mache aus seinem Haß und seiner Verachtung kein Hehl. Aber er hasse auch alle anderen Fremden, und jeder gute Yankee zeige dem, was er „Lateiner" nenne, und darunter verstehe er Kubaner, Peruaner, Spanier, Italiener und Franzosen, seine Geringschätzung. Was schwarz und gelb sei aber fliehe man wie die Pest. Nun wollten die Japaner sich nicht behandeln lassen wie die Chinesen, die alles ruhig hinnehmen — darauf gehe der Konflikt zurück. Dazu komme aber, daß Japan der gefährlichste wirtschaftliche Konkurrent Amerikas im Westen sei. Wo die Japaner als Handwerker, Arbeiter, Kaufleute mit den Amerikanern konkurrierten, würden diese überall

geschlagen. Auch als Ackerbauer, Obst- und Gemüsezüchter seien sie nicht zu übertreffen, und in San Francisco, wo es zahlreiche große japanische Vermögen gebe, sei heute der japanische Klub einer der allereleganteſten. Aber nicht nur äußerlich habe der Japaner mehr Boden gewonnen als der Chinese — sein Ziel sei auch ein weiteres. Er arbeite für die Zukunft seines Vaterlandes, er wolle Boden gewinnen, und wenn er, um das Ziel zu erreichen, sich um das amerikanische Bürgerrecht bemühe, bleibe er doch in seiner Seele ein Japaner, der im Grunde diese amerikanische Zivilisation tief verachte und sich bewußt bleibe, der Träger einer höheren Kultur zu sein, die nicht alles auf Zahl und Maß zurückführe, sondern auch mit den Imponderabilien rechne. Er sei in die Schule Amerikas eingetreten, weniger, um für sich zu lernen, als um zu verstehen, was die Amerikaner brauchen, und es ihnen zu liefern, um sie in Abhängigkeit von Japan zu bringen. Dann heißt es wörtlich: „Heute beginnen die Amerikaner zu begreifen, daß die Japaner nur allzugute Schüler gewesen sind und daß sie vortrefflich gelernt haben. Soeben haben sie das größte Panzerschiff der Welt vom Stapel gelassen, und sie haben es ganz auf eigenen Werften erbaut. Sie arbeiten an der Umbildung — oder vielmehr an der Ausstattung — Chinas. Sie werden eines schönen Tages Hawai und die Philippinen bedrohen können. Schon jetzt kolonisieren sie Hawai. Man kann ohne Übertreibung sagen, daß sie dort den Ackerbau und den Kleinhandel in Händen haben. Anno 1900 gab es bei einer Bevölkerung von 154000 Köpfen 61000 Japaner auf dem Archipel, von 1900—1906 sollen weitere 38000 hinzugekommen sein, und für den nächsten Sommer werden 20000 angekündigt. Die Lage ist so ernst geworden, daß ein Einwanderungskommissar nach Honolulu geschickt worden ist, um die Massenansiedelung von Portugiesen auf der Inselgruppe zu studieren. 100000 Japaner in Hawai, 70—75000 an der pazifischen Küste, das wäre wenig im Vergleich zu den Millionen Fremder, die unassimiliert von den großen Städten des Ostens aufgenommen werden; es bedeutet aber sehr viel für Gebiete, die noch wenig bevölkert sind, und für strategische Punkte von ganz außerordentlicher Bedeutung.“ Gewiß steckt in all diesen Ausführungen viel Wahres. Man könnte sogar noch hinzufügen, daß für Japan die Versuchung sehr groß ist, die Übermacht zu nützen, die ihm die englische Allianz bietet, sowie die Tatsache,

daß die Stellung des Inselreiches mit dem Moment schwächer wird, in dem die Wogen des Stillen Ozeans durch den Panamakanal in den Golf von Mexiko strömen — aber trotz alledem sind die politischen Gedanken, die der französischen Betrachtung zugrunde liegen, ebenso falsch und tendenziös, wie die vorausgeschickten russischen Ausführungen.

Unzweifelhaft richtig ist, daß Japan danach strebt, sich eine internationale Gleichberechtigung zu sichern, wie sie bisher nur zwischen den Völkern weißer Rasse besteht. Aber ebenso sicher ist, daß sich dieses Ziel niemals durch einen Bruch des geltenden Rechts erreichen läßt, sondern nur durch Unterordnung unter dasselbe. In dem japanisch-russischen Konflikt von 1904 lag das Unrecht gewiß auf russischer Seite, heute scheint uns das Recht für Rußland zu sprechen, und ebenso kann nicht zweifelhaft sein, daß das Recht auf Amerikas Seite ist, wenn der Präsident Roosevelt den Japanern gewährt, was nach amerikanischem Staatsrecht ihnen zu gewähren möglich ist. An seinem guten Willen kann nach den feierlichen Kundgebungen der Botschaft vom 4. Dezember kein Zweifel sein, und es scheint uns schlechte Arbeit, prinzipielle Gegensätze da zu schärfen, wo der gute Wille besteht, sie nach Möglichkeit zu mildern.

Überhaupt wird mit der Botschaft des Präsidenten Unfug zu Parteizwecken getrieben. Die „Times" z. B. verwerten den Passus der Botschaft, der sich gegen den Frieden „quand même" wendet, in sehr eigentümlicher Weise, um einen Schatten auf die Politik des regierenden liberalen Kabinetts zu werfen. Natürlich geschieht es, ohne Mr. Campbell Bannerman oder Sir Eduard Grey zu nennen, aber kein Engländer und kein verständiger Ausländer, der die Irrgänge publizistischer Polemik einigermaßen zu verfolgen fähig ist, wird die Tendenz der Ausführungen verkennen, welche die „Aktiengesellschaft" der „Times" verfolgt. Wir setzen in usum lectoris diese Ausführungen vollständig her:

„Kein Teil der Botschaft des Präsidenten Roosevelt ist klarer gedacht und gewichtiger ausgedrückt, als der Abschnitt, der die Ethik von Krieg und Frieden behandelt. Andere Abschnitte betreffen amerikanische Probleme, oder die besondere Gestalt, welche allgemeine Fragen vom amerikanischen Gesichtspunkt aus gewinnen. Aber in seinen Ausführungen über Krieg und Frieden, und über die Pflichten jeder Nation, die sich selbst achtet und vorsichtig genug ist, sich auf die Verteidigung ihrer Lebensinteressen und ihrer Überzeugungen vorzubereiten, hat Präsident Roosevelt Grundsätze von allgemeiner Geltung

ausgesprochen. Er erinnert die Welt daran, daß der Krieg nicht nur zu rechtfertigen, sondern für jeden Ehrenmann und für jede Nation, die auf ihre Ehre hält, geboten ist, wenn der Friede nur erkauft werden kann durch ein Opfer an Gewissensüberzeugungen und am Gedeihen der Nation. Ist der Friede ein hohes Gut, nach dem jede Nation streben soll, die darauf ausgeht, recht zu handeln, indem sie jeden Nerv anspannt, um jedem sein Recht zuteil werden zu lassen, mit dem sie zu tun hat, so gibt es doch Fälle, wo die Pflicht nach Frieden zu streben, zurückstehen muß vor der höheren Pflicht, nicht unrecht zu tun. Friede, sagt der Präsident, fällt normalerweise mit der Gerechtigkeit zusammen, aber Gerechtigkeit, nicht Frieden erhebt eine Nation, und dadurch wird das Gewissen einer Nation gebunden. Er fügt hinzu, und dabei folgt er einem der Weisesten des Altertums, daß ein gerechter Krieg im weiten Verlauf der Zeiten viel förderlicher für die Seele einer Nation ist, als der gedeihlichste Friede, der durch Duldung von Unrecht und Ungerechtigkeit erhalten wurde. Das gilt auch für den Fall, daß infolge verbrecherischer Unbereitschaft oder durch die Ungunst des Schicksals eine Nation im Krieg unterliegt. Ein geschlagenes Volk ist nicht notwendig ein sinkendes Volk, aber die Nation oder der Mann sinkt herab, der die Pflicht vernachlässigt, das gute Recht zu verteidigen. Heute gibt es noch keine Macht, die verhindern kann, daß Unrecht geschehe, soviel auch die Haager Konferenz und andere Bestrebungen darauf hinarbeiten, ein internationales Gewissen und eine öffentliche Meinung zu entwickeln, die zu einer solchen Macht führen sollen. Wir müssen mit Verhältnissen rechnen, die einmal da sind, nicht mit Möglichkeiten oder mit den Scheinbildern von Visionären und Gefühlsmenschen. Wie die Dinge einmal liegen, gibt es nur eine Aussicht, daß die Gerechtigkeit über Tyrannei und Unrecht siege, die nämlich, daß die Nationen sich in Bereitschaft halten, die an das Recht glauben, auch mit der Tat das Recht zu verteidigen bereit sind. Es ist daher," so schließt der Präsident, „ein törichtes und übeles Ding für eine große und freie Nation, sich der Macht zu begeben, ihr eigenes gutes Recht zu verteidigen und in Ausnahmefällen auch für das Recht anderer einzutreten."

Die weiteren Ausführungen der „Times" wiederzugeben lohnt nicht der Mühe. Nur den Schlußsatz, der die Tendenz deutlich kennzeichnet, wollen wir noch hersetzen. „Leider haben wir unter uns noch immer sentimentale Leute, die sich mit aller Macht gegen jede Maßregel stemmen, die der Selbstverteidigung dienen soll. Es ist nötig, in diesem Zusammenhange zu notieren, daß unser Alliierter, Japan, nicht nur in aller Ruhe seine Seemacht stärkt, sondern auch sehr beträchtlich die Stärke seiner Armee steigert. Japan muß heute nicht nur für die Sicherheit der koreanischen Grenze wie für die neuerworbenen Grenzgebiete von Liaotung die Verantwortung tragen, sondern auch sich soweit stärken, daß es ein schreckliches Wagnis

wird, es in seinem meerumflossenen Inselreiche oder in seinen Festlandsbesitzungen anzugreifen. Japan hat damit eine neue Lehre den wichtigen militärischen und maritimen Lehren zugefügt, die wir ihm danken wir oder diejenigen von uns, die zu lernen verstehen." Wenn man sich erinnert, wie die „Times" seit Jahr und Tag darauf hingearbeitet haben, der englischen Nation ans Herz zu legen, daß ihre Pflicht sei, über Deutschland herzufallen, wird man auch diese scheinheiligen Ausführungen recht würdigen. Sie sind zugleich bestimmt, dem liberalen Kabinett einen Hieb zu versetzen und die Vorstellung zu erwecken, daß der wahre Patriotismus nur in den Reihen der Unionisten zu finden sei. Wahrhaft unwürdig aber sind die den Japanern dargebotenen Huldigungen, weil sie die unleugbare Tatsache, daß Japan von Europa gelernt hat, in ihr Gegenteil verkehren. Doch wir wollen mit diesen Entgleisungen nicht weiter rechten. Ist Parteipolitik einseitig und allezeit ungerecht, so ist Parteipolitik auf Aktien ein politischer Begriff, für den uns die Qualifikation fehlt. Es bleibt der Trost, daß sie sich mit dem Steigen und Sinken der Aktien nach mathematischen Gesetzen modifizieren muß, und wir glauben in der Annahme nicht zu irren, daß der Kurs dieser Aktien die Tendenz zeigt, stetig zu fallen. Wie man in Japan denkt aber mag die folgende Notiz zeigen.

Die japanische Zeitung „Togo Kejdsej Simpo" formuliert die russisch-japanischen Beziehungen (wie wir der „Retsch" entnehmen) folgendermaßen:

„1. Die Russen denken an Revanche, aber Japan hat diese Wünsche der moskowitischen Regierung vorhergesehen und seine Kriegsvorbereitungen dementsprechend zuende gebracht; es ist daher zweifelhaft, ob Rußland bald den Krieg gegen Japan verkünden wird.

2. Die innere politische Lage Rußlands spricht dafür, daß der Friede nach außenhin bewahrt bleibt, und das bestätigt die Haltung der russischen Diplomatie.

3. Es ist höchst wahrscheinlich, daß die Erfahrungen des letzten Krieges und die inneren Schwierigkeiten Rußland nötigen werden, auf eine aggressive Politik zu verzichten und sich mit einer Defensive zu begnügen.

4. Alle Besitzungen, die Japan den Russen gelassen hat, wie Wladiwostok und die nördliche Mandschurei, werden mit größerer Energie als die Mandschurei befestigt und verteidigt werden.

5. Rußland wird sich befestigen und verteidigen. Wenn man aber wünschen sollte, es zu einer anderen Haltung zu nötigen, so wird die völlige Vernichtung der Macht Rußlands im fernen Osten die Folge sein. Man darf nicht vergessen, daß diese kolossale Vernichtungsarbeit Japan großen Vorteil bringen kann.

6. Wenn Japan die Stellung Rußlands in der nördlichen Mandschurei anerkannt hat, wird dann Rußland bereit sein, einige Rechte anzuerkennen, die Japan erworben hat? Eine derartige gegenseitige Anerkennung von Rechten kann die Basis einer Verständigung werden.

Schließlich muß gesagt werden, daß ein zweiter russisch-japanischer Krieg wohl möglich ist."

Das klingt sehr chauvinistisch, und wir denken, daß die japanische Regierung anders argumentieren wird.

Von den Marokkoangelegenheiten ist wenig zu sagen. Macht sich immer mehr geltend, daß in Frankreich wie in Spanien ein Teil der Nation dem Gang der Ereignisse mit Sorgen entgegensieht, so zeigen die betreffenden Ministerien eine zuversichtliche und korrekte Haltung. Es gibt bisher nichts, worüber wir uns beschweren könnten. Wir beobachten und harren des Ausganges.

So sehen wir auch die russischen Dinge an. Der äußere Schein ist momentan günstig, aber die Symptome für eine radikale Wendung zum Besseren erscheinen doch als sehr unsicher. Was soll man z. B. dazu sagen, wenn bei der Wahl des studentischen Zentralkomitees in Moskau zu Anfang dieses Monats folgende Stimmen abgegeben werden konnten: Sozialdemokraten 2044, Sozialrevolutionäre 1258, Kadetten 1462, Unabhängige 263, radikale Sozialisten 312, Zionisten 35. Man berechnet, daß sich aus dem Verhältnis dieser Stimmenzahlen ein Zentralkomitee ergeben müsse, dessen Bestand wäre: 12 Sozialdemokraten, 8 konstitutionelle Demokraten, 7 Sozialrevolutionäre, 2 radikale Sozialisten, ein Unabhängiger und ein Pole!

Was soll man von der russischen Zukunft erwarten, wenn das die Blüte der russischen Jugend ist.

Dem Prozeß Lydvall und den übrigen Skandalosis legen wir keinerlei Bedeutung bei. Es sind einzelne Fälle, die aus einer ungeheuren Menge gleichartiger Verschuldungen herausgegriffen sind. Es ist eitel Heuchelei, wenn die „Gesellschaft" sich darüber aufregt. Jedermann weiß, daß es, so lange das russische Reich steht, nie anders gewesen ist, und nur die Ideologen unter den Revolutionären glauben, daß die ideale Verfassung auch die Mustermenschen schaffen werde, die an einer Kronskasse vorübergehen können, ohne hineinzugreifen. Das hat es bisher noch nicht gegeben und alle Wahrscheinlichkeit spricht dagegen, daß die Zukunft solche Fabelwesen in Rußland schaffen wird.

13. Dezember. Auflösung des deutschen Reichstages.
14. Dezember. Unterzeichnung des englisch-französisch-italienischen Abkommens über Abessinien. Belgien erklärt sich dafür, noch bei Lebzeiten König Leopolds den Kongostaat zu annektieren.
15. Dezember. König und Königin von Norwegen in Potsdam. Entdeckung einer revolutionären Organisation in Riga.
17. Dezember. Der Herzog von Cumberland erklärt, daß er auf seine Ansprüche auf Hannover nicht verzichte.

---

19. Dezember 1906.

Der Reichskanzler Fürst v. Bülow hat die internationale Bedeutung der Frage, ob die für Südwestafrika geforderten Kredite und Truppen vom Deutschen Reichstage bewilligt werden oder nicht, dahin zusammengefaßt, daß es sich darum handele, ob wir unsere Kolonien behaupten oder sie aufgeben wollen. Daran hängt — so fügte er als verantwortlicher Leiter der Reichsgeschäfte hinzu — unser Ansehen in der Welt, unsere Waffenehre, unsere Stellung in der Welt. Er wiederholte diesen letzten Satz in nachdrücklichster Weise dreimal, und die ihn gehört haben, fühlten die tiefe seelische Erregung mit, die aus ihm sprach. Er schloß mit der Erklärung, daß er seine Pflicht tun werde — im Vertrauen auf das deutsche Volk.

Die Antwort der Majorität: des Zentrums, das Rache nehmen wollte, weil die Sünden der Roeren und Erzberger endlich einmal schonungslos aufgedeckt worden waren, der Sozialdemokraten, die dem vaterlandslosen Doktrinarismus ihrer Führer, der Singer und Bebel, blind folgen, der Welfen und Polen, die keine Gelegenheit vorüberziehen lassen, durch ihre Rancünen die Kraft des Reiches zu schädigen — ihre Antwort war die Ablehnung sans phrase! Und nun wird, nachdem mit der Auflösung des Reichstags der notwendige Schluß aus diesem unpatriotischen Verhalten der Reichstagsmajorität gezogen worden ist, das deutsche Volk in den Wahlen zu reden haben. Es ist uns keinen Augenblick zweifelhaft, welches das Ergebnis sein wird, wenn nun auch jeder von uns an der Wahlurne tut, was seine Pflicht ist. Die deutsche Nation wird durch ihr Votum die beiden

großen Lügen zurückweisen, welche systematisch auf Unterhöhlung der Kraft des Reiches hinarbeiten: die Lüge, daß die konfessionellen Interessen der deutschen Katholiken des Schutzes durch eine konfessionell katholische Partei bedürfen, während doch nirgends in aller Welt die Freiheit der Gewissen so sehr Wirklichkeit geworden ist wie bei uns, und die zweite große Lüge, daß die Fürsorge für die materiellen und geistigen Interessen des deutschen Arbeiterstandes vom Deutschen Reich, seiner Vertretung und seiner Regierung vernachlässigt werden, während es doch keinen Staat in der Welt gibt, in dem mehr und in größer gedachter Humanität für soziale Gerechtigkeit nicht nur gestrebt, sondern auch durch die Tat gesorgt worden ist.

Doch das sind *unsere* Überzeugungen und das ist *unsere* Zuversicht. In der Schätzung des Auslandes hat schon dieses erste ablehnende Votum der Reichstagsmajorität den Beweis erbracht, daß Deutschland nicht reif und nicht fähig sei, eine Kolonialpolitik zu treiben oder gar in der Arena der Weltpolitik als mitwerbende Macht aufzutreten. „Die deutschen Kolonien" — schreibt die „Nowoje Wremja", als wäre sie ein Organ der Allianz Roeren und Singer — „haben weder als Märkte noch als Feld nationaler Arbeit den allergeringsten Wert .... man führt dahin deutsches Gold und deutsches Kanonenfutter aus, und das ist doch nicht das Ziel einer Kolonialpolitik! Die deutsche Volksvertretung ist weit davon entfernt, die Verirrungen ihres Kaisers und seine weitgehenden Pläne über See zu teilen" usw. mit Grazie in infinitum. Und ähnlich, wenn auch in schadenfroher Vorsicht zurückhaltend und abwartend, in der Hoffnung, den schließlichen völligen Zusammenbruch mit Händen zu greifen und sich in die Fetzen der deutschen Beute teilen zu können, klingt das Echo von seiten derjenigen unserer Freunde, die nie einen Frank oder einen Schilling verweigerten, wo es sich darum handelte, für *ihr* Kolonialreich und die an ihm haftende nationale Ehre einzutreten. Die Röte der Scham steigt uns in die Wange, wenn wir ihre achselzuckende Geringschätzung sehen und ihren mitleidigen Trost anhören müssen. Eben jetzt hat das kleine Belgien sich bereit gefunden, Last und Verantwortung des Kongostaates auf sich zu nehmen, Holland führt Jahr um Jahr seine Kämpfe, um die schwere Position auf den Sundainseln zu behaupten, und was sollen wir erst sagen, wenn wir den Blick auf England und Frankreich richten. Das neue Kolonialreich

Frankreichs ist, wenn wir von Algier absehen, das die Kriegsschule seiner Armee wurde, aber ungezählte Hunderte von Millionen kostete und das Heldengrab ungezählter Tausende französischer Krieger wurde — Frankreichs Kolonialreich in Asien, Madagaskar, Afrika ist in der Zeit von 1881 bis 1900 um über 10 Millionen Quadratkilometer gewachsen, Großbritannien noch um einige hunderttausend Quadratkilometer mehr, und das alles ist errungen worden, ohne daß der Patriotismus der Volksvertretungen von England und Frankreich nur einmal versagt hätte. Sie haben, wie Fürst Bülow es formulierte, die ungeheuren Opfer, die von ihrem Patriotismus verlangt wurden, gebracht „und haben nicht mit der Wimper gezuckt". Vollends undenkbar aber wäre es gewesen, diesen Nationen zuzumuten, daß sie ihre Hand zurückzögen, so lange ihre Truppen im Felde lagen. Man hätte denjenigen als Verräter gebrandmarkt, der mit einem solchen Antrage hervorzutreten gewagt hätte.

Nun, wir haben es erleben müssen als eine Folge der allen Gedanken einer Volksvertretung hohnsprechenden Zwangsorganisation der konfessionellen Zentrumspartei und ihrer Bundesgenossenschaft mit einer Partei, deren Bestand ausdrücklich als den Lehren der katholischen Kirche widersprechend mehr als einmal auf das allernachdrücklichste von Rom aus verfemt worden ist. Oder wagen die Herren Roeren und Erzberger das zu bestreiten! Doch wir brechen ab — über den Verrat, der hier am Reiche geübt werden soll und zum Teil schon geübt worden ist, wird die Geschichte richten.

Welcher unbehinderten konfessionellen Freiheit sich alle Bekenntnisse bei uns erfreuen, zeigt ein Blick auf das benachbarte Frankreich, das eine Zeit der Wirren in Schul- und Kirchenfragen durchlebt, denen gegenüber der bei uns glücklich ganz geschlossene Kulturkampf doch nur ein Sturm im Glase Wasser war. Seit dem 1. Dezember gibt es keine katholische Kirche und keine katholische Schule mehr in Frankreich. Es gibt noch — bis auf weiteres — einen katholischen Gottesdienst, der unter erschwerenden Voraussetzungen begangen werden kann. Der päpstliche Nuntius ist des Landes verwiesen und seine gesamte Korrespondenz ist eingezogen worden, um als kostbares Anklagematerial gegen die Kurie und ihre Anhänger in Frankreich verwertet zu werden. Die Erzbischöfe und Bischöfe haben ihre Paläste, die geistlichen Institute ihre Anstalten räumen und ihre Zöglinge

entlassen müssen, alle Pfarrer haben ihr Gehalt eingebüßt und der Religionsunterricht ist aus allen Schulen verbannt worden.

Das ist die Toleranz, die auch unser Zentrum und seine Mitläufer zu erwarten haben, wenn einmal die gerechte Waltung unserer Reichsregierung durch das Regiment der Bundesgenossen des Zentrums, der Sozialdemokraten, unter ihren absolutistischen Führern, wovor uns Gott in Gnaden bewahre, erfolgt sein wird. Und doch sind Herr Clemenceau und die Mehrheit seiner Ministerkollegen noch nicht Sozialisten pur sang, wie die Herren Singer, Bebel und Stadthagen, die für den korrekten deutschen Sozialismus das Wort führen und gern auch die Regierung führen möchten.

Es gibt nun freilich Leute, welche meinen, daß in Frankreich der Bogen bereits überspannt sei, andere leugnen es und meinen, daß die Nation bereits so völlig antichristlich geworden sei, daß eine Rückbildung nicht mehr erwartet werden könne. Wir maßen uns nicht an, die Frage zu entscheiden, aber es läßt sich nicht übersehen, daß eine immer leidenschaftlichere Opposition gegen das herrschende System sich in den Vordergrund zu drängen beginnt.

Ein überaus merkwürdiges Zeichen dafür finden wir in einem Buche des ehemaligen Ministers der auswärtigen Angelegenheiten (unter den Ministerien Goblet, Rouvier und Tirard, Dezember 1886 bis April 1888), Emilie Flourens, der zudem in den Jahren 1888 und 1893 als Mitglied der Partei der gemäßigten Republikaner in der französischen Kammer saß. Flourens hat sich auch als politischer Schriftsteller einen Namen gemacht und sein Buch über das Verwaltungssystem von Frankreich und Belgien in den Jahren 1814 bis 1875 trug ihm einen Preis von dem Institut de France ein. Seither sind einige politische Broschüren von ihm veröffentlicht worden, welche zeigten, daß er ein entschlossener Gegner des heutigen Systems der herrschenden radikal-sozialistischen Gruppe ist.

Das tritt noch weit mehr in seinem neuesten Werk: „La France conquise. Eduard VII. et Clemenceau". Paris, Garnier Frères, 1906, hervor. Da es, abgesehen von dem schwachen Kapitel 5 „Eduard VII. und der Katholizismus", Probleme der großen Politik behandelt, die uns mit berühren, wird es von Interesse sein, etwas eingehender bei seinen Ausführungen zu verweilen. Der Grundgedanke, der das Buch beherrscht, ist eine Verherrlichung der politischen

Klugheit Eduards VII. und eine Verurteilung seines Systems. Er sieht den eigentlichen Feind Frankreichs in England und in denjenigen Männern, die als Werkzeuge Eduards VII. die Abhängigkeit Frankreichs von England begründet haben, teils seine dupes, teils höchst gefährliche politische Dilettanten. Er beweist seine These mit außerordentlicher Leidenschaftlichkeit und geht unzweifelhaft oft über die Grenzen hinaus, die eine ruhige Überlegung dem Politiker setzen soll, aber ebenso sicher ist seine Empfindung echt und seine tatsächliche Kenntnis intimer Zusammenhänge ungewöhnlich groß.

Flourens geht von der Stimmung aus, die Frankreich zur Zeit des Regierungsantritts Eduards VII. beherrschte. Sie war entschieden antienglisch, enthusiastisch für die Buren, voller Haß gegen den „Koloß auf tönernem Fuß", der die allzu leichtgläubigen Völker beherrscht „par le bluff, par l'arrogance, par la rapine. par l'insatiable rapacité", qui usw. crescendo. Er bedauert aufs lebhafteste, daß Nikolaus II. es versäumt habe, durch einen Zug nach Bengalen und Natal England zu lähmen, alles spätere Unheil in der Mandschurei wäre dann den Russen erspart geblieben. Aber das sei nicht geschehen, und Eduard VII., dessen Ehrgeiz vor allem dahin ging, Deutschland klein zu machen, habe gleich zu Anfang seine Augen auf Frankreich als den künftigen Bundesgenossen geworfen. Um diese Zeit aber habe Frankreich den unverzeihlichen Fehler begangen, ein ihm gebotenes Bündnis mit Japan zurückzuweisen. Damit eine solche Kombination auch in Zukunft unmöglich sei, habe der König in Tokio das falsche Gerücht von einem angeblich französisch-russischen Einverständnis verbreitet, das dahin ging, die japanische Flotte plötzlich zu überfallen und zu vernichten, was nur durch einen Zufall nicht verwirklicht worden wäre.*) Seither habe sich dann der König an Japan gemacht

*) Die Informationen von Flourens sind falsch. Es hat keinerlei Perfidie König Eduards vorgelegen, sondern der russische Admiral Tirtow versuchte den französischen Admiral La Boninière de Beaumont gleich nach dem Frieden von Shimonoseki (April 1895) zur Teilnahme an einem Handstreich gegen die japanische Flotte zu verleiten. Aber es gelang Beaumont „à amuser Tirtow". Der Hergang wurde im März 1902 ausführlich von einem hochgestellten französischen Marineoffizier im „Matin" durch drei Nummern unter dem Titel „Marins Français et Russes" par Olivier Seylor (Pseudonym) erzählt. conf. „Deutschland und die große Politik, II.", 95 s.

und schließlich auch die japanische Allianz und damit auch einen Krieg Japans mit Rußland herbeizuführen verstanden. Sein Ziel war, für unabsehbare Zeiträume die russischen Flotten auf das Baltische und das Schwarze Meer zu beschränken, und da der auswärtige Krieg, der Rußland schwächte, dazu nicht genug tat, habe er für die Revolten in der russischen Armee und Flotte und für den Aufruhr im Lande Sorge getragen.

Nun wird jeder besonnene Leser Herrn Flourens einwenden, daß selbst, wenn England oder sein König sich mit solchen Plänen getragen hätten, die russische Revolution doch nicht ihr Werk sein könne, weil sie von innen heraus als eine notwendige Folge der Mißwirtschaft im Reich und der überhitzten Stimmung des Volkes, zumal aber der gebildeten Russen, sich aufgebaut habe. Aber Herr Flourens hat dafür eine andere Antwort. Sein 2. Kapitel: „Edouard VII. et la Russie" beginnt mit den Worten: „In London haben die Könige Israels ihren Sitz." Sie sind es, die von der City aus die Interessen der Juden in aller Welt leiten. Er schildert nun eingehend die elende Lage der russischen Juden und die Mittel, durch welche sie sich trotz allem zu den wirtschaftlichen Ausbeutern Rußlands und zu den geistigen Führern der russischen studierenden Jugend gemacht haben. Die kosmopolitischen Finanzkönige der City seien nur Werkzeuge in den Händen Eduards VII., der sie durch Gunst und pünktliche Zinszahlung an sich gefesselt habe. Sie gaben den jüdischen Bankiers in Petersburg und Moskau die Schlagworte, und ebenso habe der König die aufs äußerste erbitterten revolutionär gesinnten Armenier für sich gehabt, auch die finnländische, polnische und baltische Revolution (wo, beiläufig bemerkt, Flourens noch den Deutschen Orden und die Leibeigenschaft in Funktion sieht) werden dem König ins Kerbholz geschnitten. Erst nach dem Frieden von Portsmouth habe er alle diese politischen Marionetten in Bewegung gesetzt, und die Folge sei dann die große russische Revolution gewesen. Und nun sei das Ziel erreicht, und England — ohne Rivalen in Asien und ohne Sorgen um Indien, den Persischen Golf und den Großen Ozean — habe nunmehr sein Augenmerk auf seinen Rivalen im Westen, Deutschland, wenden können.

Wir halten hier einen Augenblick inne, um auf diese Wahnvorstellungen von Flourens hinzuweisen. Weil er zuviel beweisen will, beweist er nichts und schwächt die sehr bedeutsame Tatsache,

daß allerdings das englisch-japanische Bündnis und die dadurch bedingte Lähmung Frankreichs das entscheidende Moment für die ungeheure Tragweite der japanischen Siege wurde.

Die englisch-deutsche Rivalität erscheint Herrn Flourens wie ein Zweikampf zwischen König Eduard und Kaiser Wilhelm „qui a lui seul, vaut un empire". Kaiser Wilhelms Ziel sei, Zweibund und Dreibund zu verschmelzen, König Eduards Absicht, den Dreibund zu sprengen und Frankreich zu seinem Satelliten zu machen. Kaiser Wilhelm wäre des Sieges sicher gewesen, wenn Frankreich sich ihm angeschlossen hätte. Auch habe er bereits in Frankreich si non un parti au moins des panégyristes convaincus gehabt. Es schließt sich hieran ein Rückblick auf die orientalische Politik der drei Mächte. Seit der schimpflichen Intervention in der Lorando-Tubiniaffäre habe Frankreich in Konstantinopel allen Einfluß verloren; Englands Interesse sei wesentlich gesunken, seit es Cypern, Ägypten, das Rote Meer und den Persischen Golf in Händen habe; sein nächstes Ziel sei die Eroberung Arabiens und die Begründung eines von Konstantinopel unabhängigen Khalifats, so daß jede moralische und materielle Schwächung der Stellung des Sultans in Europa und Asien den englischen Plänen förderlich sei. Schon Bismarck habe das erkannt, Kaiser Wilhelm durch seine Orientreise und eine geschickte Politik in Konstantinopel sich eine Stellung in der islamischen Welt geschaffen, die ohnegleichen sei. Von allen europäischen Kolonialmächten habe Deutschland allein nichts von einem heiligen Kriege des Islam zu fürchten. Um dieses Übergewicht zu brechen, sei König Eduard an die marokkanische Frage herangetreten. Sein Werkzeug aber sei Frankreich geworden, das er endgültig mit Deutschland zu verfeinden entschlossen war, wobei im Fall eines deutsch-französischen Krieges unter allen Umständen der Vorteil England zufallen sollte. Um Frankreich für seine Idee zu gewinnen, griff er zu einem ebenso genialen wie einfachen Mittel. Alle zwischen Frankreich und England schwebenden Fragen sollten geregelt werden, ein endgültiger Verzicht auf Ägypten und auf die neufundländischen Privilegien von seiten Frankreichs, mußte Englands Interessen sichern und als Kompensation Marokko dienen, das zugleich zur Brandfackel zwischen Deutschland und Frankreich bestimmt war. Als Einleitung diente eine Versöhnung zwischen Frankreich und Spanien, deren Vorteile England zufielen, das heute über alle Westhäfen von

Nordengland bis an die Südspitze Afrikas gebiete, da Portugal, Spanien, Frankreich ihre Häfen den englischen Schiffen offen zu halten hätten. Dasselbe gelte auch von der Mehrzahl der Mittelmeerhäfen. Das Resultat der ganzen kunstvollen Marokkosituation aber sei, daß Deutschland, wie der König vorhergesehen, das Schwert nicht gezogen habe und in Algeciras seines Einflusses auf die islamische Welt verlustig gegangen sei. Damit habe König Eduard sein erstes Spiel gewonnen.

Das alles wird mit vielem, teils richtigem, teils unrichtigem Detail erzählt. Wir halten auch hier inne, um an Herrn Flourens die Frage zu richten, ob er denn wirklich glaube, daß die Probleme, die er berührt, schon ihren Abschluß gefunden hätten? Wir glauben es nicht: und wenn wir nicht daran zweifeln, daß es Kräfte gegeben hat, welche die Marokkofrage in einem englisch-französischen Koalitionskrieg haben ausmünden lassen wollen, so scheint uns doch auf der Hand zu liegen, daß sie, nicht wir, die den Frieden zu erhalten bemüht waren, das Spiel verloren haben. In Marokko aber haben wir erreicht, was wir wollten, und über den schließlichen Ausgang wollen wir reden, wenn er sich erkennen läßt. Vorläufig können wir warten. Wir glauben aber, daß König Eduard wenig Neigung zeigen wird, sich mit den englischen Preßorganen zu identifizieren, deren Argumentation Herrn Flourens als Material dient.

Das zweite Spiel, fährt Flourens fort, wird in Petersburg gespielt: es ist die Rechnung mit der Revolution, was in der englischen Adresse an die Duma zu deutlichem Ausdruck gekommen sei. Die Endpartie aber werde zu Wasser wie zu Lande gespielt werden. Und nun, im Kap. 4, kommt Herr Flourens zu seinem eigentlichen Thema: Eduard VII. und Frankreich.

Edouard VII. règne à Londres, il gouverne à Paris, das ist das Leitmotiv, das mit besserer Kenntnis durchgeführt wird als die früheren Spekulationen. Wir heben nur einige Bekenntnisse hervor: Zur Zeit der Tangerkrisis sei Frankreich noch weniger widerstandsfähig gewesen, als am Tage von Faschoda, so daß der Rücktritt Delcassés eine Rettung bedeutete, aber diese Stellung sei erkauft worden durch die Unterwerfung (servitude) unter England. Man habe sich ihr willig hinzugeben, weil König Eduard besser als jeder andere sich auf psychologische Behandlung der Franzosen

verstehe. Schon Gambetta sei sein Werkzeug gewesen, heute, nachdem Delcassé ausgespielt habe, sei es Clemenceau. Der habe allezeit jeden Minister gestürzt, der eine nationale Politik verfolgte, und alles getan, um Englands Macht zu steigern; nur der Kardinal Dubois sei englischer gewesen als er, und England habe nur eine Schuld bezahlt, indem es ihn zum Ministerpräsidenten machte. Im Panamaprozeß und in der Dreyfusaffäre habe England zu ihm gestanden und schließlich alle Widerstände gebrochen, die sich der heißersehnten Ministerpräsidentschaft Clemenceaus entgegensetzten. Fallières als Präsident der Republik aber sei seine Geißel.

Man muß dieses Kapitel gelesen haben, um eine klare Vorstellung von dem Haß zu bekommen, der aus dem Buche Flourens gegen beide, König Eduard wie Clemenceau, spricht. „Clemenceau est le proconsul du roi d'Angleterre, chargé de gouverner sa province des Gaules." Wir übergehen das Kapitel 5 über König Eduard und den Katholizismus. Es ist ein heftiger Angriff gegen die Kirchenpolitik der letzten Jahre und wälzt auch hier — gewiß mit Unrecht — die Schuld dem Könige zu. Um so interessanter ist das letzte Kapitel: Die Diktatur Clemenceaus.

Auch hier ein Leitsatz an der Spitze: Frankreichs Aufgabe ist heute, den Gegnern Großbritanniens auf dem Kontinent die Spitze zu bieten, während die englische Flotte sie auf hoher See zermalmt. England werde zum Kontinentalkriege durch eine Anleihe die Mittel schaffen, aber die Last müsse Frankreich tragen. Ein Widerstand sei unmöglich, denn die Nation sei bereits nicht mehr imstande, sich dem englischen Einfluß zu entziehen, und als englischer Diktator stehe Clemenceau an der Spitze. Und doch solle man, trotz alles Prestige das England gewonnen habe, nicht vergessen, daß diese Macht an einer unheilbaren Schwäche leide. Die Allianz mit Japan, deren Zweck es war, die Grenzen Indiens zu schützen, habe dieses Geheimnis offengelegt. England sei nicht nur ein Inselreich, sondern auch eine Kontinentalmacht. Eine Kontinentalmacht ohne Armee, um ihre auf den Kontinenten verstreuten Gebiete zu verteidigen. „England kann heute nicht anders, als es öffentlich bekennen, daß seine Großmachtstellung von der Gnade Japans abhängt. . . Das ist von ungeheurer Tragweite und hat einen lauten Widerhall im fernen Osten gehabt. Damit beginnt ein Asien für die Asiaten. . . .

Japan ist berufen, der Vorkämpfer des asiatischen Irredentismus gegen die europäischen Eroberer zu sein, gegen Engländer, Franzosen, Deutsche, gleichviel. Dann aber frage ich: Quis custodiet custodes? . . . Es hat England gefallen, dazu beizutragen, daß der Glaube an die Superiorität der weißen Rasse gebrochen würde . . . aber in Asien ist England keine Insular-, sondern eine Kontinentalmacht, und verwundbar."

Die Schlußbetrachtung wirft die Frage auf, ob die französische Offensiv- und Defensivallianz mit England, wenn wirklich sie geschlossen sei oder geschlossen werden solle, jemals den Engländern gleich wichtige Dienste werde leisten können, wie einst die österreichische Allianz im Kampfe gegen Napoleon. Flourens antwortet darauf mit einem entschiedenen Nein. Als Franzose müsse er in einem englisch-französischen Krieg gegen Deutschland auf den Sieg hoffen. Aber es sei Pflicht, auch die andere Möglichkeit ins Auge zu fassen. Siege Deutschland, so bringe jeder Tagesmarsch es der Meeresküste näher bis nach Boulogne und Calais, wo der nächste günstige Nebel abzuwarten sei, um die Pläne Napoleons zu verwirklichen. Ziehe aber Deutschland in Paris ein, so werde es wie Napoleon aus den Feinden von gestern seine Alliierten machen. An eine Diversion Spaniens und Italiens sei nicht zu denken, und eine Landung englischer Truppen in Bretagne oder Cotentin werde nichts an der Lage ändern: und wenn auch England die Herrschaft der Meere behaupte, könne man Panzerschiffe zwar schützen, aber nicht unverwundbar machen. . . Auch täusche sich England über das heutige Frankreich: die Regenerationsperiode, die dem Kriege von 1870 folgte, sei zu Ende gegangen.

„Das alte Frankreich ist niedergemäht. Die alte Burg ist erstürmt worden, geplündert und dem Boden gleichgemacht. Man ist mit dem Pfluge darüber gefahren und hat Salz in die Furchen gesät. An die Stelle des Patriotismus ist der Internationalismus getreten, an die Stelle des kriegerischen Geistes der Pazifismus; Antimilitarismus ersetzt das Pflichtgefühl dem Vaterlande gegenüber, der Hervéismus die Disziplin. An der Spitze der Nation aber stehen die beiden Männer, die, jeder in der Sphäre seiner Tätigkeit, am meisten zu dieser Umbildung beigetragen haben. Und Ihr, unsere lieben Alliierten, habt mit beiden Händen dazu Beifall geklatscht. . . . Heute, da Ihr die Möglichkeit erwägt, unsere militärische Hilfe zu nutzen, seid Ihr erschreckt darüber, wie gut es Euch gelungen ist. Glaubt Ihr denn, daß General André vergeblich an der Desorganisation und Demoralisation unserer Armee gearbeitet hat? O nein, es war ihm bitterer Ernst. Dann wollt Ihr also die Maschine

wieder rückwärts arbeiten lassen! Wohlan, es sei; aber dann schreibt Eurem Prokonsul vor, daß er endlich ernste Dinge ernst betreibe und nicht lächerliche Kriege mit den Kanonen des Papstes führe, die uns nicht bedrohen, sondern sich beeile, den deutschen Kanonen zu antworten, die uns bedrohen. Ihr wollt, daß Frankreich der Soldat Englands sei und daß wir das Risiko des Kontinentalkrieges auf uns nehmen, damit Ihr auf der See triumphieren könnt. Auch das sei Euch gewährt. Aber doch nur, wenn Ihr denen, die Ihr so froh seid an unserer Spitze zu sehen, befehlt, uns in den Stand zu setzen, den Kampf mit einiger Aussicht auf Erfolg zu führen. Dabei ist, wie Ihr wißt, keine Zeit zu verlieren. Wir müssen unsere Kräfte zu militärischer Vorbereitung konzentrieren, unsere ganze soziale und finanzielle Kraft daransetzen. Nur dann kann Frankreich auf der Höhe seiner Aufgabe stehen. Wenn Ihr dem Prokonsul gestattet, sein Werk weiterzuführen, unsere lebendigen Kräfte zu desorganisieren und unsere Spargroschen zu verschwenden, müßt Ihr auch wissen, wohin wir treiben: Frankreich in das elendeste Desastre und Ihr in die allergefährlichste Enttäuschung."

Damit schließt Flourens, und der Leser selbst dieser flüchtigen Wiedergabe wird nicht verkennen, daß ein blutender Patriotismus aus ihm spricht. Bei allen Übertreibungen und all den zahlreichen Irrtümern enthält es doch einen beachtenswerten Kern objektiver und subjektiver Wahrheit. Beides zu kennen ist wichtig, und deshalb haben wir so lange bei dem Inhalt des merkwürdigen Buches verweilt. Daß es in Frankreich viel Beachtung finden wird, glauben wir nicht. Es geht gegen die Strömung des Tages, auch ist uns keine Besprechung unter die Augen gekommen.

Was aber den Kern an Hoffnungen und Befürchtungen betrifft, der dem Ganzen zugrunde liegt, so glauben wir nicht an das Gespenst jenes Krieges, das er beschwören will. Weder Herr Clemenceau und gewiß noch weniger das englische Ministerium nimmt ihn zum Ziel. Der Machiavellismus König Eduards VII. aber ist eine Konstruktion, die nähere Prüfung nicht verträgt. Es ist ebenso lächerlich, ihn für die russische Revolution wie für den französischen Kirchenstreit verantwortlich zu machen. Seine politische Aktion aber liegt vor aller Augen; daß sie in einen Krieg ausmünden sollte, widerspricht ebenso sehr seinen Neigungen wie den Interessen des britischen Reiches und der Weltlage.

18. Dezember. Die Entfernung Raisulis aus Tanger und Umgebung wird vom diplomatischen Korps in Tanger verlangt. Das Haus der Lords protestiert gegen die Verwerfung seiner Amendements zur Education Bell.

20. Dezember. Die Wahlen zur zweiten Duma werden auf den 15. Januar und 5. Februar 1907 festgesetzt. Das Unterhaus lehnt jede Beratung der Beschlüsse des Hauses der Lords ab. Die Braunschweigische Thronfolgefrage wird an den Bundesrat verwiesen.

21. Dezember. Protest des Papstes gegen die Ausweisung Monsignore Montagninis.

23. Dezember. Ermordung des Grafen Alexander Ignatiew in Twer.

24. Dezember. Ankunft der Mahalla vor Tanger.

---

25. Dezember 1906.

Wenn im Sommer nächsten Jahres der Haager Kongreß wieder zusammentritt, dürfen wir wohl hoffen, daß trotz allen Kriegslärmes und aller Befürchtungen, die der Lauf des Jahres in so schwarzer Fülle brachte, die noch schwebenden Konfliktsmöglichkeiten oder Wahrscheinlichkeiten von heute, verschwunden sein werden. Die Signatur der Zeit weist dahin, daß die Probleme der inneren Politik mehr in den Vordergrund treten werden. Die friedliche Lösung, welche die internationale Seite der Marokkofrage gefunden, hat sehr wesentlich dazu beigetragen, und wir meinen annehmen zu dürfen, daß der künftige Geschichtsschreiber dieser Periode die Mäßigung und die Festigkeit gebührend anerkennen wird, die Deutschland dabei gezeigt hat. Wir haben das Programm voll durchgesetzt, mit dem wir von Anfang an hervortraten, und das im wesentlichen den internationalen Charakter der Frage aufrecht erhielt, und die deutschen Ansprüche auf volle Gleichberechtigung behauptete, ohne die besondere Stellung zu negieren, die historisch und geographisch von Frankreich und Spanien eingenommen wird. Wir haben der uns sehr nahegelegten Versuchung widerstanden, durch Okkupation eines marokkanischen Hafens die Mitschuldigen eines Systems zu werden, das in seinen Konsequenzen die Souveränität des Sultans und die verbürgte Integrität seines Gebietes zu einem Schemen herabgedrückt hätte, wie es tatsächlich in Tunis und in Ägypten aufgerichtet worden ist. In voller Ruhe können wir daher dem Verlauf der Dinge zuschauen, die sich jetzt in Marokko vorbereiten. Sie werden aller Wahrscheinlichkeit nach den Mächten, die sich das Privileg der Organisation der

marokkanischen Polizei so eifersüchtig reserviert haben, noch mancherlei Verlegenheiten bereiten; daß sich aus ihnen ein europäisches Kriegswetter entwickelt, halten wir für ausgeschlossen. Auch in der mazedonischen Hexenküche, in der ununterbrochen von großen und kleinen Köchen an einem Kriegstrank gebraut wird, ist es bisher noch immer gelungen, im rechten Augenblick ein Überbrodeln des Kessels zu verhindern, und wenn nicht alles trügt, wird es auch in der nächst übersehbaren Zukunft dabei bleiben. Man sollte nur nicht von der Pforte Reformaktionen verlangen, die weit über das Programm von Mürzsteg hinausgehen, wie es in den russisch-österreichischen Noten vom Oktober 1902 formuliert wurde. Wenn irgendwo, so bedürfen in dieser orientalischen Welt Reformen Zeit, um durchgeführt zu werden, und das Neueste wird der Feind des Neuen, so lange dieses keine Zeit gefunden hat, sich in der Praxis des Lebens einzubürgern. Namentlich jetzt, wo die pekuniären Mittel zur Durchführung der Reformen eine neue Sicherung erhalten haben, läßt sich jedes Drängen darüber hinaus als eine Schädigung bezeichnen.

Eine andere Befürchtung, die im Laufe dieses Jahres vielfach laut wurde, ging dahin, daß die Wellen der russischen Revolution über unsere Grenzen hinüberschlagen könnten. Das ist nicht geschehen, wenn sich auch nicht verkennen läßt, daß der Einfluß der russischen Revolution keineswegs spurlos an Deutschland vorübergegangen ist. Sie hat einerseits unserer Sozialdemokratie den erwünschten Anlaß zu einer Propaganda direkt antimonarchischen und überhaupt staatsfeindlichen Charakters gegeben, und durch die Unverfrorenheit, mit der für den politischen Mord von ihr Partei genommen wurde, entschieden verwildernd und verrohend gewirkt, andererseits hat sie den polnischen Nationaldemokraten den Anstoß gegeben, mit größerer Rücksichtslosigkeit als bisher darauf hinzuarbeiten, auch unsere Polen in eine Kampfesstimmung zu versetzen und die nationalen Gegensätze zu verschärfen. Es ist, um diese Tatsachen richtig zu würdigen, wohl von Nutzen, wenn wir hier einen raschen Überblick über die Politik der Polen während der russischen Revolution anschließen. Wir schicken voraus, daß dabei alles Detail der wechselnden Parteigruppierungen, wofür ein reiches Material vorliegt, übergangen werden soll, um die wesentlichen Tatsachen scharf hervortreten zu lassen.

Die russische Revolution hat die Polen nicht überrascht. Schon

seit 1886 hat die unter den in der Schweiz lebenden Emigranten entstandene „Polnische Liga" das Programm formuliert, nach welchem heute gearbeitet wird. Es ist 1903 in Krakau, gleichsam offiziell, veröffentlicht worden. Der § 1 des Abschnitts I lautet: „Die Aufgabe der Liga ist die Vorbereitung und Konzentrierung aller nationalen Kräfte zur Herstellung der Unabhängigkeit Polens innerhalb der Grenzen, die vor den Teilungen bestanden, und zwar auf föderativer Grundlage, wobei die Aufmerksamkeit auch auf die Gebiete zu richten ist, die schon früher von Polen abgefallen sind.

Abschnitt II, § 15. Die „Zentralisation" (das führende Organ der Liga) hat alle Mittel zu ersinnen und vorzubereiten, die, wenn der Augenblick gekommen ist, für ein aktives nationales Hervortreten geeignet sind. Sie muß sich bemühen, Ereignisse, welche die Verteidigung der nationalen Interessen erleichtern, nicht nur vorauszusehen, sondern auch so weit möglich hervorzurufen.

§ 16. Wenn es sich als unmöglich erweisen sollte, alle Teile Polens auf einmal wieder zu einem politischen Ganzen zu vereinigen, so soll man sich bemühen, es nach Zeit und Umständen allmählich zu tun.

§ 17. Wenn nötig, sollen Gewalt und Drohungen zur Kräftigung und zur Verteidigung des polnischen Elements vor fremden Einflüssen gebraucht werden.

§ 18. In den Teilungsstaaten, in denen die Polen am politischen Leben teilnehmen, sollen sie sich den Parteien verbünden, die uns gewisse politische oder materielle Vorteile garantieren, in den anderen werden sie die revolutionären Kräfte unterstützen, die auf eine Wandlung oder einen Umsturz der Regierungen hinarbeiten.

§ 19. Eine der wichtigsten Aufgaben der „Zentralisation" wird es sein, dafür zu sorgen, daß, wenn ein Krieg zwischen den Teilungsmächten ausbricht, Polen eine Stimme hat und seine Rolle vorher festgesetzt ist. Deshalb wird die „Zentralisation" ein Projekt und Pläne für die administrative und militärische Organisation bereit haben. Die Kadres müssen vorher vorhanden sein und unter Leitung von Provinzialkomitees arbeiten.

§ 25. Obgleich die „Zentralisation" vor allem revolutionäre Ziele verfolgt, wird sie nicht unterlassen, ihren ganzen Einfluß daran zu setzen, um die Bildung, das Gedeihen und überhaupt die nationalen Kräfte in sozialer und ökonomischer Hinsicht zu heben.

Dieses Programm ist im Jahre 1903 noch dahin erweitert worden, daß die römisch-katholische Kirche für eine nationale Institution erklärt wurde, die gegen alle äußeren Feinde und gegen alle „antinationalen Elemente im Lande" verteidigt werden solle.

Der Ausbruch des russisch-japanischen Krieges belebte die Hoffnungen der Nationaldemokraten (N. D.) ganz außerordentlich. Sie haben in der Hauptsache die kommende Entwicklung ganz richtig vorausgesehen. Schon im Februar 1904 erschien ein Aufruf der „Liga", in dem es unter anderem heißt: „Dieser Krieg wird die innere Krisis beschleunigen und den Zeitpunkt der politischen Umgestaltung des Reiches näher bringen. Der schwere Kampf im Osten wird Rußland nötigen, seine Politik den geknechteten Völkerschaften und speziell uns gegenüber zu ändern. Rußland wird mit uns rechnen müssen. Dann aber wird das Schicksal der nächsten polnischen Generationen von unserer politischen Reife, unserer Entschlossenheit und Energie, und von der Einigkeit in unseren nationalen Reihen, abhängen."

So hat man denn versucht, zugleich vorsichtig und ohne der Zukunft etwas zu vergeben, die russische Tragödie auszunützen.

Der erste Schritt war ein Memoire, welches Graf Wladislas Tyszkiewicz am 23. Dezember 1904 dem Fürsten Swjätopolk Mirsky überbrachte. Der Inhalt war verhältnismäßig bescheiden: das Polnische als Sprache für Unterricht, Justiz und Verwaltung, Zugang zu den Staatsämtern, Selbstverwaltung in Stadt und Land, Religionsfreiheit für die Unierten, und volle Freiheit für die katholische Kirche. Parallel damit aber ging ein anderes für die Polen allein bestimmtes Programm, das die Herstellung der politischen Organisation forderte, die Alexander I. dem Zartum Polen verliehen hatte, und zugleich für die Rechte der Polen in Kleinrußland, der Ukraine und in Litauen eintrat. Also, einen polnischen Reichstag, eine national polnische Armee und ausschließlich polnische Verwaltung!

Als dann die Petersburger Ereignisse vom 22. Januar 1905 die wirkliche russische Revolution ins Leben riefen, brach in Polen zunächst ein Arbeiterausstand aus. Über 600000 Arbeiter stellten plötzlich, mit Warschau und Lodz beginnend, aber bald mit ihrer Organisation das ganze Land umfassend, die Arbeit ein. Damit tritt die Partei polnischer Sozialisten (P. P. S.) auf den politischen

Schauplatz. Sie forderten eine polnische Konstituante, die dann als Macht zu Macht mit der russischen Konstituante in Verhandlung treten und zur Republik führen sollte. Die politische Forderung erwies sich jedoch bald als unausführbar, auch der Ausstand ließ sich nicht auf die Dauer behaupten, aber es wurde daraus ein hartnäckiger ökonomischer Kampf, der noch bis zur Stunde fortdauert und in seinen Folgeerscheinungen zu einem scharfen Gegensatz zwischen Nationaldemokraten und Sozialisten führte, während andererseits die von der Regierung gegen die Arbeiter ergriffenen Repressivmaßregeln zu terroristischen Attentaten führten. Um diese Zeit (Frühjahr 1905) hat man es auch mit dem ersten großen Schulstreik versucht. Gegen 80 p. c. der Schulkinder erklärten, nicht eher die Schule besuchen zu wollen, bis das Polnische als Unterrichtssprache eingeführt sei. Die höheren Lehranstalten wurden sämtlich geschlossen und trotz der Zugeständnisse, die seither von der russischen Regierung gemacht worden sind, ist die Stimmung die gleiche geblieben. Im wesentlichen können die Volksschulen und Mittelschulen in Russisch-Polen heute als von den Polen erobert betrachtet werden. Noch größer war die Niederlage der Regierung in konfessioneller Beziehung. Als am 17./30. April die Gewissensfreiheit verkündigt wurde, traten fast sämtliche Unierte und zahlreiche Griechisch-Orthodoxe zur katholischen Kirche über. Alles, was die griechische Kirche seit den Tagen Nikolaus I. an „Seelen" erobert hatte, ist ihr in wenigen Monaten und für immer verloren gegangen. Mit dem Fortschreiten der Revolution wuchsen aber auch die Ansprüche der N. D. Sie baten nicht mehr, sondern forderten, und ihr politisches Programm näherte sich dem ursprünglichen Programm der P. P. S., nur wollten sie nicht die sozialistische, sondern die nationale Republik, während sie, je länger je mehr, die sozialen Forderungen ablehnten. Das Minimum lautete jetzt: Autonomie des Zartums Polen und eine konstituierende polnische Nationalversammlung. Das Endziel sollte die volle politische Selbständigkeit sein. Die Antwort der russischen Regierung darauf war die Einführung des Kriegszustandes in allen zehn polnischen Gouvernements. Wir erinnern uns, wie wenig dadurch erreicht wurde, wie vielmehr die sozialistische Propaganda weiter um sich griff und mit der anarchistischen Bewegung des „Bund" verschmolz, so daß dem Kampf gegen die Regierung ein Klassenkampf parallel ging, der mit fast

derselben Erbitterung geführt wurde und die National-Demokraten (N. D.) nicht wenig beunruhigte. Die N. D. gaben, um diese Strömung zu bekämpfen, die Parole aus, daß die P. P. S. den moskowitischen Sozialisten zu Dienst ständen. Sie gründeten einen „nationalen Arbeiterverein", gaben eine antisozialistische illegale Zeitung „Pochodnia" (Die Fackel) heraus und erreichten wirklich, daß, als nach dem Manifest vom 17./30. Oktober 1905, nach einigen Monaten allgemeinen Taumels, die Wahlen zur Duma stattfanden, nur Nationaldemokraten gewählt wurden. Während die Duma tagte, haben sie ungemein geschickt operiert, und alle Resolutionen abgelehnt, die dem besonderen Vorteil der Polen widersprachen. So ist von ihnen das Agrarprogramm der Kadetten bekämpft worden, und auch an der Demonstration von Wiborg hat unseres Wissens keiner von ihnen teilgenommen. Sie haben, um es kurz zu sagen, gearbeitet nach dem Programm der „Polnischen Liga" von 1886 und sind von ihrer „Konzentration" folgerichtig geführt worden. Seit Stolypin am Ruder ist, ist in Petersburg das System des Zurückweichens vor den nationalen Forderungen der Polen eingestellt worden. Der Versuch, die Universität Warschau zu polonisieren, ist den N. D. mißglückt, aber noch ist man in den Kreisen ihrer Führer weit davon entfernt, das Spiel verloren zu geben. Die Hoffnungen richten sich auf die neue Duma, für welche die Wahlen für Ende Februar 1907 ausgeschrieben sind. Da aber dieses Mal die polnischen Sozialdemokraten, die die erste Duma boykottierten, an den Wahlen teilnehmen werden, werden nicht nur die N. D. allein, sondern auch die zu den russischen Extremen stehenden polnischen Sozialisten vertreten sein, und das gibt ein neues Bild, aber gewiß kein besseres.

Soll daraus ein Schluß auf die Rückwirkung gezogen werden, welche der Fortgang der russischen, und der mit ihr äußerlich verschmelzenden polnischen Revolution, auf unsere Polen haben wird, so läßt sich nur vor der Illusion warnen, als werde die Erregung und die Agitation abflauen. Viel mehr haben wir eine Steigerung zu erwarten und damit zu rechnen, daß noch Jahre hingehen werden, ehe in Rußland wirklich geordnete und sichere staatliche Zustände eintreten können. Alle Anzeichen sprechen dafür, daß die zweite russische Duma nicht besser sein wird als die erste. Trotz der großen Verdienste, die Stolypin sich um Rußland erworben hat, ist nur sehr

äußerlich ein Schein von Besserung in dem politischen Denken der Nation eingetreten, das liegt in der Natur der russischen Verhältnisse. Gewachsen aber ist die Erbitterung, und wenn die Macht in die Hände derjenigen fällt, die heute ergrimmt beiseite stehen, ist das allerschlimmste zu erwarten.

Von auswärtigen politischen Aktionen Rußlands kann unter diesen Umständen nicht die Rede sein. Und deshalb glauben wir auch nicht, daß ein russisch-japanischer Krieg zu erwarten ist. Rußland wird nachgeben müssen, und im Grunde sind die Objekte, um die es sich handelt, auch einen Krieg nicht wert. Man wird sich sagen können, daß die Revanche der Zukunft vorbehalten bleibt, und da sind die Aussichten Rußlands, wenn es sich wiedergefunden hat, so ungünstig nicht. Rußland drängt mit seiner Masse von West nach Ost, und wird früher oder später Japan aufs Meer zurückwerfen; denn Ostsibirien kann heute nicht mehr auf die Dauer von der See her kolonisiert werden. Nur eine langsam vordringende chinesische Völkerwelle kann den Russen auf diesem Boden dauernd gefährlich werden.

Ebensowenig wie an den russisch-japanischen, glauben wir an einen japanisch-amerikanischen Krieg. Auch hier ist das Objekt, die kalifornische Schulfrage, den Einsatz nicht wert. Was aber die unzweifelhaft für Japan vorhandene Möglichkeit betrifft, sich Hawais und der Philippinen zu bemächtigen, so trauen wir den Japanern nicht zu, daß sie unklug genug sein könnten, sich die dauernde Feindschaft Amerikas zuzuziehen. Sie würde, sobald erst einmal der Panamakanal fertig ist, zu einer furchtbaren Abrechnung führen. Andererseits scheint es uns undenkbar, daß England in dessen Hand es liegt, solche Anschläge zu machen — seinem japanischen Alliierten gestatten sollte, über den amerikanischen Vetter herzufallen. Daran ist wohl nicht zu denken, und damit ist auch alles Kriegsgerede widerlegt.

Völlig mit ihren inneren Angelegenheiten sind Frankreich und England beschäftigt. In Frankreich wird noch immer der Kampf mit der katholischen Kirche erbittert weitergeführt und zunächst können wir das Ende nicht absehen. Nebenher ist Frankreich von seinen ungeheuer ausgedehnten Geldgeschäften in Anspruch genommen, die des Friedens bedürfen, wenn sie vorteilhaft bleiben sollen. Es ist doch eine merkwürdige Tatsache, daß das sozialistische Frankreich die

Macht ist, welche die ausgedehntesten Geldgeschäfte betreibt. Ungeheuere Kapitalien werden gegen gute Zinsen in alle Welt hinaus verliehen. Nächst den Zinsen der russischen Milliarden liegen fast alle spanischen Werte in Paris; Serbien, Griechenland, Rumänien, die Türkei, Siam usw. sind Frankreich verschuldet, und nebenher versorgt Frankreich die gesamte galante und elegante Welt, zumal der lateinischen und slavischen Rasse, mit dem, was sich unter dem Kollektivbegriff „dessous“ zusammenfassen läßt. Ganz abgesehen davon, daß ein unermeßlicher Strom von Vergnügungssüchtigen alljährlich nach Frankreich strömt, um dort den Überfluß anzubringen, den gute Geschäfte eingebracht haben. In Bukarest wie in Rio de Janeiro kann man den Ertrag der Ernte nach der Zahl der Reisenden schätzen, die zur Saison nach Paris reisen. Wo so mit vollen Händen verdient und verjubelt wird, werden kriegerische Verwicklungen nicht gesucht. Man geht auf Assekuranzen aus, nicht auf Abenteuer. Was aber England betrifft, so ist auch dort die Aufmerksamkeit heute vornehmlich inneren Problemen zugewandt. Nach wie vor ist England der Bankier der Welt und sein Reichtum im Wachsen, nicht in der Abnahme, wie denn immer deutlicher zutage tritt, daß Chamberlains Schreckgespenst von der deutschen Konkurrenz durch die Tatsachen widerlegt wird. Noch kürzlich konstatierte eines der führenden englischen Blätter, daß die Handelsbilanz des letzten Jahres über alle Erwartung günstig ausgefallen sei. Die Welt ist eben sehr weit, und bei dem Prinzip der offenen Tür, das immer mehr Ansehen und Geltung gewinnt, findet England offenbar einen so sicheren Vorteil, daß das ungeheuere Experiment der Chamberlainschen angelsächsischen Zollföderation niemanden mehr lockt. Mit diesem besonderen Chamberlainschen Imperialismus aber muß auch die verhetzende Politik gegen die angeblichen und wirklichen Konkurrenten fallen. Ist es heute noch nicht so weit, so muß es einmal doch dahin kommen. Ganz zu Fall gebracht ist die südafrikanische Politik Chamberlains. Transvaal hat eine Verfassung als Kolonie mit verantwortlicher eigener Regierung erhalten, und wenn dabei noch einige Übergangsstadien vorgesehen sind, die der völligen Gleichstellung mit den älteren Kolonien Kanada, Australien usw. vorausgehen sollen, so läßt sich das nur billigen. Nach einigen Monaten soll auch die Oranje-Kolonie ihre Verfassung erhalten — so daß das liberale Kabinett allerdings

alles, was an ihm lag, getan hat, um die Wunden des Burenkrieges zu heilen. In England selbst aber ist über die Schulfrage ein erbitterter Kampf zwischen Oberhaus und Unterhaus, und das bedeutet, zwischen der am 2. Dezember 1905 unterlegenen konservativen Partei und dem regierenden Kabinett, zum Ausbruch gekommen. Eine ganze Reihe bedeutsamer Zukunftsfragen steht damit im Zusammenhang: darunter auch das schwierige irische Problem, an dem schon so oft die liberalen Führer sich versucht haben. Es ist nicht unmöglich, daß jetzt eine Lösung gefunden wird, die zu einem längeren Stillstande führt, und zu einem wirklichen Frieden hinüberleiten kann. So finden wir England durchaus mit seinen eigenen Angelegenheiten beschäftigt. In Asien aber hat es die Möglichkeit, friedlich die Konsequenzen aus der neuen Stellung zu ziehen, die ihm die Erfolge Japans gebracht haben: in Tibet, Afghanistan, Persien. Endlich kommen noch die Aufgaben hinzu, die der Ausbau der englischen Stellung im oberen Nil und sonst in Mittelafrika stellt. Haben sie doch eben erst eine Eisenbahn vom Nil zur Somaliküste fertiggestellt, ohne daß auch nur ein Wort im Parlament darüber verloren worden wäre.

Es ist recht beschämend, von dort den Blick auf die Haltung unseres Parlaments in Fragen kolonialer Politik zu werfen!

Nun, wir stehen vor den Wahlen und hoffen, daß sie uns eine national gesinnte Mehrheit für das Jahr 1907 bringen. Wir stehen bald an seiner Schwelle. So mag es der deutschen Nation ein Jahr des Gedeihens werden, wachsender nationaler Kraft, nationaler Einsicht und nationaler Opferwilligkeit!

Sachregister.

(Die Ziffern bedeuten die Seiten.)

A.

Abbas Pascha, Khedive 171.
Abdul Hamid, Sultan 264. 390.
— Regierungsjubiläum 248.
Abessinien 162.
— englisch-französisch-italienisches Abkommen 402.
— und Italien 379.
Abukir 11.
Adam, Fred. Upham 259.
Aden 233.
Adria 379.
— und Italien 380.
— österreichische Flottenmanöver 274.
Afghanistan 254.
— und England 345. 421.
— englischer Einfluß 348.
Afrika 154. 404.
— Berber 324.
— englische Untertanen 94.
— europäische Kolonien 182.
Islam 324.
— Nordafrika 101. 255. 323. 378.
— — Frankreichs Politik 281.
— — französische Herrschaft 56.
— — französische Kolonisation 280.
Kabylen 304.
— — panislamitische Bewegung 335.
— — Teilung 273.
— Ostafrika 109.
— — Aufstand 2. 89. 98.
— — und Japan 3.
— — Kämpfe 220.
— — Rebellenhäuptlinge 155.
— Südafrika 123. 224.
— — äthiopische Bewegung 199.
— — Chamberlains Politik 420.
— — Chinesen 198.
— — chinesische Kulis 14.
— — und England 77. 271.
— — englisches 6.
Afrika, Südafrika, englische Verwaltung 199.
— — Hüttensteuer 198.
— — Judenauswanderung 225.
— — Kaffern und Asiaten 224.
— — Kaffernaufstand 225.
— — Kaffernkrieg 198.
Krieg (s. auch Burenkrieg) 301.
— — Republik 225.
— — wirtschaftliche Depression 344.
— Südwestafrika 182. 271.
— — Aufstand 2.
— — Hottentotten 196.
— — Kämpfe 220.
— — Truppen 402.
— — Verluste, deutsche 119. 301.
„Agence Havas" 122.
Agra, Emir in 345.
Ägypten 60. 161. 170. 171. 255. 408. 413.
— England 170. 281. 283.
— — Besetzung durch England 246.
— — Politik 246.
— — Truppen 154.
— — Wirtschaftssystem 255.
— Erregung 358.
— Gerichte 161.
— Pilger 390.
— und Syrien 171.
— türkische Grenze 135.
— — Grenzstreit 142.
Aehrenthal, Baron 321. 337.
— in Berlin 340. 360.
Akaba 154. 161. 188.
— Eisenbahn 170.
— Hafen 171.
Akaba-Maan, Eisenbahn 390.
Akashi, japanischer Gesandter in Petersburg 305.
Akimow 194.
Aladin, russischer Deputierter 204. 206. 209. 236.

Albaner 134.
— in Mazedonien 379.
Albanien und Italien 379.
und Öſterreich-Ungarn 380.
Albrecht, Prinz von Preußen 270.
Alexander I. von Rußland 137. 218. 416.
Alexander II. von Rußland 126. 164. 166. 213.
Alexander III. von Rußland 103. 125. 164. 165. 166. 168.
Alexander von Serbien 153. 275.
Alexandria 161.
Alexandrowsk 240.
Alfons von Spanien 213.
— Trauung 210.
Algeciras 110.
Akte 392.
— Berichte 36.
Beſchlüſſe, Proteſt Bu-Hamaras 98.
— und Deutſchland 409.
— Frankreich und Deutſchland 119.
— Konferenz 10. 11. 19. 34. 55. 66. 68. 73. 80. 100. 111. 179. 180. 280. 281. 282. 346.
— Polizeiorganiſation 109.
— ruſſiſche Aktion 117.
— Vereinbarungen 357. 378. 390.
Algier 56. 59. 60. 119. 120. 372. 404.
— und Frankreich 56.
— Generalgouverneur 98.
Unruhen 304.
Ali Paſcha, Großſcherif von Mekka 390.
„Allgemeine Zeitung“ 336.
Altaibezirk Kabinettländereien 290. 308.
Amerika 73. 75. 125. 145.
und China 77.
— Chineſen 395.
— und Deutſchland 331.
Handelsbeziehungen 382.
— engliſche Untertanen 94.
— Franzoſen 395.
und Japan 387. 419.
— Japaner 395.
— — Bürgerrecht 396.
— — Naturaliſation 394.
— Indianer 395.
— Italiener 395.
Kongreß 394.
— und Kuba 289. 317.
Kubaner 395.
— Lateiner 395.
— Latin America 260.
Amerika und Marokko 41.
— Mittelamerika, Revolutionäre 257.
— Monroedoktrin 256.
— Panamerikaniſche Bahn 256.
— Panamerikaniſche Idee 260.
— Panamerikaniſcher Kongreß 145. 248. 256.
Peruaner 395.
— Philippinos 395.
— Preſſe 334.
— Raſſenkonflikte 395.
— und ruſſiſche Judenfrage 395.
— Sozialpolitik 89.
— Spanier 395.
— ſpaniſch-amerikaniſche Kolonien 257.
— ſpaniſcher Krieg 301. 394.
— Südamerika 145. 256. 272.
Dragodoktrin 256.
— Vereinigte Staaten 52. 112. 129. 210. 225. 231.
— — und Ägypten 161.
— — Armee 76.
— — und de Caſtro 76.
— — und China 332.
— — Demokraten und Republikaner 256.
— — und Deutſchland 2.
— — Eiſenbahnweſen 76.
— — Flotte 11.
— — Großunternehmertum 76.
— — Handelsbeziehungen 257.
— — und Hawai 4.
— — und Japan 125. 233. 332. 349.
— — jüdiſche Einwanderer aus Rußland 94.
— — und Korea 262.
— — und Kuba 258. 259. 275. 276.
Geldmächte und Kuba 298.
Miniſterrat betreffs Kuba 275.
— — und Philippinen 4.
— — Politik 332.
Präſidentenwahl 256. 259.
— — und ruſſiſche Anleihe 117.
— — und San Domingo 51. 52.
Seemacht 76.
Senat 76.
— — ſpaniſcher Krieg 231. 232.
— — und Südſee 4.
Zollunion 15.
Amphitheatrow, Journaliſt 266.
Amſterdam 11.
Anarchismus 230.
Anarchiſten 210.
Andraſſy 46. 379.

André, französischer General 5. 411.
Andrejew 138.
Anikin, Dumamitglied 236.
Anna, Königin von England 312.
„Annales coloniales“ 9. 12.
Antonius, Metropolit von Petersburg 365.
Antwerpen 11.
Anzer, Bischof 24.
Apponyi, ungarischer Unterrichts-Minister 336.
Arabien, Aufstand 124.
Eroberung durch England 408.
Arabische Halbinsel 264.
Archdeakon 59. 60.
Argentinien 225. 256. 260.
Armenier 407.
Armenische Wirren 264.
Arfila 348.
— französische Kriegsschiffe 346.
— Ordnung 346.
Artamonow, russischer General 113.
Asien 404. 407.
— und England 421.
— englisches Prestige 326.
— französisch-russisches Bündnis 326.
für die Asiaten 410.
— Japans Aufsteigen 263.
— Irredentismus 411.
— Ostasien 124. 125.
— — und England 144.
— — Rußlands Stellung 393.
Solidarität 233.
Völker, ost und mittelasiatische 284.
— — südasiatische 254.
Astor, J. D. 257.
Atalanta 355.
— Exzesse 298.
Lynchung von Negern 280.
Atanatzkowitsch, serbischer General 153.
Athen 274.
Äthiopismus 154.
Atkarsk, Plünderung 201.
Auerstädt, Denkmalenthüllung 311.
Gedenkfeier 316.
Auler Pascha 390.
„Aurore“ 92.
Australien 15. 224. 225. 420.
— englische Untertanen 94.
— Sozialisten 344.
Aveburv, Lord 20.
Aynard 98.

B.

Bacon, amerikanischer Minister 270. 275. 276. 305.
Baden 313.
— Großherzog, 80. Geburtstag 259.
— — Jubiläum 248.
— — Silberhochzeit 280.
Bagdad 357.
Bailey, Senator für Texas 260.
Bakunin 138. 210. 212.
Balfour, englischer Minister 46. 49. 63. 67. 93. 135. 231.
— Rücktritt 5.
Balkan 222. 254. 300. 316.
— griechische Banden 390.
— italienische Politik 274.
— Krisis 62.
— Kuzzo-Walachen 390.
westbalkanisches Problem 379.
Balkanhalbinsel 123. 154. 378.
Balkanstaaten 21.
— Konflikt 378.
Verwirrung 134.
Zollverein 132.
Balten 161.
Baltische Provinzen 32. 44. 64. 227. 339.
— Anarchisten 243.
— Banditenwesen 318.
— Flotte 305.
— Jacquerie 268.
— Mord und Raub 276.
— Morde 228. 238.
— Pastoren, Ermordung 277.
— Räuberbanden 151.
— Revolution 150. 294. 295.
— Revolutionäre 186.
— staatliche Autorität 254.
— Staatsanwälte und Richter 160.
— Truppen 107.
— Wahlen 131.
— Zustände 366.
Baltisches Meer 407.
„Baltische Tageszeitung“ 292. 293.
Bancroft, George 331.
Banerjee, S. N. 263. 283.
Barakatellah, Mohammed 263.
Baravageon, franz. Senator 98.
Barbier, Brigadegeneral, Ermordung 281.
Bardoux, Jaques 282. 283.
Barrès, Maurice 99.
Bassermann, Abgeordneter 340. 341. 342. 343. 344. 345. 348.

Bastable, C. J., Professor 15.
Baulig, H. 356.
Bayern 313. 314.
Bebel, Abgeordneter 128. 239. 292. 372. 387. 402. 405.
und Bülow 129.
— und russische Revolution 7.
Bechtejew, Mitglied des russischen Reichsrats 205.
v. Beck, österreichischer Minister 214. 222.
Beduinen, Aufstand 93.
Belgien 74. 244. 272. 313.
— und Ägypten 161.
— und Frankreich 244.
— und Kongostaat 402. 403.
— und Rußlands Finanzen 116.
Bengalen 263. 406.
Berber, moslemische 274. 316.
Berchem, Graf 129.
Berditschew, Judenhaß 237.
Berlin 291.
Kongreß für Funkentelegraphie 290.
König von Dänemark 380.
- russische Emigranten 291.
— russische Kolonie 319.
— Sozialrevolutionäre 319.
— Warnung aus Petersburg 100.
Berliner Kongreß 22. 379.
„Berliner Tageblatt" 55. 129. 140. 220.
„Berliner Zeitung" 286.
Besobrasow, russ. General 82. 88.
Bialystok 240. 243. 277.
Bombenattentate 192.
— jüd.-revolutionäre Bewegung 237.
Morde 192. 363.
— polnische Partei 369.
Pogrom 230. 363.
— Sozialdemokraten 367.
Bielenstein, Dr. 33.
Billy, Preßleiter des französischen Auswärtigen Amtes 55.
Billot, A. 380.
Bilma, Oase 379.
französische Kamelreiterei 273.
Okkupation 273.
Vorgehen 281.
und Italien 274.
Birrel, Bill 142.
Bismarck, Fürst 13. 207. 244. 245. 311. 379. 408.
— und England 247.
und Frankreich 246.
„Blackwoods Magazine" 282.
Blennerhassset 301.
Bloemfontein 199.
Blunsen, Paul 299.
Boechâpe 92.
Bogolepow, russischer Minister 105.
Böhmen 134.
Bolivia 260.
Bombay 264.
— türkischer Konsul 233.
Boni de Castellane 57.
La Boninière de Beaumont, französischer Admiral 406.
Borlischa, Sophie 249.
Borodnit, Unteroffizier, Tiedlez Ermordung 286.
„Börsenzeitung" 252.
Boulanger, General 345. 373.
Boulogne 411.
Bourgeois, französischer Minister 92. 334. 372.
de Boutscha, Wanda 155.
„Bouvet", franz. Kriegsschiff 325.
Brasilien 257. 260.
Braunschweig 312.
— Regent, Tod 270.
— Regentschaftsfrage 311.
— Thronfolge 413.
Brest-Litowsk, Attentate 192.
Bretagne, Aufstand 101.
— englische Truppen 411.
Briand, französischer Minister 92. 357. 372.
Brisson, französischer Kammerpräsident 210.
Bryan, amerik. Präsidentschafts-Kandidat 248. 256. 260. 298.
Bu Hamara 98.
Bukarest 420.
Bülow, Fürst 2. 101. 128. 221. 248. 311. 342. 350. 379. 382. 402. 404.
und Bebel 129.
Erkrankung 127.
— in Norderney 230.
Bulgaren 134. 223.
— und Griechen 254. 274.
— in Mazedonien 265. 379.
Bulgarien 43. 123. 142. 275. 316.
— Komitee 22.
Frage 55.
— Freischärler 21.
— Großbulgarien 380.
Propaganda 21.
serbische Zollunion 9. 21. 36. 153.
„Bund", Bern 105.
Bunge, russischer Minister 168.

Burenkrieg 50. 135. 198. 224. 421.
Burgeß, Professor 330. 331.
„Byloje“ 249. 319.
Byſtander, A. 230.

C.

Calais 411.
Campbell Bannerman, 5. 14. 41. 189. 302. 303. 345. 357. 397.
— Miniſterium 231.
— Rede auf die Duma 248.
Cancrin, ruſſiſcher Miniſter 168.
Caprivi, Graf 315.
Caracas 43.
Carnot, franzöſiſcher Präſident 213.
Caſablanca 120.
— Unruhen 280.
Caſſini, Graf 109.
de Caſtellane, Graf 346. 348.
de Caſtro, Präſident von Venezuela 35. 43. 51. 53. 76. 137. 145.
Chamberlain, engliſcher Staatsmann 14. 46. 47. 49. 50. 67. 78. 231. 303. 420.
— und Freihandel 50.
— Rede in Birmingham 223.
— Korreſpondent des „Sun“ 341.
Charkow, Bombenniederlagen 327.
— Bomben und Waffen 391.
Chatauqua 52.
Chatelier, Profeſſor 324.
Chee, L. H. 297.
Chefoo 389.
Chéradame 66. 108.
Cherſon, Agrarunruhen 36.
Chicago 225.
— Schmutzwirtſchaft 232.
Chile 256. 260.
China 76. 112. 205. 351.
— und Amerika 77.
— Armee 284.
— Boxeraufſtand 394.
— Disziplinierung 254.
— Eiſenbahnen 284.
— Eiſenbahnkonzeſſionen 332.
— Emanzipation 144.
— europäiſche Kultur 145.
— fremdenfeindliche Bewegung 77.
— und Formoſa 262.
— Gouverneure 297.
— Häfen 284.
— Handel 144.
— und Japan 124. 144. 263. 284. 325.
China, japaniſcher Krieg 124.
— japaniſcher Einfluß 326.
— Integrität 125.
— Kabinett 297.
— Mandſchus und Chineſen 285.
— Militärorganiſation 145.
— Mobiliſierung 4.
— Opiumhandel 284.
— Parlament 284.
— Provinzial-Parlamente 297.
— Provinzial-Vizekönige 297.
— Reformbeſtrebungen 284.
— Reformbewegung 263. 297. 345.
— ruſſiſches Bündnis 145.
— und Rußland 144.
— Staatsrat 297.
— Straßen 284.
— Studienkommiſſion 109. 297.
— und tibetaniſcher Vertrag 163.
— ſüdliches, Unruhen 71.
— und Vereinigte Staaten 332.
— Wahlrecht 297.
— Zolldienſt 284.
Chlumecky, Leopold von 397. 380.
Chodski, Duma-Kandidat 149.
Cholm, Ermordung eines Gendarmerie-Oberſt 192.
Chriſtian IX, König von Dänemark 36. 45. 63.
Churchill, engliſcher Staatsſekretär 135.
Chwoſchtſchenko, Kanzleidirektor, Ermordung 286.
Cisleithanien 213.
Clemenceau, franzöſiſcher Miniſter 92. 109. 143. 152. 157. 169. 239. 240. 299. 322. 323. 334. 345. 348. 357. 371. 372. 373. 376. 377. 405. 410. 412.
— Diktatur 410.
— Kabinettbildung 321.
— Miniſterium 341.
— Programmrede 340.
„Cleveland“, amerikaniſches Kriegsſchiff 276.
Columbia 260.
— Einwanderung von Japanern 262.
— Staatsſchuld 261.
Combes 5. 23. 91. 102. 123. 335. 337.
Compagnie Marocaine 98.
Cornelius, Führer der Bethanier 86.
Corti, Graf 379.
„Cosmopolitan“ 356.

Costa Rica 260.
— Staatsschuld 261.
Cotentin, englische Truppen 411.
Courrières, Katastrophe 89.
„Court Journal“ 312.
Crépin, Leutnant 273.
Cromer, Lord 154. 161. 162. 171. 234. 255. 358.
Cumberland, Herzog 311. 402.
Curtius, Friedrich 313.
Curzon, Lord 282.
Cylliakus, Nonni 306.
Cypern 408.
Czenstochau, Überfall eines Eisenbahnzuges 248.

D.

„Daily Mail“ 47.
Damaskus, Eisenbahn 390.
Dänemark und Ägypten 161.
König und Königin in Berlin 360. 380.
— Reichstagseröffnung 290.
Danilow, russischer General 113.
Dalny 158.
— Freihafen 254.
Darfur 60.
Delcassé, französischer Minister 2. 5. 9. 13. 40. 55. 56. 57. 58. 60. 62. 73. 91. 109. 119. 121. 128. 280. 281. 303. 326. 334. 341. 345. 347. 378. 409.
und Deutschland 60.
bei König Eduard 110.
v. Deimling, Oberst 197.
Dekanosi, Georg 306.
„Denver“, amerikanisches Kriegsschiff 276.
„Dépêche marocaine“ 98.
Dera, Eisenbahn 390.
Derkatschow, russischer Polizeimeister 237.
Dernburg, B., Kolonialdirektor 248. 371. 382.
Déroulède 334.
„Des Moines“, amerikanisches Kriegsschiff 276.
„Dessuir“, französischer Kreuzer 43.
„Deutsche Tageszeitung“ 40.
Deutschland 1. 15. 50. 54. 58. 60. 61. 89. 155. 222. 228. 244. 311. 313.
— afrikanische Kolonien 197.
— Agrarbanken 228.
— und Ägypten 161. 255.
Deutschland und Algeciras 409.
— und Amerika 146. 331.
— — Handelsbeziehungen 382.
— Anarchisten 210.
— Arbeiterstand 403.
— Beziehungen zu England 189. 200. 244.
— und Burenkrieg 54.
— Bürgermeister in England 189.
— und China 332.
— China und England 163.
— chinesische Studienkommission 144.
— und England 1. 61. 270. 271. 342. 373. 376. 407.
— und Englands ägyptische Politik 246.
— Flotte 11. 321. 343. 383.
— und Frankreich 11. 40. 69. 73. 100. 101. 272.
— — in Algeciras 119.
— — Verständigung 180.
— Gegner 321.
— Handel 383.
— Handelskonkurrenz 189.
— Handelsverträge 80.
— und Japan 332.
— Imperialismus 258.
und Islam 408.
— Isolierung 129. 179. 189.
Isolierungsversuche 373.
und Italien 146.
— italienisch-österreichische Beziehungen 335.
— jüdische Terroristen 291.
— Kanalvorlage 2.
— Katholiken 403.
— Koloniale Fragen 421.
— Kolonialpolitik 189. 403.
Kolonialverwaltung 2.
— Kolonialvorlage 382.
— Kolonien 198. 402.
— und Konferenz von Algeciras 341.
Krieg mit Frankreich 111.
Landmacht 190.
lettische Terroristen 291.
— Marine 189.
— marokkanische Frage 55.
— und Marokko 40. 59. 69. 90. 111. 121. 128.
Marokko und Frankreich 10.
— Marokkokonferenz 129.
— Maximalisten 291.
— Orientpolitik 2.
und Österreich-Ungarn 191. 221. 246.

Deutschland, österreichisches Bündnis 245.
— Parlament 421.
— Polen 402.
— Politik, auswärtige 340.
— Presse 122. 247.
— — und England 302.
— — und Frankreich 56.
Provinzialpresse 54.
— Reichstag 196. 198. 273.
— — Auflösung 402.
— — Vertagung 127.
— Rekonvertierung 273.
— und russische Anleihe 117. 129. 130.
— russische Emigranten 291.
— und russisch-japanischer Krieg 1.
— und russische Revolution 1.
— und Rußlands Finanzen 116.
— schwedischer Handelsvertrag 239.
— Seemacht 190.
— Sozialdemokraten 89.
— — im Reichstag 8.
— — und Rußland 140.
— Sozialdemokratie 414.
— — und russische Revolution 7.
Sozialpolitik 89.
— Staatssekretariat für die Kolonien 197.
— und Tripolis 142.
— und Türkei 2.
— Tunis und Italien 379.
— und Ungarn 135.
— und Vereinigte Staaten 2.
— Verständigung mit England 245.
— Wahlen 421.
— Wehrkraft 343.
— Welfen 402.
Djibuti—Addis Abeba, Eisenbahn 162.
Dicey, Edward 111.
Dilke, Charles, Sir 11.
Dinizulu, König von Zululand 77.
Disraeli 49. 231.
Doggerbankaffäre 301.
Dolgorukow, Paul, Fürst 152. 174.
Dominguez, Lopes 382.
Domorow, Morde 192.
Doumer, französischer Minister 5. 9. 34.
Dostojewski 139.
Dragodoktrin 256. 257. 260. 261.
Dreibund 1. 69. 120. 200. 220. 221. 336. 408.
— Krisis 180.
Dreyfusaffäre 410.
Dreyfusaffäre, Freisprechung 248.
— Prozeß 188.
Dreikaiserbund 245.
Drocourt, Dynamitanschlag 141.
Drumont, Edouard 99.
Dschidda—Mekka Eisenbahn 390.
Dubassow, russischer General 82, 106. 150. 168. 185.
— Attentat 169. 172.
Dubois, Inspektor, Ermordung 281.
Dubois, Kardinal 410.
Dumas, Mailand, Friedenskongreß 285.
Durand, Sir Henry 382.
Durnowo, russischer Minister 19. 27. 106. 116. 150. 168. 172. 176. 185. 194. 227.
„Dwadzaty wiek“ 155. 194.

E.

„Eastern World“ 123. 124. 144. 233.
„Eclaire“ 272.
„Economic Journal“ 15.
Edhem Pascha 233.
Eduard VII., König von England 63. 77. 109. 142. 259. 312. 336. 340. 344. 382.
— und Clemenceau 405.
— und Delcassé 110.
— und Deutschland 406.
Empfang der deutschen Bürgermeister 187.
— und Etienne 110.
— und Frankreich 406. 409.
— und der Katholizismus 405. 410.
— und Loubet 110.
— Machiavellismus 412.
— und Marokko 408.
— Mittelmeerfahrt 180.
— in Paris 80.
— und Rußland 407.
— und Wilhelm II. 341. 408.
Eightyklub in Pest 336.
Elisabeth, Großfürstin 185.
Elisabeth, Kaiserin von Österreich 213.
El Menebi, marokkanischer Kriegsminister 58.
Elsaß Lothringen 244.
„Empire Review“ 111.
England 2. 46. 155. 179. 225. 245. 404.
abessinisches Abkommen 402.

England, Abukir 11.
— Adreſſe an die Duma 409.
— in Ägypten 170. 246. 255. 281. 283.
— Angelegenheiten 246.
— Frage 161.
— Gerichte 161.
— und Afghaniſtan 345. 348. 421.
— afrikaniſcher Krieg 48.
— Agrarfrage 78.
— und Akaba 161.
— Anarchiſten 211.
arabiſche Angelegenheiten 93.
— Armee 270. 302.
und Aſien 407. 421.
aſiatiſche Politik 3.
— auswärtige Politik 68.
und Beduinenaufſtand 93.
Beziehungen zu Deutſchland 189. 244.
— und die Buren 41.
Chamberlain Balfour-Preſſe 135.
— Chamberlains Politik 42.
— chineſiſcher Handel 144.
— chineſiſche Kulis 41.
und Deutſchland 1. 35. 61. 271. 342. 373. 407.
— deutſche Bürgermeiſter 189. 243.
— und die deutſche Flotte 344.
— Deutſchenhaß 321.
— Duma Beglückwünſchung 320.
— Education Bill 413.
Eiſenbahner 303.
— Feind der Mohammedaner und Hindus 284.
— Finanz 147.
— Flotte 1. 302.
— Manöver 12.
— — in der Oſtſee 189.
— — in Petersburg 219.
— Flottenplan 3.
— und Frankreich 11. 60. 61. 111. 246. 271. 348. 373. 410.
— Abkommen 57. 58. 59. 60. 303. 326.
— Krieg 409.
— Militärkonvention 271.
franzöſiſch engliſch japaniſches Bündnis 112.
franzöſiſch engliſch ruſſiſche Allianz 2. 172.
— Freihandel 48. 67.
— Fremdeneinwanderung 94.
Generalſtab 270.
— Grenzſtreit am Sinai 264.
England, Grubenarbeiter 303.
— Handel 189. 352. 353.
— — in Chaſſa 163.
— Handelsbilanz 420.
— Haus der Lords 344. 413.
— und Hannover 311.
— und die heiligen Stätten des Islam 233.
— Hochkirchler 143.
— Homerule 6. 14. 47. 68.
— Imperialismus 161.
— und Indien 233. 263. 282. 283. 327. 345. 407.
— innere Angelegenheiten 419.
— Inſelreich 190.
— und Japan 145. 352. 381. 419.
— — Bündnis 2. 3. 125. 144. 233. 326. 340. 350. 410.
— und Japans Sieg über Rußland 326.
— und Irland 68.
— Kabinett 135. 198.
— Kabinett Balfour 224.
— und Kanada 16.
— Katholiken 143.
— Kolonien 94. 190. 344. 403.
— Kolonialfrage 77.
— Kolonialpolitik 273.
— Kolonialreich 190.
Konkurrenz, deutſche 189.
— Konſervative 49.
— Konvention, franzöſiſch engliſche, von 1899. 273.
— und Korea 389.
— Kriegskonvention mit Frankreich 109.
— Landwirtſchaft 78.
— Liberale 6. 34. 41. 46. 49. 143. 303.
— liberale Ära 67.
— liberales Kabinett 14. 109. 111. 189. 223. 420.
— Marine 271.
— und Marokko 10. 74.
— — Abkommen 119.
— — Konferenz 129.
— und mazedoniſche Frage 3.
— Militärreform 93.
Militärkonvention, engliſch franzöſiſche 302. 341. 371. 374. 376.
— Miniſterium 5. 93.
— und Mittelmeer 60.
mohammedaniſche Truppen 284.
— Oberhaus und Unterhaus 421.
— und Öſterreich 247.

England und Oranjekolonie 77.
— und Oſtaſien 144.
— Parlament 63. 142. 223. 244. 344.
— — Auflöſung 9.
— — Eröffnung 67. 77.
— Parlamentarismus 89.
— und Perſien 345. 421.
— und Perſiſcher Golf 407.
— Politik, auswärtige 9. 17.
politiſche Mörder 290.
— Preſſe 100. 135. 142. 146 189. 299.
— und Preußen 244.
— Religionsunterricht 143.
— und Rußland 130. 147. 246. 271. 345. 348.
und Rußlands Finanzen 116.
ruſſiſches Abkommen 189.
— und ruſſiſche Anleihe 117. 130. 141.
— und ruſſiſche Revolution 305. 407.
— Schulfrage 421.
— Seemacht 190.
— und Serbien 153. 248.
— Sinai-Grenzſtreit 264.
— Sozialiſten 337. 344.
Sozialdemokratie 303.
— Sozialpolitik 89.
— Sozialreform 68.
— und Südafrika 77. 123. 271.
— Politik 93.
— und Tana 161.
— und Tibet 345. 348. 421.
tibetaniſcher Vertrag 163.
— Trade Unions 303.
— Trafalgar 11.
— und Transvaal 41. 42. 68. 77.
— Tunnel nach Frankreich 162.
— und Türkei 169. 170. 171.
— — Differenzen 154. 304.
— — Ultimatum 181.
— Unioniſten 34. 49. 67.
— Unterhaus 46. 344. 413.
Verſtändigung mit Deutſchland 245.
Verſtändigung, ruſſiſch-engliſche 233.
Verwaltung 344.
— Volkszählung 93.
— Wahlen 14. 19. 34. 41.
— Weißbuch 22.
und Wilhelm II. 302.
Equador 260.
Erzberger 402. 404.
Eſten 45. 64.
Eſtland, griechiſche Kirche 79.
— Revolution 17.
D'Eſtournelles, franzöſiſcher Abgeordneter 56.
Etienne, franzöſiſcher Miniſter 58. 92. 98.
— Reiſe nach London 109. 110.
Eulenburg, Fürſt Philipp 343.
Europa 57. 125. 132. 223. 378.
— und islamitiſche Staaten 280.
— Lage 341.
— monarchiſche Tradition 73.
— ruſſiſche Anarchiſten 291.
— Zukunft 100.
„Europe coloniale" 10. 40. 77. 100. 180.
„Evening Despatch" 42.
„Evening Journal" 356.
„Evening Poſt" 256. 261.
„Evening Sun" 304.

F.

Fallières, Präſident 19. 34. 63. 67. 68. 334. 410.
Faſchoda 12. 273. 301. 409.
Faure 157.
Fejervary 214.
Ferry, Jules 273. 379.
Ferdinand, Fürſt von Bulgarien 274.
Ferette, Henry 58. 60.
Ferreiras Einfall ins Kapland 350.
— Gefangennahme 360.
Fez 61. 281. 304.
Fidel, Camille 9.
„Figaro" 187. 346.
Figner, Wera 249.
Finnland 32. 65. 161.
— Duma-Kommiſſionen 236.
— Schulweſen 26.
— Sozialrevolutionäre 329.
Finnländer 150.
Fiſk, George, Profeſſor 14.
Fitz-Maurice, Lord 243. 244. 245. 246. 247.
Fiume, italieniſch-dalmatiniſche Zänkereien 274.
Flourens, Emile 405. 407. 409. 411.
Forbes, J. M. 231.
Formoſa und Japan 393.
— Pazifizierung 262.
Fortis, italieniſcher Miniſter 46.
Frankreich 50. 53. 89. 155. 179. 313. 316. 404. 409. 413.
abeſſiniſches Abkommen 402.
— und Afrika 324.
— afrikaniſche Schwierigkeiten 346.

Frankreich und Ägypten 161. 255.
— Algecirasakte 392.
— und Algier 56. 281.
— Alliance franco-russe 103. 377.
— Anleihe 58.
— Armee 169.
— Aufstände 101.
— Bankiers 83.
— und Belgien 244.
— Beutepolitik 98.
— und Bilma 273. 281.
— Bischöfe 273. 404.
— und deutsche Presse 56.
— und Deutschland 11. 40. 60. 73. 100. 101.
— — in Algeciras 119.
— — Verständigung 180.
— Dienstpflicht 123.
— Diktatur 373.
— Einkommensteuer 346.
— und England 60. 111. 246. 326. 348. 373. 410.
— — Abkommen 57. 58. 59. 60. 303. 326.
— — Krieg 409.
— — Militärkonvention 271.
— engl.-franz.-japan. Bündnis 112.
— engl.-franz.-russ. Allianz 172.
— englische Politik 372.
— Fallières Amtsantritt 67.
— Flotte 323. 325.
— Flottendemonstration vor Tanger 392.
— Generalmandat für Marokko 55. 56. 57.
— Generalstreik 188.
— Gewissensfreiheit 273.
— Gelbbuch 22.
— Handelsverkehr, franz.-schott. 303.
— Herausforderung Deutschlands 56.
— und Japan 326. 406.
— — Bündnis 110. 111.
— Jena und Auerstädt 316.
— innere Angelegenheiten 419.
— und der Islam 281.
— islamische Gebiete 274.
— Judentum 188.
— Kabinett 334. 335.
— — Demission 321.
— und die Kabylen 299.
— Kolonialpolitik 39.
— Kultgenossenschaften 273.
— Kamelreiterei in Bilma 273.
— Kammer 99. 299. 392.
— Katholizismus 101. 404.
Frankreich, Kirche 46. 109. 169.
— — und Staat 5. 22. 143.
— Kirchenfrieden 357.
— Kircheninventar 80. 101.
— Kirchenpolitik 123. 273.
— Kirchentrennung 299.
— Klerikale 92. 93. 187.
— Kolonialpolitik 273.
— Kolonien 403.
— Kolonisation in Afrika 280.
— und Konstantinopel 408.
— Konvention, franz.-engl. v. 1899 273.
— Krieg mit Deutschland 111.
— Kriegskonvention mit England 109.
— Lage 345.
— Liberale 187.
— Marine 324.
— und Marokko 9. 10. 37. 57. 59. 60. 69. 74. 90. 92. 121. 162. 281. 347. 357.
— — Abkommen 119. 390.
— — und Algier 75.
— — Konferenz 129.
— und mazedonische Frage 3.
— Militärkonvention 302. 341. 371. 374. 376.
— Ministerium 89.
— Ministerium Combes 5.
— Ministerium Rouvier 91. 100.
— Ministerium Sarrien 98. 102. 117. 143.
— und Mittelmeer 60.
— Mittelmeergeschwader 325.
— Monarchisten 92. 155. 187.
— Nationalisten 92. 169. 187.
— Neuerwerbungen 273.
— nordafrikanische Herrschaft 56.
— Politik 281.
— öffentliche Meinung 54. 55. 56.
— Orientpolitik 3.
— Politik 254.
— — antireligiöse 23.
— und Papst 23.
— Papst und Separationsgesetz 392.
— Parlament 123.
— Präsidentenwahl 5. 19.
— Präsidentenwechsel 68.
— und Prätendent von Marokko 101.
— Presse 54. 91. 98. 99. 146. 170. 255.
— Reformprogramm Clemenceaus 345.
— Religion 101.
— Revanche 373.
— und russ. Anleihe 117. 125. 130. 141.
— russisches Bündnis 326.

Frankreich, russische Freundschaft 181.
russ.-franz. engl. Dreibund 2.
und russische Revolution 60.
und Rußland 158.
und Rußlands Finanzen 116.
und San Domingo 28.
schottische Delegation 303.
— Senatsverhandlungen 371.
— Separationsgesetz 91. 372.
— und Serbien 153.
— Sozialisierung 159.
— Sozialismus 187. 323. 346.
— Sozialisten 92. 123. 372.
Sozialpolitik 89.
und Spanien in Marokko 120.
spanischer Vertrag 58. 61.
spanischer Handelsvertrag 248.
— Stellung im fernen Osten 325.
— und Tafilet 323.
— und Tibesti 281.
und Tripolis 379.
Truppen 153.
in Tunis 181.
Tunnel nach England 162.
— und Venezuela 35. 50.
— Verschwörung 163. 170.
— Wahlen 143. 169. 187.
— Wahlrecht 187.
Zollfrage 58.
Franz Josef, Kaiser von Österreich 6. 46. 62. 70. 134. 213. 214. 222. 336.
und ital.-österr. Beziehungen 274.
und Viktor Emanuel 220.
— und Wilhelm II. 220.
Freycinet 60. 162. 255.
Friedrich der Große 280. 385.
Friedrich VIII. von Dänemark 290.
Funkentelegraphie, Konvention 340.
Fusan 351.

G.

Galizien, Ruthenen 370.
Gambetta 410.
Gapon, russischer Pope 365.
„Gaulois“ 56. 91. 110. 187. 322.
von Gautsch, Demission 155.
Gelphand siehe Parvus.
Georg I. von England 312.
Georg, König von Hannover 312.
Georg, Prinz von Griechenland 270.
— Statthalter von Kreta 275.
Gérard, französischer Gesandter in Peking 325. 326.
Gerenté, Senator in Algier 98.
von Gerlach, Leopold 314.
St. Germain, Senator in Oran 98.
Germanische Staaten 190.
Ghat 379.
Gibraltar 389.
„Gil Blas“ 56.
Giolitti, italienischer Minister 69. 190. 220.
Gjanet, Oase 379.
Gladstone 47. 68. 245. 247. 274.
„Glos Kijowski“ 96.
Godin, französischer Senator 58.
Gogol 138.
Goldingen 28.
Golitzyn, russischer Minister 172.
von der Goltz, General 390.
Golub, Landrichter, Ermordung 286.
Goluchowski, Graf 21. 144. 221. 222. 223. 234. 336.
— Demission 321.
Golzew, Hauptmann, Siedlez, Ermordung 286.
Gomel, Aufstand 36.
— Exzesse 44.
— Judenhaß 237.
Gomez, Vizepräsident von Venezuela 137.
— Verhaftung 248.
Goremykin, russischer Minister 115. 167. 168. 169. 172. 184. 205. 215. 227. 235.
Gorki, Maxim 129. 138. 139. 140. 293. 359.
Goz, Mich. Raf. 319.
Gralewski, Pfarrer 369.
„Grand Orient“ 123.
Granville, Lord 243. 244. 245. 246.
Greigh, Lord 14.
Grey, Earl 6. 9. 93. 109. 111. 161. 397.
Greytown 224.
Grjäsnow, General, Tiflis 36.
Gribojedow 138.
Griechen 134. 223.
— Komitee 22.
— in Mazedonien 265. 274. 379.
— und Bulgaren 254. 274.
Griechenland 123. 142. 275.
— und Ägypten 161.
— und Balkan 391.
— Deputiertenkammer 63.
— und Frankreich 420.

Griechenland, Freischärler 21.
— und Rumänien 230. 234.
türkisches Bündnis 274.
Grimsby, russische Juden in 290.
Gringmut, Redakteur der „Moskauer Zeitung“ 87.
Grinke, Wächter in Siedlez, Ermordung 286.
Grodno, Attentate 248.
Guatemala 260.
Revolution 257.
Staatsschuld 261.
Guerras, General 259. 260.
Guerrier, Moskauer Professor 278. 289.
Guibert, Denis 58. 60.
Gummere Mr. Fez 304.
Gurko 216. 217.
Gutschkow, russischer Politiker 278. 289. 339.

H.

Haag, Friedenskongreß 35. 145. 248. 285. 398. 413.
— Schiedsvertrag 256.
Haakon VII von Norwegen 5. 321.
— in London 360.
Hadiéh, Eisenbahn 390.
Haifa, Eisenbahn 390.
Hailey, englischer Zeitungskorrespondent 224.
Haiti, Insel 52.
Haldane, englischer Kriegsminister 93. 270. 271. 302. 337. 357. 358.
Hamburg 291.
— jüdisches Komitee 290.
Hamet, Ismael 324.
Hannover 311.
— und Herzog von Cumberland 402.
— und Preußen 312.
Hardinge, englischer Botschafter 142.
Hardouin, Bischof 252.
Harris 59.
Harrismith 78.
Hartingdon, englischer Minister 47. 67.
Hartingdon Kommission 270.
Hasaba, Janko 262.
Havas, Agentur 371. 376.
Havanna, Truppen, amerikanische 305.
Hawai 396. 419.
— Einwanderung von Japanern 262.
und Vereinigte Staaten 4.
Hayashi, japan. Minister 179. 388.
Hearst, Gouverneur von New York 299. 349. 356.
Hebrard, Adrien 47.
Hebriden, Neue 12. 93. 162. 344.
und Frankreich 93.
Hedjas, Eisenbahn 170. 171. 390.
Hegel 138.
Hehn, Viktor 279.
Heinrich, Prinz von Preußen 270. 283.
Helfmann, Jessy 249.
Helsingfors 228. 310.
— Emeute 268.
— Kadetten-Kongreß 301.
von Hertling, Freiherr 128.
Hertz, Cornelius 334.
Herzenstein, Duma-Abgeordneter 217. 227.
Ermordung 248.
de Hesse, Jean 57.
Hessen, Dumakandidat 149.
Heyden, Graf 186. 206. 226.
Higgins, Gouverneur von New York 299.
Hindus und Mohammedaner 284.
Hindustan 264.
Hohenlohe, Fürst 191. 315.
— Denkwürdigkeiten 311. 313.
— Fürst, österreichischer Minister-Präsident, Rücktritt 196.
— Prinz Konrad 155.
Prinz Ernst, Kolonialdirektor 248.
Hohenlohe-Langenburg, Fürst 2.
Holland 74. 112. 272.
und England 11.
und Rußlands Finanzen 116.
und die Sundainseln 403.
von Holstein, Exzellenz 137.
Honduras 260.
— Staatsschuld 261.
Hongkong 350.
Honolulu, Einwanderung 396.
— Portugiesen 396.
Howland, Harald J. 355.
Hubert, Lucien 57.
Hughes, Gouverneur von New York 340.
„Humanité“ 322.
Humbert, König von Italien 213.

J.

Jalimowitsch, Wächter in Siedlez, Ermordung 286.

Jakob II. von England 312.
Jakob III. von England 312.
Jakuschin, Wächter in Siedlez, Ermordung 286.
„St. James Gazette“ 42.
Japan 15. 205. 233. 419.
— und Amerika 387.
— Anleihen 352.
— Armee 398.
— — Verstärkung 393.
— und China 124. 263. 284. 353.
— Dienstpflicht 98.
— Eisenbahnen 262.
— und England 145. 381.
— englisches Bündnis 2. 3. 125. 144. 233. 326. 340. 350. 410.
— englisch japanisch-französisches Bündnis 112.
— Fischereikonvention 392.
— Flotte 393.
— und Frankreich 406.
— französisches Bündnis 110. 111.
— Großmacht 3.
— Handel 353.
— Handelspolitik 352.
— Handelsvertrag mit Rußland 392.
— Hungersnot 4.
— und Indien 282. 284. 327.
— Industrie 262.
— in Korea 124. 262. 353. 388. 398.
— Krieg gegen China 124. 144.
— — mit Rußland 167.
— Kriegsmittel 393.
— und Mandschurei 254. 353.
— Militärmacht 393.
— Panmongolismus 4.
— Parlament, Eröffnung 1.
— und Philippinen 262.
— Politik 325.
— — innere 350.
— — der Schweigsamkeit 352.
— Rassenübermut 353.
— und Rußland 106. 112. 113. 381. 388. 392.
— russischer Krieg 301.
— und russische Revolution 305.
— Seemacht 398.
— Sieg über Rußland 326.
— Sozialismus 4.
— und Vereinigte Staaten 125. 233. 332. 349.
Japaner, Einwanderung in Columbien 262.
— in Hawai 262.
„Japan Times“ 124.
Jaurès 10. 57. 239. 322. 372.
Jehad 263. 264.
Jekaterinenburg, meuternde Kompagnie 280.
Jekaterinoslaw, Explosionen 201.
— Gouverneur 169. 172.
Jena, Denkmalenthüllung 311.
— Gedenkfeier 316.
Jeoltanowski, Generalgouverneur von Jekaterinoslaw, Ermordung 169.
Jesuiten 272.
Ignatiew, Graf, Ermordung 413.
Indien 11. 112. 410.
— antienglische Bewegung 282. 283.
— Bevölkerung 94.
— und England 233. 263. 345. 407.
— Hindus 282. 283. 284. 345.
— Hinterindien 325.
— und Japan 284. 327.
— Japans Beispiel 282.
— Mohammedaner 233. 284.
— — und Hindus 263.
— Nationalkongreß 283.
— panislamische Bewegung 263.
— Pilger 390.
— Presse 282.
— Republik 284.
— russische Grenzen 84.
— Versammlung der Moslems 264.
Indo-japanische Kompagnie 327.
Interlaken 291.
— nihilistischer Mord 248.
„Invalid“ 305.
Johannesburg 198.
„John Crafton“ Schiff 306.
Joindry, französischer Sozialist 372.
Jonnart, Gouverneur von Algier 59.
„Journal des Débats“ 62. 92. 100. 102. 116. 146. 153. 155. 162. 170. 204. 211. 220. 221. 255. 258. 268. 280. 282. 299. 322. 324. 325. 326. 335. 356. 358. 386. 390. 395.
„Journal Officiel“ 22. 371.
Irische Frage 303. 344.
Irisches Problem 421.
Irkutsk, Militär, Verhaftung 80.
Irland 68.
— Nationalisten 231.
Isjaslawl, Polonisierung 369.
Islam 263. 323. 390.
— Fanatismus 316.
— und Frankreich 281.
— Gebiete 280.

Islam, heilige Stätten 233.
— in Nordafrika 280. 281.
— panislamische Bewegung 171. 254. 263. 283. 323. 335.
Islamische Welt 124. 142. 181. 378.
— und Deutschland 409.
— und Wilhelm II. 408.
Ismael Hamet 324.
Ismailowitsch 107.
Iswolski, russischer Minister 115. 184. 185. 287. 348.
— Oberprokureur des heiligen Synod 365.
Italien 48. 50. 61. 120. 179. 222. 313.
abessinisches Abenteuer 379.
abessinisches Abkommen 402.
und die Adria 379. 380.
— und Ägypten 161.
— albanische Aspirationen 379.
albanische Politik 380.
— Anarchisten 210.
Balkanpolitik 274.
— dalmatinische Zänkereien 274.
— Deutschland, Frankreich 180.
— deutsch österreichische Beziehungen 335.
— und Dreibund 200.
— und Frankreich 61.
— und Marokko 59.
Marokko Verständigung 119.
— Militärkonvention 341.
Ministerium 46.
— — Sonnino 54.
Sonnino Guicciardini 69. 123. 187.
— und Mittelmeer 60.
Politik, auswärtige 274.
— politische Korruption 190.
— politische Pläne 123.
— und die Oasen von Bilma 274.
österreichische Beziehungen 274.
— und Österreich-Ungarn 379.
und Serbien 153.
— und Spanien 411.
und Tripolis 379.
— und Tunis 379.
Ito, Marquis 124.
Judet, Ernest 272.
„Jurien de la Gravière", französischer Kreuzer 13.
„Justice" 92. 322.
Iwanow, Eisenbahndirektor, Warschau 71.

K.

Kairo 161.
Kalifornien, Schulstreit 387. 393. 395.
Kallirt Garcia, Jacht 306.
Kamerun, Nordwestgrenze 119.
Kamel Pascha 233.
Kanada 16. 231. 420.
Kano, Emir von 78.
Kapkolonie 42.
Kapland 271.
— Ferreiras Einfall 350.
Kap Roque 257.
Karlsbad, russische Emigranten 291.
Karol, König von Rumänien, Regierungsjubiläum 187.
Kasan, Tartaren 268.
Kassel, hessische Rechtspartei 311.
Katkow 138.
v. Kaufmann, Minister der Volksaufklärung 369.
Kaukasier 150.
Kaukasus 124. 254.
Kämpfe 248.
— Mohammedaner, Auswanderung nach Kleinasien 275.
— Revolution 36. 80. 228. 254.
— Tartaren 268.
— Unruhen 288.
— Waffen 306.
— Wahlen 131.
— Zustände 366.
Kaulbars, General 248. 249.
Kautsky, K., und russische Revolution 7.
Keetmannshoop 198.
Keir Hardy 68. 231. 303.
Keywest 275.
Kiautschau 254.
Kiew 95. 240. 367.
— Bauern 208.
— Beraubung 201.
— Bomben und Waffen 391.
— Deutsche 307.
— Handel 17.
— Judenhaß 237.
— Pogrom 241.
Polen 369.
polnische Zeitungen 96.
„Kiewskaja Shisn" 96.
Kischinew, Judenmassaker 238.
Kitchener Lord 12.
Kleinasien 254. 272.
Mohammedaner aus dem Kaukasus 275.

Knjäfew, Gouverneur v. Kurland 88.
Kodama, japaniſcher Generalſtabschef 248.
Kokowzew, ruſſiſcher Miniſter 115.
Kongo 60. 358.
Kongoſtaat 402. 403.
Königgrätz 314.
Konowalow, Profeſſor 288.
Konſtantinopel 136.
amerikaniſche Geſandtſchaft 230.
und Frankreich 408.
Stadtpräfekt 109.
Konſt, Wächter in Siedlez, Ermordung 286.
Korea 351. 388.
— und England 389.
— und Japan 262. 388. 393.
— Kaiſer 388.
— Koloniſierung 3.
und Vereinigte Staaten 262.
Korneliſſen, holländiſcher Anarchiſt 306.
Koslow, Bombenniederlage 327.
Koſſuth 71. 134.
Koſtroma, Waffenniederlage 328.
Kowalewski, Profeſſor 206.
Kowno, Räuber 201.
— Waffentransport 327.
Krakau 33.
— Polniſche Liga 415.
Krapotkin, Fürſt 210.
Kraſinski, Graf 369.
Krawtſchinsky, ruſſiſcher Nihiliſt 250.
Kreitzberg 216.
Kreſtowſcher Jahrmarkt 295.
Kreta, Statthalter 275.
Kroders, Präſident der lettiſchen Republik 329.
Kronſtadt, Meuterei 248. 268.
— Militäraufſtand 230.
— Truppen 235.
Kuba 260. 270. 316. 354.
amerikaniſche Kriegsſchiffe 276.
— Annexion 257. 259. 349.
— Aufſtändiſche 355.
— Cuban League 257.
Finanzwirtſchaft 354.
Frieden 387.
Guerillas 305.
— Gouverneur 290.
— und Guatemala 257.
— Inſurrektion 317.
— Inſurgenten 298.
Intervention 304.
Kuba, Kabinett 276.
— Liberale 259. 305.
— Neger 298.
New Yorker Kapitaliſten 259.
Okkupation durch die Vereinigten Staaten 355.
— Präſident Palma 276. 298. 305.
— Präſident und Vizepräſident 290.
— Regierung 298.
— Revolution 248. 257. 355.
Rooſevelts Aufruf an die Kubaner 275.
Taft übernimmt die Regierung 290.
— Truppen, amerikaniſche 298. 305. 354.
— Verfaſſung 259.
Vermittlung zwiſchen Inſurgenten und Regierung 275.
Verſöhnungsprogramm 289.
— Waffenruhe 305.
Kubub-Lüderitzbucht, Eiſenbahn 311. 371.
Kurland 88. 202.
— Deutſche 287.
— ſozialdemokratiſche Aufrufe 192.
Unſicherheit 287.
Kuropatkin, ruſſiſcher General 106.
Kurſk, Truppen 235.
Kusmitſch, Vizeadmiral Petersburg 179.
Kutler, ruſſiſcher Miniſter 31.
Kuzzowalachen 223.
— in Mazedonien 379.
Kwantung 392.

L.

Laffan, Bureau 276.
La Guayra, Kabelgeſellſchaft 51.
Lahore 264.
Lamsdorff, Graf 115.
Lansdowne, Lord 6. 337.
— Rede in Perth 302.
de Laneſſan, J. L. 36. 56.
Lanyi, ungariſcher Kriegsminiſter 119.
Lawentſchik, Landwächter in Siedlez, Ermordung 286.
Lazarenko, Arzt in Kiew 201.
Lens, Ausſtand 123.
— Dynamitanſchlag 141.
Leopold, König von Belgien 402.
— und Frankreich 244.
Leſchno, Mariaviten und Katholiken 146.

Letten 45. 64.
Lettische Republik 254.
— Revolutionäre 253.
— Sozialdemokraten 80.
— Terroristen 291.
Levèvre, Ingenieur in Tiflis 201.
Leygues, französischer Minister 92.
Lhassa, englischer Handel 163.
Liaotung 398.
— Kolonisierung 3.
Liaujang 208.
Libau 17. 88. 318.
— Bombenfabrik 192.
— Patronen und Flinten auf dem Kirchhof 201.
— Räuberunwesen 79.
— revolutionäre Organisation 366.
— Werften 305.
Liberia 162.
„Liberté" 271.
Linewitsch, russischer General 106.
Lissabon 153.
List, Friedrich 182.
Litauen 32. 227. 288. 338.
— Polen 367. 369. 416.
— Sozialdemokraten 367.
— Truppen 309.
Litschkus, Fanny 249.
Livland, Deutsche 287.
— Polen 367.
— Unsicherheit 287.
— Verwaltung 277.
Ljubatowitsch, Olga 249.
Lockroy, französischer Marineminister 321. 322.
Lodz, Arbeiterausstand 416.
— Industrie 151.
— polnische Nationalisten 318.
— Schulen 318. 368.
— Sozialdemokraten 367.
London 122.
— Börse 77.
— Etienne in L. 109.
— französische Minister in L. 109.
— Friedenskongreß 336.
— Gemeinderatswahlen 340. 356.
— Juden 407.
— Lord Mayor 303. 357.
Long, Walter 46.
Lorando-Tubini-Affäre 408.
Lorient, Ausstand 152.
Löfch, russischer General 113.
Loubet, Präsident 23. 68.
— bei König Eduard 110.
Low, Sidney 110.
Lublin, Gouverneur 96.
Lüderitzbucht — Keetmannshoop Eisenbahn 198.
Lüderitzbucht Kubub, Eisenbahn 311. 371.
Ludwig der Heilige 280.
„Lutin", französisches Unterseeboot 324.
Luxemburg, Rosa 33. 108.
— und russische Revolution 7.
Lwow, russischer Abgeordneter 216. 226.
Lyautey, französischer General 325.
Lydvall, Prozeß 401.

M.

Maan-Akaba, Eisenbahn 390.
Mac Kinley 213.
Madrid 62. 304.
Madrider Konferenz 73.
Madagaskar 69. 404.
Maghzen 58. 59.
Magoon, Gouverneur von Kuba 290. 305. 354.
Magyaren 336.
Mailand, Friedenskongreß 285.
„Maine" amerikanisches Kriegsschiff 231.
Maische Nehmahn 290.
Matsimut, Landwächter in Siedlez, Ermordung 286.
Mandschurei 150. 158. 208. 351. 400.
— Eisenbahn 165.
— — Rückgabe 388.
— und Japan 124. 254.
— Räumung 388.
Mandschus und Chinesen 285.
Mannheim, sozialdemokratischer Parteitag 280. 285.
Marakesch 57.
Marchand, Oberst 12.
Mariaviten 96. 107. 146. 160.
„Mariette", amerikanisches Kriegsschiff 276.
Marokko 10. 11. 34. 73. 98. 119. 162. 163. 188. 255. 316. 372. 378. 389. 400.
— Algierisierung 75.
— Aufsaugung durch Frankreich 281.
— Bank 91. 120.
— Bankfrage 90.
— Christen 281.
— Compagnie Marocaine 98.

Marokko und Deutschland 90. 111.
diplomatische Lage 357.
Dynastie 299.
Frage 1. 69. 335. 409. 413.
und Frankreich 57. 74. 90. 92. 111. 121.
französische Politik 9.
— Integrität 20.
islamitische Bewegung 101.
— Konferenz, s. auch Algeciras.
— — Schlußprotokoll 127.
— Krisis 142. 146.
— Militär, fremdes 101.
nördliches, an Spanien 61.
— und Österreich 90. 101.
Österreich und Deutschland 129.
— offene Tür 91.
— panislamitische Bewegung 323.
Polizei 36. 37. 38. 90. 91. 346. 414.
— Prätendent 121.
Problem 280.
und Rußland 101.
— und Spanien 121.
— Sultan 91. 120. 413.
— — und Dr. Rosen 311.
— Truppenlandung 389.
— Tumifizierung 13. 56.
— Unabhängigkeit 37.
Martin, Regierungsrat 129.
Martin, Bienvenu 23.
„Martinique" französischer Postdampfer 51.
Marx 7. 138.
Maschin, serbischer Verschwörer 153.
Matamano, Golf von 259.
„Matin" 56. 91. 110. 406.
Matjuschenski 267.
Matos, General, Venezuela 51.
Maxse 301.
Mazedonien 22. 78. 124. 134. 223. 234. 350. 378.
— Autonomie 380.
christlicher Gouverneur 379.
— Frage 3. 123. 142. 265.
griechische Banden 274.
— Justizreform 379.
— und Oesterreich-Ungarn 380.
— türkische Truppen 379.
— Unruhen 163. 304. 414.
— Wirren 21. 135. 222.
Zollerhöhung 300.
Zustände 264.
Meckel, General 262.
Mekka 255.
Mekka-Dschidda, Eisenbahn 390.
Mendelssohn, Bankier 83.
Menschikow 8. 112. 113. 124.
„Messagero" 321.
Metcalf, amerikanischer Staatssekretär 354.
Meriko 16. 256. 257. 260.
— Golf von 397.
Michaltschek, Wächter in Siedlez, Ermordung 286.
„Midland Expreß Birmingham" 42.
Migulin, Professor 218.
Miles, Nelson A. 232.
Miljukow, Professor 114. 149. 174. 176. 265. 266.
Milner, Lord 93.
Min, General 219. 249. 251.
— Ermordung 248.
Minsk, Polonisierung 369.
Mirowitsch, Bürgermeister, Ermordung 286.
Mirski, Fürst 167. 416.
Mischitsch, serbischer Verschwörer 153.
Mischtschenko, russischer General 113.
Mitau 192. 318.
— Revolutionäre 202.
Mittelmeer 60.
Mittelmeerhäfen 409.
Modewwere, Eisenbahn 390.
Moe, englischer Kapitän 163.
Mohalla vor Tanger 413.
Mohammed el Nasr, Bey von Tunis 181.
Mohammedaner und Hindus 284.
— Truppen Englands 284.
— Welt 280.
— — religiöse Erregung 284.
Möller-Sakamelski, Generalgouverneur der Ostseeprovinzen 328. 366.
„Molot" 319.
von Moltke, Generalleutnant, Chef des Generalstabes 1.
„Molwa" 18. 132.
Montagnini, päpstl. Nuntius 392.
Ausweisung 413.
„Montagsrevue" 336.
Montenegro 234.
italienische Heirat 275.
Monroedoktrin 257. 261.
Moralles, Präsident von San Domingo 52. 53.

Moreau, Henri 40. 180.
Morenga 182.
Morgan, Sir W. V. 303.
Morgulies, Dumakandidat 149.
„Morning Poſt“ 47. 109.
Moſchitz, Wächter in Siedlez, Ermordung 286.
Moskau 151. 235. 268. 305.
Agenten der Geheimpolizei 201.
Attentate 172.
— Aufſtand, Unterdrückung 1.
Bank, Raubanfall 239.
Bauluft 287
Bomben 201.
Bombenniederlage 327. 338.
Bomben und Waffen 391.
Dynamitniederlagen 192.
— Generalſtreik 248.
jüdiſche Bankiers 407.
— Oktoberaufſtand 295.
Preſſe 66.
Studenten 309.
ſtudentiſches Zentralkomitee 400.
techniſche Hochſchule 309.
— Univerſität 267. 328.
„Moskauer Zeitung“ 87.
„Moskowskija Wjedomoſti“ 65.
Moslemin und Frankreich 274.
Moulin, René 58. 60.
Mukden 210. 350.
Mukthar Paſcha 233.
Mulai Orſchid 299.
Müller, Rentier, Interlaken 291.
„Münchener Neueſte Nachrichten“ 129.
Murawiew, Graf 115.
Muret, Maurice 386.
Muromzew, Duma-Präſident 185. 193.
Murowski, Polizeibeamter, Ermordung 286.
Mürzſteger Programm 378. 414.

N.

Nabokow 149.
Nachitſchewan, Bombenfabrik 192.
Napoleon I. 316. 377. 410.
Napoleon III. 244. 373.
Narew 108.
Naſarenko, Dumamitglied 208.
„Naſcha Shiſn“ 152.
Naſi-Affäre 190.
Natal 224. 406.
— Aufſtand 123. 198. 271.
Natal, Buren 154.
— Hottentottenerhebung 54.
Kämpfe 220.
— Kopfſteuer 77.
— Preſſe 135.
— Zuluaufſtand 79. 154. 163.
Zulukrieg 181.
„Nation“ 105.
„National Review“ 59. 122. 172. 243. 281. 283. 301. 302. 321. 349.
„Nationalzeitung“ 340.
Neakraſow 156.
Netſchajewo 210. 211. 212.
Neuſeeland 24. 93.
Newcaſtle on Tyne 270.
New-Foundland 60.
New Orleans 354.
„New Wark“, amerikaniſches Kriegsſchiff 276.
New York 122.
— „gelbe“ Preſſe 349.
— Gouverneur 299. 349.
Hughes 340.
Handelskammer 382. 388.
Kapitaliſten und Kuba 259.
New England Society 257.
„New York American“ 356.
„New York Herald“ 354.
Nicaragua 260.
– Staatsſchuld 261.
Niederbartau, Überfall des Poſtamts 192.
Niederlande 112.
und Ägypten 161.
Nietzſche 138.
Nigergebiet, engliſches, Aufſtand 78.
Nikolai Nikolajewitſch, Großfürſt 219.
Nikolaus I. von Rußland 126. 164. 193.
Nikolaus II. von Rußland 45. 106. 126. 167. 216. 252. 267. 406.
Duma-Adreſſe 187.
Programm vom 17. Oktober 294.
— Thronrede 185.
und Wilhelm II. 301.
Nikolski, Privatdozent 288.
Nil, Englands Stellung 421.
Nil-Somaliküſte, Eiſenbahn 421.
Nord, Departement 152.
Nordſee 11.
„North American Review“ 289.
„North Mail“ 42
Norwegen und Ägypten 162.
König und Königin in Potsdam 402.
Königskrönung 239.

Norwegen, monarchische Tradition 73.
— Reichstagseröffnung 321.
— Trennung von Schweden 5.
„Nowoje Wremja“ 8. 18. 43. 65. 66. 82. 83. 112. 114. 115. 117. 125. 150. 158. 191. 192. 201. 202. 226. 227. 233. 253. 267. 293. 295. 318. 326. 328. 361. 392. 393. 403.

O.

Obmanows 266.
O'Brien Butler 389.
Odessa 268.
— Attentat auf Kaulbars 248.
— Bombenattentate 192.
Bomben und Waffen 391.
— Meuterei 248.
— Pristav, Attentat 192.
— Streik 201.
— Truppen 235.
Olshewski, Wächter in Siedlez, Ermordung 286.
Oran 316.
— panislamitische Bewegung 323.
Oranjekolonie und England 77.
— Verfassung 123. 420.
Orel 201. 209.
Orient, ferner 125. 144. 254. 255. 393. 410.
— Frankreichs Stellung 325.
— katholisches Protektorat 23.
— Politik Deutschlands 2.
— Welthandel 383.
Orient, naher 136. 142. 254. 281.
Orientalische Frage 21. 22. 274. 275.
Orlow, russischer General 64. 82. 88. 106. 160.
Osachowsky, Rechtsanwalt 369.
Oskar, König von Schweden 5. 71.
Österreich-Ungarn 6. 35. 50. 69. 134. 143. 179. 191. 222. 272. 341. 378.
— Abgeordnetenhaus 382.
— — Vertagung 119.
und Ägypten 161.
— und Albanien 380.
— Armee 222.
— Christlich-soziale 70.
— und Deutschland 221. 246.
— — in Marokko 129.
deutsch italienische Beziehungen 335.
Österreich-Ungarn, Differenzen 223.
— und England 247.
— Flotte 380.
— Flottenmanöver 274.
Handelsvertrag mit Serbien 21. 28.
— und Hannover 311.
und Italien 274. 379.
— und Marokko 90. 101.
— und Mazedonien 380.
und mazedonische Frage 3.
Ministerium Hohenlohe 213.
— Wekerle 134.
Niederösterreich, Sozialdemokraten 70.
— Obstruktion 214.
— und Serbien 153. 163.
serbischer Konflikt 43.
Handelsvertrag 21. 28.
— Slaven 134.
— Turkophilie 247.
ungarische Beziehungen 213.
— Wahlrecht 70.
— Wahlreform 382.
— Zerfall 179.
— Zolltarif 213.
— Zollverein 132.
Ostseeprovinzen, siehe Rußland.
Otawi 198.
Otawibahn 248.
„Otgoloski Shisni“ 96.
„Outlook, The“ 332. 355.
Ozean, Stiller 112. 378. 392. 397. 407.

P.

Pabionice, Spinnerei 118.
Pac Che Soon 388.
Palma, Präsident von Kuba 276. 298. 305.
Panama 260. 261. 276.
Panamakanal 4. 232. 387. 397. 419.
Panamaprozeß 99. 410.
Panamerikanismus siehe Amerika.
Panislamismus siehe Islam.
Panmongolismus 4.
Papst siehe Pius X.
Paraguay 260.
Paris 46. 110. 122. 155. 163. 164. 378. 411.
Conseil Municipal 303.
— Journalismus 54. 55.
— Postbeamten-Ausstand 137. 141.
— Presse 345.

Paris, ruſſiſche Anleihe 137.
- ruſſiſcher reaktionärer Klub 235.
ruſſiſche Revolutionäre 306.
und Waſhington 43.
Pariſer Bündnis 1904 106.
Parvus, Reichstagsabgeordneter 7.
Paſchitſch, ſerbiſcher Miniſter 163.
Pas de Calais 152.
Paſtuſcheck, Wächter in Siedlez, Ermordung 286.
Pawlograd, Plünderung 201.
Pawlow 235.
Pearſon 42.
von Peez, Alexander 182.
Peking 74. 325. 326. 389.
Pelletan, franzöſiſcher Marinemiſter 60.
Penſa, Bombenattentate 192.
Perowskaja, Sophie 249.
Perſien 254. 348.
- und England 345. 421.
Golf 408.
— — und England 407.
— Haus der Gerechtigkeit 28.
- Parlament 248.
— — Eröffnung 301.
— türkiſcher Grenzſtreit 142.
Perth 337.
Peru 260.
Peſt, Eightyklub 336.
— Reichstag 70.
„Peſter Lloyd“ 98.
Peter der Große 364.
Peter, König von Serbien 153.
Peterhof 235.
Petersburg 8. 103. 115. 151. 164. 172. 179. 185. 186. 191. 228. 250. 305. 409. 416.
Arbeiteraufſtand 167.
— Bombenniederlagen 327. 338.
Bomben und Waffen 391.
— Garde 219.
Iſmailowiſches Regiment 327.
- jüdiſche Bankiers 407.
Kongreß der „Kadetten“ Partei 278.
- Polytechniſches Inſtitut 288.
Preſſe 66.
Profeſſoren 288.
— Programm vom 17./30. Oktober 360.
— Schutzleute 133.
— Stadtvertretung 391.
— Studenten 288.
— Univerſität 330. 338.
— Verhaftungen 287.
— Vorkonzil 364. 365.
Petersburg, Wahlen 150.
Werften 305.
Petiſchow, Rittmeiſter, Ermordung 286.
Petrow, Miniſterium, Rücktritt 340.
Philippinen 112. 125. 233. 276. 356. 396. 419.
Einwanderung von Japanern 262.
— Unruhen 89.
— und Vereinigte Staaten 4.
Pichon, franzöſiſcher Miniſter des Auswärtigen 334. 335. 341. 373. 377.
Picquart, franzöſiſcher Kriegsminiſter 335. 372. 373.
Pieter-Maritzburg 78.
Pinos, Inſel 259.
Pius X., Papſt 23. 61. 143. 412.
— und Frankreich 273.
und franzöſiſcher Klerus 392.
Proteſt gegen Ausweiſung Montagninis 413.
Plehwe, ruſſiſcher Miniſter 104. 167. 319.
„Pochodnia“ 418.
Poincaré, franzöſiſcher Miniſter 92.
Polen 32. 108. 150. 160. 227. 338. 339.
Anarchismus 417.
Arbeiterausſtand 416.
- Armee 416.
Autonomie 96. 417.
Bund (jüd.) 367. 417; ſ. a. Rußland.
— Generalſtreik 186.
Juden 268.
jüdiſche Revolutionäre 367.
— Klaſſenkampf 417.
Konſtituante 417.
Kriegszuſtand 417.
— Liga, polniſche 415. 416. 418.
Mariaviten 96. 107.
Morde 228.
— Mörderbund 254.
— Nationaldemokraten 414. 418.
nationale Bewegung 367.
Nationaliſten 319.
Nationalverſammlung 417.
Parteien 78. 367.
und Preußen 126
Räuber 95. 318.
Reichstag 416.
Revolution 33. 116 126 276. 294 319. 366.
und ruſſiſche Revolution 414
ruſſiſche Schulen 368
— Truppen 265. 370

Polen gegen Rußland 116.
Schulen 318. 368.
Schulstreik 370. 417.
— Selbständigkeit 367.
— Sozialdemokraten 80. 186. 318. 319. 367. 416.
— Sozialistische Propaganda 417.
— Sokolvereine 368.
staatliche Autorität 254.
— Truppen 8. 28. 107. 309.
Unabhängigkeit 368. 415.
Unruhen 288.
— Wahlen 131.
Zartum 416.
Poltawa 192.
Bauern 201.
— Meuterei 248.
„Pomjat Asowa", russischer Kreuzer, Meuterei 248.
Popowitsch 234.
Port Arthur 301. 392.
Port Said 350.
Portsmouth 168. 351.
— Frieden von Portsmouth 125. 353. 407.
— Heizerunruhen 358.
— Meuterei 340. 371.
— Vereinbarungen 388. 392.
— Vertrag 394.
Portugal 74. 409.
— und Ägypten 162.
— Kriegsschiffe 153.
— — Meuterei 137.
— Ministerium 187.
Portugiesen in Honolulu 396.
Posen 338.
— Schulagitation 319.
Potemkin 153.
— Palais 193.
— russisches Kriegsschiff 107.
— Emeute 95.
Potsdam, König und Königin von Norwegen, in 402.
Praga, Bomben 192.
„Praktischer Arzt" 292.
„Prawo" 237. 327. 391.
Preobraschenster Regiment 248.
Preußen 244.
— und Hannover 312.
— und Polen 126.
Prévost, Marcel 372.
Proskurjakow, russischer Eisenbahndirektor 192.
Protopopow, russischer Abgeordneter 204.
Proudhon 210.
Pschalewski, Wachtmeister in Siedlez, Ermordung 286.
Puschkin, russischer Dichter 137.

Q.

Quai d'Orsay 56. 109. 281.
Quesada, kubanischer Gesandter in Washington 275.

R.

Radetzki, Gymnasialdirektor in Tula 201.
Raisuli, Entfernung aus Tanger 413.
Ras Makonnen 123.
Rayner, amerikanischer Senator 53.
Redwan Pascha 109.
Regnault, französischer Generalkonsul 58.
„Reichsbote" 390.
Renaud 98.
Rennenkampf, russischer General 113. 239. 277.
Révoil, französischer Gesandter 98.
„Retsch" 399.
Reval 17.
„Revue" 109.
„Revue Slave" 132.
Rhein, Mündung 11.
Rhodesia 182. 271.
Ribot 157. 334.
Rietfontein 199.
Riga 17. 45. 88. 131. 318.
— Adelskonvent 277.
— Beamter und Revolutionär 307.
— Bombenfabrik 192.
Bombenniederlage 327.
Bomben und Waffen 391.
Morde 192.
— Pässe, gefälschte 328.
— Räuberunwesen 79. 201.
— Revolution 36.
— — Organisation 366. 402.
Ritterhaus 277.
— Sozialrevolutionäre 277.
Rio de Janeiro 420.
— panamerikanischer Kongreß 248. 256.
Ripon, Lord 357. 358.
de Roberti, russischer Abgeordneter 177.
Robilant, Graf, italienischer Botschafter 379.

Rockefeller 85. 86.
Roditſchew, ruſſiſcher Abgeordneter 177. 186.
Rom 122.
Peterskirche, Bombe 360.
Romaniſche Staaten 190.
Romero 256.
Rooſevelt, Präſident 4. 35. 41. 52. 75. 129. 225. 260. 333. 349. 354. 356. 382. 385. 393. 397.
Aufruf an die Kubaner 275.
— und Kuba 275. 289. 305. 316.
und Moralles 53.
und Präſident Palma von Kuba 276.
und San Domingo 52.
Profeſſoren 330.
— Wiederwahl 298.
und Wilhelm II. 2. 331.
Root, Elihu, amerikaniſcher Staatsſekretär 256. 257. 260. 275. 298. 349.
Roeren 402. 404.
Ropp, Baron 216.
Roſen, Dr. beim Sultan in Fez 304. 311.
Roſhéſtwenski, ruſſiſcher Admiral 106.
— Freiſprechung 248. 321.
„Rote Fahne“ 266. 267.
Rotes Meer 171. 408.
Rotter, ruſſiſcher Terroriſt 285. 286. 291.
Rotterdam 11.
Rouvier, franzöſiſcher Miniſter 5. 9. 13. 61. 68. 90. 91. 92. 100. 102. 347.
— Rücktritt 89.
Rudini, italieniſcher Miniſter 69.
Rumänien 142.
— und Frankreich 420.
und Griechenland 230. 234.
„Ruß“ 18. 83. 109. 111. 129. 132.
Ruſſel, Odo Lord 245.
„Rußki Archiv“ 105.
„Rußkoje Goſſudarſtwo“ 83.
„Rußkoje Slowo“ 235.
Rußland 15. 50. 60. 100. 112. 125. 179. 245. 342.
— Abſolutismus 81. 87. 106. 166. 294. 317.
Ackerkommunismus 308.
Adel 242.
Adelskongreß 228.
und Ägypten 162.
Rußland, Agitatoren 317.
— Agrar-Bewegung 78. 125. 133.
— — Frage 26. 149. 175. 184. 216. 226. 235.
— — Forderungen 183.
Kommunismus 66. 139.
Programm 207.
Reform 176. 288.
Revolte 87.
— — Revolution 81. 95. 218. 228.
— — Sozialiſten 226.
— — Unruhen 150. 186. 192. 265.
Verhältniſſe 195.
— Allruſſiſcher Bund 65.
— Amerikaniſches Kapital 85.
— Amneſtie 149. 176. 177. 185. 187. 193. 194. 195. 207.
— Anarchismus 213. 242. 249.
— Anarchiſten 80. 106. 125. 186. 243. 391.
— Anleihen 82. 84. 117. 125. 129. 130. 141. 146. 165. 168. 227.
— — in Paris 137.
— Antiſemitismus 86. 87.
— Apanagen 183.
— Apanageländereien 361.
— Arbeiter-Ausſtände 81. 95.
Emeuten 265.
Frage 176.
— Armee 17. 28. 104. 150. 165. 265.
— Reform 103.
— — Revolten 407.
— Armenier 241.
— aſiatiſches 151.
aſiatiſche Politik 166.
— Attentate 337.
Aufſtand 235.
auswärtige Aktionen 119.
Auswärtiges Amt 393.
Autokratie 173.
und Volksvertretung 168.
Baltiſche Provinzen ſiehe B.
Banditenweſen 318.
Bauern 30. 78. 95. 107. 126. 131. 148. 151. 160. 165. 173. 175. 182. 216. 226. 243. 288.
Agrarbank 295.
— — Aufſtände 117. 125.
in der Duma 208.
Gemeinden 195. 308.
Gleichberechtigung 361.
Grundbeſitz 184.
und Juden 161.
und Staatsdienſt 321.
— Beamte 107. 289. 292. 318.

Rußland, Beamtentum 150. 242.
Belagerungszustand 362.
— Bewaffnung 295.
Bomben 96.
Bombenniederlagen 115. 126. 337. 391.
— Bombenwerfen 133.
Bombenwerkstätten 306.
Budget 361.
Bund der Landwirte 65. 86.
Bund russischer Männer 65. 329.
„Bund" siehe Juden.
Bürgerkrieg 317.
chinesisches Bündnis 145.
— Dekabristen 193.
Demokraten 150. 167. 172. 183. 194. 364.
— Deutsche 64. 87. 150.
— deutsche Frauen 308.
— Duma 25. 26. 31. 45. 65. 71. 79. 80. 82. 83. 86. 87. 94. 96. 97. 106. 114. 115. 116. 117. 125. 126. 129. 131. 133. 147. 148. 150. 152. 159. 161. 168. 172. 173. 174. 175. 176. 177. 179. 182. 184. 186. 191. 193. 195. 204. 206. 215. 217. 226. 227. 228. 229. 234. 236. 242. 248. 250. 265. 266. 277. 282. 294. 308. 339. 349. 360. 391. 418.
— — Adresse an den Zaren 187.
— — Auflösung 248.
Ministerium 207.
und Minister 278.
und Minister Goremykin 239.
— — und Privateigentum 193.
— — Programm 194.
— — Wahlen 18. 98. 317. 329. 413.
— Eisenbahnen 95. 165.
— — Konzessionen 85.
— — Kassen 292.
— — Verkehr 17.
— und England 147. 246. 345. 348.
— — Abkommen 189.
— — Adresse an die Duma 409.
englisch französisch-russische Allianz 172.
englische Politik 234.
Epiarchialverwaltung 365.
Ernte 79.
Expropriation des Grundbesitzes 194.
— europäisches 151.
— Fabrikarbeiter 131. 364.
— Fabrikwesen 30.
falsche Pässe 291.
Rußland, Feldgerichte 259. 362.
— Finanzen 29. 82. 104. 116.
— Finanzministerium 83.
— Finanznot 79.
finanzielle Sanierung 66.
— Fischereikonvention 392.
— Fiskus 166.
— Flotte 103. 165. 265. 305. 407.
— — Revolten 407.
— und Frankreich 158.
Bündnis 103. 164. 181. 326. 377.
französisch-englisch-russischer Dreibund 2.
— Föderalisten 150.
Föderativrepublik 294.
— Gefängnisse 96.
— Geheimdruckereien 115.
— geistliche Gerichte 365.
— Geistlichkeit 96. 364. 365.
— Generalstreik 9. 81. 95. 114. 116. 125. 133. 140. 235.
— Gerichte 177.
— Gesetze, neue 360.
— Gesetzentwürfe 308.
— Getreideexport 165. 226.
Gewissensfreiheit 132. 159. 361. 417.
— Goldvaluta 165. 297.
— Gouverneure 103. 150.
— Grenzprovinzen 366.
— griechische Kirche 417.
— Großrusse 150.
— Grundbesitzer 184.
— Grundgesetze 266.
Grund und Boden 227.
Güterplünderung 329.
— Gymnasien 267. 363.
— Handel 30. 296. 297.
— Hinrichtungen 292.
— Hooligans 293.
— Hungersnot 17. 133. 195. 391.
Hüttenbetriebe 30.
und Japan 106. 112. 113. 166. 381. 388.
— — Handelsvertrag 392.
— — Krieg 124. 129. 167. 301.
— Industriestaat 165.
— Juden 44. 86. 161. 241. 329.
Auswanderer 94.
— — Bund 106. 140. 290. 319. 363.
— — Frage 27. 160. 236. 361.
— — — und Amerika 395.
— — Gleichstellung 288.

Rußland, Juden, Jugend 363.
— — Massakers 81.
Mörder 290.
Rayon 288.
Revolutionsführer 237. 367.
Sozialdemokratie 33.
Terroristen 291.
Jugend 44. 309.
Kabinett 184.
— Kabinettsländereien 183. 308.
„Kadetten" 132. 141. 182. 278. 294. 310. 364.
— Kapital, ausländisches 86.
Kirchen 292.
Kirchenfrevel 365.
— Kirchenländereien 183.
— Kirchenraub 309.
— kirchliche Intoleranz 64.
Kirchspiele 365.
— Klöster 183. 292.
Klostergeistlichkeit 289.
Kleinrussen 96.
— — Polen in K. 416.
— Konfiskationen 292.
— Konservative 172.
— Konstituante 417.
— Konstitutionelle 80.
— konstitutionelle Demokraten 266. 288.
Konstitutionalismus 364.
— Kopfsteuer 308.
— Konzil 289. 364. 366.
Kredit 26.
Kriegsgerichte 234.
— Krisis 63. 218.
Lage 358. 360.
Land und Freiheit 183. 203. 215.
— Landnot 288. 308.
— Landschaftshauptleute 183.
— Landwirte 226.
— Landwirtschaft 30. 217.
lettische Sozialdemokraten 33.
— Liberale 166. 172. 329.
— Liberalismus 63.
— Machtstellung 2.
Mariaviten und Katholiken 160.
— Marine 104. 309.
Revolten 81.
und Marokko 74. 101. 120.
— Metropolitien 365.
— Militär 165.
— Ministerium 126. 206.
und Duma 278.
des Innern 115.
— — Goremykin 227.
Rußland, Ministerium Goremykin und Duma 239.
— — Witte 78. 172.
— Minister-Verantwortlichkeit 175.
— Mißernte 191.
Morde 292. 329.
— natürliche Reichtümer 85
— Nihilismus 103.
— Nihilisten 125.
Nikolai-Ingenieur Akademie 107.
— öffentliche Meinung 64.
— Opposition 102. 104.
— ostasiatische Stellung 393.
Ostseeprovinzen 88.
Generalgouverneur 328.
Ssologub, Generalgouverneur 321.
— Panslavisten 133.
— Parlamentarismus 364.
— Partei vom 17. Oktober 79. 87. 131.
— Partei der Rechtsordnung 65.
— Parteien 78. 152. 172. 203. 215. 226. 317. 364.
Kongreß 176.
— Patriarchat 364.
— Patriarchenwahl 289.
Philosophie 138.
— Pogroms 363.
und Polen 87. 416. s. a. Polen.
— — polnische Bestrebungen 64.
Politik, auswärtige 348.
politische Morde 192.
politische Verbrechen straflos 193.
Polizisten 292.
— Popen und Revolution 365.
— Presse 66. 79. 95. 107. 114. 150. 182. 194. 234.
— Privatgrundbesitz 184.
Professoren 288.
— Proklamationen 115.
Prokureure 25.
Propaganda der Tat 268.
Provinzialpresse 307.
Radikale 172.
Raskolniken 361.
Rat der Landesverteidigung 84
Raubanfälle 292.
Räuber 292.
Reaktion 87.
— Rechte der Arbeiter 177.
Rechtsgleichheit 176
Rechtsstaat 25. 30. 102. 105. 186. 207. 294. 317. 329.
Reformer 102.
— Regierung und Deutsche 307.

Rußland, Regierung und Duma 175. 235.
— Regimenter, unzuverläſſige 265.
— Reichslandfonds 184.
— Reichsrat 94. 175. 179. 182. 185. 194. 216. 229. 266.
— Reichstag 177.
— Reichsvertretung 105.
— Reſkript vom 6. September 361.
— Reſerviſten 87. 95.
— Revolution 2. 7. 8. 17. 27. 28. 64. 80. 87. 104. 114. 116. 139. 141. 149. 161. 168. 194. 226. 249. 266. 276. 292. 318. 327. 329.
— — Chronik 292.
— — und Deutſchland 1.
— — und England 305.
— — und franzöſiſche Preſſe 60.
— — Frauen 249.
— — auf japaniſche Koſten 305.
— — Juden 249.
— — und die Popen 365.
— — Revolutionäre 226.
Entwaffnung 306.
Revolutionäre auf dem ſozialdemokratiſchen Parteitag in Mannheim 280.
— Schuldenlaſt 82.
— Schulen 267. 288.
— Schulweſen 26.
— Schwarzes Hundert 363.
— Sekten 96.
— Selbſtverwaltung 176.
— Semski Sſobor 113.
Semſtwos 103.
— Separatiſten 106.
— und Serbien 153.
— Slaven 132.
— Slavenbund 132.
Slavophilen 133.
— Slawophilentum 66. 79.
— Sozialdemokratie 6. 7. 81. 131. 172. 294. 319.
Sozialismus 24.
— Sozialiſten 106. 118.
— Sozialrevolutionäre 80. 131. 172.
— Soldatenflinten 115.
Soldatenrevolten 81.
— Staatsdienſt und Bauern 321.
— Staatsländereien 183.
Städte 183.
— ſtädtiſche Dumas 103.
— Stellung in Aſien 348.
— Steuerkraft 166.
— und ſtiller Ozean 378.
Rußland, Streiks 292.
— Studenten 103. 288.
— Synod, heiliger 364. 365.
— Tartaren 87.
— Telegraphen 95.
— Terroriſten 268.
— Theologie 138.
— Thronrede 193.
— Todesſtrafe 149. 176. 187. 216. 226. 248.
— transkaſpiſche Beſitzungen 84.
— Truppen 95. 107. 309.
Propaganda 268.
— Tſchinowniktum 44. 82.
Univerſitäten 26. 103. 288. 309. 328. 338. 363.
— Unruhen 104.
— Unterricht 288.
— Unterrichtsverwaltung 309.
— Verfaſſung 132. 167. 364.
Verſtändigung, ruſſiſch-engliſche 233.
Volksſchulen 361.
— Volksvertretung 176. 203. 265.
— Vorſynode 365.
— Waffenniederlagen 391.
— Waffenſchmuggel 114. 306.
— Wahlen 131. 150. 317. 391.
— Wahlgeſetz 265. 277.
— — Publizierung 1.
— Wahlkämpfe 160.
— Wahlrecht 175. 176. 194.
— Warnung nach Berlin 100.
Weißrußland 338.
— Polen 367.
— wirtſchaftliche Verhältniſſe 26.
— Wohltätigkeitsanſtalten 183.
— Wyborger Manifeſt 266.
— Zar ſ. Nikolaus II.
— — und Verfaſſung 148.
— Zeitungen 107. 292.
— Zölle 165.
— Zolltarif 30.
— Zollverein 132.
Ruthenen in Galizien 370.

S.

Saalfeld 316.
Sabludow, Bombenattentate 192.
Sachalin und Japan 393.
— Koloniſierung 3.
Sachſenſpiegel 280.
Sahara 304. 323.

Salisbury, englischer Minister 47. 49. 50. 67. 135. 142.
Saloniki 380
Salvador 260.
Staatsschuld 261.
Samara 254.
Sana 93.
San Domingo 52. 260. 261. 355.
Aufstand 19.
und Frankreich 28.
Revolution 53.
Staatsschuld 261.
— und Vereinigte Staaten 51. 52.
San Franzisko 210.
— Erdbeben 146.
Japaner 396.
japanische Kinder 330. 333.
Indianerkinder 333.
— Mongolen 333.
Oberschulrat 333.
— Schulfrage 349. 354.
Sarabajew, russischer General 113.
Saratow 209.
Sarrien, französischer Minister 89. 92.
— Demission 321. 322.
Sassulitsch, Wera 249.
Satow, Sir Ernest 163.
Schedewre, Polizeimeister, Ermordung 286.
Schelde, Mündung 11.
Schelling 138.
Schlok, Kurland, Ermordung des Posthalters 192.
Schmidt, Fabrikant, Ermordung 287.
Schmidt, russischer Leutnant 95. 107. 114. 140.
v. Schönaich, Feldzeugmeister 330.
Schottland, franz. Delegation 303.
— Handelsverkehr, franz.-schott. 303.
Sozialisten 337.
Schwarzes Meer 228. 407.
Flotte 140. 248.
Schweden und Ägypten 162.
Handelsvertrag m. Deutschland 239.
— Kabinett 196.
— Ministerium, Demission 196.
Trennung von Norwegen 5.
Schweinfurt, Professor 142.
Schweiz, Anarchisten 109. 211.
Schtscherbatow, Fürst 87.
Schtscherbinow, Grubenwerk 201.
Sebastopol 54.
— Werften 305.
Sedan 316.
Seddon 93.
de Segonzag, Marquis 58.
Selig Jingar 290.
Senegal 60.
Serben 134. 223.
— in Mazedonien 379
Serbien 35. 123. 142. 153.
alldeutsche Einflüsse 153.
auswärtige Politik 275.
bulgarische Zollunion 9. 21. 36. 153.
— und England 153. 248.
— und Frankreich 153. 420.
Großserbien 380.
— und Italien 153.
— Königsmord 154.
— Militärkonvention 341.
Ministerium Gruitsch 137.
— Ministerium Paschitsch 163.
— und Österreich 153. 163.
— — Handelsvertrag 21. 28.
— — Konflikt 43.
— und Rußland 153.
ungarische Grenzsperrung 28.
Seres, englischer Konsul 21.
griechischer Konsul 21.
Shanghai 351.
Shilkin, Dumamitglied 236.
Shimonoseki 351.
Frieden 406.
Sholtonowski, Generalgouverneur von Jekaterinoslaw 192.
Siam 12. 301.
und Frankreich 120.
Sibirien 84. 112. 228. 296. 419.
Eisenbahn 103. 164. 165.
— Ostsibirien 79.
— Revolution 268.
Unruhen 71.
Wahlen 131.
Siebenbürger Sachsen 154.
Siebert, Hauptmann 371.
in Südwestafrika 330.
„Siècle“ 36.
Siedlez, Gouverneur 96.
— Bombenattentate 192.
— Gemetzel 277.
— Juden 277.
— jüdischer Bund 287.
Morde 286.
Polizei 286.
Revolution und Truppen 259
Sienkiewicz, H. 368.
Simbirsk, Gouverneur 301
Simitsch, serbischer Gesandter in Konstantinopel 151.
Sinai 255.

Sinai, englisch-türkische Differenz 304.
Grenzstreit 264.
Sinaihalbinsel 154.
Singer, Paul 292. 319. 402. 405.
und die russischen Revolutionäre 7. 285. 286.
Skalkowski, Pariser Korrespondent der „Nowoje Wremja“ 157.
Skalon, russischer General 82. 106. 150. 277.
Skrydlow, Oberbefehlshaber der Schwarzen Meer-Flotte 248.
„Slavischer Bund“, siehe Rußland.
Slepzow, russischer Gouverneur 127. 133.
„Slowo“ 115. 218. 226.
„Slowo Polski“ 108.
Smith, Goldwin 230. 231. 232.
Sokoto, Emir von 71. 78.
Somaliküste-Nil, Eisenbahn 421.
Sonnino, ital. Minister 89. 123.
Sophia 340.
— Sobranje 9.
Söul, Story in S. 388.
Soult, Marschall 60.
„Sozialdemokrat“, lettische Zeitung 329.
Spanien 409. 413.
— und Ägypten 161.
— amerikanische Kolonien 257.
— amerikanischer Krieg 301. 394.
— Anarchismus 210.
Flottendemonstration vor Tanger 392.
und Frankreich in Marokko 120.
— französischer Handelsvertrag 248.
— französischer Vertrag 58. 61.
— und Italien 411.
— und Kuba 258.
— Ministerium 382.
— Ministerium Moret 248.
— und Marokko 59. 121.
— Marokkovertrag 119.
und Vereinigte Staaten 231.
Speck von Sternburg, Botschafter 343. 382. 385.
Spiridonowa 107.
Ssamara, Gouverneur 192.
— Ermordung 248.
„Ssaratowski Listok“ 295.
Ssaweljew, russischer Hauptmann 192.
Ssergej, russischer Großfürst 282.
Ssologub, russischer Generalgouverneur 88. 253. 295. 307. 321. 328.
Ssuworin 83. 133. 268.
Ssytschewski, russischer General 113.
Stablewski, Erzbischof, Tod 371.
von Stachenberg, Gouverneur von Ostafrika 137.
Stachowitsch 226.
Stadthagen 405.
„Stampa“ 274.
„Standard“ 42. 46. 57. 69. 115. 116. 120. 189. 211. 224. 302.
Starynkewitsch, Gouverneur von Simbirsk 301.
Steijn, Präsident 199.
Stepnjäk 250.
Sternberg, tschechischer Graf 70.
Stischinski 216.
Stockholm 291.
japanischer Gesandter aus Petersburg 306.
Kongreß der russischen „Kadetten“-Partei 278.
Stolypin 172. 240. 250. 251. 252. 265. 266. 269. 277. 288. 289. 294. 306. 307. 308. 317. 318. 329. 360. 361.
— Attentat 248. 249.
— und die Polen 418.
Story, Douglas 388. 389.
Stössel, russischer General 106. 311.
Struve, Peter 80. 81. 176.
Stuarts 312.
Sudan 379.
Südsee 112.
und Japan 3.
und Vereinigte Staaten 4.
Suezkanal 171.
„Sun“ 73. 230. 257. 263. 341. 382.
Sundainseln 112. 403.
Sveaborg, Meuterei 248.
Sweginzew, Gouverneur 253. 295. 307.
„Swet“, Petersburger Zeitung 308.
„Swoboda in Prawo“ 96.
Syrien und Ägypten 171.
„Syrius“, Schiff 306.

T.

Tabak 169. 171. 254.
— Affäre 358.
türkischer Posten 179.
— türkische Truppen 181.
Tafilet 323.
— und Frankreich 299.
— Kabylen 304.

Taft, amerikanischer Kriegsminister 270. 276. 316. 355.
in Kuba 275. 289. 298. 304. 305.
– Gouverneur von Kuba 290.
Regierung von Kuba 290.
– Präsidentschafts-Kandidat 299.
Taigny, französischer Geschäftsträger in Venezuela 51.
Taillandier, René, 13. 59. 61.
Tana 161.
Tanger 119. 346.
– Flottendemonstration 392.
Kriegsschiffe, französisch-spanische 389. 392.
Krisis 409.
Mohalla 413.
Polizei 58.
Raisulis Entfernung 413.
an Spanien 61.
Sultan 390.
— Unruhen 304.
— Wilhelm II., Kaiser 281.
Tardieu, André 58.
Taschkent 158.
Taschkent-Tschita, Eisenbahn 84.
Tel el Kebir, Schlacht 246.
„Temps“, 47. 50. 57. 62. 109. 122. 272. 322.
Teschen, polnisches Gymnasium 369.
Teslenko, russischer Abgeordneter 178.
Themse 11.
Thiers 50. 60. 170. 244.
Tibesti, Annexion durch Frankreich 281.
Einnahme durch Frankreich 273.
Tibet und England 345. 348. 421.
— Vertrag mit England 163.
Tientsin, russischer Konsul 248.
Tiflis 268.
— Bombenattentat 146.
— Morde 201.
Tillmann, amerikanischer Senator 53.
„Times“ 59. 122. 135. 163. 272. 339. 397. 398.
Tirtow, russischer Admiral 406.
Tisza, Graf 70.
Titow, Wächter in Siedlez, Ermordung 286.
Tobolsk 296.
„Togo Kejdsej Simpo“, japanische Zeitung 399.
Tokio 325. 326. 349. 350. 381. 406.
indo-japanische Kompagnie 327.
— russischer Gesandter 185.
Toljuschsk, Agrarbewegung 201.
Tolstoi, Graf 138. 139. 140. 185.
„Tomaca“, amerikanisches Kriegsschiff 276.
Tombow 235.
Tournade 57.
Tower, Charlemagne 331.
Trafalgar 11.
Transkaspien, Eisenbahn 165.
Transleithanien 214.
Transvaal 14. 41. 54.
– Buren 12.
— Chinesen 22.
– Chinesenfrage 78.
— und England 68. 77.
— Unruhen 358.
— Verfassung 123. 420.
Treboar, Sir William 303.
Trepow, russischer General 150. 194.
— Bestattung 287.
Tod 270.
„Tribune“, 135. 147. 170. 218. 219. 224. 250. 265. 290. 297. 350. 353. 354. 388.
Tripolis 59. 274.
— Deutschland in Tripolis 142.
— und Frankreich 379.
— und Italien 379.
Trostna, Bombenattentate 192.
Truchard, Vizeadmiral 325.
Tschawkin, Wächter in Siedlez, Ermordung 286.
Tschenstochau, Stadtpolizist, Ermordung 192.
Tschernigow 235.
„Tschernomorski Westnik“ 292.
Tschili, chinesische Provinz 74.
Tschinsurah 263.
von Tschirschky und Bögendorff 28. 340.
Tschista, Bombenattentate 192.
Tschita-Taschkent, Eisenbahn 84.
Tschuchain, Admiral 54.
Tschukin, General 248.
Tsushima 208.
Tuckum 33.
Tula, Attentate 248.
— Morde 201.
Tunis 119. 120. 163. 413.
— Bey 181.
– Frage 379.
Okkupation durch Italien 379.
Turgeniew 138.
Turkestan 348.
Türkei 93. 124. 171. 179. 223. 233. 254. 316.

Türkei, arabischer Aufstand 3.
und Balkanstaaten 378.
— und Deutschland 2.
— und England 170. 171.
— — Differenz 304.
— — Ultimatum 181.
— englisch-französischer Vertrag von 1899 274.
— Flotte 264.
— Flottendemonstration 2.
und Frankreich 420.
Grenzstreit, ägyptischer 135. 142.
— persischer 142.
— — am Sinai 264.
— griechisches Bündnis 274.
— und Mazedonien 264. 300.
— und Rußland 275.
— Sultan 263. 264. 274.
Twer 133.
— Ermordung Ignatiews 413.
Tyszkiewicz, Graf 416.

U.

Ukraine, Polen 416.
Ungarn s. auch Österreich 35. 213. 222. 336.
Abgeordnetenhaus 63.
— Armee 214.
— und Deutsche 135. 214.
— und Dreibund 200.
— Grenzsperrung gegen Serbien 28.
Juden 70.
Kabinett Wekerle-Kossuth 127.
— Kossuthpartei 214.
Kriegsminister 119.
— Obstruktion 214.
— Polen 214.
— Reichstag 70.
— Reichstagswahlen 155.
und Siebenbürgen 154.
— Stimmrecht 6.
— Tschechen 214.
Wahlen 143.
— Zolltarif 213.
Upington 199.
Ural 296.
Uruguay 256. 260.
Uruffow, Fürst 239. 240. 242. 243.

V.

Vaillant 58.
Valençay, Georges 10. 12.
Valona, italienischer Hafen 380.
Valparaiso, Erdbeben 248.
Veber, französischer Deputierter 372.
Vendée, Aufstand 101.
Venezuela 76. 137. 256. 260.
— und Frankreich 35. 50.
— Handelsverkehr 53.
— Konflikt 43.
— Staatsschuld 261.
Vereinigte Staaten, s. Amerika.
Versailles 245.
Vesuv, Ausbruch 127.
Viktor Emanuel, König von Italien 220.
Viktoria, Königin von England 244.
de Villaine, Gaudin 371. 372. 373. 374. 376.
Visconti-Venosta 120.
Viviani, französischer Minister 334. 357. 372.
„Volksbagbad" 306.
„Vorwärts" 33. 140. 238. 252. 286. 292. 329.

W.

Waldeck-Rousseau 23. 102.
Warschau, Arbeiterausstand 201. 416.
— Arbeiter, Verhaftung 270.
— Attentate 192.
— Generalgouverneur 277.
— Industriebank 201.
— Juden 290.
Morde 192.
— Polizeimeister, Ermordung 192.
— Sozialdemokraten 367.
— Sokolvereine 319. 368.
— Straßenkämpfe 248.
— Universität 309. 418.
— — und Polen 369.
Washington, George 385.
— 53. 256. 257. 261. 270. 334. 349. 354. 394.
— Kubanischer Gesandter 275.
— und Paris 43.
Weichsel 108.
Wekerle, ungarischer Minister 191. 213. 214.
— und Kaiser Wilhelm 222.
Welfen 313.
— Herrscherhaus 311.
Kongreß 311.
Welikije-Luki, Attentate 192.
Wernz, Pater 272.
„Westminster Gazette" 42. 224.

„Westminster Zeitung“ 300.
„Westnik Jewropy“ 191.
White, Andrew Dickson 331.
Wiborg 418.
— Aufruf 278. 295. 310.
Widmann, Dr. 105.
Wien 62. 179. 247. 312. 336.
— Arbeiterbevölkerung 70.
— Delegationen 220.
— Sozialdemokraten 70.
Wilhelm I., Deutscher Kaiser 207.
Wilhelm II., Deutscher Kaiser 2. 60. 89. 101. 143. 382. 385.
und Bülow in Norderney 230.
— chinesische Studienkommission 109.
in Drontheim 248.
und Eduard VII. 341. 408.
— — in Kronberg 248.
— und Franz Josef 220.
und Herzog von Cumberland 311.
— und „National Review“ 301.
— Orientreise 408.
und Professor Burgeß 330.
— und Roosevelt 2. 331.
Silberne Hochzeit 71.
— in Tanger 281.
— und Viktor Emanuel 220.
— und Wekerle 222.
— in Wien 179. 210. 220.
Wilna 240.
— Bombenattentate 192.
— Waffenniederlage 327.
Windau, Morde 201.
Windhoek 198.
Witebsk, Gouvernement, Banditen 293.
— Ermordung eines Fabrikdirektors 201.
Witte, Graf, russischer Minister 18. 27. 83. 84. 103. 106. 115. 116. 126. 147. 150. 156. 164. 165. 166. 167. 172. 194. 227. 265.
Witte, Demission 169.
— in Portsmouth 168.
Wladiwostok 112. 400.
— Meuterei 36.
Wolgagebiet, Brandstiftungen 295.
— Gutsbesitzer 295.
Woljet, Wächter in Siedlez, Ermordung 286.
Wolkenstein, Ludmilla 249.
Wonljärlewski, Generalgouverneur 251.
Ermordung 248.
Woodford, amerikanischer Gesandter in Spanien 257.
Württemberg 313.
Wyschnegradski, russischer Minister 164. 165.

Y.

Yildiz Kiosk 233.
Yokohama 253.
Yuan Shi Kai 297.

Z.

Zagazig 161.
Zaimis, Statthalter von Kreta 275. 280.
Zara, italienisch-dalmatinische Zänkereien 274.
Zarskoje Sselo 100. 115.
„Zentralisation“, Organ der polnischen Liga 415.
Zetkin, Klara, und die russische Revolution 7.
Zimmermann, Probst, Ermordung 277.
Zulus, Aufstand 154.
Zululand 77.
„Zwanzigstes Jahrhundert“ 132. 134. 227.
Zweibund 408.

175413 HG. S3326d

Author Schiemann, Theodor

Title Deutschland und die grosze Politik. Vol.6

DATE. 19/3/56

NAME OF BORROWER. T. Pu[illegible]

University of Toronto Library

DO NOT REMOVE THE CARD FROM THIS POCKET

Acme Library Card Pocket
Under Pat. "Ref. Index File"
Made by LIBRARY BUREAU